



Flüchtlingskrise

Solidarität und Hilfe für Flüchtlinge erfordern ein grundsätzliches Umdenken!

Positionspapier der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, vom 4. September 2015
Aus: www.linksfraktion.de

Die aktuelle Zahl der Flüchtlinge ist weltweit mit knapp 60 Millionen so hoch wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Die meisten von ihnen sind in ihren Heimatländern oder innerhalb von Krisenregionen auf der Flucht. Nach Deutschland kamen bis Ende August über 400 000 Flüchtlinge, doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2014. Westliche Staaten unter der Führung der USA haben ganze Regionen destabilisiert, indem sie unter anderem Terrororganisationen möglich gemacht und instrumentalisiert haben. Mörderbanden, wie z. B. der Islamische Staat (IS), wurden indirekt unterstützt und auch von mit Deutschland verbündeten Ländern ungehindert mit Geld und Waffen beliefert. Millionen Menschen wurden so brutalen Kriegen und Bürgerkriegen ausgesetzt. Aus Syrien, aber auch aus anderen Kriegs- und Krisengebieten werden viele weitere Flüchtlinge erwartet. Um die Situation der Menschen in den Herkunftsländern zu verbessern und Fluchtursachen zu beseitigen, ist eine Kurswende in der herrschenden Politik notwendig. Bundesregierungen unter Beteiligung von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen haben sich an Interventionskriegen und Regime-Change-Politik direkt beteiligt oder sie indirekt unterstützt. Waffenexporte wurden und werden ausgeweitet. Zusätzlich wird aus Profitgier durch Freihandelsabkommen, unfaire Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und subventionierte Nahrungsmittelexporte die Herausbildung tragfähiger wirtschaftlicher Strukturen in den betroffenen Ländern unterbunden. Diese unverantwortliche Politik muss sofort beendet werden.

Klar ist: Mit der Integration von Hunderttausenden von Flüchtlingen stehen der deutsche Staat und die Zivilgesellschaft vor einer großen Herausforderung, die es zu meistern gilt. Doch bislang entzieht sich der Bund seiner Verantwortung und bürdet die Aufgabe und die Kosten der Flüchtlingsaufnahme und Unterbringung vor allem den Ländern und Kommunen auf. Dies und eine völlig unzureichende Planung

haben zu inakzeptablen Notunterbringungen geführt, die eines reichen Landes unwürdig sind. Die Überforderung einzelner Städte und Kommunen bildet auch einen Nährboden für gefährlich erstarkte rassistische Proteste und Übergriffe gegen Flüchtlingsheime sowie ablehnende Haltungen in Teilen der Bevölkerung. Die Bundesregierung hat versagt. Vor allem dem Engagement vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, Kommunalpolitikerinnen und -politiker ist es zu danken, dass es bislang nicht zu noch größeren Katastrophen gekommen ist. Die große Offenheit und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung dürfen nicht dadurch gefährdet werden, dass „gute“ gegen „schlechte“ Flüchtlinge ausgespielt werden. Dem Gerede über einen angeblich verbreiteten Asylmissbrauch muss sofort Einhalt geboten werden. Wir brauchen faire und schnelle Asylverfahren und wirksamen Schutz für alle, keine weiteren Gesetzesverschärfungen. Europa darf nicht zur Festung ausgebaut werden. Das überwältigend große Engagement vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer bei der Flüchtlingsaufnahme müssen wir stärken und mit guten staatlichen Aufnahmestrukturen vor Ort verbinden. Dies ist ohne weitere Belastung von 99 Prozent der Bevölkerung durch höhere Steuern für Millionäre und große Konzerne im Rahmen einer sozial gerechten Steuerreform oder kurzfristig durch Verwendung der Haushaltsüberschüsse finanzierbar.

DIE LINKE im Bundestag fordert außerdem:

I. Fluchtursachen bekämpfen – das erfordert:

- deutsche Rüstungsexporte sofort zu stoppen;
- keine weitere Beteiligung an Kriegen und NATO-Militärinterventionen;
- den USA nicht weiter zu erlauben, auf deutschem Boden Flughäfen und militärische Einrichtungen zur Führung ihrer Kriege zu unterhalten;
- eine friedliche Außenpolitik, die nicht weiter auf völkerrechtswidrige Regime-Changes und die Destabilisierung von Staaten mittels Sanktionen setzt, die die Bevölkerung treffen;
- endlich die selbst auferlegte Verpflichtung zu erfüllen,

In dieser Ausgabe

- DIE LINKE zur Flüchtlingskrise
- SYRIZAs zweiter Wahlsieg
- Kuba verhandelt mit dem Erzfeind
- Linke und Außenpolitik
- Was wird aus der Palästinafrage?



Inhalt

● Flüchtlingskrise

- Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch: Positionspapier
- Gregor Gysi: Krieg muss überwunden werden
- Sahra Wagenknecht: Teure Flüchtlinge sind Steuerflüchtlinge
- Julia Wiedemann: Die globale Flüchtlingskrise
- Peter Schäfer: Rechte für Migrant/-innen und Flüchtlinge
- Hannes Hofbauer: Osteuropas Hilflosigkeit
- Kwabena Otoo: EU macht Westafrika fügsam
- Jean Ziegler: An der Schwelle eines Aufstandes

● Griechenland

- Deutsche Theologen: Und vergib uns unsere Schulden
- Gregor Gysi: Aufbaupolitik für Griechenland
- Gregor Gysi: Schäuble zerstört die europäische Idee
- Gregor Gysi: Von 86 Milliarden nicht 1 Euro für Investitionen in Griechenland
- Katja Kipping: Europa revolutionieren
- Andreas Karitzis: Erste Analyse der Wahl vom 20.9.2015
- Tom Strohschneider: Griechenland entscheidet
- Axel Troost: SYRIZA – die zweite Chance nutzen
- Dominic Heilig, Luise Neuhaus-Wartenberg: Linke erhält zweite Chance

● Europäische Union

- Gabi Zimmer: Den Weg aus dem nationalen Hamsterrad finden
- Beschluss der Bundestagsfraktion DIE LINKE

● Russland/Ukraine

- Wolfgang Grabowski: 70 Jahre der Befreiung vom Hitlerfaschismus
- Wolfgang Gehrcke: Ukraine „dekommunisiert“ sich
- Willy-Brandt-Kreis: Für einen neuen Umgang mit der Ukraine-Krise

● Geschichte

- Shi Mingde: China kämpfte hart für den Sieg
- Sergej Lawrow: Eine strategische Partnerschaft
- Katja Kipping, Bernd Riexinger, Pierre Laurent: Für eine neue Entspannungspolitik
- RLS Moskau: Konferenz 40 Jahre Helsinki

● Aus der internationalen Linken

- Boris Kanzleiter: Erfolg von SYRIZA dynamisiert Linke in Südosteuropa
- Pedro Chavez Giraldo: Politischer Wandel in Spanien
- Alberto Garzón: Für einen Neuaufbau der Vereinigten Linken (Spanien)
- Roger Martelli: Regionalwahlen in Frankreich

- Jeremy Corbyn: Was ich mit Labour vorhabe 53
- Paola Giaculli: Zum Zustand der italienischen Linken 54
- Harald Werner: Stalins Schatten und das Gramsci-Genom 57
- Norbert Hagemann: Norwegens Linkssozialisten suchen ihren Weg 58
- Niels Rohleder: Sieg der dänischen Rechten bei Parlamentswahl 60
- Edgar Göll: Kuba: Verhandlungen mit dem Erzfeind 61
- Iroel Sanchez Espinosa: Kuba und die Medien 62
- Anika Dreilich: Urban Gardening in Kuba 64
- Achim Wahl: Hat Präsidentin Dilma kapituliert? 65
- Dietmar Schulz: PT Brasiliens: Heraus aus der Defensive! 70
- Valter Pomar: Der 5. Parteitag der Partei der Werktätigen 71
- Dietmar Schulz: Kolumbien am Scheideweg 73
- Kommunist Manik Sarkar regiert im indischen Tripura 74

● Internationale Umschau

- G7-Gipfel Elmau: Rede Gregor Gysis im Bundestag 76
- G7-Gipfel Elmau: Entschließungsentwurf der Linksfraktion 78
- Holger Politt: Polen vor den Parlamentswahlen 79
- Wolfgang Gehrcke: Vier Vorschläge zu Syrien 81
- Julia Wiedemann: Gewalt in der Türkei 82
- Issam Haddad: Eine strategische Wende im Nahen Osten? 83
- Felix Lee: Das ganz normale China 84
- Stefan Liebich: Burundi in tiefer Krise 86

● Analyse

- Erhard Crome: Wenn Linke Außenpolitik machen 87
- Gáspár Miklós Tamás: Die zwei großen Gefahren 92
- Bernd Biedermann: Der Geheime Krieg der USA und Deutschlands 95
- Dominic Heilig: Analyse der Parlamentswahl in Portugal 97
- Keith Barlow: Die britische Unterhauswahl 2015 101
- Thomas Kachel: Ist eine andere Labour Party möglich? 107
- Cem Sey: Die Türkei vor der Wahl 110
- Karin Kulow: Was wird aus der Palästina-Frage? 113

● Nach Redaktionsschluss

- Martin Schirdewan: Zum Stand und zur Zukunft der europäischen Sozialdemokratie 119
- Holger Politt: Gefährlicher Rechtsruck in Polen 120



0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen;

- neoliberale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und Freihandelsabkommen auszusetzen und Verhandlungen über weitere Abkommen, wie z. B. TTIP, zu stoppen;
- die Ernährungssouveränität der Staaten zu stärken, indem diese das Recht erhalten, ihre heimischen Nahrungsmittelmärkte vor Importen zu schützen;
- den deutschen Beitrag für das Welternährungsprogramm in Höhe von rund 162 Millionen Euro im Rahmen der Syrienkrise auf 500 Millionen Euro aufzustocken.

II. Sofortprogramm für Flüchtlinge

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat ein 10-Punkte-Papier zu den aktuellen Herausforderungen in der Asylpolitik ausgearbeitet. Gefordert wird darin insbesondere:

- die Flüchtlingsaufnahme in die maßgebliche Verantwortung des Bundes zu legen, der die Kosten für die Dauer des Asylverfahrens und für eine Übergangszeit nach der Anerkennung übernimmt, damit Länder und Kommunen sich auf die Integration vor Ort konzentrieren können;
- den Grundsatz der Integration von Beginn an gelten zu lassen, da die Mehrheit der Asylsuchenden dauerhaft in Deutschland bleibt. Sie brauchen Zugang zu Sprachkursen und eine gezielte Arbeitsförderung; ausgrenzende Gesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht, diverse Arbeitsverbote und dergleichen sind aufzuheben sowie effektive Maßnahmen gegen Lohn dumping für alle Arbeitnehmer in Deutschland einzuführen;
- Flüchtlinge vorrangig dezentral und in eigenen Wohnungen unterzubringen. Erforderlich ist ein starkes soziales Wohnungsbauprogramm für alle Menschen mit geringem Einkommen;
- ein grundlegender Wandel in der EU-Asylpolitik. Das Massensterben an den EU- Außengrenzen, die Errichtung immer neuer Grenzzäune und das unwürdige Hin- und Herschieben von Flüchtlingen müssen gestoppt werden. Schutzsuchende brauchen legale und sichere Einreisewege. Sie sollen ihr Aufnahmeland selbst bestimmen können, nur so können bestehende familiäre Bindungen und vorhandene Sprachkenntnisse positiv genutzt werden.

DIE LINKE wird noch in diesem Jahr eine Konferenz für ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen und -helfer veranstalten: zum Kennenlernen, zur Vernetzung, zum Erfahrungsaustausch und vor allem auch zur Würdigung ihrer wertvollen Arbeit und ihres Engagements.

„Krieg muss überwunden werden“

Rede von Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, in der Generaldebatte des Bundestages am 9. September 2015; aus: www.linksfraktion.de

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zunächst muss ich Ihnen eine falsche Hoffnung nehmen: Es ist nicht meine letzte Rede als Fraktionsvorsitzender im Bundestag. Sie müssen mich schon noch einmal ertragen.

Aber kommen wir zu der Frage, wie die Welt heute aussieht. Ich glaube, die Situation ist sehr ernst. Wir stehen vor gewaltigen Problemen. Kriege und kriegsähnliche Auseinandersetzungen finden in Syrien, im Jemen, im Irak, in der Türkei, in der Ukraine und in anderen Ländern statt. Kriege töten, vernichten und zerstören, und die Menschen fliehen, um nicht getötet, nicht vernichtet zu werden.

Wie sehen die Staaten aus, in denen auch der Westen Krieg geführt hat? Afghanistan – eine einzige Katastrophe: Armut, undemokratische Verhältnisse, terroristische Selbstmordanschläge und zunehmend Flüchtlinge. Alle anderen Fraktionen waren für den Krieg in Afghanistan, nur die Linke war dagegen und hat vor den Folgen gewarnt. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Wir hatten recht.

Glücklicherweise hat sich Deutschland nicht unmittelbar an den Kriegen gegen den Irak und gegen Libyen beteiligt, aber die USA, Großbritannien, Frankreich und andere Länder. Hussein war schlimm und ist weg. Aber ist die Situation jetzt besser? Gaddafi war schlimm und ist weg. Aber ist die Situation jetzt besser? Krieg muss überwunden werden, wenn man ernsthaft will, dass Menschen nicht gezwungen werden zu fliehen.

Deutschland ist aber der drittgrößte Waffenexporteur der Welt und verdient an jedem Krieg. Waffen werden auch an Diktaturen wie Saudi-Arabien und Katar verkauft. Saudi-Arabien führt einen Krieg gegen Jemen, bezieht dennoch Waffen aus Deutschland. Diese unheilvolle Politik muss überwunden werden. Verhindern Sie doch wenigstens Waffenverkäufe an Diktaturen und in Krisengebiete.

Das ist nur ein Minimum. Wenigstens die Sozialdemokratische Partei Deutschlands müsste darauf bestehen.

Wir erleben darüber hinaus eine Entstaatlichung von Staaten. Wir haben zunehmend Länder, in denen Regierung, Polizei, Justiz, Bildung und Gesundheitswesen nicht funktionieren. Oft ist das die Folge der vom Westen geführten Kriege. Wenn es keine funktionierenden Regierungen gibt, gibt es auch keine Verhandlungspartner, die etwas durchsetzen können. Die Bürgerinnen und Bürger können so nicht geschützt werden. Entstaatlichte Staaten sind Syrien, Libyen, Irak, Jemen, Somalia. In den ersten vier Ländern sind inzwischen 9 000 Schulen geschlossen worden. Lehrerinnen und Lehrer fliehen, und auch die Eltern mit ihren Kindern fliehen, weil diese ohne Schulbildung in ihrem Leben chancenlos wären. Was tut die Bundesregierung dagegen? Ich bin gespannt auf Ihre Antwort, Frau Bundeskanzlerin. Und warum erfahren wir eigentlich in den Medien so wenig über die mörderischen Auseinandersetzungen in diesen Ländern? Ich finde, dass Information wichtig ist.

Ich wiederhole mich: Jährlich sterben auf der Erde etwa



70 Millionen Menschen. Die häufigste Todesursache ist der Hunger. Etwa 18 Millionen Menschen auf der Erde sterben jährlich an Hunger. Wir haben aber weltweit eine Landwirtschaft, die die Menschheit zweimal ernähren könnte. Menschen, die Angst haben zu verhungern, fliehen. Was tut die Bundesregierung dagegen, dass der Profit von Konzernen Vorrang vor dem Überleben von Menschen hat? Auch darauf, Frau Bundeskanzlerin, müssten Sie eine Antwort geben.

Not, Elend, also Armut, nehmen weltweit ebenso zu, wie der Reichtum anwächst. Nur ganz wenige Zahlen:

Seit 2008 hat sich die Zahl der Milliardäre auf der Erde verdoppelt. Die reichsten 80 Personen auf der Erde besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit, das heißt wie 3,5 Milliarden Menschen. 80 Menschen besitzen genauso viel wie 3,5 Milliarden Menschen! Vor fünf Jahren waren es noch 388 Personen. Interessant ist: Aus 388 Personen werden nicht 400, 500 und dann 600, sondern daraus werden 80, weil der Reichtum sich immer weiter konzentriert. Eine Milliarde Menschen haben ein Einkommen von 1 Dollar pro Tag. Armut, bittere Armut führt ebenso zur Flucht.

Dagegen unternimmt die Bundesregierung nichts. Denn auf wesentlich höherem Niveau passiert in Europa und Deutschland das Gleiche. Die OECD stellte jetzt fest, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland sich deutlich vergrößert hat, übrigens immer mit einer SPD in der Regierung.

Sie müssen sich das schon anhören: Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung verdienen Mitte der 80er Jahre fünfmal so viel wie die ärmsten 10 Prozent unserer Bevölkerung. Inzwischen verdienen sie siebenmal so viel.

1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzt 32 Prozent des gesamten Vermögens, und die finanziell schwächere Hälfte der Haushalte, also 50 Prozent unserer Haushalte, besitzt 1 Prozent des Vermögens. 50 Prozent besitzen 1 Prozent des Vermögens! Das Interessante ist: 1998 besaß diese Hälfte noch 4 Prozent des Vermögens. Aus 4 Prozent werden nicht 5 Prozent und dann 6 Prozent und 7 Prozent, sondern aus 4 Prozent wird 1 Prozent. Das ist eine Katastrophe. Damit machen Sie die Gesellschaft kaputt.

Ein Staat, der selbst so ungerecht verteilt, kann sich auch nicht weltweit wirksam gegen Armut einsetzen und organisiert mithin schon wieder Flüchtlinge.

Nachgewiesen wird von der OECD übrigens auch, wie schädlich für die Binnenwirtschaft die Schwächung der Kaufkraft eines großen Teils unserer Bevölkerung ist. Der Generalsekretär der OECD sagte – ich zitiere wörtlich: „Der Kampf gegen Ungleichheit muss in das Zentrum der politischen Debatte rücken.“

Die Linke wird genau das versuchen.

Weltweit muss auch ein entschiedener Kampf gegen Rassismus geführt werden. Sinti und Roma sind zum Beispiel die in vielen europäischen Ländern erheblich benachteiligten Teile der Bevölkerung. Sie fliehen in der Hoffnung, endlich irgendwo hinzukommen, wo sie gleichberechtigt behandelt werden. Gerade in diesen viel diskutierten westlichen Balkanländern findet eine menschenrechtsverletzende und menschenrechtsverachtende Politik gegenüber Sinti und Roma statt. Außerdem ist die Politik von Orban in Ungarn schlicht indiskutabel. Dagegen muss ganz entschieden Stellung genommen werden.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die

Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereden Sie eigentlich auf den G7-, G8- oder G20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?

Nun erwarten wir in diesem Jahr 800 000 Flüchtlinge in Deutschland, die eigentlich kein Problem, sondern eine Chance sind.

Ich begrüße es ausdrücklich, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie für die Flüchtlinge in Ungarn hier die Türen geöffnet haben. Aber ich sage: Auch die Zustände in Ungarn müssen ganz deutlich verbessert werden. Dazu komme ich noch. Also: Es ist eigentlich fantastisch, dass viele Tausende Menschen zu uns kommen, aber es ist noch fantastischer, wie viele Tausende Menschen, die ehrenamtlich aktiv sind, sie begrüßen und sie unterstützen. Ich glaube, das hätte es so vor zehn Jahren noch nicht gegeben. Das ist eine sehr gute Entwicklung.

Aber man darf das auch nicht überziehen. Auch ehrenamtliche Helfer sind irgendwann müde, sind irgendwann abgespannt. Das heißt, der Bund muss eingreifen und vor allen Dingen die strukturellen Probleme lösen.

Auf der anderen Seite haben wir einen rechtsextremen Mob, der rassistisch hetzt, hasst und Flüchtlingsunterkünfte in Brand setzt. Ich sage Ihnen: Dagegen müssen wir geschlossen auftreten, egal wie groß ansonsten unsere Meinungsunterschiede sind.

Aber es gibt auch Menschen, die Ängste damit verbinden, die glauben, dass es ihnen besser ginge, wenn es weniger Flüchtlinge gäbe. Ich habe sie gefragt, ob es ihnen besser ging, bevor die Flüchtlinge kamen. Das mussten sie verneinen. Es ist überhaupt kein logisches Argument, aber wir sind trotzdem verpflichtet, diese abstrakten Ängste abzubauen. Und wir sind verpflichtet, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen. Ich sage Ihnen: Wenn Verhältnisse so sozial ungerecht sind, dann nutzt das der Rechtsextremismus aus, um Leute für sich zu gewinnen mit schlichten rassistischen und anderen Losungen. Also kämpfen wir nicht nur aus materiellen Gründen, sondern auch aus wichtigen ideellen Gründen für deutlich mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland.

Im Übrigen: Der ärmere Teil der Bevölkerung ist der Teil, der immer seltener zur Wahl geht. Das ist demokratiegefährdend. Wir müssen also auch mehr soziale Gerechtigkeit gestalten, damit diese Menschen wieder die Demokratie begrüßen und sich an Wahlen beteiligen.

Die Flüchtlinge sind schon deshalb eine Chance, weil uns immer mehr Arbeitskräfte fehlen. Der Arbeitgeberpräsident begrüßt deshalb den Zustrom an Flüchtlingen. Jedes Jahr sterben bekanntlich mehr Deutsche als geboren werden. Da es ja handwerklich nicht verlernt worden ist, müssen wir uns doch einmal Gedanken darüber machen, woran das liegt. Ich sage Ihnen: Das liegt daran, dass wir keine kinderfreundliche Gesellschaft sind. Es liegt daran, dass wir ein Bildungssystem aus dem 19. Jahrhundert haben, dass es keinen chancengleichen Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur bei Kindern gibt. Von einem solchen Zugang kann nicht einmal im Ansatz die Rede sein.

Die umfassende prekäre Beschäftigung dank Agenda 2010 verhindert, dass die Menschen verantwortungsbe-



wusst Kinder in die Welt setzen können. Massenhaft kriegen junge Leute nur befristete Arbeitsverträge von einigen Monaten. Sie wissen nicht einmal, was aus ihnen wird, geschweige denn, was aus ihren Kindern werden soll. All das sind die Ursachen dafür.

Aber selbst wenn wir, das muss ich so deutlich sagen, Flüchtlinge wirtschaftlich nicht brauchen, sind wir verpflichtet, sie anständig zu behandeln, sie anständig unterzubringen und sie zu integrieren.

Deshalb ist es gut, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie im kommenden Jahr 6 Milliarden Euro im Bundeshaushalt dafür einsetzen wollen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber das Geld genügt nicht, und vor allem ist das keine strukturelle Lösung. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal: Wir müssten den Solidaritätszuschlag nicht abschaffen, sondern beibehalten und das Aufkommen daraus gerecht unter den 16 Bundesländern verteilen, damit diese die Aufgaben bei der Unterbringung und bei der Integration der Flüchtlinge meistern können.

Das Asylverfahren ist übrigens Bundesrecht. Insofern müssen die Kosten meines Erachtens auch vom Bund getragen werden, aber nicht von den Ländern und Kommunen.

Es ist richtig, dass Sie mehr Deutschkurse anbieten. Ihre Überlegungen, Flüchtlinge schneller loszuwerden, gehen aber eindeutig in die falsche Richtung.

Sie erweitern die Zahl sicherer Herkunftsländer, um schneller abschieben zu können. So soll nun der Kosovo ein sicheres Herkunftsland sein, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Sie begründen uns doch immer die Notwendigkeit der Bundeswehr im Kosovo damit, dass es dort so unsicher ist. Was stimmt denn nun? Braucht man dort die Bundeswehr, oder ist das ein sicheres Land? Sie müssen auch einmal Logik in Ihre Politik bringen.

Übrigens: Der Vorschlag, Bargeld für Flüchtlinge abzuschaffen und durch Gutscheine zu ersetzen, widerspricht einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Gehen Sie doch keinen grundgesetzwidrigen Weg. Er ist immer falsch.

Flüchtlinge sollen nach drei Monaten Aufenthalt Leiharbeit verrichten dürfen. Sie wollen also einen neuen Sektor für Niedriglohn eröffnen. Auch das ist indiskutabel. Darunter sind übrigens oft viele qualifizierte Kräfte. Mir wird immer gesagt, dass man nicht weiß, ob die Qualifikation stimmt. Mein Gott, wir haben doch immer eine Probezeit. Da weiß beispielsweise ein Arzt sofort, ob die Qualifikation stimmt oder nicht stimmt. Hier müssen wir einmal etwas lockerer, etwas unbürokratischer werden und dafür sorgen, dass die Menschen so schnell wie möglich Beschäftigung finden.

Sechs osteuropäische Länder erklärten, niemals mit Flüchtlingsquoten einverstanden zu sein: Tschechien, die Slowakei, Polen, Ungarn, Litauen und Lettland. Nun bin ich auch gegen Quoten, weil es sich nämlich um Menschen handelt und nicht um Sachen; die kann man nicht einfach verteilen.

Aber eine gerechte Kostenverteilung innerhalb der Europäischen Union halte ich für zwingend erforderlich. Wenn dann Länder, die kaum Flüchtlinge aufnehmen, nicht bereit sind, ihren Kostenanteil zu zahlen, müssen ihnen die Zuschüsse von der EU entsprechend gekürzt werden. Da muss man jetzt einmal mehr Mumm zeigen, Frau Bundeskanzlerin.

Übrigens erklärt die polnische Regierung, dass Polen für muslimisch gläubige Flüchtlinge ungeeignet sei. Nun ist die-

ses Land bekanntlich stark katholisch geprägt. Es kann doch nicht wahr sein, dass ich denen jetzt die Bergpredigt von Jesus Christus erklären muss.

Wenn diese Mitglieder der polnischen Regierung zur Beichte gehen, müssen sie so viele Rosenkränze beten, dass sie gar nicht mehr aus der Kirche herauskommen. Ich kann nur sagen: Führen Sie mit denen mal eine scharfe und deutliche Auseinandersetzung.

Ungarns Orban schafft Schritt für Schritt die Demokratie ab und strebt eindeutig autoritäre Strukturen an. Das verkündet er sogar. Die USA haben bereits Sanktionen ausgesprochen. Und was macht unsere Bundesregierung? Sie mault etwas vor sich hin. Das reicht nicht. Hier müssen wirklich Maßnahmen ergriffen werden, aber nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von der EU.

Und noch etwas, das interessiert mich, Frau Merkel, Herr Kauder und Frau Hasselfeldt. Orbans Partei ist Mitglied der konservativen Fraktion im Europäischen Parlament. Das heißt, die Abgeordneten der CDU und der CSU sitzen gemeinsam in einer Fraktion mit den Mitgliedern von Orbans Partei. Meinen Sie nicht, es ist höchste Zeit, diese Partei aus Ihrer europäischen Fraktion rauszuschmeißen, und zwar achtkantig?

Insgesamt sieht man die unzureichenden Strukturen der EU. Nichts Wirksames geschieht gegen Orbans unerträgliche Politik.

Russland. Russland ist eine Weltmacht, und nicht, wie Obama meinte, eine Regionalmacht. Russland ist eine Vetomacht. Russland ist das militärisch stärkste Land in Europa. Obama verlangte Wirtschaftssanktionen durch die EU, auch durch die Bundesrepublik. Wie immer sind Sie den Forderungen der US-Administration artig gefolgt und haben alles gemacht, was sie wollte. Wir haben dadurch deutliche Wirtschaftseinbußen. Ich kenne mittelständische Unternehmen, die an Russland geliefert haben und jetzt nicht wissen, wie sie die Insolvenz verhindern sollen.

Nun lese ich, dass nach russischen Angaben der Handel zwischen den USA und Russland um 6 bis 11 Prozent zugenommen hat. Ich meine, es wäre doch eine sagenhafte Frechheit, von uns Sanktionen zu verlangen und selbst den Handel zu steigern. Deshalb sage ich Ihnen: Hören Sie endlich damit auf! Sie müssen eine eigenständige Interessenpolitik machen. Es gibt keinen Frieden in Europa ohne oder gegen Russland. Das müssen wir beachten.

Noch etwas: Jetzt höre ich plötzlich, dass Russland Waffen und Truppen um Syrien zusammenzieht. Dann lese ich, das sei alles mit den USA abgestimmt. Dann lese ich wiederum, dass die US-Regierung die russische Regierung warnt. Jetzt frage ich mich: Ist die Warnung auch abgestimmt, indem man sagt: „Macht das mal, aber wir müssen so tun, als ob wir dagegen sind“? Ich hoffe, Frau Bundeskanzlerin, Sie können uns einmal aufklären und sagen, wie es da wirklich aussieht. Es wird Zeit, dass unsere Bevölkerung diesbezüglich informiert wird.

Noch etwas: Ich verstehe sehr gut, dass man Assad nicht mag; das kann ich alles nachvollziehen. Er verletzt Menschenrechte in vielfacher Hinsicht. Aber man wird einen Frieden ohne Assad doch wirklich nicht finden. Ist die Friedensfrage nicht wichtiger als die Frage, wen man aus Menschenrechtsgründen ablehnt oder nicht ablehnt?

Letztlich müssen wir begreifen und danach handeln: Frieden und Sicherheit brauchen wir überall auf der Erde.



Deutschland darf nicht der drittgrößte Waffenexporteur der Welt sein.

Türkei. Es gab einen Friedensprozess zwischen der Regierung der Türkei und den Kurdinnen und Kurden. Dann hat sich die Regierung entschieden, gegen die PKK Krieg zu führen. Jetzt sagt Erdogan, es gibt für ihn nur noch eine militärische Lösung. Er marschiert sogar in den Irak ein. Aber gerade die syrischen und irakischen Kurdinnen und Kurden, wenn ich darauf einmal hinweisen darf, führen den einzig wirklich wirksamen Kampf am Boden gegen den „Islamischen Staat“. Die werden jetzt aber bekriegt, und zwar von einem NATO-Partner. Und was machen Sie dagegen? Nichts. Geben Sie doch einmal dieses Schweigen auf und suchen Sie die wirkliche Auseinandersetzung mit Erdogan, weil das nicht mehr hinnehmbar ist!

Griechenland. Herr Schäuble, vielleicht haben Sie Ihr Ziel erreicht, und die linke Regierung ist gestürzt. Wir warten das Ergebnis der Wahlen ab. Aber eines hat die linke Regierung von Griechenland erreicht: eine Diskussion in ganz Europa über den Euro und über die EU-Strukturen, wie wir sie noch nie hatten. Jetzt stellt sich die Frage, ob die EU weiter in Richtung Demokratie- und Sozialabbau oder endlich umgekehrt in Richtung mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit gestaltet wird. Wir brauchen die EU für den Frieden in Europa, aber eben auch für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Ich sage Ihnen, Herr Schäuble, Sie haben leider mit Ihrer Politik erreicht – Sie natürlich auch, Frau Bundeskanzlerin –, dass der Rechtspopulismus und der Rechtsextremismus, die zu den alten Nationalstaaten zurückwollen, in den europäischen Ländern Erfolge zeigen. Schon das müsste Sie wachrütteln und die Politik gänzlich ändern.

TTIP. Wir haben immer die mangelnde Transparenz bei dem sogenannten Freihandelsabkommen, das da zwischen den USA und der Europäischen Union verhandelt wird, kritisiert. Es hat sich ein kleines bisschen verbessert, aber nicht viel. Jetzt nenne ich Ihnen drei Probleme:

Erstens. Wir kennen ein Vorsorgeprinzip, das in den USA unbekannt ist. Die kennen ein Nachsorgeprinzip. Das heißt, wenn man in Deutschland ein neues Lebensmittel auf den Markt bringen will, muss man beweisen, dass das nicht schädlich ist. Dass wir da manchmal falsche Beweise kriegen, ist eine andere Frage. Man muss es aber beweisen. In den USA ist es genau umgekehrt. Da kann man jedes Lebensmittel auf den Markt bringen. Wenn man dann aber Schaden anrichtet, wird man irgendwann zu ein paar Milliarden Schadenersatz verurteilt. Das ist eine völlig umgekehrte Herangehensweise. Die mittelständischen Unternehmen sagen mir, sie liegen damit zwei bis drei Jahre zurück und haben dadurch einen ganz großen Nachteil. Das sollte Sie doch eigentlich interessieren.

Zweitens. Die Schiedsgerichte sind abenteuerlich. Sie müssen sich einmal Folgendes überlegen: Da kommt ein kanadischer oder amerikanischer Konzern, klagt vor einem Schiedsgericht und bekommt dann 200 Millionen Euro Schadenersatz durch die Bundesregierung zugebilligt, und man kann nichts mehr machen. Es gibt kein weiteres Gericht, weder ein deutsches noch ein europäisches. Die eigenen Unternehmen müssen bis zum Europäischen Gerichtshof oder bis zum Bundesverfassungsgericht gehen, um irgendetwas durchzusetzen. Das ist wiederum eine schwere Benachteiligung.

Ich weiß, dass die Wirtschaft für ein Freihandelsabkommen ist. Wir sagen dazu Nein. Ich weiß auch, welche Kritik Sie daran üben, und die sollten Sie ernst nehmen.

Drittens. Das für uns entscheidende Kriterium ist das Verbot von Investitionshemmnissen. Ich bitte Sie: Wissen Sie, was das heißt? Das heißt Folgendes: Ein amerikanischer Konzern gründet zu irgendeinem Zeitpunkt, als es eine bestimmte rechtliche Situation gab, seinen Sitz in Deutschland. Danach gibt es Neuwahlen in der Bundesrepublik Deutschland, und – sagen wir einmal – es entsteht eine vernünftige Regierung, also aus oder mit Linken; nur einmal angenommen.

Man darf doch träumen, das ist doch nicht verboten. Jetzt erlaubt diese Regierung sich, die Mitbestimmung in Unternehmen zu erweitern, vielleicht sogar ein kleines bisschen die Steuern für die Konzerne zu erhöhen. Und dann sagen die: Das verstößt gegen das Verbot von Investitionshemmnissen. Wenn Sie das unterschreiben, dann sagen Sie, dass eine Politik in einer bestimmten Richtung verboten ist und dass die Verhältnisse nur noch reaktionärer werden dürfen. Da kann doch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Anbetracht ihrer Geschichte eigentlich niemals zustimmen; aber Sie organisieren das Ganze noch.

Ich komme zur prekären Beschäftigung. Wir haben in Deutschland nach wie vor den größten Niedriglohnsektor in Europa. Wir hatten einmal – vor 20 Jahren – 26 Millionen Menschen in Vollzeitbeschäftigung, jetzt nur noch 22 Millionen. Der Anteil der prekären Beschäftigung, das heißt erzwungenen Teilzeit, Befristung, Leiharbeit und geringfügigen Beschäftigung, ist um 70 Prozent gestiegen und beträgt jetzt 21 Prozent aller Beschäftigten. Ich sage Ihnen ganz klar: Leiharbeit ist für mich eine moderne Form der Sklaverei und muss verboten werden.

Aber wenn Sie schon Ausnahmen machen, dann müssen Sie wenigstens dafür sorgen, dass eine Leiharbeiterin oder ein Leiharbeiter ab der ersten Stunde der Beschäftigung Anspruch auf 110 Prozent des Lohnes hat, den ein anderer Beschäftigter in dem Unternehmen für die gleiche Tätigkeit bezieht, damit diese Leiharbeit endlich zur Ausnahme wird und nicht zu einem Nötigungsmittel, um der eigenen Belegschaft das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld und vieles andere zu entziehen.

Befristung darf es nur noch mit Sachgrund geben und nicht – wie heute – willkürlich.

Auch die erzwungene Teilzeit müssen wir loswerden. Wenn es sie schon gibt, dann muss sie freiwillig sein, aber mit dem Recht auf Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Übrigens, die Frauen trifft es besonders hart. Die Vollzeitbeschäftigungsquote bei Frauen sank von 55 Prozent auf 40 Prozent, und die Zahl der Teilzeitjobs für Frauen nahm zu von 3,8 auf 6,3 Millionen. Ich sage Ihnen: Armut ist immer weiblich. Deshalb war der Streik der Erzieherinnen und Erzieher und der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter so wichtig, um wenigstens zu erreichen, dass diese klassischen Frauenberufe endlich nicht mehr so grottenschlecht bezahlt werden, wie das gegenwärtig der Fall ist. Wir brauchen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Übrigens, Frau Nahles, wann setzen Sie Ihre – aus unserer Sicht völlig unzureichenden – Gesetze zur Begrenzung von Leiharbeit und gegen den Missbrauch von Werkverträgen endlich um? Das wird Zeit, das kann man doch nicht bloß beschließen.



Also, ich sage Ihnen ganz klar: Wir werden einen unterschiedlichen Kampf gegen die prekäre Beschäftigung und den Niedriglohnsektor in Deutschland führen.

Ich komme zum Schluss und sage Ihnen Folgendes: Wenn wir jetzt über die Halbzeit der Großen Koalition reden, dann darf ich doch drei Dinge bewerten:

Erstens. Immer wieder wird behauptet, dass Sie, Frau Merkel, die CDU sozialdemokratisiert haben. Welches Bild muss inzwischen eigentlich von der Sozialdemokratie herrschen, wenn Ihre Politik als sozialdemokratisch gilt?

Aber ich frage mich, welche Projekte Sie eigentlich in den nächsten zwei Jahren anfangen wollen. Leider glaube ich nicht, dass Sie wirksam die Fluchtursachen bekämpfen, die Rüstungsexporte wesentlich und deutlich beschränken, einen Kampf führen gegen den Niedriglohnsektor, gegen die prekäre Beschäftigung und gegen die Altersarmut und endlich eintreten für Chancengleichheit, insbesondere für Kinder beim Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur. Dazu gehört übrigens auch ein deutlich billigerer öffentlicher Nahverkehr. Aber was haben Sie stattdessen vor? Erzählen Sie es uns.

Zweitens. Die CSU ist ein besonders trauriger Fall. Ja, Frau Hasselfeldt, ich muss es Ihnen sagen. Sie hatten aus Ihrer Sicht zwei tolle, aus meiner Sicht zwei ganz besonders blöde Projekte. Das war einmal das Betreuungsgeld, mit dem Sie Eltern dafür bezahlten, dass sie das Lernen ihrer Kinder in Kindertagesstätten unterbinden.

Wir haben Ihnen gesagt, dass es grundgesetzwidrig ist. Sie haben es uns nicht geglaubt. Inzwischen hat es das Bundesverfassungsgericht eindeutig festgestellt.

Und dann die Maut! Liebe CSU, ich habe Ihnen gesagt, mit Tricks kann man Europarecht nicht umgehen. Sie wollten es mir nicht glauben und mussten nun alles stoppen, nachdem in der EU ein Verfahren gegen unser Land eingeleitet wurde. Ich werde Sie nicht inhaltlich überzeugen können.

Aber glauben Sie mir: Wenn Sie diesbezüglich nicht über solche Mitglieder verfügen, müssen Sie sich wenigstens Beraterinnen und Berater suchen, die sich im Europarecht und im Grundgesetz auskennen.

Drittens: die SPD. Die SPD sitzt, auch wenn sie es gelegentlich vergisst, ebenfalls in der Bundesregierung. Viel zu spüren ist davon allerdings nicht. Sie stehen vor einer spannenden Frage: Wollen Sie ein Anhängsel der Union bleiben oder doch zu einem Gegenüber werden?

Die Depressionen bei Ihnen gehen ja schon so weit, dass in Ihren Reihen, lieber Herr Gabriel, diskutiert wird, ob man überhaupt noch eine eigene Kanzlerkandidatin oder einen eigenen Kanzlerkandidaten aufstellen sollte. Mein Gott! Wann kehrt in der Sozialdemokratie endlich mal wieder Leidenschaft, Kampfgeist, und zwar für Frieden und soziale Gerechtigkeit, ein?

Mein letzter Satz: Viel Hoffnung für die Bevölkerung entsteht durch die – übrigens wegen der großen Mehrheit – demokratiegefährdende Große Koalition für die nächsten beiden Jahre nicht, aber wer weiß, was 2017 passiert!

„Die wirklich teuren Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge“

Rede von Sahra Wagenknecht in der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung zum Sondertreffen der EU zu Flüchtlingen und zum UN-Nachhaltigkeitsgipfel am 24. September 2015; aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Frau Bundeskanzlerin, Sie selbst haben die Zahl genannt: 60 Millionen Menschen sind weltweit gegenwärtig auf der Flucht. Viele von ihnen hatten ihre Heimat früher in Ländern wie dem Irak, Afghanistan, Libyen oder Syrien. Sie fliehen nicht vor Naturkatastrophen; sie fliehen vor Terrorbanden wie den Taliban oder dem IS, sie fliehen auch vor Assad, aber sie fliehen vor allem vor den Folgen westlicher Politik. Denn es waren die als humanitäre Intervention maskierten Ölkriege der Vereinigten Staaten und ihrer europäischen Verbündeten, die in Afghanistan und im Irak verbrannte Erde hinterlassen haben und die Mördermilizen des IS und jetzt auch die Taliban in Afghanistan erst wieder so stark gemacht haben, wie sie gegenwärtig sind. Und es waren westliche Interventionen, die die staatlichen Strukturen in Libyen zerstört und die auch in Syrien den Bürgerkrieg immer weiter angeheizt haben. Und es sind nicht zuletzt deutsche Waffen, die in all diesen Ländern Tod und Schrecken verbreiten.

Deshalb: Wer von Flüchtlingen redet, der darf über Kriege, Drohnterror und Waffengeschäfte nicht schweigen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir werden das Flüchtlingsproblem nicht durch weitere Einschränkungen beim Asylrecht lösen und auch nicht durch Gefeiße um europäische Quoten und schon gar nicht durch neue Mauern und noch höhere Zäune. Wir werden es nur lösen, wenn Europa endlich aufhört, die Vereinigten Staaten dabei zu unterstützen, immer größere Teile des Nahen und Mittleren Ostens in einen Brandherd zu verwandeln. Das muss endlich aufhören. Stattdessen müssen wir sie unter Druck setzen, endlich den ihrer Verantwortung angemessenen Beitrag an den Kosten zu leisten.

Frau Bundeskanzlerin, stoppen Sie sofort alle Waffenlieferungen in Spannungsgebiete und erteilen Sie all denen eine Absage, die schon wieder dafür trommeln, dass wir nun auch in Syrien mitbomben sollen! Unter Bombenteppichen wächst kein Frieden, sondern sie bewirken nur, dass noch mehr verzweifelte Menschen zur Flucht gezwungen werden. Nur eine kleine Minderheit der Flüchtlinge schafft es bis Europa. Millionen leben unter unwürdigen Bedingungen in den Lagern der Nachbarstaaten. Vor kurzem musste die Welternährungsorganisation dort die Nahrungsmittelrationen halbieren, weil selbst der erbärmliche Betrag von 27 Dollar pro Person und Monat nicht mehr finanzierbar war. Ich muss sagen: Auch das, was jetzt als großes Ergebnis des gestrigen Gipfels verkündet wird, nämlich dass man 1 Milliarde Euro mehr an Mitteln zur Verfügung stellt, ist weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Das ist einfach lächerlich und unangemessen. Flüchtlinge hungern, und ihre Kinder bekommen keine angemessene Bildung, weil die reichen Länder Milliarden für Kriege ausgeben, aber nur lächerliche Beträge für humanitäre Hilfe. Ich finde, das ist eine Schande. Es zeigt auch sehr deutlich die wirklichen Werte der gelobten westlichen Wertegemeinschaft.

Ja, viele von denjenigen, die auf der Flucht sind, fliehen



auch vor wirtschaftlichem Elend und blanker Not. Aber auch dafür sind die Industriestaaten mit verantwortlich. Frau Merkel, Sie haben hier sehr vieles gesagt, was ich unterschreiben kann. Aber dann nehmen Sie doch endlich die UN-Ziele zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit ernst, und beteiligen Sie sich nicht länger daran, armen Ländern Freihandelsabkommen zu diktieren, die ihre Landwirtschaft und ihre Industrie zerstören, die ihre Menschen arm und ihre Märkte zur Beute internationaler Konzerne machen! Das sind doch die Folgen. Wenn Sie da nicht die entsprechenden Konsequenzen ziehen, dann nützen all die schönen Worte hier nichts.

Niemand sollte sich wundern, dass immer mehr Menschen ihre letzte Hoffnung darin sehen, sich auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen. Dafür, dass die, die bis nach Deutschland kommen, hier eine freundliche Aufnahme finden, haben in den letzten Wochen vor allem das großartige Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer und die Spendenbereitschaft der Bevölkerung gesorgt.

„Wir schaffen das“, haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, gesagt. Das klang gut. Dafür wurden Sie gelobt, aber auch aus den eigenen Reihen kritisiert. Ich habe den Eindruck, inzwischen hat Sie die Angst vor der eigenen Courage befallen.

Zumindest muss man sehen, dass die Politik der Bundesregierung mehr und mehr in Kontrast zu Ihren warmen Worten steht. Wir finden es unverantwortlich, Länder und Kommunen mit dem übergroßen Teil der Integrationskosten allein zu lassen. So organisiert man nicht Willkommenskultur, sondern Überforderung und Spannungen.

Sie wissen doch, wie die Situation in vielen Städten und Gemeinden ist, wie viele Krankenhäuser privatisiert und wie viele marode Straßen nicht repariert wurden, weil die Kassen gähnend leer sind. Sie wissen, dass die meisten Bundesländer im Korsett der Schuldenbremse Probleme haben, ihre ganz normalen Aufgaben zu erfüllen. Jetzt kommen Hunderttausende in unser Land, die Deutschkurse und Hilfe brauchen, Wohnungen, Bildung für ihre Kinder und letztlich auch Arbeitsplätze. Wollen Sie wirklich, dass Stadtkämmerer ihren Bürgern demnächst erklären müssen, dass das öffentliche Schwimmbad leider nicht mehr zu halten ist, weil sonst die Mietzuschüsse für Flüchtlinge nicht gezahlt werden können? Wollen Sie, dass die Finanzierung von Deutschkursen gegen die Finanzierung von Bibliotheken aufgerechnet wird? Wer so etwas zulässt, der vergiftet das Klima in unserem Land.

Auch die zusätzlichen Ausgaben des Bundes will Herr Schäuble über Kürzungen in anderen Haushaltsposten finanzieren. Ist der Bundesregierung nicht klar, dass sie so die hiesige Bevölkerung, und zwar gerade diejenigen, denen es nicht gut geht die niedrige Renten, schlechte Löhne haben oder von Hartz IV leben, in unverantwortlicher Weise gegen die Flüchtlinge ausspielt? Denn nicht die Wohlhabenden, sondern vor allem die Ärmern werden betroffen sein, wenn zur Finanzierung von Integration andere Budgets gekürzt werden.

Nicht die Wohlhabenden, sondern die Ärmern wohnen in den Wohngebieten, in denen in Zukunft auch die Flüchtlinge nach Wohnungen suchen werden. Es ist keine irrationale, sondern eine absolut plausible Angst, dass dort dann die Mieten weiter steigen werden. Seit Jahren werden in diesem Land kaum noch Sozialwohnungen gebaut. Viele Gemeinden

haben ihren Wohnungsbestand privaten Renditejägern überlassen. Öffentliche Investitionen in guten und erschwinglichen Wohnraum sind seit Jahren überfällig, und sie werden mit jedem ankommenden Flüchtling dringender.

Natürlich sind es auch nicht die Spitzenverdiener, sondern diejenigen im ohnehin viel zu großen Niedriglohnsektor, die es zu spüren bekommen werden, wenn Unternehmen Flüchtlinge für Lohndumping missbrauchen. Auch das könnten Sie verhindern: durch Erhöhung des Mindestlohns und Abschaffung der Ausnahmen, durch Verbot von sachgrundloser Befristung, Leiharbeit und Missbrauch von Werkverträgen. Es ist die verdammte Verantwortung der Politik, dafür Sorge zu tragen, dass die Integration nicht zu einer neuen Welle von Lohndumping und Sozialabbau führt.

Denn wer das zulässt, der nährt genau die Ängste und Ressentiments, die rechten Hasspredigern den Boden bereiten. Ist Ihnen, Frau Bundeskanzlerin Merkel, die schwarze Null wirklich so heilig, dass Sie dafür in Kauf nehmen, braune Nullen beim Stimmenfang zu unterstützen? Ich finde das unverantwortlich.

Zumal Sie ja noch nicht einmal große neue Schulden machen müssen. Ohne all die Steuergeschenke an die oberen Zehntausend und ohne Ihre Untätigkeit bei der Verhinderung von Steuerflucht hätten Bund, Länder und Kommunen heute ganz andere Spielräume. Denn die wirklich teuren Flüchtlinge sind nicht die, die vor Krieg und Terror fliehen. Die wirklich teuren sind die Steuerflüchtlinge, die Konzerne und reichsten Familien, die mit tausend Tricks die öffentliche Hand in Deutschland jedes Jahr um bis zu 100 Milliarden Euro prellen.

Deswegen: Sorgen Sie endlich für eine ordentliche Besteuerung der großen Vermögen, und machen Sie die Grenzen dicht für Steuerflüchtlinge, statt die Kosten für die Integration ausgerechnet auf den Teil der Bevölkerung abzuwälzen, der schon in den letzten Jahren durch Ihre Politik ständig an Wohlstand verloren hat! Ich bin überzeugt: Nur dann, wenn sich das Gefühl „Es geht bei uns gerecht zu“ wieder einstellt, werden wir es tatsächlich schaffen, die Integration zu leisten und die Willkommenskultur zu erhalten.

Die globale Flüchtlingskrise

Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Die Flüchtlingskrise in Europa ist das beherrschende Thema der letzten Monate. Europa sieht sich mit einem Ansturm von Menschen konfrontiert, der alle vor Herausforderungen stellt, und auf die die Politik nicht vorbereitet war. Selbst die Prognose von 800 000 Asylsuchenden in diesem Jahr in Deutschland scheint inzwischen noch zu niedrig angesetzt. Doch ist die europäische Flüchtlingskrise nicht die einzige in der Welt.

Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 38 Millionen davon sind Binnenflüchtlinge. Zu den Top Fünf der Herkunftsländer zählen Syrien, Afghanistan, Somalia, Sudan und Südsudan. Die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben die Türkei, Pakistan, Libanon, Iran und Äthiopien.¹ Die Flucht der Menschen ist nicht nur beschwerlich, sie ist auch gefährlich und endet für viele tödlich. Das



Missing Migrants Project² der International Organization for Migration (IOM) versucht anhand verschiedener Daten die Zahl der Toten zu erfassen, die weltweit auf der Flucht umgekommen sind. Danach gab es in diesem Jahr (Stand 15.9.15) bereits 2 812 Tote im Mittelmeer von 3 841 auf der Flucht gestorbene Menschen weltweit. Diese Zahlen geben nur die Fälle wieder, die bekannt geworden sind, die tatsächliche Zahl der Toten wird weit höher geschätzt. Damit ist das Mittelmeer die tödlichste aller Flüchtlingsrouten. Da über die Mittelmeerroute ebenso wie über die sogenannte Balkanroute wie auch über die Probleme für Flüchtlinge auf dieser Route in den vergangenen Wochen umfangreich in den Medien berichtet wurde, wird hier nicht näher darauf eingegangen. Stattdessen sollen beispielhaft andere Regionen und Flüchtlingskrisen an dieser Stelle beschrieben werden, um das globale Ausmaß des Themas Flucht sichtbar zu machen.

Der Golf von Bengalen – von Myanmar und Bangladesch nach Thailand, Indonesien und Malaysia

Neben dem Mittelmeer gibt es weitere Seerouten, die lebensgefährlich sind wie die Fahrt durch den Golf von Bengalen, für den das Missing Migrants Project bereits 460 Todesopfer in diesem Jahr zählt, und den Golf von Aden mit 89 Todesopfern. Der Golf von Bengalen wird vor allem von Flüchtlingen aus Myanmar und Bangladesch befahren, die in Richtung Thailand, Indonesien und Malaysia fliehen wollen. Der Großteil von ihnen sind Rohingya, eine muslimische Minderheit, von denen etwa eine Million Angehörige in Myanmar leben und eine Million in Bangladesch. Vor allem in Myanmar sind sie massiver Verfolgung ausgesetzt, werden diskriminiert und erhalten keine Staatsbürgerschaft. Seit 2014 sollen sich 94 000 Flüchtlinge aus Myanmar und Bangladesch auf den Weg gemacht haben. Mediale Aufmerksamkeit auch in Europa bekam diese Flüchtlingsbewegung im Mai dieses Jahres, als 5 000 Flüchtlinge in mehrere Booten mit jeweils bis zu 1 000 Flüchtlingen an Bord auf See „strandeten“. Die Schlepper hatten die voll besetzten Boote längst verlassen und die Flüchtlinge sich selbst überlassen. Wenige Tage zuvor waren bereits mehrere Leichen vermutlich von Flüchtlingen in einem verlassenen Schleppercamp im thailändischen Dschungel entdeckt worden. Die Küstenwache von Thailand, Malaysia und Indonesien ließ die Menschen zunächst nicht an Land gehen. Teilweise wurden sie aufs offene Meer zurück geschickt, wo einige der Boote bis zu zehn Tage ausharren mussten. Schätzungsweise 70 Personen sind im Mai an Durst, Hunger, Erkrankungen und Misshandlungen durch die Bootscrews gestorben. Erst spät haben Malaysia und Indonesien zugestimmt, ihnen humanitäre Hilfe und vorübergehend Unterkunft zu gewähren. Inzwischen sind Flüchtlinge aus Bangladesch wieder in ihr Heimatland zurück gebracht worden, staatenlose Rohingyas werden in Flüchtlingslagern internationaler Hilfsorganisationen versorgt. Doch die Fluchtbewegung geht weiter. Das UN-Flüchtlingshilfswerk warnt, dass mit dem Ende der Monsunzeit auch die Zahl der Flüchtlingsboote im Golf von Bengalen wieder deutlich ansteigen wird.

Der Golf von Aden – von Somalia nach Jemen und wieder zurück

Eine weitere Wasserstraße, die jährlich von Tausenden überquert wird, die dabei ihr Leben riskieren, ist der Golf von

Aden. Im Jahr 2014 erreichten 82 000 Menschen den Jemen über das Horn von Afrika. Etwa 215 Todesfälle bei der Überfahrt sind für 2014 bekannt, doch gibt es sehr wahrscheinlich hunderte weitere Tote. Die Boote sind meist völlig überladen, und es kommt häufig vor, dass Schleuser Menschen über Bord werfen, wenn das Boot zu kentern droht. Die meisten Flüchtlinge kommen aus Somalia, Äthiopien oder Eritrea. Flüchtlinge aus Somalia können von der jemenitischen Regierung Asyl erhalten, andere müssen sich an das UNHCR wenden. Jemen ist das einzige Land der arabischen Halbinsel, das die UN Flüchtlingskonvention von 1951 unterzeichnet hat. Im Januar hatte Jemen selbst noch rund 250 000 Flüchtlinge beherbergt, 95 Prozent davon Somalier, die vor Bürgerkrieg und Nahrungsmittelknappheit flohen. Doch der Krieg im Jemen hat die Lage auch für Flüchtlinge verschärft, zudem gibt es mittlerweile mehr als 1,4 Millionen Binnenvertriebene im Jemen, was sechs Prozent der Bevölkerung entspricht.³ Seit Beginn der von Saudi-Arabien angeführten Militärintervention im März ist die Fluchtroute gegenläufig. Somalier, die in Jemen Zuflucht gesucht hatten, fliehen nun vor dem Krieg zurück in ihre Heimat Somalia, oder in das bettelarme Djibouti, das zwischen Somalia und Eritrea liegt.⁴ Mit ihnen fliehen tausende Jemeniten vor dem Krieg. Die Blockade von Jemen verursacht eine riesige humanitäre Katastrophe. 21 von 26 Millionen Jemeniten sind von Hilfslieferungen abhängig, 6,5 Millionen leiden akut Hunger. Der Einsatz von Bodentruppen und der bevorstehende Kampf um Aden verschärft die Lage noch weiter. Für 60 Prozent der Menschen in Jemen kann die Versorgung mit Lebensmitteln nicht mehr sichergestellt werden. Nur die Hälfte von ihnen hat Zugang zu sauberem Wasser. Etwa 100 000 haben Jemen bereits verlassen, tausende folgen jede Woche. Die nächstgelegenen Zielländer Somalia und Djibouti sind selbst unterversorgt und nicht mehr in Lage die ankommenden Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Sahara – Tote im Sandmeer

Es gibt noch ein Meer, das schon viele Menschen auf der Flucht das Leben gekostet hat: das Sandmeer Sahara. Das Missing Migrants Project zählt bisher nur 48 Tote für dieses Jahr auf. Doch sind das nur die Zahlen der Leichen, die gefunden wurden. Die Sahara erstreckt sich von der Atlantikküste bis ans Rote Meer und hat mit neun Millionen Quadratkilometern etwa die 26-fache Größe von Deutschland. Vor allem der Bürgerkrieg in Libyen und das damit verbundene Chaos haben optimale Bedingungen für Schlepper geschaffen. Die Flüchtlinge kommen aus dem Senegal, Mali, oder Nigeria, aus dem Niger, Eritrea, Äthiopien, dem Sudan oder Südsudan. Ihr eigentliches Ziel ist Europa. Doch bevor sie eines der wackligen Boote an der libyschen Mittelmeerküste besteigen können, das sie nach Italien oder Griechenland fährt, müssen sie sich von Schleppern durch die Wüste bringen lassen. Diesen Weg allein zu gehen wäre zu gefährlich. Die Wüstendurchquerung erfolgt meist in vollbeladenen Jeeps oder auf der Ladefläche von LKWs. Wer auf der Fahrt herunterfällt, hat Pech gehabt. Es kommt nicht selten vor, dass Schlepper Flüchtlinge aussetzen und in der Wüste zurücklassen. Da sie in der Regel abseits der Haupttruten fahren, gibt es für die Ausgesetzten kaum eine Chance gefunden zu werden. So ist es offenbar auch den 48 Menschen ergangen, deren Leichen im Juni in Niger gefunden wurden.⁵ Ein Teil der Toten war schon vor Monaten gestorben. Die tat-



sächliche Zahl derer, die in der Wüste verschollen sind, dürfte bei mehreren hundert liegen.

Diese drei Routen sind nur Beispiele für das weltweite Ausmaß der Flüchtlingskrisen. Nicht berücksichtigt wurde die Grenze zwischen den USA und Mexiko, an der in diesem Jahr schon mehr als hundert Tote gezählt wurden. Nicht eingegangen wurde auf die Situation in den Flüchtlingslagern, und die Lage der Flüchtlinge in der Türkei, im Libanon, Jordanien, Irak und andersorts, die Gewalt, Ausbeutung oder Prostitution ausgesetzt sind, die nicht ausreichend versorgt werden können, kaum oder keinen Zugang zu Medikamenten haben. Nicht berücksichtigt in diesem Artikel sind diejenigen die weit vor der Küste Australiens den Tod finden, weil die restriktive Einwanderungspolitik Australiens Boote, die von der Küstenwache gesichtet werden, wieder fortschickt. Doch auch wenn in diesem Beitrag nur Ausschnitte der Flüchtlingsproblematik aufgezeigt wurden, ist deutlich sichtbar: Wir haben es mit einer globalen Krise zu tun. Millionen Menschen fliehen derzeit vor Krieg, vor Gewalt, vor Ausbeutung, Unterversorgung und Perspektivlosigkeit. Und ihre Zahl wird in den kommenden Jahren noch weiter steigen, denn die aktuellen Konflikte, die als Hauptursache für Flüchtlingsbewegungen gelten, scheinen noch lange nicht befriedet werden zu können, Armut hat sich in vielen Ländern dieser Welt verfestigt und der immer sichtbarer werdende Klimawandel wird ebenso weitere Fluchtbewegungen zur Folge haben. Diese Krise wird das bestimmende Thema der nächsten Jahrzehnte werden. Und sie wird nur bewältigt werden können, wenn sich auch global einige Dinge grundlegend ändern, wenn es einen grundlegenden Sinneswandel in der Frage von Gerechtigkeit und gerechter Ressourcenverteilung gibt, wenn gänzlich neue Ansätze zur Bewältigung bewaffneter Konflikte gefunden werden, und wenn ein grundsätzlicher Wandel einzieht, was Toleranz und die Bereitschaft betrifft, mit anderen Kulturen und Religionen zusammenzuleben und Vielfalt zu akzeptieren. Fluchtursachen sind global zu bekämpfen. Gleichzeitig müssen allen Menschen legale Einreisewege in sichere Länder ermöglicht werden, überall.

Anmerkungen

- 1 Diese und weitere Daten gibt es beim UNHCR: www.unhcr.org
- 2 Siehe <http://missingmigrants.iom.int/en>
- 3 <http://www.internal-displacement.org/middle-east-and-north-africa/yemen/figures-analysis>
- 4 <http://de.qantara.de/content/jemenitische-fluechtlinge-aufbruch-nach-dschibuti>
- 5 <http://www.iom.int/news/io m-cites-discovery-more-victims-sahara-among-migrants-bound-libya>

„Es geht ganz klar um die Schaffung von Rechten für Migrant/-innen und Flüchtlinge“

Interview mit Peter Schäfer, Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis; aus: www.linksfraktion.de, 20. Mai 2015

● **Peter Schäfer, Sie leiten das Regionalbüro Nordafrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis. Sie stehen dort in engem Austausch mit Initiativen und politischen wie zivilgesellschaftlichen Akteuren. In welchem Zustand befindet sich die tunesische Gesellschaft heute, vier Jahre nach dem Arabischen Frühling?**

Die Gesellschaft genießt heute natürlich politische Freiheiten, von denen sie unter der Diktatur bis Anfang 2011 nur träumen konnte. Es fanden demokratische Wahlen statt und es gibt eine neue Verfassung. Und am wichtigsten: Konflikte wurden friedlich gelöst. Angesichts der Lage in vielen Ländern der Region ist das ein bemerkenswerter Punkt. Aber darüber hinaus hat sich für sehr viele Menschen nichts verbessert. Vor allem im Süden und im Landesinneren listen einem die Menschen die gestiegenen Lebenshaltungskosten auf. Das ist die Priorität und nicht, wer in Tunis gerade an der Macht ist.

● **Die Nachbarländer Libyen und Ägypten befinden sich immer noch in schweren politischen und gesellschaftlichen Turbulenzen. Beide sind in Europa als die Transitländer bekannt, über die die meisten der Flüchtlingsboote in See stechen, deren Insassen die Flucht nach Europa teuer bezahlen – das Ticket mit mehreren tausend Euro, die Flucht selbst oftmals mit dem Leben. Was passiert in diesen Gesellschaften, in denen die eigene Bevölkerung im politischen und wirtschaftlichen Chaos lebt und gleichzeitig Zwischenstation von so vielen Menschen sind, die nichts mehr zu verlieren haben als ihr Leben?**

Für die Flüchtlinge und Migrant/-innen aus dem Süden dieser Länder stellen sich diese vor allem als rechtsloser Raum dar, den es so schnell wie möglich zu überwinden gilt. Bekannt sind ja die Erpressungen und Folterungen von Flüchtlingen im ägyptischen Sinai auf ihrem Weg nach Israel. Und dass sich in einem Bürgerkriegsland wie Libyen niemand um Flüchtlingsrechte kümmert, muss nicht verwundern. Da überrascht es nicht, dass viele Flüchtlinge, die über Libyen oder Ägypten auf dem Seeweg irregulär nach Europa kamen, sagen, dass es eine Befreiung war, als sie endlich auf dem Boot waren.

Ansonsten ist Libyen ja mittlerweile auch für Migrant/-innen aus Tunesien Transitland, weil das Aufbrechen von der tunesischen Küste aus schwerer wurde.

● **Europa hat mit den Regierungen in Nordafrika Vereinbarungen geschlossen, damit die ihre Seegrenzen schützen, Flüchtlinge also gar nicht erst in See stechen lassen. Wie werden diese Vereinbarungen in Nordafrika bewertet?**

Die Vereinbarungen selbst können gar nicht bewertet werden, weil deren Text in Gänze gar nicht öffentlich ist. Das ist beispielsweise ein großer Kritikpunkt der tunesischen Zivilgesellschaft, die hier ein Mitspracherecht fordert, an ihrer Regierung. Ansonsten wird natürlich klar gesehen,



dass Europa nur diejenigen Menschen über seine Grenzen lässt, die wirtschaftlich genutzt werden können.

So können also nur die Auswirkungen der Vereinbarungen kritisiert werden. Es ist offensichtlich, dass Tunesien seine Möglichkeiten zum Abfangen von Flüchtlingsbooten ausgebaut hat. Es gibt eine Haftanstalt in Tunis, in der auch Flüchtlinge untergebracht werden, einschließlich Minderjähriger. Und es heißt, dass es zwölf weitere solcher Anstalten im ganzen Land gibt, deren Existenz die Regierung aber nicht bestätigt. Es gibt in Tunesien noch kein Gesetz, das das Recht auf politisches Asyl schützt. Es ist also sicherlich nicht das, was in diesem Diskurs „sicheres Drittland“ genannt wird.

● **Wie erleben Sie, wie ihre Partner in Tunesien und den Nachbarländern von der anderen Seite des Mittelmeers aus die Fluchtbewegung nach Europa?**

Hier geht es ganz klar vorrangig um die Schaffung oder Gewährleistung von Rechten für Migrant/-innen und Flüchtlinge. Es geht um Zugang zu Gesundheitsversorgung, Lebensmitteln und Bildung für Minderjährige, die sich länger im Land aufhalten. Unsere Partner in Tunesien und Marokko kümmern sich um Datensammlung und Flüchtlingsberatung. Ein Problem ist sicherlich der Mangel an Anwält/-innen, die zum Thema Flüchtlinge arbeiten. Wir bilden in Tunesien deshalb auch Anwält/-innen aus.

Wichtig sind natürlich auch die Menschen, die aus Tunesien selbst übers Meer aufgebrochen und nie in Europa angekommen sind. Es sind im Wesentlichen die Mütter vermisster Flüchtlinge, die sich selbst organisiert haben und von der Regierung immer wieder Aufklärung fordern. Wir unterstützen diese Forderung über einen unserer Projektpartner, der eng mit den Müttern arbeitet. Im März wurde nun endlich eine Untersuchungskommission eingesetzt, in der Regierung und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten wollen. Massengräber für Migrant/-innen auf beiden Seiten des Mittelmeers müssen gehoben werden.

● **Ende April rollten Menschenrechtsaktivist/-innen im EU-Parlament eine hundert Meter lange Liste mit den Namen von über 17 000 im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlingen aus. Die Parlamentarier waren gezwungen, über die Namen der Ertrunkenen zu laufen, um den Plenarsaal zu erreichen. Sind die Europaabgeordneten die richtigen Adressaten, um das Sterben an den Außengrenzen der EU zu stoppen?**

Es wäre wahrscheinlich effektiver, wenn die EU-Kommissare, die nationalen Regierungen und die Frontex-Führung über diese Listen zur Arbeit gehen müssten. Aber symbolische Aktionen beiseite: Ich fände es besser, wenn die europäischen Diskussionen um Migrationspolitik sich auf die Rolle europäischer Wirtschafts- und Handelspolitik, Waffenexporte und politische Unterstützung für undemokratische Regime konzentrieren würden. Die Schaffung sicherer Fluchtwege ist natürlich wichtig. Über die Situation in Libyen und Ägypten haben wir ja schon gesprochen. Sicherer Fluchtweg hieße beispielsweise auch, dass Kapitane von Flüchtlingsbooten nicht kriminalisiert werden, weil das nur dazu führt, dass die Menschen ohne Kapitän aufbrechen müssen. Aber es geht auch darum, dass die Gründe, die die Menschen zur Migration treiben, aufgelöst werden. Beispiel Tunesien: Der Schuldendienst des Landes im letzten Jahr betrug mehr als die Ausgaben für Bildungspolitik und Soziales zusammen. Es ist ganz klar, dass das Land unter dem Druck

der Auslandsschulden auf keinen grünen Zweig kommt. Wenn man Tunesien wirklich helfen wollte, müssten dem Land die Schulden erlassen werden.

● **In Deutschland gibt es viele Menschen, die sagen, dass Investitionen in Entwicklungshilfe der beste Schutz vor dem Sterben auf der Flucht wären. Wenn die Bedingungen vor Ort bessere wären, würden auch nicht so viele Menschen ihre Heimat verlassen und nach Europa fliehen. Kann Entwicklungspolitik Flucht stoppen?**

In einer idealen Welt vielleicht schon, ja. Entwicklungshilfe für landwirtschaftliche Großprojekte in Äthiopien unter dem Schlagwort Ernährungssicherheit, die jedoch viele Kleinbauern in die Migration treibt und Abhängigkeit von ausländischen Maschinen und Saatgut fördert, beweist, dass das Gegenteil richtig ist. Dasselbe gilt für sogenannte Stadtentwicklungsprojekte in Kairo, die die Armen vertreiben und geht bis zur Hilfe für Flüchtlingsprojekte in Nordafrika, die jedoch die Rückführung der Migrant/-innen zum Ziel hat. Das alles geschieht mit europäischen Steuergeldern. Hier haben wir also eine Mitverantwortung, sind direkt involviert und sollten politisch ansetzen. „Entwicklungspolitik“ würde ich diese Projekte jedenfalls nicht sehen. Es geht dabei eher um die Förderung europäischer Wirtschaften und um Grenzsicherung.

Merkel gibt, Merkel nimmt

Osteuropas Hilflosigkeit angesichts der vielen Flüchtlinge; Von Hannes Hofbauer, Wien. Aus: Neues Deutschland, 26. September 2015

Der Startschuss wurde in Berlin gegeben. Die Ende August ausgesprochene Einladung der deutschen Kanzlerin Angela Merkel an syrische Flüchtlinge mobilisierte Hunderttausende. Eine Rücksprache mit den politisch Verantwortlichen in jenen Ländern, die auf dem Weg ins gelobte Deutschland durchquert werden mussten, hielt in Berlin niemand für notwendig. Ebenso selbstherrlich wurde am 13. September das Ende der Freizügigkeit und die Einführung von Grenzkontrollen verordnet. In Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn und Österreich spürten und spüren Politiker, Flüchtlingshelfer und Bevölkerung, wer in Europa das Sagen hat. Grundsätzlich gibt es vier einander überlagernde Flüchtlingsströme, wie der Asylexperte Herbert Langthaler von der Wiener „Asylkoordination“ meint: von unmittelbaren Kampfhandlungen im Krieg Vertriebene, Migranten aus „gescheiterten Staaten“, Menschen aus dem Westbalkan, insbesondere Kosovo, und sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika und Asien. Die Syrer, die sich Deutschland wegen deren vermuteter guter Ausbildung, jugendlicher Kraft und Flexibilität herauspicken will, kommen in der Regel aus Lagern rund um ihre Heimat. Alles was zwischen diesen Lagern und der ersten deutschen Stadt liegt, betrachten sie als Transitland. Damit ist ein Teil der Kluft, die zwischen Osteuropa und Deutschland in der Flüchtlingsfrage besteht, schon erklärt.

Orban, der Dubliner

Viktor Orban hat Recht. Freilich nicht dort, wo er Einwanderung und Kriminalität in Zusammenhang setzt und – wie be-



reits Ende April geschehen – mit einem Fragebogen voll Suggestivfragen die Bevölkerung gegen Hilfe suchende Flüchtlingen einnehmen will. Wenn er aber anlässlich eines Gesprächs mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz Anfang September erklärt, dass die Frage der Zuwanderung ein „deutsches Problem“ sei, kann man ihm kaum widersprechen. Denn das Zielland der Flüchtlinge ist Deutschland. Kein Syrer will in Ungarn, Serbien oder Mazedonien bleiben. Und das hat nicht nur mit der rüden und teilweise menschenverachtenden Umgangsform bei der Aufnahme (in Ungarn) zu tun, wie das Beispiel Serbien zeigt. Dort bemüht sich die Regierung um einen freundlichen Ton, denunziert jede rassistische Bemerkung, die auch in der Bevölkerung nicht gut ankommen würde.

Bestimmend für die Zielwahl der aus ihrer Heimat Vertriebenen ist der wirtschaftliche Faktor. Löhne und Sozialleistungen in Deutschland sind es – neben der deutlich besseren Grundversorgung bei der Ankunft –, nach denen syrische und andere Flüchtlinge streben. Osteuropa kann da nicht mithalten.

Dies hat sich auch eindrucksvoll bei einer gescheiterten österreichisch-slowakischen Kooperation gezeigt. Wien vereinbarte mit Bratislava die Auslagerung von 500 Asylsuchenden ins slowakische Gabčíkovo. Jetzt stellt sich heraus, dass sich niemand unter den Flüchtlingen findet, der nach Gabčíkovo überstellt werden will. Die vorbereiteten Plätze in der Slowakei – bis auf 50 mühevoll Überzeugte – bleiben leer. Nun mag man argumentieren, dass dies auch der ablehnenden Haltung der dortigen Bevölkerung gegen die Aufnahme von Flüchtlingen geschuldet sei. Immerhin sprach sich eine überwältigende Mehrheit in einem Referendum gegen die Überstellung aus. Doch auch in Deutschland sind Flüchtlinge oftmals nicht willkommen. Hier brannten und brennen sogar Asylantenheime, was allerdings die Hilfesuchenden nicht abschreckt. Das wichtigste Zuwanderermotiv liest sich z. B. in der Lohnstatistik folgendermaßen: Der durchschnittliche Bruttomonatslohn in Deutschland (kaufkraftbereinigt) beträgt 3 106 Euro, in der Slowakei bzw. Ungarn 1 164 bzw. 1 226 Euro, in Bulgarien 644 Euro.

Die ganze Diskussion um eine „gerechte Verteilung“ von Flüchtlingen in Europa, wie sie in Brüssel vor allem auf Druck Deutschlands und Österreichs seit Wochen und Monaten geführt wird, geht ohne Berücksichtigung der sozioökonomischen Frage am Kern der Sache vorbei. Denn das Misstrauen von Osteuropäern und Flüchtlingen ist ein gegenseitiges. Und beide Seiten wissen darum. Vor diesem Hintergrund einen EU-Beschluss durchzupfeitschen, der unwillige Staaten in Osteuropa zur Aufnahme von Flüchtlingen zwingt, zeugt von großer Hilflosigkeit in Brüssel. Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Rumänien wurden am 22. September auf der EU-Innenministerkonferenz überstimmt, bei der es um die Verteilung von 120 000 Asylsuchenden gegangen ist. Für Ungarn hätte die verordnete Quote eine Entlastung bedeutet, Orban hat sich dennoch aus Prinzip dagegen ausgesprochen. Sein slowakischer Amtskollege Robert Fico wiederum will gegen die EU-Maßnahme beim Europäischen Gerichtshof klagen. Umgekehrt leitet Brüssel gegen 19 EU-Mitglieder wegen mangelnder Umsetzung von Asylregeln Verfahren ein. Die Nerven liegen blank.

Doch Orban hat, so zynisch das klingen mag, auch in einer anderen Sache Recht und folgt den EU-Vorgaben. Der Bau des 175 Kilometer langen hohen Zauns entlang der

Grenze zu Serbien war EU-konform. Damit hat er, gewollt oder ungewollt, die Heuchelei der Brüsseler Politik bloßgestellt. Denn die Dublin-Verordnung, die Merkel für ein selbst gewähltes Zeitfenster außer Kraft gesetzt hat, legt genau fest, dass jenes Land in der Europäischen Union für die Aufnahme von Asylsuchenden zu sorgen hat, in dem der Flüchtling zum ersten Mal EU-europäischen Boden betritt. Und das ist im Süden Ungarn (oder Griechenland). Ungarn ist somit verpflichtet, im Falle einer Weiterreise der Flüchtlinge jeden einzelnen von ihnen, der in Österreich, Deutschland oder sonst irgendwo im Schengenraum aufgegriffen wird, im Zuge eines Abschiebungsverfahrens zurückzunehmen. Da aber keiner dieser Flüchtlinge nach Ungarn will, hat sich Budapest entschlossen, die Drecksarbeit für Brüssel an der EU-Außengrenze zu machen. Der Bau des Stacheldrahtzaunes ist die unsympathische und auch hilflose Art und Weise, mit „Dublin“ zurechtzukommen.

Es ist im Übrigen nicht der einzige Zaun an den Grenzen EU-Europas. Die spanischen Enklaven Nordafrikas haben wahrhafte Bollwerke gegen Marokko errichtet und in Bulgarien wachsen seit 2014 Stacheldrahtungeheuer an der türkischen Grenze.

Die Heuchelei der reichen Länder im Norden der EU wird auch dort sichtbar, wo der einfachste Weg, Flüchtlinge ins Land zu lassen, systematisch nicht beschriftet wird. Weder in Jordanien, Libanon oder der Türkei sind die Botschaften Deutschlands oder anderer EU-Länder dafür geöffnet, Asylträge oder einfache Visa für Hilfe suchende Syrer auszustellen. Und weil kein deutsches Konsulat Visa für Asylsuchende im Nahen Osten ausstellt, können diese auch nicht per Flugzeug direkt nach Berlin oder München fliegen; dafür sorgt wiederum eine restriktive EU-Verordnung, die Fluglinien zwingt, Personen ohne Schengenvisa nicht an Bord zu nehmen.

Berlin fühlt sich wohl dabei, Budapest den schwarzen Peter in der Flüchtlingsfrage zuzuspielen und dann vom reichen Kerneuropa aus auf die menschenverachtenden Maßnahmen in der armen Peripherie zu schimpfen.

Serbien und Kroatien überfordert, Bulgarien duckt sich weg

„Serbien hat euch willkommen geheißen wie kein anderes Land“, meinte Premierminister Aleksandar Vučić anlässlich des Besuchs eines Flüchtlingslagers und sonnte sich im Wohlgefühl der Menschlichkeit. Das war am 20. August, also Wochen bevor die große Flüchtlingswelle sein Land erreichte. Zwischenzeitlich hat sich vor allem rund um Subotica viel geändert. Fremdenfeindliche Äußerungen sind nicht gefallen, aber die Lage erschöpft die Bevölkerung zusehends. Und seit Ungarn am 15. September den Zaun dicht gemacht hat, stauen sich die Menschen auf ihrem Weg nach Deutschland zwischen der Vojvodina und Kroatien. Die in Serbien praktisch nicht vorhandene Infrastruktur für Menschen auf der Flucht verschärft ihre Lage gewaltig.

Auch Kroatien ist von der Situation vollkommen überfordert. Weil das Schengenland Slowenien seine Grenzen dicht machte, versucht Zagreb, bereits ins Land gekommene Flüchtlinge nach Serbien oder Ungarn rückzuführen. Bei einem dieser Versuche setzte die ungarische Exekutive am 18. September kurzfristig 40 kroatische Polizisten fest und entwaffnete sie. Die Behandlung war „Dublin“-konform, warf man den kroatischen Exekutivbeamten doch vor, Menschen



ohne gültige Einreisepapiere nach Ungarn zu schleppen. Ein vom syrischen Online-Magazin „Cham-Press“ veröffentlichter „Migrationsindex“, der in Flüchtlingskreisen bekannt ist, bewertet von 15 europäischen Ländern Bulgarien als das schlechteste, was soziale Leistungen, Arbeitsmöglichkeiten und Umgang der Behörden mit Asylsuchenden betrifft. Tatsächlich kursieren Gerüchte von „erniedrigender und unmenschlicher Behandlung von Flüchtlingen“, wie die Organisation „Pro Asyl“ schreibt. Die Regierung in Sofia hat den Einsatz von Soldaten an der Grenze zu Mazedonien beschlossen. Ministerpräsident Boiko Borissov rechtfertigt ihn auf seine Weise: „Die Soldaten sind dort, um Respekt einzuflößen.“

Die Flüchtlingsfrage offenbart auf geradezu idealtypische Weise die Machtverhältnisse in der Europäischen Union. Der Kern agiert, der Rand muss reagieren. Dublin-Verordnungen, deren Außerkraftsetzung und Wiedereinführung gehen vom Zentrum aus, die Peripherie badet dann die Folgen aus und muss sich dafür als unmenschlich und fremdenfeindlich beschimpfen lassen. So wahr und erschreckend die Unmenschlichkeit und Fremdenfeindlichkeit sind, so erfolgen sie doch als Reaktion auf die strukturelle Abschottungspolitik, die im Schengensystem angelegt ist. Der in Osteuropa keimende Rassismus wurzelt in Brüssel.

„EU macht Westafrika durch Zuckerbrot und Peitsche fügsam“

Kwabena Otoo: EPA-Freihandelsabkommen sollen Afrika als Rohstofflieferant festschreiben.

Aus: Neues Deutschland, 29. September 2015

Kwabena Otoo ist ein Wirtschaftswissenschaftler aus Ghana, der von 2008 das Forschungsinstitut des Ghanaischen Gewerkschaftsbundes in Accra leitete und gegenwärtig an der Universität Kassel seine Dissertation schreibt. Otoo referierte über die von der EU forcierten umstrittenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) vor einigen Tagen in München im Rahmen einer von Attac organisierten Informationsrundreise, deren weitere Stationen u.a. Hamburg, Fulda, Leipzig und Berlin sein werden. Mit ihm sprach für „nd“ Rolf-Henning Hintze.

● **Die Gewerkschaften in Ghana und die Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen einschließlich der Kirchen wenden sich entschieden gegen die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements/EPA), die die EU mit westafrikanischen Ländern abzuschließen versucht. Welche spürbaren nachteiligen Folgen sehen Sie voraus?**

Die EPA-Verträge stoßen tatsächlich bei fast allen Organisationen der Zivilgesellschaft auf heftige Ablehnung, bei Gewerkschaften, Kleinbauernverband, Kirchenrat, Studentengruppen und linksorientierten Denkfabriken. Wir lehnen diese Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ab, weil wir eine Reihe negativer Folgen voraussehen. Dazu gehört, dass EPA uns den notwendigen Spielraum nimmt, den jedes Entwicklungsland braucht, um aus der Unterentwicklung herauszukommen. Der EPA-Vertrag schließt aus, dass Ghana Zollein-

nahmen für die Unterstützung einer eigenen Industrie verwenden kann. Außerdem kostet der Wegfall von Zöllen auf 75 Prozent der Waren aus der EU das Land Ghana jährlich schätzungsweise 300 Millionen Euro. Dies engt stark die Möglichkeiten der Regierung ein, ins Bildungs- und Gesundheitswesen und in soziale Programme zu investieren. Das wäre jedoch für die Armutsbekämpfung wichtig.

● **Wie wird sich das Abkommen auf die regionale Integration auswirken?**

EPA wird die westafrikanischen Integrationsbemühungen untergraben. Mit der berechtigten Weigerung Nigerias, der größten Wirtschaft der Region, das Abkommen zu unterschreiben, und dem Beharren der EU-Kommission darauf, mit dem EPA-Vertrag voranzuschreiten, werden regionaler Handel und Zusammenarbeit existenziell bedroht. Offenbar ist es die Absicht der Europäer, die westafrikanische Region aufzubrechen und diesen Markt für europäische Unternehmen zu gewinnen.

● **Eine Weile schien es, als würde sich Ghanas sozialdemokratische Regierung weigern, den EPA-Vertrag zu unterschreiben. Warum ist sie schließlich eingeknickt?**

Die sogenannte sozialdemokratische Regierung in Ghana ist nur dem Namen nach sozialdemokratisch, ihre meisten Handlungen haben neoliberalen Charakter. Bei EPA hat die Regierung dem Druck und auch der Einschüchterung durch die Europäische Kommission nachgegeben. Ghana war 2013/2014 in einer sehr schwierigen Lage. Das größte Goldbergwerk hatte geschlossen, die Ölproduktion ging zurück und die Preise für größere Exportgüter fielen. Die nationale Währung Cedi verlor stark an Wert, und wegen des deutlichen Rückgangs der staatlichen Einnahmen wuchs das Defizit. Die Europäische Union fror Hilfszahlungen an Ghana ein.

● **Teilen Sie die Ansicht, dass die EU die EPA will, um Afrika vor allem als Rohstofflieferanten zu behalten und den Aufbau verarbeitender Industrie zu behindern?**

Ja. Europa braucht Rohstoffe, und es hat sie immer aus Afrika, dem karibischen und pazifischen Raum bekommen. Jetzt sieht sich Europa durch andere aufstrebende Volkswirtschaften herausgefordert, insbesondere durch China. Die EPA zielen darauf ab, sich die Rohstoffe der früheren Kolonien für die exklusive Verwendung in europäischen Industrien zu sichern. Aber die EPA reichen über den Hunger nach Rohstoffen hinaus, sie sind zugleich offensive Instrumente, um europäischen Unternehmen den Marktzugang zuerst für Waren zu öffnen und später für das öffentliche Beschaffungswesen.

● **In Ghana ist die einheimische Geflügelzucht durch subventionierte Importe aus Deutschland und anderen EU-Staaten extrem eingebrochen. Können Sie sagen, wie viele Kleinbauern zur Aufgabe gezwungen wurden?**

Ja, Ghanas einheimische Geflügelwirtschaft ist größtenteils zusammengebrochen. Es ist schwer, die genaue Zahl der betroffenen Bauern zu nennen. Aber wenn man bedenkt, dass Ghana 1990 noch 90 Prozent seines Geflügelbedarfs selbst produzierte und es heute nur noch weniger als zehn Prozent sind, kann man den Umfang der Zerstörung ahnen, die durch die Importe subventionierter Importe aus Europa verursacht wurde.

● **Subventionierte Billigimporte aus Europa werden voraussichtlich die Existenz vieler weiterer Kleinproduzenten gefährden. EPA wird diese Entwicklung noch**



verstärken. Warum ist Ghanas Regierung nicht in der Lage, das zu erkennen und sich dagegen zu wehren?

Meiner Ansicht nach bemerken Ghanas Regierung und die anderer westafrikanischer Länder die Gefahren, die die EPA bergen, durchaus. Sie sind aber einfach nicht in der Lage, Front zu machen gegen die Europäische Union, weil die meisten zu sehr auf EU-Hilfe angewiesen sind. Die EU benutzt Zuckerbrot und Peitsche, um unsere Regierungen zur Fügsamkeit zu zwingen.

An der Schwelle eines Aufstandes

Jean Ziegler prophezeit den Sturz der kannibalischen Weltordnung

Aus: Neues Deutschland, 8. April 2015

● **Professor Ziegler, Ihr neues Buch heißt „Ändere die Welt!“. Das erinnert mich an ein vor einigen Jahren erschienenen Essay des französischen Résistancekämpfers, Buchenwaldhäftlings und Mitautors der UN-Menschenrechtsdeklaration Stéphane Hessel: „Empört Euch!“ Ihnen ist Empörung nicht genug, Sie rufen zur Tat, zum Sturz der „kannibalischen Weltordnung“ auf. Was verstehen Sie darunter?**

Die Weltordnung ist einerseits von einer unglaublichen Machtkonzentration in den Händen von wenigen Superreichen und andererseits vom Massensterben in der Dritten Welt gekennzeichnet. Die 500 größten transkontinentalen Privatkonzerne kontrollierten im vergangenen Jahr 52,8 Prozent des Weltbruttosozialproduktes. Sie haben eine Macht, politisch, ökonomisch, finanziell und ideologisch, wie sie noch kein König, kein Kaiser, kein Papst in der Geschichte der Menschheit je innehatte. Sie entfliehen jeglicher nationalstaatlicher, internationaler und gewerkschaftlicher Kontrolle. Ihr einziges Ziel ist die Profitmaximierung in möglichst kurzer Zeit. Zu ihrer Legitimation bedienen sie sich der neoliberalen Wahnidee, die behauptet, dass die unsichtbare Hand des Marktes die Welt regiert. Nein, die Weltdiktatoren des globalisierten Finanzkapitals regieren, sie bestimmen die Güterverteilung.

In der südlichen Hemisphäre verhungert alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. Eine Milliarde Menschen sind permanent schwerstens unterernährt. Der World Food Report der FAO besagt, dass die Weltlandwirtschaft heute problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren könnte, also fast doppelt so viel, wie die Weltbevölkerung zählt, nämlich sieben Milliarden. Hunger ist Massenmord, tägliches Massaker.

● **Und die Verantwortlichen dafür können von der internationalen Strafgerichtsbarkeit nicht belangt werden?**

Doch, sie können und müssen. Es gibt keinen objektiven Mangel auf diesem Planeten. Ein Kind, das am Hunger stirbt, ist ermordet worden. Das ist total unakzeptabel, total absurd. Zu Beginn dieses Jahrtausends ist der objektive Mangel erstmals in der Menschheitsgeschichte überwunden. Jeder Erdbewohner könnte bei gerechter Verteilung genug zu essen, sauberes Trinkwasser, Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung sowie eine befriedigende Arbeit

haben. Doch die kannibalische Weltordnung verhindert dies. Und deshalb muss sie gestürzt werden.

● **Das geht leider nicht von heute auf morgen. Also, was ist zu tun?**

Wir dürfen uns nicht auf übermorgen verträsten. Sonst machen wir uns mitschuldig. Was zu tun ist? Zunächst könnten wir von heute auf morgen dem Bankenbanditentum den Garaus machen. Astronomische Profite werden durch Börsenspekulationen auf Mais, Getreide, Reis, Soja usw. erzielt. In den Elendsquartieren der Welt, in den Favelas von Rio de Janeiro, in den Slums von Karatschi und Manila, können die Mütter ihre Kinder nicht ernähren, weil die Weltmarktpreise auf Grundnahrungsmittel exorbitant in die Höhe geschneit sind. Ich war kürzlich auf UNO-Mission in Bolivien. Selbst dort, wo revolutionäre Veränderungen unter Evo Morales in Angriff genommen wurden, sah ich die Schlangen der Mütter vor den Reisdepots. Sie kauften den Reis in Plastikbechern. Zu Hause, in ihrer armseligen Hütte, entzündeten sie das Feuer unter dem Kessel, und wenn das Wasser brodelt, schütten sie ein paar Reiskörner hinein. Das ist dann die ganze Tagesration der Kinder. Nur weil die Latifundistas und ihre Komplizen im Westen ihr Machtmonopol nicht aufgeben wollen. Spekulationen auf Nahrungsmittel könnten schon morgen früh verboten werden. Der Bundestag könnte das Börsengesetz um einen entsprechenden Artikel erweitern. Was uns im Norden von den Millionen Opfern im Süden trennt, ist doch nur der Zufall der Geburt.

● **Sie klagen in Ihrem Buch auch die gescheiterte, missglückte Dekolonisation an. In der Tat gibt es in Afrika Kollaborateure des westlichen Finanzkapitals. Sind nicht auch sie mitschuldig an der Misere?**

Bevor die Westmächte ihre Kolonien auf Druck der Befreiungsbewegungen weltweit in die Unabhängigkeit entlassen mussten, haben sie deren intellektuelle Elite ermordet. In Leipzig gibt es ein Denkmal für Patrice Lumumba, von belgischen Söldnern mit einem rostigen Bajonett am 17. Januar 1961 in Katanga gemeuchelt.

Es gab zwei renommierte Afrika-Institute: in London und in Leipzig. Ich war zu DDR-Zeiten einige Male an der Karl-Marx-Universität Gastprofessor. An deren hoch kompetentem Afrika-Institut studierten Hunderte von Kadern der Befreiungsbewegungen, ausgestattet mit Stipendien wurden sie mit Werten ausgerüstet, die es braucht, um einen unabhängigen Nationalstaat zu schaffen. Viele von ihnen wurden von neokolonialen Kräften umgebracht. Und das wiedervereinigte Deutschland hat das Afrika-Institut in Leipzig liquidiert. So ein Blödsinn.

● **Es gab dort auch einen studentischen Chor der Völkerfreundschaft.**

Und großartige Professoren, genannt sei stellvertretend Walter Markov.

● **Warum macht sich die Elite Afrikas oft gemein mit den neoliberalen Ausbeutern ihrer Völker und Plünderern der Schätze ihres Landes?**

Sie haben Recht: Korruption lässt sich nicht entschuldigen. Aber sie ist induziert. Ein Beispiel: Ich war im Oktober in Goma, Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Goma ist vergleichbar mit Leipzig, hat etwa 500 000 Einwohner; die Einwohnerzahl ist durch Bürgerkriegsflüchtlinge stark gestiegen. Goma liegt am Fuße des Vulkan Nyiragongo und an den Ufern des Kivu-sees. Dort befinden sich große Minen, aus denen Kinder



Gold und Uran schlagen. Es gibt in Goma kein Spital, das funktioniert, von Schulen gar nicht zu reden. Wenn man eine Schnittwunde erleidet, sich infiziert und keine Beziehungen zum lokalen Roten Kreuz hat, ist man des Todes. 3 000 Kilometer weiter westlich, an der Atlantik-Küste, lebt dieser schreckliche Präsident Kabila mit seiner Clique. Er hat Hunderte Millionen von Euro in der Züricher Bahnhofstraße gebunkert. Wenn es die Korrupteure nicht gäbe, die ihn korrumpieren, wäre das Land nicht ruiniert. In Goma sterben Kinder wegen skrupelloser Schweizer Bankern.

Die Massenmörder leben unter uns. Sie sind identifizierbar, mit Namen und Adresse dingfest zu machen. Ich muss allerdings aufpassen, ich hatte schon genug Prozesse am Hals.

● **Die Täter wird man mit moralischen Appellen nicht überzeugen, ihrem unsäglichen Tun abzuschwören.**

Darum muss die strukturelle Gewalt gebrochen werden. Ich würde moralische Appelle dennoch nicht gering schätzen. Immanuel Kant sagte: „Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir.“ Wir sind die einzigen Lebewesen auf diesem Planeten mit einem Identitätsbewusstsein. Aber der Solidaritätsgedanke ist verschüttet – durch den neoliberalen Wahn. In der Konsequenz sind wir von unserer eigenen Ohnmacht überzeugt: Man kann ja doch nichts tun gegen Bayer oder die Deutsche Bank. Das stimmt eben nicht. Wir können alles tun, aufstehen, auf die Straße gehen, Massendemonstrationen und Generalstreiks organisieren.

● **Auch die Deutschen, die relativ gut leben auf Kosten anderer?**

Gerade deshalb kommt ihnen eine besondere Verantwortung zu. Deutschland ist die lebendigste Demokratie in Europa und die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Von einem neuen Börsengesetz sprach ich bereits. Man kann auch Druck auf Herrn Schäuble ausüben, damit er im Juni in Washington auf der Generalversammlung des Weltwährungsfonds – Deutschland hält dank seiner Finanzkraft 16 Prozent der Stimmrechte – einmal nicht für die Gläubigerbanken in Frankfurt und London stimmt, sondern für die hungernden Kinder und für eine Totalentschuldung der 50 ärmsten Länder der Welt, die von den Auslandsschulden erwürgt werden und keinen Cent investieren können in die eigene Landwirtschaft, in Spitäler und Schulen usw.

Wir können die Politiker zwingen, im Sinne weltweiter sozialer Gerechtigkeit zu agieren – sonst werden sie abgewählt. Das Grundgesetz, die französische Verfassung, auch die eidgenössische, geben uns Waffen in die Hand, die mörderischen Mechanismen zu brechen.

● **Sie zitieren im Buch mehrfach Karl Marx, unter anderem aus einem Brief an Joseph Weydemeyer: „Der Revolutionär muss imstande sein, das Gras wachsen zu hören.“ Hören Sie das Gras wachsen?**

Ja, und das Gras wächst und wächst. Che Guevara hat gesagt: „Auch die stärksten Mauern fallen durch Risse.“ Überall formiert sich Widerstand – an den Arbeitsfronten und an der theoretischen Klassenkampffront. Eine neue planetarische Zivilgesellschaft ist im Entstehen: die Attac-Bewegung gegen die Spekulationen des Finanzkapitals, die Greenpeace-Bewegung gegen Umwelt verseuchende Konzerne, Via Campesina, die Bauernbewegung gegen den Landraub westlicher Monopole, die Frauenbewegung, Amnesty International usw. Diese Widerstandsfronten werden immer brei-

ter und stärker. Und auch Ihre Zeitung, das „neue deutschland“, ist ein Form des Widerstandes.

● **Merci beaucoup, vielen Dank Monsieur Ziegler.**

Aber so ist es doch. Und diese Bruderschaft ist die Hoffnung. Sie schreitet voran. Wir stehen an der Schwelle eines Aufstandes.

● **Momentan proben indes andere, Rechtsradikale und kleinliche Kleinbürger, den „Aufstand“ – gegen Mitgefühl, Menschlichkeit und Solidarität mit Kriegs- und Armutsflüchtlingen.**

Das ist die Entfremdung, falsches Bewusstsein, das ihnen die Neoliberalen eingeflüstert haben. Das Wiederaufflammen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist eine fürchterliche Perversion. Im Februar vergangenen Jahres haben die Schweizer mehrheitlich für die Aufhebung der Personenfreizügigkeit gestimmt. Der Anfang von brutalem Fremdenhass. Eine Demokratie ist ständig gefährdet. Deshalb müssen wir aufmerksam, wachsam sein. Und aufklären, immer und immer wieder.

● **Ihr Buch ist Aufklärung im besten Sinne – ein marxistisches Lehrbuch über die menschliche Gesellschaft und die Funktion des Staates, wie die Ungleichheit in die Welt kam, sich Klassenbewusstsein formierte und über „richtige“ und „falsche“ Ideologie.**

Das menschliche Bewusstsein rezipiert die Weltordnung unterschiedlich. Kein anständiger Mensch aber kann eine Welt wollen, die zwar vor Reichtum, Intelligenz, Kreativität und Produktivität überquillt, in der aber zugleich Millionen verhungern, vertrieben, ermordet werden. Diese Weltordnung wollen wir nicht. Das wissen wir. Wir wissen auch, wo der Horizont ist, wohin wir wollen. Das lebt in uns als Utopie, nach Ernst Bloch als noch nicht realisierte Realität. Am Ausgang des fürchterlichen Zweiten Weltkrieges formulierten wir die universelle Deklaration der Menschenrechte: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Das ist der Horizont. Aber wie man dort hin kommt, ist das Mysterium.

● **Ihr Buch habe ich zugleich als Wegbeschreibung verstanden – verfasst mit einem sympathischen anarchistischen Furor.**

Weil es ohne ihn nicht geht. Die Verweigerungsfront ist überall aktiv und handelt spontan. Sie wird von keinem Zentralkomitee angeleitet, kein Dogma engt sie ein. Der moralische Imperativ taucht oft dann auf, wenn man es am wenigsten erwartet, und löst eine kollektive Insubordination aus. Niemandem wurde befohlen, die Bastille zu stürmen, trotzdem wurde sie eingenommen und geschleift. Die französischen Revolutionäre haben im 18. Jahrhundert die feudalsystematische Weltordnung zerschlagen, unsere Aufgabe ist es, die raubtierkapitalistische, kannibalische Weltordnung zu zertrümmern und eine gerechtere Ordnung aufzubauen. Der Spanier Antonio Machado dichtete: „Wanderer, es gibt keinen Weg,/Den Weg bahnst du im Gehen. Schritt um Schritt, Gedanken um Gedanken – /Wanderer, deine Spuren sind dieser Weg/Und nichts anderes mehr.“

● **Ihr Optimismus ist beneidenswert.**

Kennen Sie Pablo Neruda? Den Freund des von den Pinochet-Putschisten am 11. September 1973 ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende; und den Dichter haben sie vergiftet.



● **Natürlich kenne ich Neruda. Sein Zyklus „Der große Gesang“ wurde in der DDR veröffentlicht.**

Am Schluss seines „Canto General“ heißt es: „Unsere Feinde können alle Blumen abschneiden, aber nie werden sie den Frühling beherrschen“.

Griechenland

„... Und vergib uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unseren Schuldnern ...“

Eine Gruppe von Theolog/-innen aus verschiedenen Kirchen Deutschlands fordert sofortigen Schuldenerlass für Griechenland und ein Ende der Austeritätspolitik.

Aus: www.transform-network.net, 8. Juni 2015

Christ/-innen sehen die Geschichte nicht aus der Perspektive der Herrschenden. Weder aus der Perspektive der „Institutionen“ noch aus der Perspektive der deutschen Bundesregierung oder eines Herrn Schäuble. Wir schauen auf die Verhältnisse auch nicht aus der Perspektive der griechischen Oligarchie oder Banken: Den Armen und Schwachen ist die Gerechtigkeit Gottes zugesagt. An uns liegt es, das Recht der Armen durchzusetzen. (Ex 3,7-8)

In Griechenland erleben wir zur Zeit eine Auspressung der Armen, Arbeitslosen und Bedürftigen ohnegleichen. Es ist an der Zeit, darüber zu sprechen, welche Konsequenzen die Politik der EU, allen voran unsere Bundesregierung, den griechischen Menschen aufzwingt. Jede Hilfszahlung an Griechenland kommt bisher zu 80 Prozent den Banken und Finanzinverstoren zugute und ist zugleich stählern mit Auflagen verbunden: Rentenkürzungen, Mehrwertsteuererhöhungen, Privatisierung öffentlicher Güter oder Kürzung von Kündigungsfristen.

Die Reform des Gesundheitswesens hat bereits jetzt zu einer Schließung von Krankenhäusern geführt, bis zu einem Drittel der Bevölkerung ist nicht mehr krankenversichert, die Arbeitslosenquote liegt bei ca. 30 Prozent, und offene und verdeckte Armut breiten sich erschreckend schnell aus. Gerade jetzt hat erneut der IWF sinkende Löhne und weitere Einschnitte in die Rechte von Arbeitnehmer/-innen gefordert. Systematisch wurden mit den Auflagen der „Troika“ die sozialen Grund- und Menschenrechte außer Kraft gesetzt, wie selbst das Europäische Parlament kritisiert hat.

„Wenn ihr denen leiht, von denen ihr es wieder zu erhalten hofft, welchen Dank habt ihr da? Denn auch Sünder leihen Sündern, um das gleiche zurückzuerhalten. ... tut Gutes und leihet ohne zurückzuerwarten, und euer Lohn wird groß sein, und ihr werdet Söhne des Höchsten sein.“ (Lk 6,34-35)

Ein gutes Leben ist nur möglich, wenn alle leben können. Oder in ökonomischen Worten: Griechenland wird nur dann genug für alle produzieren können, wenn die Menschen nicht

zu krank und zu hungrig dazu sind. Im Januar hatte die neue griechische Regierung eine europäische Konferenz zum Schuldenabbau vorgeschlagen: Man könne die Rückzahlungen an eine Wachstumsklausel koppeln (also dann beginnen, wenn ein signifikantes Wirtschaftswachstum vorliegt). „Wenn ich ein verantwortlicher griechischer Politiker wäre, würde ich keine Debatten über einen Schuldenschnitt führen“, reagierte Bundesfinanzminister Schäuble zynisch darauf.

Schulden müssen erlassen werden, wenn sie nicht zurückgezahlt werden können und zu Verelendung und Armut führen. Nach der Bibel besteht die Schuld des Menschen vor Gott darin, unbezahlbare Schulden unerbittlich einzutreiben. Gott erlässt dem Menschen die Schuld, die er bei Gott hat, wenn Menschen die Schulden erlassen, die andere bei ihnen haben. Die Bibel enthält die Jahrtausende alte Weisheit, die sich auch heute in Griechenland bewahrheitet: Unbezahlbare Schulden zerstören das Leben des Schuldners. Die Vaterunser-Bitte „Und vergib uns unsere Schulden“ verlangt Verzicht auf die Erfüllung von Gesetzen, die Menschen umbringen. Um des menschlichen Lebens willen, damit also Schuldner leben können, bittet das Vaterunser um Widerstand gegen das Gesetz, dass die Schulden bezahlt werden müssen.

Gerade Deutschland sollte um diesen Zusammenhang doch wissen. Denn im Londoner Schuldenabkommen von 1953 wurde auch uns so ein Neuanfang ermöglicht, in dem viele legitime Reparationszahlungen zunächst zurückgestellt wurden. Dass sie nur vorläufig zurückgestellt wurden, darum wusste auch Horst Teltschik, der 1990 im Zusammenhang der Verhandlungen um die Wiedervereinigung an Helmut Kohl schrieb: „Ein Anspruch unserer ehemaligen Kriegsgegner auf Reparationsleistungen könnte erst aufgrund von Verpflichtungen entstehen, die wir im Rahmen eines friedensvertraglichen ... Abkommens eingehen. Die Übernahme solcher Verpflichtungen wollen wir unter allen Umständen vermeiden.“ Deshalb wurde damals kein formeller Friedensvertrag geschlossen! So also geht Deutschland mit Schuldentrückzahlungen und seiner historischen Verantwortung um!

Im Jahr 2000 haben die christlichen Kirchen einen Schuldenerlass für Länder der Dritten Welt gefordert. Heute, wo es um das eigene Haus Europa geht, schweigen sie, obwohl ein Schuldenerlass für Griechenland nach ökonomischen und nach christlichen Kriterien ein notwendiger Schritt wäre. Sie schweigen, weil sie sich mit den Profiteuren anlegen müssten und obwohl es nach all diesen Finanz- und Schuldenkrisen der letzten Jahre und ihren sozialen Verwüstungen vernünftig wäre, diesen neoliberalen Kapitalismus und die europäische Austeritätspolitik anzugreifen.

Machen wir uns nichts vor: Wenn wir jetzt zu Griechenland schweigen, werden die Verwüstungen zunehmen, wird diese Politik der Verarmung und Verelendung in den nächsten Jahren unangefochten sein.

Wir, Christ/-innen aus verschiedenen Kirchen, fordern eine Europäische Schuldenkonferenz, damit nicht die Demokratie und der Sozialstaat den Finanzinvestoren geopfert werden. Wir fordern von unserer Regierung und der EU Griechenland die Schulden zu erlassen und die Verelendungspolitik zu beenden!



Erstunterzeichner/-innen:

- Prof. em. Dr. Franz Segbers, Sozialethiker an der Universität Marburg
- Dr. Kuno Füssel, Theologe und Mathematiker/Andernach
- Dr. Michael Ramminger, Institut für Theologie und Politik/Münster
- Prof. Dr. Ulrich Duchrow/Heidelberg
- Werner Gebert, Pfr. i. R., Plädoyer für eine ökumenische Zukunft
- Pfr. em. Norbert Arntz/Kleve
- Ulrich Schmitthenner, Pfr. i. R.
- Dr. Katja Strobel, Theologin/Frankfurt am Main
- Jürgen Kaiser, erlaßjahr.de/Düsseldorf
- Prof. DDr. Hermann Steinkamp/Münster
- Prof. Dr. Franz Hinkelammert/Costa Rica
- Günther Salz, ehem. Vorsitzender des Diözesanverbandes KAB-Trier/Engers
- Dr. Julia Lis, Institut für Theologie und Politik/Münster
- Carl-Peter Klusmann, kath. Pfr. i. R./Dortmund
- Prof. Dr. Stylianos Tsompanidis, Prof. für Ökumenische Theologie/Thessaloniki, Griechenland
- Dr. Paul Petzel, Gymnasiallehrer für Kunst und kath. Religionslehre/Andernach
- Prof. Dr. Heinrich Fink/Berlin
- Ilsegret Fink, evgl. Theologin und Pastorin i. R.
- Jürgen Klute, ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments

Wir brauchen für Griechenland endlich Aufbaupolitik

Rede Gregor Gysis in der Griechenland-Debatte des Bundestages am 18. Juni 2015; aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben zu Beginn über die Flüchtlinge gesprochen. Wegen der Begrenztheit meiner Zeit will ich dazu nur zwei, drei Sätze sagen. Erstens. Ich glaube, in Anbetracht unserer Geschichte wissen wir alle, dass wir verpflichtet sind, Flüchtlinge ausschließlich anständig zu behandeln, in jeder Hinsicht.

Das Zweite. Was mich freut, ist, dass es aus Solidarität mit den Flüchtlingen am 20. Juni eine große Demonstration in Berlin geben wird, um zu erreichen, dass wir endlich anders mit ihnen umgehen.

Ein dritter Hinweis. Wir dürfen nicht nur über Verteilung und Bedingungen reden; wir müssen endlich auch einmal über die Fluchtursachen und darüber reden, wie man Kriege, Not, Hunger und Elend auf der Welt beseitigen kann; das wäre das Entscheidende.

Lassen Sie mich etwas zur Ukraine-Krise und zu den Beziehungen der Europäischen Union zu Russland sagen. Minsk II war eine Hoffnung, ist aber akut gefährdet. Die Kämpfe in der Ostukraine flammen wieder auf. Aber es ist folgendes Interessante zu beobachten: Die OSZE-Leute, die dort eingesetzt sind, insbesondere die Schweizer Botschafterin Heidi Grau, sagen: Beide Seiten suchen eine militärische Lösung. Beide Seiten verletzen das Abkommen Minsk II. Beide Seiten sind schuld. – Und was sagt meine Regierung?

Was sagen Sie, Frau Bundeskanzlerin? Immer nur: Die russische Seite ist schuld. – Ich habe noch nie Kritik an der ukrainischen Regierung, an dem Präsidenten Poroschenko gehört, sondern nur an Putin. Diese Einseitigkeit – das will ich ganz klar sagen – können wir uns nicht leisten. Hören Sie zu! – Es gibt nur Sanktionen gegen Russland. Es gibt nur Einreiseverbote und Vermögenssperren für Russen, niemals irgendwelche Maßnahmen gegen die Ukraine.

Natürlich ärgere ich mich darüber, wenn deutsche Politiker jetzt nicht mehr nach Russland reisen können. Aber vielleicht sollten wir als Erstes das Einreiseverbot für den Präsidenten des russischen Parlaments aufheben, gerade für Deutschland.

Ich sage Ihnen noch etwas: Wenn Sie vermitteln wollen, Frau Bundeskanzlerin, dann müssen Sie beide Seiten verstehen und auch beide Seiten kritisieren. Die Einseitigkeit muss endlich überwunden werden.

Natürlich weiß ich, dass Russland die Krim völkerrechtswidrig vereinnahmt hat. Ich weiß, dass das nicht die Ukraine war, sondern Russland. Ich sehe sehr wohl diesen Unterschied. Aber ich muss Ihnen auch sagen: Deutschland hat das Völkerrecht beim Jugoslawienkrieg gebrochen, mit anderen Ländern zusammen. Die USA und andere Länder haben das Völkerrecht beim Irakkrieg gebrochen. Wir sind ja hier nur noch von Völkerrechtsverletzern umgeben; das ist das Problem. Wir müssen wieder zurückkehren zum Völkerrecht.

Wir dürfen nicht vergessen: Für Russland ist die Europäische Union der wichtigste Handelspartner. 50 Prozent seines Handels betreibt Russland mit der EU. Jetzt beginnt Russland, sich auf Asien und Lateinamerika zu konzentrieren. Möglicherweise gibt es sogar einen positiven Nebeneffekt, weil die Russen anfangen, die Produktion zu entwickeln, um nicht ganz einseitig von Rohstoffen abhängig zu sein. Aber die NATO und vor allem die USA wollen Osteuropa aufrüsten. All das eskaliert. Nun regen sich Außenminister Kerry, Außenminister Steinmeier und andere darüber auf, dass es Pläne Russlands für die Modernisierung der Atomwaffen gibt. Ich verstehe die Aufregung, aber ich sage Ihnen klipp und klar: Angesichts der Aufrüstung Osteuropas war doch mit einer solchen Antwort zu rechnen. Wenn man russische Manöver nicht will, muss man die eigenen Manöver einstellen. Was soll eigentlich dieser gegenseitige Aufrüstungswahnsinn?

Wir alle sollten eines nicht vergessen: die ungeheuren Leistungen des russischen Volkes im Zweiten Weltkrieg und im Kampf gegen die Nazidiktatur.

Wir sollten auch nicht vergessen, dass Russland das größte und militärisch stärkste Land Europas ist, über zahlreiche Atomwaffen verfügt und ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates mit Vetorecht ist. Bei einem solchen Land brauchen wir auf gar keinen Fall Eskalation, sondern endlich Deeskalation; denn Frieden und Sicherheit in Europa gibt es nicht ohne, geschweige denn gegen Russland.

Lassen Sie mich etwas zu Griechenland sagen, um hier endlich einmal mit bestimmten Verzerrungen und Unwahrheiten aufzuräumen.

Erstens. Der größte Fehler bestand darin, die Banken in Griechenland nicht pleitegehen zu lassen, ihnen über eine Neuverschuldung des Landes Geld hinterherzuwerfen. Bei einer Bankenpleite hätte man den Bürgerinnen und Bürgern Griechenlands und auch den kleinen und mittleren Unternehmen ihre Guthaben erstatten können. Die Großgläubiger



hätten eben Pech gehabt. Sie haben sich verzockt. „Na und?“, kann ich nur sagen. Zu den Großgläubigern gehörten auch französische und deutsche Banken. Die sind alle befriedigt worden. Nicht die Griechinnen und Griechen haben das Geld bekommen, sondern nur die Banken. Ich muss einmal sagen: In Deutschland können die Bürgerinnen und Bürger und die kleinen und mittleren Unternehmen nur davon träumen, dass die Bundesregierung kommt und ihre Schulden bezahlt. Nur die Banken können sich darauf verlassen. Es ist ja ganz egal, wie viel Schulden sie machen, immer bezahlen wir alle dafür.

Zweitens. Das letzte Mal, dass an Griechenland Geld geflossen ist das muss man auch einmal sagen war im August 2014. Da gab es die jetzige Regierung noch gar nicht. Aber die jetzige Regierung hat schon über 7 Milliarden Euro an Schulden zurückgezahlt; das ist die Wahrheit. Wer hat überhaupt das Ganze angerichtet? Das waren die Schwester- und Bruderparteien von CDU, CSU und SPD in Griechenland, nämlich die Konservativen und die Sozialdemokraten. Das muss man auch einmal klar sagen.

Drittens. Die Troika hat Auflagen erteilt und dramatische Kürzungen gefordert. Was war das Ergebnis? Die Diktate führten Griechenland in eine tiefe soziale und wirtschaftliche Krise, sie führten zu einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems, zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 25 Prozent, der Jugendarbeitslosigkeit auf über 50 Prozent, zu Armut, zur Senkung der Einkommen um ein Drittel, zur Kürzung der Renten, zur Kürzung der Investitionen. Diese Krise war allerdings kaum Resultat der griechischen Politik, sondern in erster Linie Resultat der Politik der Troika, hinter der sich ja auch die Bundesregierung versteckt; das ist doch die Wahrheit.

Was ist das Ergebnis? Ein Anstieg der Schulden von 127 Prozent auf heute 176 Prozent der Wirtschaftsleistung, also alles gar nicht machbar. Frau Merkel, Herr Gabriel und Herr Schäuble, auch Sie müssen doch endlich einmal eines begreifen: Die Mehrheit der Griechinnen und Griechen hat in einer demokratischen Wahl diese Politik abgewählt.

Sie verlangen aber, dass die neue Regierung, die nicht mehr von Ihren Schwester- und Bruderparteien gestellt wird, die den ganzen Schlamassel angerichtet haben, die Politik der Vorgängerregierung übernimmt. Begreifen Sie denn nicht, dass Sie die Demokratie gefährden?

Ich werde Ihnen auch sagen, warum. Sie sagen den Leuten: „Ihr könnt wählen, wen Ihr wollt, es spielt überhaupt keine Rolle; wir sorgen dafür, dass die bisherige Politik fortgesetzt wird.“ Da fragen sich die Griechinnen und Griechen, warum sie überhaupt anders gewählt haben. Das geht nicht. Sie müssen den Wechsel akzeptieren.

Viertens. Viele fragen sich, warum die Regierung in Griechenland nicht längst die reichen Griechinnen und Griechen angemessen besteuert und das Hinaustragen des Euro aus Griechenland wegen der Grexit-Diskussion nicht unterbindet. Ich habe mich das auch gefragt. Aber stimmt es denn, Herr Schäuble, dass die Troika, Sie und andere Finanzminister für den Fall der Besteuerung der Reichen und des Verbotes des Hinaustragens des Euro mit dem Abbruch der Gespräche gedroht haben, (*Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister: Nein!*) und zwar mit der Begründung, dass das nur im Komplex ginge und nicht eine einzelne Maßnahme vorher getroffen werden darf?

Das wäre – das muss ich Ihnen sagen – unverantwortlich,

weil es höchste Zeit wird, die reichen Griechinnen und Griechen angemessen zu besteuern und das Heraustragen des Euro zu verhindern.

Fünftens. Die griechische Regierung ist zum Sparen bereit, nur nicht dort, wo Sie es gerne hätten. Das ist das Problem. Entgegen der Darstellung hat sie alle Rüstungsprogramme eingefroren. Übrigens hat unsere Rüstungsindustrie kräftig an den Programmen verdient. 10 Prozent aller Rüstungsexporte von 1974 bis 2009 gingen nach Griechenland, und zwar verbunden mit vielen Bestechungsgeldern. Und plötzlich werfen wir der Regierung vor, dass sie sie aufgelegt hat. Das ist doch geradezu abenteuerlich.

Ich bin sehr dafür, die Rüstung abzubauen, aber dann müssen Sie das auch unterstützen.

Sechstens. Jetzt zu den dreisten Behauptungen über die angeblich so reichen griechischen Rentnerinnen und Rentner. Hier die Fakten: Es gibt rund 2,6 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Griechenland. 60 Prozent von ihnen bekommen eine Rente von weniger als 700 Euro. Die Berufsunfähigkeitsrenten liegen zwischen 250 und 540 Euro.

Herr Bosbach, Sie behaupten bei Herrn Jauch, dass das durchschnittliche Renteneintrittsalter in Griechenland bei 56,3 Jahren und in Deutschland bei 64 Jahren läge. Sie sagen aber nicht: Die 64 Jahre stimmen nur für den öffentlichen Dienst, aber nicht für die gesamte Gesellschaft. Also nehmen wir die Berechnung der OECD. Die ist sehr viel ehrlicher. Die OECD sagt für das Jahr 2012 Folgendes: Das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei Männern in Griechenland lag bei 61,9 Jahren und in Deutschland bei 61,2 Jahren. Bei Frauen lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter in Griechenland bei 60,3 Jahren und in Deutschland bei 61 Jahren. Es gibt kaum einen Unterschied. Tsipras hat darauf hingewiesen. Heute liegt das Renteneintrittsalter in Griechenland bei 64,4 Jahren bei Männern und bei 64,5 Jahren bei Frauen. Das ist die Wahrheit. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Bosbach: Wir brauchen dieses Bild-Zeitungs-Niveau nicht. Hören Sie auf, Griechenland und seine Bevölkerung so zu diskriminieren. Das geht nicht.

Siebtens. Nun zum Ausstieg Griechenlands aus dem Euro, also Grexit.

Immer mehr von der Union und auch von der SPD sprechen ernsthaft über Grexit. Sie vergessen immer, zu sagen warum sagen Sie das nicht, Frau Bundeskanzlerin?, dass Sie Bürgschaften unterschrieben haben. Stellen Sie sich einmal vor, Griechenland geht wirklich aus dem Euro heraus, ich sage gar nichts zu den weiteren Folgen, dann kann es die Schulden nicht mehr in Euro zurückbezahlen. Dann haftet Deutschland mit 60 Milliarden Euro. Was bedeutet das eigentlich für italienische und zyprische Banken? Die Französinnen und Franzosen müssten 48 Milliarden Euro und die Italienerinnen und Italiener 43 Milliarden Euro bezahlen. Das können wir gar nicht. Glauben Sie wirklich, dass die Lösung darin besteht, dass wir alle pleitegehen? Ich verstehe das überhaupt nicht. Wirklich, ich verstehe es nicht.

Wenn Griechenland aus dem Euro rausgeht, gibt es eine Ansteckungsgefahr. Sie gefährden den Euro insgesamt und damit auch die europäische Integration. Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin, offenkundig im Unterschied zu Herrn Schäuble, und auch Herr Draghi, Herr Juncker, Herr Gabriel, Herr Steinmeier, Herr Schulz und Präsident Hollande den Grexit nicht wollen, müssen Sie endlich den Mut haben, die bisherige kompromisslose Haltung aufzugeben und mit der Regie-



rung Griechenlands nach einer Lösung zu suchen, um Griechenland in der Euro-Zone zu halten und den Menschen dort eine Perspektive zu geben. Zu einer Lösung kommt man nur unter diesen Bedingungen.

Herr Gabriel, Sie bezeichnen die griechische Regierung als „Spieltheoretiker“ und behaupten, die griechische Regierung sei von Kommunisten durchsetzt.

Ich muss Ihnen zwei Dinge sagen. Erstens. Die Kommunisten stehen dort in der Opposition zur Regierung; sie vertreten so in etwa Ihre Auffassung.

Zweitens. Es war gerade Ihre Schwesterpartei, die das Ganze in Griechenland angerichtet hat. Sie war dafür verantwortlich. Sie sollten nicht auf die neue Regierung schimpfen. Ich sage noch etwas. Die geplante Zahlung von über 7 Milliarden Euro Ende Juni – das ist doch nur ein Durchlaufposten. Das Geld geht nach Griechenland und dann gleich wieder an den Internationalen Währungsfonds zur Bezahlung der Schulden. Die Griechinnen und Griechen haben gar nichts davon.

Ich verstehe das ganze Affentheater nicht, das in diesem Zusammenhang aufgeführt wird.

Herr Schäuble, ich bin zwar anderer Auffassung, aber ich kann nachvollziehen, dass Sie keinen Erfolg einer linksgerichteten Regierung wollen.

Ich kann nachvollziehen, dass Sie fürchten, dass im Falle eines Erfolgs auch Spanien links wählt. Ich kann auch nachvollziehen, dass Sie fürchten, dass dann ähnliche Kompromisse mit Spanien, Portugal und anderen Ländern eingegangen werden müssten. Aber ich muss Ihnen eines sagen: Ihre Idee von einem Kerneuropa wird nicht aufgehen. Außerdem müssen Sie sich auch über die weitgehenden, von niemandem beherrschbaren Folgen eines Crashes klar sein. So verantwortungslos dürfen Sie, darf die Regierung nicht handeln. Wir brauchen für Griechenland endlich eine Marschall-, eine Aufbaupolitik, damit es in der Lage ist, Schulden zurückzubezahlen, und damit es wieder aufwärts geht mit Europa und dem Euro.

Lassen Sie mich als Letztes Folgendes sagen: Nach Umfragen des Eurobarometers sank die Zustimmung zu Europa in Deutschland, Portugal, Griechenland und Spanien dramatisch. Wir können die wichtige europäische Integration, die Frieden zwischen den Mitgliedsländern garantiert, überhaupt nur fortsetzen, wenn endlich wieder eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Europas diese Zukunft will. Sie sind daran schuld, dass das kaputtgemacht wird, und dazu haben Sie kein Recht.

„Herr Schäuble, Sie sind dabei, die europäische Idee zu zerstören“

Rede von Gregor Gysi in der Griechenland-Debatte des Bundestages am 17. Juli 2015; aus: www.linksfraktion.de

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben recht: Heute geht es nicht nur um Griechenland, es geht auch um Europa und auch um Deutschland. Herr Schäuble, es tut mir leid, aber Sie sind dabei, die europäische Idee zu zerstören, und Sie, Frau Mer-

kel, und Sie, Herr Gabriel, ordnen sich dem nur unter. Sie begehen meines Erachtens alle drei den schwersten Fehler in Ihrer politischen Laufbahn.

In den letzten Wochen waren nicht Sie, Frau Merkel, die Bundeskanzlerin, unser Bundeskanzler hieß, wenn auch nicht gewählt, Wolfgang Schäuble. Sie, Frau Bundeskanzlerin, galten immer als starke Frau. Aber ich sage Ihnen: Ihr Verhalten gegenüber Herrn Schäuble zeigte Sie schwach, deutlich zu schwach.

Von Herrn Gabriel und der SPD war nun gar nichts zu hören, kein einziger eigener Gedanke, kein einziger Widerspruch zu Schäuble. Und dann konnte sich Herr Schäuble auch noch auf die SPD und Herrn Gabriel bei der Erpressung Griechenlands mit dem Grexit verlassen. Das ist ein Skandal, sage ich Ihnen.

1998 haben wir im Bundestag über die Einführung des Euro diskutiert. Wir hatten damals ein Schild aufgestellt, auf dem stand: „Euro, so nicht!“. Darauf stand nicht: „Euro, nein!“, sondern: „Euro, so nicht!“. Wir sagten: Der Euro kann am Ende eines Angleichungsprozesses in der Bildung, in der Kunst, in der Wissenschaft, in der Wirtschaft und nach verabredeten Standards bei Steuern, Löhnen, Renten und Sozialleistungen stehen. Wenn man aber diese Arbeit nicht leistet und die europäische Integration ausschließlich über eine Währung versucht, wird es extreme negative Konsequenzen haben. – Sie verhöhnten mich und erklärten, dass Sie alles im Griff hätten.

In meiner Rede sagte ich Ihnen: Wir werden ein Europa der Banken erleben. – Und was haben wir bekommen? Ein Europa der Banken. Die Europäische Zentralbank ist der größte Machtfaktor in Europa geworden.

Ich prognostizierte wachsenden Rechtsextremismus und Rassismus, auch wegen der wachsenden Angst vor Armut. – Genauso ist es gekommen: im Süden Europas, in Frankreich, in Deutschland.

Wir sagten, dass Lohn- und Sozialdumping die Folge sind, weil bei einer gemeinsamen Währung immer die niedrigsten Standards gelten. Deutschland hat damit begonnen, und zwar mit der Agenda 2010 und mit einem Irrsinn an prekärer Beschäftigung. Dadurch ist der deutsche Export gestiegen, und das musste der Süden bezahlen. Diese Wahrheit verschweigen Sie.

Der Euro hat also mehr gespalten als vereint. Wir waren diejenigen, die das damals prognostizierten. Vielleicht sollten Sie uns gelegentlich doch zuhören.

Aber warum sind wir heute dafür, den Euro zu retten? Diesen Widerspruch muss ich ja erklären. Wenn der Euro jetzt zerfiel, hätten wir nicht die Situation wie vor der Einführung des Euro. Vielmehr wären die anderen Währungen nichts wert bzw. gingen alle tief in den Keller. Die anderen Regierungen würden sich weigern, mit uns feste Wechselkurse zu vereinbaren. Und die Deutsche Mark bekäme einen sehr hohen Wert. Das Ergebnis wäre, dass unsere Produkte einfach zu teuer wären. Unsere Exporte in Europa brächen ein.

Bei einem Vizeweltmeister im Export ginge das gar nicht, weil Sie es in den letzten Jahren immer wieder versäumt haben, die Binnenwirtschaft zu stärken. Das ginge nur über höhere Löhne, höhere Gehälter, höhere Renten und höhere Sozialleistungen; denn nur so kann die Kaufkraft gestärkt werden. Ich sage Ihnen: Deshalb braucht Deutschland den Euro dringender als Griechenland. – Und das verschweigen Sie, Herr Schäuble, obwohl Sie es sehr genau wissen.



Jetzt will ich Ihnen sagen, warum Ihre Politik unsozial, undemokratisch und antieuropäisch ist. Ich fange mit „unsozial“ an.

Warum ist sie unsozial? Weil Sie nach den dramatischen Kürzungen bei Löhnen und Renten in Griechenland um 30 bis 40 Prozent weitere Kürzungen der Renten verlangen, außerdem noch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zulasten aller Verbraucherinnen und Verbraucher fordern, aber eine Besteuerung der Vermögenden im Wesentlichen strikt ablehnen. Das kann nicht gutgehen. 60 Prozent der Jugendlichen in Griechenland sind schon arbeitslos.

Warum ist Ihre Politik undemokratisch? Weil Sie das Ergebnis des Volksentscheids in Griechenland vollständig negieren. Der griechischen Bevölkerung sagen Sie, sie könne entscheiden, was sie will, Herr Schäuble entscheide anschließend, dass es woanders langgeht. Das ist die Lehre, die sie ziehen sollen.

Und worüber müssen wir und andere Parlamente abstimmen? Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Die griechische Regierung braucht die Erlaubnis der EU-Kommission, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank schon allein für die öffentliche Diskussion eines Gesetzentwurfes; denn nur nach Vorliegen dieser Erlaubnis darf sie diskutieren. Dann braucht sie noch einmal eine Erlaubnis, um diesen Gesetzentwurf ins Parlament einzubringen und über ihn abstimmen zu lassen. Das ist die faktische Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, die Sie dort organisiert haben.

Und der Gipfel der Demütigung: Herr Schäuble, Sie wollten Griechenland zum neuen früheren Ostdeutschland machen. Sie haben nämlich gesagt, Sie wollten die Enteignung des griechischen Staatseigentums und Vermögens über eine Treuhandanstalt mit Sitz in Luxemburg. Nur, lieber Herr Schäuble: Griechenland wird im Unterschied zu Ostdeutschland nicht ein Teil Deutschlands. Außerdem erzielte die Treuhand in der DDR keine Erlöse und machte auch die Industrien, die etwas taugten, platt. Wir verdanken es den Regierungen Griechenlands, Frankreichs, Italiens und Österreichs, dass wenigstens das verhindert wurde.

Nun komme ich zu der Frage, warum die Politik antieuropäisch ist. Immer mehr Menschen in Europa verbinden Europa selbst mit Begriffen wie Zwang, Nötigung, Erpressung, „Geld geht über alles“, „uneingeschränkte Macht der Banken“.

Die entscheidende Macht liegt bei drei demokratisch nicht legitimierten Einrichtungen – der Europäischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission – und einer Regierung, nämlich der Bundesregierung. Wenn Sie sagen, das liege daran, dass wir das den Leuten erzählen, dann überschätzen Sie in gewisser Hinsicht unseren Einfluss in Europa.

Aber davon abgesehen: Was glauben Sie, was die Menschen, die das erleben, von Europa halten? Deshalb, sage ich, wird die Idee kaputtgemacht.

Herr Schäuble, Sie geben sich nationalistisch und behaupten, im Interesse Deutschlands zu handeln. Ich sagen Ihnen: Sie schaden unserem Land, und zwar nachhaltig. Die anderen europäischen Regierungen und alle wichtigen europäischen Medien diskutieren gar nicht über Griechenland; sie diskutieren über Deutschland. Der italienische Ministerpräsident Renzi sagte Ihnen, Herr Schäuble: Genug ist genug. Der französische Präsident zog die Notbremse.

Zwei Pressebeispiele: Der britische Telegraph erinnerte daran, dass auch Großbritannien in zwei Weltkriegen gegen Deutschland gekämpft habe, um eine Dominanz Deutschlands über Europa zu verhindern, und schreibt: Jetzt hat Deutschland das ohne einen Schuss erreicht.

Ich habe nur den Telegraph zitiert. – Die italienische Zeitung La Stampa schrieb, Griechenland habe die Zivilisation, Deutschland die Barbarei geboren, man hätte jetzt die Wahl. Wissen Sie, ich finde das tragisch. Denn wir hatten international schon einen guten Ruf, Herr Schäuble, und Sie haben begonnen, ihn zu zerstören. Wo unsere Bürgerinnen und Bürger auch hinreisen werden: Sie werden es spüren. Das ist sehr schade. Denn unsere Bevölkerung muss für das bezahlen, was Sie gerade an Rufschädigung angerichtet haben. Stützen Sie sich bitte nicht auf die baltischen Regierungen und die Regierungen Spaniens und Portugals, die alles gemacht haben, was Sie wollten. Wenn sie jetzt nämlich bei Griechenland einen anderen Kurs gefahren hätten, hätten sie damit eingeräumt, dass sie Schwächlinge sind. Nur deshalb unterstützen sie jetzt Ihren Kurs.

Ich will noch etwas zu den Schulden sagen: Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Deutschland verpflichtet, 132 Milliarden Goldmark an Reparationen zu bezahlen. Umgerechnet sind das 700 Milliarden Euro. Interessant ist doch: 1952 – 1953 fand die Schuldenkonferenz in London statt, und dann gab es einen Schuldenschnitt. Uns wurden 50 Prozent der Reparationen erlassen. Dann gab es eine Stundung hinsichtlich der Zinszahlungen, nämlich bis zur Herstellung der deutschen Einheit. Ab 1990 mussten wir wieder bezahlen. Die letzte Rate haben wir im Oktober 2010 gezahlt.

Ich treffe drei Feststellungen: Erstens. Wir haben 92 Jahre zurückgezahlt. Zweitens. Wir haben einen Schuldenschnitt von 50 Prozent erlebt. Drittens. Wir hatten eine Stundung von 37 Jahren. Darüber sollten wir vielleicht einmal nachdenken, statt so zu tun, als ob wir in unserer Geschichte alles gemeistert hätten.

Wir hatten im Februar einer Verschiebung zugestimmt, aber niemals dem Paket selbst. Die Verschiebung war wichtig, damit die griechische Regierung Luft holen konnte und Zeit für Verhandlungen bekam. Heute geht es aber nicht nur um den Auftrag, neue Verhandlungen um ein Hilfspaket zu führen – dagegen haben wir nichts; dem würden wir zustimmen –, sondern auch darum, dass die Bedingungen dafür unerträglich sind. Das ist das Problem.

Ich sagte hier schon im Februar, dass wir in dem Fall zustimmen, wenn es um Investitionen und den Aufbau Griechenlands ginge, aber ablehnten, wenn es um Sozialabbau und weitere Zerstörung ginge. Sie haben sich nun für den zweiten Teil entschieden.

Hätte ich als Abgeordneter am Mittwoch im griechischen Parlament gesessen, hätte ich trotz schwerster Bedenken mit Ja gestimmt, um eine Verelendung der griechischen Bevölkerung zu verhindern. Wir bleiben mit den Griechinnen und Griechen und der griechischen Regierung solidarisch. Aber zu Ihrer Politik können wir nur Nein sagen. Wir sind nicht bei den Erpressen, sondern bei den Erpressern. Das ist der Unterschied.

Zum Schluss: Viele Leserinnen und Leser einer sehr beliebten Zeitung glauben, dass Deutschland genug für Griechenland bezahlt habe. Das ist ja auch in der Union der Fall. Ich wurde schon gefragt, wie viele Milliarden wir eigentlich bezahlt hätten. Da geht man von einer völlig falschen Vor-



stellung aus. Deutschland hat während der Krise nicht einen einzigen Euro an Griechenland gezahlt. Ich möchte, Herr Schäuble, dass Sie das wiederholt betonen in Interviews, im Fernsehen, im Radio und in den Zeitungen.

Das gesamte Geld, das bislang nach Griechenland geflossen ist, kommt vom Internationalen Währungsfonds oder von der Europäischen Zentralbank; Letztere druckt ihr Geld selbst. Deutschland muss erst bezahlen, wenn Griechenland pleiteginge, weil Sie, diese Bundesregierung, gegen unseren Willen unterschrieben haben, für 27 Prozent der Schulden zu haften. Dann arbeiten Sie auch noch daran, dass Griechenland pleitegeht. Das ist überhaupt nicht nachvollziehbar, was Sie dort betreiben.

Herr Schäuble, Sie wollten die griechische Regierung stürzen. Es ist Ihnen nicht gelungen. Gewisse Mittel für Investitionen wird die griechische Regierung wahrscheinlich organisieren können. Vielleicht schafft die griechische Regierung nach einigen Jahren wieder mehr Wohlstand, wird mit der Bevölkerung unerwartet zum Gewinner dieses Prozesses. Das ist nicht ausgeschlossen. Sie, Herr Schäuble, haben in vielen Völkern den Widerstand gegen die Zerstörung der europäischen Idee und die dominante Rolle Deutschlands geweckt. Vielleicht gelingt auch hier das Gegenteil von dem, was gerade angerichtet wird.

Sie von der Unionsfraktion sehen sich als Sieger. Sie von der SPD wollen irgendwie mitsiegen. Aber ich sage Ihnen: Wer nicht aufhören kann zu siegen, wird später umso deutlicher und klarer verlieren.

Ich hoffe, dass die Niederlage nicht so groß wird, dass es ein europäisches Deutschland nicht mehr geben kann; denn dieses brauchen wir dringend.

Von 86 Milliarden nicht ein Euro für Investitionen in Griechenland

Rede Gregor Gysis in der Sondersitzung des Bundestages zum dritten Griechenland-Paket am 19. August 2015; aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Bevor ich zur Euro-Krise und zu Griechenland komme, einige wenige andere außenpolitische und innenpolitische Bemerkungen: Gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Onlineplattform netzpolitik.org wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats und Preisgabe von Staatsgeheimnissen eingeleitet. Anzeigenerstatter war der Verfassungsschutz, und Gutachter darüber, dass das Staatsgeheimnisse sind, war auch der Verfassungsschutz. Es ist übrigens eine völlig neue Rechtsansicht, dass der vermeintlich Geschädigte auch die Gutachten über sich abgibt. Abgesehen davon wissen wir inzwischen: Das Bundeskanzleramt und das Bundesinnenministerium waren vorab informiert. Das heißt, es handelte sich um einen schwerwiegenden politischen Angriff auf die Pressefreiheit.

Ich sage Ihnen: Dass der Generalbundesanwalt in den vorzeitigen Ruhestand geschickt wurde, löst das Problem nicht. Das ist ein Bauernopfer. Wir brauchen hier vollständige Aufklärung.

Meine zweite Bemerkung: Seit Jahrzehnten unterdrücken die türkischen Behörden die Kurdinnen und Kurden in der

Türkei, und zwar kulturell, sozial und rechtlich.

Ich weiß, Sie meinen, das gehört nicht zum Thema. Aber die Leute interessiert das, und das ist das Entscheidende. – Im Kampf dagegen bildete sich die PKK. Nach vielen Jahrzehnten hat endlich ein so schwieriger und wichtiger Friedensprozess begonnen, und den zerstört Erdogan gerade durch Bomben. Ich weiß, dass auch die PKK Fehler begeht, aber Erdogan begeht viel schwerwiegendere Fehler, und er ist viel mächtiger und stärker und hat deshalb ganz andere Verpflichtungen. Aber der Höhepunkt ist, dass die Bundesregierung uns bestätigen musste, dass Erdogan den „Islamischen Staat“, diese einzigartige terroristische Organisation, regelmäßig unterstützt, während die PKK die entscheidende Kämpferin gegen den „Islamischen Staat“ ist.

Schon deshalb müssen wir endlich das Verbot der PKK in Deutschland aufheben. Ich sage Ihnen auch: Sie müssen mit der türkischen Regierung ganz anders sprechen. Wie würden Sie denn mit anderen Regierungen, die den „Islamischen Staat“ unterstützen, umgehen? Ganz anders. Bloß weil das ein NATO-Partner ist, machen Sie nichts. Das ist durch nichts zu rechtfertigen; das will ich Ihnen ganz klar sagen.

An der Grenze zu Syrien stehen Bundeswehrsoldaten mit Patriot-Raketen. Als sie dorthin gestellt wurden, haben wir Ihnen gesagt, wir würden Teil des Nahostkonflikts. Das ist durch nichts zu rechtfertigen; aber Sie waren ja, wie immer, schlauer und haben das beschlossen. Jetzt, Frau Merkel, haben auch Sie es verstanden und eingesehen. Sie ziehen die Soldaten und Raketen ab. Wieder einmal hören Sie auf uns – aber spät, sehr spät. Ich sage Ihnen: Sie müssen sich künftig diesbezüglich mehr beeilen.

Eine dritte Bemerkung will ich machen, und zwar zur Flüchtlingsproblematik, die unsere Gesellschaft sehr beschäftigt. Ich möchte gern ganz kurz vier Forderungen formulieren:

Erstens. Das Leben jedes Flüchtlings im Mittelmeer muss gerettet werden.

Zweitens. Alle Flüchtlinge müssen bei uns anständig behandelt und untergebracht werden, und die Kommunen müssen endlich entlastet werden. Nebenbei bemerkt: Der Linken-Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, leistet diesbezüglich eine sehr gute Arbeit. Weil Sie ihn nie loben, muss ich das ja machen. Verstehen Sie das?

Drittens. Nicht die Flüchtlinge, aber die Kosten müssen innerhalb der Europäischen Union gerecht verteilt werden. Viertens. Ernsthaft – das sage ich Ihnen – muss begonnen werden, die Fluchtursachen zu bekämpfen; das heißt, Krieg, Hunger, Elend und Rassismus. Wir aber sind der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Ich sage es Ihnen so ernsthaft wie möglich: Wenn wir nicht beginnen, die Weltprobleme zu lösen, werden sie täglich und verschärfter zu uns kommen.

Aber nun zur Griechenland-Krise und zum dritten Hilfspaket. Es geht um 86 Milliarden Euro, davon erstens für Alt-schulden 54 Milliarden Euro. Das heißt, man macht neue Schulden, um alte Schulden zu begleichen, und aus diesem Kreislauf kommt man nicht mehr heraus. Zweitens. Für Pleitebanken – statt Insolvenzen von Banken mit Erstattung der Guthaben hinzunehmen – stellen wir, nein, nicht wir, sondern die entsprechenden europäischen Einrichtungen wieder 25 Milliarden Euro zur Verfügung. Das Dritte – das stimmt, was Herr Schäuble gesagt hat: 11 Milliarden Euro dienen dazu, offene Rechnungen des Staatsapparates zu begleichen, Löcher zu stopfen. Für die dringend notwendigen



Investitionen wird von diesen Euros nicht einer verwendet. Nicht einer!

Aber es könnte ja auch Positives geben. Ich komme zum Ersten. Griechenland hat aus anderen Fonds bis zum Jahre 2020 Anspruch auf 36 Milliarden Euro, die man tatsächlich für Investitionen verwenden könnte. Das Problem ist nur: Bisher hat Griechenland davon keinen Euro bekommen, weil es die Eigenmittel nicht aufbringen kann, die dafür gefordert sind. Da geht es Griechenland so wie unseren armen Kommunen, die nicht an Fördergelder herankommen, weil sie die Eigenmittel nicht aufbringen. Das ist dieselbe Struktur. Nun ist in Aussicht gestellt worden, die Eigenmittel zu reduzieren – aber nur in Aussicht gestellt; es ist noch nichts beschlossen. Warum haben Sie denn nicht jetzt beschlossen, die Eigenmittel auf null zu setzen, damit endlich das Geld fließen und Investitionen stattfinden können?

Zweitens. Es sollen ja jetzt ernsthaft Korruption, Steuerhinterziehung und Steuerumgehung bekämpft werden, und sogar ein Stück mehr Steuergerechtigkeit soll hergestellt werden. Übrigens sage ich Ihnen noch einmal – das wissen Sie auch, Herr Schäuble und Frau Merkel: Das ist nur mit dieser Regierung möglich. Bei allen vorhergehenden Regierungen, die von Ihren Schwesterparteien gestellt wurden, von den Konservativen und von den Sozialdemokraten, war das undenkbar; denn die haben die Korruption in Griechenland organisiert und erfunden. Also mussten wir hier einen neuen Weg gehen.

Abgesehen davon soll ja auch die Einkommensteuer reformiert werden – das ist eine Chance, dass auch der Spitzensteuersatz erhöht wird –, und Immobilien sollen endlich angemessen bewertet werden.

Drittens sollen die Militärausgaben – wenn auch nicht genug – gesenkt werden.

Viertens. Die angestrebten Überschüsse im Haushalt wurden der Realität angepasst, sodass möglicherweise gewisse Spielräume für die Regierung entstehen. Aber nun passiert etwas Interessantes – deshalb, Herr Schäuble, haben Sie ja so lange vom Internationalen Währungsfonds, vom IWF, gesprochen: Sie stecken doch in einem Interessenkonflikt. Denn Herr Schäuble besteht darauf, dass der IWF beteiligt ist. Auf der anderen Seite will er aber keine Schuldenerleichterungen für Griechenland. Nun sagt aber der IWF, er beteilige sich nur, wenn es Schuldenerleichterungen für Griechenland gibt.

Was tun? Frau Merkel hat angedeutet, man könnte ja vielleicht die Rückzahlungspflichten zeitlich strecken; vielleicht könnte man auch noch die Zinsen stunden; ein Schuldenschnitt käme nicht infrage. Aber immerhin, über diese beiden Dinge könnte man nachdenken. Interessant ist: Das sind die Elemente, die für Deutschland 1952 – 1953 auf der Schuldenkonferenz in London hinsichtlich der Reparationen aus dem Ersten Weltkrieg beschlossen wurden. Wir machen also nichts anderes als das, was wir auch erfahren haben, wenn auch in etwas anderer Zeit. Ich bin gespannt, wie das ausgeht. Noch ist ja nichts entschieden. Warten wir es ab! Sie wissen – Sie werden es gleich wieder bestreiten: Ich bin ein Anhänger von Logik.

Erstens. Deutschland hat bisher in der Krise keinen einzigen Euro an Griechenland gezahlt. Diese Tatsache müssen wir immer wieder benennen.

Zweitens. Die Bundesregierung hat gegen unseren Willen allerdings unterschrieben, für 27 Prozent der während der

Krise aufgenommenen Schulden von Irland, Spanien, Portugal, Zypern und Griechenland zu haften. Das gilt auch für die jetzt geplanten 86 Milliarden Euro.

Drittens. Wenn eines – oder mehrere – dieser Länder in die Pleite getrieben und zahlungsunfähig wird, dann also haften wir dank Ihrer Unterschrift, Frau Merkel und Herr Schäuble, und zwar im Umfang von 27 Prozent.

Viertens. Wenn ein Staat pleitegeht, bedeutet dies für die dortige Bevölkerung eine schlimme Verarmung, Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, ein Netz von Suppenküchen, also eine Katastrophe. Es bedeutet für unsere Bevölkerung, dass wir dann in Milliardenumfang zahlungspflichtig werden. Das heißt, auch bei uns leitete sich ein weiterer Verarmungsprozess ein.

Fünftens. Also müssen wir doch genauso wie die irische, spanische, portugiesische, zypriotische und griechische Bevölkerung für einen Auf- und nicht für einen Abbau dieser Länder streiten.

Dann ginge es sowohl den Menschen dort als auch bei uns besser. Für Griechenland bedeutete das endlich Investitionen in Bildung, Solarindustrie, Tourismus und Schiffsindustrie. Wenn Sie die anderen zerstören, zerstören Sie auch unser Land. Diese Tatsache müssen wir verdeutlichen.

Aber Sie bauen dennoch weiter und schlimmer ab. Jetzt werde ich es Ihnen sagen:

Erstens gibt es weitere Kürzungen bei Renten und Sozialleistungen, noch einmal. Das bedeutet eine geringere Kaufkraft. Griechenland hat einen kleinen Exportsektor und lebt überwiegend von der Binnenwirtschaft. Wenn Sie die Kaufkraft reduzieren, geht die Binnenwirtschaft zurück, wird sie geschwächt. Dann gibt es geringere Steuereinnahmen, und damit wird die Regierung weniger rückzahlungsfähig und kann gar keine Investitionen tätigen.

Zweites Beispiel: Sie erhöhen die Mehrwertsteuer auf 23 Prozent.

Sie bestehen darauf und erpressen die Griechen, dass sie es machen. So ist es richtig formuliert. Die Mehrwertsteuer steigt auf 23 Prozent; die Ausnahmen bei Inseln werden zurückgenommen. Das aber bedeutet, dass die gesamte Bevölkerung belastet wird, auch der ärmere Teil, und es bedeutet darüber hinaus, dass der Tourismus zurückgedrängt wird. Das sind wieder weniger Steuereinnahmen. Damit kann die Regierung weniger zurückzahlen und nicht investieren. Ich verstehe diese ganze Logik nicht.

Drittens. Außerdem sollen Massenentlassungen deutlich erleichtert werden. Auch das ist eine Katastrophe. Dagegen war die Sozialdemokratie früher übrigens einmal; aber es ist lange her.

Viertens. Außerdem verlangen Sie von Griechenland eine umfassende Privatisierung der öffentlichen Güter und Daseinsvorsorge. Also, das ist ja schon an sich falsch. Sie hat nirgendwo im Interesse der Bevölkerung funktioniert, weder in London noch bei uns. Aber wenn sie auch noch unter Druck und Zwang erfolgt, dann führt dies natürlich automatisch zu extrem niedrigen Preisen.

Übrigens, Herr Schäuble, nun lese ich, dass die 14 rentablen Regionalflyer in Griechenland ganz zufällig an die deutsche Firma Fraport gehen sollen, die übrigens überwiegend im öffentlichen Eigentum der Bundesrepublik steht. Das ist also eine Privatisierung öffentlichen Eigentums in Griechenland zugunsten öffentlichen Eigentums in Deutschland.



Mehr als merkwürdig! Der Preis ist übrigens ein fantastischer Dumpingpreis. Damit kann die griechische Regierung die von Ihnen geplanten 50 Milliarden Euro für Privatisierungen niemals realisieren.

Jetzt kommt der fünfte Punkt. Unvorstellbar, aber wahr: Die griechische Regierung darf keinen einzigen Bankchef, keinen einzigen leitenden Angestellten einer Bank entlassen oder einstellen. Das machen europäische Institutionen. Wie wollen Sie eigentlich so wirksam Korruption bekämpfen? Es ist eine ungeheure Einschränkung der Souveränität.

Der Höhepunkt ist, dass die Regierung einen Gesetzentwurf ohne Genehmigung dieser europäischen Institutionen nicht einmal öffentlich diskutieren, geschweige denn in das Parlament einbringen kann. Das zerstört die parlamentarische Demokratie. Da können wir beim besten Willen nicht mitmachen.

Aber all das ändert nichts an unserer Solidarität mit der griechischen Bevölkerung, mit SYRIZA und auch nichts an meinen guten Beziehungen zu Ministerpräsident Tsipras. Bisher hat Deutschland entgegen den Behauptungen einer sehr stark bebilderten Zeitung nicht einen Euro für Griechenland bezahlt, und wenn es je dazu kommen sollte, dann nur durch eine verfehlte Politik der Bundesregierung.

Aber was die bebilderte Zeitung und auch Sie immer verschweigen, ist die Tatsache, dass Deutschland laut Berechnung eines Wirtschaftsinstituts inzwischen 100 Milliarden Euro an der Krise verdient hat, und zwar, weil auf Druck der Bundesregierung die Europäische Zentralbank die Zinsen Richtung null gefahren hat, sodass wir dieses Geld einsparen konnten. Allerdings muss man erwähnen, dass die Bürgerinnen und Bürger das dadurch bezahlt haben, indem ihre Sparguthaben entsprechend entwertet wurden.

Also, 100 Milliarden Euro haben wir daran verdient. Außerdem wurden bis Mitte 2015, Herr Gabriel, entgegen Ihrer Reduzierungsankündigung so viele Rüstungsexporte genehmigt wie im gesamten Jahr 2014.

Unter den Empfängerländern befinden sich auch auspeitschende, verstümmelnde und höchst undemokratische Staaten wie Saudi-Arabien. Deutschland verdient also auch noch an jedem Krieg. Glauben Sie wirklich an eine sinnvolle Zukunft unseres Landes, wenn wir so extrem von Krisen und Kriegen profitieren? Ich nicht.

Europa revolutionieren

Über die Linke in Europa zu Anbeginn des Herbstes 2015.

*Von Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN;
aus: <http://www.katja-kipping.de/de/article/956.europa-revolutionieren.html>*

Die Euphorie war groß, als am Abend der griechischen Wahl am 25. Januar 2015 klar wurde, dass SYRIZA gewonnen hat. Die Rede vom „Europäischen Frühling“ machte die Runde. Ca. neun Monate später ist die Euphorie verfliegen. Man weiß um das Ende des Frühlings und ahnt den Anfang des Herbstes. Infolge der Erpressung durch die EU-Institutionen mündete der große experimentelle Aufbruch in den Mühen der Ebene. Das war abzusehen: Die Liste der Putschgegen linke Regierungen ist bekannt; sie beginnt in Chile 1973 und

setzt sich fort in der Politik gegen die französischen Linksregierungen unter Mitterrand zu Beginn der 1980er Jahre.

Was der Linken in Europa jetzt auf keinen Fall weiterhilft, ist eine Bearbeitung des strategischen Dilemmas mit Verratsvorwürfen gegen Alexis Tsipras. Denn die griechische Regierung hat alles versucht, um sich zu halten. Sie hat eine Öffentlichkeit geschaffen und wenigstens kurzzeitig eine Gegenmacht aufscheinen lassen, die dem neoliberalen Europa die Perspektive eines sozialen Europas entgegengesetzt. Es bleibt die Erfahrung, dass es gelang, den europäischen Krisenmechanismus zu politisieren. Denn: Bisher wurden die Absprachen recht geräuschlos in Hinterzimmern getroffen. Nun finden die Auseinandersetzungen wenigstens im Lichte der Öffentlichkeit in aller Kontroverse statt. Das ist ein wichtiger Schritt zur Herausbildung eines europäischen Demos, eines europäischen Volkes. Das ist nicht alles, aber es ist auch „nicht Nichts“ (Hegel).

Selbst wenn auf das OXI, auf das griechische Nein zur Austerität, kein realer Ausstieg aus der Austerität folgte, so ist sein Wert nicht gering zu schätzen. Das OXI, also der Widerspruch zu dem, was viele Jahre scheinbar widerspruchlos durchgestellt wurde, hat den Konsens in Frage gestellt. Infolgedessen wurde deutlich, dass die Herrschenden stärker auf Zwang setzen. Dies wirkt erst einmal wie eine Verschärfung der Herrschaft. Im Wissen um die Hegemonietheorie¹ hingegen gibt es auch eine optimistischere Deutung: Wenn sich eine Herrschaft weniger auf Konsens stützen kann und stattdessen mehr auf Zwang setzen muss, ist das Ausdruck einer Erschütterung. Ob diese Erschütterung der neoliberalen Hegemonie in Europa vertieft werden kann, wird auch an der europäischen Linken liegen.

Austerix statt Grexit

Nun werden Stimmen lauter, man müsse auf das Problem mangelnder politischer Gestaltungsmöglichkeiten in einem neoliberalen Europa mit Ausstiegsszenarien aus der Gemeinschaftswährung antworten. Ein „Grexit“, eine linke Variante von Schäubles Drohszenario, sei nicht nur als Geste strategisch sinnvoll, sondern auch in der Sache erforderlich. Das ist offensichtlich die Position von Oskar Lafontaine und Jean-Luc Mélenchon (Parti de Gauche, Frankreich).²

In den linken Debatten um den Grexit fällt auf, dass dieser den strahlenden Nimbus des Radikalen bekommt. Die Unterstellung dabei lautet, wenn SYRIZA sich für den Grexit entschieden hätte, hätten die EU-Eliten sie nicht erpressen können. Das Bedürfnis, auf die Erpressung durch die EU-Institutionen eine andere, radikalere Antwort als den Kompromiss zu finden, teile ich. Zu meinen, der Grexit wäre diese radikalere Antwort, ist hingegen ein Irrtum.

Denn Erstens: In Griechenland würde die Umstellung auf die Drachme vor allem die Reichen stärken. Die wirklich Reichen haben ihre enormen Vermögen bereits im Ausland in Euros angelegt. Sie wären jederzeit in der Lage, zu sehr günstigen Wechselkursen im Inland wirtschaftlich zu agieren. Schwarzmärkte würden florieren. Die Reichen würden noch reicher, die Mitte noch ärmer.³

Zweitens: Der Ausstieg aus dem Euro würde zudem nichts an den Handelsüberschüssen und den wirtschaftlichen Ungleichgewichten in Europa ändern. So wie die Wiedereinführung von nationalen Währungen in Europa nicht die politische Ausrichtung der EU-Institutionen ändern würde. Angesichts einer global agierenden Finanzwelt und Wirt-



schaft schaffen nationale Ausstiegsszenarien keine politischen Spielräume. Gerade schwache Volkswirtschaften bleiben den internationalen Wettbewerbsbedingungen weiterhin ausgesetzt.

Drittens: strategisch geht die Forderung nach nationalen Ausstiegsszenarien zudem an den Herausforderungen unserer Zeit vorbei. Es muss uns darum gehen, das autoritäre Europa zurückzudrängen, und wir brauchen dafür europäisierte Gegenmachtprozesse, die die Austeritätspolitik auch effektiv angreifen. Das Liebäugeln mit der nationalen Souveränität oder mögliche Zustimmungsgewinne bei Euro-Kritikern gehen an der Sache vorbei.

Dagegen gilt: Wir brauchen in Europa umso mehr ein populäres linkes Projekt. Linker Populismus muss aber auch immer die Sache treffen und an emanzipatorischen Standards orientiert sein – sonst ist er nicht links. Und das heißt heute: Er muss die Grenzen des Nationalstaats überschreiten.

Hinzukommt: Viertens: Eine sicherlich unbeabsichtigte Folge der linken Grexit-Debatte aus linker Sicht kann darin bestehen, dass DIE LINKE in der Außenwahrnehmung in eine konservativ-rückwärtsgewandte Ecke eingeordnet wird. (Leider sind die unbeabsichtigten Handlungsfolgen manchmal besonders wirkungsmächtig.)

Und dies wäre verheerend. Denn: In Europa ist inzwischen eine junge Generation herangewachsen, die zutiefst europäisch ist. Eine Generation, deren Biografien und Freundeskreise nicht an Landesgrenzen Halt machen. Eine junge Generation, die Europa aus tiefster Überzeugung lebt. Aber auch eine Generation, die an den Auswirkungen der Austerität leidet und die sich ihren Kontinent von den EU-Eliten nicht nehmen lassen will. Eine Linke, die in Verruf kommt, sie würde auf Re-Nationalisierung setzen, wird den Anschluss an diese junge, widerständische europäische Generation verlieren. Sie sollte vielmehr gemeinsam mit dieser europäischen Generation den Kampf gegen die EU-Eliten und um die Ausrichtung Europas aufnehmen.

Die europäische Linke muss alle ihre Kräfte in der Konstitution eines Gegenmachtakteurs, eines europäischen Demos investieren statt ihre Strategie auf das stumpfe Schwert der nationalen Souveränität zu gründen. Dabei kann der Kampf um die Regierungsmacht und die Vermehrung von Wählerstimmen eine wichtige Rolle spielen. Ein linkes, populäres Projekt kann allerdings nicht im Kalkül nationaler Wahldemoskopie aufgehen, sonst bleibt es selbst in der technokratischen Logik bestehender Sachzwänge befangen. Gerade in Zeiten verschärfter Herrschaftsausübung ist Opportunismus ein schlechter Ratgeber. Nicht der Grexit, sondern der Austerix, der Austritt aus der Austerität, ist also die Losung, hinter der sich die Linke in Europa versammeln sollte.

Europa ENTERN

„Exodus oder Stellungskrieg“⁴ – dieser Titel einer Schrift von Chantal Mouffe bringt eine alte linke Debatte auf den Punkt. Übertragen auf Griechenland kann man den Grexit als vermeintliche Exodus-Option ansehen und den Weg, der Tsipras blieb, als Stellungskrieg. So gesehen erleben in Griechenland beide Ansätze gerade ihre Begrenztheit.

Und es droht, dass Linke ihre Zweifel und ihr Verzweifeln an den Machtstrukturen wieder einmal gegen sich selbst wenden. Das Spiel ist alt. Peter Weiss hat es in seinem Epo-

chenroman „Ästhetik des Widerstandes“ besonders treffend beschrieben. Und wem stockt nicht der Atem, wenn er, am Ende in einem metaphorischen Bezug zu den auf dem Pergamonaltar dargestellten Kämpfen beschreibt, wie die Ausgebeuteten, die da unten „übereinander herfallen und einander überrollen“

Droht auch jetzt ein übereinander Herfallen anhand von Streitfragen, die die Linken bereits im 20. Jahrhundert zerrieben haben? Nicht zwangsläufig. Denn mitten in der Krise, kaum dass die Ernüchterung eingestanden ist, beginnt eine neue Suche. Eine Suche nach einer gemeinsamen strategischen Option jenseits von Exit und jenseits von Stellungskrieg. Eine Suche, der bereits eine gemeinsame Praxis innerhalb der Mosaik- bzw. Kaleidoskop-Linken vorausging. Eine Suche, die beginnt mit einer verbindlichen Verabredung. Namentlich dem Versprechen, nicht zurückzufallen in die alten, bereits so oft wiederholten Reflexe und Rituale.

Noch sind diese Kräfte der Suche medial kaum wahrnehmbar. Zu übermächtig ist der Streit zwischen (Gr-)Exit und Stellungskrieg. Noch ringend um Labels für das, was sie bereits in Angriff nehmen, wissen sie sich eng verbunden mit der neuen europäischen Generation.

Europa ENTERN – könnte ein erster Begriff sein. Anklingend an die Flüchtlingsbewegung. Im Entern nicht nur das englische Verb „eintreten“ sehend, sondern den rebellischen Moment, der in dem Ruf „Bereit zum Entern!“ mitklingt. Letztlich muss alles darauf hinauslaufen, Europa zu revolutionieren. Darunter ist es nicht zu machen.

Eine neue Suche – womöglich auch nach einer neuen Ästhetik und Praxis des Widerstandes – beginnt. Dieses Buch wird nicht von dem einen oder der einen (ob mit oder ohne Löwenpranke) zu schreiben sein, es wird dazu ein Autor/-innenkollektiv brauchen. Noch fehlt der erste Satz, doch die ersten Seiten eines neuen Kapitels sind bereits aufgeschlagen.

Anmerkungen

- 1 Die hier erwähnte Hegemonietheorie geht zurück auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Er ging davon aus, dass es, um die Macht zu erringen, nicht genüge, Wahlen zu gewinnen und den Staat zu erobern. Hegemonie lässt sich als eine Form von Herrschaft verstehen, die auf der Zustimmung großer Teile der Beherrschten basiert. Herrschaft erschöpft sich also nicht im Beherrschen und Unterwerfen, sondern verlangt eine Kombination von Führung und Herrschaft, von Konsens und Zwang. Wobei der Zwang in Zeiten geringerer Zustimmung ein stärkeres Gewicht bekommen kann.
- 2 Vgl. dazu: „L'indépendance de la France est une nécessité“, unter: <http://www.jean-luc-melenchon.fr/> sowie Lafontaine, Oskar: „Die Linke und Europa. Welche Lehren ziehen wir aus der Erpressung der Syriza-Regierung?“, in: junge Welt, 22.8.2015. (<https://www.jungewelt.de/2015/08-22/001.php>).
- 3 Vgl. dazu: Kadritzke, Niels: „Grexit und was dann? Die Drachme eröffnet keine Zukunftsperspektiven – außer für Spekulanten“, in: Le Monde diplomatique, 11.06.2015. (<http://monde-diplomatique.de/artikel/!5202308>)
- 4 Mouffe, Chantal (2005): Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik, Verlag Turia + Kant.



SYRIZA – Wahlsieger

Erste Analyse der Wahlergebnisse der Parlamentswahl vom 20. September 2015 in Griechenland

Von Andreas Karitzis, Mitglied des ZK von SYRIZA;
aus: www.rosalux.de (geringfügig gekürzt)

Betrachtet man das Gesamtergebnis dieser Wahlen, so lassen sich grundsätzlich zwei wichtige Aspekte hervorheben:

- die überraschend angesetzten und damit erfolgreichen Neuwahlen für SYRIZA
- der Anstieg der Wahlabsistenz.

Trotz der Unterzeichnung der Vereinbarung zum 3. Memorandum und trotz der Spaltung und des Austritts der innerparteilichen Opposition und zahlreicher weiterer Parteifunktionäre und Mitglieder ist es SYRIZA gelungen, das Wahlergebnis vom Januar 2015 annähernd zu erreichen und den Auftrag zur Regierungsbildung ohne nennenswerte Wählerverluste mit dem gleichen Regierungspartner zu erneuern.¹

Die rasche Durchführung der Wahlen bildete hierfür den entscheidenden Faktor, denn diese ermöglichte erstens, dass SYRIZA, mit der „Aura“ von hart durchgeführten Verhandlungen in die Wahlen ging und ihre großen Stimmanteile in den ärmeren Gegenden des Landes behaupten konnte, wobei die Folgen der Vereinbarung noch nicht eingetreten sind. SYRIZA verzeichnete die größten Stimmanteile von über 40 Prozent in den abgewerteten Gegenden, in denen der Anteil von sozial schwachen Bevölkerungsschichten sehr groß ist ...

Die rasche Wahl verhinderte zweitens die Bildung einer stabilen Partei „links“ von SYRIZA, die sie infrage stellen konnte mit dem Ergebnis, dass die Laiki Enotita („Volkseinheit“) nicht ins Parlament einzog.

Drittens kam sie damit einer Schwächung der ANEL und der Möglichkeit ihres Nichteinzuges ins Parlament zuvor² und verhinderte damit Szenarien einer Regierungskoalition mit PASOK, POTAMI oder sogar der ND.

Viertens verhinderte sie die Neuordnung der traditionellen Pro-Memoranden-Parteien und besonders der ND, die den Wahlkampf unter der Führung eines Übergangsvorsitzenden bestritt.

In den letzten Tagen erhöhte SYRIZA die Wählermobilisierung auf beeindruckende 70 Prozent. Verglichen mit dem Ergebnis der Januarwahlen verlor sie 9 Prozent ihres Wählerpotentials an die ND, 6 Prozent an die LAE, 3 Prozent an die KKE und 3 Prozent an die XA. Sie verzeichnete einen Zulauf von 13 Prozent von der KKE, 12 Prozent von PASOK, 5 Prozent von der ND, 3 Prozent von der XA.

Die SYRIZA-Wähler wählten sie in hohem Maße wieder → aus Angst vor der Rückkehr der traditionellen Parteien an die Macht,³

→ mangels glaubwürdiger Alternativen mit einer Anti-Memoranden-Ausrichtung und

→ aufgrund der Anerkennung ihrer kämpferischen Haltung während der Verhandlungen.⁴

Ein großer Anteil der von SYRIZA enttäuschten Wähler vom Januar entschied sich letztlich für die Enthaltung durch Wahlabsistenz (320 000 Wähler, also etwa 14 Prozent ihres Wählerpotentials), wie wir weiter unten genauer sehen werden. Hinzu kommt, dass SYRIZA aufgrund einer als verantwortungsbewusst geltenden Haltung am Ende der Verhandlungen für bisherige Wähler von Parteien in der rechten und linken Mitte „attraktiver“ wurde. Diese Tatsache erklärt die Zuwanderung von Wählern der PASOK, der ND (s. o.) und von POTAMI.

Die ND konnte ihre Potentiale behaupten,⁵ 10 Prozent der PASOK-Wähler und 6 Prozent der XA-Wähler vom Januar strömten ihr zu. Während des Wahlkampfes wurde die Nominierung eines Übergangsvorsitzenden positiv aufgenommen und spielte bei der Wahl der ND eine wesentliche Rolle, so dass die Partei ihr Januarniveau wieder erreichen konnte, nachdem sie infolge des Referendums, zumindest bei Umfragewerten unter 20 Prozent, Auflösungserscheinungen zu verzeichnen hatte. Die Stabilität ihrer prozentualen Anteile ist auch der Tatsache geschuldet, dass – wie im Falle von SYRIZA – 180 000 ihrer Wähler, die sie nicht wiederwählten, sich für die Wahlabsistenz und damit nicht zugunsten einer anderen Partei entschieden. Die ND war mit einer vorläufig bestellten Parteiführung und ungeklärten Fragen hinsichtlich ihrer Oppositionsstrategie nicht auf die Wahlen vorbereitet. Das zeigt die deutliche Niederlage gegenüber SYRIZA, obwohl diese sich spaltete und im Ruf stand, dass sie aufgrund ihrer Niederlage bei den Verhandlungen im Vergleich zu ihren Ankündigungen vom Januar 2015 ein deutlich schlechte-

Überblick über das Wahlergebnis vom September 2015 im Vergleich zu den Januar-Wahlen

	September 2015	Januar 2015
SYRIZA	35,46	36,34
ND (Nea Demokratia – Konservative)	28,10	27,81
XA (Goldene Morgenröte – Rechtsextreme)	6,99	6,28
PASOK (Sozialdemokraten)	6,28	4,68
KKE (KP Griechenlands)	5,55	5,45
POTAMI (Linksliberale)	4,09	6,05
ANEL (Nationalisten)	3,69	4,75
ENOSI KENTROON (Bund der Mitte)	3,43	1,79
LAE (linke Abspaltung von SYRIZA)	2,86	-



res Ergebnis erhalten werde. Die Verfahren zur Nominierung einer neuen Führung in der ND sind inzwischen auf den Weg gebracht.

Die faschistische XA legte zu, wenn auch nicht entscheidend. Das liegt vor allem an den hohen Prozentanteilen von SYRIZA in den ärmeren Gegenden. Dennoch ist es bemerkenswert, dass in Vierteln, die dem größten Druck durch Flüchtlingsströme ausgesetzt sind, der Aufstieg der XA (ebenso die Zahl der Nichtwähler) spürbarer geworden ist. Hier ist auch die Zahl der Nichtwähler deutlich höher als im Durchschnitt. Im Einzelnen erzielte die XA auf der Insel Lesbos 7,88 Prozent im Vergleich zu 4,6 Prozent im Januar, auf Kos 10,15 Prozent im Vergleich zu 5,87 Prozent und auf der Inselgruppe des Dodekanes insgesamt 8,07 Prozent im Vergleich zu 5,53 Prozent im Januar 2015.

Obwohl die PASOK aufgrund der Polarisierung zwischen der ND und SYRIZA Verluste hinnehmen musste (siehe Wählerwanderungen zu SYRIZA und ND), erhöhte sie ihre Anteile, indem sie den Großteil der Wählerstimmen der im September nicht zur Wahl stehenden Partei von G. Papandreou für sich verbuchen konnte, der im Januar 2,47 Prozent erzielte. Die KKE wies keine nennenswerten Zugewinne auf, was hauptsächlich auf die Stabilität des Potentials von SYRIZA in den Gegenden mit einfachen Wohnlagen zurückzuführen ist. Als Ergebnis der dominierenden Polarisierung musste POTAMI einen Rückgang seines Anteils um ein Drittel hinnehmen. Die Partei konnte gerade einmal 45 Prozent ihres Wählerpotentials mobilisieren. Die Stimmenabgänge verteilten sich im Wesentlichen auf die ND (26 Prozent) und SYRIZA (18 Prozent). Sie wird in den kommenden Monaten einen außerordentlichen Parteitag abhalten. Die ANEL schaffte den Einzug ins Parlament, auch weil die Auswirkungen des Memorandums derzeit noch nicht erkennbar sind. Die Enosi Kentroon (Bund der Mitte) ist eine auf die Führungsfigur ausgerichtete, gemäßigte, mitteorientierte Partei ohne klar umrissene politische Merkmale. Der Parlamentseinzug eines bis vor kurzem eher beschaulichen politischen „Gebildes“ kann einerseits als Verspottung des Wahlaktes durch einen Teil der Wählerschaft verstanden werden, andererseits aber auch als Symptom einer generellen Schwächung des politischen Systems, die sich beispielsweise ebenso in der Wahlabstinentz ausdrückt. Der LAE gelang es letztlich nicht, ein verlässlich fundiertes und öffentlichkeitswirksames Wahlkampfprofil aufzubauen, weshalb sie nicht in der Lage war, mit den Wählerressourcen des OXI beim Referendum zu kommunizieren. Der Zeitmangel, die Angriffslust von Seiten der Eliten, der große Anklang von SYRIZA bei der einfachen Bevölkerung, aber auch das Gefühl der Wiederholung der SYRIZA-Politik von vor der Regierungsübernahme, machten eine zwar neue, aber dennoch traditionell wirkende linke Partei wirkungslos.

Das zweite wesentliche Merkmal dieser Wahlen ist die Zunahme der Wahlabstinentz. Seit 2009 (dem letzten Jahr vor der Ära der Memoranden) haben wir einen Wählerrückgang von 1,5 Millionen. Von ungefähr 7 000 000 Wahlberechtigten in 2009 wählten bei den letzten Wahlen lediglich 5 500 000 bei einer Gesamtzahl von rund 9 900 000⁶ registrierten Wählern. Zwischen den Januarwahlen und den Septemberwahlen erhöhte sich die Wahlabstinentz um 764 000 und erreichte 43,3 Prozent.⁷ SYRIZA verlor 320 000 Wähler oder 14 Prozent seiner Wähler vom Januar und die ND 192 000 Wähler, also ca. 11 Prozent ihres Wählerpotentials. Der Anstieg der

Wahlabstinentz ist in abgelegenen Regionen des Landes mit schwierigem und ökonomisch aufwändigerem Zugang höher, sie war jedoch auch in den städtischen Ballungsräumen spürbar. ...

Wir haben noch keine Veröffentlichung weiterer Daten zur altersmäßigen, klassenspezifischen und bildungsbezogenen Verteilung der Nichtwähler, doch wird gerade bei den Jungwählern von einem hohen Nichtwähleranteil ausgegangen. Es ist dennoch wahrscheinlich, dass sich die Wahlabstinentz zu einem Strukturmerkmal entwickeln wird, denn es sieht so aus, als befände sich auch Griechenland in einem Prozess des Niedergangs der repräsentativen demokratischen Verfahren und Institutionen. Zur bereits bekannten Abscheu der Bevölkerung gegenüber dem traditionellen politischen Personal muss nun noch die Enttäuschung über die Schwäche des durch Wahlen ausgeübten Einflusses auf die kritischen wirtschaftlichen und sozialen Fragen hinzugefügt werden, wie sie im Ausgang der jüngsten Verhandlungen deutlich wurde. Die Beschädigung der repräsentativen Demokratie beginnt nun tatsächlich beunruhigend zu werden.

Anmerkungen

- 1 Es ist bemerkenswert, dass der Stimmenverlust ausgedrückt in absoluten Zahlen größer ausfällt als der prozentuale Stimmenverlust, aber während sich die Stimmenverluste primär aus der Wahlabstinentz ergaben, ist der Verlust prozentual ausgedrückt unbedeutend.
- 2 Während der Zeit der Memoranden stellte sich heraus, dass die kleineren, an Koalitionsregierungen beteiligten Parteien, schwächer werden und verschwinden, wenn sie nicht im Parlament vertreten sind.
- 3 Die Wahlkampfkampagne von SYRIZA konzentrierte sich genau auf diese Angst, auf die Kampfansage gegen Korruption und Filz. Daher profitierte sie von der Abscheu der Wähler vor dem traditionellen politischen Personal.
- 4 Auf diese Tatsache kann auch die positive Bilanz mit der KKE zurückgeführt werden.
- 5 Die ND verzeichnete die größten Stimmanteile mit bis zu 50 Prozent in den traditionell bürgerlichen Vierteln.
- 6 Wir müssen anmerken, dass es einen ungeklärten, zeitunabhängigen Anteil von Nichtwählern aufgrund der unsystematisch durchgeführten Bereinigung der Wählerlisten gibt.
- 7 Anzumerken ist, dass die Zahl der Wähler im Referendum vom Juli etwa gleich hoch war wie bei den Januarwahlen.

Griechenland entscheidet

*Niedrige Beteiligung, geteiltes linkes Lager, alte Eliten:
Anmerkungen zum Wahlergebnis*

*Von Tom Strohschneider, Chefredakteur der Tageszeitung
„Neues Deutschland“, 22. September 2015*

Die Linke in Europa kann froh sein, dass SYRIZA unter schwierigen Bedingungen wahlpolitisch erneut erfolgreich war. Die kommenden Herausforderungen sind aber immens. Auch für deutsche Linke.

I. Parlament und Gesellschaft

Der Wahlsieg von SYRIZA ist ein parlamentspolitischer Erfolg, die gesellschaftspolitischen Schattenseiten sind beträchtlich. Die historisch geringe Wahlbeteiligung weist auf eine zunehmende elektorale Ermüdung hin, die nicht allein deshalb ein Problem ist, weil gerade sozial verstandene Demokratie ein breites Fundament der Legitimation braucht. Mehr noch: SYRIZA hat in den vergangenen Monaten stets



auf die Notwendigkeit eines „aktualisierten Mandats“ bestanden, also darauf verwiesen, dass politische Kursänderungen oder von äußeren Zwängen abhängige Pfadwechsel durch Abstimmungen bestätigt werden müssen.

Parlamentarisch hat SYRIZA es gegen alle „Stimmungsmache mit Umfragen“ und gegen die interessengeleitete Hoffnung vieler Kräfte geschafft zu verhindern, dass das Projekt einer Linkspartei an der griechischen Regierung schnell beendet wird. Das ist der Kern des Erfolgs und es ist alles andere als belanglos, wer in Athen die Richtlinien der Politik bestimmt, gerade auch unter den einschnürenden Bedingungen des Gläubiger-Memorandums.

Gesellschaftspolitisch aber hat SYRIZA 15 Prozent Rückhalt eingebüßt, unter einer linksgeführten Koalition ist die Wahlenthaltung beschleunigt gewachsen – nachdem die Beteiligung im Januar, wegen SYRIZA, noch gegen den allgemeinen Trend seit Beginn der Krise gestiegen war.

II. SYRIZAs Herausforderung

Parteilpolitisch steht SYRIZA nach den Wahlen weiterhin vor einer großen Herausforderung: Das Scheitern von Laiki Enotita an der Drei-Prozent-Hürde lässt zwar den von Panagiotis Lafazanis und anderen betriebenen Abtrennungsprozess zu deren Niederlage werden. Nicht alles, was innerhalb der Linkspartei am Kurs von Alexis Tsipras kritisiert wurde, ist deshalb aber falsch. Der bevorstehende Parteitag wird zwar einer ohne Linke Plattform sein, aber dieses „Minus“ ist noch keine neue programmatische Klammer einer „neuen SYRIZA“.

Die Frage, wie sich die Kritik etwa der Gruppierung „53+“ an Mängeln innerparteilicher Demokratie, an wirtschaftspolitischen Vorstellungen, an der unzureichenden klassenpolitischen Ausrichtung der Regierungspolitik sowie an der Strategie gegenüber den Gläubigern in einem „neuen Konsens“ niederschlägt, ist noch nicht beantwortet. Hierin liegt übrigens auch angesichts der eher knappen zu erwartenden parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse ein politisches Moment: Auch in der neuen SYRIZA-Fraktion sitzen Abgeordnete, die einmal mit Nein gegen ihren Premier stimmen könnten.

III. Das linke Lager

Die sich selbst links von Tsipras und SYRIZA sehenden Kräfte haben von der krisenpolitischen Debatte kaum profitiert oder zu wenig mobilisierende Kraft für sich entfalten können. Dass Laiki Enotita es nicht einmal ins Parlament geschafft hat, wird am Ende entscheidender sein als die 155 000 Stimmen, die die Partei auf sich vereinen konnte. Selbst wenn man zugesteht, dass die mediale (und auch selbstverschuldete) Verengung der „Volkseinheit“-Ziele auf die Rückkehr zur Drachme nicht dem ganzen programmatischen Angebot der Neugründung entspricht, ist am Ergebnis von Laiki Enotita deutlich geworden, dass eine Orientierung auf eine Politik des Bruchs mit dem bestehenden institutionellen Rahmen nur eine kleine Anhängerschaft hat.

Die kommunistische KKE, die sich sowohl gegen SYRIZA als auch gegen Laiki Enotita positioniert und praktisch außerhalb jeder Politik gestellt hat, verliert im allgemeinen Trend an Stimmen, bleibt aber prozentual auf dem Niveau der Januarwahl. Die antikapitalistische Antarsya gewinnt im Vergleich ein paar Tausend Stimmen hinzu. Von einem breiteren Lager links von SYRIZA kann aber nicht die Rede sein. Dies

ist wohl auch die parteipolitische Entsprechung der Einschätzung, dass der Bewegungszyklus gegen die Krisenpolitik in Griechenland, der SYRIZA mit nach oben brachte, schon länger wieder beendet ist.

IV. Kein Ruck nach rechts

Auch wenn die Neonazipartei Chrysi Avgi abermals drittstärkste Kraft wird, zeigt sich doch, dass in Griechenland weder die im Brüsseler Diktat vom Juli zum Ausdruck gekommene vorläufige SYRIZA-Niederlage im Ringen mit den Gläubigern und dem von Berlin angeführten Europa der Austerität noch eine sehr geringe Wahlbeteiligung zu einem elektoralen Ausschlag nach rechts geführt haben. Die „Goldene Morgenröte“ hat rund 10 000 Stimmen verloren, andere rechtsradikale Kräfte sind schwach geblieben. Die in Griechenland weit drastischer als in der Bundesrepublik durchschlagende flüchtlingspolitische Krise spielte im Wahlkampf zwar eine Rolle, Anlass für eine massenhafte „Protestwahl“ wurde sie aber nicht. Das heißt nicht, dass die Gefahr eines Nach-rechts-Ausschlagens der Mehrheitsverhältnisse wegen der Krisenpolitik schon gebannt ist.

V. Das „bürgerliche Lager“

Auch wenn viele Kommentatoren und Politiker in Europa lieber einen Sieg der Konservativen gesehen hätten, und auch wenn mit der Stilisierung des Nea-Dimokratia-Alt-kaders Evangelos Meimarakis als „neuer Mann“ viel dafür getan wurde: Die demokratische Erschöpfung im „bürgerlichen Lager“ ist mindestens ebenso groß. Die Konservativen verlieren fast 200 000 Stimmen, die liberale To Potami, noch vor einiger Zeit als linksliberal bezeichnet, sich aber immer deutlicher neoliberalen Positionen annähernd, ist der größte Verlierer unter den Kleinen: Sie büßt fast zwei Prozent und etwa 152 000 Stimmen ein. Als Alternative wird der Kurs „Richtungskonstanz auf unveränderter Grundlage“ von den Wählern also weder gesehen, wenn er von Vertretern des alten Regimes verfolgt wird, noch wenn sich eine politische Neugründung dafür stark macht. Das Lager des „Weiter so“ entspricht einem Drittel der abgegebenen Stimmen, blickt man auf alle Wahlberechtigten liegt der Anteil bei nicht einmal einem Fünftel.

VI. Rückschritt verhindert

Bei der Wahl in Griechenland ist verhindert worden, dass das Lager der alten Eliten und der kapitalistischen Oligarchie wieder in Regierungsverantwortung kommt. Das ist alles andere als nichts. Die Herausforderungen für die Linkspartei um Alexis Tsipras sind aber größer denn je.

Das gilt erstens für das Versprechen, bei der Umsetzung der Gläubiger-Auflagen soziale und ökologische Spielräume auszuschöpfen bzw. neue zu erkämpfen sowie die immens wichtige Frage der Schuldenerleichterung gegenüber den Gläubigern durchzusetzen.

Das gilt zweitens für die in der deutschen Debatte nur wenig berücksichtigte aber zentrale Frage der Staatsreform in Griechenland – linke, sagen wir es so: sozialdemokratische Politik braucht Institutionen, braucht funktionierende Verwaltung.

SYRIZA wird drittens einen wirksameren Anlauf als bisher unternehmen müssen, das Verhältnis von Regierung und Bewegungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Es hat dafür Ansätze gegeben, etwa was die Einbeziehung der Solida-



ritätsnetzwerke angeht. Diese wurden aber von dem alles überlagernden Konflikt mit den Gläubigern in den Schatten gestellt.

VII. Die Linken in Europa

Die Linke in Europa kann froh sein, dass SYRIZA unter schwierigen Bedingungen erneut wahlpolitisch erfolgreich war. Alles andere hätte den ohnehin nicht einfachen Prozess des Ringens um alternative Mehrheiten in anderen Ländern, vor allem in Spanien, Irland, Portugal, wo Wahlen anstehen, noch erheblich erschwert.

Es gilt am Tag nach der Wahl aber, was in selbstkritischer Betrachtung in einem der europäischen Solidaritätsappelle schon vor der Abstimmung gesagt wurde: Der Spielraum einer progressiven Regierung in Griechenland und damit die Möglichkeiten, von Athen ausgehend ein wirksames Moment politischer Veränderung auch europäischer Kräfteverhältnisse auszulösen, wird maßgeblich davon abhängen, ob und wie es den linken Kräften in anderen Ländern besser gelingt, Politik gegen Austerität zu machen und gegen das neoliberale Europa zu mobilisieren.

Die Diskussionen dazu sind unter dem Eindruck des griechischen Frühling bereits begonnen worden. Die Wahl vom Sonntag wird darauf nicht ohne Einfluss bleiben. Es gilt weiterhin: Griechenland entscheidet.

SYRIZA – die zweite Chance nutzen

Von Axel Troost, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE; aus: www.die-linke.de, 22. September 2015

Die griechischen Wählerinnen und Wähler haben entschieden und dem Linksbündnis SYRIZA den Auftrag erteilt, die Regierungsarbeit fortzusetzen. Deutlicher als vielfach erwartet – mit 35,5 Prozent – wurde SYRIZA wieder zur stärksten Partei und kann ihre Koalition mit der rechtspopulistischen ANEL fortführen. Die Koalitionsmehrheit beträgt 155 Sitze von 300 Parlamentsmandaten. Schon im Januar war diese die einzige Partei, die bereit war den Versuch zu unternehmen, gegen die harte Austeritätspolitik der EU-Institutionen in Griechenland Front zu machen. „Das griechische Volk hat ein klares Mandat erteilt, uns von dem zu befreien, was uns in der Vergangenheit gefangen genommen hat“, sagte Parteichef Tsipras in Athen. Es gehe jetzt darum, mit „viel Arbeit, Hartnäckigkeit und Kampf“ Griechenland aus der Krise führen.

Die knallharte Machtpolitik der Eurogruppe hat die Aufbruchsstimmung spürbar gedämpft. Die Wahlbeteiligung lag nur bei 55 Prozent, nach 64 Prozent bei der letzten Wahl im Januar. Dennoch ist anerkannt worden, dass SYRIZA versucht hat die Austeritätspolitik zu beenden. Trotzdem hat auch SYRIZA fast 330 000 Stimmen verloren. Die konservative Nea Dimokratia erreichte 28,1 Prozent – und damit nur einen minimalen Zugewinn von nicht einmal 0,3 Prozent gegenüber dem Januar. Sie verliert absolut ebenfalls fast 200 000 Stimmen. Das Ergebnis der faschistischen „Goldenen Morgenröte“ mit gut 7 Prozent bleibt eine Herausforderung für alle emanzipatorischen Kräfte der griechischen Gesellschaft.

Vor allem die ärmsten und sozial schwächsten Schichten haben sich zurückgezogen. Noch am Wahlabend erklärte Alexis Tsipras, jetzt würden die Ärmel hochgekrempt und hart gearbeitet. Griechenland hat es derzeit nicht nur mit einer zerrütteten Ökonomie und mit seinen Schulden sowie den zugesagten Reformen zu tun, sondern auch mit einem großen Flüchtlingsproblem. Es stehen harte Zeiten bevor, sagte Tsipras. Eine Besserung der Lage werde nicht durch Zauberei erreicht werden, wohl aber durch harte Arbeit. Die Vereinbarungen mit den Geldgebern würden umgesetzt und die Verhandlungen fortgeführt. Er versprach bei der unterschiedenen und unverzichtbaren Modernisierung der Strukturen die sozial Schwachen zu schützen.

Eben an dieser Entscheidung der Regierung hat sich die linke Linke innerhalb SYRIZAS abgespalten und sich als „Volkseinheit“ konstituiert. Sie behauptete, dass die Lebensverhältnisse der Menschen in Griechenland nur verbessert werden könnten, wenn die Regierung die wirtschaftlich und sozial verheerende Vereinbarung mit den Gläubigern zerreiße.

Bereits im kommenden Monat steht die Überprüfung der Reformen durch Vertreter der EU, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der EZB und des Euro-Rettungsfonds ESM an. Die Reformen sind Bedingung für die schrittweise Auszahlung des 86-Milliarden-Euro-Hilfspakets. Allerdings haben sich die griechische Regierung und die Gläubiger-Länder auf eine deutliche Modifikation der makroökonomischen Vorgaben verständigt. Wegen der schlechten Aussichten für das Wirtschaftswachstum gibt es deutlich abgesenkte Ziele für den Primärhaushalt.

Im April wies das Euro-Mitglied eine Verschuldung von 301,5 Mrd. Euro auf, was 168,8 Prozent der Wirtschaftsleistung entsprach. Vor allem zwischen den Euro-Staaten und dem IWF gab es Streit darüber, welcher Schuldenstand für Griechenland zu bewältigen ist.

Griechenland muss nach der erpressten Vereinbarung im Jahr 2018 einen Haushaltsprimärüberschuss von 3,5 Prozent erreichen. Die neue Regierung will erwirken, dass die Zielvorgabe reduziert wird. Außerdem kämpft SYRIZA weiter für einen tragfähigen Umschuldungsplan. Die Austeritätspolitik soll durch einen Ausbau der Investitionen gemildert werden.

Nicht nur die Zurückhaltung der öffentlichen Hand, sondern auch die de facto Zertrümmerung des griechischen Bankensektors und die damit verbundenen mangelnden Finanzierungsmöglichkeiten haben zu einem starken Rückgang privatwirtschaftlicher Investitionen geführt, was besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen getroffen hat. Es gilt Wege zu finden, die Finanzierung dieser Unternehmen wieder zu gewährleisten.

Die SYRIZA-Abspaltung „Volkseinheit“ und mit ihr auch etliche europäische Linkspolitiker widerspricht dieser Bewertung und Aufgabenstellung. Ihnen fällt es schwer, SYRIZA zu ihrem Wahlsieg zu gratulieren. Allein ein soziales Programm, das die Lebensverhältnisse der Menschen in Griechenland endlich verbessert, müsste die neue Regierung umsetzen. Daher müsse sie die wirtschaftlich und sozial verheerende Vereinbarung mit den Gläubigern zerreißen. Aber genau an dieser Frage hatte SYRIZA sich gespalten.

Die Neuwahlen wurden unvermeidlich, weil der linke Flügel des Linksbündnisses die Vereinbarung des dritten Memorandums mit Unterstützung von europäischen LinkspolitikerInnen (u. a. Melancon, Lafontaine, Fassani) als Kapitulation vor dem Neoliberalismus bekämpfte und die



SYRIZA-Regierung damit auf die Unterstützung durch die Oppositionsparteien angewiesen war.

Die „Volkseinheit“ scheiterte nun bei den Neuwahlen an der Drei-Prozent-Hürde. Die Gruppe um Panagiotis Lafazanis hatte Tsipras' Kurs gegenüber den Gläubigern als Kapitulation kritisiert und den Anspruch erhoben die 60 Prozent des „Nein“ vom Referendum vom Juli zu vertreten. Laiki Enotita kam am Sonntag auf insgesamt 154 000 Stimmen. Sie hat die Wähler/-innen nicht davon überzeugen können, dass ihre Probleme gelöst würden, wenn sie zur Drachme zurückkehrten.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Prozess der Abspaltung des linken Flügels die vorhandene Tendenz zur Wahlenthaltung verstärkt hat. Aber auch all jene Kräfte innerhalb der europäischen und deutschen Linken, die einen linken Grexit befürworteten, müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler akzeptiert, dass Griechenland nur innerhalb der Euro-Zone zu sanieren ist. Nach diesem Ergebnis wäre eine selbstkritische Reflexion über die Realitätstauglichkeit der eigenen Positionen mehr als angebracht. Die ersten Stellungnahmen stimmen mich nicht sehr optimistisch.

Jetzt geht es der neuen/alten Regierung um die weitere Stabilisierung der Ökonomie und die Fortführung des Kampfes gegen die humanitäre Katastrophe. Trotz einer schwierigen Ausgangslage – die durch die Flüchtlingsbewegung weiter verschärft wurde – gibt es Spielräume: Der Staatsbankrott ist abgewendet, die Bankenschließungen führten zu keinen Massenentlassungen und die Kapitalverkehrskontrollen sind zwar eine Einschränkung, haben den Wirtschaftsprozess aber nicht blockiert. Angaben des griechischen Statistikamtes zufolge hat sich die Situation im zentralen Wirtschaftsbereich Tourismus verbessert. Laut Europas größtem Reisekonzern TUI lagen die Sommerbuchungen über dem Vorjahresniveau.

Die internationalen Geldgeber haben angekündigt, über die Tragfähigkeit der griechischen Schulden zu verhandeln. Die Euro-Gruppe hat zugesagt nach einer erfolgreichen Zwischenprüfung die Gewährung von Schuldenerleichterungen zu prüfen. Zwar schließt sie einen nominalen Schuldenschnitt (hair cut) weiterhin aus. Doch sie ist bereit, über Schritte wie die Verlängerung der Laufzeiten und der tilgungsfreien Zeiten europäischer Hilfskredite zu reden. Griechenland hat eine Chance, sich auf einen wirtschaftlichen Erholungs- und Wachstumskurs zurück zu kämpfen. Gleichzeitig ist es notwendig der alten Klientelpolitik ein Ende zu bereiten. Diese Aufgabe kann nur SYRIZA leisten, da sie nicht mit dem alten verrotteten oligarchischen System verbunden ist. Zurecht betont in der ZEIT Kostas Vaxevanis¹: „Griechenland braucht eine Regierung, die parallel zum Sparprogramm auch Reformen verabschiedet, welche für mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit sorgen: Gesetze gegen Korruption und Vetternwirtschaft. Die alten Regierungsparteien aber trauen sich nicht einmal, dies zu versprechen, geschweige denn: umzusetzen.“

Anmerkung

¹ Kostas Vaxevanis ist Herausgeber und Chefredakteur des griechischen Investigativ-Magazins Hotdoc, das auch im Ausland bekannt wurde durch die Veröffentlichung der sogenannten Lagarde-Liste mit mehr als 2 000 griechischen Steuersündern. Der Journalist selbst wurde daraufhin wegen Veröffentlichung sensibler Personendaten angeklagt, später aber freigesprochen.

Nicht Tsipras – die Linke erhält eine zweite Chance

Von Dominic Heilig und Luise Neuhaus-Wartenberg,
Sprecher des FDS der LINKEN; aus: Neues Deutschland,
22. September 2015

Es war eine Klatsche für Demoskopen und Regierungspolitiker/-innen der europäischen Zentren gleichermaßen. Aus dem prognostizierten „Kopf-an-Kopf“-Rennen zwischen dem Linksbündnis SYRIZA und der mit der alten Oligarchie eng verwobenen konservativen Nea Dimokratia (ND) um die Führung der kommenden griechischen Regierung ist nichts geworden. Das Wahlergebnis des bereits dritten Urnganges in diesem Jahr ist ein Spiegelbild des Wahlergebnisses vom 25. Januar 2015. SYRIZA wurde mit Abstand zur stärksten politischen Kraft im Vouli, der hellenischen Nationalversammlung. 35,5 Prozent der zur Wahl mobilisierten Stimmberechtigten votierten für Alexis Tsipras und seine Linkspartei. Erneut erhielt die griechische Linke die meisten Stimmen unter den Jungwähler/-innen des Landes. Auf Platz zwei folgt der Linken wie schon im Januar die konservative Nea Dimokratia, mit nur knapp über 28 Prozent der Stimmen.

Nur die Wenigsten in Europa, auch in der Europäischen Linken, haben mit diesem deutlichen Ergebnis für SYRIZA gerechnet, wenngleich nicht übersehen werden darf, dass die Linkspartei gegenüber dem Januar-Resultat rund 300 000 Stimmen einbüßen musste. Der Großteil dieser absoluten Stimmenverluste ist der um knapp acht Prozent gesunkenen Wahlbeteiligung geschuldet.

Stimmengewirr in Europa

Die vielfältigen Stimmlagen der Gratulationen Richtung Athen sind aber nicht nur dem überraschenden Wahlergebnis von Alexis Tsipras geschuldet, sondern schlicht der Tatsache, dass die Linke es allen zum Trotz wieder gepackt hat. In den Kanon der diplomatischen Noten mischt sich daher allerlei Verlogenheit – am deutlichsten erkennbar in den Twitterperlen des Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz (SPD). Dieser hatte in den vergangenen acht Monaten nicht nur keinen Hehl aus seiner Abneigung gegen die erste linksgeführte Regierung in der Geschichte der Europäischen Union gemacht. Er hat diese auch aktiv durch persönliche und institutionelle Interventionen bekämpft.

Doch auch in der Europäischen Linken sind die Stimm-(ungs)lagen höchst unterschiedlich. Auch in unserer Partei, der Partei DIE LINKE. Manch öffentlicher Kommentar zum Wahlausgang in Griechenland liest sich, als sei am vergangenen Sonntag das Schlimmste geschehen, was man den Griech/-innen nur wünschen konnte. Wir reiben uns die Augen, trauen unseren Ohren nicht.

Einige Wortmeldungen von Genoss/-innen ließen gar, satirisch kommentiert, den Schluss zu, mit einem Wahlsieg der konservativen Nea Dimokratia sähe die Zukunft der Griech/-innen nur halb so schwarz aus.

Und so beginnt (erneut) ein Mechanismus zu wirken, der bereits nach dem Wahlerfolg unserer griechischen Schwesterpartei in der LINKEN zu beobachten war. Dieser zeichnet sich durch eine überbordende und wenig hilfreiche, nennen wir es „Empathie“ aus. So werden aktuell Einschätzungen zu



der Frage, ob SYRIZA denn überhaupt noch lebensfähig sei, hin und her gewälzt. Ob die Partei nicht bereits Erosionsprozessen unterworfen sei, also faktisch nur noch ein „Ein-Mann-Wahlverein“ sei, der keinerlei Verbindung mehr zur Bevölkerung des Landes habe, wird gefragt. Stellen mag sie zwar niemand, doch schließt sich an diese Frage unweigerlich die nächste an: Ist der griechische Wähler, ist die griechische Wählerin also in der späten Septembersonne auf ein Trugbild hereingefallen?

Parallel dazu ist in Teilen der deutschen LINKEN seit spätestens Montag eine Debatte über die Frage vom Zaun gebrochen worden, ob es denn richtig war, sich auch bei diesem dritten Wahlgang mit unserer EL-Schwesterpartei, immerhin einer Gründungspartei der Europäischen Linken (EL), zu solidarisieren und deren Spitzenkandidaten Alexis Tsipras zu unterstützen, der noch vor einem Jahr unser aller Held und unser aller Kandidat für die Wahl des Europäischen Kommissionspräsidenten war. Der Chef der Bundestagsfraktion, Gregor Gysi wird mancherorts nun dafür kritisiert, dass er gemeinsam mit Pierre Laurent (Vorsitzender der EL, PCF) und Pablo Iglesias (PODEMOS) auf der SYRIZA-Wahlkampfabschlusskundgebung in Athen zur Wahl des Linksbündnisses aufrief.

Erklärungen von links erblicken das Licht eines nur vermeintlich progressiven politischen Diskurses, die entweder einen Wahlsieg der SYRIZA-Abspaltung „Linke Volksunion“ (LAE) sehen wollten – wäre der „Wahlkampf nur noch zwei Wochen länger gelaufen“ – oder chauvinistisch-deutsch den griechischen Wählern einen schwerwiegenden Fehler vorwerfen. Prompt kommen Forderungen auf die Tagesordnung, die Kontakte zu LAE auszubauen, ohne mit den Genoss/-innen von SYRIZA und LAE darüber auch nur ein Wort gewechselt zu haben. Pappkameraden sind geschnitzt, hier die guten, dort die schlechten Linken.

Andere Partei-Stimmen fordern, den „Plan B“ des Politikers der französischen Parti de Gauche, Jean-Luc Mélenchon, auf die Tagesordnung der Europäischen wie deutschen Linken zu heben, schließlich besäße dieser den Segen namhafter Genossen, unter ihnen die Ex-Finanzminister Varoufakis und Lafontaine. Gemeinhin wird dieser Plan B als linker Grexit oder besser, als linker Euxit verstanden. Das ursprüngliche Papier lässt eine solche Interpretation nur schwer zu. Varoufakis hat zwar am Start der Debatte zu dem B-Papier teilgenommen, gilt selbst aber nicht als Verfechter eines Grexit. Was also Inhalt und Ziel dieser B-Debatte sein sollen, die derzeit recht unbestimmt daher kommt, ist individuellen Interpretationen überlassen.

Wieder andere in unserer Partei lasten die auf einen dramatischen Tiefststand gefallene Wahlbeteiligung allein unserer griechischen Schwesterpartei an. Ihnen ist der Blick in ostdeutsche Bundesländer an Landtagswahlsonntagen augenscheinlich zu weit. Oder fällt nur uns auf, dass auch dort – aus dem Gefühl heraus kaum etwas mit einer Wahlentscheidung entscheiden zu können – ebenso wenige Menschen wie in Griechenland in die Wahlkabine treten? Sind es nur wir, denen auffällt, dass dieselben Mechanismen und Politiker/-innen dafür in Griechenland wie z. B. in Sachsen-Anhalt verantwortlich sind?

DIE LINKE in der strategischen Falle

Die unübersehbare Lust von Teilen unserer Partei, Noten und Ratschläge zu erteilen, es immer schon besser gewusst

zu haben, bricht sich seit dem ersten Wahlerfolg unserer griechischen Genoss/-innen im Januar immer wieder Bahn. Seit dem Juli diesen Jahres ist zudem in manchen Teilen eine zunehmende Entsolidarisierung Richtung Athen zu beobachten gewesen. Schnell war es vorüber mit der eigentümlichen und doch irgendwie sympathischen Tatsache, dass auch Linke in der Lage sind, einmal für und nicht nur gegen eine Regierung auf die Straßen zu gehen.

Die Entsolidarisierung mit SYRIZA, die seit dem vergangenen Sonntag noch offener zutage tritt, kündigte sich schon in dem rauschenden Schweigen vieler Linker vor den nun abgehaltenen vorgezogenen Neuwahlen an. Diesem Schweigen verschrieben sich freilich nicht alle in unserer Partei. Viele haben für die Wahl von Alexis Tsipras und SYRIZA geworben, erneut ihre Solidarität bekundet. Die Euphorie der Anfangswochen im Frühjahr 2015 war aber trotz alledem längst verflogen. Wer aber ernsthaft glaubte, eine Linksregierung wäre in der Lage, es mit allen anderen in der Eurogruppe gleichzeitig aufzunehmen, der irrte bereits im Frühling.

Von den meisten Solidaritätserklärungen für unsere Schwesterpartei in Griechenland blieb irgendwann nur ein müdes Abarbeiten an vermeintlichen oder tatsächlichen Fehlleistungen der Athener Regierung. Mit zunehmenden Abstand wurde dieses von wenigen auch in Worte wie „Verrat“ oder „Betrug“ gekleidet.

Nun, nach dem 20. September wird diese Art der „Debatte“ – wie oben beschrieben – beinahe unverändert fortgesetzt. Schlussfolgerungen aus den vergangenen acht Monaten für die Europäische Linke und die deutsche LINKE werden in unserer Partei leider von (noch) zu wenigen gezogen. Mehr noch: Das Abarbeiten an SYRIZA dient letztlich vielen als Folie für eine rein deutsche, sprich: innerparteiliche Auseinandersetzung. Debatten über unsere eigenen Fehleinschätzungen werden hingegen nicht geführt. Alexis Tsipras und SYRIZA werden so unfreiwillig und schuldlos für eine innerparteiliche Debatte über die Frage „Wie hältst du es mit dem Regieren?“ missbraucht. Hinreichende Unterscheidungen zwischen den Realitäten in Berlin und Athen werden nicht gemacht. Damit aber – sollte dieser Zustand sich bei uns verfestigen – manövriert sich DIE LINKE in eine strategische Falle.

Aktuell wird wieder über eine Auflösung der europäischen Gemeinschaftswährung fabuliert – beginnend mit Griechenland – und dabei ignoriert, dass die griechischen Wähler/-innen zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit eine Rückkehr zur Drachme deutlich abgelehnt haben. Und es war erneut die griechische Jugend, die sich auf dem Syntagma und damit eben politisch positionierte und für eine europäische Zukunft skandierte.

Anstatt über die Folgen der Spaltung der Linken in Griechenland und womöglich im Nachgang in der Europäischen Linken nachzudenken und alle Kraft darauf zu verwenden, diese (europäisch) aufzuhalten oder gar (griechisch) umzukehren, wird ein sogenannter Plan B auf den Schild gehoben, ohne je einen Plan A authentisch angegangen zu sein. Dieser A-Plan hätte darin bestehen müssen, die Europäische Linke aus ihrer Passivität, aus ihrer „Zuschauersolidarität“ zu führen und die Inhalte auf die Tagesordnung zu setzen, die SYRIZA bereits im Januar benannt hatte: Die Demokratisierung und damit die Umgestaltung der Europas. Oder um es mit den Worten der deutschen LINKEN zu sagen: Auftreten statt Austreten!



Wenn in den vergangen acht Monaten deutlich geworden ist, dass eine Linksregierung noch keinen „europäischen roten Frühling“ macht, wäre es dann nicht spätestens jetzt an der Zeit darüber nachzudenken und Strategien zu entwickeln, wie es zu zwei, drei vielen Linksregierungen kommen kann? Was folgt aus der richtigen Forderung, die Regierung Merkel abzulösen, eigentlich konkret? Und warum drückt sich DIE LINKE darum, diese Frage zu bearbeiten, was Voraussetzung für die Umsetzung der Forderung wäre?

Nach dem Wahlerfolg von SYRIZA, der mit vielen Schmerzen und auch Verlusten errungen wurde, formulierten wir: „Wir verbinden mit dem heutigen Ergebnis die Hoffnung, dass die Linke in Griechenland und in Europa wieder zusammen findet und gemeinsam den Kampf für Demokratie und soziale Gerechtigkeit aufnimmt.“

Plan EL

Aus unserer Sicht ist es notwendig sich nun daran zu machen, einen Plan E (für Europa) und einen Plan L (für die Linke) – zusammen EL – zu entwickeln. Denn deutlich ist doch am vergangenen Sonntag einmal mehr geworden:

Die Spaltung der Linken schwächt diese nur. Die Sammlungsbewegungen der politischen Linken im vergangenen Jahrzehnt europaweit waren die richtige Antwort darauf. Wir bedauern, dass es (vorerst) nicht gelungen ist, das linke Sammlungsprojekt SYRIZA zusammenzuhalten und dass nun namhafte und wichtige Personen, die sich in LAE oder anderen Gruppierungen organisiert haben, den Diskurs innerhalb von SYRIZA und dem griechischen Parlament nicht mehr bereichern können. Wir bleiben aber gleichzeitig davon überzeugt, dass SYRIZA weiter für die Bürger/-innen in Griechenland und Europa kämpfen und linke Politik machen wird. Für uns gibt es daher auch keinen Grund, die Spaltung der griechischen Partei nun zum Ausgangspunkt einer Aufspaltung der Linken in Europa und eines überflüssigen Streits innerhalb unserer eigenen Partei zu machen. Wir als Linkspartei in Europa sollten uns im Gegenteil für das weitere Zusammenwachsen der Linken einsetzen und Ideen für die weitere Evolution der Linken (Plan L) sammeln und auf die Tagesordnung setzen.

Wir als DIE LINKE sollten uns für einen neuen, alternativen europäischen Diskurs zur Umgestaltung der europäischen Gemeinschaft (Plan E), gerade auch angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation stark machen, anstatt uns aus diesem heraus zu katapultieren.

Nicht Alexis Tsipras hat also eine zweite Chance bekommen, sondern die Linke in Europa. Die nächsten Haltestellen auf diesem Weg kündigen sich bereits an. Sie liegen in Lissabon und Madrid und im kommenden Jahr auch in den Wahlkämpfen unserer Partei.

Europäische Union

Den Weg aus dem nationalen Hamsterrad finden

Interview mit Gabi Zimmer, Vorsitzende der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament, über linke EU-Politik und Vielfalt als Form der Stärke; aus: Neues Deutschland, 3. Juni 2015

● Am Wochenende findet in Bielefeld der LINKE-Parteitag statt. Erwarten Sie, dass das Thema Europa eine Rolle spielen wird?

Ja, ich erwarte es. Es geht gar nicht anders. Ein Parteitag von Linken muss sich in dieser Zeit, in der es in Griechenland und in Europa um alles geht, mit der Frage befassen, wie konkret für eine andere Politik der EU mobilisiert werden kann. Sonst verfehlt er das Ziel.

● In den ersten Entwürfen der Tagesordnung tauchte die LINKE-Delegation im EU-Parlament nicht auf. Eigentlich sollten die Abgeordneten auf Parteitag doch über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen?

Aus meiner Sicht ist das Bestandteil der Satzung.

● Wird die Arbeit der Abgeordneten von Berlin ignoriert oder ist die Bedeutung von Europa für die nationale Politik einfach noch nicht klar genug?

Es fehlt uns noch immer ein durchgängiges Bewusstsein für die europäische Dimension linker Politik. Wir halten angesichts der Dramen in Griechenland, in der Ukraine, im Mittelmeer den Atem an. Wir wenden uns dann aber wieder unseren Alltagsproblemen zu, weil wir uns zum Teil ohnmächtig fühlen. Dabei müssten wir uns unbedingt verständigen, wie wir in unseren Ländern mobilisieren, um aus dem nationalen Hamsterrad herauszukommen. Nationale und europäische Kämpfe müssen wir verknüpfen. Wir müssen umdenken. Ein solcher Bewusstseinswandel braucht Zeit, die wir allerdings nicht haben.

● Liegt das auch daran, dass nur selten etwas von Erfolgen der Linksfraktion im Europaparlament zu hören ist?

Die Linken im Europaparlament arbeiten anders und haben ein anderes politisches Umfeld als in den nationalen Parlamenten. Ein Großteil der Zeit und der Kraft, die wir investieren, geht in direkte Verhandlungen mit EU-Kommission und Rat. Viele Parlamentarier in Landtagen und im Bundestag können sich vermutlich nicht vorstellen, dass es in Brüssel nicht nur um parlamentarische Mehrheiten geht. Ein Gesetz ist erst durch, wenn gleichzeitig die Verhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission abgeschlossen sind. Schließlich sind im Europaparlament auch Abgeordnete aus 28 Ländern beteiligt. Da mag dann manchem von außen Einiges wiederum bürokratisch und formal erscheinen.

● Die letzten Personalentscheidungen in der Linksfraktion wurden erst vor wenigen Wochen getroffen – ein Jahr nach der Wahl. Warum dauert der Selbstfindungsprozess der Fraktion so lange?

Schon innerhalb der Fraktion geht es um die Suche nach dem Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Par-



teien. Wir sind das einzige linke europäische Projekt mit einer solchen Spannweite von Beteiligten. Alle müssen gleichermaßen akzeptiert werden und haben das Recht, ihre eigenen Positionen zu vertreten. Bei uns gibt es nicht das Recht des Stärkeren. Andererseits wollen wir aber möglichst als linke Stimme im Europaparlament deutlich wahrgenommen werden.

● **Gerade bei Abstimmungen werden aber oft Differenzen ersichtlich.**

Viele sehen nur, dass wir unterschiedlich abstimmen. Für manche ist das eine Schwäche, ich sage eher, es ist eine Form der Stärke. Schließlich gibt es auch für Linke nicht nur eine Wahrheit. Wichtig ist, dass wir in den entscheidenden Positionen übereinstimmend handeln. In der Fraktion hat sich in den letzten Monaten vieles an Gemeinsamkeiten entwickelt. Schließlich sind wir vor einem Jahr mit vielen neuen Abgeordneten gestartet, auch mit Parteien, die erstmals überhaupt in ein Parlament gekommen sind. Das Verständnis füreinander wächst. Und die Bereitschaft sich zuzuhören ebenfalls.

● **Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzt sich die Fraktion?**

Zum einen sind das TTIP und die Auseinandersetzung mit Freihandelsabkommen insgesamt, nicht nur mit dem geplanten Abkommen EU – USA. Zum anderen ist es die Migrationsproblematik. Die Fraktion hat dazu einen Zehn-Punkte-Vorschlag, alternativ zu dem, was Kommission und Rat auf den Tisch gelegt haben, vorgelegt. Und wir fordern einen neuen strategischen Ansatz, die Nachbarschaftsbeziehungen der EU sowohl zu den südlichen als auch den östlichen Staaten auf eine neue Basis zu stellen. Überhaupt keinen Zweifel gibt es in unserer gemeinsamen Haltung als Fraktion zur sogenannten Austeritätspolitik. Angesichts des ungeheuerlichen Umgangs mit den Existenznöten vieler Menschen in Südeuropa, insbesondere in Griechenland, Spanien oder Portugal, fordern wir ein sofortiges Ende der brutalen Kürzungen der öffentlichen Haushalte. Bei mehr als 24 Millionen Arbeitslosen in der EU wollen wir über gezielte Investitionen eine nachhaltige soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung als solidarisches Projekt der EU und ihrer Mitgliedstaaten durchsetzen.

Auftreten für einen Neustart

Beschluss der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 22. September 2015; aus: www.linksfraktion.de

Der Fall Griechenlands, die durch die Euro-Finanzgruppe oktroyierte Austeritätspolitik und die erfolgreiche Erpressung der griechischen Regierung unter Ministerpräsident Tsipras zur Umsetzung neoliberaler Programme u.a. durch die deutsche und andere Regierungen sowie die Europäische Zentralbank (EZB) hat Diskussionen ausgelöst. Dabei geht es u. a. um solche Fragen: Unter welchen Umständen können Regierungen in den Euro-Ländern zukünftig den demokratisch geäußerten Willen ihrer Bevölkerungen zum Beispiel zur Beendigung von Kürzungs- und Privatisierungspolitik durchsetzen? Müsste eine Regierung notfalls dann den Euro-Rausschmiss durch die EZB, die dabei offensichtlich ihre Kompetenzen überschritte, in Kauf nehmen und mit einem

„Plan-B“ darauf vorbereitet sein? Welche institutionellen Möglichkeiten bestehen oder könnten innerhalb der EU geschaffen werden, damit dann Notwehrmaßnahmen in dem betroffenen Land möglich sind? Welche Vor- und Nachteile, welche Chancen und Risiken wären für die dortige Bevölkerung damit verbunden?

Eine solche Diskussion wird bereits in Deutschland und Europa von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, von Politikerinnen und Politikern geführt. Es gibt sie auch in der Linken. Grundlage der Diskussion für DIE LINKE ist die beschlossene Programmatik, wie zum Beispiel das Bundestagswahlprogramm 2013.

Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht für ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Austerität, der Kürzungspolitik, beendet wird.

Es geht bei diesen Debatten deshalb auch nicht um einen Austritt aus der EU. Für Fraktion und Partei muss selbstverständlich bleiben: Ein Gründungszweck der EU und ihrer Vorläufer war und ist die Schaffung einer Friedensordnung zwischen ihren Mitgliedsländern. Das sollte durch den strukturell erzwungenen Ausgleich der jeweiligen nationalen Interessen und insbesondere die Einhegung Deutschlands und seines bis dahin einzigartig aggressiven Nationalismus erreicht werden. Dieser Gründungszweck hat sich für die Mitgliedstaaten der EU bis heute erfüllt, und es ist gewiss nicht die Aufgabe von Linken, ihn, auf welche Weise auch immer, in Frage zu stellen oder gar aufs Spiel zu setzen – auch dann nicht, wenn die EU ihrem Wesen nach eine kapitalistische Veranstaltung ist. Deshalb ist es unsere Aufgabe die Fliehkräfte der europäischen Einigung zu bekämpfen, die dadurch entstehen, dass bestehende EU-Verträge und -Institutionen einen zügellosen Kapitalismus fördern. Folgende Passage aus dem „Memorandum für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Union“ der Fraktion DIE LINKE im Bundestag aus dem Jahr 2007 ist für uns daher auch heute noch aktuell:

„Die Europäische Union der Bürgerinnen und Bürger darf keine technokratischen Verfahren zur Umgehung des Mehrheitswillens hinnehmen. Sie braucht einen konsequenten Neuanfang, sie muss die neoliberale Fehlentwicklung stoppen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten zurück zu gewinnen.“

Für Deutschland bedeutet die Mitgliedschaft in der EU zweierlei: Einerseits ist sie für die Bundesregierung Mittel zum Zweck, der EU bzw. deren Mitgliedstaaten ihren wirtschaftlichen, politischen und sozialpolitischen Stempel aufzudrücken, ihre ökonomische Vormachtstellung innerhalb und außerhalb der EU abzusichern und auszuweiten, ihrer ökonomischen Macht international größeres politisches Gewicht zu verleihen und bei den ganz Großen politisch mitzuspielen. Die immense wirtschaftliche Stärke Deutschlands seit Einführung des Euros ist vor allem Resultat einer unfairen Wirtschaftspolitik gegenüber den anderen Europartnern. In Deutschland wurde eine Politik des Lohndumpings und der Schwächung der Binnennachfrage betrieben. So konnte eine bisweilen einmalige hegemoniale Stellung auf dem Kontinent durchgesetzt werden. Dies war erst möglich durch die Einführung des Euros. So ist Deutschland zum Hauptprofiteur einer – vorgeblich – auf Solidarität basierenden Union geworden. Deutschlands Gewinne aus dem Welthandel stei-



gen seit Jahren, auch wenn zur gleichen Zeit der EU-Handel Einbußen erfährt. Das hat allerdings zur Folge, dass sich zunehmend eine Dominanz der ökonomischen Macht Deutschlands innerhalb Europas herausbildet und entsprechende Krisen hervorruft.

Andererseits bedeutet die Mitgliedschaft in EU und Währungsunion für Deutschland auch Rücksichtnahme und Beschränkungen bei der Durchsetzung der eigenen Interessen, relativiert also die umstandslose Umsetzung des hegemonialen Anspruchs. Diesen Widerspruch versucht die Bundesregierung durch Verträge, Verrechtlichungen und Institutionalisierungen zu überwinden, die die Politiken der EU bzw. der Währungsunion letztlich auf einen von ihr politisch und ökonomisch gewünschten Kurs festschreiben, zumindest jedoch die Verwirklichung alternativer Handlungsoptionen erschweren sollen.

Die EU als Ganzes tritt der Bevölkerung immer mehr als undurchschaubar, undemokratisch, zuweilen autoritär und repressiv, unsozial, zutiefst neoliberal und austeritätsfixiert gegenüber. Im Extremfall schreckt sie nicht davor zurück, Bevölkerungsgruppen und Mitgliedstaaten an den Rand des Elends zu bringen, sie bewirkt Einkommenskürzungen, ermöglicht Sozialdumping und zerstört Sozialstaatlichkeit. Allerdings verfügt sie offenkundig nach wie vor über ein ihrer sozialen und politischen Realität nicht entsprechendes, außergewöhnliches Attraktivitätspotenzial sowohl innerhalb der eigenen Bevölkerung als auch bei Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern. Assoziierungs- und Beitrittswünsche, Einwanderungsabsichten, Fluchtbewegungen etc. machen dies deutlich.

Nach außen agiert die EU ökonomisch expansiv und aggressiv, politisch oft indifferent, letztlich aber immer an den USA orientiert, und militärisch zunehmend aktiver (allerdings noch weit entfernt vom Aggressionsniveau der USA oder Russlands, wenn auch deutlich über dem Chinas).

Gewiss, angesichts der derzeitigen Lage dieses imperialen Gebildes, die sozial und politisch verheerend und zudem im Sinne fortschrittlicher Veränderungen aussichtslos erscheint, die im Angesicht der Macht, der Institutionalisierungen und der rechtlichen Verfasstheit die Hoffnung auf Reformierbarkeit der EU im emanzipatorischen Sinne abwegig erscheinen lässt, kann man auf den Gedanken kommen, nicht mehr mitzumachen, einfach auszusteigen und, ja und was dann ...

Generell bedeutete eine Auflösung der EU einen Rückfall in die europäische Nationalstaatlichkeit des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, was einem historischen Rückschritt gleichkäme, den (mit)herbeizuführen – mit allen seinen absehbaren und unabsehbaren Konsequenzen gegen Frieden, Wohlstand, soziale Sicherheit und Politik – keine Option für Linke sein darf.

Aufgaben der Linken

Statt für den Austritt Deutschlands aus der Gemeinschaftswährung und/oder der EU oder für ihre Auflösung zu kämpfen, ist es Aufgabe der linken Kräfte, in der gesamten Bevölkerung der Union Mehrheiten für eine andere Politik der EU zu gewinnen – ähnlich wie das heute bisher nur in Griechenland der Fall ist.

Zentral muss es dabei vor allem darum gehen, die unfaire deutsche Wirtschaftspolitik zu beenden. Das Lohndumping und die Prekarisierung in Gestalt von Leiharbeit, Befristun-

gen, Werkverträgen und Minijobs müssen gestoppt werden. Dazu gehört, dass die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands durch Stärkung der eigenen Binnennachfrage abgebaut werden. Nur so kann die Verschuldung des Auslands, v. a. der Euroländer, bekämpft werden.

Die Einführung des Euro haben wir 1998 scharf kritisiert, weil es bei höchst unterschiedlichen Ökonomien von Sozialleistungen bis zu Steuern keine abgesprochenen Standards gab. Die Integration eines Kontinents nur über eine Währung musste schon deshalb zu Krisen führen, weil die billigsten und niedrigsten Standards sich durchsetzen konnten.

Deutschland hat mit der Agenda 2010 ein gnadenloses Lohndumping gegen die anderen Euroländer eingeleitet. Unter den Rahmenbedingungen des Euro hat die deutsche Politik – wie von uns befürchtet – mehr zur Spaltung als zur Einheit Europas beigetragen.

Das Erfurter Parteiprogramm bleibt aktuell: „Die Eurokrise hat einen weiteren Beleg dafür erbracht, dass die EU-Verträge nicht für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa taugen, sondern ganz im Gegenteil zur Verschärfung der Krise beitragen.“

Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Wir setzen uns deshalb weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in einem Referendum abstimmen können.

Wir wollen nicht weniger als einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäischen Union, der die europäische Integration im Interesse der großen Mehrheit der Menschen auf ein neues Fundament stellt.

Wir wollen eine Europäische Union, die Demokratie und nationalstaatliche Souveränität nicht den Finanzmärkten opfert. Wir weisen alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationalstaatliche Haushalte, zurück.“

Es geht für die Linke in Europa darum, vernehmbarer für einen „Neustart der EU“ aufzutreten! Wir dürfen uns nicht wegducken, sondern müssen verändern. Dazu gehört hier und in allen Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene gegen die neoliberalen Hardliner in den Regierungen zu kämpfen. Dies heißt für die deutsche Linke vor allem Kampf gegen Lohndumping und Prekarisierung hierzulande. Die Kampagne der Partei „Das muss drin sein“ muss der zentrale Orientierungspunkt für uns, auch für die Bundestagsfraktion sein. Wer für Europa kämpft, muss gerade als deutsche Linke zu allererst gegen die hegemoniale Rolle des eigenen Landes kämpfen. Das ist unsere historische Verantwortung!

Darüber hinaus muss es darum gehen, sich europaweit endlich zu koordinierten Kampagnen und Aktionen bereit zu finden, die EU-weite Kooperation der Linken deutlich zu intensivieren und so an der Schaffung einer europäischen (Gegen)Öffentlichkeit zu arbeiten. Gemeinsame Ziele und Gegenstände solcher Kampagnen könnten und sollten dabei sein:

- die Demokratisierung der EU, die das einzig demokratisch legitimierte EU-Gremium, das Europaparlament, mit vollen parlamentarischen Rechten ausstatten muss
- die Zulassung von europäischen Bürgerentscheiden (auch über EU-Vertragsgrundlagen)
- europaweite Debatten über die soziale Frage



- die praktische Untersetzung der internationalen Solidarität
- die Werbung für einen anderen Kurs, den eines sozial-ökologischen „Marshallplans“ für ein Europa der Vollbeschäftigung, des Ausbaus öffentlicher Infrastrukturen und demokratischer Mitwirkungsrechte unter Nutzung bestehender und zu schaffender Finanzierungsmöglichkeiten durch die EZB.

Dabei wird es unerlässlich sein, nicht nur Bündnisse mit anderen antikapitalistischen Gruppen einzugehen, sondern auch mit Gewerkschaften und allen anderen Menschen und ihren Organisationen, die sich im Sinne einer fortschrittlichen Politik für einen echten Politikwechsel einsetzen, zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Ziele und Aktionsmöglichkeiten zu schaffen. Hinter denen sollten sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sammeln und gemeinsam an einer neuen Idee von Europa arbeiten, um längst überfällige Reformen der europäischen Strukturen durchzusetzen. Wie so etwas gehen könnte, zeigt aktuell die Anti-TTIP-Kampagne. Dazu ist eine Neuorganisation der Solidarität im Rahmen von Europäischem Parlament, Europäischer Linker sowie der außerparlamentarischen Bewegungen unabdingbar.

Abschließend sei an das Gründungsmanifest der Europäischen Linken erinnert:

„Für uns ist Europa in der internationalen Politik ein Raum für das Wiedererstehen des Kampfes um eine andere Gesellschaft. Ihre Ziele sind Frieden und die Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse. ... Aus diesem Grunde werden die Europäische Union und darüber hinaus der ganze europäische Kontinent ... zunehmend zu einem wichtigen Raum für alternative Politik.“

Dem entspricht auch unser Wahlprogramm. Auch dort ist an keiner Stelle vom Austritt oder von der Auflösung der EU die Rede. Im Gegenteil heißt es dort:

„DIE LINKE steht für einen Neustart der Europäischen Union. Gemeinsam mit anderen linken Parteien steht DIE LINKE für einen Politikwechsel in Europa: Für eine andere, eine bessere EU. ...“

Daran gilt es verstärkt zu arbeiten!

Russland / Ukraine

Gedanken zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

Von Wolfgang Grabowski, ehemaliger Leiter des Büros Moskau der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Wer hätte nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus im blutigsten Krieg aller Zeiten vor 70 Jahren glauben können, dass der Kampf gegen Krieg und Faschismus wieder derart zugespitzt im Mittelpunkt gesellschaftlicher und internationaler Auseinandersetzungen steht? Angesichts dramatisch wachsender Unterschiede zwischen Arm und Reich, zunehmender Krisenerfahrungen und sozialer Verunsicherung bis weit in den Mittelstand hinein haben Faschismus und Rassismus in Deutschland und in anderen europäischen Staaten bedrohlichen Zulauf. Der Staatsstreich in der Ukraine, die Einsetzung einer prowestlichen, Pro-NATO-Regierung wurde maßgeblich durch die Einbindung rechtsradikaler, profaschistischer Kräfte möglich. Diese waren der Stoßtrupp, der den berechtigten, friedlichen Maidan-Protest in einen gewalttätigen Maidan verwandelte und den Umsturz herbeiführte, den der Westen, vor allem die USA und die NATO schon seit langem betrieben. Eine neutrale Ukraine wollte man verhindern, sie von Russland fern halten (Brzezinski), zu einem Puffer gegen Russland (und auch gegen Deutschland) aufbauen (George Freedman von Stratfor in einem Artikel vom 6. Mai 2014). Auch die Regierenden der Bundesrepublik haben sich eingemischt und sich nicht von den Extremisten des Rechten Sektors distanziert. Geschichtsfälschung kann in Deutschland unwidersprochen betrieben werden, wie die tolerante Haltung zu den Aussagen des ukrainischen Premierministers Jazenjuk in Berlin belegt.

Russophobie wird nicht erst seit der Ukraine-Krise betrieben. Sie wird systematisch von den Leitmedien und vielen Politikern in Deutschland praktiziert. Das Land, dessen Völker den entscheidenden Beitrag zur Überwindung des deutschen faschistischen Regimes geleistet und die meisten Opfer zu beklagen haben, wird wieder als Feind hingestellt. In der deutschen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg spielen die sowjetischen Opfer und Leistungen noch immer eine marginale Rolle. Das Bild über die „Russen“ bleibt zumeist negativ besetzt. Erst nach jahrelangen Debatten und permanentem Druck der LINKEN wurden endlich Entschädigungen für die noch lebenden sowjetischen Kriegsgefangenen beschlossen. Inzwischen sind jedoch von den geschätzten 5 bis 6 Millionen nur noch etwa 4 000 am Leben. Unsäglich die Bundestagsdebatte nach antirussischer Resolutionsvorlage des damaligen „Russlandbeauftragten“ der Bundesregierung Schockenhoff. Andersdenkende werden ausgebremst und diffamiert, wie der Umgang mit dem Appell der 62 Prominenten von Roman Herzog, Ernst-Ulrich von Weizsäcker über Antje Vollmer und Horst Teltschik bis zu Friedrich Schorlemmer vom Dezember 2014 zeigt, der ein reales Stimmungsbild einer beachtlichen Mehrheit der Deutschen aus allen Bevölkerungsschichten widerspiegelte.

Natürlich sind die Gründe für ein solches Vorgehen nicht in tatsächlichen oder vorgeblichen Demokratiedefiziten in



Russland und bei Putin zu suchen. Der wahre Grund besteht darin, dass man nicht akzeptieren will, dass Russland seit Putin seine eigenen Interessen vertritt, nicht untergeordnet, sondern gleichberechtigt sein will, dass Einmischungsversuche zurückgewiesen werden. Eine große Mehrheit der Bevölkerung in Russland unterstützt diesen Nach-Jelzin-Kurs, wie auch aktuelle Umfragen trotz der durch Erdölpreisverfall und westliche Sanktionen bewirkten Probleme unter Beweis stellen (86% nach aktueller Umfrage des Kreml-fernen Lewada-Instituts). Die „Prowestler“ werden regelmäßig abgewählt. Russland hat mit spektakulären Aktionen in den letzten Jahren Furore gemacht. Die Initiative zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen hat faktisch einen großen Krieg der USA in der Region verhindert, das Image Russlands dort gestärkt. Die Asylgewährung für Snowden, dessen Enthüllungen die westliche Welt erschüttert haben, brachte Russland weltweite Anerkennung. Ebenso die Olympischen Spiele in Sotschi, die Putin in Russland und darüber hinaus Zuspruch gebracht haben. Die Wiedereingliederung der Krim hat Putins Rating in Russland stark steigen lassen. Der Frust im Westen über das selbstbewusste Auftreten Russlands sitzt tief.

Im Zusammenhang mit dem „2+4“-Vertrag hatte man Russland mit Handschlag (Baker-Schewarnadse) zugesichert, dass es keine Ostausdehnung der NATO geben werde. Auch Genscher versprach das und der damalige NATO-Generalsekretär Wörner. Das Versprechen wurde gebrochen. Die Charta von Paris über eine neue Weltordnung wurde ignoriert. Die Sowjetunion und danach Russland wurden über den Tisch gezogen. Man wähnte sich in einer lange währenden Ära westlicher Überlegenheit und Alleinherrschaft. 1997 auf dem Höhepunkt der Schwäche Russlands wird Polen, Tschechien und Ungarn ein NATO-Beitritt angeboten und 1999 vollzogen. 2004 folgen Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien, 2009 Kroatien und Albanien. Alle verbalen Proteste wurden in den Wind geschlagen. Russland versuchte, über Zusammenarbeit in der Wirtschaft, im Kampf gegen den Terrorismus (Angebote Putins an Bush), im Weltraum und bei der nuklearen Abrüstung Konfrontationen zu vermeiden und Kooperation zu erreichen. Der Westen, vor allem die USA antworteten mit dem Krieg gegen Jugoslawien, den Russland mit Premier Primakow verhindern wollte, mit einem Katzenisch im NATO-Russland-Rat, mit der Fortsetzung der „Raketenschild“-Pläne, mit der Osterweiterung der NATO und der EU (Osteuropäische Nachbarschaftspolitik). Der damalige georgische Präsident Saakaschwili begann mit Rückendeckung aus der Bush-Administration (vor allem Vizepräsident Cheney) den Kaukasus-Krieg im August 2008, nachdem der neue russische Präsident Medwedjew gerade einen Vertrag über eine neue Sicherheitsarchitektur von Vancouver bis Wladiwostok (Juni 2008 in Berlin) vorgeschlagen hatte. Russland vertrieb den Aggressor, Südossetien und Abchasien sagten sich endgültig von Georgien los. Der neue US-Präsident Obama bremste zunächst den NATO-Erweiterungsprozess, zumal Merkel und Sarkozy auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 Bush Widerstand geleistet hatten. Die Lage änderte sich, als klar wurde, dass der 2010 zum Präsidenten der Ukraine gewählte Janukowitsch bestrebt war, am neutralen Status des Landes festzuhalten und gute Beziehungen nicht nur mit dem Westen, sondern auch mit Russland anstrebte. Das wollte man natürlich verhindern und nutzte die

weit verbreitete Unzufriedenheit über Misswirtschaft, Korruption und Unfähigkeit der Regierenden zum gewaltsamen Umsturz. Dass man in Moskau den raschen NATO-Beitritt der Ukraine befürchten musste, den Juschtschenko, Timoschenko und Jazenjuk bereits vor dem Kaukasuskrieg betrieben hatten, liegt auf der Hand. Eine NATO- und USA-Basis in Sewastopol wäre für Russland ein Albtraum gewesen. „Die Versuche zur Eindämmung Russlands, die NATO- und EU-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands sind der Kern der Ukraine-Krise (Prof. Mearsheimer). Die Massenproteste auf der Krim und in der Ost- und Südukraine gegen das gewaltsame Vorgehen der neuen Kiewer Machthaber öffneten ein Zeitfenster zur Blockierung der geopolitischen Bestrebungen der USA und der NATO, das in Moskau seit dem Sturz von Janukowitsch zielstrebig genutzt wurde.“

In der Auseinandersetzung um die Ukraine wird im Westen oft behauptet, dass sich Russland in der „Weltgemeinschaft“ isoliert habe. Aber man schaut, wie so oft, nur auf das eigene Revier, wobei auch hier eine differenziertere Betrachtung vernünftig wäre. In Deutschland gibt es nicht wenige „Russlandversther“, auch unter der Politprominenz: Schmidt, Genscher, Schröder, Kohl, Herzog, Platzeck, Lothar de Maizière, Cordes und viele Vertreter der Wirtschaft, Kujat, Teltschik, Vollmer, Stützle, der Völkerrechtler Prof. Merkel oder Schriftsteller und Publizisten wie Ingo Schulz, Daniela Dahn und Gabriele Krone-Schmalz. Selbst in den USA regt sich Widerstand: Kissinger und der ehemalige CIA- und Pentagon-Chef Gates, Wissenschaftler, wie die US-amerikanischen Professoren Mearsheimer und Cohen sind hervorzuheben.

Russland hat sich zu einem Hauptakteur des Aufschwungs des Ostens und des Südens, der BRICS-Staaten und der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) entwickelt. Das Agieren der BRICS und Russlands in der G20 hat deren Stellenwert erhöht und die Positionen des Westens geschwächt. Die BRICS ist zum Anziehungspunkt für andere große Schwellenländer wie Indonesien, Mexiko und Argentinien geworden, insbesondere bei der Ausarbeitung der geplanten Reformen im Weltfinanz- und Weltwirtschaftsgefüge. An der auf dem letzten Gipfel beschlossenen Gründung einer BRICS-Bank kann man im Westen nicht vorbeigehen. China arbeitet so still wie systematisch auf eine Umgestaltung der internationalen Ordnung hin. Internationale Organisationen und diplomatische Foren werden dem wachsenden Gewicht Chinas und anderer großer Schwellenländer angepasst.

„Es ist absehbar, dass das Zeitalter der westlich dominierten internationalen Institutionen zu Ende gehen wird“ (S. Heilmann, Süddeutsche Zeitung, 9.10.2014). Im Entwicklungsbericht der UNO für 2013 wird dargestellt, dass eine epochale Veränderung des wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses in der Welt vonstattengeht. Der westliche Druck auf Russland hat zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit China und Indien geführt. Wladimir Putin besuchte Peking und Delhi. Indien wird Vollmitglied der SOZ. Verstärkt werden in Russland die Bemühungen zur Mobilisierung der eigenen Ressourcen, zur Überwindung der einseitigen Ressourcenwirtschaft. Der relative Machtverlust der USA und Europas (S. Heilmann), die gravierenden Misserfolge in den von den USA angezettelten Kriegen (Kissinger) sind ein wichtiger Hintergrund für die wachsende Aggressivität vor allem der USA.

Auch die führenden Kräfte in der EU und in Deutschland haben maßgeblich zur Ukraine-Krise beigetragen. Man hat



sich auf den gewaltsamen Kurs der USA eingelassen und glaubte wohl, das Heft des Handelns in die Hand zu bekommen. Eine proklamierte neue Verantwortung Deutschlands (Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Münchener Sicherheitskonferenz, Gauck) sollte in der Praxis Anwendung finden. Es war abzusehen, dass die USA aber die Zügel nicht abgeben wollen (Verriss der Ende Februar mit dem gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch ausgehandelten Vereinbarung nur wenige Stunden nach der Unterzeichnung, Durchsetzen „ihrer“ Führungsfiguren wie Jazenjuk, Beschimpfung der „alten Europäer“ durch Nuland oder McCain).

Auch die BRD mischte sich massiv in die inneren Angelegenheiten der Ukraine ein (Westerwelle auf dem Maidan, Klitschko, Timoschenko, sofortige Anerkennung der Putschisten, mediale und Finanzhilfen). Anstatt den von Russland auf der Grundlage der realen Sachlage angebotenen Interessenausgleich aufzunehmen, glaubte man, vitale Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Russlands missachten zu können. Die Kräftelage und die Zerrissenheit der Ukraine wurden falsch eingeschätzt. Die Versuche, mit Konfrontation die Ukraine endgültig aus der Zusammenarbeit mit Russland herauszubrechen, haben Gewalt, Destabilisierung und Verluste (Krim, Aufstand im Osten der Ukraine) und viele Menschenopfer provoziert. Dazu können die USA die EU nun ständig mit der Ukraine-Krise gängeln, die EU im Krisenmodus halten. Und man hat sich unnötige Hindernisse für die Zusammenarbeit mit dem Osten errichtet.

Im Vordergrund steht gegenwärtig vor allem, einen großen Krieg zu blockieren und weitere Menschenopfer in der Ostukraine zu verhindern. Es bleibt zu hoffen, dass der Verhandlungsmarathon in Minsk nicht umsonst war und zunächst die Feuerpause stabil bleibt. Es sind Anstrengungen zu unternehmen, Störfeuer aus Übersee ins Leere laufen zu lassen. Wenn Minsk erreicht hat, dass westeuropäische Politiker, die mit Merkel und Hollande ja maßgeblich zu Minsk beigetragen haben, die akuten Gefahren und die reale Kräftelage, aber auch die Chancen für Auswege unter Beachtung der Interessen aller Betroffenen nun besser erfassen können, dann ist nicht wenig erreicht. Vielleicht können dann auch leichter Schlüsse über Fehleinschätzungen und – handlungen im Westen gezogen werden.

Der Ukraine-Konflikt ist größer als die Ukraine. Es geht um die sicherheitspolitische Architektur im euroatlantischen Raum nach dem Ende des Kalten Krieges. Eine dauerhafte Lösung des Problems verlangt bisher gescheute Konsequenzen. Dazu gehören:

Erstens, der Versuch, Russland aus Europa hinauszudrängen, muss aufgegeben werden. Dauerhafte Sicherheit in und für Europa gibt es nur mit, aber nicht gegen Russland.

Zweitens, das Sicherheitsbedürfnis Russlands ist so legitim und ausgeprägt wie das Deutschlands oder Polens und der Ukraine. Mit der ausdrücklichen Beitrittszusage von 2008 an Georgien und die Ukraine hat die NATO ihre Karten überreizt. Nur eine Sicherheitspartnerschaft mit Russland bietet die Möglichkeit, den neu aufgebrochenen Ordnungskonflikt in Europa friedlich zu lösen.

Drittens, die vollmundigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Ambitionen im Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine müssen abgespeckt und der Freihandels-Deal in Einklang gebracht werden mit den schon bestehenden Verpflichtungen zwischen der Ukraine und Russland.

Viertens, Moskau und Kiew sollten ermutigt werden, ein bilaterales Gewaltverzichtsabkommen auszuhandeln, das alle Kernelemente einer europäischen Friedensordnung neu verbrieft.

Fünftens, die zahlreichen russischen Vorschläge für die Fortentwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur verdienen Prüfung, Diskussion und Bereitschaft zu ernsthaften Verhandlungen“ (Prof Stützle, Freitag, 13.3.2015) Der Kampf um Sicherheit in Europa ist zu intensivieren und sollte zum Markenzeichen linker Friedenspolitik werden.

Ein nachhaltiger Ausweg aus der verfahrenen Lage ist zu nächst am wahrscheinlichsten im Abwägen der wirtschaftlichen Interessen zu finden. Die langwierigen Auseinandersetzungen um Sanktionen der EU deuten darauf hin. Natürlich ist Russland kein Schwergewicht wie China. Lediglich 3 Prozent der deutschen Exporte gehen nach Russland, der Anteil der Importe aus Russland beträgt 4 Prozent. Aber beim Import von Energieträgern sieht es schon anders aus. Das in Deutschland verbrauchte Gas kommt zu rund einem Drittel aus Russland. Gegenwärtig liefert Russland monatlich 12,5 Mrd. Kubikmeter Gas nach Europa, der Gasverbrauch beträgt etwa 45 Mrd. Ein Ausfall russischer Gaslieferungen könnte in Europa für 2 bis 3 Monate durch die Gasspeicher überbrückt werden. Bei längerer Dauer hätte er jedoch erhebliche negative Folgen für die europäischen Volkswirtschaften, aber auch für die Wirtschaft Russlands (Russland- und Wirtschaftsexperte Roland Götz, Russlandanalysen der Bremer Uni, 28.3.14, ehemaliger Mitarbeiter des IPW, Professor an der FU). Gasimporte aus Norwegen, Afrika und dem Nahen Osten ließen sich erhöhen, aber wegen geringer freier Liefer- und Transportkapazitäten nur in begrenztem Umfang. Die Wiederinbetriebnahme von stillgelegten Wärmekraftwerken wäre mit erheblichen Kosten und Widerständen verbunden. Bei einem EU-Embargo wären die europäischen Importeure wegen der über Jahrzehnte laufenden Verträge zur Zahlung verpflichtet (take or pay-Klausel), mit EU-Entschädigungen wäre nicht zu rechnen (Handelsembargos gehören zu den geschäftlichen Risiken). Flüssiggas aus den USA wird erst ab 2020 (50 Mrd. Kubikmeter) und für Europa nur in geringen Mengen zur Verfügung stehen und würde keine Alternative zum russischen Gas sein. Das Nabucco-Projekt ist gescheitert, Turkmenistan und Kasachstan orientieren sich neben Russland zunehmend auf China. Russland hat natürlich kein Interesse daran, dass die guten Erlöse aus dem Gas- und Erdölgeschäft mit europäischen Importeuren (Gas 3 Mrd. \$, Erdöl 18 Mrd. \$ pro Monat) aufs Spiel gesetzt werden. Kritik kommt vom Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft, unzufrieden mit den Sanktionen sind die vielen Mittelständischen, die mit Russland weiter vorteilhafte Geschäfte machen und die erkämpften Marktanteile nicht verlieren wollen.

Die Ukraine-Krise hat ihre Wurzeln vor allem in der miserablen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in fast allen Nachwendejahren. Der Krieg hat diese dramatisch zuge-spitzt. Ohne die Produktion aus dem Osten und die dort verankerte Kooperation mit russischen Partnern wird die zerrütete Wirtschaft der Ukraine nicht auf die Beine kommen. Auf Dauer wird dann die Bevölkerung, die rasche Verbesserungen erwartet, nicht ruhig gestellt werden können. Was EU und IWF tatsächlich leisten wollen und können, wird sich erst noch beweisen müssen. Die Forderung nach dem üblichen sozialen Kahlschlag – Entfesselung des freien Marktes,



Abschaffung der staatlichen Subventionierung der Gaspreise für private Haushalte, Rücknahme der Erhöhung von Mindestlöhnen und Renten – dürfte die Lage nicht verbessern. Solche Maßnahmen hatten schon 2010 für starken Unmut und zur Wahl von Janukowitsch gesorgt. Die Überlegungen von Prof. John Mearsheimer verdienen Beachtung: Der Westen sollte an der Ausarbeitung eines gemeinsam von der EU, dem IWF, Russland und den USA finanzierten wirtschaftlichen Rettungsplans für die Ukraine mitwirken – ein Vorschlag, den Moskau sicherlich begrüßen würde, da ihm an einer prosperierenden und stabilen Ukraine an seiner Westflanke gelegen sein muss (Artikel vom 2.5.2014). Russland wäre in den Wiederaufbau der ostukrainischen Industrie und Infrastruktur einzubinden, eine gemeinsame Freihandelszone zwischen EU und Eurasiatischer Union zu schaffen (ebenda). „Der Westen müsse darauf hinarbeiten, dass das Land zu einem neutralen Pufferstaat zwischen der NATO und Russland wird, ähnlich wie Österreich im Kalten Krieg ... Um das zu erreichen, müssten die USA und ihre Verbündeten eine NATO-Osterweiterung sowohl nach Georgien als auch in die Ukraine offiziell ausschließen“ (ebenda).

Die Führungseliten der EU und Deutschlands sollten sich auf das Strategiepapier des AA „Annäherung durch Verflechtung“ besinnen, das Außenminister Steinmeier im September 2006 vor seinen EU-Kollegen als Grundlage für die deutsche EU-Präsidentschaft vorgestellt hatte. Darin heißt es: „Ziel einer europäischen Ostpolitik muss es sein, das konstruktive Engagement Russlands durch neue Kooperations- und Integrationsangebote zu fördern“ und seine Verankerung in Europa durch enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen „irreversibel zu machen“. Weiter wird für eine nüchterne Bewertung der zum Teil übereinstimmenden, zum Teil auseinander laufenden Interessen geworben. Russland bleibe ein wichtiger Partner, selbst wenn es jetzt nach außen mit neuem Selbstbewusstsein nationale Interessen vertrete und im Inneren „einen eigenen, russischen Weg“ verfolge, „der vielfach asynchron zu dem der EU“ verlaufe. Ohne eine intensive Partnerschaft mit Russland könne es weder eine „gesamteuropäische Friedensordnung“ noch eine Lösung von Konflikten wie auf dem Balkan oder im Nahen Osten geben. Deutschland befürworte ein neues Abkommen der EU mit Russland, das „umfassend, integrativ, nach vorn weisend angelegt ist und klare Signale enthält, dass Russland in Europa willkommen ist“. Als mittelfristige Ziele werden eine Freihandelszone, eine Energiepartnerschaft, enge Beziehungen auf den Gebieten der Forschung, Bildung und Kultur sowie ein Ausbau der gesellschaftlichen und menschlichen Kontakte genannt, was etwa den am 10.5.2005 auf dem EU-Russland-Gipfel verabschiedeten „Wegekarten über die vier gemeinsamen Räume der Kooperation und strategischen Partnerschaft“ entspricht (FAZ, 4.9.2006).

Minsk II hat alle Friedensanhänger und Realpolitiker in ihrem Widerstand gegen Kriegstreiberei bestärkt und ermutigt, noch entschlossener weiterzumachen. Gute Beziehungen zu Russland sollten auch zu deutscher Staatsräson werden, endlich, 70 Jahre nach Beendigung des vom faschistischen Deutschland angezettelten Zweiten Weltkrieges.

Antisowjetismus und Ultrationalismus als Kitt für zerfallende Gesellschaft

Ukraine „dekommunisiert“ sich mit Gesetzen der Zerstörung

Von Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag; aus: Ça ira, Nr. 100, 21. Mai 2015

Wer die Hymne der Russischen Föderation, das ist die Melodie der sowjetischen Hymne mit neuem Text, abspielt, kann jetzt in der Ukraine mit bis zu einem Jahr Freiheitsentzug bestraft werden. Ob bereits das Summen geahndet wird, ist bislang nicht bekannt. Aber wer den „kriminellen Charakter der totalitären kommunistischen und nationalsozialistischen Regime“ öffentlich leugnet, riskiert Haftstrafen zwischen fünf und zehn Jahren. Mit einem Gesetzespakt treibt das Kiewer Regime jetzt seine „Dekommunisierung“ voran. Und wenn der Begriff des „sich neu Erfindens“ jemals auf etwas zutrifft, dann auf das, was Präsident Poroschenko und die Konzern-Oligarchen mit diesen Gesetzen erreichen wollen: Eine erfundene Ukraine.

Seit Mitte Mai gelten die vier Gesetze mit den Titeln: „Über die Verurteilung des kommunistischen und des nationalsozialistischen Regimes in der Ukraine und über das Verbot der Propagierung ihrer Symbole“, „Über den rechtlichen Status und das Gedenken an die Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert“, „Über den Zugriff auf die Archive der Repressionsorgane des kommunistischen totalitären Regimes 1917/1991“ und „Über das Verewigen des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg 1939/1945“.

Die Gesetze „verurteilen“ die gesamte sowjetische Geschichte der Ukraine. Dabei gehörte die Ukrainische Sowjetrepublik zu den Gründungsmitgliedern der UNO. Ab 1991 war sie Ausgangsbasis für den neuen kapitalistischen Staat Ukraine. Dem Umsturz der Eigentums- und Produktionsverhältnisse folgte die Umwälzung des Geschichtsbildes. Offenbar halten die Kiewer Machthaber die Zeit für gekommen, das ukrainische geschichtliche Nationalbewusstsein vollständig ultrationalistisch zu prägen. Dieses richtet sich gegen andere Ethnien, gegen demokratische Auffassungen vom Nationalstaat, gegen eine allseitige kritische Geschichtsbetrachtung, gegen eine antikapitalistische Perspektive und insbesondere gegen Kommunisten. Kurz: Der gesetzlich verordnete Geschichtrevisionismus in der Ukraine ist der ideologische Überbau zur Herrschaft der Konzern-Oligarchen. Die Hetzjagd auf „Kommunistisches“ schließt ein: Symbole, Flaggen, Denkmäler und Gedenktafeln, Firmennamen, Hymnen ... Der Kiewer Stadtrat arbeitet per Beschluss längst daran, bis zum „Unabhängigkeitstag“ am 24. August dieses Jahres von allen Bauwerken im Eigentum der Stadt und in der U-Bahn die sowjetischen Symbole zu entfernen. Nur von diesen ist die Rede, denn Nazi-Symbole erbte die heutige Ukraine nicht aus der Sowjetunion.

Die Hetzjagd ist nicht nur Schleifung baulicher Zeugen der Geschichte, sie befeuert die gesellschaftlichen Gegensätze, sie öffnet polizeilicher Willkür Tür und Tor, und die Zensur behindert einen offenen, demokratischen Dialog. Aus Sorge um diese Wirkungen der Gesetze hatten sich vor de-



ren Inkrafttreten Wissenschaftler, Kulturschaffende und Juristen öffentlich kritisch geäußert, doch der Präsident setzte die Gesetze in Kraft.

Ein Motiv für diese Gesetze ist die Absicht, mit Hilfe des Antisowjetismus und Ultrationalismus die zerfallende ukrainische Gesellschaft ideologisch zu kitten. Die Wirtschaft stürzt weiter ab, im ersten Quartal sank das Bruttoinlandsprodukt im Vergleichszeitraum zum Vorjahr um etwa 17 Prozent. Der Geldwert zerfällt, die Massenkaufkraft sinkt rapide. Bergarbeiter aus dem Westen des Landes protestieren und fordern die Auszahlung ihrer Löhne, die ihnen seit längerem vorenthalten werden. Die Mehrzahl der Kohlegruben des Landes liegt still. Die zahlreiche Belegschaft eines großen Rüstungsbetriebes wird auf Monate ohne Lohnzahlung in den Zwangsurlaub geschickt. Viele Familien können die Wohnungsmiete nicht mehr zahlen.

In dieser wirtschaftlich verfallenden Bürgerkriegsgesellschaft braucht es kriegerische Helden. Helden, wie die Kämpfer der Freiwilligenbataillone, der Nationalgarde, kämpfende Soldaten, Helden, wie sie jetzt von amerikanischen und britischen Profis ausgebildet werden. Ihre Vorbilder sollen die „Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert“ sein. Diese Kämpfer waren im 1. Weltkrieg mit der Reichswehr verbunden und führten einen grausamen Bürgerkrieg gegen die Bolschewiki. In der Zwischenkriegszeit bildeten sie nach dem Vorbild des italienischen Faschismus und unter Einfluss der NSDAP eine eigene faschistische Partei mit einem militärischen Arm, die „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) und die „Ukrainische Aufstandsarmee“ (UPA). In deren programmatischen Schriften und „Befehlen“ finden sich alle Grundelemente des Faschismus: „Volksgemeinschaft“ und „Nation“ als höchste Werte, dafür jederzeit sein Leben geben („Blut und Boden“); Feindschaft gegen andere Ethnien, insbesondere Feindschaft gegen Juden; gegen parlamentarische Demokratie; Antikommunismus u. a. Die OUN/UPA unter Führung von Stepan Bandera verbündete sich mit dem deutschen Faschismus, woran auch ein zeitweiliges Zerwürfnis wegen der ukrainischen nationalen Frage nichts änderte. Die OUN/UPA, Bandera und seine Kämpfer sind für viele zehntausende Tote verantwortlich, für Massenmorde an Polen, Juden und Russen.

Das Gedenken an diese „Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine“ ist nun in die mit der EU assoziierte Ukraine eingebracht worden. Als 2010 der damalige ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko den höchsten Titel „Held der Ukraine“ an Bandera verlieh, ging eine Welle der Empörung durchs Land und andere europäische Staaten. Das Europa-Parlament verabschiedete eine Protestresolution. Unter der Präsidentschaft von Janukowitsch entschied ein ukrainisches Gericht auf Annullierung der Titelverleihung.

Welche Antworten finden diese ukrainischen geschichtsrevisionistischen Positionen heute?

Zum bedrohten Frieden – für einen neuen europäischen Umgang mit der Ukraine-Krise

Erklärung des Willy-Brandt-Kreises vom 21. Juli 2015

Aus: www.willy-brandt-kreis.de

Europa durchlebt die schwerste Krise seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Nicht nur der Umgang mit Griechenland und den Flüchtlingsströmen hält den Kontinent in Atem, auch der mühsam ausgehandelte Waffenstillstand in der östlichen Ukraine ist brüchig. Solange der Konflikt um die Zukunft der Ukraine ungelöst ist, besteht die ständige Gefahr eines Absturzes.

Eine umfassende Friedensordnung für Europa, dieses Versprechen der Charta von Paris von 1990, ist unerfüllt geblieben. Doch Europa kann kein Interesse daran haben, die alte Rivalität der Supermächte USA und Sowjetunion fortzusetzen und Russland in die Knie zu zwingen. Das unterscheidet die europäische von der amerikanischen Interessenlage: Ohne Russland oder gar gegen Russland kann kaum ein Problem gelöst werden, das Europa als Ganzes betrifft. Das zeigt die jüngste Geschichte: Russland und die Völker der Sowjetunion haben entscheidend zur Befreiung Europas vom Faschismus beigetragen, aber auch zur deutschen Vereinigung. Deutschland hat daher eine besondere Verantwortung, Russland als Partner in einer europäischen Friedensordnung zu gewinnen.

1990 schien diese Frage ein für alle Mal beantwortet: Russland als Mitarchitekt der europäischen Einigung würde natürlich – wie auch die USA – ein Anker und ein gleichberechtigter Partner sein. Russland sah sich seither in seinen Erwartungen enttäuscht: Die Erweiterungspolitik der EU und vor allem der NATO schloss eine Mitgliedschaft Russlands ausdrücklich aus: zu groß, zu komplex, hieß es damals – während einige Staaten im östlichen Europa das Ziel ihres Beitritts zur westlichen Allianz offen als Sicherheitsvorsorge vor Russland betrieben. Ohne eigene Beitrittsperspektive Russlands nährte die Erweiterung der westlichen Bündnisstrukturen alte russische Einkreisungsängste, welche nationalistische Reflexe und den allmählichen Rückfall in das Denken in geopolitischen Kategorien und Einflusszonen begünstigten.

Die ukrainische Krise ist somit Ausdruck eines heraufziehenden russisch-euroatlantischen Großkonflikts, der in eine Katastrophe münden kann, wenn die sich bereits drehende Spirale des Wettrüstens, der militärischen Provokationen und konfrontativen Rhetorik nicht gestoppt wird. Wir wenden uns daher an alle verantwortlichen Politiker und friedensbewegten Bürger, aber vor allem ganz direkt an die SPD:

In dieser Situation ist eine mutige politische Initiative gefordert, vergleichbar jener, die nach Mauerbau und Kubakrise in der Hochzeit des Kalten Krieges den Ausbruch aus der Logik der Konfrontation mit der Sowjetunion wagte. Damals war es in Europa allen voran die deutsche Sozialdemokratie, die mit der neuen Ostpolitik Willy Brandts einer europäischen Entspannungspolitik den Weg ebnete. 2015 bedarf es ebensolchen Mutes und politischer Klugheit, um der drohenden Spirale neuerlicher Konfrontation und Spaltung Europas zu begegnen. Wir fordern daher innezuhalten und



einen Neustart der Beziehungen mit Russland zu wagen, bevor es für Alle und Alles zu spät ist!

1. Die Ukraine-Krise lässt sich durch politische Sanktionen gegen Russland nicht lösen. Die tieferliegenden Ursachen der russisch-europäischen Entfremdung gehören auf die politische Tagesordnung europäisch-russischer Gipfelgespräche. Dauerhafter Interessenausgleich gelingt nur durch Dialog und Verhandlungen. Die wirtschaftlichen Sanktionen unterminieren die Entwicklung Europas als gemeinsamer Wirtschaftsraum. Zusammenarbeit ist ein Motor der Vertrauensbildung. Eine intakte Energieinfrastruktur, die durch die aktuellen Spannungen bereits in Mitleidenschaft gezogen wurde, liegt genauso im gemeinsamen Interesse wie wechselseitige Handelsbeziehungen.

2. Die Europäische Union darf sich infolge ihrer Mitverantwortung für das Entstehen dieser Krise nicht der Mitwirkung an deren einvernehmlicher Lösung entziehen. Das Zusammenwirken von Deutschland, Frankreich und Polen mit der Ukraine und Russland beim Abkommen Minsk II ist ein innovativer Ansatz. Von dessen Umsetzung hängt es ab, gestörtes Vertrauen zurückzugewinnen. Aber eine breitere europäische Einbettung tut not. Deutschland muss hierfür im kommenden Jahr seine Verantwortung in der OSZE-Präsidentschaft in die Waagschale werfen und konzeptionell wie dialogorientiert agieren.

3. Weil auch die USA als wichtigster Partner der neuen ukrainischen Regierung eine hohe Verantwortung für die Lösung der Krise haben, sind alle Gremien wichtig, die Russland und die USA zusammenbringen. Gerade in Krisenzeiten bedarf es besonders engmaschiger Kommunikation. Daher sollten die G7 Russland sofort wieder einbeziehen, der NATO-Russland Rat muss seine Arbeit schnellstmöglich wieder aufnehmen. Notwendige Krisenkommunikation darf nicht beschränkt oder gar verhindert, sondern muss ausgebaut werden.

4. Die Einverleibung der Krim durch Russland ist ein Verstoß gegen internationale Abkommen und zugleich eine politische Realität, die nicht gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung der Krim rückgängig gemacht werden kann. Der Status Quo darf die Notwendigkeit der konstruktiven Zusammenarbeit mit den Beteiligten im gemeinsamen europäischen Interesse nicht unterbinden.

5. Die Ukraine-Krise ist auch das Ergebnis einer schwachen föderalen Struktur in einem noch jungen Staat. Nur eine starke föderale Ordnung kann das Land vor ethnischer Spaltung und drohender Sezession bewahren. Die Erfahrungen anderer europäischer Staaten mit föderalen Strukturen sollten von den Parteien in der Ukraine abgerufen werden können, wenn sie dies wünschen.

6. Eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO würde kein Mehr an Sicherheit bringen. Sie würde im Gegenteil russische Befürchtungen über die Ziele der NATO weiter befeuern und die Risiken ungewollter militärischer Konfrontation noch erhöhen. Die Vertrauensbildung zwischen den politischen und militärischen Gremien aller europäischen Staaten, wie sie im Rahmen des „Wiener Dokuments“ der OSZE, zuletzt 2011, vorgesehen ist, ist gerade in Krisenzeiten auszubauen.

7. Die Ukraine-Krise gefährdet die europäische Rüstungskontrolle. Wettrüsten, die Verlagerung von militärischen Ausrüstungen und neue Truppenstationierungen beiderseits der russischen Grenze legen die Axt an das bestehende System

von Verträgen. Die Beteiligung deutscher Truppen bei der Aufstellung von „Eingreiftruppen“ kann auf russischer Seite Erinnerungen an den deutschen Überfall auslösen und unnötig Öl ins Feuer gießen. Militärische Entflechtung, Nichtverbreitung und die Begrenzung von Waffenarsenalen und Truppen sind Aufgaben, die keinen Aufschub dulden.

8. Die im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise erneut aufgebrochenen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen sind alarmierend. Es droht eine Neuauflage der „Nachrüstung“ der 80er Jahre mit atomaren Mittelstreckenraketen in Europa. Atomwaffen müssen endlich geächtet werden. In ihrer die ganze Welt erreichenden Vernichtungskraft müssen sie als prinzipiell nicht einsetzbar gelten.

9. Die Friedensordnung Europas ist nicht nur eine Ordnung der Staaten. Sie beruht auf starken Zivilgesellschaften, grenzüberschreitender Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Medien, Sport, Wissenschaft u. a. m. Auch durch die Neubelebung des europäischen Jugendaustauschs mit Russland und der Ukraine können stereotype Denkweisen überwunden und generationenübergreifend Impulse für ein besseres Verständnis voneinander – und ein gutes Verhältnis miteinander gesetzt werden.

Europa braucht Russland und Russland braucht Europa. Wir stehen vor der Weichenstellung, in einen neuen, mehr oder weniger Kalten Krieg mit ungewisser Perspektive abzugleiten oder uns auf das Ziel einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung zu besinnen.

Die Zeit zum Handeln ist jetzt!

Berlin, den 21. Juli 2015

Prof. Egon Bahr, Prof. Dr. Elmar Brähler, Prof. Dr. Peter Brandt, Volker Braun, Daniela Dahn, Dr. Friedrich Dieckmann, Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann, Prof. Dr. Lutz Götze, Prof. Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Enrico Heitzer, Gunter Hofmann, Prof. Dr. Gustav Horn, Prof. Dr. Dieter Klein, Dr. Rainer Land, Dr. Hans Misselwitz, Dr. Irina Mohr, Prof. Dr. Götz Neuneck, Prof. Dr. Rolf Reißig, Dr. Edelbert Richter, Wolfgang Schmidt, Axel Schmidt-Gödelitz, Prof. Dr. Michael Schneider, Dr. Friedrich Schorlemmer, Ingo Schulze, Prof. Klaus Staeck, Prof. Dr. Walther Stützle, Antje Vollmer, Dr. Christoph Zöpel.

„China kämpfte hart für den Sieg“

Gespräch mit Botschafter Shi Mingde, Interviewer: Sebastian Carlens; aus: Junge Welt, 3. September 2015

● Für China begann der Zweite Weltkrieg schon zwei Jahre vor dem deutschen Überfall auf Polen, nämlich 1937 („Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke“), und endete erst über drei Monate nach der deutschen Kapitulation am 9. September 1945 (Kapitulation der japanischen Armee in China, offizielle Kapitulation Japans am 2.9.1945). Welchen Stellenwert nimmt das Gedenken zum 70. Jahrestag des Endes des Krieges gegen die japanische Aggression in der Volksrepublik ein? Wie gehen die Chinesen mit der Erinnerung daran um?

Dieses Jahr jährt sich der Sieg des chinesischen Volkes im Krieg gegen die japanische Aggression und im Kampf gegen den weltweiten Faschismus zum 70. Mal. Der Krieg gegen die japanische Aggression ist ein wichtiger Bestandteil des Krieges gegen den weltweiten Faschismus gewesen. China war der Hauptkriegsschauplatz im Osten, Chinas Widerstandskrieg begann schon sehr früh, er dauerte am längsten und forderte die meisten Opfer. China kämpfte hart und entschlossen für den Sieg und leistete einen enorm großen Beitrag zur Niederschlagung des Faschismus. In diesen bedeutungsvollen Tagen halten Regierung und verschiedenste gesellschaftliche Kreise Chinas eine Reihe von Gedenkveranstaltungen ab. Am 3. September findet in Peking eine Militärparade zur 70-Jahr-Feier des Sieges im Widerstandskrieg statt, zu der ausländische Staatsoberhäupter und Regierungschefs sowie ausländische Truppenteile eingeladen sind. Das Ziel der Militärparade ist die Erinnerung an die Geschichte, das Gedenken an die Märtyrer, die Wertschätzung des Friedens, die Gestaltung einer neuen Zukunft, die Bewahrung der Ergebnisse des Sieges im weltweiten antifaschistischen Krieg und der internationalen Nachkriegsordnung, sowie der Erhalt eines dauerhaften Friedens für die Menschheit.

● Die Verbrechen der Japaner, zum Beispiel das Massaker von Nanjing, sind mit den Massenmorden der deutschen Faschisten in Osteuropa und der UdSSR vergleichbar. Sie selbst haben in den 70er Jahren in der Deutschen Demokratischen Republik studiert, in der die Aufarbeitung des Hitlerfaschismus und das Bekenntnis zum Antifaschismus einen zentralen Stellenwert einnahmen. Findet Ihrer Meinung nach in Japan genügend Aufarbeitung und Aufklärung über diese historischen Verbrechen statt?

Ich bin beeindruckt davon, wie Deutschland in den 70 Jahren seit Kriegsende die Vergangenheit aufgearbeitet und mutig seine Verantwortung übernommen hat. Deutschland hat sich das Vertrauen und den Respekt der Welt und besonders seiner europäischen Nachbarländer erworben, es hat für den Frieden und die Entwicklung nach dem Krieg und für die Integration Europas eine bedeutende Rolle gespielt. Eine wichtige Voraussetzung dafür war, dass es sich mutig

seiner Geschichte gestellt und sich mit ihr auseinandergesetzt hat, und dass damit eine Versöhnung mit den anderen Ländern erreicht wurde. Beim Umgang mit der Geschichte sollte Japan von Deutschland lernen. Es sollte sich gewissenhaft seiner eigenen Aggressionsgeschichte stellen und eine tiefgehende Selbstprüfung vornehmen, um so wirklich zu erreichen, dass die Vergangenheit als Warnung für die Zukunft dient, dass der Wiederholung solcher Fehler vorgebeugt wird, dass Friede und Entwicklung bewahrt werden, und dass das Vertrauen der Nachbarländer erworben wird.

● Regelmäßig pilgern japanische Ministerpräsidenten zum shintoistischen Yasukuni-Schrein, in dem auch der zum Tode verurteilte Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkrieges ehrend gedacht wird. Auch der aktuelle Premier Shinzo Abe war bereits dort. Was bezweckt die heutige japanische Regierung Ihrer Meinung nach mit derartigen kriegsverherrlichenden Ritualen?

Der Yasukuni-Schrein ist ein geistiges Instrument und das Symbol des vom japanischen Militarismus entfesselten Aggressionskrieges. Bis heute werden dort immer noch 14 Kriegsverbrecher der ersten Kategorie (führende japanische Politiker und Militärführer aus der Zeit des Krieges, die später zum Tode verurteilt wurden – jW) geehrt. Ob die japanische Führung zum Yasukuni-Schrein pilgert, zeigt an, wie das Land mit der Geschichte der Aggression und der Kolonialherrschaft des Militarismus umgeht. Wir sind entschieden gegen Besuche von Führungspersonlichkeiten Japans in diesem Schrein und hoffen, dass Japan in dieser wichtigen Stunde der siebenjährigen Wiederkehr des Endes des Zweiten Weltkrieges mehr Handlungen unternimmt, die der Versöhnung mit seinen asiatischen Nachbarländern und der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens dienen, und nicht solche, die das Gegenteil bewirken.

● In diesem Jahr hat die japanische Regierung eine neue Militärdoktrin beschlossen, die Auslandseinsätze erlaubt – trotz einer gültigen Nachkriegsverfassung, die dem Land eigentlich jedes Militär verbietet. Ist Japan dabei, die Potsdamer Beschlüsse, also auch die asiatische Nachkriegsordnung, auszuhebeln?

Aus historischen Gründen wird es von den asiatischen Nachbarländern und der internationalen Gemeinschaft immer höchst aufmerksam verfolgt, wenn sich in Japan in militärischer Hinsicht etwas bewegt. Die Abe-Regierung treibt derzeit eine neue Sicherheitsgesetzgebung voran, Japans Verteidigungspolitik durchläuft gegenwärtig einen schwerwiegenden Wandel, was nicht nur in Japan selbst auf heftigen Widerstand trifft, sondern auch Besorgnis in den Nachbarländern hervorruft. Wir hoffen, dass Japan ernsthaft Lehren aus der Geschichte zieht, auf dem Gebiet des Militärs und in der Sicherheitspolitik besonnen handelt und an dem Weg einer friedlichen Entwicklung festhält. Es sollte die schwerwiegenden Sicherheitsbedenken seiner asiatischen Nachbarländer ernst nehmen und nichts tun, was dem Frieden und der Stabilität der Region und der Völkergemeinschaft nicht dienlich ist.

● Die japanische Wirtschaft steckt seit vielen Jahren in einer tiefen Krise. Das Handelsvolumen zwischen China und Japan nimmt jedoch stets weiter zu, seit 2012 rechnen beide Länder ihren Handel nicht mehr in US-Dollar, sondern in den eigenen Landeswährungen ab. Gefährdet Japan mit seinen politischen Manövern nicht einen sehr wichtigen Markt?



Die Volkswirtschaften von China und Japan rangieren als Nummer zwei bzw. Nummer drei in der Welt, und die Weiterentwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen liegt in ihrem wechselseitigen Interesse. 2014 war China der größte Handelspartner Japans und sein größtes Export-Zielland, während Japan umgekehrt Chinas fünfgrößter Handelspartner und eines der bedeutendsten Herkunftsländer für Investitionen war. Seit 2012 sind die chinesische Währung Renminbi und der japanische Yen direkt konvertierbar, was die Zusammenarbeit beider Länder im Banken- und Finanzsektor weiter gefördert hat und für die Internationalisierung des Renminbi einen wichtigen Schritt darstellt. Im Mai 2015 hat China bereits mit 32 Staaten bzw. Regionen Abkommen zur gegenseitigen Konvertierbarkeit der Währungen abgeschlossen, in 15 Ländern bzw. Regionen wurden Clearing-Zentren für den Renminbi eingerichtet. Ich vertrete die Meinung, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen gegenseitig beeinflussen und befruchten. Die chinesische Seite hält an ihrer Absicht fest, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auszubauen. Sie hofft, dass Japan im selben Sinne handelt.

● **Der unter anderem von China gegründeten Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB) will Japan nicht beitreten, die USA boykottieren die Entwicklungsbank ebenfalls. Andererseits beteiligen sich über 50 Nationen, darunter Indien und Pakistan, an der AIIB. Spaltet sich die Welt in einige wenige Großmächte auf der einen und die Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auf der anderen Seite?**

Die AIIB ist eine multilaterale internationale Institution, sie ist eine nützliche Ergänzung und keine Konkurrenz für die bereits bestehenden Entwicklungsinstitutionen. Nach Schätzungen der Asiatischen Entwicklungsbank (Asian Development Bank) wird Asien in der Zeitspanne bis 2020 einen jährlichen Infrastruktur-Investitionsbedarf von 730 Milliarden US-Dollar haben, den die derzeit vorhandenen Institutionen wie die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank nicht decken können. Vor diesem Hintergrund hat China die Gründung der neuen Bank initiiert. Vor kurzem haben 57 prospektive Gründungsländer die Statuten der AIIB unterzeichnet und festgelegt, dass die Zentrale ihren Sitz in Peking haben wird. Je nachdem, wie sich die Tätigkeit der AIIB entwickelt, werden auch an anderen Orten Einrichtungen oder Büros der Bank entstehen. China ist bereit, zusammen mit allen anderen Mitgliedern gemäß den Prinzipien von Öffnung, Inklusivität und Transparenz aktiv eine komplementäre und effektive Zusammenarbeit der AIIB mit den bereits bestehenden multilateralen Entwicklungsinstitutionen zu verfolgen, um so die konkrete Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen und gemeinsamen Gewinn kontinuierlich zu verstärken und für die regionale und globale Wirtschaft neue Triebkräfte zu schaffen.

● **Welche Chancen billigen Sie den sogenannten BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika als aufstrebenden Entwicklungsländern zu?**

Die BRICS-Staaten stehen für 42 Prozent der Weltbevölkerung, ihre Landfläche steht für 26 Prozent der globalen Landfläche, ihr Wirtschaftsvolumen umfasst 27 Prozent des global erwirtschafteten Werts. In den letzten zehn Jahren trugen sie zu mehr als der Hälfte des globalen Wirtschaftswachstums bei. Damit bilden sie einen wichtigen Motor für die Erholung und die nachhaltige Weiterentwicklung der

Weltwirtschaft. Seit dem offiziellen Start des Kooperationsformats der BRICS-Staaten 2009 ist dieses zu einer wichtigen Plattform für die Zusammenarbeit zwischen den Schwellenländern und den Entwicklungsländern geworden. Alle BRICS-Länder sind wichtige Mitglieder von internationalen Organisationen und multilateralen Mechanismen wie den Vereinten Nationen und der G20. Die fünf Staaten stimmten und stimmen sich in wichtigen internationalen Fragen wie der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und beim Klimawandel sowie einigen regionalen Brandherden ab und arbeiten eng zusammen mit dem Ziel, die Gesamtinteressen der Entwicklungsländer zu wahren und die Präsenz und das Mitspracherecht der Schwellen- und Entwicklungsländer in den internationalen Angelegenheiten zu stärken.

● **70 Jahre nach Ende des Krieges sind die Beziehungen zwischen China und Russland, dem größten Nachfolgestaat der UdSSR, wieder deutlich enger geworden. Der russische Präsident Putin hat jüngst angekündigt, eine weitergehende Kooperation mit der VR China auch in militärischen Belangen einzugehen. Warum rücken diese beiden Siegermächte des vergangenen Weltkrieges nun wieder enger zusammen?**

Im letzten halben Jahrhundert sind die Beziehungen zwischen China und Russland bzw. der Sowjetunion einen ungewöhnlichen Weg gegangen. Vom Freundschaftsbündnis über die Verschlechterung der Beziehungen hin zu gutnachbarlichen Beziehungen und zur strategischen Kooperationspartnerschaft durchliefen sie mehrere Wandlungsphasen. Derzeit befinden sich die chinesisch-russischen Beziehungen in ihrer historisch besten Phase, die beiden Länder haben eine umfassende strategische Kooperationspartnerschaft geschlossen, bei der es sich um bündnisfreie, nichtkonfrontative und nicht gegen eine dritte Seite gerichtete zwischenstaatliche Beziehungen neuen Typs handelt. Diese Kooperation ist von Nutzen für beide Seiten, sie ist auch von Nutzen für den Weltfrieden, die Entwicklung und die Stabilität.

● **In der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) sind Russland und China, aber auch die Länder Pakistan und Indien vertreten. Zu den Zielen der Organisation zählt die Beilegung von Konflikten, es werden auch gemeinsame Militärmanöver abgehalten. Soll aus der SOZ ein neues Militärbündnis entstehen?**

In den 14 Jahren ihres Bestehens hat sich die SOZ zu einem effektiven Mechanismus und zu einer konstruktiven Kraft für die Wahrung von Sicherheit und Stabilität in der Region und für die gemeinsame Entwicklung der Mitgliedsländer entwickelt. Sie ist eine Organisation für regionale Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft und Sicherheitspolitik, sie wird nicht zu einem Militärbündnis werden. Sicherheit und Stabilität sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen, für die gemeinsame Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen den Ländern in jeder Weltgegend. Die Zusammenarbeit von Polizei und Sicherheitskräften mit dem Schwerpunkt Terrorismusbekämpfung war immer schon ein Arbeitsschwerpunkt der SOZ. Die deutlichen Erfolge, die seit vielen Jahren auf Seiten aller Beteiligten bei der Bekämpfung von Terrorismus, Radikalismus und Separatismus sowie bei der Wahrung von Sicherheit und Stabilität in den Mitgliedsländern und in der Region erzielt wurden, haben durch die internationale Gemeinschaft breite Anerkennung gefunden. Beim letzten Gipfeltreffen in Ufa haben die beteiligten Staatsoberhäupter die „SOZ-



Entwicklungsstrategie bis 2025“ unterzeichnet und eine detaillierte Blaupause für die Kooperation innerhalb der Organisation im nächsten Jahrzehnt geschaffen. Ich bin der Überzeugung, dass eine lebenskräftige und kontinuierlich erstarkende SOZ einen noch größeren Beitrag zu Frieden und Stabilität in der Region und in der Welt leisten wird.

Eine strategische Partnerschaft

Der 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs: Die Lehren der Geschichte und ein neues Niveau der russisch-chinesischen Beziehungen

Von Sergej Lawrow, Außenminister der Russischen Föderation; aus: Junge Welt, 27. August 2015

Dieses Jahr steht im Zeichen des 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges. Für Russland und China ist dieses Jubiläum von besonderer Bedeutung. Unsere Länder waren Verbündete im Kampf gegen den Nazismus und den japanischen Militarismus, mussten sich des größten Angriffs der Aggressoren erwehren und die schwersten Verluste hinnehmen. Dank des beispiellosen Mutes, der Opferbereitschaft und der Mobilisierung aller Kräfte ist es unseren Völkern gelungen, in diesem mörderischen Kampf zu bestehen und den Sieg zu erringen.

Das Vorspiel des Zweiten Weltkriegs waren aggressive Handlungen Japans, das 1931 die Mandschurei besetzte und 1937 großangelegte Militärhandlungen gegen China begann. Die Sowjetunion war damals der einzige Staat, der China tatsächlich beistand, moderne Kampfflugzeuge, Panzer, Artilleriegeschütze, Schusswaffen, Kommunikationsmittel und andere militärische Güter lieferte. Rund 5 000 sowjetische Militärspezialisten, darunter eine große Fliegerereinheit, nahmen an den Kampfhandlungen teil.

Als Tokio sich weigerte zu kapitulieren, trat unser Land getreu seiner Bündnispflicht in den Krieg im Fernen Osten ein. Die sowjetischen Truppen zerschlugen in kurzer Zeit eine starke Gruppierung der japanischen Bodentruppen. Das nordöstliche China und Korea wurden von den Besatzern befreit.

Zehntausende sowjetische Soldaten gaben ihr Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit Chinas. Wir freuen uns, dass Peking das Gedenken an die Bürger unseres Landes sorgsam bewahrt. Ein anschauliches Beispiel für die Kooperation im Bereich des militärischen Gedenkens war die erste gemeinsame Suchexpedition in der Provinz Heilongjiang in diesem Jahr, bei der die sterblichen Überreste sowjetischer Soldaten gefunden wurden.

Heute erleben wir das unverhüllte Streben, die Geschichte des Krieges zu manipulieren, Opfer und Täter auf eine Stufe zu stellen. Das ist nicht nur eine Beleidigung unserer Völker, sondern bringt auch die in der UN-Charta verankerten Grundlagen der gegenwärtigen Weltordnung ins Wanken. Daher ist es äußerst wichtig, dass unsere Staaten einig in dem Streben sind, die historische Wahrheit auch weiterhin entschlossen zu verteidigen und die Früchte des Sieges zu schützen. In diesem Zusammenhang kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, dass der Präsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, an den Jubiläumsfeierlichkeiten

am 9. Mai in Moskau teilnahm und eine Einheit der Streitkräfte der Volksrepublik China in der Parade auf dem Roten Platz mitmarschierte.

In der aktuellen, nicht einfachen internationalen Situation, die von schweren Turbulenzen und zunehmenden Krisenerscheinungen geprägt ist, dürfen die Lehren der Vergangenheit nicht vergessen werden, um in der Zukunft irreversible Fehler zu vermeiden. Es kann nicht sein, dass das Schicksal der Welt von einem einzigen Staat oder einer kleinen Gruppe von Staaten bestimmt wird. Die Bombenangriffe auf Jugoslawien, die Besetzung Iraks, das Chaos in Libyen und der Bruderkrieg in der Ukraine zeigen, zu welchen tragischen Folgen das Streben führt, die globale Dominanz um jeden Preis aufrechtzuerhalten, seine Meinung, seinen Willen und seine Werte anderen Staaten aufzudrängen.

Vor 70 Jahren ist es den Staaten der Antihitlerkoalition gelungen, ihre Ambitionen und Auseinandersetzungen hinter sich zu lassen und sich zur Zerschlagung des gemeinsamen Feindes, zur Vernichtung einer verbrecherischen Ideologie zusammenzuschließen. Ein wichtiges Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen war die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen, deren 70. Jahrestag in diesem Jahr gefeiert wird.

Dieser Geist der Verbündeten und die Lehren des Zweiten Weltkriegs insgesamt bestätigen, dass es zu kollektiven Bemühungen um wirksame Antworten auf die großen Bedrohungen, mit denen sich die Weltgemeinschaft konfrontiert sieht, keine Alternative gibt. Sie zeigen, wie wertvoll eine gleichberechtigte Partnerschaft in gegenseitigem Respekt ist, die im Grunde das einzige Mittel zur Verhütung neuer Konflikte darstellt.

Eben diese Philosophie liegt den russisch-chinesischen Beziehungen zugrunde, die gegenwärtig die beste Phase ihrer Geschichte erleben und sich kontinuierlich weiterentwickeln. Sie stützen sich auf die tiefe Freundschaft und Sympathie unserer Völker, auf gegenseitigen Respekt und Vertrauen, auf die Berücksichtigung der Kerninteressen des anderen Staates, auf das beiderseitige Interesse am Gedeihen unserer Länder. Im Grunde handelt es sich dabei um zwischenstaatliche Beziehungen neuen Typs, um ein neues Kooperationsmodell für das 21. Jahrhundert.

Unser Zusammenwirken in der internationalen Arena ist zu einem wichtigen Faktor der Aufrechterhaltung der internationalen und regionalen Sicherheit geworden. Russland und China vertreten zu den wichtigsten Problemen der Gegenwart gleiche oder ähnliche Positionen und setzen sich konsequent für die Entwicklung einer neuen multipolaren Weltordnung auf der Grundlage der Normen des Völkerrechts, der Achtung der Identität der Völker und ihres Rechts auf die selbständige Wahl ihres Entwicklungsweges ein. Wir wenden uns entschieden dagegen, dass souveränen Staaten durch Gewalt, Sanktionen oder doppelte Standards ein fremder Wille aufgezwungen wird.

Effizient koordinieren wir unsere Aktivitäten in multilateralen Organisationen wie der UNO, der G20, der BRICS und der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), deren Gipfeltreffen im Juli in Ufa ein großer Erfolg war. Wir leisten einander gegenseitige Unterstützung.

Die immer enger werdende wechselseitige Abhängigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung, die Herausbildung neuer Macht- und Einflusszentren erfordern ein neuartiges, kreatives Vorgehen, um ein weiteres Wachstums der



Weltwirtschaft zu ermöglichen. Diese Aufgabe ist nur gemeinsam im Geiste von Partnerschaft und gegenseitigem Nutzen lösbar.

Die Eurasische Wirtschaftsunion, die am 1. Januar dieses Jahres ihre Tätigkeit aufgenommen hat, verfolgt das Ziel, zu einem wichtigen Faktor der stabilen Wirtschaftsentwicklung ihrer Mitgliedsländer zu werden. Wir sehen keinen Gegensatz zwischen der eurasischen Integration und anderen Integrationsprozessen. Wir sind bereit, an deren Verknüpfung zu arbeiten, zwischen Europa und dem asiatisch-pazifischen Raum Brücken zu bauen. Für ebenso kreativ halten wir auch die von China vorgelegte Konzeption der Neuen Seidenstraße. Der in diesen beiden Projekten enthaltene Grundgedanke der Errichtung eines einheitlichen Wirtschaftsraums bietet große Chancen für eine Harmonisierung unserer Bemühungen.

Ein wichtiger Schritt in dieser Richtung war die Unterzeichnung der russisch-chinesischen Gemeinsamen Erklärung über das Zusammenwirken beim Aufbau der Eurasischen Wirtschaftsunion und des Wirtschaftsraums der Neuen Seidenstraße am 8. Mai in Moskau. Im Grunde handelt es sich um einen strategischen Kurs, mit dem eine bessere Passfähigkeit dieser beiden Initiativen erreicht werden soll, damit sie für alle Teilnehmer maximalen Nutzen bringen. Wichtig wird sein, dass wir dabei den Prinzipien der Transparenz, des gegenseitigen Respekts, der Gleichberechtigung und der Offenheit für alle interessierten Seiten treu bleiben – sowohl in Asien als auch in Europa. Uns steht ein langer Prozess bevor, aber lautet nicht eine chinesische Spruchweisheit: „Der Starke bewältigt eine Hürde, doch der Weise den ganzen Weg.“

Unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Kooperation im asiatisch-pazifischen Raum, dessen Rolle in der globalen Wirtschaft und Politik beständig wachsen wird, ist die Festigung der regionalen Stabilität. In der Region müssen zuverlässige Mechanismen einer gleichen und unteilbaren Sicherheit nach dem Prinzip der Blockfreiheit geschaffen werden. Das war der Sinn der russisch-chinesischen Initiative für Sicherheit und Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum vom September 2010. Entsprechend den darin enthaltenen Grundsätzen schlug Russland zusammen mit China und Brunei vor, mit der Arbeit zur Schaffung einer regionalen Sicherheitsarchitektur zu beginnen, die den gegenwärtigen Realitäten entspricht. Diese Initiative wurde vom 8. Ostasiatischen Gipfel im Oktober 2013 unterstützt.

Wir sind entschlossen, gemeinsam mit unseren chinesischen Freunden auch weiterhin alles zu tun, um unser Zusammenwirken zum Wohle unserer Völker und im Interesse der weltweiten Durchsetzung der Ideale von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung auf ein historisch neues Niveau zu heben. Ein äußerst wichtiger Faktor unseres Erfolges ist der inhaltsreiche und vertrauensvolle Dialog auf höchster Ebene. Ich bin sicher, dass der für Anfang September geplante Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in China unserer vielschichtigen strategischen Partnerschaft einen neuen Impuls verleihen und zur weiteren Erschließung ihres wahrhaft unerschöpflichen Potentials beitragen wird.

Für eine neue Entspannungspolitik!

Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger, und des Nationalen Sekretärs der Französischen Kommunistischen Partei, Pierre Laurent, zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975

Die Schlussakte von Helsinki markiert einen Meilenstein in der Nachkriegsgeschichte Europas. Heute, nach 40 Jahren, begreifen wir ihre historische Bedeutung in einem größeren Zusammenhang. Mögen es auch sehr unterschiedliche Motive gewesen sein, die die beteiligten Seiten an den Verhandlungstisch und zur Unterzeichnung dieses Dokumentes führten, so war es doch vor allem die Einsicht, dass eine Fortsetzung der Konfrontationspolitik die Gefahr des Umschlagens des Kalten Krieges in einen heißen und damit in eine nukleare Katastrophe barg. Die Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten, der Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt und die friedliche Regelung von Streitfragen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker waren Prinzipien, auf denen die Entspannungspolitik aufbaute. Sie waren die Grundlage für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstungsverhandlungen, sie trugen letztlich auch zur friedlichen Veränderung in den staatssozialistischen Ländern bei.

Heute müssen wir feststellen: Alle Hoffnungen, dass mit dem Ende der Blockkonfrontation die Kriegsgefahr in Europa gebannt sei, haben sich als trügerisch erwiesen. Schon nach wenigen Jahren wüteten im ehemaligen Jugoslawien Kriege mit einer nicht mehr für vorstellbar gehaltenen Grausamkeit. Die NATO operiert weltweit und immer öfter unter Missachtung des Völkerrechts und Umgehung der völkerrechtlichen Institutionen. Die Europäische Union wird militarisiert. In der Ukraine tobt ein blutiger Konflikt, der sich bisher allen Vermittlungsbemühungen entzieht. Das ist auch ein Ergebnis der Tatsache, dass die Prinzipien von Helsinki nicht mehr von allen und gegenüber allen mit der gleichen Konsequenz eingehalten werden. Der OSZE wird nicht die Rolle eingeräumt, die ihr zukommen könnte und müsste.

Der Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa ist eine geschichtliche Notwendigkeit, die lange genug versäumt wurde. Die Erkenntnis des KSZE-Prozesses, dass die eigene Sicherheit nur dann gewährleistet ist, wenn der tatsächliche, potenzielle oder antizipierte Gegner sich ebenfalls sicher fühlen kann, wurde sträflich vernachlässigt und zugunsten einer neuen Phase der machtpolitischen Auseinandersetzung aufgegeben. Wir sagen ganz deutlich: Die NATO ist Teil des Problems. Durch ihre Fixierung auf ein Militärbündnis wurde die der Schlussakte von Helsinki zugrunde liegende Idee eines Friedensraums von Vancouver bis Wladiwostok entscheidend geschwächt, militärisches Denken trat wieder in den Vordergrund – in Washington, Moskau und auch in europäischen Hauptstädten. Europa hat es versäumt, den Kontinent nachhaltig zu befrieden. Wir appellieren deshalb an alle europäischen Regierungen, sich auf die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki zu besinnen und da-



raus eine neue Entspannungspolitik zu entwickeln, mit der gewaltsame Konflikte und nukleare Bedrohung endlich von unserem Kontinent verschwinden. Das Ziel muss die Schaffung eines Raumes kollektiver Sicherheit und Zusammenarbeit in ganz Europa unter Einbeziehung Russlands sein.

Helsinki war nur eine Zwischenetappe

Konferenz in Moskau zum Jubiläum der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki; aus: www.rosalux.de

Aus Anlass des 40. Jahrestages der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki trafen sich am 28.4.2015 in Moskau auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Politiker, Wissenschaftler und Vertreter gesellschaftlicher Organisationen Russlands, Deutschlands und anderer Staaten zu einer zweitägigen Konferenz. Ehrengast war Valentin Falin (89), ehemaliger Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik.

Vor den rund 100 Teilnehmenden bezeichnete Tiina Fahrni (Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung) als besonders wichtiges Ziel der Veranstaltung, gerade in dem gegenwärtig durch den Ukraine-Konflikt belasteten Verhältnis zwischen dem Westen und Russland im Sinne einer „Diplomatie des Volkes“ Möglichkeiten für die Rückkehr zu einem vertrauensvollen Miteinander, wie es die Schlussakte von Helsinki vorsieht, aufzuzeigen.

Der Mitorganisator der Konferenz, Rainer Braun, Co-Präsident des Internationalen Friedensbüros (IPB) machte deutlich, dass nie vergessen werden dürfe, wie viel die Sowjetunion unter gewaltigen Opfern für die Befreiung Deutschlands vom Faschismus geleistet habe, auch wenn es Versuche gebe, diese historische Tat herunterzuspielen. Das IPB, das bereits 1910 mit dem Friedens-Nobelpreis ausgezeichnet worden war, setze sich dafür ein, den ins Stocken geratenen Entspannungsprozess durch Abrüstung unumkehrbar zu machen, so dass die jährlich für Waffen vergeudeteten rund 1,8 Billionen Dollar für das Wohl der Kinder, für Bildung und Gesundheitsfürsorge zur Verfügung gestellt werden können. Für die Bekräftigung dieses Anliegens sei die Konferenz eine öffentlichkeitswirksame Tribüne.

Der Direktor des Europa-Institutes bei der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN), Alexej Gromyko, Enkel des ehemaligen sowjetischen Außenministers, unterstrich, dass das Ziel der Konferenz nicht nur die Würdigung eines Jahrestages sei, sondern heute wie damals dieselben Fragen auf der Tagesordnung stehen. „Wenn noch im Jahre 2015 eine Konferenz den Titel trägt ‚In welchem Europa leben wir?‘, dann bedeutet das, dass die Schlussakte von Helsinki eigentlich nur eine Zwischenetappe kennzeichnete.“ Er schlug den Bogen vom Westfälischen Frieden über den Wiener Kongress vor 200 Jahren, die Konferenzen von Jalta und Potsdam vor 70 Jahren, die KSZE bis zur zweiten Minsker Vereinbarung und fasste zusammen: „Das alles sind Steine für den Bau eines sicheren europäischen Hauses.“

Die Altmeister der Entspannungspolitik mahnen

In einer Video-Botschaft an die Teilnehmenden der Konferenz erinnerte Egon Bahr (93), Architekt der „neuen Ostpolitik“ von Willy Brandt, daran, dass das Treffen des damaligen Bundeskanzlers und des sowjetischen Partei- und Staatsführers Leonid Breschnew im September 1971 auf der Krim ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum Erfolg der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war. „Damals verständigten sich die beiden auf eine Formel zur konventionellen Abrüstung, in der Überzeugung, dass dies im Interesse aller ihrer Bündnispartner war.“ Allerdings sei die Einigung, die zu der Schlussakte von Helsinki geführt habe, ohne eine Abstimmung zu diesem Thema zwischen beiden Großmächten, die über strategische Atomwaffen verfügen, nicht möglich gewesen. Daran habe sich bis heute nichts geändert, unterstrich Bahr seine Sicht auf die Rolle Russlands in der Welt. „Russland ist und bleibt unser Nachbar in Europa, mit dem wir in jedem Fall auf verschiedene Weise zusammenarbeiten müssen, wollen und werden, auch wenn das im Einzelfall den USA nicht gefällt“, sagte Bahr. Sein Gesprächs- und Verhandlungspartner über Jahrzehnte, Valentin Falin, verwies auf seine Erfahrung, wonach die USA immer dann zu Vereinbarungen bereit waren, wenn sie auf anderem Wege, auch auf militärischem, ihre Ziele nicht durchsetzen konnten. Der Helsinki-Prozess habe aus diesem Grund die Chance geboten, in Europa einen großen Schritt in Richtung eines dauerhaften Friedens zu tun. Allerdings habe es seither immer wieder Bestrebungen der USA gegeben die Kontrolle über die Entwicklung auf der Welt zu erreichen. Der Zerfall der Sowjetunion und die politischen Veränderungen in Osteuropa haben die geostrategischen Verhältnisse in Europa grundlegend verändert. Da Deutschland nun mit einer Stimme spreche, sei ein konstruktiver Dialog mit Russland für den gesamten Kontinent von großer Bedeutung.

Der Zeigefinger ist nicht besser als der Mittelfinger

Egon Bahr und Valentin Falin seien Mitbegründer der neuen Sicherheitsstruktur gewesen, die im Abschlussdokument von Helsinki fixiert wurde und das auch die Unterschriften von Helmut Schmidt und Erich Honecker trägt, hob der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE im Bundestag, Wolfgang Gehrcke, hervor. Damals seien wichtige Voraussetzungen geschaffen wurden, um „die Androhung der Gewalt durch die Androhung von Frieden“ zu ersetzen. Heute sei jedoch der Kalte Krieg wieder traurige Realität. Und als habe man nichts aus der eigenen Geschichte gelernt, erhebe die deutsche Regierung schulmeisterlich den Zeigefinger gegenüber Russland und auch Griechenland, versuche sogar, ökonomische Gewalt auszuüben. „Dabei hätten Deutschland und Russland genügend gemeinsame Aufgaben zu lösen“, meinte der Linken-Politiker. Wenn die europäischen Regierungen nicht souverän genug seien, um dem Druck der USA standzuhalten, müssten die Bevölkerungen dieser Länder, wie sie es in der Vergangenheit immer wieder getan haben, ihrerseits Druck auf ihre Führungen machen, um Frieden und Verständigung durchzusetzen. In diesem Zusammenhang regte er eine Weltfriedenskonferenz an.

Auf die Rolle der Medien in den gegenwärtigen Spannungen zwischen Ost und West ging die Journalistin und einstige Kandidatin der Linken für das Amt des Bundespräsidenten, Luc Jochimsen, ein und kritisierte die oft unausgewogene



Berichterstattung über Russland und den Ukraine-Konflikt sowohl in den privat geführten, wie auch in den öffentlich-rechtlichen Medien. Die Gründe dafür sieht sie zum einen in fehlender Kenntnis von Tatsachen und Zusammenhängen, aber auch in vorgegebenen Tendenzen und vermeintlichen marktpolitischen Zwängen. „Die Darstellung von Gewalt und Schrecken verkauft sich besser und könnte auch der eigenen Karriere förderlicher sein, als langweiliger Frieden“, meinte sie.

In speziellen Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen wurden auf der Konferenz neben dem Leitthema Sicherheit und Abrüstung auch Fragen der Zusammenarbeit in der Kultur, der Bildung, der Umwelt, von Wissenschaft und Technik sowie des Tourismus besprochen.

Auf der Abschlussveranstaltung wurden die Eckpunkte eines Ergebnisdokuments erörtert, das in Kürze veröffentlicht werden soll. Auf die Frage von Pressevertretern nach einer möglichen Konferenz „Helsinki II“, zeigte sich Rainer Braun, IPB, überzeugt, dass es eine Fortsetzung geben werde. „Es gibt heute hinsichtlich der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa immer noch und wieder Probleme, die nur gemeinsam gelöst werden können und die Übereinkunft von vor vierzig Jahren hat gezeigt, dass bei gutem Willen aller Beteiligten konstruktive Lösungen erreicht werden können.“ Sehr gut könne er sich eine Fortsetzung der Moskauer Konferenz des IPB und der Rosa-Luxemburg-Stiftung im kommenden Jahr, möglicherweise in Berlin, vorstellen.

Abschließender Höhepunkt der Konferenz war eine Tanz-Performance des Ensembles „Shto delat?“ mit dem Titel „Leere Blätter“, die verdeutlichen sollte, dass Worte wieder vom Papier gelöscht werden, auf das sie geschrieben sind, wenn ihnen keine Taten folgen.

Aus der internationalen Linken

Rote Punkte auf dem Balkan

Sympathiewelle und die Option der „nova levica“: Der Erfolg von SYRIZA dynamisiert eine sich neu formierende Linke in Südosteuropa.

Von Boris Kanzleiter, Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Südosteuropa mit Sitz in Belgrad; aus: www.rosalux.de

Der Wahlerfolg von SYRIZA bei den Parlamentswahlen in Griechenland im Januar 2015 sorgt für anhaltende Turbulenzen. Obwohl die neue Athener Linksregierung bei den Verhandlungen mit der Eurogruppe und den „Institutionen“ bisher nur bescheidene Erfolge erzielte, ist es zunächst der Wahlsieg an sich, der eine wichtige Botschaft sendet: Die Linke kann eine Mehrheit der Bevölkerung mobilisieren. Das Athener „Jetzt reicht es!“ öffnete in diesem Frühjahr Raum für die Stärkung linker Akteure, vor allem in den Kri-

senländern Südeuropas. Der Fortgang der Konfrontation zwischen der griechischen Linksregierung mit ihrer im Grunde bescheidenen Forderung nach einer sozial gerechten Wachstumsstrategie und dem rigiden Beharren der Eurogruppe auf neoliberaler Austeritätspolitik wird weitreichende Auswirkungen auf die europäische Politik haben.

Kaum analysiert wird bisher, welche Folgen die Entwicklungen in Griechenland in seiner unmittelbaren Nachbarschaft in Südosteuropa haben. Dabei findet das griechische Drama in der Region ein starkes Echo. Hier soll zunächst auf die Gründe für die starken Reaktionen der Öffentlichkeiten in Südosteuropa auf den SYRIZA-Wahlsieg eingegangen werden. Anschließend werden anhand von Slowenien, Kroatien und Serbien drei Länder genauer in den Blick genommen, in denen sich in unterschiedlichen Formen neue linke Akteure artikulieren, welche durch den SYRIZA-Wahlsieg gestärkt werden.

Der Wahlsieg von SYRIZA bei den Parlamentswahlen in Griechenland am 25. Januar war in allen Ländern Südosteuropas ein bedeutendes Medienereignis. Es wurde nicht nur – wie wahrscheinlich in ganz Europa – ausführlich über den Wahlkampf, das Wahlergebnis und die Verhandlungen mit der Eurogruppe berichtet. Es ist vielmehr vor allem die plötzliche Sympathie für eine Option der „radikalen Linken“ in den Ländern der Region selbst, welche für anhaltende Aufmerksamkeit sorgt.

In Bulgarien beispielsweise erklärten in einer Umfrage des staatlichen Fernsehsenders 55 Prozent der Befragten, dass sie eine „ultralinke Partei ähnlich SYRIZA“ (so lautete die Fragestellung) unterstützen würden. In vielen Ländern der Region setzte nach dem 25. Januar unmittelbar die Suche nach „unserem Tsipras“ oder „unserer SYRIZA“ ein. Dabei sind es nicht nur Akteure der bisher schwachen sozialistischen Linken, die Zugang zu einer breiteren medialen Öffentlichkeit erreichen. Auch liberale und sogar konservativ-nationalistische Politiker versuchen auf die Sympathiewelle aufzuspringen. In Serbien beispielsweise signalisiert der Fraktionsvorsitzende der liberalen Demokratischen Partei (DS), Borko Stefanović, dass er viele Vorschläge von SYRIZA unterstütze.

Es scheinen vor allem vier Faktoren zu sein, welche die Sympathiewelle für SYRIZA erklären können:

Erstens durchliefen viele Länder der Region einen strukturell ähnlichen Krisenzyklus wie Griechenland. Südosteuropa ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 besonders stark betroffen. Die ganze Region hat sich vom tiefen Einbruch der Wirtschaftsleistung 2009 nicht erholt. Arbeitslosenzahlen steigen auf Rekordniveau, vor allem die Jugendlichen sind betroffen. Auch die Krisenüberwindungsstrategien der Eliten sind nach dem Modell der Memoranden gestrickt, die Griechenland auferlegt wurden. In fast allen Ländern der Region kam es in den vergangenen sechs Jahren zu einer aggressiven Durchsetzung von Austeritätspolitik mit allen ihren Registern: Lohnsenkungen, Rentenkürzungen, forcierte Privatisierungen sowie neoliberale Reformen der Arbeitsgesetzgebung in Richtung Deregulierung und Flexibilisierung.

Zweitens brachen im Kontext der Krise oft spontane Sozialproteste aus. Besonders kraftvoll waren sie in Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Bulgarien. Seit Beginn dieses Jahres zieht Mazedonien mit einer Massenmobilisierung der Studierenden und SchülerInnen nach. Die Mobilisierungsfor-



men und das Aktionsrepertoire korrespondieren oft mit den Krisenprotesten in anderen Ländern der europäischen Peripherie und teilweise auch mit dem „Arabischen Frühling“. Die Artikulation politischer Forderungen blieb aber meist diffus. Es kam bisher kaum zum Aufbau dauernder Allianzen oder internationaler Vernetzung. Im Kontext der Krisenproteste wurden aber zumindest in Teilen der Bewegungen die Proteste des Syntagma-Platzes und der Aufstieg von SYRIZA in Griechenland zu einem Referenzpunkt.

Ein dritter Faktor für die Neugierde auf SYRIZA ist das Vakuum im linken Teil des politischen Spektrums. Abgesehen von wenigen Ausnahmen haben sich die ehemaligen kommunistischen Parteien der Region bereits am Beginn der 1990er Jahre zu Trägern der neoliberalen Transitionspolitik gewandelt. In Südosteuropa sind diese Parteien mit Ausnahme der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) alle Mitglieder der Sozialistischen Internationale und stehen dort oft auf dem rechten Flügel. Keine ehemalige kommunistische Partei in der Region hat sich in Richtung einer linkssozialistischen Partei entwickelt wie die PDS bzw. DIE LINKE in Ostdeutschland. Im Kontext der europäischen Krisenproteste seit 2008 und der Formierung relativ starker linkssozialistischer Parteien wie SYRIZA oder DIE LINKE wächst das Interesse der Öffentlichkeit für die politische Option einer „linken Linken“.

Viertens scheint auch ein Generationswechsel zur Öffnung des politischen Raumes für eine neue Linke beizutragen. In den vergangenen Jahren tritt eine neue Generation von jungen Erwachsenen in den politischen Raum, die erst im Kontext der scharfen Wirtschaftskrise der vergangenen sechs Jahre politisiert wurden. Obwohl in dieser Generationenkohorte weiterhin wie bisher eine konservative, neoliberale oder rechtsextremistische Orientierung vorherrscht, ist sie doch nicht mehr so sehr vom aggressiven Antikommunismus der 1990er und beginnenden 2000er Jahre durchdrungen. Den neoliberalen Transitionseliten fällt es zunehmend schwerer, die aktuellen sozialen und politischen Probleme als Hinterlassenschaften des „Sozialismus“ zu erklären. In bestimmten Milieus setzt zunehmend eine antikapitalistische Problemattributions ein. Es ist vor allem diese junge Generation, welche die neuen linken Akteure formiert, die sich in den vergangenen Jahren etablieren konnten. Die Option der „Neuen Linken“ (nova levica) wird dabei zunehmend attraktiv auch für andere Akteure, vor allem Gewerkschafter/-innen und Intellektuelle.

Historischer Erfolg mit antikapitalistischer Politik

Der sichtbarste Erfolg eines Akteurs der neuen Linken in Südosteuropa ist die Entwicklung der Vereinigten Linken (Združena levica – ZL) in Slowenien. Diese Koalition aus den drei Parteien Initiative für Demokratischen Sozialismus (IDS), Partei für Nachhaltige Entwicklung (TRS) und Demokratische Arbeiterpartei (DSD) ist erst vor einem Jahr – am 1. März 2014 – gegründet worden. Bereits einige Wochen später bei den Europawahlen im Mai 2014 erzielte die Liste 5,4 Prozent, erhielt aufgrund der hohen Prozhürde in Slowenien allerdings kein Mandat im Europaparlament. Nach einem kräftezehrenden „no budget“-Wahlkampf klappte es dagegen bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juli 2014. Die ZL erzielte knapp 6 Prozent und zog mit sechs Abgeordneten in das Parlament ein. Bei Kommunalwahlen im Oktober konnten in den meisten Orten, in denen die ZL kandidierte, ein weiteres Mal gute Ergebnisse erzielt werden.

Mittlerweile kann sich die Vereinigte Linke weiter stabilisieren. Nach einer aktuellen Umfrage der führenden Tageszeitung Delo ist sie ein Jahr nach ihrer Gründung mit 10,3 Prozent zur drittstärksten Partei avanciert und damit stärker als die Sozialdemokraten.

Unter den zehn populärsten PolitikerInnen Sloweniens sind gleich drei Abgeordnete der ZL, angeführt vom 27-jährigen Fraktionsvorsitzenden Luka Mesec, der durch seine Eloquenz und Überzeugungskraft in der Öffentlichkeit als die Führungsfigur der Vereinten Linken wahrgenommen wird. Auch wenn man die Bezeichnung „historisch“ nicht inflationär gebrauchen sollte, lässt sich damit der Erfolg der Vereinigten Linken in Slowenien am besten beschreiben. Denn zum ersten Mal seit 1989 wurde in einem Land Osteuropas eine neu gegründete Partei ins Parlament gewählt, die explizit antikapitalistisch argumentiert. Die ZL hat sich nicht nur einen „Demokratischen Sozialismus“ und die Einführung der „Arbeiterselbstverwaltung“ auf die Fahnen geschrieben, sondern auch den Kampf für die Rechte von sexuellen Minderheiten, die Legalisierung von Marijuana und die Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas.

Die Vereinigte Linke geht aus einem spezifischen politischen Kontext hervor. Vor dem Hintergrund der relativen Stärke und Produktivität der slowenischen Industrie konnten die Gewerkschaften am Beginn der 1990er Jahre verhindern, dass der Kurs der neoliberalen Schocktherapie eingeschlagen wurde, der in den meisten anderen osteuropäischen Ländern dominierte. Stattdessen wurde ein graduelles Modell der Transition etabliert. Die Durchsetzung neoliberaler Strukturereformen erfolgte erst im Kontext der EU-Integration 2004. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 wurde Slowenien dann vom Musterland zum Kandidat für den Europäischen Stabilisierungsmechanismus ESM und stürzte in eine tiefe Rezession.

Eine politische Reaktion auf die Krise waren monatelange Massenproteste im Winter 2012/2013, in Slowenien kurz „Volksaufstand“ genannt. In den Protesten mischte sich ähnlich wie in der Indignados-Bewegung in Spanien sozialer Protest mit einer Ablehnung von „korrupten“ Politikern aller etablierten Parteien, in Spanien „la casta“ genannt. Die Proteste brachten zwei Regierungen zu Fall und wirbelten die Parteienlandschaft durcheinander.

Linke Gruppen wie die bereits seit 1997 bestehende Arbeiter- und Punker-Universität (Delavsko-punkerska univerza, DPU), eine Gruppe von jungen marxistischen Intellektuellen und AktivistInnen, agierten in der Protestbewegung. Aus diesem Zusammenhang entstand die Initiative für Demokratischen Sozialismus (IDS), die wesentlich zur Formierung der Vereinigten Linke beitrug.

Aufgrund des Verlaufs von Transition und Krise verfügt in Slowenien die sozialistische Linke über eine größere Legitimität als in den meisten anderen Ländern Osteuropas. Der wirtschaftliche Absturz erfolgte nicht Anfang der 1990er Jahre, sondern über zehn Jahre später und konnte daher auch nicht zu einer „Folge des Sozialismus“ erklärt werden. Die Strukturkrise in Slowenien ist offenkundig eine Folge der neoliberalen EU-Integration und der Eurokrise. Das verbessert die Sprechposition der Linken.

Dazu kommt, dass in Slowenien das Erbe des antifaschistischen Volksbefreiungskampfes noch immer über eine hohe Legitimität verfügt. Trotz aller Demontageversuche der geschichtsrevisionistischen Rechten bleibt der Partisanen-



mythos bestehen. Die Vereinigte Linke hat in diesem Kontext gute Chancen, sich dauerhaft als ein wichtiger politischer Faktor zu etablieren.

Zwischen Frauenfront und „kroatischer SYRIZA“

Auch in Kroatien ist in den vergangenen Jahren das Parteiensystem in Bewegung geraten. Ähnlich wie in Slowenien öffnet sich dabei auch ein politischer Raum für eine neue Linke. Indikatoren dafür sind Phänomene wie die Hrvatski Laburisti – Stranka rada (Kroatische Arbeiter – Partei der Arbeit), die Partei für Nachhaltige Entwicklung Kroatiens (Održivi razvoj Hrvatske – ORaH) und die Bewegung Lebende Wand (Živi zid), die in den vergangenen Jahren beachtliche Wahlerfolge erzielen konnten.

Alle drei Formationen sind zwar politisch diffus und organisatorisch instabil, positionieren sich aber tendenziell links der Sozialdemokratie (SDP). Die Kroatischen Arbeiter des Gewerkschaftsfunktionärs Dragutin Lesar thematisieren soziale Ungerechtigkeit. ORaH wurde von der abtrünnigen SDP-Abgeordneten und ehemaligen Umweltministerin Mirela Holy gegründet und betont ökologische Fragen. Die Bewegung Lebende Wand mobilisiert gegen Zwangsräumungen und die Beschlagnahme von Wertgegenständen durch Gerichtsvollzieher. Ihr Sprecher Ivan Vilibor Sinčić erreichte in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen im Dezember 2014 überraschende 16,4 Prozent.

Ein wesentlich klareres linkssozialistisches Profil hat die neu gegründete Front der Arbeiter (Radnička Fronta, RF), die sich selbstbewusst als „kroatische SYRIZA“ präsentiert. In der RF sind AktivistInnen aus linken antikapitalistischen Gruppen und einige Gewerkschafter aktiv. Die Organisationsstruktur ist noch schwach und auf einige Städte (Zagreb, Osijek, Rijeka, Pula, Split) beschränkt. Dennoch konnte die RF innerhalb weniger Monate an erheblicher medialer Präsenz gewinnen und wird zu den kommenden Parlamentswahlen antreten, die voraussichtlich im Spätherbst 2015 stattfinden.

Für die mittelfristig mögliche Etablierung einer Partei der sozialistischen Linken oder – vielleicht sogar erfolgsversprechender – einer antikapitalistischen Rot-Grünen Wahlallianz ist vor allem die Positionierung der linksorientierten Nichtregierungsorganisationen, aktivistischen Gruppen, Gewerkschafter/-innen und kritischen Intellektuellen entscheidend. In diesem Bereich einer „gesellschaftlichen Linken“ kam es in den vergangenen Jahren zu bedeutenden Entwicklungen. Vor allem die Proteste an den kroatischen Universitäten 2009 waren eine wichtige Zäsur. In der 35-tägigen Blockade der Fakultäten in Zagreb und anderen Städten entwickelte sich eine Massenbewegung mit einer antikapitalistischen Ausrichtung. 2010 kam es in Zagreb zu starken Protesten gegen die Kommodifizierung urbaner Räume. Ausgehend von diesen beiden Bewegungen – und vielen anderen Protesten wie die Bewegungen gegen den Beitritt Kroatiens zu NATO und EU – entwickelte sich eine junge radikale Linke, die sich seither in Bereichen von Wissenschaft, Kultur, Medien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen etablieren kann.

Die Trägergruppen der Studierendenproteste von 2009/2010 haben beispielsweise das „Subversive Festival“ organisiert, das zwischen 2011 und 2013 eines der größten Treffen linker Intellektueller in Europa darstellte. Im Medienbereich konnte sich eine Reihe von linken Journalist/-innen als Träger/-innen eines antikapitalistischen Diskurses etablieren.

2012 wurde die qualitativ ausgesprochen gute kroatische Ausgabe von „Le Monde Diplomatique“ gegründet. Linke Aktivist/-innen begannen eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem klassenkämpferischen Teil der Gewerkschaften. Eine Frauenfront für Arbeitsrechte und soziale Rechte (Ženska fronta za radna i socijalna prava) wurde gegründet, die linke und feministische NGOs und Frauensektionen der Gewerkschaften vereint. Eine erfolgreiche Kampagne linker Gruppen mit Gewerkschaften gegen die Privatisierung der Autobahnen wurde durchgeführt, ebenso Projekte zur Etablierung lokaler Wirtschaftskreisläufe.

Sprung über den Schatten des Milošević-Erbes

In Serbien erlebt die emanzipatorische neue Linke einen Aufschwung. Der sichtbarste Ausdruck ist die Gründung des Linken Serbischen Gipfels (Levi samit Srbije, LSS) im Dezember 2013. In diesem Netzwerk haben sich mittlerweile etwa 20 Organisationen aus sieben Städten zusammengeschlossen. Es handelt sich dabei um lokale Gewerkschaftsgruppen, Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen und linke aktivistische Gruppen.

Das Netzwerk konnte eine gewisse Präsenz in den Mainstream-Medien erreichen. Seine Stärke und Schwäche zugleich ist die dezentrale Struktur. Einerseits ist die Breite der Koalition anziehend für neue Akteure. Andererseits hemmt die Netzwerkstruktur die Entwicklung eines gemeinsamen Profils. Dennoch wird LSS mittlerweile auch vom größten Gewerkschaftsverband in Serbien als ein relevanter Gesprächspartner betrachtet. Eine Parteigründung wird vom LSS angestrebt, allerdings erst, wenn sich die politischen und organisatorischen Bedingungen dafür deutlich verbessert haben.

Auch wenn der LSS bisher noch schwach ist, baut er auf eine Reihe von bedeutsamen Kämpfen auf. Ein Teil des LSS geht aus Protesten gegen kriminelle Privatisierungspraxen hervor. Hervorzuheben ist hier der symbolträchtige Kampf der Beschäftigten der Arzneimittelfabrik Jugoremedija in Zrenjanin. Die 500 Beschäftigten konnten ihren Betrieb durch eine Besetzung und jahrelange Proteste zwischen 2004 und 2007 zunächst retten. Aufgrund der aggressiven Obstruktionspolitik staatlicher Organe ist das Experiment der Belegschaftsselbstverwaltung in Jugoremedija mittlerweile zwar gescheitert. Eine Gruppe von ehemaligen Beschäftigten von Jugoremedija sind aber die Initiatoren für den LSS, der Kontakte zu zahlreichen Belegschaften in ganz Serbien unterhält, die durch ähnliche Konflikte gegangen sind. Der zweite Hauptbestandteil des LSS sind Aktivist/-innen, die sich im Rahmen der Fakultätsbesetzungen gegen Studiengebühren an der Belgrader Universität 2006 und anderen Protesten politisiert haben. Auch die linksorientierte Grüne Jugend Serbiens engagiert sich im LSS.

Im Vergleich zu Slowenien und Kroatien sind die Ausgangsbedingungen für die Konstituierung eines politischen Subjektes der Linken in Serbien allerdings deutlich schwieriger. Zum einen ist die soziale Lage in Serbien noch prekärer als in Slowenien und Kroatien. Der Durchschnittslohn liegt derzeit bei etwa 350 Euro im Monat. Die konservativ-neoliberale Regierung führt ein scharfes Austeritätsprogramm durch. Viele Bürger/-innen leben im materiellen Existenzkampf buchstäblich von der Hand in den Mund. Mehrere hunderttausend Jugendliche sind seit Beginn der 1990er Jahre ausgewandert. Frustration und soziale Desintegration



prägen die gesellschaftliche Realität. Zur prekären Existenz der Mehrheit der Bevölkerung tritt politische Desorientierung. Ein politisches Koordinatensystem, in dem linke, liberale und rechte Strömungen klar zu verorten wären, existiert nicht. Während in Kroatien in der Kriegszeit in den 1990er Jahren die regierende rechtsnationalistische Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) unter Franjo Tudjman auch eine rechts-nationalistische Politik betrieb, war in Serbien die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) von Slobodan Milošević an der Macht. Die Regierungspraxis der SPS war ebenfalls von einer nationalistischen Mobilisierung geprägt. Wie in Kroatien wurden auch in Serbien Privatisierungsprozesse eingeleitet, und eine kleptokratische Kriegselite konnte sich im Kontext einer „primitiven Akkumulation“ die Produktionsmittel aneignen. Milošević verbrämte diese Prozesse aber mit einer sozialistischen Rhetorik.

Diese Konstellation hält bis heute an. In der derzeitigen Regierungskoalition, die von der neoliberalen rechtskonservativen autoritären Serbischen Fortschrittspartei von Premierminister Aleksandar Vučić geführt wird, sind auch die SPS und die SPS-Abspaltung Bewegung der Sozialisten (PS) vertreten. Insbesondere die kleine PS profiliert sich dabei in ähnlicher Form wie die Milošević-Sozialisten der 1990er Jahre. Ihr Parteivorsitzender Aleksandar Vulin gilt als nationalistischer Hardliner und steht der Serbischen Orthodoxen Kirche nahe. Als langjähriger Redakteur der Zeitschrift Pečat (Der Stempel) trägt er Verantwortung für die Verbreitung von aggressiver Homophobie und Xenophobie. Als amtierender Arbeitsminister setzte er im Juli 2014 eine neoliberale Reform des Arbeitsgesetzes durch, gegen die alle Gewerkschaften mobilisierten. Das hindert Vulin aber nicht, sich weiterhin als „kämpferischer Linker“ zu präsentieren.

Der demagogische Umgang mit dem in Serbien noch immer positiv besetzten Erbe des historischen Sozialismus durch die neoliberalen und nationalistischen Regierungsozialisten macht die Artikulation emanzipatorischer linker Politik daher ungleich schwerer als in Kroatien oder Slowenien. Die Linke in Serbien muss sich nicht nur gegen den neoliberalen Mainstream artikulieren, sondern auch den Unterschied zu den wesentlich mächtigeren „rechten Regierungslinken“ deutlich machen, die über hervorragende Verbindungen zu Medien, Wirtschaftseliten und auch Repressionsapparaten wie Geheimdiensten verfügen.

Ein Problem besteht in diesem Kontext auch im Agieren von Kräften der internationalen Linken. Der Charakter des Milošević-Regimes und seiner Nachfolger wird in Segmenten der internationalen Linken noch immer falsch eingeschätzt. Es kommt dabei zu paradoxen Situationen. So hat beispielsweise SYRIZA ein Bündnis mit der PS von Arbeitsminister Vulin geschlossen. Im Dezember 2014 kam Alexis Tsipras auf Einladung von Vulin sogar nach Belgrad. Das Verbindungsglied in der merkwürdigen Allianz zwischen der Anti-Austerität-Partei SYRIZA und den nationalistischen Pro-Austerität-Kräften um Vulin liegt in der Zelebrierung der historisch und religiös begründeten serbisch-griechischen Freundschaft.

Hier wird der Unterschied zu Slowenien und Kroatien deutlich: Während die Besuche Tsipras' beim „Subversive Festival“ in Zagreb 2013 und beim Gründungskongress der Vereinten Linken im März 2014 einen Schub für die neue Linke brachten, führte sein Besuch in Belgrad im Dezember 2014 zu Kopfschütteln in der progressiven Öffentlichkeit.

Ironischerweise war es am 15. Februar 2015 dann doch wieder nur der LSS, der sich mit einer Kundgebung in Belgrad am internationalen Solidaritätstag mit Griechenland beteiligte, während Vulin Tsipras rät, auf den Kurs der Austeritätspolitik umzuschwenken.

Politischer Wandel in Spanien

Von Pedro Chaves Giraldo, Führungsmitglied der Vereinten Linken (IU), 28. Mai 2015; aus: www.transform-network.net

Der wichtigste und unmittelbarste Schluss aus den spanischen Kommunal- und Regionalwahlen vom 24. Mai: In unserem Land hat sich ein politischer Wandel von bisher unerreichtem Maße vollzogen. Die neue politische Landkarte gibt Anlass zur Hoffnung auf tatsächliche Veränderung.

Die rechte Volkspartei (Partido Popular – PP) schaffte es, ihren Status als stimmenstärkste Partei zu verteidigen, wenn auch nur knapp. Seit der letzten Wahl verlor sie mehr als 2,5 Millionen und damit mehr als 10 Prozent ihrer Stimmen. Während die PP-Regierung in den Parlamentswahlen 2011 auf 45,7 Prozent der Stimmen kam und 37,5 Prozent bei den Kommunalwahlen 2011 für sich verbuchen konnte, stürzten ihre Zustimmungswerte nun auf bloße 27 Prozent ab. Letzten Endes hat sie nun die absolute Mehrheit in all jenen autonomen Gebieten verloren, in denen sie bisher an der Macht war. Das bedeutet also, dass die Partei, die ihre Austeritätspolitik mit all ihren Einsparungsmaßnahmen durchgepeitscht hat und dadurch die Lebensqualität der Menschen in unserer Gesellschaft so stark eingeschränkt hat, im Zuge dieser Wahl endlich die Rechnung serviert bekam. Interessant ist hier auch, dass sich erstmals Korruptionsskandale in Wahlergebnissen niedergeschlagen haben. Ein schockierendes Detail aus den Wahlen von 2011 ist nämlich, dass korrupte Politiker/-innen gleich viele oder mehr Stimmen, als der Parteidurchschnitt erhalten hatten. Nun scheint es jedoch, als hätte dieses Phänomen ein Ende gefunden, was für eine gute politische Kultur unverzichtbar ist.

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist der Niedergang des wichtigsten Referenzpunktes des spanischen Übergangs zur Demokratie: Das Zwei-Parteien-System, das in der spanischen Politik bisher für eine Art institutionalisierten Wechsel und die Annäherung zwischen PP-Regierungen und jenen der Sozialdemokrat/-innen (Partido Socialista Obrero Español – PSOE) gesorgt hatte. Die beiden Parteien brachten es bei Lokal-, Regional- und Parlamentswahlen zu Spitzenzeiten schließlich auf 85 Prozent der gesamten Stimmen.

Bei dieser Wahl erreichten die beiden „Großparteien“ jedoch nur 52 Prozent der Stimmen. Damit setzte sich ein Trend fort, der bei den letzten Europawahlen eingesetzt hatte. Damit entsteht auf Lokal- und Regionalebene ein völlig neues Bild: die Fragmentierung der Parteienlandschaft und neue Koalitionsmöglichkeiten. Nun wird die Positionierung der neuen Akteur/-innen (besonders Podemos und Ciudadanos) auf der Links-Rechts-Achse interessant.

Variable, die wir nicht unter den Tisch fallen lassen dürfen, sind mögliche Vereinbarungen zwischen PP und PSOE im Namen der Regierungsführung und der „allgemeinen Interessen Spaniens“, die sich gegen das Schreckgespenst der institutionellen Instabilität richten.



Der Versuch, mit der Gründung von Ciudadanos dem Stimmtransfer zwischen den politischen Blöcken vorzubeugen, hatte geringere Auswirkungen als erwartet. Die Rechtspartei Ciudadanos, die besonders mit Wirtschaftsthemen zu punkten versucht (sie wurde auch bekannt als Partei des Ibex 35, des Börsenindex, der die 35 größten spanischen Unternehmen umfasst), und verhindern sollte, dass gesellschaftliche Unzufriedenheit sich in Stimmen für die linken Parteien äußert, fuhr im Gegensatz zu den Meinungsumfragen sehr bescheidene Ergebnisse ein. Ihre Rolle wird jedoch in wichtigen Gemeinden und Regionen wie Madrid, La Rioja und Murcia noch zum Tragen kommen.

Podemos hat bei seinen ersten Kommunal- und Regionalwahlen ausgezeichnete Ergebnisse erzielt. Die Bewegung hat sich als die dritte oder vierte wahlpolitische Kraft etabliert und wird damit zu einem Schlüsselfaktor für den politischen Wandel in Kommunen wie Madrid, Pais Valencia, Illes Balears, Castilla-La Mancha und Aragón.

Hier sind jedoch noch zwei Anmerkungen angebracht: Zum einen fielen die Wahlergebnisse von Podemos niedriger aus, als dies von den Meinungsumfragen vorhergesagt wurde, und blieben auch unter den parteieigenen Erwartungen zurück. Zweitens handelt es sich bei Podemos nicht um die einzige Partei, die in puncto Stimmenzuwachs, Präsenz und politische Fürsprache Fortschritte verzeichnen kann.

Als multinationaler Staat dürfen wir das linke Wahlbündnis Compromís in der autonomen Gemeinschaft Valencia, Més auf den Balearen, Geroa Bai oder Bildu in Navarra (im Baskenland, Katalonien, Galizien und Andalusien fanden nur Lokalwahlen statt) nicht vergessen. Sowohl in der Gemeinschaft Valencia als auch in Navarra rangiert Podemos hinter den linken nationalistischen Kräften und auf den Balearen nur knapp vor den nationalistischen Parteien. Dies ist ein äußerst interessantes Phänomen, da Podemos in diesen Regionen offensichtlich keine Konkurrenz für die links-nationalistischen Kräften darstellt, die dort gefestigte Positionen einnehmen.

Ein weiteres äußerst ermutigendes Ergebnis stellt die Tatsache dar, dass bei den Kommunalwahlen die Kandidaturen der sozialen und politischen linken Wahlbündnisse sehr erfolgreich waren. In Städten wie Madrid, Barcelona und Zaragoza wurde sie zur stärksten oder zweitstärksten Kraft gewählt und verbesserten beinahe überall die Ergebnisse der anderen alternativen linken Kräfte, die zur Wahl standen. Izquierda Unida erreichte bei den Kommunalwahlen exzellente Ergebnisse – mehr als 1,5 Mio. und damit mehr als 7 Prozent der Stimmen. Damit hält sie ihre bisherige Anzahl an Gemeinderäten. Die Ergebnisse der Partei bei den Regionalwahlen waren hingegen enttäuschend.

Meiner Meinung nach ist es wichtig, dass in unserem Land neuer Raum für politischen Wandel geschaffen wird, der den politischen Kräften der linken Alternative unzählige Möglichkeiten für den gegenseitigen Austausch und Zusammenarbeit bietet. Es liegt in unserer Verantwortung, den Erfolg unserer Träume und Visionen von einer gesellschaftlichen Veränderung auf der Seite der Linken sicherzustellen, die einen politischen Wandel herbeisehnt. Dieser Wunsch äußert sich in der Gründung von linken Wahlbündnissen, die zeigen, welcher Stellenwert der nötigen Besinnung auf Gemeinsamkeiten zukommt.

Alberto Garzón: „Das Wahlergebnis ist für uns eine Aufforderung zum Neuaufbau der IU“

Interview mit Alberto Garzón, Spitzenkandidat der Vereinigten Linken (IU) für die spanischen Parlamentswahlen im November 2015, 1. Juni 2015.

Interviewer: Aitor Riveiro; aus: www.transform-network.net

Obwohl die Lokal- und Regionalwahlen am Sonntag, dem 24. Mai 2015 über die Bühne gegangen waren, gönnt sich der IU-Spitzenkandidat keine Pause und geht nun nahtlos zur Vorbereitung der bevorstehenden Parlamentswahlen über. Er nimmt an Meetings teil, pflegt Medienkontakte und will nach der Wahlniederlage vom 24. Mai seine politische Organisation „neu aufbauen“: „Wir sind die Patriot/-innen der IU und wir wollen die Organisation für den gesellschaftlichen Transformationsprozess erneuern.“

Für Garzón sind die Lehren, die aus den Lokal- und Regionalwahlen gezogen werden können, klar: „Für die kommenden Wahlen müssen wir den basisdemokratischen Prozess einer Vereinigung der transformatorischen Kräfte starten.“ Seiner Meinung nach sollten alle, die die Gesellschaft verändern wollen – und somit auch Podemos – an diesem Projekt beteiligt werden. „Sie haben bei den Regionalwahlen durchschnittlich 14 Prozent erreicht, jedoch kann man mit 14 Prozent nicht die Gesellschaft verändern“, so Garzón.

● Ist die IU mit den Wahlergebnissen vom 24. Mai zufrieden?

Nein. Um Politik betreiben zu können, muss man ehrlich und konsequent sein. Das Gesamtergebnis ist schlecht. Es stimmt zwar, dass wir auf kommunaler Ebene einige Mandate dazugewinnen konnten, wenn man IU-Kandidat/-innen mitzählt, die für Listen der linken Wahlbündnisse [sog. Listen der *unidad popular*, Anm.] angetreten sind, jedoch müssen wir aus den Regionalwahlen den Schluss ziehen, dass wir die IU neu aufbauen müssen.

● Wie wollen Sie die Partei neu aufbauen?

Der Weg erscheint mir klar und führt über die *unidad popular* – nicht nur für die IU, sondern für die gesellschaftliche Mehrheit und für die Bürger/-innen, weil keine politische Gruppierung dieses Land im Alleingang verändern kann. Wenn die Kräfte der Linken und die sozialen Bewegungen mit gemeinsamen Wahllisten antreten, wird das von den Wähler/-innen geschätzt und belohnt.

● Die IU hat die *unidad popular* immer verteidigt und sich selbst als Impulsgeber dafür definiert. Hat die IU nach dem Wahlergebnis vom 24. Mai diese Rolle verloren?

Das Konzept der *unidad popular* ist sehr breit angelegt und beinhaltet eine strategische Wahlkomponente, wie etwa das Übereinkommen, gemeinsam bei Wahlen anzutreten, aber auch eine soziale Komponente des gesellschaftlichen Kampfes. Die *unidad popular* vereint die Kräfte der *Mareas* (Protestbewegungen zur Verteidigung des öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesens, bei denen sich die Arbeiter/-innen des öffentlichen Dienstes mit Elterninitiativen,

Patient/-innen- und Flüchtlingsgruppen zusammenschlossen), der Bewegung gegen Zwangsräumungen PAH (Plattform zur Unterstützung von Betroffenen der Krise, die ihre Hypotheken nicht mehr bedienen können) sowie verschiedene andere Demonstrations- und Streikbewegungen. Daher ist die *unidad popular* transversal und parteiübergreifend. Niemand fragt nach dem Parteiausweis, wenn man eine Zwangsräumung stoppen oder das öffentliche Gesundheitswesen verteidigen will. Die IU war an allen Prozessen mitbeteiligt – sowohl jenen, die mit Wahlen zu tun hatten, als an den jenen die nicht mit Wahlen zusammenhingen. Die *unidad popular* kann allerdings weder vorrangige Akteur/-innen, noch eine/n einzige/n Vertreter/-in haben. Wenn das eine einzelne Kraft behaupten würde, wäre das eine zutiefst unehrliche Vereinnahmung. Das haben wir auch aus der 15-M-Bewegung gelernt. Ich war dort, ich habe damals die Forderungen der Bewegung im Fernsehen verteidigt, aber ich war nicht der Sprecher der 15 M-Bewegung.

● **Die soziale Komponente ist nicht leicht zu definieren, aber die Wahlkomponente ist quantifizierbar und man kann daran ablesen, wie die verschiedenen Wahlbündnismodelle am 24. Mai abgeschnitten haben. Welchen Schluss ziehen Sie aus den unterschiedlichen Wahlergebnissen?**

Die gemeinsamen Kandidaturen waren zum Teil schon zur Gänze entwickelt und zum Teil nicht. Der Kontext, die Umstände, die Überzeugungen und der Rhythmus waren jeweils unterschiedlich. Daraus leiten sich die verschiedenen Ergebnisse ab. Ich glaube, dass wir in Spanien noch nie so viele gute Wahlergebnisse in großen Städten wie Barcelona, Madrid, Zaragoza, Santiago oder A Coruña für uns verbuchen konnten; darüber hinaus verzeichneten wir auch eine Reihe guter Wahlergebnisse in Salamanca, Valencia und Burgos. Dieser Erfolg ist leider auf regionaler Ebene ausgeblieben. Da haben sich zum Teil andere politische Akteur/-innen durchgesetzt, aber die politische Landschaft bleibt fast unverändert.

● **Warum gibt es diese Dichotomie?**

Bei den Kommunalwahlen kam es zu einem klaren Bruch mit der Vergangenheit, weil es Kandidaturen der *unidad popular* gab, die von unten kamen, zum Teil mit partizipativen Vorwahlprozessen und dem Mehrwert bekannter Politiker/-innen. Jedoch haben die Kandidat/-innen auch dort, wo sie nicht so bekannt waren, bemerkenswerte Wahlergebnisse erzielt. Die Wähler/-innen zogen also offensichtlich das Konzept des Wahlbündnisses der *unidad popular* den anderen Kandidaturen vor und belohnten es mit ihren Stimmen. Das hat sich vor allem in Madrid klar gezeigt: *Ahora Madrid* bekam 500 000 und *Podemos* 280 000 Stimmen.

● **Welchen Schluss ziehen Sie daraus?**

Im Hinblick auf die Parlamentswahlen müssen wir, um Spanien zu verändern, einen partizipativen Prozess der *unidad popular* von unten einläuten, wie man ihn bei diesen Wahlen beobachten konnte.

● **Sie haben Madrid erwähnt: Das ist die Stadt, die die Wahlniederlage der IU vom 24. Mai vielleicht am deutlichsten widerspiegelt. An demselben Tag nannte Sie die Kandidatin der IUCM (Izquierda Unida Comunidad de Madrid), Raquel Lopez, „erbärmlich“. Wie gehen Sie mit der Lage der IU in Madrid um?**

Politik muss konsequent und ehrlich, aber auch elegant sein. Wenn die Politik anfängt, jemanden persönlich zu belei-

digen, hört sie auf, Politik zu sein. Ich werde mich nicht auf dieses Niveau herablassen. Die Situation in Madrid ist jedoch sehr ernst, weil die Lage dort sehr komplex ist und IU-Aktivist/-innen auf zwei verschiedenen Listen für die Kommunalwahlen standen. Das war auch der Grund, weshalb die IU die Kandidatur von Raquel Lopez nicht anerkannt hat. Die vereinbarte Vorgehensweise war nicht eingehalten worden. Die Wähler/-innen haben sich mit ihrer Wahl klar ausgedrückt und haben gezeigt, dass Madrid die Kandidatur des Wahlbündnisses der *unidad popular* äußerst gut aufgenommen hat. Damit meine ich auch Städte wie Getafe, Leganés, Alcorcón, Fuenlabrada und so weiter. Viele Aktivist/-innen mussten wegen der Parteispitze der IUCM aus der IU austreten. Zum Beispiel Mauricio (Valiente, Kandidat von *Ahora Madrid*) oder Vanessa (Lillo, Kandidatin in Getafe), die in der IUCM die Vorwahlen gewonnen hatten und dann die IUCM verlassen mussten. Sie sind aber trotzdem politisch aktiv geblieben und haben mit ihrem Engagement bewiesen, dass diese politische Linie unglaubliche Resultate bringen kann, die den Prozess des Aufbaus der *unidad popular* unterstützen und stärken können. All diese Personen sind für das Projekt der IU notwendig, und jetzt stehe ich vor der Aufgabe, die Linke in all ihren Bereichen neu aufzubauen, um das Projekt der *unidad popular* zu unterstützen.

● **Bedeutet dieser Neuaufbau, dass IUCM aus dem Parteienverband der IU ausgeschlossen wird?**

Das ist Teil einer kollektiven internen Debatte, die noch nicht stattgefunden hat, und ich werde an dieser Stelle nicht darauf eingehen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es hier um die Zukunft der nächsten Generationen geht, es geht nicht darum, an bestimmten Sitzen oder Abgeordneten festzuhalten, sondern darum, an einer gesamtgesellschaftlichen Transformation teilzunehmen, die die Konsolidierung des Neoliberalismus verhindern kann. Und das erfordert in Madrid das Zurückholen aller Aktivist/-innen, die weggegangen sind, und die Vereinigung aller Kräfte, die demselben Projekt wie die IU angehören.

● **Cayo Lara [Vorsitzender der IU] hat die Kandidatur von Raquel Lopez offen unterstützt, obwohl die Parteispitze diese Kandidatur abgelehnt hat. Wird diese persönliche Entscheidung Konsequenzen haben?**

Die Position der IU auf nationaler Ebene war von Anfang an klar. Sie wurde auch in einem Beschluss, der für jeden und jede einsehbar ist, veröffentlicht. Darin steht, dass die Kandidatur nicht anerkannt wurde, daher haben die Vorsitzenden der Partei, indem sie diese Entscheidung respektiert haben, richtig gehandelt. Einige Parteivorsitzende haben IUCM unterstützt, während andere *Ahora Madrid* unterstützt haben, jedoch haben sie das nicht als Vertreter/-innen der IU getan, sondern als Privatpersonen. Jede weitere Frage muss sich an Cayo richten, nicht an mich.

Gestern war der Tag, an dem wir uns mit den Wahlergebnissen auseinandergesetzt haben, heute ist der erste Tag, an dem wir damit beginnen, das Projekt der *unidad popular* aufzubauen, um die Parlamentswahlen zu gewinnen. Das ist meine Rolle, denn ich bin der Spitzenkandidat der IU für die Parlamentswahlen. Ich bin kein Kandidat, der der Partei einfach nur sein Gesicht leiht, um Stimmen zu gewinnen, sondern ich will ein politisches Projekt entwickeln und alle Kräfte mobilisieren, damit wir erfolgreich sind. Ich will jetzt die Lehren aus den Regional- und Kommunalwahlen ziehen, die sich aus der Stimmabgabe der Wähler/-innen ziehen lassen,



um für die Parlamentswahlen einen ehrlichen, breit angelegten, partizipativen Aufbauprozess von unten zu starten.

● **Wodurch zeichnet sich dieser Gründungsprozess der *unidad popular* aus? Was ist Ihr Vorschlag?**

Jeder Konvergenzprozess kann nur mithilfe eines programmatischen Rahmenprogramms, das gemeinsam erarbeitet werden muss, stattfinden. Das hat man auch bei Ahora Madrid, Barcelona Comú oder Zaragoza en Común gesehen. Wie Julio Anguita gesagt hat, sollte sich Politik auf „Programm, Programm und noch mal Programm“ stützen.

Abgesehen davon wissen wir, dass dies nicht einfach ein Treffen der Parteispitzen sein kann, die im Parlament vertreten sind. Es muss ein absolut partizipativer, demokratischer Prozess sein, der zur Gänze von den Aktivist/-innen gestaltet werden kann. Das wird dann zu Vorwahlen und anderen Mechanismen für den Aufbau eines Wahlbündnisses führen. Das ist die Idee und wir haben noch genug Zeit, um diese Dinge zu besprechen.

● **In Galizien, Barcelona oder Madrid rückten die Initialen und das Logo der Partei etwas in den Hintergrund. Ist die IU, abgesehen von Ihrer persönlichen Meinung, die Sie bereits geäußert haben, bereit, ihre Initialen zugunsten eines Wahlbündnisses aufzugeben?**

Wir stehen in einer der schönsten und konsequentesten politischen Traditionen überhaupt, der kommunistischen, sozialistischen und republikanischen Tradition. Eine Tradition, die uns zu Pepe Díaz und dem Frente Popular geführt hat. Ich bin Mitglied der KP Spaniens (PCE), die seit 1986 nicht mehr mit den eigenen Initialen an Wahlen teilgenommen hat, sondern Teil des IU-Projekts und der spanischen Linken ist. Dabei ist die PCE jedoch völlig unabhängig und autonom geblieben.

Was Madrid, Barcelona, Santiago oder A Coruña bewiesen haben, ist, dass die Aktivist/-innen der IU einen wichtigen Teil der Kandidaturen der *unidad popular* ausmachen; die IU löst sich nicht auf, sie bringt sich in diesen Prozess ein. Das ist die Wahrnehmung der Mehrheit, nicht eine generalisierte Wahrnehmung. Sie deckt sich auch mit den Dokumenten, die im Laufe des neunten und zehnten IU-Parteitags verabschiedet wurden, aber auch mit jenen des ersten Parteitages. Der Grundgedanke der IU ist es, notwendige gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben, reine Wahlthemen sind dabei zweitrangig.

● **Aber es gibt doch erheblichen Widerstand innerhalb der Organisation, besonders vonseiten wichtiger Vertreter/-innen der IU. Kann er überwunden werden?**

Es gibt gewissen Widerstand – das zu leugnen wäre unehrlich – aber es betrifft nur eine Minderheit, und wir werden ihn überwinden. Ich bin nicht der Meinung, dass man hier von einem „erheblichen Widerstand“ sprechen kann. Erstens habe ich den Eindruck, dass die Aktivist/-innen wissen, was sie wollen. Zweitens ist das politische Projekt durchaus konsequent. Und drittens wollte bei den Vorwahlen niemand gegen mich antreten. Wir verteidigen das Projekt der IU, wir sind die Patriot/-innen der IU und wollen die Organisation zugunsten eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses unterstützen.

● **Braucht es innerhalb der IU einen Wechsel, um diese Widerstände abzubauen und einen Konvergenzprozess für die Parlamentswahlen zu initiieren?**

Wir haben vor einigen Monaten einen internen Erneuerungsprozess in die Wege geleitet; meine Kandidatur als Mi-

nisterpräsident ist ein klares Zeichen dieser Erneuerung. Wir sind unter anderem zu dem Schluss gekommen, dass die IU zum Teil nicht mehr zeitgemäß war und dass man das korrigieren muss. Deshalb gehe ich auch in das Rennen für das Amt des Ministerpräsidenten: Damit die IU wieder den Herausforderungen des gegenwärtigen historischen und politischen Momentes gewachsen ist.

● **An wen richtet sich Ihr Appell einer *unidad popular* und wer sollte darin vertreten sein?**

Ich vertrete dieses politische Projekt mit großer Bescheidenheit, und ich bin der Überzeugung, dass wir hier einen wichtigen Betrag leisten können, wie wir in verschiedenen Städten bewiesen haben. Das Projekt steht allen offen, die sich davon angesprochen fühlen. Damit meine ich bereits bestehende politische Organisationen, wie Podemos, Equo und viele andere, gesellschaftliche Bewegungen, Nachbarschaftsorganisationen und engagierte Gewerkschaften – also alle Akteur/-innen, die an einem gesellschaftlichen Transformationsprozess beteiligt sind, der von linken Werten und Prinzipien geprägt ist. Je mehr Menschen sich daran beteiligen, desto besser wird ein tiefgreifender Erneuerungsprozess gelingen. Denn es steht nicht nur die nächste Regierungsperiode auf dem Spiel, sondern unsere Zukunft.

● **Glauben Sie, Podemos wird sich an einem Wahlbündnis beteiligen, bei dem es, wie Sie vorhin erwähnt haben, keinen alleinigen Impulsgeber gibt?**

Podemos ist eine Organisation, die als ein bahnbrechendes Erneuerungsprojekt entstanden ist, was auch viele Menschen inspiriert und begeistert hat. Dank ihrer radikalen Identität und ihrer Offenheit gegenüber eine Dialog und einer Konvergenz innerhalb der Linken, haben sie bei den Europawahlen gute Resultate erzielt. Wenn ich mit den Parteikreisen von Podemos spreche, habe ich den Eindruck, dass sie für ein Wahlbündnis offen sind und den Nutzen davon erkennen.

Podemos hat bei den Regionalwahlen durchschnittlich 14 Prozent erreicht. Und mit 14 Prozent kann man die Gesellschaft nicht verändern. Die IU nahm immer eine kritische Rolle ein und es wurde oft gesagt, dass die IU sich nicht mit 5, 10 oder 15 Prozent zufriedengeben kann, weil es unser Ziel ist, die Mehrheit der Gesellschaft zu vertreten und die Gesellschaft zu verändern. Daher glaube ich, dass wir ehrgeiziger sein sollten. Es ist schön, dass wir in Madrid, Barcelona und vielen anderen Städten ein Erfolgsrezept gefunden haben.

Ich schätze Pablo Iglesias persönlich sehr und auch seine politischen Fähigkeiten. Er ist intelligent und begabt. Ich bin überzeugt, dass er den historischen Moment richtig interpretieren wird. Das hat mir Yolanda Díaz (Koordinatorin der IU in Galizien), die diese politische Linie verfolgt, bestätigt. Pablo war stark am Prozess beteiligt, der zu dem Erfolg der Alternativa Galega de Esquerda geführt hat, und ich glaube, er wird diese Entscheidungen in seiner Organisation treffen. Als betroffener Bürger hoffe ich das aufrichtig, denn wir müssen die Konsolidierung des Neoliberalismus in diesem Land verhindern.

● **Hatten Sie seit Sonntag Kontakt mit ihm?**

Nein. Wir waren beide bei der Fernsehsendung Los desayunos de TVE, aber wir hatten keine Zeit uns zu unterhalten. Wir werden uns bald mit den verschiedenen Aktivist/-innen und Organisationen treffen, um dieses Projekt der *unidad popular* aufzubauen. Es wird keine vorherrschende trei-



bende Kraft geben, das Projekt wird von den Aktivist/-innen und dem gemeinsamen Dialog getragen werden. Der Prozess der *unidad popular*, wie wir ihn bei Ganemos Madrid, die später Ahora Madrid geworden ist, gesehen haben, braucht einen breiten gemeinsamen Dialog, denn man muss sich über viele Inhalte und Meinungsunterschiede einig werden. Um uns auf ein gemeinsames Minimalprogramm zu einigen, müssen wir uns noch in vielen Punkten einigen.

● **Mit den Parlamentswahlen im November geht ein intensiver Wahlzyklus zu Ende. Endet damit auch die Möglichkeit zu einer tiefgreifenden Veränderung?**

Es wird Veränderungen geben. Wirtschaftsexpert/-innen, die dem System kritisch gegenüberstehen, wissen, dass es darum geht, das überholte kapitalistische Modell von Produktion und Konsum zu erneuern. Auch in der PP vollziehen sich gerade große Veränderungen, und die PSOE hat ebenfalls damit begonnen. Dieser Prozess hat, wie wir 2011 gesehen haben, zu dramatischen Veränderungen innerhalb des sozialen Gefüges, der Gesetzeslage und der Verfassung geführt. Es wird auch zu Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene und im Bereich der Umweltpolitik kommen.

Das eigentliche Problem ist daher das Resultat dieser Veränderung; ob sie nun von der Rechten oder der Linken gestaltet werden wird. Die wahre Herausforderung besteht darin, ob es zu einer Konsolidierung des Neoliberalismus kommen wird, oder ob ein Erneuerungsprozess auf konstitutioneller, wirtschaftlicher und politischer Ebene eingeleitet werden kann. Das große Risiko hierbei ist, dass sich ein Lebensstil durchsetzen könnte, der von prekären Lebensverhältnissen, strukturellen Umwälzungen und zweifelhaften Arbeitsverträgen geprägt ist. Wenn die Vertreter/-innen der PP und der PSOE, die der „Troika“ gehorchen, weiterhin dieses Land regieren, wird die Veränderung zu einer katastrophalen Gesellschaftsordnung führen.

Regionalwahlen in Frankreich

Von Roger Martelli, aus: www.transform-network.net

Einige Lehren aus den französischen Départementwahlen, die am 22. und 29. März 2015 erstmals nach neuem Gesetz aus dem Jahr 2013 abgehalten wurden. Sie fanden in zwei Wahlgängen statt: Kräftiger Rechtsruck und Wahlschlappe für die Sozialistische Partei

Bereits nach dem ersten Wahlgang zeichneten sich starke Zugewinne für die Rechte und die extreme Rechte ab. In den Wahlen von 2008 und 2011 kamen linke Parteien zusammen auf beinahe 50 Prozent, in diesem Jahr erreichten sie insgesamt nicht einmal 37 Prozent der Stimmen. Die traditionelle Rechte (UMP und die Mitte-rechts-Parteien) konnte einen Anstieg von 5 Prozent im Jahr 2008 und 15 Prozent 2011 auf über 25 Prozent der Stimmen im Jahr 2015 verzeichnen. Die Front National erreichte im ersten Wahlgang in 23 Départements (von insgesamt 101) die stimmenmäßige Mehrheit und schaffte es immerhin in 1 100 (von insgesamt 4 055) Kantonen zum zweiten Wahlgang, oft mit vielversprechenden Aussichten. Obwohl die FN letztendlich nach dem zweiten Wahlgang in keinem Département eine Mehrheit gewinnen konnte, gelang der extremen Rechten mit dieser Wahl etwas Entscheidendes: Mit ihrem trotzdem guten Wahlergebnis

wird sie ihren Einfluss im ganzen Land vergrößern, da sie lokal Fuß fassen kann.

Die Sozialistische Partei (PS) wurde für ihre unpopuläre Regierungspolitik und ihre strategische Orientierung in Richtung politischer Mitte hart abgestraft. In den Jahren 2008 bzw. 2011 kam sie allein auf 26,7 Prozent bzw. 24,9 Prozent der Stimmen. Bei der jetzigen Wahl erreichte sie knapp 21 Prozent, oft bloß als Teil von Wahlallianzen. Dieses vernichtende Ergebnis äußerte sich im zweiten Wahlgang im Verlust von 27 Départements (von 56 vor den Wahlen), die vormals von der PS regiert worden waren. Nunmehr werden zwei Drittel der Départements von der Rechten regiert.

Diese Regionalwahlen führen also ein weiteres Mal die politische Krise vor Augen, in der die französische Demokratie heute steckt. Während die Wahlbeteiligung diesmal (50,2 Prozent) nicht ganz so niedrig war wie im Jahr 2011 (44,3 Prozent), blieb sie trotzdem – besonders in urbanen Gebieten, wo ein Großteil der Arbeiter/-innen wohnt – sehr schwach. Die Politik der Regierungen – ob nun der Rechten oder Linken zuzurechnen – lässt die Unzufriedenheit der Bevölkerung eher in eine Form von Verachtung als in Zorn umschlagen. Diese Verachtung, die durch die enttäuschten Erwartungen der Bevölkerung entsteht (auf Seiten der Linken wie der Rechten), erzeugt keinen Kampfgeist und führt nicht zu einem Veränderungswillen, sondern zu einem politischen Misstrauen, und überträgt sich in Stimmen für die FN.

Das Wahlergebnis der Front de Gauche als Zeichen von Widerstand gegen die Zersetzung der Linken

Das neue Wahlrecht ebnete den Weg zu neuen Allianzen, besonders mit der Partei Europe Écologie – Les Verts (Europa Ökologie – Die Grünen). Insgesamt konnten jene Doppelkandidaturen (Anm. der Red.: Kandidat/-innen traten nicht mehr wie gewöhnlich einzeln gegeneinander an, sondern bildeten „Duos“ aus jeweils einem Mann und einer Frau, die im Falle eines Wahlerfolgs gemeinsam in den Départementsrat einziehen), in denen sich ein Front de Gauche-Mitglied befand, im ersten Wahlgang 9,4 Prozent der Stimmen für sich gewinnen. Zum Vergleich: Im Jahr 2008 erreichte die PCF (Kommunistische Partei Frankreichs) 8,8 Prozent, und 2011 schaffte es die Front de Gauche (Linksfront) auf 8,9 Prozent.

Verglichen mit den starken Verlusten für die PS und somit für die Linke insgesamt kann dieses Wahlergebnis der Front de Gauche als ermutigendes Signal gewertet werden. Der aufkeimende Optimismus sollte jedoch genauer analysiert werden. Die Front de Gauche konnte ihr Ergebnis zwar verteidigen, jedoch keine Zugewinne erzielen oder bei jenen Teilen der Wähler/-innen punkten, die sich üblicherweise von der PS distanzieren. Die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs bestätigten die Trends, die sich bereits im ersten abgezeichnet hatten. Trotz der desaströsen Ergebnisse für die Linke als Ganzes und trotz des unvorteilhaften Wahlrechts konnte die Front de Gauche beinahe zwei Drittel ihrer Sitze in den Départementsräten behalten. In den 113 Kantonen, in denen sie im zweiten Wahlgang noch antreten konnte, behielt sie 163 Sitze von vormals 214, repräsentiert nun jedoch lediglich 37 Départements im Gegensatz zu 61 wie vor den Wahlen.



Die Front de Gauche verteidigt ihr Ergebnis gegenüber der FN

Die Front de Gauche wurde von der FN nur in drei Fällen geschlagen. In besonders von der Krise gezeichneten Gebieten wurde augenscheinlich, dass sich die in der Arbeiter/-innenschaft verbreitete Unzufriedenheit nicht zwingend in Stimmen für die FN äußern muss. Die FN wollte beweisen, dass sie den Platz der PCF bei den Arbeiter/-innen eingenommen hat. Dies gelang ihr auf landesweiter Ebene auch (sie erreichte 22 Prozent im zweiten Wahlgang). Auf lokaler Ebene schaffte sie es aber nicht, die Kommunist/-innen oder die Front de Gauche in die Knie zu zwingen.

Marine Le Pens Partei wird derzeit von einem signifikanten Teil der Wähler/-innen abgelehnt, auch wenn sie noch nie so viele Stimmen gewinnen konnte wie heute. Da die FN nach wie vor nur begrenzt dazu im Stande ist, Allianzen zu bilden und die Wähler/-innen der traditionellen Rechten in zweiten Wahlgängen eher nicht den FN wählen, konnte sie keine Mehrheit gewinnen. Dennoch scheinen die Dämme aufgeweicht, die Grenzen zwischen der traditionellen Rechten und der FN verschwimmen zunehmend, und die Partei arbeitet nachdrücklich an ihrer Legitimierung.

Mit Dynamik, Kreativität und Enthusiasmus zum gesellschaftlichen Wandel

Der Linken gelang es einmal mehr, ihre Stimmen auch im zweiten Wahlgang zu verteidigen. In Anbetracht der Strategie der PS, alle von ihr abweichenden Trends zu ersticken und die Linke als Ganzes um sich und ihre Politik zu scharen, wurde jedoch klar, dass die Linke in ihrem Selbstverständnis nicht mehr so geeint ist wie früher. Der Rechtsruck der PS stellt für viele einen Grund für die fehlende Einigkeit dar, besonders wenn diese Einigkeit bedeutet, dass die Linke gesammelt hinter der sie dominierenden Partei stehen muss. Für eine linke Mehrheit braucht es also eine andere Motivation und Dynamik, sonst wird die Linke mit der PS gemeinsam untergehen, während die Arbeiter/-innen vermehrt zu Nicht- oder FN-Wähler/-innen werden.

Die Front de Gauche verdankt ihre heutigen Stimmen zumindest auf lokaler Ebene den früheren Wahlergebnissen der PCF. Dieser in der Gesellschaft verwurzelte Widerstand – der sich je nach Wahl anders äußert – wächst jedoch nicht, wodurch das Wahlergebnis der Front de Gauche seit 2008 (die Präsidentschaftswahlen ausgenommen) ähnlich bescheiden bleibt wie jenes der Kommunist/-innen, die laufend Stimmen verlieren. Die positiven Resultate in weniger dicht besiedelten Gebieten kompensieren nur teilweise die Verluste in den ehemaligen Hochburgen der Linken. Darüber hinaus haben sich links von der PS bisher nicht viele Allianzen ergeben, die von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen worden wären.

Derselbe Verlust an Sitzen ließ sich bei den Kommunalwahlen 2014 und den Départementswahlen 2015 feststellen, wenn auch unter anderen Umständen. Wenn die Linke schlechte Ergebnisse einfährt, gewinnt die Stammwählerschaft an Bedeutung, die für eine gewisse Sicherheit sorgt. In der aktuellen Situation jedoch schafft es die Front de Gauche nicht, sich aus dem Zangengriff zu befreien, in dem sich die Linke der Linken befindet: Entweder muss sie sich mit ihrer Rolle als kleine Minderheitsbewegung mit Protestcharakter abfinden oder sich selbst als jenen Faktor der Lin-

ken begreifen, der eine Rückbesinnung der gesamten Linken auf die eigentlichen Werte der Sozialdemokratie erwirken kann, die man längst aus den Augen verloren hat.

Die bloße Aufrechterhaltung des Status Quo reicht jedenfalls nicht aus, um eine Kultur der Gesellschaftskritik aufblühen zu lassen und eine wahrhafte Alternative präsentieren zu können. Ein wirksamer gesellschaftlicher und demokratischer Wandel muss ein dynamisches, kreatives und mitreißendes Element aufweisen – denn heute auf der Stelle zu treten, bedeutet morgen unterzugehen.

(Übersetzung aus dem Französischen: Veronika Peterseil)

Was ich mit Labour vorhabe

Rede des neuen Labour-Leaders Jeremy Corbyn zu seiner Wahl; aus: New Statesman, 12. September 2015

Im Vorfeld dieser Wahl des Parteivorsitzenden war oft der Hinweis auf das Jahr 1983 zu hören. Wie Tony Blair und Gordon Brown kam ich damals erstmals ins Parlament. Wir verloren die Wahl aus verschiedenen Gründen, vor allem aber, weil wir gespalten waren. Die Social Democratic Party, die sich von Labour abgespalten hatte, sicherte Margaret Thatcher eine zweite Amtszeit, in der ihre Regierung die Attacken gegen Gewerkschaften, Industrie und öffentlichen Dienst verstärkte. In der Labour Party engagierte sich die Partei linke leidenschaftlich, aber häufig in internen Kämpfen, für die Parteiendemokratie, während mehrere Vertreter des rechten Flügels die Wahl dazu nutzten, das Parteiprogramm madig zu machen. Kein Wunder, dass wir verloren.

Die Lektionen, die sich für 2015 daraus ergeben, sollten alle Parteiflügel bedenken. Wir können die Unterstützung konservativer Pender im Süden, die die Abzocke der Bahn satt haben, ebenso zurückgewinnen wie die Unterstützung derer, die Anti-Establishment-Parteien gewählt haben – die Schottische Nationalpartei, die UK Independence Party, die Grünen und so weiter –, wenn wir ihnen zeigen, dass wir uns vor sozialen und wirtschaftlichen Themen nicht fürchten und es mit den Mythen der Torys aufnehmen. Wir werden Menschlichkeit und Ehrlichkeit walten lassen und praxistaugliche Maßnahmen vorschlagen, die Probleme lösen, statt Einzelne zu dämonisieren. Jüngste Umfragen von YouGov in London wie auch die landesweiten Survation-Umfragen belegen, dass dieser Ansatz Erfolg haben kann, denn demzufolge bin ich der Kandidat, der alle erreichen kann – alle, die gewählt haben, aber auch alle, die nicht gewählt haben.

Mittlerweile haben wir 400 000 Menschen zusätzlich für unsere Partei interessiert. In diesem Geiste des Engagements und der Diskussion müssen wir in den nächsten fünf Jahren weitermachen und unsere Anhänger auch als Parteimitglieder gewinnen. Wir müssen wieder eine Massenpartei werden.

Von meinen Reisen durchs Land weiß ich, dass wir verloren gegangene Wählerinnen und Wähler in ganz England – und auch in Wales und Schottland – zurückgewinnen können. Die Menschen wollen echte Probleme diskutieren. Sie wollen keine Oppositionspartei, die sich in der Seifenblase von Westminster mit hohler Politik und persönlichen Scharmützeln aufhält. Sie wollen, dass wir eine prinzipientreue



Partei sind, die ihnen in ihrer Gemeinde beisteht und ihnen das Vertrauen gibt, uns wieder an die Macht zu bringen. Die unflätigen Angriffe in der Boulevardpresse gegen mich, andere Kandidaten und unsere Familien taten weh. Dass Chuka Umunna wegen dieser Attacken in den Tagen nach Bekanntgabe seiner Kandidatur um das Amt des Parteichefs einen Rückzieher machte, ist völlig verständlich. Ich vertrete eine andere Art von Politik, offener und inklusiver, in der nicht das Ränkespiel politischer Rivalen im Vordergrund steht, sondern die Debatte. Mein Wahlkampf bezieht seinen Schwung zu einem Großteil aus der organisatorischen Kraft und Reichweite der sozialen Medien. Die Chancen, die uns dort geboten werden, sollten wir dafür nutzen, die Menschen zu begeistern und zusammenzubringen.

Was mich selbst angeht, so habe ich persönliche Angriffe oder Beleidigungen stets gemieden. Lasst uns über Politik debattieren, nicht über Persönlichkeiten. Diese Ausrichtung meiner Wahlkampagne habe ich wiederholt über die sozialen Medien verbreitet. Wir sind Labour: Wir lösen unsere Differenzen, indem wir darüber debattieren und abstimmen.

Personalisierte Politik ist ein Symptom des eher präsidialen Regierungsstils, der sich mittlerweile eingebürgert hat. Ein Parteichef ist aber kein Präsident. Er ist primus inter pares – Erster unter Gleichen. Er oder sie wird ins Unterhaus gewählt wie jeder andere auch. Frühere Parteichefs waren sich dessen bewusst und ernannten ein buntgemischtes Kabinett, um die Debatte und die Diskussion zu fördern. Harold Wilsons Kabinette, die Tony Benn, Barbara Castle, Anthony Crosland und Roy Jenkins versammelten, spiegelten die politische Vielfalt auf den Abgeordnetenbänken der Labour Party wider. Dass im Kabinett gestritten, dass Meinungen ausgetauscht wurden, war eine Stärke, keine Schwäche.

Wir müssen alle Talente und Ideen aufgreifen, ungeachtet, aus welchem Parteiflügel sie kommen. Uneinigkeit gilt es mit demokratischen Verfahren beizulegen, nicht durch Hinterzimmergeschäfte oder Machtworte von oben.

Meinungspluralität ist mir daher willkommen. Im Schattenkabinett wird für jedes Ministerium ein starkes Team die Regierung zur Verantwortung ziehen und mit öffentlichen Kampagnen die schädlichen Auswirkungen von Ausgabenkürzungen und Privatisierung anprangern. Wir brauchen Menschen, die sich ihrem Mandat verpflichtet fühlen und in der Lage sind, Hand in Hand mit der Partei für ihren Bereich eine Vision zu entwickeln, die zugeschnitten ist auf eine Gesellschaft mit mehr Gleichheit, Demokratie und Inklusion. Meinungspluralität ist mir willkommen.

Ich werde ein starkes, vielseitiges Schattenkabinett aufstellen, das die Regierung vom ersten Tag an zur Verantwortung zieht. Eine partizipatorische parlamentarische Labour-Partei ist Voraussetzung für Einheit und Stärke, und daher meine ich, dass sich für jedes Ministerium ein Ausschuss aus Labour-Hinterbänklern bilden sollte, der den Dialog zwischen allen Labour-Abgeordneten und dem Schattenkabinett fördert und die Politik vorantreibt.

Die Labour Party ist eine demokratische sozialistische Partei. Fast 300 000 Menschen haben das auf der Rückseite ihrer Labour-Mitgliedskarte stehen. Unsere Mitglieder und Anhänger haben Ideen, Erfahrung und Wissen, die eine wertvolle Ressource bilden – und das gilt auch für unsere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, denn häufig kommen die innovativsten Ideen aus den Kommunalparlamenten. Schattenminister und politische Berater haben die Weisheit nicht

gepachtet und müssen sich daher mit Parteimitgliedern und Anhängern austauschen. Wenn wir gemeinsam Politik machen, machen wir eine bessere Politik.

Im Wahlkampf um die Parteiführung haben wir im Norden unsere Anhänger dazu befragt, welche politischen Veränderungen ihre Region braucht. Wir haben über 1 200 gut durchdachte Antworten erhalten, die wir zu einem klaren politischen Konzept zusammengefasst haben: „Northern Future“. Ich bin angetreten, um eine Debatte zu eröffnen, neue Menschen einzubeziehen und unsere Partei zu der Bewegung umzubauen, die sie sein muss. Das ist keine Strategie für die Wahl zum Parteichef, sondern eine Strategie für den Sieg bei den Unterhauswahlen 2020.

Zum Zustand der italienischen Linken

Von Paola Giaculli, Referentin der Linksfraction im Bundestag

Die Lage der italienischen Linken ist verheerend, und das ist leider nichts Neues. Diese Feststellung ist besonders deprimierend, wenn man auf das gesellschaftliche Potenzial schaut. Aber die Prozesse der Zerbröselung der politischen Kultur und des parteipolitischen Spektrums, die parallel laufen, scheinen unaufhaltsam zu sein. Deshalb ist es wohl ziemlich illusorisch, auf angebliche Neuaufbauprozesse kommunistischer Parteien hinzuweisen.¹ Denn diese haben wenig mit dem verbreiteten Bedürfnis nach Entstehung einer großen linken Kraft zu tun. Erstens werden solche Prozesse meist von einzelnen Personen und nicht von Bewegungen initiiert, zweitens bedeutet der Begriff Kommunismus den meisten Menschen heute gar nichts mehr. Er ist in den Köpfen vieler Europäer/-innen und auch der meisten Italiener/-innen Geschichte und verbindet sich nicht mehr mit der großen Tradition der sozialen Errungenschaften, die der KPI zu verdanken sind. Diese Partei löste sich 1991 auf, aber sie hatte sich bereits in den 1980er Jahren tief verändert. Das wusste ihr angesehener Generalsekretär Enrico Berlinguer sehr gut. Als er eine linke Wende einleiten wollte, starb er 1984 unerwartet zur tiefen Trauer von Millionen Parteimitgliedern und Sympathisanten.

Heute ist nicht einmal abzusehen, ob die edlen Werte, dank deren die KPI früher Millionen Menschen mobilisieren konnte, über Misstrauen und Resignation die Oberhand gewinnen können. Denn auch die politische Kultur hat infolge des Triumphmarschs der Märkte und des Gewinns um jeden Preis, in Italien besonders infolge der Veränderung der Medienlandschaft durch den Tycoon Berlusconi, einen fatalen Schlag erlitten. Nach über dreißig Jahren hat sich die „Unkultur“ der Lüge und Demagogie so fest etabliert, dass es schwer scheint, zu politischer Sachlichkeit zurückzukehren. Die Parteien sind nicht mehr Ausdruck der kollektiven Vertretung eines politischen oder gesellschaftlichen Projektes. Sie sind zu Wahlvereinen verkommen. So mag es nicht verwundern, dass die Politik zu einem Kuhhandel degradiert ist und Politiker – gleich, welcher Couleur – schnell bereit sind, sich dem Sieger anzuschließen. In den letzten Jahren haben über 200 Abgeordnete das Lager gewechselt, wie es ihnen gerade passte.



Kommunikationsstrategien statt politischer Programme oder demokratischer Wahlen führen heute Politstars zum Erfolg. Hier war Berlusconi ein Vordenker. Doch der amtierende Ministerpräsidenten Matteo Renzi hat ihn noch übertroffen. Er wurde nicht gewählt, sondern drängte seinen Parteifreund Enrico Letta mit Hilfe des ehemaligen Staatspräsidenten Napolitano kurzerhand aus dem Amt. Matteo Salvini, Chef der rassistischen Partei Lega Nord, ist zwar sehr populär, aber eher aufgrund von Talkshow-Auftritten und sonstiger medialer Präsenz als wegen politischer Solidität und klaren politischer Aussagen. Gehässige Parolen gegen Migranten und Flüchtlinge sind sein Rezept und machen aus seiner Partei eine Art „Ligue Nationale“ ähnlich der Front National in Frankreich. Das beschreibt der Sozialwissenschaftler Ilvo Diamanti in einer neuen Studie.² Beide Parteien sitzen übrigens seit Juni dieses Jahres in einer neu gegründeten rechten Fraktion des Europäischen Parlaments. Abgesehen von einigen äußerst groben Tönen könnte man sich vorstellen, dass Salvini auch bei der bayerischen CSU gut aufgehoben wäre. Leider liegt seine Partei in der Wählergunst bei 14 Prozent, obwohl diese in der letzten Zeit wahrscheinlich auch dank der Welle der Solidarität den Flüchtlingen gegenüber etwas gefallen ist. 60 Prozent der Befragten, 20 Prozent mehr als im Juni, unterstützen eine Willkommenskultur. Berlusconis Partei Forza Italia erreicht dagegen mit 11 Prozent ihren Tiefpunkt und vollzieht damit den Untergang ihres Anführers nach, ohne den sie kaum vorstellbar ist. Die italienische Rechte hat sich in viele Sektoren aufgesplittert, die – wie die Abspaltung von Forza Italia Neue Mitte-Rechte (NCD) von Innenminister Angelino Alfano – Teil der Regierung Renzi sind. Andere tolerieren bzw. unterstützen sie wie die Gruppe um Denis Verdini, den ehemaligen Koordinator von Forza Italia und engen Vertrauten Berlusconis, der in verschiedene Skandale verwickelt ist und gegen den wegen Betrug und Korruption ermittelt wird. Anfang letzten Jahres war er der Garant für den Pakt zwischen Renzi und Berlusconi zu den Verfassungsreformen. Bei der schwankenden Haltung Berlusconis zur Regierung Renzi entschied sich Verdini, diese zu unterstützen, und soll im Fall fehlender Stimmen innerhalb der parlamentarischen Mehrheit dafür sorgen, dass Renzi fest im Sattel bleibt.

Die einzige sichtbare Opposition vor Ort und im nationalen Parlament scheint die 5-Sterne-Bewegung (M5S) zu sein, die inzwischen gut mit den Medien kommunizieren und dadurch ihre konkreten Aktionen vermitteln kann. Ihre Abgeordneten ignorieren den von ihrem Anführer Grillo verordneten Medienboykott. Jetzt gibt auch Grillo gern Interviews im Fernsehen. Die größere Unabhängigkeit von der Führungsfigur und die Distanzierung von einigen seiner größten Entgleisungen hat der Bewegung gutgetan, sodass die M5S zur Zeit in den Umfragen ihr bestes Ergebnis von 27 Prozent erzielt.

Für viele Linke scheint sie die einzige wählbare Option, denn die einzige im Parlament vertretene linke Kraft SEL (Linke, Ökologie und Freiheit), die man zusammen mit anderen linken Gruppen auf 4,6 Prozent schätzt, wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Nach einem einigermaßen guten Erfolg (4 Prozent) des Wahlbündnisses L'Altra Europa con Tsipras (Das andere Europa mit Tsipras) bei der Europawahl 2014, an dem Rifondazione comunista und SEL beteiligt waren, dessen Bemühungen um ein Zusammengehen der Linken von den Wähler/-innen belohnt wurden, zeig-

ten sich alte und neue Risse. Kurz vor den Regionalwahlen im Mai trat die Spitzenkandidatin und MEP Barbara Spinelli unerwartet aus dem Bündnis aus. Kein Kompromiss wurde erreicht, um bei den Regionalwahlen überall einheitlich anzutreten. So wählten linksorientierte Menschen abgesehen von Ligurien (knapp 10 Prozent) und der Toskana (6,3 Prozent) entweder gar nicht oder mehrheitlich die M5S, die in der Frage der Migranten zwar Widersprüche aufweist, aber zu Gemeingütern oder Mindesteinkommen linke Positionen vertritt und sich gegen die neoliberalen Vorhaben der Regierung zur Wehr setzt.

Renzis PD (Demokratische Partei) verlor über zwei Millionen Stimmen. Bei den absoluten Stimmen musste auch die M5S herbe Verluste von fast 900 000 hinnehmen. Dagegen verdreifachte oder verdoppelte die Lega Nord ihre Stimmen in Regionen mit linker Tradition wie der Toskana (bis 20 Prozent für deren Kandidaten, 17 Prozent für die Liste), Umbrien und Marken. Die Wahlbeteiligung war mit 52,5 Prozent erneut sehr gering.

Nach hoher Akzeptanz (bis zu über 60 Prozent) für Renzi und seine Regierung im Jahre 2014 ist die Stimmung 2015 gekippt, als er seinen „reformerischen“ Geist in die Praxis umsetzte. Insbesondere drei „Strukturreformen“ haben großen Unmut ausgelöst: Auf dem Arbeitsmarkt hat er mit seinem Vorhaben „Jobs Act“ de facto den Kündigungsschutz abgeschafft, finanzielle Begünstigungen und Überwachungsmöglichkeiten für die Unternehmen eingeführt, womit die Arbeiterrechte stark ausgehöhlt wurden. Letztes Jahr haben der eher linksorientierte mitgliederstärkste Gewerkschaftsdachverband CGIL und die kleinere UIL mit einer Million Menschen auf den Straßen dagegen demonstriert. Es wurde mehrmals gestreikt.

Im Schulsystem wollte die Regierung Renzi trotz aller Proteste von Lehrer/-innen, Schüler/-innen und Familien unbedingt ihre Pläne durchsetzen, gleichgültig, wie oft die Betroffenen streikten oder wie laut und stark sie dagegen demonstrierten. Diesmal haben sich neben der CGIL und der UIL auch der dritte Gewerkschaftsbund, die christliche CISL, und Basisgewerkschaften wie COBAS an den Protesten beteiligt. Mit der „Reform“ werden prekär beschäftigte Lehrer gegeneinander ausgespielt. Viele müssen mehrere Hunderte Kilometer von ihrem Wohnsitz entfernt eine Stelle annehmen, sonst hätten sie kaum eine Möglichkeit, fest angestellt zu werden. Der Regierung wird vorgeworfen, sich darüber nicht mit den Gewerkschaften konsultiert zu haben, wie sie es bereits beim Jobs Act praktizierte. Inzwischen fehlen noch mehrere Tausend Lehrer/-innen, um die Schulen funktionsfähig zu machen, darunter 30 000 sogenannte Unterstützungslehrer, die für die Inklusion notwendig sind. Diese ist in Italien seit fast vierzig Jahren (Gesetz vom 4. August 1977) die Regel. Aber dafür fehlen in dem während der letzten Jahre mehrfach gekürzten Haushalt die Mittel. Von diesem Jahr an kann sich der Schuldirektor die Lehrer selbst aussuchen und über Boni für die „besten“ Lehrer entscheiden.

Auch das Wahlrecht ist verändert worden. Doch es bleibt so unfair wie das frühere: Die in der Stichwahl siegreiche Partei erhält – unabhängig von ihrer tatsächlichen Stärke – eine parlamentarische Mehrheit von 54 Prozent zugesprochen. Die Mitglieder des Senats sollen nicht mehr gewählt, sondern von den Regionalparlamenten nominiert werden. Die zahlreichen Demonstrationen und Streiks gegen diese Vorhaben haben die Regierung nicht von ihrem Kurs abbringen



gen können. Widerstand in der Regierungspartei hat ebenfalls wenig geholfen, denn die meisten Aufmüpfigen haben sich schließlich der Parteidisziplin bzw. Renzi gebeugt, der Änderungsanträge durch Vertrauensvoten blockieren lässt und dadurch das Parlament immer öfter demütigt. Nur wenige PD-Abgeordnete sind aus der Partei ausgetreten. Sie sind zumeist Einzelkämpfer geblieben.

Daher mag es nicht verwundern, dass die Regierung angesichts der Ohnmacht der gesellschaftlichen und politischen Opposition laut einer Studie des Umfrageinstituts Demos noch immer mit einer gewissen wenn auch „fragilen Stabilität“ rechnen kann. Zwar hat sie in einem Jahr mehr als 10 Prozent an Zustimmung eingebüßt und würde bei kommenden Wahlen im ersten Wahlgang mit 33 Prozent weit unter den nach dem neuen Wahlrecht zum Sieg erforderlichen 40 Prozent abschneiden. Sie würde aber in einer Stichwahl gegen die M5S mit 53 Prozent und gegen rechte Wahlbündnisse oder die allein antretende Lega Nord mit 54 bzw. 63 Prozent gewinnen.

Renzi kann zur Zeit nur auf ein sehr geringes Wirtschaftswachstum verweisen. Und selbst das ist eher äußeren Umständen wie dem niedrigen Eurokurs und dem gesunkenen Ölpreis als seiner Politik geschuldet. Die hohe Arbeitslosigkeit von 12 Prozent, unter der Jugend von 40 Prozent, bleibt nahezu unverändert. Doch Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld sind gekürzt worden. Außerdem will Renzi wie Berlusconi ab nächstem Jahr die Grundsteuer für Erstwohnungen abschaffen, ganz gleich, ob es sich dabei um eine 50-m²-Wohnung oder ein Luxusappartement handelt.

„Nachkriegsszenarien“ nennt Federmeccanica, der Arbeitgeberverband der Metallindustrie Italiens, die aktuelle Lage: Seit 2007 hat sich die Produktion in diesem Sektor um 30 Prozent verringert, ein Viertel der Produktionskapazität und damit 250 000 Arbeitsplätze sind verloren gegangen. Doch das wird von den Arbeitgebern wahrscheinlich als Vorwand genutzt werden, um Flächentarifverträge auszuhöhlen und Haustarifvereinbarungen durchzusetzen, statt in den Unternehmen neu zu investieren, wie es der Chef der Metallgewerkschaft FIOM, Maurizio Landini, immer wieder fordert.

Die Gewerkschaften sind gespalten, auch jene des Dachverbandes CGIL. Der Ankündigung eines Volksbegehrens zur Abschaffung des Jobs Act sind keine Taten gefolgt. Darüber ärgert sich Landini besonders. CGIL-Generalsekretärin Susanna Camusso hat dessen Projekt für ein „Gesellschaftliches Bündnis“ öffentlich kritisiert. Er solle sich zwischen seinem politischen und gewerkschaftlichen Engagement entscheiden. Dabei weist Landini auf Gefahren für die fragmentierte Arbeitswelt und auf die Verantwortung der Gewerkschaften hin, die nicht erkannt haben, wie radikal sich die Arbeit verändert hat und welche Bedrohung für die Tarifautonomie daraus erwächst. Landini will auch die neuen, diskriminierten prekär Beschäftigten in den Kampf einbeziehen – und das zu einer Zeit, da die Rechte der traditionell Beschäftigten ausgehöhlt werden. Im Parlament stehe auch bereits das Streikrecht zur Disposition, warnt Landini. „Das ist eine völlig neue Situation: Als Gewerkschafter habe ich mich immer dafür eingesetzt, dass die Gesetze eingehalten werden. Jetzt muss ich bei Tarifverhandlungen dafür kämpfen, dass sie nicht respektiert werden“, sagte er in einem leidenschaftlichen Plädoyer auf der Organisationskonferenz der CGIL am 17. September in Rom, wo es um Demokratie in den Gewerkschaften und deren radikale Veränderung ging.

Die Arbeitswelt und die Menschen zu vereinen ist das Ziel der von ihm initiierten „Coalizione sociale“, die ein alternatives Gesellschaftsprojekt und eine „neue Arbeitskultur“ anstrebt – ein Novum im Spektrum der politisch-sozialen Bewegungen. Damit will Landini an den Geist der Arbeiterbewegung mit deren Hilfevereinen im 19. Jahrhundert anknüpfen. Ein demokratischer Prozess von unten soll die Menschen zu neuer Solidarität mobilisieren. Das Bündnis, das sich nach seiner Gründung am 6. und 7. Juni erneut am 13. September in Rom versammelt hat, soll laut Landini keine „Sammlung“ verschiedener Vereine sein. Diese sollten sich eher zu einem Aufbauprozess zusammenfinden, der die Kämpfe für das Recht auf Wohnen, Bildung, Gemeingüter, gute Arbeit und gute Löhne, gegen prekäre Beschäftigung, auf Flucht und Willkommenskultur für Flüchtlinge, für Demokratie einbezieht und sich Schritt für Schritt erweitert. Seine Akteure seien „Gewerkschaften, Verbände, Bewegungen, Frauen und Männer, die in den letzten Jahren gegen vielerlei Ungerechtigkeiten, Diskriminierung und den fortschreitenden Abbau ihrer Rechte gekämpft haben“. Sie haben sich für einen gemeinsamen Weg entschieden, so das programmatische Manifest „Für ein gesellschaftliches Bündnis“. Gegen den herrschenden Individualismus und Wettbewerb müsse man sich verbünden – allein könne man sich nicht gegen die Verelendung wehren, die Neoliberalismus und Austeritätspolitik mit ihren Privatisierungen, der Prekarisierung, der Zerstörung der Umwelt und des öffentlichen Raums mit sich bringen. In diesem Manifest geht es um die Würde der Menschen in der Arbeit und in der Gesellschaft, um Rechte für alle. Deshalb beteiligt sich das „Gesellschaftliche Bündnis“ an einem Marsch für ein „menschwürdiges Einkommen“, den das Netzwerk Libera³ mit der Kampagne „Miseria Ladra“⁴ anlässlich des Internationalen Tages für die Beseitigung der Armut am 17. Oktober in Rom organisiert. Dies ist der nächste konkrete Schritt des Bündnisses. Der Prozess erfordere viel Zeit, Geduld und Engagement, sagt FIOM-Chef Landini. Daran beteiligen sich viele Menschen, die die etablierte Politik einfach satt haben, den Politikern und ihren Parteien misstrauen und dennoch bereit sind, sich für alternative Projekte einzusetzen.

Was fehlt, ist eine überzeugende, starke Alternative, die mit spürbarer Kraft die Unzufriedenheit der Millionen von den „Reformen“ betroffener Menschen in einen politischen Ausweg lenken kann. Eine wirklich neue linke Kraft sollte in der Lage sein, die Menschen zusammenzuführen, die entweder resigniert haben oder als einzelne gegen die Politik der Regierung kämpfen. Auf der Gründungsversammlung der Coalizione sociale und am 13. September fanden sich über tausend Menschen, darunter viele Jugendliche, zusammen, die ihre Aktionen vor Ort bekannt machen und vernetzen wollen. Das ist ein gutes Zeichen. Ob es diesem Bündnis gelingt, ein kollektives soziales Bewusstsein wiederaufzubauen, und ob sich dadurch auch eine neue politische Perspektive eröffnet, ist derzeit noch nicht abzusehen. Doch wie es jetzt aussieht, könnte Renzi bis zum Ende der Legislaturperiode 2018 regieren und brauchte keine starke Linke zu fürchten.

Anmerkungen

- 1 Siehe Gerhard Feldbauer, „Tief gespalten“, junge Welt vom 27. August 2015
- 2 Auch die nachfolgenden Daten siehe: Demos & PI für La Repubblica, September 2015, http://www.demos.it/2015/pdf/3571ap51_20150912.pdf



- 3 Netzwerk von Verbänden gegen Armut, Ungleichheit und die Mafia, vom populären Priester Don Luigi Ciotti 1995 gegründet.
- 4 Doppeldeutung auf Italienisch: „Verflixt!“ und „Diebin Armut“.

Stalins Schatten und das Gramsci-Genom

*Ein Kommunist schreibt über den Schneider von Ulm:
Was die deutsche Linke von Lucio Magri lernen kann.*

*Von Harald Werner, Sozialwissenschaftler, ehemaliges
Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN ; aus: Neues
Deutschland, 7. April 2015*

Was kann man von einem Buch mit dem Titel „Der Schneider von Ulm“ erwarten, wenn nur die Unterzeile verrät, dass es sich um „eine mögliche Geschichte der KPI“ handelt?

Eigentlich nicht mehr als eine erratische Annäherung an die schwierige Frage, wie die einstmals größte kommunistische Partei des Westens mit mehr als zwei Millionen Mitgliedern fast spurlos verschwinden konnte. Doch was Lucio Magri, einer der brilliantesten Köpfe dieser Partei, hier auf rund 450 Seiten hinterlassen hat, ist eine kleine Sensation. Mit der Ballade vom Schneider von Ulm wollte Brecht 1952 daran erinnern, dass der Kommunismus ebenso wenig durch Abstürze aufzuhalten sei, wie die Entwicklung der Luftfahrt durch das Scheitern eines ihrer Pioniere. Letztlich hat denn auch der 2011 verstorbene Magri nicht nur eine faszinierende Geschichte der KPI geschrieben, sondern eine des Kommunismus, des Kalten Krieges und der italienischen Politik, von der Niederlage des Faschismus bis zum Ende des Systemgegensatzes.

Das materialreiche und brillante Buch ist keine biographische, sondern eine politikwissenschaftliche und sozialgeschichtliche Abhandlung, die vieles in Erinnerung ruft, Hintergründe aufdeckt und manch scheinbar Bekanntes aus einer neuen Perspektive betrachtet. Und es geht nicht nur um Geschichte.

Die KPI hat so ziemlich alles praktiziert, was linke Politik heute diskutiert. Es geht um radikale Opposition, um Tolerierung von Regierungen, um Regierungsbeteiligungen, die Schwierigkeiten des „demokratischen Weges zum Sozialismus“ und immer wieder um das Verhältnis zwischen Partei und Massenbewegungen. Manchmal wünscht man sich, PDS und nachher die Linkspartei hätten früher und vor allem mehr aus dieser Geschichte gelernt.

Magris Blick auf die Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert ist ein dialektischer, weil er dessen Fehler und Erfolge, wie auch den schon 1919 beginnenden Kalten Krieg als widersprüchliche Einheit betrachtet. Letzterer begann mit der Intervention regulärer und ausländischer Söldnertruppen in den russischen Bürgerkrieg, die nach Angaben des französischen Außenministers Pichon „hundertvierzigtausend Franzosen, hundertneunzigtausend Rumänen, hundertvierzigtausend Engländer, hundertvierzigtausend Serben, Amerikaner und Japaner“ (S. 74) umfasste. Doch der Autor erliegt nicht der Versuchung damit den späteren Terror Stalins zu erklären. Seine Kritik am Stalinismus ist grundsätzlicher, richtet sich gegen den von ihm durchgesetzten Parteityp, den Mangel an Demokratie und der falschen

Wirtschaftspolitik. Diese Kritik spiegelt sich bereits in seiner Auseinandersetzung mit dem XX. Parteitag der KPdSU und den Defiziten der Entstalinisierung wider, die vor allem Willkür, Personenkult und Terror brandmarkte, die grundsätzlichen Fehler der späten 1920er Jahre und das Versagen des kommunistischen Kommandosystems aber ausblendete. Ein für alle Kommunisten schmerzhafter Prozess, der gerade in Italien „von starken Emotionen und etablierten Kräften behindert wurde.“ (S. 119)

Die Schuld allein Stalin anzulasten verhinderte nach Meinung des Autors, dass sich der Kommunismus in Ost wie West nach Ende des Zweiten Weltkrieges erneuern konnte. Magri beschreibt bis ins Detail wie der Bruch mit Tito und Mao, wie auch die Ereignisse in Ungarn und Polen, letztlich aber auch der Einmarsch in die ČSSR, nicht allein ein Ergebnis sowjetischer Machtpolitik waren, sondern der Unfähigkeit kommunistischer Parteien, sich Sozialismus ohne demokratischen Zentralismus vorstellen zu können.

Die Geschichte der KPI nach dem Zweiten Weltkrieg, die letztlich in den Bruch mit Moskau mündete, erweckte gerade bei westlichen Beobachtern immer den Eindruck, dass in Italien gänzlich andere Wege als sonst in Westeuropa eingeschlagen wurden. Und dieser Eindruck wird zunächst auch von Magri bestärkt, indem er ebenso detailreich wie spannend die Experimentierfreudigkeit und die enge Bindung an das beschreibt, was er das Gramsci-Genom nennt (S. 48): die Orientierung auf Massenbewegungen, die Beachtung des kulturellen Wandels und eine entwickelte Streitkultur, die abweichende Meinungen nicht nur zuließ, sondern ihnen auch Raum gab.

Nur, und das ist die bittere Seite von Magris Resümee, dies alles erstickte immer wieder durch den vorherrschenden Parteityp, der der Führung nicht nur das letzte Wort gab, sondern auch die unerbittliche Herrschaft über die Kader. In dieser Hinsicht stand auch die KPI selbst dann noch im Schatten Stalins, als sie ihn glaubte radikal überwunden zu haben.

Die IKP konnte sich bis 1991, dem Jahr ihres freiwilligen Untergangs, bei den Wahlen einmal als stärkste, meistens aber als zweitstärkste parlamentarische Macht behaupten. Sie tolerierte Regierungen, war an Regierungen beteiligt und konnte sich über Jahrzehnte auf einen Stimmensockel von rund 30 Prozent stützen.

Gleichzeitig war sie, wie keine andere kommunistische Partei des Westens, stark mit den Arbeiterkämpfen verbunden und konnte mit außerparlamentarischen Aktionen die Regierungspolitik beeinflussen, so dass sich der größere Teil von Magris historischer Abhandlung wie eine Studie liest, in der alle Möglichkeiten und Probleme einer Verbindung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf abgehandelt werden.

Das teilweise bislang unbekanntes Material enthüllt die tatsächliche Strategie des viel umstrittenen „Historischen Kompromisses“ und die Details der US-Strategie, ein von Kommunisten regiertes Italien zu verhindern. Folglich geht Magri auch dem viel diskutierten Verdacht nach, ob Moro, der sich 1978 für eine Regierungsbeteiligung der KPI engagierte, letztlich nicht von den Roten Brigaden, sondern von westlichen Geheimdienstagenten ermordet wurde. Er kann die Frage nicht beantworten, aber die von ihm geschilderte politische Konstellation liest sich ungeheuer spannend, weil sie einerseits bekannte Verschwörungstheorien in Frage



stellt, andererseits aber auch tiefe Einblicke in die Machtspiele des Kalten Krieges gewährt. (S. 303 ff.)

Auch die gerade in der deutschen Linkspartei häufig diskutierte Frage, inwieweit sich sozialistische Politik auf den Parlamentarismus einlassen oder eher ihr Heil in der außerparlamentarischen Opposition suchen soll, erscheint bei Magri in einem völlig neuen Licht. Die tatsächlichen Probleme der KPI resultierten in den späten 1960er Jahren weniger daraus, dass sie die eine oder andere Seite des Kampfes vernachlässigte oder bevorzugte, sondern aus dem inneren Zustand der Partei:

„Während immer mehr Wähler der Partei ihre Stimme gaben, die Arbeiter wieder kämpften, die Jugend sich verstärkt für Politik interessierte, ging die Mitgliederstärke der Partei in wenigen Jahren von 2,1 auf 1,6 Millionen, die des Jugendverbandes FGCI von 358 000 auf 170 000 zurück, nahm Zahl und Einfluss der Parteizellen in den Fabriken ab.“ (S. 201) Die KPI war auf beiden Seiten des Kampfes aktiv und erfolgreich, doch das Parteileben selbst verlor immer mehr an Attraktivität, weil es in Formalien erstickte.

In den 1980er Jahren kam auf die Partei eine weitere, belastende Entwicklung zu, nämlich die allgemeine Krise der italienischen Politik und ihrer Institutionen. „Die Verfilzung von Kriminalität und Wirtschaft, Machenschaften zwischen Kriminalität und Politik, eine nahezu strukturelle Etablierung der Steuerhinterziehung und verbreiteter Schacher mit Geld, Wählerstimmen und der Duldung von Steuervergehen“ entzogen dem Parteiensystem den letzten Rest an Akzeptanz und schädeten letztlich auch der IKP. (S. 325) Magri bezeichnet es als ein „Wunder auf absteigendem Ast“, dass die Partei inmitten dieser Krise dennoch 1984 mit 33,3 Prozent ihr bestes Wahlergebnis erzielen konnte. (S. 363) Doch die Partei selbst hatte wenig davon, sie begann sich zu zerlegen.

Während christdemokratische und sozialistische Partei Italiens, die über Jahrzehnte Italien regierten, im Sumpf von Kriminalität und Korruption versanken und sich deshalb auflösten, wird das Ende der ebenso geachteten wie erfolgreichen KPI auch bei Magri weniger erklärt als beschrieben. Er führt den Mitgliederschwund der Partei an, die nachlassende Begeisterung an der Basis, die nur noch bei Pressefesten auflebte und schließlich die Veränderungen der neuen Generation „der subalternen Klassen“ die „mittlerweile hauptsächlich von der Massenbildung und mehr noch von der Kulturindustrie geprägt“ sind, (S. 365) stellt aber letztlich fest: „Wenn ich die Situation der KPI, die Erfolge und Schwierigkeiten bilanzieren, kann ich mir, ehrlich gesagt, weder ein kohärentes und abgeschlossenes Bild machen, ... die mir eine verlässliche Einschätzung dieser Phase erlauben.“ (S. 368)

Erst wenn man die italienische Geschichte der 1980er Jahre als Ganzes Revue passieren lässt, entsteht so etwas wie Verständnis für das Auseinanderbrechen dieser mächtigsten kommunistischen Partei des Westens. Neben der Schwäche der KPI beim Aufgreifen neuer Fragen und der Stagnation theoretischer Arbeit scheint Magri den Hauptgrund im Scheitern der Perestroika zu sehen.

Überhaupt ist die Analyse des Scheiterns der Sowjetunion eines der interessanten Teile des Buches. Obwohl sich die Partei schon Jahre vorher von Moskau distanziert hatte, raubte ihr das jämmerliche Versagen der Perestroika offenbar den Rest ihrer ideologischen Orientierung.

Die letzte Etappe der Partei wurde paradoxerweise durch

den Versuch einer Neugründung eingeleitet, in der sich eine heftige Diskussion über ihren künftigen Namen entwickelte, hinter der sich aber eine heillose Suche nach einem neuen strategischen Konzept verbarg. Selbst der alte Liberale Bobbio schrieb in „La Stampa“: „Ich frage mich, ob das, was in der IKP passiert, nicht eine Wende von 180 Grad ist. Man hat den Eindruck, dass dort ein riesiges Durcheinander herrscht. Der Übereifer, mit dem man die alte Fracht über Bord wirft, ist mir suspekt. Ja, man hält sich über Wasser, aber der Laderaum ist leer. Man macht sich falsche Hoffnungen, wenn man glaubt, dass neue Waren in jedem Hafen leicht zu finden sind. Vorsicht! Da wird eine ganze Menge schadhafter Sache gehandelt, viel ausgedientes Zeug, das als neu ausgegeben wird“ (S. 391)

Das „Durcheinander“ führte dazu, dass die IKP in nur zwei Jahren 400 000 Mitglieder verlor. Zunächst wurde vorgeschlagen, das Auseinanderfallen der Partei durch eine föderale Struktur „mit einer anerkannten kommunistischen Minderheit“ zu verhindern. Als dies scheiterte, folgte 1991 die Spaltung in zwei Parteien: Partito Democratico della Sinistra (Demokratische Partei der Linken, PDS) und Partito della Rifondazione Comunista, (Partei der Kommunistischen Wiedergründung, PRC), der auch Magri angehörte.

„Möglicherweise“, so schreibt der Autor abschließend, „habe ich ein paar ernsthafte Argumente dafür geliefert, dass der Kommunismus kein Unglück war und nicht nur einen Haufen Asche hinterlassen hat.“ Doch seine eigentliche Absicht, „einige feste Anhaltspunkte zu finden, um das Wort ‚Kommunismus‘ besser zu verstehen“ ist ihm nach eigenem Bekenntnis nicht gelungen.

Dass man dem widersprechen kann, zeigt der Anhang „Eine neue kommunistische Identität“. Ein Dokument von 1987, das in der Schublade verschwunden war, sich aber heute noch wie eine präzise und hoch aktuelle Studie des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts liest.

Norwegens Linkssozialisten suchen ihren Weg

Zum 21. Parteitag der Sozialistischen Linkspartei (SV)

Von Norbert Hagemann, Leiter des Brüsseler Büros des MEP Helmut Scholz

Vom 13. bis zum 15. März versammelten sich in Oslo rund zweihundert Delegierte der Sozialistischen Linkspartei zu ihrem 21. Parteitag.

Anwesend waren Vertreter norwegischer Gewerkschaften, Sozialverbände sowie Frauen- und Umweltorganisationen, mit denen die SV intensiv kooperiert sowie Gäste von Parteien aus Dänemark, Schweden, Finnland und Island, mit denen die SV im Rahmen der Nordisch grün-linken Allianz eng zusammenarbeitet sowie von der FMLN aus El Salvador. Die ebenso eingeladene SYRIZA hatte ihre Teilnahme wegen der innenpolitischen Entwicklungen abgesagt, ein Grußschreiben wurde offiziell verlesen.

In einzelnen Treffen mit dem wieder gewählten Parteivor-sitzenden Audun Lysbakken sowie den Mitgliedern der Parteiführung Kari Elisabeth Kaski, Ingrid Flskaa, Arvinn Gadgil und Mona Waernes wurde die Anwesenheit der Partei DIE



LINKE auf dem Parteitag ausdrücklich gewürdigt. Audun Lysbakken unterstrich, dass er beabsichtige, die Zusammenarbeit mit linken Parteien deutlich auszubauen, wobei er besonders auf DIE LINKE und die SP der Niederlande verwies. Angeregt wurde ebenso, neue Formen der Zusammenarbeit mit der Linksfraktion im Europäischen Parlament zu entwickeln. Ziel dieser verstärkten Zusammenarbeit soll es sein, die Politikentwicklung der Partei enger mit den politischen Prozessen und Diskussionen linker Parteien auch außerhalb Skandinaviens zu verknüpfen.

Inhaltlich war der Parteitag von dem Bestreben gekennzeichnet, die SV angesichts eines seit Jahren kontinuierlich rückgängigen Wählereinflusses sowie der schweren Wahlniederlage bei der Parlamentswahl von 2013 zu konsolidieren und neu zu positionieren. Die SV war von 2005 an über zwei Wahlperioden Koalitionspartner der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der linksliberalen Zentrums Partei in der norwegischen Regierung. In den SV-Einschätzungen wird die Regierungsbeteiligung als insgesamt widersprüchliche Erfahrung bewertet. Man habe entsprechend der politischen Programmatik der Partei und der Regierung zwar positive Veränderungen im Land durchsetzen, hierbei aber das Profil der Partei insgesamt nicht hinreichend kommunizieren können. Der Parteitag machte deutlich, dass die SV gegenwärtig dabei ist, die widersprüchlichen Regierungserfahrungen aufzuarbeiten und dadurch eine Schärfung des Profils der Partei zu erreichen. Auch vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen schlug der SV-Vorsitzende dafür einen Weg vor, der von einer Verständigung über die gemeinsamen Werte der Partei hin zu konkreten Politiken in ausgewählten Politikfeldern führen soll. Der Verlauf des Parteitages zeigte, dass die Delegierten dieser Orientierung folgten. Er war insgesamt durch eine ausgeglichene Arbeitsatmosphäre, eine hohe Debattenkultur und den Verzicht auf persönliche Angriffe geprägt. Im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der Gründung der Partei wurden vielmehr demonstrativ die gemeinsamen Wurzeln und Traditionen der Partei sowie die gemeinsam erzielten Erfolge in den Vordergrund gestellt. In Pausengesprächen schätzten Parteitagsdelegierte allerdings wiederholt ein, dass bisher offen, bzw. eigentlich ungeklärt geblieben sei, in welche Richtung sich die Partei insgesamt entwickeln wolle. Zudem gäbe es große Befürchtungen, seitens der neu gegründeten Grünen Partei stark unter Druck zu geraten. Dieser wird allgemein zugestanden, der SV bedeutende Wählerpotentiale streitig zu machen. Damit könnte die Partei Gefahr laufen, im norwegischen Parteiensystem deutlich unter die Sperrklausel zu rutschen.

Der Parteitag der SV machte drei Tendenzen deutlich, die für die zukünftige Entwicklung der Partei und ihre Politik von Bedeutung sein können.

1. Die Parteitagsdebatten widerspiegelten eine deutliche Lösung der Partei aus einer bisherigen Fixierung auf die (sozialdemokratische) Arbeiterpartei und ein mögliches Regierungsbündnis mit ihr. Großen Raum nahmen die Analyse der realen Entwicklungen in der norwegischen Gesellschaft und das Herausarbeiten praktischer politischer Lösungen ein, mit denen man auf die konkreten Interessen und Belange der Menschen in allen Landesteilen reagieren will. Dabei spielten die sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen der Bevölkerung im ländlichen hohen Norden und denen im industriellen Westteil des Landes eine große Rolle.

Der Parteitag schätzte ein, dass sich das Land in einer insgesamt stabilen wirtschaftlichen Situation befindet, die neue rechte Regierung aber schrittweise und systematisch eine neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft vorantreibt. Hierzu zählen eine fortschreitende Kommerzialisierung in Gesundheitswesen und Bildung, die Aushöhlung der Arbeitsgesetzgebung, die fortgesetzte Zentralisierung von Verwaltungskompetenzen und die Untergrabung der finanziellen Spielräume der Kommunen, die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen und nationaler Ressourcen sowie die Zurücknahme der bisherigen Klimaziele im Einklang mit einer stärkeren Ausbeutung der fossilen Rohstoffe des Landes. Diese Entwicklungen würden begleitet von einer gezielten Verschlechterung des Klimas in der Gesellschaft.

Die SV versucht diesen Entwicklungen positive Vorschläge entgegenzusetzen, die neben der Verteidigung der bisherigen Errungenschaften des Sozialstaates vor allem auf die Erschließung neuer Entwicklungsräume zielen sollen. In diesem Sinne bildete das Thema der persönlichen Freiheit der BürgerInnen bei der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung eine Klammer des gesamten Parteitages. Unter diesem Blickwinkel wurden u.a. Fragen der Durchsetzung von Chancengleichheit von Frauen, Jugendlichen und Asylbewerbern ebenso diskutiert wie der Ersatz sich verselbständigender staatlicher Kontrolle im Gesundheits- und Bildungswesen durch eine größere Eigenverantwortung der Beschäftigten in diesen Bereichen. Der Parteitag diskutierte speziell für diese Bereiche zahlreiche konkrete Vorschläge, die exemplarisch im Bildungsbereich von der Einführung der Tagesschule bis zur Reduzierung der Klassenstärken von 30 auf 20 Schüler reichten.

2. Der Parteitag orientierte auf eine grundsätzliche Neuausrichtung der bisherigen außenpolitischen Positionen der Partei. Hatte die SV in der Regierung norwegische Militäreinsätze im Ausland – sowohl als peace keeping (Frieden erhaltende) aber mehr noch als peace enforcing (Frieden erzwingende) UN-mandatierte Missionen (Kapitel VII der Charta) sowie im Rahmen der NATO oder als eigenständige Internationale Strukturen (Afghanistan, Irak) mitgetragen, hinterfragte der Parteitag nunmehr diese Praxis in Bezug auf das (bisherige) Profil der Partei als Friedenspartei. Erstmals wurde als zentrales Ziel der Partei ausgegeben, den seit Jahren bestehenden außenpolitischen Konsens in der norwegischen Gesellschaft aufzubrechen und die Frage nach der Grundausrichtung norwegischer Außenpolitik stärker in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu rücken. In diesem Zusammenhang sollen die NATO-Mitgliedschaft Norwegens, die Unterbindung von Auslandseinsätzen norwegischer Truppen, weitere Schritte im Bereich der Abrüstung, die Umwidmung von Rüstungsausgaben in Richtung Umweltschutz und die generelle Ausrichtung einer prinzipiell aktiveren und unabhängigeren Außenpolitik diskutiert werden. Akute außenpolitische Themen wie zum Beispiel der Ukraine-Konflikt, die weitere Ausgestaltung der Beziehungen zu Russland und die Verhandlungen zu TTIP wurden nicht unmittelbar auf dem Parteitag debattiert, fanden aber ihre Widerspiegelung in der unmittelbaren Antragsarbeit.

Hinsichtlich der Wechselbeziehungen zwischen den gesellschaftlichen Perspektiven in Norwegen und den über die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum dafür gesetzten Rahmenbedingungen beschränkte sich die Debatte des Parteitages auf die allgemeine Forderung, sich mit die-



sen Fragestellungen perspektivisch intensiver zu beschäftigen. Mitglieder der „Bewegung gegen einen EU-Beitritt Norwegens“ informierten in diesem Kontext über gegenwärtig in der Partei laufende Diskussionen, eine breite Kampagne für einen Austritt Norwegens aus dem Europäischen Wirtschaftsraum anzuschließen. Anstelle der Mitgliedschaft solle ein Handelsvertrag mit der EU nach dem Modell der Schweiz angestrebt werden.

3. Auf dem Parteitag wurde von Delegierten auf den Zusammenhang zwischen der Politikentwicklung der Partei und ihrer strukturellen Entwicklung als Organisation hingewiesen. Es wurde Kritik an der Parteiführung geübt, dass dieser Zusammenhang bei der Konsolidierung der Partei bisher nur unzureichend berücksichtigt werde und man vor allem die territorialen Gliederungen oft allein lasse. An die Parteiführung ergingen klare Forderungen, diesem Aspekt in ihrer Arbeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen und die verschiedenen Parteistrukturen in diese Arbeit mit einzubeziehen.

Sieg der Rechtspopulisten

Komplexe Gründe für Machtwechsel in Kopenhagen

Von Niels Rohleder, Mitarbeiter der Fraktion der Partei „Enhedslisten“ im dänischen Parlament; aus: Disput, Nr. 7/2015

Als bei der dänischen Parlamentswahl am 18. Juni die rechtspopulistische Dänische Volkspartei (DF) mit 21,1 Prozent der Wählerstimmen (ein Zuwachs von fast neun Prozentpunkten) zweitstärkste Kraft wurde, war die Interpretation im Ausland vor allem, dass die Fremdenfeindlichkeit gesiegt hatte. Und richtig ist, dass Flüchtlinge und andere Migranten in Dänemark jetzt härtere Bedingungen erwarten müssen: Es wird noch schwieriger, Asyl, Familienzusammenführung und dänische Staatsbürgerschaft zu bekommen, und die Sozialleistungen für arbeitslose Flüchtlinge werden drastisch gekürzt. Asylbewerber/-innen werden zurück in die Sammelunterkünfte geschickt, und viele vernünftige Integrationsprojekte werden mangels staatlicher Zuschüsse dichtgemacht.

Aber spätestens seit 2001, als das bürgerliche Lager das letzte Mal die Regierungsmacht übernahm, hat Dänemark eine Migrationspolitik, die deutlich restriktiver ist als in anderen Staaten der Europäischen Union. Möglich ist dies seit dem EU-Gipfel 1992, als die anderen Mitgliedsstaaten Dänemark nach dem dänischen Maastricht-Nein-Referendum einige Ausnahmen zubilligten – unter anderem in der Rechts- und Migrationspolitik.

Die sozialdemokratisch geführte Koalition, die von 2011 bis 2015 unter Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt regierte, hat zwar einige kleinere Liberalisierungen im Migrationsrecht durchgeführt. Aber die Linie der abdankenden Regierung wird ziemlich genau in den Wahlslogans der Sozialdemokraten wiederspiegelt: „Kommst du nach Dänemark, musst du arbeiten“ und „Straffe Asylregeln und mehr Forderungen an Einwanderer“ stand auf großen Plakaten während des nur dreiwöchigen Wahlkampfes.

Sowohl die Sozialdemokraten als auch die rechtsliberale Venstre-Partei, die bei der Wahl nur drittstärkste Partei wurde und trotzdem mit Lars Løkke Rasmussen künftig den

Ministerpräsidenten stellen wird, machten massiv Kampagne für eine restriktive Migrationspolitik.

Der Erfolg der DF lässt sich also nicht (nur) mit Xenophobie erklären. Deutlich wurde bei der Wahl die Teilung des Landes in Hauptstadt und Provinz. In Kopenhagen ist es modern, das Schimpfwort Udkantsdanmark (etwa Peripherie-Dänemark) zu benutzen. Damit sind die Teile Dänemarks gemeint, die fernab der Hauptstadt liegen und wo in den vergangenen Jahrzehnten Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Polizeidienststellen, Krankenhäuser, Postämter und Büchereien geschlossen worden sind, weil es in Dänemark – im Gegensatz zu Schweden oder Norwegen – keine Politik des regionalen Ausgleichs gab.

Ihre größten Erfolge feierte die DF in der Provinz, wo viele Wähler/-innen den Eindruck haben, sie würden von der Regierung vergessen. DF-Parteichef Kristian Thulesen Dahl kandidierte im südlichen Jütland im Grenzgebiet zu Schleswig-Holstein, wo in fast allen Wahlkreisen die DF stärkste Partei wurde. Die Ironie dabei ist, dass die DF mitverantwortlich war, als die Zahl der dänischen Kommunen am 1. Januar 2007 drastisch von 270 auf 98 reduziert wurde. Kurz darauf gab es entsprechende Polizei- und Gerichtsreformen. Diese administrativen Veränderungen, an deren Spitze der neue Venstre-Ministerpräsident Rasmussen – damals als Innenminister – stand, haben maßgeblich dazu beigetragen, das Gefälle zwischen Kopenhagen und der Provinz zu beschleunigen. Die DF scheint aber eine einzigartige Fähigkeit zu besitzen, nie zur Verantwortung gezogen zu werden.

Der Partner der deutschen LINKEN ist in Dänemark die Partei Enhedslisten (international The Red-Green Alliance genannt). Mit 7,8 Prozent (Zuwachs: 1,1 Prozentpunkte) erzielte Enhedslisten am 18. Mai ihr bisher bestes Ergebnis. Das hat viel mit der beliebten Frontfrau, der 31-jährigen Johanne Schmidt-Nielsen, zu tun.

Enhedslisten („Die Einheitsliste“) wurde 1989 als Zusammenschluss der dänischen KP, einer trotzkistischen und einer undogmatisch linkssozialistischen Partei gegründet. Seitdem wuchsen die drei Strömungen zu einer Partei zusammen, in der die ursprünglichen Merkmale der drei alten Parteien heute kaum zu erkennen sind.

Unter der sozialdemokratisch geführten Minderheitsregierung war Enhedslisten Teil der parlamentarischen Basis – ohne jedoch alles mitzutragen. In vielen Fragen hat sich Enhedslisten nicht nur kritisch, sondern direkt oppositionell der Regierungspolitik gegenübergestellt – mit dem Ergebnis, dass die Regierung einen Großteil ihrer Politik mit den bürgerlichen Parteien durchgesetzt hat.

Das Ergebnis von Enhedslisten ist umso beachtlicher, als bei dieser Wahl mit Alternativet („Die Alternative“) eine völlig neue grüne Partei der Mitte antrat, auf Anhieb 4,8 Prozent der Stimmen eroberte und damit problemlos die dänische 2-Prozent-Hürde übersprang.

Die Rolle von Enhedslisten im dänischen Folketing änderte sich am Abend des 18. Juni schlagartig. In der neuen Legislaturperiode werden die 14 Parlamentarier der dänischen Linkspartei kaum in den Ministerien in Kopenhagen verkehren, so wie das seit 2011 häufig der Fall war. Dafür wird Enhedslisten deutlicher als Opposition in Erscheinung treten – innerhalb und außerhalb des Parlaments.



Verhandlungen mit dem Erzfeind

Nach über 50 Jahren versuchen Kuba und die USA, ihre bilateralen Beziehungen zu verbessern.

Von: Edgar Göll, Institut für Zukunftsforschung und Technikfolgenbewertung (IZT) der FU Berlin; aus: Cuba Sí revista, Nr. 2/2015 (www.cuba-si.org/revista)

Eine neue Phase der Beziehungen zwischen den beiden so unterschiedlichen Staaten scheint angebrochen. Doch für Kuba ist es eine riskante Gratwanderung, denn die Unterschiede zwischen den USA und Kuba bestehen nicht nur in Parametern wie ökonomischer und militärischer Macht, sondern im Charakter der Systeme: Sozialismus oder Kapitalismus, „Kultur des Seins“ oder „Kultur des Habens“, und schließlich auch in der Intention: Die USA wollen durch neue Taktiken den lang versuchten Umsturz in Kuba, Kuba möchte „nur“ eine faire Nachbarschaft und verspricht sich Entspannung und direkte und indirekte ökonomische Impulse.

Die überlange Geschichte der Einflussnahme der USA gegen Kuba reicht über zwei Jahrhunderte zurück. Diese ging seit der Revolution von 1959 in eine neue Phase über, wie ein Geheimpapier des US-Außenministeriums vom 6. April 1960 sagt: „Jedes erdenkliche Mittel sollte genutzt werden, um das Wirtschaftsleben Kubas zu schwächen ... um Hunger, Verzweiflung und den Umsturz der Regierung hervorzu bringen.“ Dieses strategische Ziel der USA verfolgen die USA bis heute. Obama sagte: „Wenn wir uns mit Kuba engagieren, haben wir die Möglichkeit, den Gang der Dinge in einer Zeit zu beeinflussen, in der ein Generationswechsel in dem Land stattfindet. Ich denke, wir sollten das nutzen, und ich will das auch.“

Eines der wichtigsten Verhandlungsziele der USA war daher die Einrichtung von Botschaften. Bei einer Anhörung im US-Senat im Februar 2015 sagte Frau Jacobson, die US-Verhandlungsführerin: „Unser bisheriger Ansatz für die Beziehungen mit Kuba hat es mehr als ein halbes Jahrhundert nicht geschafft, trotz bester Absichten, das kubanische Volk zu stärken und isolierte uns von unseren demokratischen Partnern in der Hemisphäre und der ganzen Welt. ... Die von uns angekündigten neuen Regularien erhöhen die finanziellen Mittel, um dem kubanischen Volk und dem aufkommenden Privatsektor zu helfen. ... Zugleich hoben wir unsere Besorgnis hervor über die Repressalien, Anwendung von Gewalt und willkürliche Inhaftierung von kubanischen Bürgern wegen friedlicher Äußerung ihrer Ansichten. Ich traf mich mit Dissidenten, Unternehmern und unabhängigen Medien, um darüber zu sprechen, was sie von ihrer Regierung und von uns wollen.“ Eine Botschaft in Havanna würde zusätzliche Einflussmöglichkeiten für die USA herstellen, wie Frau Jacobson meinte: „... das würde es uns ermöglichen, mehr zu tun, um die Kubaner effektiver zu stärken.“

Und so sind bereits konkrete Maßnahmen absehbar, dass Regimegegner, Konterrevolutionäre, die Zivilgesellschaft im Sinne der USA sowie die „Privatwirtschaft“ unterstützt werden, um einen Keil zwischen die staatlichen Institutionen Kubas und die Bevölkerung zu treiben. Die gerade eröffnete US-Botschaft in Havanna birgt demnach ein Risiko: Die USA haben ihre diplomatischen Vertretungen schon zu oft zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweiligen Landes genutzt. Hierzu gibt es in Kuba den sarkastischen

Scherz: „Warum gab es in den USA noch keinen Umsturz? – Weil es dort keine US-Botschaft gibt!“

In den USA wehren sich führende Abgeordnete der Republikaner gegen die US-Botschaft in Kuba und kündigen jahrelange Verweigerungen im Kongress an, wenn z. B. über Finanzmittel für Umbaumaßnahmen oder Personalkosten für die Botschaft abgestimmt wird.

Die US-Blockade gegen Kuba – eine „institutionalisierte Rache“ – ist für Kuba die zentrale Hürde für verbesserte Beziehungen zum großen Nachbarn und dürfte aufgrund der politischen Strukturen und Verhältnisse in den USA schwerlich zu überwinden sein. Das Verhandlungsspektrum ist allerdings viel breiter: Flugverkehr, Schmuggel, Telekommunikation, Ein- und Auswanderungsfragen, neue Regulierungen bei der Anwendung der US-Blockadegesetze, Meeresschutz, Menschenrechte, Auslieferung politischer Flüchtlinge. Besonders stark wird der Reiseverkehr anwachsen. Schätzungen rechnen mit bis zu drei Millionen US-Touristen jährlich.

Auf kubanischer Seite ist Aufbruchstimmung spürbar; vor allem in der Jugend gibt es Hoffnungen auf bessere Möglichkeiten für Jobs und Konsum. Und genau diese oberflächliche, materialistische Attraktivität des „American way of life“ samt seiner ausbeuterischen, zerstörerischen Effekte könnte – wie in anderen Ländern geschehen – wie ein Krebsgeschwür in die Lebenswelten Kubas eindringen.

Bei jedem Schritt der Normalisierung der Beziehungen wird Kuba gefordert sein, seine sozialistischen Errungenschaften zu wahren und sich zu schützen. So ist mit unterschiedlichen Typen von US-Unternehmen zu rechnen, die Profitchancen in Kuba suchen. Die Einflussmöglichkeiten verschiedener Exilgruppen mit guten Kontakten, Beziehungen und Geld werden zunehmen (z. B. Investitionen über Strohmänner), Dissidentennetzwerke und subversive Infrastrukturen werden gestärkt, hinzu kommen kapitalistisch geprägte NGOs, Kirchen, Medien, Gewerkschaften, Parteien und Stiftungen, Thinktanks – und selbstverständlich Geheimdienste. Demgegenüber werden die in den USA engagierten Soligruppen kaum ins Gewicht fallen, aber dennoch eine Gegenmacht darstellen.

Die Kubaner aber sind erfahren und klug. Gladys Ayllón Oliva vom Kubanischen Institut für Völkerfreundschaft sagte kürzlich: „Die USA ändern zwar ihre Methoden, aber doch nicht die Ziele ihrer Politik. In dem begonnenen Dialog, den wir wollen, werden wir immer auf Respektierung unserer Souveränität bestehen. ... Die USA haben ihre Kolonialherrenmentalität nie abgelegt. Sie werden aber akzeptieren müssen, dass in Kuba seit 1959 das Volk bestimmt und nicht mehr diejenigen, die im Auftrag Washingtons agieren.“

Die Bedingungen Kubas für eine Normalisierung der Beziehungen sind klar: das Ende der Blockade, die Rückgabe des Territoriums ihres Militärstützpunktes in der Bucht von Guantánamo und die Beendigung der Subversion durch illegale Aktionen wie z. B. durch den US-Propagandasender Radio- und TV-Martí. Einige Bedingungen wurden erfüllt: Die kubanische Interessenvertretung in Washington kann nach langer Unterbrechung wieder eine US-Bank für ihre konsularischen Dienste nutzen, und am 29. Mai haben die USA Kuba von der Liste der den Terrorismus unterstützenden Länder gestrichen.

„Beim Thema Menschenrechte“, so Gladys Ayllón Oliva, „wollen wir über die Folterpraktiken in US-Gefängnissen, die rassistischen Polizeübergriffe und die geringeren Löhne von



Frauen für gleiche Tätigkeiten in den USA sprechen. In all diesen und vielen anderen Punkten haben wir bei einem Dialog auf Augenhöhe und bei gegenseitigem Respekt nichts zu befürchten.“

In der EU kommt den Soligruppen die Aufgabe zu, noch effektiver für die Abschaffung des „Gemeinsamen Standpunkts“ einzutreten, die subversiven Aktivitäten staatlicher Institutionen, konservativer NGOs und anderer Akteure zu beobachten und mit Gegenmacht zu konfrontieren. Im Zusammenspiel mit ALBA, CELAC sowie mit China, Indien und Russland besteht hierfür angesichts der kapitalistischen Systemkrise eine reale Chance.

Die Lüge ist oft besser gekleidet als die Wahrheit.

Gespräch mit dem kubanischen Journalisten Iroel Sánchez Espinosa. Die Fragen stellten Miriam Näther und Jörg Rückmann (AG Cuba Sí), 29. Juli 2015. Aus: „Disput“, Nr. 8/2015

● Nach über 50 Jahren haben die USA und Kuba begonnen, ihre zwischenstaatlichen Beziehungen zu verbessern. Wie ist die Stimmung im Land?

Es ist eine Atmosphäre des Optimismus, dennoch müssen wir vorsichtig bleiben. US-Politiker machen immer wieder deutlich, dass sich die Ziele ihrer Politik gegenüber Kuba nicht geändert haben. Geändert hat sich die Taktik. Zu spüren ist aber auch eine große Genugtuung gegenüber der kubanischen Regierung für ihre konsequente Haltung in den Verhandlungen mit den USA. Diese neue Situation wird als Sieg Kubas wahrgenommen.

Wir sind mittendrin in einem historischen Prozess. Es hat enormen politischen Druck aus Lateinamerika und international auf Präsident Obama gegeben, die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren. Die Idee ist ihm aber nicht ohne weiteres gekommen. Das gewachsene internationale Ansehen Kubas hat dabei auch eine Rolle gespielt.

Die kubanische Revolution steht vor einer neuen Herausforderung, die auch Chancen eröffnet, das Land, die Wirtschaft zu entwickeln. Ich glaube, es gibt große Erwartungen im Land, dass sich das Leben der Kubaner auch materiell verbessern könnte, denn es deutet sich an, dass die US-Blockade gegen Kuba – die nach wie vor besteht –, sich ihrem Ende nähern könnte.

● Für 2016 hat die US-Regierung die Gelder für subversive Zwecke gegen Kuba auf 30 Mio. US-Dollar (2015: 20 Mio.) erhöht. Zu den Bereichen, in denen dieses Geld eingesetzt werden soll, gehört auch der Medienbereich. Wie wird Kuba darauf reagieren?

Zusätzlich zu dieser Summe werden weitere 30 Mio. US-Dollar ausgegeben für den Propagandasender Radio und TV Martí sowie für Personen, die in Kuba unterstützt werden, um unsere Gesellschaft zu untergraben. Wenn man diese Summe – 60 Mio. US-Dollar – in Peso Cubano (CUP) umrechnet, dann sind das 1,5 Mrd. CUP. Zum Vergleich: Die kubanischen Medien werden jährlich mit 400 Mio. CUP durch den Staat unterstützt. Die USA geben also viermal mehr für ihre antikubanische Propaganda aus. Und dabei

spreche ich noch gar nicht von den Geldern der US-Geheimdienste.

Unsere Medien müssen auf die neuen Kommunikationsbedürfnisse der kubanischen Bevölkerung reagieren. Und das in einer Sprache, die die Menschen erreicht und in dieser ideologischen Auseinandersetzung überlegen ist. Dazu ist eine große Professionalität notwendig sowie Wachsamkeit gegenüber inhaltlichen Brachen, die die USA zu besetzen drohen. Damit meine ich zum Beispiel Internetprojekte, die wie Pilze aus dem Boden schießen werden und deren Betreiber sich als Botschafter der Bedürfnisse der Kubaner präsentieren, aber letztendlich doch der fremden Macht dienen. Wir müssen zudem noch stärker mit Medien in Lateinamerika und anderswo zusammenarbeiten und unsere Inhalte und Informationen in unserer gemeinsamen Sprache produzieren und austauschen.

● Auf dem 6. Parteitag der KP Kubas 2011 forderte Präsident Raúl Castro von den Journalisten des Landes eine kritischere Begleitung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umgestaltung des Landes ...

Innerhalb der Journalistenvereinigung gab es dazu viele harte Debatten. Heute wird über Probleme viel kritischer berichtet. Dennoch sind wir noch weit entfernt davon, z. B. aus den Behörden selbstkritische Stellungnahmen zu erhalten. Oftmals werden die lediglich als Sprachrohr benutzt, wir müssen sie aber als Instrumente einer Rechenschaftslegung an das Volk verstehen, um ein Bewusstsein bei den Bürgern zu erzeugen, dass sie Verantwortung tragen für ihre Gesellschaft.

Darüber hinaus sind strukturelle Fragen zu lösen – wie verbessern wir unsere Kommunikation, wie nutzen wir die neuen technischen Möglichkeiten, wie gehen wir auf die Bedürfnisse der Bevölkerung besser ein ... Das betrifft die Medien, aber auch die Regierung und die Verwaltung. Manche Mitarbeiter verstehen sich noch nicht als Personen des öffentlichen Lebens, die Verantwortung übernehmen müssen.

● In vielen Zeitungen gibt es heute eine Rubrik „Briefe an die Redaktion“. Sind die Forderungen der Leser an ihre Zeitung heute anders als noch vor vier, fünf Jahren?

Ja, unsere Presse ist zu einer Bühne geworden, die die öffentliche Meinung abbildet. Viele Zeitungen haben sich in letzter Zeit sehr verändert, z. B. auch mit neu gestalteten Auftritten im Internet. Mit ihren Regionalbüros in den Provinzen sind sie näher an den Leser gerückt. Es gibt außerdem Gemeinde- und Provinzradios. Auch im Fernsehen gibt es Sendungen, die den Bürger einbeziehen, so z. B. „Cuba dice“.

Trotzdem muss mehr getan werden. Es gibt immer noch eine Diskrepanz zwischen den Themen, die die Menschen in ihrem Alltag bewegen und den angebotenen Inhalten. Auch der journalistischen Recherche muss künftig mehr Platz eingeräumt werden.

Der länderübergreifende Fernsehsender Telesur ist hier jedoch ein gutes Vorbild, was z. B. Sprache, Grafik, die Erläuterungen von Inhalten betrifft. Man sagt, dass Lüge und Wahrheit mit gleicher Geschwindigkeit einhergehen, aber die Lüge besser gekleidet sei. Da ist was dran – wir müssen künftig die Wahrheit und ihre Zusammenhänge attraktiver präsentieren.

● Bei den großen internationalen Medienkonzernen hat man mitunter den Eindruck, sie hätten sich in Bezug auf Kuba auf eine gleiche Bewertung, oft sogar auf das



gleiche Vokabular geeinigt. Ein Begriff, der immer wieder verwendet wird, ist „fehlende Pressefreiheit in Kuba“. Was sagst Du zu diesem Vorwurf?

Ich antworte: Es gibt keine Meinungsfreiheit, wenn es um das Thema Kuba geht – wenn in 99 Prozent der Medien ein und dasselbe Bild über Kuba vorherrscht und ein identisches Vokabular benutzt wird. Ein aktuelles Beispiel ist z. B. die Debatte, wie der Kapitalismus in Kuba Einzug halten werde. Kaum jemand schreibt darüber, warum Kuba seinen Sozialismus behalten möchte. Noam Chomsky, der berühmte US-Linguist, hat drei Gründe für diese einseitige Meinungsma- che genannt: Erstens, die Eigentumsfrage – wem gehört das Medium? Zweitens, die Anzeigenkunden und drittens die vorherrschende Ideologie. Diese Medien dienen den Interes- sen ihrer Finanziere, sonst würden sie wirtschaftlich nicht überleben.

Es gibt nach wie vor die Bestrebung, ein bestimmtes Bild zu vermitteln, indem man Begriffe wie Totalitarismus, Re- gime usw. benutzt. Diese Begriffe werden immer dann ver- wendet, wenn es um alternative Modelle zum Kapitalismus geht. Und diese Vorgehensweise bricht sich wie ein Wasser- fall von oben nach ganz unten Bahn, bis zur kleinsten Radio- station einer Gemeinde.

Ein interessantes Beispiel sind die Leitartikel der New York Times vor einigen Monaten. Sie haben dazu beigetra- gen, die öffentliche Meinung über Kuba zu beeinflussen, auch weil sie von vielen Zeitungen übernommen oder zitiert wurden.

Interessant ist auch, weltweit die spanischsprachigen Leitmedien zu untersuchen, auf deren Webseiten die höch- sten Nutzerzahlen zu verzeichnen sind. Spanien hat 46 Mio., Lateinamerika 450 Mio. Einwohner, aber nicht eine dieser Zeitungen stammt aus Lateinamerika. Warum ist das so? Weil die Finanziere dieser Zeitungen spanische Banken sind, die oftmals auch Aktien an den Medienkonzernen halten. Aufgrund der besseren finanziellen Ausstattung haben sie bessere Möglichkeiten, sich z. B. im Internet zu platzieren. Und damit geht auch die Verbreitung eines bestimmten Vokabulars einher – denn die Suchmaschine nennt beim Stichwort Kuba zuerst El País, die Mediengruppe Clarin oder Radio und TV Martí.

● **Du hast Telesur genannt ...**

Bis zur Gründung von Telesur gab es in Lateinamerika nur einen Sender, der aus diesen Ländern berichtete und auf dem ganzen Subkontinent ausgestrahlt wurde – das war CNN. Telesur hat in den 10 Jahren seines Bestehens die Medienlandschaft verändert und auch internationale Koope- rationen mit Sendern aus China, Iran und Libanon entwi- ckelt. Diese öffentlich finanzierten Sender strahlen ein spa- nisches Programm für Lateinamerika aus. Sie sehen sich in bewusster Abgrenzung von den großen transnationalen Medienkonzernen.

Aber eine gut recherchierte alternative Nachricht nützt nichts, wenn der Empfänger dieser Nachricht der Ansicht ist, der American Way of Life sei die bessere Alternative für ihn. Deshalb stehen Telesur, die Medienverantwortlichen, die Regierungen Lateinamerikas vor der Herausforderung, mit der Berichterstattung auch ein lateinamerikanisches Bewusstsein und eigene Werte zu entwickeln sowie die eige- ne Kultur zu fördern.

● **Wie ist der aktuelle Stand beim Ausbau des Internets in Kuba?**

Zunächst: Man kann die Verfügbarkeit des Internets in Kuba nicht mit dem erreichten Standard in Europa verglei- chen. Die USA haben bis vor kurzem alles getan, um Kuba vom Internet fernzuhalten. Roberta Jacobson, die US-ameri- kanische Verhandlungsführerin, hat dies kürzlich vor dem US-Senat zugegeben. Erst das Unterseekabel aus Venezuela hat eine Veränderung eingeleitet. Aber das Kabel allein nützt nichts ohne Infrastruktur. Doch durch die Blockade bekommt Kuba keine Kredite, Banken werden mit hohen Geldstrafen belegt, wenn sie Transaktionen vornehmen.

Kuba hat beim Internetausbau klare Prioritäten gesetzt. Wir haben zuerst Netzwerke aufgebaut, die Internetdienste in Universitäten, Schulen, Krankenhäusern, Polikliniken, in Behörden und Ministerien anbieten. Gegenwärtig fließen Investitionen in den Ausbau der Wissenschaftsnetzwerke und seit 2013 gibt es ein verbessertes Angebot an Internet- cafés und WLAN-Spots. Die Preise waren anfangs sehr hoch, 4,50 CUC pro Stunde, jetzt sind wir bei 2 CUC für 2 Stunden, was immer noch teuer ist. Ich möchte hier aber auch auf einen Beschluss der Regierung vom Februar einge- hen: Ziel ist, einen Internetanschluss in alle Haushalte zu bringen.

● **US-amerikanische Firmen stehen in den Startlöchern und wollen in den Kommunikationssektor investieren – wird es solche Kooperationen geben?**

Wir wägen alle Möglichkeiten ab und werden die Bedin- gungen stellen. Und wir werden nicht alles auf eine Karte setzen. Insofern kooperieren wir mit verschiedenen Unter- nehmen, seien sie aus China, Russland, den USA oder Deutschland. Bis zum Jahr 1959, dem Sieg der Revolution, befand sich die gesamte Telekommunikation Kubas in US- Hand. Ähnlich war die Situation 1973 in Chile. Die Mafiosi des 21. Jahrhunderts sind Google und Facebook.

● **Wie nutzen die jungen Menschen die neuen Kommu- nikationsmittel?**

In Kuba gibt es eine schnell wachsende Zahl von Handy- nutzern – drei Mio. sind es derzeit. Das sind vor allem junge Leute. Mehr und mehr Kubaner nutzen auch die damit ver- bundenen technischen Möglichkeiten. Medieninhalte werden in Kuba meist per USB-Stick oder Handy getauscht und weitergegeben. Neue Möglichkeiten bietet auch das kürzlich in Kuba eingeführte digitale Fernsehen. Diese Kommu- nikationsvielfalt erfordert ein Nachdenken über den Umgang mit diesen Medien, eine Sensibilisierung, vor allem in der jungen Generation, damit sie sicher und emanzipiert damit umge- hen können.

Für Kuba ist es wichtig, eigene Plattformen aufzubauen, die die Nutzer mit Dienstleistungen versorgen, wie z. B. dem Internethandel oder der Abwicklung von amtlichen Vorgän- gen, Bankgeschäften etc. Eines der meistgenutzten Internet- angebote ist die kubanische Wissensdatenbank EcuRed, die ich mit ins Leben gerufen habe.

● **Wenn die großen europäischen Medien eine Quelle aus Kuba in ihrer Berichterstattung angeben, dann handelt es sich häufig um „unabhängige Journalisten“. Was sind das für Leute?**

Jedwede Unabhängigkeit von einer Sache bedingt die Ab- hängigkeit von einer anderen. Und diese angeblich unabhän- gigen Journalisten sind abhängig vom mächtigsten Regime der Welt. Insofern halte ich ihre Abhängigkeit von der Bezah- lung aus den USA für weit größer als ihre „Unabhängigkeit“ bei der Berichterstattung. Aber ich beobachte auch, wie die-



se Leute derzeit an Bedeutung verlieren. Ihre Meinungen entsprechen nicht mehr dem Tenor der Mainstream-Presse. Diese Personen wehren sich auch vehement gegen den begonnenen Normalisierungsprozess zwischen den USA und Kuba. Ich gehe davon aus, dass diese schrillen Stimmen verstummen werden und gleichzeitig die Arbeit im Verborgenen zunehmen wird, also der Aufbau von Personen, die Nutzung von Organisationen oder Stiftungen aus dem Ausland, die einen Umsturz von innen heraus vorbereiten. Wir müssen also weiterhin wachsam sein und unsere Hausaufgaben machen.

Die Stadtgärten der grünen Revolution

Urban gardening in Kuba. Von Anika Dreilich, AG Cuba Si

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und dem damit einhergehenden Verlust der Haupthandelspartner kam es in Kuba nach 1989 zu erheblichen Versorgungsgaps, die durch die Verschärfung der US-Blockade 1992 und 1996 noch zusätzlich vergrößert wurden. Von einem Tag auf den anderen fehlte es an Kraftstoff für die Landwirtschaftsmaschinen und auch an Dünger und chemischen Pflanzenschutzmitteln. Die Regierung Fidel Castro reagierte darauf 1991 mit einem radikalen Umbau der Landwirtschaft inklusive Aufbau der eigenen Kräfte, Biolandbau und Einführung neuer ökologischer Techniken.

Sehr schnell wurde auch die Initiative einiger Städte unterstützt, auf Brachflächen Nahrungsmittel anzubauen. Flächen, die sich vormals in Besitz von Privateigentümern oder des Staates befanden, wurden an einzelne Bürger und Initiativen verteilt, was zu einem starken Anstieg kooperativer Formen urbaner Landwirtschaft führte. Später legte auch der Staat solche Nachbarschaftsgärten in größerer Version an, die sogenannten „Organopónicos“, von denen es heute über 7 000 gibt.

Die Anzahl der privaten Gärten ist gewaltig, schon in Havanna und Umland wurden über 30 000 gezählt. Insgesamt werden gut 35 000 Hektar Land in Havanna für urbane Landwirtschaft genutzt und mehrheitlich ökologisch bewirtschaftet.

Über 40 Regierungsabteilungen unterstützen den Prozess. In den Universitäten wurden Agrarökologen ausgebildet, die in Forschungsprojekten die Produktivität der Stadtgärten vorantreiben. Sie etablierten Pflanzengesellschaften die sich aufgrund ihrer Fähigkeiten gegenseitig begünstigen, entwickelten biologische Pestizide auf der Grundlage von Pflanzenausüngen und effektive Verfahren für die Bodenverbesserung. So ist z. B. das Anbauen von zwei verschiedenen Pflanzenarten in einem Beet förderlich, um den Ertrag zu steigern und die Schädlingsbekämpfung zu verbessern. Ringelblumen, Basilikum und Neem-Bäume säumen die Beete, um Schädlinge fernzuhalten. Sonnenblumen und Mais wiederum sollen nützliche Insekten anlocken. Mittlerweile arbeiten neben den Produzenten 10 000 Wissenschaftler und 44 000 Techniker an einer verbesserten Landwirtschaft. Kleine staatliche Geschäfte wurden gegründet, um Samen, Pflanzlinge, Geräte, Töpfe und Biodünger und auch Workshops anzubieten. Durch Printmedien, Vorträge und Weiter-

bildung wird das Wissen direkt an die Bevölkerung weitergegeben.

So stieg auch die Produktionsrate in einem der ältesten Stadtgärten der UBPC Organopónico Vivero in Alamar (Havanna) enorm an, nachdem mehr und mehr Expertenwissen unter die Bevölkerung gebracht wurde. Auch an Schulen und Kindergärten wurden Versorgungsgärten eingerichtet, die gleichzeitig den Umgang mit den Pflanzen lehren. Landesweit gibt es 4 000 Schüler-Arbeitsgruppen, die sich mit urbanem Gartenbau beschäftigen.

Mittlerweile ist der ökologische Anbau von Obst und Gemüse in den Stadtgärten, die „Viveros“ oder „Huelos“ heißen, nicht nur kostengünstiger sondern auch produktiver als der konventionelle Anbau auf großen Feldern. Der kubanische Landwirtschaftsminister Gustavo Rodriguez gab im April bekannt, dass in Kuba mehr als 50 Prozent der Obst-, Gemüse- und Gewürzproduktion in diesem Sektor generiert werde. 2010 wurden Kubas Anstrengungen mit dem weltweit bedeutendsten Umweltpreis „Goldman Environmental Prize“ belohnt. Er wurde an Humberto Rios übergeben, einen kubanischen Wissenschaftler, der für die Rückkehr zu traditionellen Anbaumethoden eintritt. Im April fand der Kongress zur urbanen, suburbanen und familiären Landwirtschaft das zweite Mal statt und soll auch in den nächsten Jahren den nationalen wie internationalen Austausch stärken. In diesem Jahr nahmen Fachleute und Produzenten aus 25 Ländern und 37 kubanischen Einrichtungen teil. Fast 200 relevante Veröffentlichungen zum Thema wurden diskutiert.

Die urbane Landwirtschaft bringt viele weitere Vorteile mit sich. Sie leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Nahrungsmittelsouveränität durch die Verbesserung der lokalen Selbstversorgung, sondern schafft auch viele feste Arbeitsplätze (bisher 300 000) mit guter Entlohnung (1 000 Peso pro Monat – mehr als das Doppelte des kubanischen Durchschnittslohns) und kostenfreier Versorgung mit Frühstück und Mittagessen. Die erzielten Gewinne werden unter allen Arbeitern aufgeteilt und sind so ein motivierendes Zubrot.

Die Qualität der produzierten Waren ist überzeugend: Die Produkte werden frisch aus dem Garten, in voller Reife, ohne Pestizidrückstände, ohne Konservierungsmittel, ohne klimaschädlichen Transport und ohne Verpackung direkt an die Verbraucher abgegeben. Geschlossene Kreislaufsysteme sorgen dafür, dass die kubanische Gartenmethode eine Energieeffizienz von 200 Prozent aufweist, im Gegensatz zu den 10 Prozent Effizienz der industriellen Methode. Ganz nebenbei wurde die Sortenvielfalt erhöht, und viele alte Sorten werden wieder genutzt. So werden heute 100 bis 150 verschiedene Obstsorten angebaut. Die Samen für eine nachhaltige Landwirtschaft werden selber produziert und der Überschuss verkauft oder mit anderen Gärten getauscht.

Auch die Luft in Havanna ist besser geworden und das Stadtbild erscheint grüner. Unansehnliche Mülldeponien und andere ungenutzte, versiegelte Flächen wurden renaturiert und zu Garten- und Ackerbauflächen umfunktioniert. Auch zum grünen Tourismus leisten die kleinen Gärten ihren Beitrag. Viele Hotels, Restaurants und Casa Particulares versorgen ihre Gäste mit Gemüse von nebenan wie z. B. das vegetarische Restaurant in Las Terrazas. Der vor vielen Jahrzehnten als Nutzgarten gegründete „Jardin Botanico de Vinales“ ist heute einer der touristischen Highlights der Region. Viele dieser Nachbarschaftsgärten sind gleichzeitig Treffpunkt der



Gemeinde und Sitz verschiedener sozialer Projekte, womit sie den Zusammenhalt der Gemeinschaft stärken. Ein Beispiel dafür ist das von der AG Cuba Sí unterstützte Projekt „Patio Pelegrin“ in Pinar del Río, das für Jung und Alt zu einem grünen Ort der Begegnung geworden ist.

Mit dem begonnenen Prozess der Normalisierung der Beziehungen zwischen Kuba und den USA suchen auch US-Firmen nach kommerziellen Möglichkeiten, ihre Produkte auf dem kubanischen Markt zu vertreiben. So kamen im März 2015 ca. 100 Vertreter aus der US-Landwirtschaftsindustrie – darunter auch Pestizid- und Düngemittelhersteller –, um ihre Möglichkeiten auszuloten. Kuba wird seine Landwirtschaft entwickeln und vor allem die technische Ausstattung der Betriebe verbessern müssen. Aber das Land wird den nachhaltigen Ansatz seiner landwirtschaftlichen Produktion fortsetzen.

International hat sich die Idee der urbanen Landwirtschaft weit verbreitet. Auch in den Großstädten Europas ist „urban gardening“ schon lange keine Fremdwort mehr. Ob in Spanien, begründet durch die Wirtschaftskrise oder in Deutschland durch den Wunsch nach gesunden, pestizidfreien Nahrungsmitteln. Überall entwickeln sich private Initiativen, die anfangen, ihre Lebensmittel selbst herzustellen. Für alle, die sich für alternative Versorgungssysteme interessieren, die nicht nur sozial, sondern auch ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig sind, lohnt ein Blick auf die Entwicklungen in Kuba. Denn neue Wege der Nahrungsmittelproduktion sind längst überfällig. „Regionaler Biolandbau ist keine alternative Technologie, sondern der Weg, die Welt davor zu bewahren, fruchtbare Böden und Wasserressourcen unwiederbringlich zu zerstören“ (Miguel Salcines, Leiter des Organopónico Vivero Alamar).

Hat Präsidentin Dilma kapituliert?

Brasiliens Dilemma: Austeritätspolitik oder Weiterführung des Weges seit 2002?

Von Achim Wahl, AK Lateinamerika der LINKEN

Als Präsidentin Dilma Rousseff im Januar 2011 die Regierungsgeschäfte in Brasilien übernahm, setzte sie im Wesentlichen die Politik Inácio Lula da Silvas fort, die mit Einschränkungen als post-neoliberal bezeichnet wird. Allerdings tat sie das im Vergleich zur Präsidentschaft Lulas (2003 bis 2010) in einer national und international veränderten Situation. In ihrer zweiten Amtszeit steht die Präsidentin vor schwer zu lösenden Problemen.

Brasiliens Wirtschaft in der Krise

Brasilien wurde von der seit längerem anhaltenden Phase der wirtschaftlichen Depression der Weltwirtschaft erfasst. Lag das Wirtschaftswachstum des Landes 2010 noch bei 7,5 Prozent, so wies das Bruttoinlandsprodukt nach Angaben des Brasilianischen Instituts für Geografie und Statistik (IBGE) 2014 nur noch ein Wachstum von 0,1 Prozent auf. Nach Untersuchungen der brasilianischen Zentralbank wird in den folgenden zwei Jahren ein Rückgang des BIP erwartet, der, hervorgerufen durch äußere Faktoren, auch vom

Schrumpfen des Binnenmarktes beeinflusst wird. Von diesem Rückgang werden alle wirtschaftlichen Bereiche betroffen sein: 1,4 Prozent bis 2,3 Prozent weniger Wachstum in der Industrie, 1,3 Prozent weniger in der Landwirtschaft und 0,6 Prozent weniger im Dienstleistungssektor.

Wenig optimistisch sind die Aussichten auch für die Menschen: Die Inflationsrate wird voraussichtlich 2015 die Marke von 6,5 Prozent erreichen und 2016 auf 12 Prozent ansteigen. Wenig stabil erweist sich demzufolge auch die nationale Währung, der Real, der Anfang 2015 gegenüber dem US-Dollar weiter abgewertet wurde (ein Dollar zu 3,06 Reais, März 2015). Die Abwertung des Real als Mittel gegen die Inflation wird nach Ansicht von Ökonomen strukturelle Schäden verursachen, die vor allem den industriellen Bereich betreffen werden.

Die Steigerung der Exporte um 2,4 Prozent wird vornehmlich von Landwirtschaft und Bergbau getragen, ein Indiz für das Zurückbleiben der nationalen Industrie. Fehlende Investitionen in nationale Industriezweige führen dazu, dass Brasilien z. B. Rohleder ins Ausland verkauft und von dort, u. a. aus Hongkong, Schuhe importiert. Brasilianische Waren sind teurer als chinesische Importe. Große nationale Unternehmen wie Gerdau oder Camargo Correia wachsen im Ausland schneller als im Heimatland. Brasilianische Firmen verlagern ihre Produktion ins Ausland, wo sie billigere Arbeitskräfte finden.

Es verstärkt sich die Tendenz, dass Unternehmen, Banken und Privatleute Schuldtitel des Staates aufkaufen, um damit höhere Gewinne zu erzielen als mit Investitionen in die Realwirtschaft. Brasilianische Kapitaleinlagen in Steueroasen, die mit Finanzspekulationen erzielt werden, betragen nach Angaben des „Economist“ ca. 520 Mrd. US-Dollar. Diese Summe kommt 25 Prozent des brasilianischen BIP gleich. Das Land verliert jährlich 100 Mrd. US-Dollar, die illegal ins Ausland verbracht werden.

Auf der Grundlage von Einkommen aus produktiver Arbeit, die 48 Prozent des BIP ausmachen, leben 90 Prozent der Brasilianer mit einem monatlichen Einkommen zwischen 3 000 und 4 500 Reais. (Der Mindestlohn liegt gegenwärtig bei 788 Reais.) Demgegenüber werden 46 Milliardäre und ca. 10 300 Millionäre gezählt. Die Wege zur Konzentration des Reichtums führen über das regressive Steuersystem, das die Bevölkerungsmehrheit stärker belastet als die Reichen, über die hohen staatlich festgelegten Zinssätze und das Kreditsystem, das Zwischenhändlern Gewinne von bis zu 10 Prozent des gewährten Kredits einbringt. Produktive Arbeit, der die Mehrheit der Bevölkerung nachgeht, ist stark unterbewertet, da das Finanzsystem Unternehmen, Banken und Privatleuten hohe Gewinne sichert, die Mehrheit der Menschen sich jedoch mit hohen Kreditzinsen verschulden muss, was die Binnennachfrage senkt.

Das weltweit dominierende Finanzialisierungssystem hat auch in Brasilien Einzug gehalten. Die Folgen sind eine fortschreitende Spaltung der Gesellschaft in arm und reich und eine Schwächung der brasilianischen Wirtschaft.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Dilma: Grenzen und Widersprüche

Die Wirtschaftspolitik Dilmias in ihrer ersten Amtszeit 2010–2014 zielte darauf ab, die Investitionsrate durch die Reduzierung der Kapitalkosten zu erhöhen und die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Produktion auf den Auslandsmärkten zu



sichern. Damit sollte den Tendenzen der nichtproduktiven Verwendung von Kapital entgegengesteuert und die Verwendung der Ressourcen für produktive Aktivitäten stimuliert werden. Andere Maßnahmen sollten eine Reduzierung der Kosten der nationalen Unternehmen bewirken. Es wurde Kurs auf weiteres Wirtschaftswachstum und den Abbau der sozialen Ungleichheit genommen. Bei genauer Betrachtung ging es vor allem darum, der Aneignung von überhöhten Gewinnen durch verschiedene Sektoren entgegenzuwirken. Dazu wurden verschiedene Maßnahmen eingeleitet. Im August 2011 reduzierte das Komitee für Geldpolitik der Zentralbank (COPOM) den Leitzins von 12,5 auf 12 Prozent pro Jahr. Weitere Reduzierungen wurden vorgenommen, sodass sie im Oktober 2012 bei 7,25 Prozent lag und auf diesem Niveau bis April 2013 verblieb.

Jedoch wurde das Ziel, Investitionen zu fördern und die nationale Industrie zu stärken, nicht erreicht. Ein Grund dafür war die nachlassende Nachfrage und der Preisverfall für Rohstoffe, hervorgerufen durch das verlangsamte Wachstum der chinesischen Wirtschaft mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Nachfrage nach brasilianischen Erzeugnissen auf dem Weltmarkt und die Gewinne brasilianischer Unternehmen. Diese investierten weniger; die Investitionstätigkeit ging um 8,2 Prozent zurück. Nach Angaben des IBGE sank die Investitionsrate, die zwischen 2006 und 2010 bei 20,6 Prozent des BIP lag, im Jahre 2014 auf 19,7 Prozent. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass diese Bereiche ihre Investitionsentscheidungen als politisches Instrument nutzten. Die Regierung Dilma hatte mit der veränderten Zinspolitik, den Maßnahmen zur Kontrolle der erwirtschafteten Gewinne und der sozialen Orientierung ihrer Politik die Interessen mächtiger Wirtschaftskreise berührt, die diese mit Investitionsverweigerung beantworteten.

Brasilien durchlebt durch fehlende Investitionen in führende Industriezweige und in die soziale Infrastruktur der Großstädte eine sichtbare Krise: fehlender Wohnraum, ausbleibende Agrarreform und mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Wasser (zunehmende Konflikte 2014 in der Versorgung der Menschen mit Wasser, bes. im Großraum Sao Paulo).

Mit der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums verringerten sich die Steuereinnahmen des Staates, was sich negativ auf die öffentlichen Ausgaben auswirkte. Mit der Abwertung des Real wuchs die Gefahr zunehmender Inflation, was die Regierung zwang, ab April 2013 den Leitzins wieder anzuheben. Neoliberale Kräfte zeigten sich schon im Wahlkampf unzufrieden mit den verbesserten Löhnen und Gehältern der Arbeitenden. Eine zweite Folge dieser Politik ist die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben für die Sozialprogramme. Austerität bedeutet für Brasilien Blockierung des sozialen Fortschritts und ein Fortbestehen sozialer Konflikte. Mehr Austeritätspolitik bedeutet die Senkung von Löhnen und Gehältern sowie wachsende Arbeitslosigkeit.

Die Wahl 2014: Ausdruck der veränderten Lage

Das Wahlergebnis vom Oktober 2014 ist die Widerspiegelung eines veränderten Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft und des Rückganges des Einflusses der Partei der Werktätigen (PT) in bestimmten Bevölkerungskreisen. Mit nur 51,64 Prozent konnte Präsidentin Dilma, die Kandidatin der regierenden PT, gegen den Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB), Aécio Neves, gewinnen.

Verluste musste die PT besonders in den großen Städten Brasiliens hinnehmen, in denen inzwischen 80 Prozent der Bevölkerung konzentriert sind. Für die PT war das das schlechteste Wahlergebnis seit 2002.

Diese Veränderungen fanden ihren Niederschlag in der Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenhauses. Die PT büßte 18 und ihr Koalitionspartner, die Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB), eine Zentrumsparterie, 5 Sitze ein. Gemeinsam verfügen beide jedoch mit 136 Sitzen nach wie vor über die Mehrheit im Abgeordnetenhaus.

Die oppositionelle PSDB gewann 11 Sitze hinzu und ist mit 55 Abgeordneten im Kongress vertreten. Die von ihr angeführte Opposition hält jetzt 119 Sitze.

Kompliziert hat sich die Zusammensetzung des Hauses dadurch, dass dort jetzt 28 Parteien vertreten sind. Nach offiziellen Angaben sind unter den insgesamt 513 Abgeordneten 248 Millionäre. Andere Abgeordnete vertreten sowohl religiöse Fundamentalisten als auch Großagrarien. Das neue Abgeordnetenhaus gilt als das konservativste seit 1964. Ursachen sind u.a. die Schwäche der PT und die Krise der Regierungskoalition PT – PMDB.

In der Regierungskoalition hat sich das Gewicht der PMDB erhöht. Deutlich gestärkt wurden Kräfte in dieser Partei, die das knappe Wahlergebnis Dilmas auszunutzen versuchen. Sie haben eine Erhöhung der Zahl der Minister gefordert, „um die Regierung zu retten“. Der Hauptpartner der PT ist zugleich ihr direkter Widerpart, denn bei der Wahl der Präsidenten von Abgeordnetenhaus und Senat haben sich führende Vertreter der PMDB durchgesetzt: Eduardo Cunha, ein konservativer Politiker, Lobbyist des Gesundheitssektors, und Renan Calheiros, dessen Rücktritt wegen Korruption eine Volksinitiative verlangte.

Noch Ende 2014 ernannte Dilma Joaquim Levy (PMDB) zum Finanzminister und Kátia Abreu (PMDB) zur Ministerin für Landwirtschaft, Viehzucht und Versorgung.

Joaquim Levy ist ein Repräsentant der neoliberalen Schule, war im Internationalen Währungsfonds und in der großen Privatbank Bradesco tätig. Kátia Abreu ist langjährige Präsidentin der Konföderation für Landwirtschaft und Viehzucht mit mehr als 10 000 Farmern als Mitglieder. Abreu vertritt offen die Interessen des Agrobusiness und lehnt eine Agrarreform ab.

Die PT verlor im Abgeordnetenhaus wesentliche Positionen. Sie ist nicht mehr im Direktorat der Kammer und in zwei wichtigen Ausschüssen, dem für Verfassung und Justiz und dem für Finanzen und Steuern, vertreten.

Die Regierung Dilma ist eine Regierung des moderaten Zentrums, in der sowohl linke Kräfte wie auch stark nach rechts tendierende Kräfte vertreten sind. Sie hat an öffentlichem Ansehen verloren. Als Exekutive scheint sie mehr und mehr von der Legislative, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat, abzuhängen. Eine Ausweitung des Kabinetts auf 39 Ministerien erschwert die Regierungstätigkeit, zumal sich bei der Besetzung der Minister die PMDB weiter durchgesetzt hat.

Neoliberalismus und Ende des Neodesarrollismus?¹

Entgegen den im Wahlkampf von Dilma vertretenen Positionen zur Weiterführung der Sozialpolitik und Stärkung der nationalen Industrie wurde mit der Ernennung der genannten Minister die Politik des Neodesarrollismus in Frage gestellt,



d. h. eine vom Staat bestimmte und orientierte Wirtschaftspolitik mit Schwerpunkt auf industrielle Entwicklung, die den privaten Sektor direkt einbezieht und mit Nachhaltigkeit einen neuen Zyklus wirtschaftlicher Entwicklung einleitet. Das schließt ein, Ressourcen bereitzustellen, mit denen für weite Teile der Bevölkerung wesentliche soziale Veränderungen erzielt werden können. Ausgerichtet ist diese Politik auf die Herstellung eines neuen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, das der Ausgangspunkt für die Kontrolle des Staates durch die Gesellschaft und das Zusammenwirken beider sein kann.

Mit Joaquim Levy als neuem Finanzminister setzten sich die Kräfte durch, die schon vor der Wahl 2014 eine Rückkehr zur Austeritätspolitik gefordert hatten. Levy übernahm es, die Wende zur „fiskalischen Anpassung“ einzuleiten. Diese bedeutet eine Erhöhung des Leitzinses und die Kürzung der Sozialprogramme. Elemente dieser Austeritätspolitik sind:

- die erneute Erhöhung des Leitzinses auf 13,25 Prozent, womit Brasilien „Weltmeister“ auf diesem Gebiet ist;
- eine Kürzung staatlicher Ausgaben und Subventionen in einer ersten Runde von ca. 111 Mrd. Reais, um die für 2015 festgelegte Marke des Primärüberschusses (Staats-einnahmen minus Staatsausgaben ohne Zinszahlungen) von 1,2 Prozent des BIP einzuhalten;
- die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, der Lohnzahlungen und Witwenrenten um 18 Mrd. Reais;
- die Erhöhung der Steuern auf Importwaren, einschließlich kosmetischer Waren mit zusätzlichen Staatseinnahmen von 20,6 Mrd. Reais;
- die Kürzung der Ausgaben für Pensionsfonds um 5,35 Mrd. Reais;
- die Blockierung des „Programms des beschleunigten Wachstums“ (PAC) im Bausektor durch die Einschränkung der Kreditvergabe seitens der Nationalbank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (BNDES);
- die Erhöhung der Steuern in Industrie und Handel von 1 auf 2,5 Prozent und im Dienstleistungsbereich und der Bauwirtschaft von 2 auf 4,5 Prozent;
- Veränderungen in der Arbeitsgesetzgebung zu Ungunsten der Arbeitenden im Rahmen „Vorläufiger Maßnahmen“, die keine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohneinbuße vorsehen und neue Regeln zum Outsourcing beinhalten;
- Veränderungen in der Struktur von Petrobras und anderer staatlicher Unternehmen.

Mit diesen Maßnahmen hat sich Präsidentin Dilma den Forderungen der neoliberalen Kräfte um Minister Levy gebeugt. Die Erhöhung des Leitzinses, die Kürzungen im sozialen Bereich und bei den öffentlichen Investitionen führen Brasilien in einen neuen Teufelskreis, in dem die wirtschaftliche Dynamik wesentlich zurückgehen wird. Vorteile ergeben sich für den Finanzsektor und die 20 000 reichsten Familien.

Nach Angaben der Zentralbank für März 2015 hat Brasilien öffentliche Schulden in Höhe von 33 Prozent des BIP, d.h. 2,44 Billionen Reais. Mit der Erhöhung des Leitzinses auf 13,25 Prozent werden die Schulden bis Ende 2015 auf 35,3 Prozent des BIP ansteigen.

Das Land befindet sich in einer völlig neuen Situation. Die verschlechterte wirtschaftliche Lage hat Präsidentin Dilma gezwungen, ihre zweite Amtszeit mit einer Wendung um 180 Grad einzuleiten. Hinzu kommen Fehlentwicklungen wie z. B. die Subventionierung der Verbraucherpreise für Benzin und

Elektroenergie oder großzügige Kredite der BNDES an Großunternehmen (30 Mrd. Reais 2014). Der Handlungsspielraum von Präsidentin Dilma hat sich zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit stark eingengt. Sie ist Gefangene ihrer eigenen Fehler.

Was die wirtschaftliche Gesamtlage betrifft, so ist der Wachstumszyklus an sein Ende gelangt. Brasilien durchlebt eine Phase der Stagnation im Rahmen der kapitalistischen globalen Krise.

Die politische Dimension der Krise äußert sich in der Entscheidung der brasilianischen Bourgeoisie, die Allianz mit der PT-Regierung aufzukündigen und die sogenannte „Entwicklungsfront“ zu verlassen.

Damit reagierten Sektoren der Bourgeoisie auf Dilmas Wirtschaftspolitik und stellen die Allianz der PT und der mit ihr verbundenen politischen Kräfte mit Sektoren der internen Bourgeoisie in Frage. Es ist zu einer Neuformierung der Bourgeoisie gekommen, die eine Annäherung oder gar Fusion zwischen Industrie- und Finanzkapital bedeutet. Innerhalb der brasilianischen Bourgeoisie ist eine stärkere Orientierung auf das internationale Finanzkapital zu beobachten. Teile des Kapitals sehen ihre Interessen berührt und drängen darauf, eine neoliberale Austeritätspolitik durchzusetzen. Sie machen Front gegen die Senkung des Leitzinses, gegen die Bevorteilung öffentlicher Banken und gegen die gesetzlichen Bestimmungen für die Exploration der kürzlich entdeckten Erdölvorkommen an der Atlantikküste Brasiliens, die sich in einer Meerestiefe von ca. 7 000 Metern unter einer dicken Salzschiefer befinden.

Dilma hat versucht, in einer Situation wachsender wirtschaftlicher Probleme die Interessen einiger Sektoren der Bourgeoisie zu beschneiden. Schon vor der Wahl 2014 kündigte sich eine Tendenz zunehmender Feindseligkeiten dieser Sektoren gegen die PT-Regierung an, die von Teilen der gehobenen Mittelklasse unterstützt werden.

Offensive der neoliberalen Opposition

Ein erstes Anzeichen der Ablehnung der Politik Dilmas war die erzwungene Ablösung von Finanzminister Guido Mantega, eines Exponenten des Neodesarrollismus. 2013 verließ der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Brasiliens (PSB), Eduardo Campos, die Koalitionsregierung mit der PT. Campos war 2004 von Präsident Lula zum Minister für Wissenschaft und Technologie berufen worden. Während des Wahlkampfes kam Campos im August 2014 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Innerhalb der Koalitionspartei PMDB wurden Stimmen gegen Dilma laut, und die Demonstrationen vom Juni 2013 waren Anzeichen wachsender Unzufriedenheit, die besonders in Teilen der Mittelklasse zum Ausdruck kam. Die wirtschaftliche Lage führte zu einem relativen Rückgang ihres Lebensstandards. Sie fühlten sich im Vergleich zu den durch die Sozialprogramme der Regierung geförderten unteren Schichten benachteiligt. Rechtsgerichteten Medien gelang es, diese Kräfte sowohl im Juni 2013 als auch bei nachfolgenden öffentlichen Protesten als Druckmittel gegen die PT-Regierung und Präsidentin Dilma zu instrumentalisieren.

Legitime soziale Forderungen, welche die Regierung vernachlässigt hatte, wurden aufgegriffen und von den rechten Medien genutzt, um die Mittelklasse gegen die Regierung zu positionieren. Anfang 2015 wandelte sich der Forderungskatalog. Erhoben wurden Forderungen wie Kampf gegen die



Korruption der PT, ein Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma. Sogar Rufe nach einem Militärputsch wurden laut.

Mit zunehmend aggressiver Haltung dieser Kreise und der gehobenen Mittelklasse wurde eine restaurative Offensive eingeleitet. Beispielhaft sind die Kampagne der Medien gegen den Einsatz kubanischer Ärzte im Gesundheitswesen, die Nutzung der Korruptionsfälle im halbstaatlichen Erdölunternehmen Petrobras² und die Proteste gegen das Gesetz zur Versteigerung der neu erschlossenen Erdölvorkommen.

Aufgrund von Enthüllungen ehemaliger Direktoren der Petrobras leitete die Bundespolizei Ermittlungen zu den Korruptionsfällen ein. Die Enthüllungen erfolgten an einer Tankstelle, sodass die Aktion unter der Bezeichnung „Autowäsche“ („Lava-Jato“) läuft. Betroffen sind Bauunternehmen, leitende Angestellte von Petrobras und Politiker, darunter Ex-Minister, Minister, Parlamentarier von Opposition und Regierung. Die Manipulationen begannen schon zu Zeiten der Regierung Cardoso, die bis 2002 im Amt war. Verhaftet wurden 26 Personen, darunter auch der Schatzmeister der PT Vaccari im Mai 2015. Auch die Namen weiterer Beteiligten wurden inzwischen veröffentlicht, darunter führende Vertreter der PSDB, der PT wie auch der PMDB. Die Medien richten ihre Kampagne aber im Wesentlichen gegen die PT und Dilma, nutzen deren defensive Haltung und tragen ihre Gegenoffensive in breiter Öffentlichkeit vor.

Einstweiliger Höhepunkt dieser Offensive waren die Aktionen der Opposition am 15. März 2015. Während einer Fernsehansprache der Präsidentin rief die Opposition zum „Kochtopftrommeln“ („panelaco“) auf, an dem sich vor allem die obere Mittelklasse in den Reichtümern der Großstädte beteiligte.³ Die Deutung dieser Aktion heißt, dass die Beteiligten nichts von der Regierung hören und nicht mit Menschen zusammenleben wollen, die die PT-Regierung unterstützen.

Gleichzeitig mobilisierte die Opposition Straßenproteste, an denen sich ca. 1,5 Millionen Menschen beteiligten. Während dieser Proteste wurden Losungen wie „Weg mit Dilma“, Abwahl Dilmas und sogar ein „Militärputsch“ gefordert. Obwohl sich die Opposition in ihren Forderungen nicht einig ist, geht es ihr um die Schwächung der Regierung und um die Durchsetzung ihres neoliberalen Programms, zu dem auch die Forderung nach Privatisierung von Petrobras gehört. Begleitet und unterstützt wurden diese Aktionen durch eine bisher nie dagewesene Hasskampagne gegen die PT in den Medien. Die Aktion „Lava-Jato“ wird zu einem großen Medienspektakel aufgeblasen. Bestimmte Ereignisse werden ohne Verbindung zum Gerichtsprozess in der Öffentlichkeit gegen die PT-Regierung ausgenutzt. Der Opposition gelang es, im Abgeordnetenhaus einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit den Korruptionsfällen bei Petrobras durchzusetzen.

Exemplarisch ist ebenfalls die Auseinandersetzung um Petrobras, die im Zusammenhang mit den Korruptionsfällen im Unternehmen selbst geführt wird. Die Opposition wendet sich gegen die in Artikel 10 des Gesetzes Nr. 12351 aus dem Jahre 2010 festgelegte 30-prozentige Beteiligung von Petrobras an allen Konsortien bei der Versteigerung von Explorationsrechten.

Gleichzeitig wendet sie sich gegen die Festlegung, Petrobras als zentralen Akteur bei der Versteigerungen der Erdölvorkommen an der Atlantikküste einzusetzen. Bereits realisierte Versteigerungen in diesem Bereich sollen rückgängig

gemacht werden. Das im Gesetz von 2010 festgeschriebene System der Teilung soll wieder durch die Vergabe von Konzessionen ersetzt werden. Beim System Teilung verbleibt Brasilien als Eigentümer der Fundstätte und das Operationsmonopol bei Petrobras, das so in der Lage ist, die gesamte Produktionskette in der Hand zu behalten und die entsprechende Technologie des technisch schwierigen Abbaus zu entwickeln. Im Abgeordnetenhaus und im Senat haben Vertreter der Opposition Vorstöße gegen das Gesetz von 2010 unternommen. Mit der Operation „Lava-Jato“ wird versucht, das durch die Korruptionsfälle entstandene negative Image von Petrobras als Schwachstelle zu nutzen.

Gegen alle Behauptungen von einer wirtschaftlichen und technologischen Schwäche des Unternehmens steht dessen kürzliche Auszeichnung als bestes Offshore-Unternehmen der letzten Jahre durch die jährlich in Houston (USA) stattfindende „Offshore Technology Conference“ (OTC).

Die PT, die Regierung Dilma und die Linke

Die gegenwärtig im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehenden „Vorläufigen Maßnahmen 664 und 665“ sind Gesetzesvorlagen, die darauf abzielen, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes zu vertiefen. Sie beinhalten Maßnahmen des Outsourcing und der Zeitarbeit. Wenn bisher nur bei Dienstleistungen wie Reinigung, Versorgung und Sicherheit Subkontrakte möglich waren, wurde die Anzahl zur Ausgliederung freigegebener Bereiche wesentlich erweitert. So wird es z. B. möglich, Lehrer als Zeitarbeiter einzustellen. Diese Maßnahmen stellen einen wesentlichen Rückschritt in der brasilianischen Arbeitsgesetzgebung dar.

Obwohl sich die Gewerkschaft CUT und PT-Abgeordnete gegen diese Veränderungen im Abgeordnetenhaus aussprachen, wurden die „Vorläufigen Maßnahmen 664 und 665“ von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses angenommen. Die Verkündung des Sparprogramms in seiner neoliberalen Form, die Durchsetzung der Liberalisierung des Arbeitsmarktes und eine angekündigte Öffnung der Bundessparkasse für das Auslandskapital sind Indizien für die Schwäche der Dilma-Regierung und der PT im Abgeordnetenhaus. Sie sind Ausdruck der Zugeständnisse, die die Regierung Dilma den alten und neuen Eliten macht.

Frei Betto, Vertreter der Befreiungstheologie und Ex-Minister in der ersten Regierung Lulas (trat wegen grundlegender Differenzen vom Amt zurück), kommentierte die Jahre der PT-Regierungen folgendermaßen: Die PT realisierte keine grundlegenden Strukturreformen, weder eine Agrar-, noch Steuer- oder gar politische Reform. Sie lockerte das Verhältnis zu den sozialen Bewegungen, entfernte sich von ihren Gründungsprinzipien und riskierte damit den Verlust ihrer sozialen Basis.

Die Politik Lulas wurde charakterisiert durch eine Vertretung korporativer Interessen der Arbeiterschaft und der Vermittlung von Konflikten mit der brasilianischen Bourgeoisie. Dieses Phänomen wurde in Brasilien als Lulismus bezeichnet. Es ist eine starke Identifikation mit der Person des Präsidenten von Seiten des Subproletariats, d. h., von Personengruppen (Hausangestellte, Lohnempfänger in Kleinunternehmen, im informellen Sektor tätige Menschen), die unter schlechteren sozialen Bedingungen leben als die Lohnabhängigen. Das ist eine der Paradoxien des modernen Brasiliens: Das Wahlvolk teilte sich auf in Menschen mit geringsten Einkommen und solchen der wohlhabenderen Schichten,



die sich durch die Lula-Politik bevorteilt sahen. Mit dem „Lulismus“ betrat eine neue politische Kraft die politische Szene.

Das Aufkommen des Lulismus hatte für die Volksbewegung bedeutende Konsequenzen. Er brachte ein Abflauen des Volkskampfes, seine Schwächung und Demobilisierung mit sich. Besonders die soziale Linke, aber auch Teile der politischen Linken setzten sich in unterschiedlicher Weise mit diesem Phänomen auseinander, was nicht dazu beitrug, dass sich eine starke linke Kraft formieren konnte und einheitliches Handeln zustande kam. Der eigentliche Konflikt, d.h. die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus, wurde in den Hintergrund gedrängt.

Die Proteste und Massendemonstrationen in den Monaten Juni und Juli 2013, die sich gegen die kommende Fußballweltmeisterschaft richteten, veränderten dieses Bild: Erstmals seit Jahren kam es zu Mobilisierungen dieses Ausmaßes. Rund eine Million Menschen nahmen an den Protesten im Juni 2013 teil. Auslöser war die Bewegung „Movimento Passe Livre“, die die Forderung nach Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen auf die Straße trug. Regierung, Medien und politische Parteien rechts wie links wurden vom Ausmaß der Mobilisierungen überrascht.

Auf die Straße gingen weniger die etablierte Mittelklasse, auch weniger die Arbeiter. Es waren v.a. Jugendliche und Studenten, die in den 90-er Jahren der Durchsetzung des Neoliberalismus geboren wurden. Alles das macht sichtbar, welche Veränderungen sich in der Zusammensetzung der sozialen Basis des Landes, in der Bevölkerungsentwicklung (ca. 90 Prozent der Bevölkerung leben in Städten) und in der Klassenstruktur vollzogen haben.

Nach einer Zeit der Sprachlosigkeit und der Passivität trat Präsidentin Dilma im Juni 2013 im öffentlichen Fernsehen auf, unterstützte die Massenforderungen und schlug einen Nationalen Pakt vor, der fünf Vorschläge umfasste:

Durchführung eines Plebiszits über eine politische Reform; Maßnahmen gegen die Korruption; Investitionen in das Gesundheitswesen, in die öffentlichen Verkehrsmittel (50 Mrd. Reals) und mehr Investitionen ins Bildungswesen.

Eine politische Reform bedeutet Durchführung einer verfassungsgebenden Versammlung, die wesentliche Veränderungen einleitet, insbesondere die Annullierung der Finanzierung von Wahlkampagnen durch große Unternehmen, die Festschreibung von Volksbefragungen, die Absenkung der Zahl der Unterschriften für Volkskampagnen, die Abschaffung des Senats und neue Mechanismen für die direkte Partizipation des Volkes. Dilma äußerte sich positiv zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung.

Für die PT-Regierung eröffnete sich die einmalige Gelegenheit, durch das Aufgreifen der Forderungen der Demonstranten politisch in die Offensive zu kommen. Das wurde im Rückblick versäumt. Weder die Regierung noch die PT als Regierungspartei waren in der Lage, die positiven Ansätze aufzugreifen und sie mit Unterstützung der Straße durchzusetzen. Das Abgeordnetenhaus und der Senat blockierten alle Bestrebungen, eine politische Reform umzusetzen. Die Opposition und rechte Kräfte verstanden es vielmehr, die Proteste nach und nach zu nutzen, um die Regierung Dilma unter Druck zu setzen.

Die gegenwärtige Lage ist durch eine verschärfte Spaltung und Polarisierung der brasilianischen Gesellschaft gekennzeichnet.

Die Linke sucht nach Auswegen aus dieser schwierigen Lage. Soziale Bewegungen und politische Parteien riefen in den Monaten März und April 2015 zu Gegenmanifestationen auf, an denen sich ca. eine Million Menschen beteiligte. Ihr Protest richtete sich gegen die Radikalisierung der Auseinandersetzung durch die Opposition. Es war aber gleichzeitig eine Aufforderung an die Regierung, sich aktiv gegen die Offensive der Opposition zu positionieren. Im Zentrum der Forderungen stand die Durchführung eines Referendums zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung. An diesen Aktionen beteiligten sich vor allem Gewerkschaften wie der Dachverband Einheitszentrale der Werktätigen (CUT) und die Nationale Koordinierung der Kämpfe (CONLUTAS), dazu Dilma-kritische Akteure wie die Bewegung der obdachlosen Werktätigen (MTST), die sich trotz unterschiedlicher Haltung zur Regierung mit Streiks, Straßensperren und Demonstrationen gegen die im Abgeordnetenhaus angenommenen Arbeitsgesetze wandten.

Die Linke in ihrer Gesamtheit aber ist geschwächt und steht kritisch zur bisher führenden linken Kraft, der PT. Real betrachtet, hat die PT ihre Fähigkeit zur Führung in der Gesellschaft verloren. Selbst Lula erklärte, dass sich die PT von ihrer Basis entfernt hat, sich bürokratisierte und in eine Kabinettpartei verwandelte. Sie durchlebt die bisher schwerste Krise in ihrer 35-jährigen Geschichte, die hervorgerufen wurde durch sich verschärfende Konflikte in der Partei selbst: die einseitige Konzentration auf Wahlkämpfe, parlamentarische Auseinandersetzungen, politischen Stillstand und eine teilweise Aufgabe der Gründungsprinzipien, besonders aber die Verstrickung in Korruptionsfälle.

Risse innerhalb der Partei, die sich in Auseinandersetzungen der verschiedensten Flügel manifestierten, schwächten die PT und sind für die Gegner willkommenen Anlass, auf eine Spaltung der Partei oder auf ihre Bedeutungslosigkeit hinzuwirken.

Damit steht die PT vor der Frage, ob sie in der Lage ist, sich einer selbstkritischen Analyse zu stellen oder ob sie versuchen wird, Korruption und Unmoral in der Partei zu überdecken.

Gelegenheit zur selbstkritischen Reflexion und kritischen Einschätzung der Lage war auf dem 5. Parteitag der PT, der vom 11. bis 13. Juni 2015 im Bundestaat Salvador da Bahia stattfand.

Im Vorfeld des Parteitages wurden in der PT starke kritische Stimmen laut, die in einem Dokument: „Die Krise der Partei überwinden“ forderten, die Position der Partei zu radikalisieren, sich politisch neu zu positionieren und die Auseinandersetzung mit der Opposition auf den Straßen und Plätzen zu suchen. Es sei an der Zeit, die Politik zu verändern und das Überleben der PT zu sichern. Es erging der Aufruf an die Delegierten, sich der neuen Situation zu stellen.

In den Thesen, die dem Parteitag vorlagen, „Stärker verändern: für einen neuen Zyklus demokratischer Veränderungen in unserem Land“ werden ebenfalls kritische Einschätzungen der Lage gegeben. Es wird gesagt, dass die PT die Fähigkeit zur Kommunikation verloren hat. Sie hat Niederlagen im Abgeordnetenhaus hinnehmen müssen und ohne öffentliche Gegenwehr einen Prozess der Destabilisierung und Kriminalisierung der PT durch neoliberale-konservative Kräfte zugelassen.

Für den Parteitag der PT war vorgesehen, die erneute Kandidatur Lulas für die Wahl 2018 zu beschließen. Unklar

war, ob Präsidentin Dilma teilnehmen wird, da sie zur gleichen Zeit in Brüssel am Gipfeltreffen der EU und Lateinamerikas teilnehmen wollte. Angesichts der anstehenden Auseinandersetzungen entschied die PT-Leitung, dass sie kurzfristig nach Brasilien zurückkehrte.

Eine im Moment mögliche Einschätzung der Ergebnisse des Parteitages muss zu dem Schluss kommen, dass die PT die Medien für die Lage verantwortlich macht, um Geduld bittet und nicht bereit ist, offen und kollektiv Fehler einzugehen und ihre Politik zu ändern. Verwunderung rief hervor, dass Dilma die Politik der Austerität verteidigte, um – wie sie sagte – schnell wieder den wirtschaftlichen Aufschwung einleiten zu können. Es bleibt der Eindruck, dass der Parteitag nicht dazu beitrug, die defensive Haltung der PT zu überwinden. Offenkundig besteht ein Unterschied in der Einschätzung der Lage zwischen der Basis der PT und deren Führung. Im Beschluss des Parteitages „Carta de Salvador“ findet sich keine Kritik an der Austeritätspolitik der Regierung. Auch Forderungen von Delegierten, Joaquim Levy persönlich zu benennen, bzw. die Bündnispolitik zu verändern, fanden keinen Niederschlag im Beschluss. Insgesamt wird der Parteitag als wenig aufregend eingeschätzt. Eine realistische Selbstkritik fand nicht statt.

Die Linke in ihrer Gesamtheit weiß, dass sie sich gegen einen Rückfall Brasiliens in eine Phase neoliberaler Politik positionieren muss, ist sich aber über die Wege, Methoden und konkreten Zielstellungen im Unklaren. Für große Teile der progressiven Kräfte geht es um die Durchführung eines Plebiszits zur Einberufung einer Außerordentlichen Verfassungsgebenden Versammlung. Der Weg zu einem Plebiszit führt unter den gegenwärtigen Bedingungen nur über eine breite Mobilisierung aller demokratischen und sozialen Kräfte.

In dieser Situation geht es darum, den Kampf um eine tiefgreifende Reform des politischen Systems als erste Aufgabe in Angriff zu nehmen.

Erreicht werden kann das nur, wenn es gelingt, eine „Demokratische Populare Front“ zu bilden, die von progressiven Kräften außerhalb der PT angestrebt wird, und die PT bereit ist, sich aktiv daran zu beteiligen.

All das deutet darauf hin, dass sich die Regierung Dilma und die PT politisch in der Defensive befinden. Hatten noch viele Wähler angesichts des Erstarkens der Opposition im Wahlkampf für Dilma und die PT gestimmt, ist auf Grund der Wendung, die Präsidentin Dilma vollzog, damit zu rechnen, dass die Wählerbasis schrumpfen wird. Die politische Entwicklung der letzten Jahre seit dem Amtsantritt Lulas 2003 ist in Gefahr. In den kommenden Auseinandersetzungen mit der Opposition und bei zukünftigen Wahlen droht eine Niederlage für die PT, damit für die politische und soziale Linke Brasiliens und darüber hinaus für die Linke Lateinamerikas.

Anmerkungen

- 1 Als Neodesarrollismus wird eine post-neoliberale Politik bezeichnet, die den Staat als wichtigen Akteur betrachtet und – wie im Falle Brasiliens – Sozialprogramme im Kampf gegen die Armut realisiert.
- 2 1997 wurde das Staatsunternehmen Petrobras durch den damaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die halbstaatliche Petrobras ist ein gemischtes Unternehmen, in dem der Staat die Mehrheit der Aktien hält.
- 3 Der „panelaco“ ist eine lateinamerikanische „Erfindung“ des Protestes, die erstmalig in Chile 1971 gegen die Allende-Regierung angewandt und vornehmlich von Vertretern der Mittelklasse getragen wurde. 2001 wurden solche Proteste in Argentinien gegen die Regierung De la Rúa durchgeführt.

Heraus aus der Defensive!

Zur 2. Tagung des 5. Parteitages der Partei der Werktätigen (PT) Brasiliens

Von Dietmar Schulz, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Die zweite Tagung des 5. Parteitages der PT fand vom 11. bis 13. Juni in Salvador da Bahia statt. Er war dem 35. Jahrestag der Parteigründung gewidmet, stand aber ganz im Zeichen der Diskussion um einen Ausweg aus einer Position der Defensive, in die die PT bereits im letzten Abschnitt der ersten Amtszeit der Regierung Dilma Rousseff (2013/2014) geraten war und die auch durch Dilmas erneuten Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2014 nicht überwunden werden konnte.

Seit der Mitte der Amtszeit der Regierung Dilma Rousseff hatte sich die Situation für die PT grundlegend verändert. Dies hatte verschiedene Ursachen, die u. a. in der Person der Präsidentin liegen, welche bei weitem nicht die Ausstrahlungskraft ihres Vorgängers Lula besitzt. Wesentlich jedoch waren die Veränderungen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, beispielsweise der beginnende Verfall der Rohstoffpreise und die fortdauernden Auswirkungen der internationalen Finanzkrise, die dazu führten, dass der Regierung weniger Mittel für Sozialausgaben zur Verfügung standen. Zugleich konnte die vom linken Flügel der PT vehement geforderte stärkere Belastung der in- und ausländischen Konzerne wegen der Rücksichtnahme auf die bürgerlichen Bündnispartner in der Regierung und wegen des Widerstands der rechten Strömungen in der PT nicht umgesetzt werden.

Hinzu kamen die gewachsenen sozialen Erwartungen der „neuen Mittelschichten“, die nicht voll befriedigt werden konnten. Die erfolgreiche Umsetzung verschiedener Sozialprogramme hat u. a. zur Entstehung von mehr als 20 Millionen neuer Arbeitsplätze geführt. Zwei Millionen neuer Wohnungen wurden gebaut und vor allem Familien mit geringen Einkommen zur Verfügung gestellt.

Diese neuen Mittelschichten, ein in der brasilianischen Politik verwendeter Begriff, der aus unserer Sicht relativ undifferenziert für alle jene Bevölkerungsteile verwendet wird, die Dank der Sozialpolitik der Regierungen Lula und Dilma erstmals über ein geregeltes Einkommen und ein Minimum an Lebensstandard verfügten, also der unmittelbaren Armut entronnen sind, erwarten jetzt von der Regierung weitere soziale Verbesserungen besonders im Bereich Bildung und Gesundheit, ohne dass unter den veränderten ökonomischen Bedingungen die Mittel dafür verfügbar wären.

Dilma hat die Präsidentschaftswahl 2014 im zweiten Wahlgang klar und eindeutig gewinnen können. Dennoch hat sich die Opposition über viele Monate und eigentlich bis heute mit diesem Sieg nicht abgefunden, sondern versucht ein Klima der Unregierbarkeit und politischen Unsicherheit zu schaffen. Dazu greift sie vor allem auf Korruptionsvorwürfe gegen die Präsidentin in deren Zeit als Chefin des staatlichen Erdölkonzerns Petrobras zurück. Verschärft wurde die politische Krise durch das relativ schwache Wahlergebnis der PT bei den gleichzeitig ausgetragenen Parlamentswahlen im Oktober und die Tatsache, dass sich der größte Verbündete der Regierungskoalition, die bürgerlich-zentristische



PMDB, zunehmend von der PT distanziert. Sie besetzt heute kurioserweise einerseits wichtige Kabinettsposten und agiert andererseits als entschiedene Oppositionskraft im Parlament, wo beide Parteien annähernd gleich stark sind: die PMDB mit 18 Senatoren und 65 Abgeordneten, die PT mit 15 bzw. 69 Mandaten.

Für ihren Parteitag hatte sich die PT die Aufgabe gestellt, eine Analyse ihrer mehr als 12 Jahre Regierungstätigkeit vorzunehmen und daraus Schlussfolgerungen für die künftige Arbeit abzuleiten. Ein zweiter großer Schwerpunkt des Parteitages war, angesichts eines gewissen Ansehensverlustes der PT in der Öffentlichkeit und auch unter den eigenen Mitgliedern und Wählern eine Rückbesinnung auf alte Stärken und eine Reaktivierung der Partei zu starten.

Der Ansehensverlust der PT ist u. a. eine Folge von mehr als 12 Jahren Regierungstätigkeit, in der aufgrund einer fehlenden eigenen Mehrheit zahlreiche und zuweilen sehr schmerzhaft zugeständnisse an die Bündnispartner aus dem bürgerlichen Lager gemacht werden mussten. Hinzu kamen die Verwicklung der PT in die als problematisch eingeschätzte Parteienfinanzierung durch brasilianische Großunternehmen (besonders durch Petrobras), und die zunehmende Entwicklung der PT zur Funktionärs- und Parlamentarierpartei. Vor allem letzterer Tendenz soll mit einer Rückbesinnung auf die Verankerung der PT unter Arbeitern und Gewerkschaften entgegengewirkt werden.

Allerdings gab es sehr unterschiedliche Auffassungen, wie das geschehen soll. Diese widersprüchlichen Positionen zeigen einmal mehr, dass die PT zurzeit eine tief gesplante Partei ist: Eine nach längerer Zeit wieder wachsende linke Strömung tritt für einen tatsächlichen Transformationsprozess zu einer anti-neoliberalen Gesellschaft ein, die das bisherige kapitalistische System zumindest ansatzweise in Frage stellt, während der stärker sozialdemokratisch orientierte Mehrheitsblock das Gesellschaftssystem Brasiliens zwar gerechter und humaner gestalten, aber an den grundlegenden Verhältnissen nichts ändern will.

Einer der Hauptstreitpunkte war die Auseinandersetzung um eine andere Wirtschaftspolitik. Angesichts der krisenhaften Entwicklung in Brasilien forderte der linke Parteiflügel eine klare anti-neoliberale Ausrichtung, öffentliche Investitionsprogramme besonders in sozialen Bereichen (Bildung, Gesundheit, Wohnen) und eine aktive Beschäftigungssicherung. Die Mittel dazu sollen aus einer stärkeren Besteuerung großer Einkommen und Vermögen kommen. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang auf gleichlautende Forderungen des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, dessen Vorsitzender Vagner Freitas auf dem Parteitag anwesend war und (neben bzw. nach Lula) mit den größten Sympathiebekundungen bedacht wurde.

Der Reformflügel der PT schloss sich hingegen den Positionen der Präsidentin an, die in ihrer Eröffnungsrede den Sparkurs der Regierung verteidigte. Das Kabinett hatte sich bereits zuvor gegen den Widerstand der Gewerkschaften auf den von Finanzminister Levy (PMDB), einem Banker, vorgelegten Austeritätsplan geeinigt. Dieser sieht die zeitweilige Kürzung öffentlicher Ausgaben vor und birgt nach Meinung der CUT das hohe Risiko einer neuen Rezession, deren negative Folgen vor allem die arbeitenden Menschen zu tragen hätten.

Weitere Streitpunkte auf dem Parteitag waren u. a. die Infragestellung des bisherigen politischen Bündnisses mit der

PMDB und eine Neuorientierung auf ein breites Bündnis aller progressiven Kräfte unter besonderer Hervorhebung der Rolle des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, sowie verschiedene Vorschläge zur Änderung des Verfahrens der Wahl der Leitungsorgane der PT.

Bei der Abstimmung zu allen Anträgen, die in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Parteitages mindestens die Unterstützung von 30 Prozent der Stimmberechtigten erhalten mussten, um im Plenum zur Diskussion und Abstimmung zu kommen, setzte sich letztendlich der reformerische Mehrheitsblock durch. Als Hauptargument wurde wiederholt behauptet, jede Kritik an der Politik der Präsidentin schwäche die Positionen der PT. Die Linke kritisierte hingegen, eine derart klare Unterordnung der Partei unter die Politik der Regierung werde zu einer noch größeren Lähmung der PT führen – dem Gegenteil dessen, was der Parteitag bewirken sollte.

Für viele Delegierte steht jedoch ohnehin fest, dass Lula bei den nächsten Wahlen im Herbst 2017 erneut als Präsidentschaftskandidat antreten und mit Sicherheit erneut gewinnen werde. Man müsse also derzeit nur die drei Jahre Dilma „überstehen“, danach kehre die PT automatisch auf die Siegerstraße zurück. Linke Delegierte sprachen in diesem Zusammenhang von einer Augen-zu-und-durch-Mentalität oder gar von einer „selbstmörderischen Linken“. Dennoch zeigen die Abstimmungsergebnisse – der Antrag für eine andere, anti-neoliberale Wirtschaftspolitik erhielt im Plenum ca. 45 Prozent Ja-Stimmen – zusammen mit den Forderungen nach einem weiteren Parteitag bzw. einer thematischen Parteikonferenz noch vor Jahresende und den eindeutigen Positionen der CUT zur Austeritätspolitik der Regierung, dass diese Diskussion bei weitem noch nicht beendet ist.

Der 5. Parteitag der PT: Erste Bemerkungen

Von Valter Pomar, ehemaliger stellvertretender PT-Vorsitzender; aus: <http://valterpomar.blogspot.com.br/2015/06/quinto-congresso-do-pt-primeiras.html>

Der 5. Parteitag der PT wurde im Mai 2013 einberufen. Sein Ziel war eine Debatte über Programm und Strategie der Partei. Die Delegierten des Parteitages wurden Ende 2013 gewählt. Sie haben sich – die konstituierende Sitzung des Parteitages nicht mitgerechnet – seitdem zweimal zu Beratungen getroffen.

Aufgrund der nach den Wahlen 2014 entstandenen Situation hielten einige Sektoren der Partei die Durchführung einer weiteren Beratung des Parteitages für eine Gelegenheit, um zu diskutieren, wie man die Kampagne der „Einkreisung und Vernichtung“, die gegen unsere Partei gestartet worden war, überwinden kann.

Zwischen dem 11. und dem 13. Juni 2015 trafen sich ca. 570 Delegierte des Parteitages in Salvador da Bahia. Der Nachmittag und Abend des 11. Juni war den Eröffnungsreden sowie der Diskussion und Annahme des Grundlagendokuments des Parteitages gewidmet. Am Vormittag des 12. Juni wurde eine neue Finanzierungskampagne der Partei



gestartet. Der Rest des Vormittags und der frühe Nachmittag wurden für die Diskussionen in den Arbeitsgruppen des Parteitages verwendet. Nachmittags fand zudem ein internationales Seminar statt, das den Fragen der regionalen Integration Lateinamerikas gewidmet war. Am Vormittag des 13. Juni bis in den Nachmittag hinein wurden Änderungs- und Ergänzungsanträge zum Grundlagendokument des Parteitages diskutiert. Am Nachmittag des 13. Juni wurde die Tagung des Parteitags nach ca. 48 Stunden beendet.

Das Grundlagendokument des Parteitages trägt den Titel „Erklärung von Salvador“. Neben dieser Erklärung gab es als Anhang weitere 14 Entschlüsse, deren Entwürfe erst wenige Tage vor dem Parteitag veröffentlicht worden waren (es wäre interessant zu untersuchen, wie und warum der ursprüngliche Entwurf der Erklärung kurzfristig ausgetauscht wurde). Die Mehrheit der Delegierten konnte den genauen Text erst lesen, nachdem er als Grundlagendokument verabschiedet worden war. Weitere Details zu diesem Text finden sich unter <http://valterpomar.blogspot.com.br/2015/06/sobre-carta-de-salvador-analise.html>.

Ungeachtet der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit waren die Arbeitsgruppen stark besucht. Es wurden intensive Diskussionen geführt, aus denen zahlreiche Anträge entstanden. Diese Anträge wurden gesichtet, thematisch systematisiert und am Vormittag des 13. Juni im Plenum zur Abstimmung gebracht.

Die dann tatsächlich im Plenum diskutierten Anträge konzentrierten sich auf die folgenden Themenbereiche: Die Haltung der PT zur Haushaltsanpassung,¹ ihre Bündnispolitik, die Schaffung einer Linksfront, das Verfahren zur Wahl der Leitungsgremien der PT (PED)² und zu einer Verfassunggebenden Versammlung. Einige dieser Anträge wurden mit deutlicher Mehrheit angenommen, bei anderen mussten die Stimmen ausgezählt werden.

Eine große Anzahl von Anträgen wurde im Plenum weder debattiert noch abgestimmt, sondern an die Nationalleitung der Partei verwiesen. Ein großer Teil der Delegierten wollte auf dem Parteitag über einen Antrag abstimmen, der es verbieten würde, Spenden von Privatunternehmen anzunehmen – sei es für die Partei, sei es für Kandidaturen von Parteimitgliedern. Das Tagungspräsidium war anderer Meinung und ließ über die Behandlung des Antrages abstimmen, allerdings ohne die Stimmen auszuzählen. Anschließend wurde eine Mehrheit für die Nicht-Behandlung des Themas auf dem Parteitag verkündet. Als Reaktion darauf beendete ein Teil der Delegierten ihre Mitarbeit am Parteitag und verließ die Tagungsstätte.

Bisher liegen weder die endgültigen Fassungen der Entschlüsse noch das Heft mit den an die Nationalleitung verwiesenen Anträgen vor. Bezieht man sich auf die Ergebnisse der Abstimmungen, wird klar, dass die PT ihre Haltung zu den diskutierten Themen nicht verändert hat. Anders gesagt: Für diejenigen, die der Meinung waren, die gegenwärtige Lage erfordere eine schnelle und tiefgreifende Veränderung innerhalb der PT, kann die Schlussfolgerung nur lauten, dass die PT mehrheitlich beschlossen hat, sich nicht zu ändern.

Es ist wichtig Folgendes festzustellen: Bei der Abstimmung, die vielleicht die wichtigste des Parteitages war, stimmten ca. 45 Prozent der Delegierten für eine Entschlüsselung, die offen die Haushaltsanpassung kritisierte. Aber wie auch bei weiteren Abstimmungen, gab es eine Mehrheit, die

gegen eine Kritik der Haushaltsanpassung war, gegen eine Änderung unserer Bündnispolitik, gegen die Schaffung einer Linksfront, gegen Veränderung des Verfahrens zur Wahl unserer Leitungsgremien und gegen einen neuen Parteitag Ende 2015.

Dieses Ergebnis wurde von den Siegern und (merkwürdigerweise) selbst von einigen der in der Abstimmung Unterlegenen gefeiert. Andere nahmen die Tatsache, dass sich nichts geändert hat, in zynischer Weise als „Beweis“ dafür, dass der Parteitag niemals hätte stattfinden sollen. Doch eine große Zahl von PT-Mitgliedern empfand das, was passiert ist, als Niederlage für jene Erwartungen, die von wichtigen Teilen der Parteibasis ausgingen. Erwartungen, die in den lebendigen Etappen des Parteitages spürbar waren, die sich in verschiedenen Strömungen der Partei gezeigt haben, selbst in Teilen jener Gruppierungen, die heute die Mehrheit der Partei bilden. Und sie waren auch spürbar bei einer Mehrheit der Nationalleitung des Gewerkschaftsdachverbandes CUT.

Ein Genosse sagte mir, auf dem 5. Parteitag habe eine Haltung vorgeherrscht, die das Gegenteil darstellt zur Person des Tancredi (einer Figur aus dem Roman *Der Leopard von Lampedusa*³), wonach – frei zitiert – „sich alles ändern muss, wenn es so bleiben soll, wie es ist.“ Die Sieger in den Abstimmungen des Parteitages hielten es für besser, nichts zu verändern. Meinen sie etwa, auf diese Weise werden die Dinge so weitergehen wie bisher? Oder sich gar zum Besseren wenden?

Es ist wichtig, die Motive zu verstehen, die dazu geführt haben, dass diese konservative Position vorherrschend war. Einer der wichtigsten Gründe ist die Tatsache, dass die Mehrheitsgruppierung der Partei zutiefst gespalten ist. Und da sie so tief gespalten ist, hat sie sich der Lähmung hingegen. Außerdem gibt es zahlreiche, eng damit zusammenhängende Ursachen: Wichtige Führungspersonalitäten des Mehrheitsflügels haben am Parteitag nicht teilgenommen oder sich lediglich „gezeigt“, ohne eine aktive Rolle zu spielen. Selbst der (nationale) Parteivorsitzende der PT hat während der Debatten im Plenum eine total unauffällige Rolle gespielt. Dagegen hat eine „neue Generation“ von Führungspersonalitäten der Mehrheitsgruppierung die Leitung der Prozesse übernommen – mit Folgen, die selbst für das Führungspersonal des Mehrheitsflügels besorgniserregend zu sein scheinen.

Sei es, wie es sei, die Frage muss gestellt und beantwortet werden, welche die Auswirkungen dieses Lähmungszustandes für das Land und für die Arbeiterklasse sind. Wenn die Sieger des Parteitages recht haben, wird die Regierung erneut eine Wendung nach links machen, wird die Haushaltsanpassung nur eine vorübergehende Erscheinung sein, werden wir wieder Wachstum, Beschäftigung und breiteren Wohlstand haben. Falls sie sich geirrt haben, werden sich die Dinge mit Sicherheit in die entgegengesetzte Richtung entwickeln. Bleibt zu fragen, ob wir Zeit und Gelegenheit haben werden, den Kurs zu korrigieren.

Zugleich müssen wir uns eine weitere Frage stellen: Welches sind die Auswirkungen dieser Lähmung auf die PT und ihre soziale Basis? Wenn die Sieger des Parteitages recht haben, werden die gegenwärtige Führung und die aktuellen internen Spielregeln uns helfen, die Kampagne des „Einkreisens und Vernichtens“ zu überstehen und die politische Initiative zurückzugewinnen. Aber wiederum, falls sie falsch liegen, werden die Schwierigkeiten weiter wachsen und von



Mutlosigkeit, Enttäuschung und Entfremdung eines Teiles unserer Basis begleitet werden. Verschärfend kommt hinzu, dass die neue Führungsgeneration der Mehrheitsgruppierung ein wichtiges Prinzip nicht zu verstehen scheint (oder sie versteht es, aber es ist ihr nicht wichtig): In einer demokratischen Partei genügt es nicht, in der Mehrheit zu sein, man braucht auch Führungskraft und Legitimität. Und einer der Faktoren für Legitimität ist ganz einfach: Die „Spielregeln“ dürfen kein strukturelles Hindernis dafür sein, dass die Minderheit zur Mehrheit werden kann.

Nach der Veröffentlichung der Beschlüsse wird man sie einer genauen Analyse unterziehen müssen. Aber diejenigen, die mit dem Beschlossenen nicht einverstanden sind, müssen entsprechend reagieren. Schon zum Ende des Parteitages gab es zahlreiche Ideen. Einige sprachen davon, zum Jahresende 2015 einen „lebendigen“ Parteitag mit den Mitgliedern abzuhalten, die jene Debatten führen wollen, die die Mehrheit des Parteitages nicht haben wollte, zumindest nicht jetzt. Andere sprechen sich dafür aus, für diese Debatte das Seminar zu nutzen, das die Partei veranstalten wird, um die „Veränderungen am PED“ zu diskutieren. Sie wollen damit zugleich verhindern, dass jener absurde Vorschlag angenommen wird, nachdem es nicht länger notwendig ist, Mitgliedsbeitrag zu zahlen, um das Recht zu haben, unsere Führungsorgane zu wählen und unsere Politik zu definieren. Ebenso ist die Rede davon, dass die Parteiführung ihr Versprechungen in der „Erklärung von Salvador“ auch erfüllen und einen neuen Entwicklungszyklus der Partei einleiten muss. Immer wieder unterstrichen wurde die Wichtigkeit, in die Debatte unbedingt die PT-Mitglieder aus der Gewerkschaft (CUT) einzubeziehen.

Obwohl wir gut gekämpft haben, muss abschließend festgehalten werden: Wir sind zum Parteitag mit der Aussage gegangen, dass sich die Strategie der PT verschlissen hat. Wir kommen jetzt aus dem Parteitag heraus, so wie wir hineingegangen sind – im besten Falle. Verschärfend kommt hinzu, dass die Unterordnung der Partei unter die Regierung weiter verstärkt worden ist. Im Ergebnis dessen wird der Druck auf uns wachsen – sowohl von rechts als auch von links, immer mit dem Ziel, unsere Partei zu verschleißen. Ein anderer Genosse hat gesagt, auf dem 5. Parteitag habe die „selbstmörderische Tendenz“ gesiegt. Wir haben jetzt die Aufgabe zu verhindern, dass diese Tendenz die Arbeiterpartei zerstört. Dies würde die gesamte Linke in Mitleidenschaft ziehen, zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse führen und Brasilien auf der internationalen Bühne wieder zweitklassig werden lassen.

Übersetzung aus dem Portugiesischen: Dietmar Schulz

Über den Autor:

Valter Pomar (geb. 1966) absolvierte ein Geschichtsstudium an der Universität von São Paulo, wo er auch seinen Dokortitel für Wirtschaftsgeschichte erwarb. Er übte von 1997 bis 2005 die Funktion des 3. Stellvertretenden Vorsitzenden der PT aus. Von 2005 bis 2009 war er Sekretär der Nationalleitung der PT für Internationale Verbindungen und von 2005 bis Ende 2013 Exekutivsekretär des Forums von São Paulo. Valter Pomar gehört der Nationalleitung der PT an und ist einer der bekanntesten Vertreter der linken Strömung Articulação de Esquerda (AE). Er ist derzeit Hochschullehrer an der Universidade Federal do ABC und unterrichtet das Studienfach Internationale Politische Ökonomie. (Bundesuniversität der ABC-Region, der Metropolenregion um São Paulo, benannt nach den drei wichtigsten Städten des Industrie- und Ballungsraums: Santo André, São Bernardo do Campo und São Caetano do Sul. Es handelt sich um eine der angesehensten Universitäten des Landes.)

Anmerkungen

- 1 Mit Haushaltsanpassung ist hier das vom Finanzminister Levy (PMDB) entwickelte Austeritätsprogramm neoliberaler Prägung gemeint, das zahlreiche Kürzungen öffentlicher Ausgaben vorsieht. (Diese wie alle weiteren Anmerkungen stammen vom Übersetzer.)
- 2 PED- Processo de Eleições Diretas, eine Art Urabstimmung per Briefwahl zur Zusammensetzung der Leitungsgremien der PT auf den verschiedenen Führungsebenen.
- 3 Gemeint ist Der Gattopardo (seit 2004, zuvor: Der Leopard), der einzige Roman des italienischen Schriftstellers und Literaturwissenschaftlers Giuseppe Tomasi di Lampedusa.

Am Scheideweg. Kolumbien – Innenansichten eines Friedensprozesses

Von Dietmar Schulz, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN; Aus: Disput, Nr. 8/2015

Es war eine ziemliche Überraschung, als im Oktober 2012 die kolumbianische Regierung und die Guerillabewegung FARC-EP (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) die bevorstehende Aufnahme von Friedensverhandlungen in Havanna bekanntgaben. Unter Vermittlung von Norwegen und Kuba waren in vertraulichen Gesprächen fünf Themenkreise für die Verhandlungen definiert worden: die Entwicklung der ländlichen Gebiete, einschließlich einer Agrarreform, die Reintegration der demobilisierten FARC-Mitglieder in Politik und Gesellschaft, ein Waffenstillstand und die Beendigung des bewaffneten Konfliktes, der Kampf gegen den Drogenhandel sowie die Entschädigung der Opfer.

Als Zeitraum war von einem Jahr die Rede. Anfangs gab es auch schnelle Fortschritte bei einer Reihe von Themen. Inzwischen sind mehr als zweieinhalb Jahre vergangen, und trotz aller Fortschritte treten die Verhandlungen im Moment auf der Stelle, ja drohen sogar zu scheitern.

Bei einem Kolumbien-Besuch mit einer Delegation der Europäischen Linken hörte ich kürzlich immer wieder die Einschätzung, dass die Beendigung des bewaffneten Konfliktes noch nie so nahe und zugleich so bedroht war. Das hat sicher auch mit einem grundlegenden Interessenskonflikt der beiden Verhandlungsseiten zu tun: Während die FARC eine Lösung der politischen und sozialen Konflikte anstrebt, die den Hintergrund der jahrzehntelangen bewaffneten Auseinandersetzungen bilden, geht es der Regierung darum, die Kämpfe zu beenden und die Guerilla zu demobilisieren, ohne möglichst allzu viel am gegenwärtigen politischen und ökonomischen System Kolumbiens ändern zu müssen.

Um ihr Ziel eines „billigen Friedens“ zu erreichen, setzt die Regierung Santos vor allem auf die Kriminalisierung der Guerilla wie überhaupt aller Formen des politischen und sozialen Protestes. Nach Meinung der Regierung kann es in Havanna nur noch darum gehen, dass die Guerilla aufgibt, die Waffen niederlegt, zu ihrer Verantwortung steht und ihre Strafe entgegennimmt – als vermeintlich alleinige Verantwortliche des bewaffneten Konfliktes!

Dementsprechend werden gefangene Guerillakämpfer, aber auch Aktivisten des sozialen Widerstandes aus Gewerkschaften, Bauernbewegungen, Menschenrechtsorganisationen und anderen sozialen Bewegungen behandelt – als Ter-



roristen. Während unseres Besuches in Kolumbien gab es die Möglichkeit, das Hochsicherheitsgefängnis Tramacúa in Valledupar zu besuchen und mit einigen politischen Gefangenen zu reden. Das Gefängnis wird als das „kolumbianische Guantánamo“ bezeichnet. Neben sehr schweren Haftbedingungen bietet es die Möglichkeit zur nahezu vollständigen Isolation von Gefangenen. Es liegt weit im Norden des Landes in einer tropisch heißen und sehr niederschlagsreichen Region. Das Gefängnis verfügt über keine ausreichende Wasserversorgung. Die Gefangenen müssen täglich mit maximal 20 Litern Wasser zum Trinken, Waschen und für die Toilette auskommen.

Den politischen Gefangenen wird ein entsprechender Status verweigert. Sie werden nicht nur gemeinsam mit gewöhnlichen Straftätern verwahrt, sondern man tut alles, um sie untereinander zu isolieren. Wir haben Gefangene getroffen, denen seit fast vier Jahren jeglicher Kontakt mit der Außenwelt, einschließlich Familienangehörige und Anwälte, verweigert wird. Die gesundheitliche Betreuung der Gefangenen, die übrigens wie andere „Dienstleistungen“ privatisiert wurde, ist mehr als dürrftig, man hat sogar den Eindruck, dass sie in einigen Fällen bewusst vorenthalten wird. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Diese wenigen Beispiele sollen nur das politische Klima charakterisieren, unter denen die Friedensverhandlungen stattfinden.

Dazu gehört die gewaltige Kampagne der Medien, die alle als Terroristen ausgrenzen, die sich nicht bedingungslos den politischen und ökonomischen Interessen der kolumbianischen Oberschicht fügen. Das schafft ein Klima der Bedrohung und Einschüchterung, was sich tagtäglich in Morddrohungen niederschlägt. Und oft bleibt es nicht bei Drohungen ...

Hauptanliegen der linken Kräfte zur Zeit unseres Besuches war ein beidseitiger Waffenstillstand für die Dauer der Verhandlungen. Man sollte meinen, dass das Schweigen der Waffen während offizieller Friedensgespräche eine Selbstverständlichkeit sei – nicht so in Kolumbien! Im Dezember 2014 hatten die FARC einen einseitigen Waffenstillstand verkündet, dem sich die Regierung leider nicht angeschlossen hatte. Im Gegenteil, sie nutzte die Waffenruhe, um ihre militärische Präsenz in den umkämpften Gebieten massiv auszubauen. Und so kam, was kommen musste: Die Zusammenstöße nahmen wieder zu, es gab Tote auf beiden Seiten, und im Mai verkündete die Guerilla das Ende der einseitigen Waffenruhe.

Nachdem die beiden Garantiemächte der Friedensverhandlungen, Norwegen und Kuba, zur „sofortigen Deeskalation“ aufgerufen und dabei die Vereinbarung eines „bilateralen und definitiven Waffenstillstandes und Endes der Feindseligkeiten“ gefordert hatten, verkündete die Guerilla Anfang Juli erneut eine einseitige Waffenruhe. Die Regierung hingegen beharrt auf ihrer Position, dass die FARC zuerst die Waffen niederlegen und übergeben sowie sich an festgelegten Punkten sammeln müsse. Unter dem Klima des gegenseitigen Misstrauens ist eine solche Forderung, die auf eine Unterwerfung hinausläuft, eine hohe Hürde.

In diesem Zusammenhang muss an das Schicksal der Unión Patriótica (UP) erinnert werden. Bereits 1985 hatten Teile der Aufständischen die Waffen niedergelegt und sich zu einer politischen Partei gewandelt. Kurz darauf begannen die Entführungen und das Morden – bis 1988 wurden bis zu 5 000 Mitglieder der UP ermordet, darunter zwei Präsident-

schaftskandidaten, zahlreiche Parlamentarier und Bürgermeister. Die 2013 wieder entstandene Unión Patriótica ist heute erneut ein politisches Sammelbecken linker Kräfte und könnte nach einem Friedensschluss eine wichtige Rolle spielen. Dazu muss jedoch verhindert werden, dass sich die Geschichte wiederholt.

Kolumbien steht an einem Scheideweg. Soll eine gewaltfreie Zukunft erreicht werden, müssen beide Konfliktseiten den politischen Willen zu einer Übereinkunft zeigen. Das verlangt jedoch nicht allein ein Schweigen der Waffen, sondern die Bereitschaft, an der Lösung der sozialen Probleme zu arbeiten, die dem Konflikt zugrunde liegen.

„Wir nehmen die Menschen ernst und sie vertrauen uns“

Der Kommunist Manik Sarkar regiert mit einer Linksfront im indischen Bundesstaat Tripura; aus: Neues Deutschland, 5. Mai 2015

Tripura ist der einzige Unionsstaat Indiens, der von einer Linksfront regiert wird. Der 66-jährige Manik Sarkar, Mitglied der KPI (Marxistisch), ist dort Chefminister und leitet die Regierung. In der Hauptstadt Agartala sprach Hilmar König mit ihm.

● Was sind die besonderen Bedingungen Tripuras und des indischen Nordostens, wenn man mit anderen Unionsstaaten Indiens vergleicht?

Der Nordosten ist überwiegend bergig und bewaldet. Er hat Grenzen mit China, Bangladesch, Bhutan und Myanmar und er ist reich an Bodenschätzen. Große Ströme, der bekannteste wohl der Brahmaputra, durchfließen ihn. Die geografische Lage ist einzigartig, weil die Region nur durch den sogenannten Flaschenhals auf dem Landweg von Zentralindien aus erreichbar ist. Die Bevölkerung besteht zu einem hohen Prozentsatz aus indigenen Völkern, meistens einfachen Menschen, die unterschiedlichen Religionen und Kulturen angehören.

● Behandelt die Zentralregierung der Volkspartei, der Bharatiya Janata (BJP), von Narendra Modi den Bundesstaat Tripura fair? Oder spüren Sie als Chefminister eine Art von Vernachlässigung oder Diskriminierung, weil hier eine Linksfront das Ruder in der Hand hat?

Na ja, fair behandelt sehen wir uns nicht. Das war aber auch unter der vorigen Regierung der Vereinten Progressiven Front schon so. Wir bemühen uns energisch um unseren Anteil aus dem Staatshaushalt, denn wir leisten transparente Arbeit, um alle Vorhaben der Zentralregierung zu verwirklichen. Wir müssen ständig Druck machen und auf unsere Rechte als Unionsstaat pochen. In den meisten Fällen geschah und geschieht nichts von allein.

● Wie setzen sich die Linksfront und die Volksvertretung zusammen?

Von zwölf Ministern gehört einer der KP Indiens an; die anderen sind Mitglieder meiner Partei, der KPI (Marxistisch). Die anderen linken Parteien – Vorwärtsblock und Revolutionäre Sozialistische Partei – erhielten bei der letzten Wahl im Jahre 2014 kein Mandat. In der Gesetzgebenden Versammlung, unserem Parlament, sitzen 49 Abgeordnete der KPI(M) und zehn der Kongresspartei. Die KPI hat ein Mandat.



● **Bemüht sich die Indische Volkspartei um mehr Einfluss in Tripura, ähnlich wie sie es in Westbengalen tut?**

Die Regierungspartei zeigt durchaus wachsendes Interesse an Tripura. Aber zwischen ihr und unserer Linksfrente bestehen keine Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkte. Sie sind politisch und ideologisch unvereinbar. In Westbengalen liefen einige KP-Mitglieder zur dortigen Regierungspartei Trinamool Congress und zur BJP über. In Tripura ist das jedoch nicht der Fall.

● **In Westbengalen und Kerala, den beiden anderen einstigen linken Hochburgen, sind die Linken abgewählt worden, nicht aber in Tripura. Welche Gründe sehen Sie dafür?**

Indien ist sehr groß und vielfältig. Jeder Bundesstaat hat eigene politische und sozialökonomische Charakteristika. In Tripura achten wir sehr auf die Bedürfnisse der Massen, der Armen, auf die Interessen des kleinen Mannes. Wir legen Wert auf deren Meinung. Wir nehmen sie ernst. Die Bevölkerung vertraut uns. Dass wir schon über zwei Jahrzehnte im Amt sind, ist ein Erfolg meiner Partei, ein kollektives Ergebnis des Massen- und Klassenkampfes. Wir machen eben keine Versprechungen im Wahlkampf, die wir dann nicht einlösen können. Wir arbeiten ehrlich und so transparent wie möglich. Und wir ermutigen nicht zur Korruption.

● **Aber Bestechung grassiert überall in Indien, auch in Tripura.**

Das schon. Doch wir gehen allen bekannt gewordenen Fällen sofort energisch nach.

● **Welche Beispiele für Errungenschaften unter Ihrer Regierung gibt es?**

Wir hatten über Jahrzehnte ein Problem mit Extremisten, gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Ethnien, Aufstände wie in anderen Teilen des Nordostens. Seit rund sechs Jahren sind die Extremisten isoliert. Wir haben ihnen hier den Boden entzogen. Es ist von unschätzbarem Wert, dass wir seitdem Frieden haben. Aber wir legen die Hände nicht in den Schoß, denn die Feinde versuchen von Bangladesch und Myanmar aus unsere Entwicklung zu stören. Dann haben wir demokratische Verhältnisse bis zur Graswurzelebene geschaffen, bis in die Gemeinderäte, Kooperativen und Stammesversammlungen. Die Macht wurde dezentralisiert, der kleine Mann in die Entscheidungen einbezogen. Wir haben die säkulare Struktur der Gesellschaft, die Trennung von Religion und Staat, die anderswo bedroht ist, gesichert. Es gibt keinen Zwist zwischen Angehörigen unterschiedlicher Kasten und Glaubensrichtungen. Wir gewährleisten Bildung und Gesundheit für alle Bürger. 95 Prozent der 3,6 Millionen Einwohner können lesen und schreiben. Schulbildung bis zur 12. Klasse ist kostenlos. Schulbücher erhalten die Kinder von der 1. bis zur 8. Klasse unentgeltlich und Schüler aus Familien, die unter der Armutsgrenze leben, sogar bis zur 12. Klasse. 95 Prozent aller größeren Dörfer haben Trinkwasser und einen Stromanschluss. Wir sind vorbildlich bei der Verwirklichung des ländlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms und wir streben die Selbstversorgung mit Getreide, vorwiegend Reis, an.

● **Was sehen Sie als größte politische und Entwicklungshindernisse?**

Da muss ich zunächst auf Tripuras geografische Lage zurückkommen. Wir sind von drei Seiten von Bangladesch umgeben und haben keine direkte Verbindung zum indischen Hinterland. Unsere Menschen sind überwiegend arm, des-

halb besteuern wir sie gar nicht oder nur gering. Das schafft Probleme für unseren Staatshaushalt. Besonders schwer wiegt die unterschiedliche politische Ausrichtung der Regierung in Neu-Delhi und unserer Regierung hier.

● **Welche Gründe sehen Sie als Mitglied des Politbüros der KPI(M) für das Schrumpfen der Zahl linker Abgeordneter im Unterhaus des Parlaments und für den sinkenden Einfluss der Linken in Indien?**

Das Ergebnis der Parlamentswahl 2014 war für uns erschreckend. Unsere Partei hat geschwächt. Sie hat wahrscheinlich die Auswirkungen der neoliberalen Politik, das Verhättseln der Mittelklasse unterschätzt, die Entwicklungen im Agrar- und Industriesektor verkannt. Da haben wir wohl versagt. Unsere Massenorganisationen agieren nicht den Erwartungen und Erfordernissen entsprechend. In manchen Einschätzungen und Handlungen hinkten wir vielleicht der Zeit hinterher. Und wir haben natürlich auch immer noch die negativen Folgen des Sowjetsystems und des Zusammenbruchs der UdSSR zu spüren bekommen.

● **Eine Reihe vorwiegend regionaler Volksparteien hat erste Schritte für einen Zusammenschluss beschlossen, um den Vormarsch der Hindu-Fundamentalisten und anderer antisäkularer Kräfte zu stoppen. Sehen die kommunistischen Parteien nicht auch die Notwendigkeit, sich zu vereinen?**

Was die Volksparteien vorhaben, schätze ich als positiv ein. Die Linken wollen als Individuen und mit den Parteien ihren Einfluss erweitern. Sie setzen sich deshalb für eine linke, demokratische, säkulare Alternative ein. Die Regierung in Neu-Delhi vertritt die Interessen der Großkonzerne, der Großgrundbesitzer, des Big Business, nicht die der einfachen Menschen. Hier liegt unser Betätigungsfeld für harten Massen- und Klassenkampf, für Aufklärung und Mobilisierung von Bauern und Arbeitern, Frauen, Studenten und Jugendlichen. Wir erleben seit Monaten die Aggressivität der Repräsentanten des Hindutva, des Hindutums, der hindufundamentalistischen Indischen Volkspartei und ihres Mentors, des Hindufreiwilligenverbandes RSS. Das macht es noch zwingender, das säkulare, demokratische Gewebe der indischen Gesellschaft zu sichern und zu stärken. Was die verschiedenen kommunistischen Parteien betrifft, von denen jede ihre Eigenheiten hat, schätzen sie die Entwicklungsstufe der Revolution unterschiedlich ein. Wir finden uns gegenwärtig zu gemeinsamen Aktionen zusammen. Aber eine Vereinigung steht nicht auf der Tagesordnung.



Warum hatten Sie nicht den Mumm, Herrn Putin zum G7-Gipfel einzuladen?

Antwort Gregor Gysis auf die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Gipfel Östliche Partnerschaft, zum G7-Gipfel und zum EU-CELAC-Gipfel am 21. Mai 2015; aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe gehaut, Frau Bundeskanzlerin, dass wir von Ihnen keine einzige Äußerung zum Spionageskandal, der langsam zu einer Staatskrise wird, hören werden.

Ich wusste, dass Sie sagen würden: „Es ist kein Thema“, Herr Kauder. Aber das stimmt nicht. Bei allen Treffen, zu denen sie fährt, findet sie Leute, die abgehört worden sind; insofern ist das ein Thema, kann ich nur sagen.

Wir haben schon vor längerer Zeit festgestellt, dass die NSA Deutschland komplett ausforscht. Die behandeln uns immer noch wie ein besetztes ehemaliges Feindesland. Ich sage Ihnen klipp und klar: Das dürfen wir uns nicht länger bieten lassen!

Darunter ist übrigens auch gravierende Wirtschaftsspionage. Nun hat sich herausgestellt, dass der BND für die NSA und sich selbst Abertausende rechtswidrige Handlungen beging.

Die deutsche Wirtschaft ist davon betroffen, europäische Regierungen sind davon betroffen, die EU-Kommission ist davon betroffen. Die Mär, dass das Ganze der Terrorismusbekämpfung dienen soll, ist damit widerlegt – vielleicht ein kleiner Anteil; aber der ganze Rest ist politische und Wirtschaftsspionage. Das ist beim besten Willen nicht hinnehmbar, und es ist strafbar.

Ich sage Ihnen auch, Frau Bundeskanzlerin, Sie zeigen viel zu wenig Rückgrat gegenüber der US-Administration. Willfährigkeit und Duckmäusertum führen zur Verachtung. Was wir brauchen, ist jedoch Respekt. Respekt ist die Grundlage, um eine Freundschaft aufzubauen. Anders funktioniert das nicht.

Wir haben höchstwahrscheinlich eine tiefe Schuld gegenüber europäischen Partnern auf uns geladen. Frau Bundeskanzlerin, diesmal können Sie sich nicht mit Schweigen aus der Affäre ziehen. Ich gehe davon aus, dass der Kanzleramtschef, seine Vorgänger und auch Sie unter Eid im Untersuchungsausschuss aussagen müssen. Wir brauchen Aufklärung und Klarheit; es wird höchste Zeit.

Im Übrigen hat der frühere Bundesinnenminister Friedrich – passen Sie auf, Herr Kauder! – der deutschen Wirtschaft versprochen, dass die US-Spionage in der Wirtschaft aufhört. Das war offenkundig falsch. Deshalb ist die Wirtschaft zutiefst enttäuscht, auch von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin.

Schließlich könnten Sie Präsident Obama doch einmal eins erklären: Seit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag ist der Besatzungsstatus Deutschlands letztlich beendet. Deutschland ist ein souveränes Land.

Wir und kein anderer haben zu entscheiden, mit welchen Geheimdiensten wir wie zusammenarbeiten.

Wenn es gegenseitig keine Spionage geben soll, dann haben Sie das auch durchzusetzen.

Aber nun komme ich zum G7-Treffen. Da wollen Sie ja über den Klimaschutz reden. Darf ich Ihnen mal sagen: Ohne Russland und vor allen Dingen ohne China sind Gespräche zum Klimaschutz ziemlich albern; die bringen nichts. Allerdings gibt es eine Chance, dass man sich jetzt selbst mit China verständigen kann. Wissen Sie auch, warum? Weil die Luft in Peking so schlecht geworden ist, und die Luft macht nicht halt vor dem Politbüro, auch nicht vor dem Partei- und Staatschef. Sie wissen ja: Wenn es die Menschen selbst betrifft, werden Sie gelegentlich einsichtig. Also, ich kann nur hoffen, dass wir in dieser Menschheitsfrage endlich etwas erreichen.

Aber wie kommen Sie eigentlich darauf, dass sieben Staats- und Regierungschefs Weltpolitik machen könnten? Wie kommen Sie eigentlich darauf, dass Sie die UNO ersetzen dürften? Wie kommen Sie eigentlich darauf, dass sich diese Staaten anmaßen könnten, für alle anderen Staaten zu entscheiden? Das ist völlig indiskutabel. Deshalb wird es einen sehr breit angelegten Protest dagegen geben, und ich meine auch: zu Recht.

Außerdem ist selbst das G7-Treffen gar nicht in der Lage, Weltpolitik zu machen; denn es ist die internationale Finanzwelt, die bestimmt, was dort geschieht. Wir haben kein Primat der Politik mehr. Selbst die Union müsste doch daran interessiert sein, dass wir wieder ein Primat der Politik herstellen, dass nicht die Banken bestimmen, was Sie machen, sondern Sie wieder eine Chance haben, zu bestimmen, was die Banken machen. Aber davon sind wir zurzeit meilenweit entfernt.

Frau Bundeskanzlerin, Sie sind die Vorsitzende beim G7-Treffen. Da frage ich Sie mal: Warum hatten Sie nicht den Mumm, Herrn Putin einzuladen? Dass die Grünen so naiv sind, zu glauben, dass man in der Friedens- und Außenpolitik vorankomme, indem man ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, eine Vetomacht im Sicherheitsrat, eine Atomwaffenmacht, das militärisch stärkste und größte Land Europas, Russland, zu isolieren versuche, mag zum Teil mit deren Jugend zusammenhängen; aber Sie können das nicht ernsthaft glauben, Frau Bundeskanzlerin! Das ändert nichts daran, dass Kritik an Putin und seiner Regierung notwendig ist.

Vor kurzem haben wir den 70. Jahrestag der Befreiung von der Nazidiktatur und des Endes des Zweiten Weltkrieges gefeiert. Ich finde, es hätte sich gehört, dass viele, auch westliche Staatsoberhäupter und Regierungschefs – auch Sie, Frau Bundeskanzlerin – an der traditionellen Feier zu diesem 70. Jahrestag am 9. Mai in Moskau teilgenommen hätten.

Ich sage Ihnen auch, warum: 27 Millionen Sowjetbürger haben ihr Leben im Kampf gegen Hitler verloren, und sie haben unsere Ehrung verdient. Dabei bleibe ich.

Frau Bundeskanzlerin, immerhin waren Sie wenigstens einen Tag später da und haben gemeinsam mit Putin einen Kranz am Grabmal des Unbekannten Soldaten niedergelegt und auch ein Gespräch geführt.

Ich sage Ihnen: Deeskalation und die Aufhebung der Sanktionen gegenüber Russland bedeuten Friedenspolitik. Beides liegt im Interesse des ukrainischen und des russi-



schen Volkes, im Interesse ganz Europas und auch in unserem Interesse. Wenn Sie denken, die Zuspitzung zwischen der Ukraine und Russland nütze der Ukraine, Herr Vaatz, dann zeigt sich, dass Sie von Außenpolitik gar nichts verstehen. Das muss ich Ihnen einmal ganz klar sagen.

Deeskalation liegt übrigens auch im Interesse unserer Wirtschaft. Diese Interessen und nicht die Interessen der USA haben maßgebend zu sein.

Beim G7-Gipfel und danach beim EU-CELAC-Gipfel wird es ja – Sie haben darüber gesprochen – auch um die Östliche Partnerschaft und damit ebenfalls um den Ukraine-Konflikt gehen. Am 28. Juni 2015 sollen Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine, mit Moldawien und mit Georgien unterzeichnet werden. Es handelt sich hierbei um drei souveräne Staaten. Seit einem Vierteljahrhundert sind sie nicht mehr Bestandteil der Sowjetunion, und Sie haben völlig recht, Frau Bundeskanzlerin: Diese drei Staaten haben das souveräne Recht, Abkommen mit der EU zu schließen. Es darf aber nie wieder passieren, dass auch die EU-Kommission wie bei der Ukraine eine Alternative daraus macht und sagt: entweder mit Russland oder mit uns. Sie haben gesagt, Sie seien dafür. Alle drei Staaten brauchen gute Beziehungen zur Europäischen Union, aber auch gute Beziehungen zu Russland, und genau dafür müssen wir uns einsetzen. Das haben Sie gesagt, und ich habe es mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen.

Wir dürfen aber eins nicht vergessen: Die Ukraine ist auch in einer tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise. Die Ukraine hat größere Schulden als Griechenland; ich sage das nur mal. Die Bundesregierung macht gegenüber Südeuropa die gleiche falsche Politik wie mit der Agenda 2010 in Deutschland. Wieder wird von der Ukraine verlangt, Renten zu kürzen, die Löhne zu senken und die öffentliche Daseinsvorsorge zu privatisieren. Das ist der falsche Weg. Wissen Sie, was die Leute nicht verstehen? Sie verstehen nicht, wieso eigentlich nicht die Oligarchen des Landes, sondern die Rentnerinnen und Rentner und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Krise bezahlen müssen. Das ist nicht akzeptabel, und zwar in keinem Land, weder in der Ukraine noch in Russland noch in anderen Ländern. Das ist auch unverantwortlich.

Minsk II hat einen fragilen Friedensprozess ausgelöst, der von allen Seiten umgesetzt werden muss. Das bedeutet aber, dass die NATO aufhören sollte, in Polen und in den baltischen Staaten die militärischen Muskeln spielen zu lassen. Wenn die NATO ihre Provokationen einstellt, dann haben wir auch viel bessere Voraussetzungen dafür, von Russland zu verlangen, die Manöver, die ich abenteuerlich finde, ebenfalls einzustellen. Wir brauchen jetzt doch keine gegenseitige Hochrüstung. Wohin soll das denn führen? Wir brauchen Abrüstung und Deeskalation, und dafür müssen Sie stehen, Frau Bundeskanzlerin.

Sie haben über die geplanten Freihandelsabkommen gesprochen und sie nur gewürdigt. Sie haben nur die Chancen betont und gehen auf die Kritik daran überhaupt nicht ein. Es geht ja mindestens um vier Abkommen: um TTIP zwischen der EU und den USA, um CETA zwischen der EU und Kanada, um TPP zwischen den USA und Ostasien und um das Dienstleistungsabkommen TiSA zwischen 23 Staaten in Europa, USA, Lateinamerika und Asien. Überall geht es um den unbegrenzten Zugang der Finanzkonzerne zu den Daten der Bürgerinnen und Bürger. Den Datenschutz könnten wir

dann abschreiben. Das ist überhaupt nicht hinnehmbar. Die USA wollen erreichen, dass Unternehmen, die in einem anderen Land Dienstleistungen anbieten, dort keinen Firmensitz mehr benötigen. Das würde bedeuten, dass dann auch das europäische Recht für sie nicht mehr gilt. Wo soll das Ganze enden?

Die öffentliche Daseinsvorsorge soll privatisiert werden, und zwar vom Gesundheitswesen über den Verkehr, den Handel, die Energie und die Telekommunikation bis hin zur Bildung. Dann soll auch noch vereinbart werden, dass eine Privatisierung nie mehr rückgängig gemacht werden darf. Sie machen das alles ja geheim – man ist immer auf die Informationen angewiesen, die man bekommt. Dann soll auch noch Standstill vereinbart werden. Das heißt, dass soziale, gesundheitliche und ökologische Standards eingefroren und nicht mehr erhöht werden dürfen. Sie machen damit jede vernünftige Veränderung in der Politik unmöglich.

Ich sage es noch einmal: Es gibt auch schwere Kritik an der Investitionsschutzklausel. Ich will Ihnen sagen, was sie bedeutet: Ein amerikanischer Konzern kommt nach Deutschland, begründet seinen Sitz. Zu diesem Zeitpunkt gibt es eine Rechtslage. Danach wählen die Bürgerinnen und Bürger eine vernünftige Bundesregierung, sagen wir mal: eine mit Linken.

Herr Kauder, Sie dürfen sich schon darauf freuen. Ich würde Sie gerne einmal als Oppositionsführer erleben; aber ob Sie das können, weiß ich nicht. Wir werden es erleben. Aber wie dem auch sei! Das ist jetzt gar nicht mein Problem. Mein Problem ist ein anderes. Wenn diese vernünftige Bundesregierung mehr Mitbestimmung und etwas höhere Steuern beschließen würde, dann würden die Konzerne sagen: Nein, das verstößt gegen das Verbot von Investitionshemmnissen. – Sie machen eine Politik in diese Richtung unmöglich. Das ist zutiefst undemokratisch und darf nicht passieren.

Ich sage Ihnen ganz klar: Auch die Schiedsgerichte sind ein Skandal. Die deutschen Unternehmen müssen den Gerichtsweg gehen, die amerikanischen machen das über ein Schiedsgericht; mit Geld und drei Advokaten kriegen die alles geregelt. Ich kann nur sagen: Das ist absurd.

Dann kommt hinzu, dass plötzlich Lebensmittel erlaubt werden dürfen, die bei uns verboten sind, und zwar aus guten Gründen.

Nicht einmal das Reinheitsgebot für Bier – ich bitte die Bayern: Sie müssen doch wenigstens darauf achten – bliebe unter diesen Bedingungen erhalten.

Deshalb sind wir gegen diese Abkommen und meinen, das ist der falsche Weg.

Den Gipfel der EU mit der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten in Brüssel finde ich auch spannend. Wissen Sie was, Frau Bundeskanzlerin? Sie werden dort lauter Staats- und Regierungschefs treffen, die immer eigenständiger und selbstbewusster werden. Es gibt dort auch viele linke Regierungen, die aus diesem ganzen neoliberalen Mist herauswollen und endlich Hunger und Elend überwinden und beseitigen wollen. Aber da ist noch etwas: Die USA spielen in Lateinamerika täglich eine geringere Rolle.

Zum Beispiel hat China zum Teil schon die USA als stärksten Handelspartner abgelöst. Dadurch werden die lateinamerikanischen Staaten jeden Tag unabhängiger.

Wissen Sie, was ich für einen Skandal halte? Kolumbien

ist inzwischen unabhängig von den USA als Deutschland. Ich finde, das sollten Sie ändern, liebe Frau Bundeskanzlerin. Lateinamerika hat, wie gesagt, entscheidende politische Veränderungen erlebt. Ich bin froh, dass es endlich zu einem Handschlag zwischen dem amerikanischen und dem kubanischen Präsidenten gekommen ist. Wir müssen den Kalten Krieg hinter uns lassen; die Blockadezeit muss endlich überwunden werden.

Frau Bundeskanzlerin, haben Sie doch einfach einmal den Mut und besuchen Sie – bei aller Kritik – einfach die Perle der Karibik, die schöne Insel Kuba. Was meinen Sie, was das für eine Geste wäre, wenn Sie das machten!

Lassen Sie mich zum Schluss einen Satz sagen: Wir sind wichtig – ich weiß –, die USA sind selbstverständlich wichtig – ich weiß –, Russland ist auch wichtig, China wird immer wichtiger. Aber bitte unterschätzen Sie nicht die Bedeutung und Relevanz von Afrika, Asien und Lateinamerika.

Danke schön.

G 193 statt G7

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Abgabe einer Regierungserklärung zum Gipfel „Östliche Partnerschaft“ am 21./22. Mai 2015 in Riga, zum G7-Gipfel am 7./8. Juni 2015 in Elmau und zum EU-CELAC-Gipfel am 10./11. Juni 2015 in Brüssel vom 5. Mai 2015

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 7. und 8. Juni 2015 treffen sich die Staatschefs von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Kanada und der USA als „G7“ im bayerischen Schloss Elmau. Wie seit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua 2001 üblich, ziehen sich die Staatschefs in ein entlegenes Idyll zurück – fernab der Probleme der Menschen, die sie regieren, und fernab der zu erwartenden Proteste. In den G7-Treffen drückt sich die Anmaßung aus, die großen westlichen Industrieländer seien befugt, Entscheidungen zu zentralen Fragen der globalen Entwicklung zu treffen.

Durch den Ausschluss Russlands wurde das Format von G8 auf G7 verkleinert. Damit wurde noch deutlicher, dass es der G7 in erster Linie um die Durchsetzung einseitiger wirtschaftlicher und geostrategischer Interessen gegen den Rest der Welt geht. Auch wenn die Dominanz der G7/G8 in den letzten Jahren insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht durch konkurrierende Industrie- und Schwellenländer geschwächt wurde, bleibt ihre militärische Dominanz unangefochten und hat sich die Ausrichtung ihrer Politik nicht grundlegend verändert. Von Afghanistan über Irak und Syrien bis Libyen hat die kriegerische Außenpolitik der G7-Staaten in den Ländern des Südens Verwüstung und millionenfaches Leid verursacht. Ihre wirtschaftlichen Interessen setzen die G7-Staaten ohne Rücksicht auf die Entwicklungsinteressen der Länder des Südens durch. Die Folgen des Klimawandels, dessen historische Schuld zum Großteil die Industrieländer tragen, sind besonders stark in den Ländern des Südens zu spüren, verschärfen Konflikte und führen schon heute zu Millionen von Klimavertriebenen.

Auch wenn die G7 ihren Gipfel dieses Mal wieder entwicklungspolitisch bemänteln, so sind doch alle G7-Staaten an den großen Freihandelsprojekten beteiligt, die derzeit vorbereitet werden: TTIP (EU-USA), CETA (EU-Kanada), TPP (USA-Ostasien) und das Dienstleistungsabkommen TiSA. Die Abkommen werden zugunsten der Konzerne und gegen die Interessen der Lohnabhängigen und Verbraucher, gegen Umweltschutz und Demokratie und zum Schaden der Länder des Südens vorangetrieben. Die G7-Staaten wollen darin die weitere Liberalisierung des Welthandels erreichen und in Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge vordringen, die in der Welthandelsorganisation (WTO) bislang nicht verhandelbar waren. Länder des Südens, die sich dieser neoliberalen Agenda in der WTO oder in bilateralen Verhandlungen bislang widersetzt haben, werden mit TTIP, CETA, TPP und TiSA noch stärker als bisher unter Druck geraten, Forderungen nach mehr Liberalisierung und mehr Investorenschutz zuzustimmen, auch wenn diese ihre entwicklungspolitischen Handlungsspielräume erheblich einschränken. Anderenfalls riskieren sie, Marktanteile im globalen Handel zu verlieren.

Der Abschluss bi-regionaler Freihandelsabkommen hat auch eine geostrategische Komponente. Die Abkommen integrieren zwar die beteiligten Wirtschaftsräume untereinander. Für Drittstaaten wirken sie jedoch ausschließend. Das ist beabsichtigt. Sowohl US- als auch EU-Vertreter haben wiederholt hervorgehoben, dass die Abkommen das Vordringen der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, VR China, Südafrika) auf dem Weltmarkt eindämmen sollen. Sie führen mithin zu einer konfrontativen wirtschaftspolitischen Blockbildung und tragen damit auch zur Gefährdung des Weltfriedens bei.

Mit dem Ausschluss Russlands haben sich die G7 auf eine neue, hoch gefährliche Konfrontationspolitik im Ukraine-Konflikt festgelegt. Nun soll auf dem Gipfel ohne Russland über den Ukraine-Konflikt beraten werden. Damit handeln die G7 in derselben Logik wie die NATO, die ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als ein Dialog mit Russland am nötigsten war, die Kooperation im Rahmen des NATO-Russland-Rates suspendierte. Die Bundesregierung hätte als Gastgeberin des Gipfels und amtierende G7-Präsidentin ein Zeichen setzen, Russland wieder als Partner einladen und damit Deeskalationssignale an Russland senden sollen. Damit wäre nicht die G7/G8 legitimer geworden. In Zeiten der allgegenwärtigen Kriegsgefahr muss aber jeder Ort für Dialog und Verständigung gesucht werden. Ein dauerhaftes Friedenssystem in Europa wird es ohne Aussöhnung mit Russland nicht geben.

Die G7-Staaten repräsentieren lediglich 10 Prozent der Weltbevölkerung. Ihre Treffen im Format der G7/G8 entbehren demokratischer Legitimation, etwa durch völkerrechtlich verbindliche Verträge oder durch einen Auftrag der Vereinten Nationen (VN). Sie leiten ihr politisches Mandat einzig aus ihrer vermeintlichen wirtschaftlichen Überlegenheit ab. Das Format soll abgeschafft, die entwicklungs-, handels-, finanz-, wirtschafts- und umweltpolitischen Kompetenzen der VN müssen gestärkt werden, damit dort die zukunfts-wichtigen Entscheidungen unter Beteiligung aller 193 Mitgliedstaaten getroffen werden können.



II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Debatte zur Auflösung der G7/G8 und der Überführung der von den G7/G8 beanspruchten Entscheidungskompetenzen in die Strukturen der Vereinten Nationen zu beginnen,
2. in den internationalen Organisationen und auch auf dem diesjährigen G7-Treffen darauf hinzuwirken, dass die bestehenden völkerrechtlich legitimen internationalen Organisationen – hier zuerst die Vereinten Nationen und die OSZE – politisch, strukturell und finanziell gestärkt werden,
3. anlässlich des 70-jährigen Bestehens der Vereinten Nationen und des 40-jährigen Bestehens der OSZE/KSZE auf den anstehenden verschiedenen Festakten die Bedeutung und Relevanz dieser legitimen völkerrechtlichen Organisationen zu betonen,
4. in den Vereinten Nationen, bei der OSZE, aber auch auf dem G7-Gipfel für einen neuen Dialog mit Russland einzutreten, innerhalb der NATO darauf hinzuwirken, dass eine weitere Osterweiterung des Bündnisses ausgeschlossen wird, und innerhalb der EU Initiativen für eine neue dialogorientierte EU-Osteuropa-Nachbarschaftspolitik anzustoßen und
5. sich in der EU gegen die Weiterverhandlung des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens mit den USA, TTIP, und des globalen Dienstleistungsabkommens TiSA auszusprechen, im Rat das Verhandlungsergebnis der EU-Kommission zu CETA abzulehnen und für diese Position bei den anderen EU-Regierungen sowie gegenüber dem EU-Parlament zu werben.

Viel Hausgemachtes vor großer europäischer Bühne

Polen vor den Parlamentswahlen im Oktober 2015 – ein Stimmungsbericht

Von Holger Politt, Warschau, September 2015

Die beiden großen Ereignisse auf der europäischen Bühne in diesem Sommer – die Griechenlandkrise am Anfang und die in ihren Ausmaßen ungeahnte Flüchtlingswelle am Ende – sahen Polen eher in einer Zuschauerrolle, auch wenn man natürlich mittendrin war und ist. Da das Land nicht Mitglied der Euro-Zone ist und geografisch gesehen für den großen Flüchtlingsstrom aus Syrien und überhaupt dem Nahen Osten doch eher abseits liegt, meinten anfangs doch noch viele, das ginge sie unmittelbar weniger an. Hinzu kommt ein Wahljahr, das dem politisch bereits aufregenden Sommer noch die richtige innenpolitische Würze gibt. Denn im Frühjahr erlebte der Amtsinhaber Bronisław Komorowski bei den Präsidentschaftswahlen ein Debakel, unterlag er in der Stichwahl doch dem jungen nationalkonservativen Herausforderer Andrzej Duda, den Anfangs des Jahres noch niemand ernsthaft auf der Rechnung hatte – auch Jarosław Kaczyński nicht. Am 25. Oktober folgen schließlich die Parlamentswahlen, die durch den Ausgang der Präsidentschaftswahl nun von höchster Brisanz sind. Eine

Regierungsübernahme durch die Nationalkonservativen (PiS), die vor einem Jahr fast jeder Beobachter ausgeschlossen hätte, scheint nun wieder in greifbare Nähe gerückt.

Seitdem die regierenden Wirtschaftsliberalen im Frühjahr den in Polen auch innenpolitisch nicht unwichtigen Posten des Staatspräsidenten überraschend aufgeben mussten, besingen Spitzenpolitiker und Meinungsforscher gern den Wind der Veränderung, der das Land nun kräftig durchziehe. Zur Disposition stehen acht Jahre Regierungszeit der Bürgerplattform (PO), die ein für europäische Verhältnisse beachtliches und ununterbrochenes Wirtschaftswachstum aufzuweisen hat. Selbst in den Krisenjahren 2008/2009, als alle Nachbarn in den Keller schlitterten, konnte Polen noch mit einem Wachstum von eineinhalb Prozent glänzen. Diese Dynamik gab der von Donald Tusk geführten Regierung den entsprechenden Schneid, schließlich wurde er als erster Ministerpräsident seit 1990 bei den Sejm-Wahlen 2011 im Amt bestätigt. Nachdem er im letzten Jahr zum Präsidenten des Europäischen Rates gewählt wurde, übernahm Ewa Kopacz das Regierungsruder, ohne damals zu ahnen, wie schnell sie in schwere See geraten sollte. Seit der Niederlage Komorowskis muss sie nun das Staatsschiff gegen den Wind steuern, eine Kunst allerdings, die in der PO fast alle mittlerweile verlernt haben.

Als Jarosław Kaczyński, der nach wie vor in den eigenen Reihen unumstrittene Chef der Nationalkonservativen, frühzeitig entschied, gegen Amtsinhaberin Kopacz mit Beata Szydło eine Politikerin ähnlichen Zuschnitts als Spitzenkandidatin ins Herbstrennen zu schicken, erwies sich das schnell als Glücksgriff. Bei einer Direktwahl hätte Kopacz ähnlich wie Komorowski das Nachsehen. So schien die wichtigste Aufgabe für Szydło nur darin zu bestehen, überzeugend nachzuweisen, dass nicht zu viel von Kaczyński in ihr steckt.

Auf dem Höhepunkt der Griechenlandkrise Anfang Juli klappte das auch ganz gut, denn sie brauchte nur darauf zu verweisen, dass ja die PO einst den Polen versprach, in absehbarer Zeit der Euro-Zone beizutreten. Ein Versprechen noch aus der Zeit vor der großen Finanzkrise und der Griechenlandkrise, aber jetzt schien es opportun, daran zu erinnern. Kopacz schwieg, Szydło punktete, weil sie behaupten konnte, nur dem Widerstand von PiS sei es zu verdanken, dass Polen nicht schon Mitglied der Euro-Zone sei. Ein Argument, dem viele nun folgen wollten.

Ähnlich schien zunächst auch das politische Gerangel um die Flüchtlingswelle auszugehen, die an Grundfesten im Selbstverständnis der Europäischen Union, insbesondere aber am Verhältnis zwischen den sogenannten alten Mitgliedsländern und den erst 2004 und später beigetretenen ehemals sozialistischen Ländern rüttelt. Während Kopacz bei einem Treffen der Visegrád-Gruppe Anfang September gute Miene zum bösen Spiel machte, also mit Victor Orbán, Robert Fico und Bohuslav Sobotka in eine Kerbe haute, die sich einem EU-Quotensystem für Flüchtlinge strikt entgegenstellten, brauchte Szydło nicht viel hinzu zu setzen, denn die Ministerpräsidentin schien vor einer angeblichen Mehrheitsmeinung im Lande zu kapitulieren, zumindest wollte sie vor den Parlamentswahlen kein unnötiges Risiko eingehen. Jedenfalls hatten die Nationalkonservativen vorerst die Meinungsführerschaft. Wer sollte die ihnen jetzt noch nehmen?

Doch schnell setzte im liberalen Lager, angeführt von Adam Michniks „Gazeta Wyborcza“, ein merklicher Gegen-



druck ein, der einiges änderte und Kopacz schließlich zwang, die gemeinsam mit den Visegrád-Kollegen erklärte Position zu verlassen. Mit dem richtigen Argument, dass Polen in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts, also unter vergleichbar sehr viel komplizierteren inneren Bedingungen, schließlich knapp 90 000 Tschetschenienflüchtlinge aufgenommen habe, ohne dass es zu nennenswerten Störungen wichtiger gesellschaftlicher Abläufe gekommen wäre, wies sie darauf hin, wieviel Platz für Syrien- und Irakflüchtlinge in Polen es doch gebe. Dafür sprechen übrigens auch die nackten Zahlen, denn Polen nimmt derzeit (alle Zahlen von 2014) mit einem Wert von 0,3 Prozent Anteil von Einwanderern an der Gesamtbevölkerung den letzten Platz in einer EU-Rangliste ein. Übrigens sind Estland und Lettland mit Werten von 15 Prozent vor allem im Zusammenhang mit dem nicht erklärten Krieg im Donbass in dieser Statistik ganz weit nach oben gerutscht, wenn man bedenkt, dass für Deutschland ein Wert von 8,7 Prozent notiert wird. Selbst Ungarn, die Slowakei (über 1 Prozent) und Tschechien (4,1 Prozent) haben zum Teil deutlich höhere Werte. Jedenfalls hat Polens amtierende Ministerpräsidentin nun ins Land gerufen, dass ihre Regierung in der aktuellen Flüchtlingsfrage die europäische Solidarität nicht verweigern, also kein Veto einlegen werde, falls es zu einer für die Gemeinschaft tragfähigen Lösung kommen sollte. Allerdings, so fügt sie immer hinzu, könne das nur für wirkliche Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge gelten.

Dieser Richtungswechsel rief prompt Oppositionsführer Kaczyński auf den Plan, der zu Protokoll gab, die Regierung Kopacz agiere in der Flüchtlingsfrage unter äußerem Druck, lasse Brüssel über polnische Angelegenheiten entscheiden und sich überhaupt in dieser Frage allzu billig abspesen. Anschließend holte er das Schreckgespenst der muslimischen Unterwanderung der christlichen Gesellschaft heraus, denn solche zeige sich bereits in Ländern wie Italien – wo katholische Kirchen als Toilettensatz entweicht würden – oder Schweden, wo es bereits 54 aufgegebenen Gebiete gebe, in denen die Scharia walte. Natürlich ist das alles Humbug, aber was soll's, es sind eben Wahlkampfzeiten, wird sich Kaczyński gedacht haben.

Jetzt schweigt Szydło, abzuwarten bleibt dennoch, wer da zu punkten versteht. Einige Beobachter halten die behutsame Kehrtwendung von Kopacz in der Flüchtlingsfrage innerhalb nur weniger Tage für wenig glaubwürdig, interpretieren das Manöver eher als Versuch, vor der heißen Phase des Wahlkampfes im linksliberalen Spektrum neue Stimmen zu gewinnen, ohne im eigenen Lager solche zu verlieren. Andere indes sehen in dieser Frage die Nationalkonservativen auf der Verliererstrecke, weil erstens Kaczyński selbst aus der bisher klugen Deckung gekommen sei und weil zweitens ganz ungeniert mit niederen Instinkten gespielt werde, die nicht mehrheitsfähig seien.

Am rechten Rand darf frohlockt werden, denn von der Sejm-Tribüne wurde nun verkündet, was man seit einiger Zeit in anderer Form unter die Leute zu bringen sucht. Wenn die Fangruppen der beiden besten polnischen Fußballmannschaften aus der letzten Saison in ihren Stadien in Poznań und Warschau laut und deutlich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen auftreten dürfen, so tut der Oppositionschef auf der Parlamentsbühne nichts anderes. Der Unterschied besteht nur darin, dass Kaczyński vorschlug, ein finanzielles EU-Hilfsprogramm nach einem Verteilungsschlüssel entsprechend der auf den Kopf umgerechneten Wirtschaftskraft

der einzelnen Mitgliedsländer für die Flüchtlinge aufzulegen, um ihnen dort zu helfen, wo sie herkommen. Was beide rechte Strömungen – die moderate wie die radikalere – indes eint, ist der Widerwille gegen eine Gesellschaftsperspektive, wie sie sich in den westlichen EU-Ländern bereits seit Jahrzehnten durchgesetzt und in den letzten zwanzig Jahren unwiderruflich verfestigt hat.

Allerdings beziehen bekannte Persönlichkeiten dagegen Stellung, öffentlich und durchaus wirksam. Jerzy Stuhr, ein bekannter Schauspieler und Theatermann, meinte in der „Gazeta Wyborcza“, er sei ausgangs des Sommers in Süditalien gewesen und habe dort tagtäglich von den Phobien in unserem Teil EU-Europas lesen müssen, die so gar nicht zu dem passten, was sich innerhalb der Union grundsätzlich an gesellschaftlichem Konsens herausgebildet habe. Der auch in Deutschland bekannte Schriftsteller Andrzej Stasiuk hingegen spitzte in derselben Zeitung, wie von ihm gewohnt, sarkastisch zu: Polen sollte die Flüchtlinge hereinlassen, denn wie sollten beispielsweise 12 000 arme Flüchtlinge für ein stolzes 38-Millionen-Volk ein Problem darstellen, das Hitler und schließlich auch Stalin mitsamt dem Kommunismus besiegt habe? Ein paar Denkmäler weniger, ein paar der riesigen Reklameschilder an der Autobahn weniger, schließlich eine katholische Kirche, die für ihre Schäfchen nicht die knappe Staatsknete ausbebe, sondern mit eigenen Mitteln zurechtkomme, dann sollte es auch für die Flüchtlinge reichen, die keine Christen seien. Und Dariusz Michalczewski verweist auf die eigene Biografie, die auf Flucht und Einwanderung beruhe. In der Bundesrepublik habe er alle Möglichkeiten bekommen, sich erfolgreich zu integrieren. Indes hätten viel zu viele Menschen in Polen noch immer Angst vor der Einwanderung fremder Kulturen, denn was der Pole nicht kenne, esse er nicht. Doch es werde sich zeigen, wie bereichernd für die eigene Gesellschaft solche Einwanderungsprozesse sein könnten.

Das sind Stimmen mit linksliberalem Ausschlag, wie man sie derzeit in Polen viel vernehmen kann. Der nahe Wahltermin bringt aber mit sich, dass Politiker ganz schnell dabei sind, solche klare Polarisierung – hier die ins angebliche katholisch-nationale Horn pustenden Kulturwächter, dort die sich aufgeklärt gebende Welttoffenheit und die Bereitschaft, entsprechend den eigenen Möglichkeiten unvoreingenommen zu helfen – für eigene Zwecke zu nutzen. Wieweit nun tatsächlich die Wirtschaftsliberalen unter Kopacz diesen linksliberalen Impuls zu binden verstehen, bleibt abzuwarten. Die Not der Bedrängnis, denn die Umfragen bescheinigen seit Komorowskis Niederlage einen zum Teil deutlichen Rückstand gegenüber den nationalkonservativen Herausforderern, kann hier durchaus einiges bewegen. Deshalb an einen ähnlichen Vorgang erinnert, weil in der Frage der rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften vor zwei, drei Jahren die damals noch von Tusk angeführte PO letztlich doch wieder vor dem Privileg einknickte, das die katholische Kirche in allen Fragen beansprucht, die die gesellschaftliche Moral berühren.

Eigentlich müssten solche Fragen, die die Nationalkonservativen ins rechte Fahrwasser und die Wirtschaftsliberalen zumindest in nicht zu übersehender Verlegenheit bringen, ein gefundenes Fressen für die Linksliberalen sein, die ja schließlich auch in den Sejm wollen. Während vor vier Jahren die Linksdemokraten (SLD) und die Liste von Janusz Palikot noch getrennt antraten und zusammengerechnet immerhin

fast 20 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten, treten sie diesmal gemeinsam mit weiteren kleineren linken Gruppierungen als Wahlbündnis unter dem Logo einer Vereinigten Linken an. Um in das Parlament einzuziehen, brauchen solche Wahlbündnisse nach geltendem Recht allerdings mindestens 8 Prozent statt der sonst üblichen 5 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen. Ein für die bevorstehende Wahl schwer zu kalkulierendes Risiko besteht darin, wie die potenziellen Wähler beider Parteien oder Strömungen auf die jahrelangen Querelen reagieren, die SLD und Palikot-Leute in den zurückliegenden Jahren oftmals zum Gaudium der Medien öffentlich ausgetragen haben. Als Konsequenz tritt die Vereinigte Linke vor allem mit neuen, in den Medien noch unverbrauchten Gesichtern an, so mit Barbara Nowacka, die die Liste in Warschau anführen wird. Ihre Wahllosung lautet: „Behutsam vorgehen“. Wie weit das als gelungene linke Alternative zu den Hauptstreithammeln von PiS und PO angenommen wird, kann erst der Wahltag zeigen. Danach müsste ohnehin eine gründliche, ungeschminkte Bestandsaufnahme linksgerichteter und linksliberaler Politik seit der Wende vorgenommen werden.

Vier Vorschläge zur Beendigung des Krieges in Syrien

Rede von Wolfgang Gehrcke zur Aktuellen Stunde des Bundestages „Neue Dynamik zur politischen Lösung der Syrienkrise nutzen“, am 24. September 2015; aus: www.linksfraktion.de

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss der Versuchung widerstehen, Ihnen vorzurechnen, wie oft wir Ihnen das, was jetzt vorgeschlagen wird, Verhandlungen unter Einbeziehung des Staates Syrien, schon vorgeschlagen haben und wie oft Sie es zurückgewiesen haben. Ich streiche das; es ist für mich im Moment nicht so interessant.

Ich möchte gern, dass wir uns erstens auf ein Ziel der ganzen Debatte verständigen, das wir als Deutscher Bundestag, möglichst auch die Bundesregierung, ansteuern sollten. Ich biete Ihnen ein Ziel an: Für uns ist das Ziel, den Krieg, das Morden und Töten in Syrien sofort zu stoppen. Wir sind bereit, alles andere diesem Ziel unterzuordnen; denn das ist die entscheidende Sache.

Ich biete Ihnen an, zweitens gemeinsam das Ziel zu formulieren, Syrien als nationalen Staat zu erhalten, seine säkulare Staatsverfassung zu retten und diesen Staat in Gänze zu demokratisieren und sozial wiederaufzubauen. Ich finde, wenn wir ein solches gemeinsames Ziel formuliert haben, ich biete Ihnen das zumindest an, dann können wir über Einzelheiten streiten und da auch unterschiedlicher Auffassung sein.

Wenn man in diese Richtung gehen will, muss man mit aller Kraft die UNO-Vermittlungsmission von Staffan de Mistura unterstützen. Seine Vorgänger hatten keine weltweite Unterstützung. Es muss nun besser gelingen, sich international gemeinsam hinter diese Mission zu stellen. Kofi Annan hatte gute Vorschläge, Lakhdar Brahimi ebenfalls, aber sie hatten nicht diese breite Unterstützung.

Ich möchte nicht noch einmal lesen müssen, was ich

Ihnen jetzt vorlese. Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari, den ich in der Kosovo-Frage – da war er ja Vermittler – immer kritisiert habe, schrieb über seine Wahrnehmung der Verhandlungsprozesse: Bereits 2012 habe der russische Unterhändler Witali Tschurkin einen Drei-Punkte-Plan zur Lösung des Konfliktes unterbreitet, der auch einen Rücktritt von Syriens Präsidenten Baschar al-Assad vorsah. Darauf seien aber Frankreich, Großbritannien und die USA nicht eingegangen, weil sie davon überzeugt waren, dass der Sturz Assads ohnehin bevorstünde. Zu diesem Zeitpunkt, so Ahtisaari, belief sich die Zahl der Opfer auf 7 500. Seine Schlussfolgerung ist: Wir hätten das ganze Chaos vermeiden können. Ich möchte nicht, dass wir uns noch einmal zu Recht solche Vorhaltungen machen lassen müssen. Also muss man in der Politik eine andere Richtung einschlagen.

Was ich von der Bundesregierung wünsche, ist eine diplomatische Offensive, nicht Waffenlieferungen und einseitige Parteinahmen, sondern eine Vermittlung von Verhandlungen. Eine solche diplomatische Offensive ist das Gebot der Stunde.

Bei der Planung muss man über folgende Punkte nachdenken und reden: Es muss über lokale Waffenstillstände verhandelt werden. Ein Waffenstillstand für das gesamte Syrien ist eher unwahrscheinlich. Also muss es ein Netz von Gebieten geben, in denen lokale Waffenstillstände ausgehandelt und dann durchgesetzt werden. Ich möchte gern, dass diese Verhandlungen unter dem Dach der Vereinten Nationen zusammen mit den Konfliktparteien stattfinden. Nachdem sich Herr Kauder heute dazu geäußert hat, sage ich: Ich bin unbedingt dafür, dass die USA und Russland, was auch immer man von ihrer Politik hält, in diesen Prozess einbezogen werden. Ohne die USA und ohne Russland wird man nicht zu einem solchen Prozess der Waffenstillstände und der Beendigung des Krieges kommen.

Ich glaube, dass man über die Einbeziehung verschiedener Verhandlungsparteien nachdenken muss; es wird sich entscheiden. Nicht alle werden sofort an einem Tisch sitzen können; aber in diese Richtung muss es gehen: Iran, Irak, Saudi-Arabien, Katar und die Türkei sollten am Tisch sitzen obwohl eine ganze Reihe der Regime mir überhaupt nicht passen, aber das ist jetzt nicht die Frage, und auch die Regierung des Präsidenten Assad sowie die verschiedenen Oppositionsgruppen, die in Syrien auf Gewalt verzichten, die Kurden in Syrien müssen zu den Verhandlungsparteien gehören. Ich habe nie verstanden, warum die Bundesregierung im Vorfeld der Verhandlungen nicht ein einziges Mal mit den Oppositionsgruppen gesprochen hat, die erklärt haben, sie wollen keine Gewalt. Auch hier muss sich die Politik der Bundesregierung ändern.

Wenn die Oppositionsgruppen, was ein großes Zugeständnis wäre, ihrerseits bereit wären, in die Verhandlungen auch die sogenannte syrische Exilregierung einzubeziehen, dann wäre das für beide Seiten ein Schritt nach vorne. Wir sollten das befördern.

Ich bitte Sie sehr, ebenfalls zu überlegen, wie man diese humanitäre Situation wenigstens ein bisschen verbessern kann. Dazu gehört auch, mit doppelten Standards Schluss zu machen. Durch unsere doppelten Standards blamieren wir uns in der ganzen Welt. Wir fordern von Russland, keine Soldaten nach Syrien zu schicken. Das ist durchaus in meinem Sinne, um das deutlich zu machen, ich möchte aber, dass es glaubwürdig wird, indem die Bundesregierung erklärt: Wir



liefern keine Waffen, wir werden die Waffenexporte in den Nahen Osten verbieten. Wenn man nicht nur darüber nachdenkt, wen man anklagen bzw. schwächen könnte, dann kann man solche Forderungen auch besser aufstellen.

Zum Schluss sage ich Ihnen: Wir brauchen eine Übergangsregierung. Ich bin sehr dafür, dass in Syrien darüber nachgedacht wird, die Oppositionsgruppen, die auf Gewalt verzichten, in eine Übergangsregierung aufzunehmen. Eine Übergangsregierung wird unter der Präsidentschaft Assads stehen. Was am Ende steht, das sollen die Syrerinnen und Syrer durch freie Wahlen in ihrem Land in einem gewaltfreien Umfeld selber entscheiden. Das haben nicht wir hier zu entscheiden. Das wird nicht über die Köpfe der Syrer hinweg entschieden; vielmehr sollten die Syrer in Wahlen selbst entscheiden, welchen Präsidenten sie wollen. Das wird man als Demokrat doch befördern dürfen. Das wäre eine politische Konzeption, über die der Bundestag nachdenken sollte. Ich höre Gequacke von der Regierungsbank, aber das nimmt so wieso keiner ernst.

Danke sehr.

Gewalt in der Türkei

Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Die Eskalation seit der Parlamentswahl

Bei der Parlamentswahl am 7. Juni 2015 erhielt die HDP 13,1 Prozent, d. h., mehr als 6 Millionen Wählerstimmen. Wegen des Einzugs der HDP ins Parlament gelang es der regierenden AKP nicht mehr, die Mehrheit zu erringen. Die Koalitionsverhandlungen scheiterten bzw. wurden von der AKP bewusst zum Scheitern gebracht. Für den 1. November sind Neuwahlen angesetzt. Präsident Erdogans Ziel besteht darin, einen erneuten Einzug der HDP zu verhindern und wenn möglich eine verfassungsändernde Mehrheit für die AKP zu erreichen.

Bei einem Attentat am 20. Juli 2015 in Suruc verloren 33 Menschen ihr Leben, die sich gerade für den Wiederaufbau von Kobane vorbereiteten. Täter war ein IS-Anhänger aus der Türkei, der ungehindert nach Syrien und wieder zurück in die Türkei einreisen konnte, wo er den Anschlag verübte. Zwei Tage später wurden zwei Polizisten ermordet aufgefunden. In einer Interneterklärung zeichnete sich die PKK verantwortlich für die Tat und begründete sie damit, dass die Polizisten mit dem IS zusammengearbeitet hätten. Später stellten Sprecher der PKK dar, dass lokale Kräfte die Taten unabhängig von der PKK-Führung durchgeführt hätten. Am 23. Juli wurden türkische Soldaten an der Grenze zu Syrien durch den IS angegriffen, wobei ein Soldat getötet wurde. Am 24. Juli startete die türkische Armee die Luftangriffe in Syrien und im Nordirak. Doch führte sie diese nicht nur gegen Stellungen des IS durch, sondern griff vor allem gezielt die PKK an. Mehr als 400 Positionen sollen angegriffen worden sein. Die PKK verübte seitdem mehrere Anschläge. Am 6. September kamen bei einem Anschlag 16 türkische Soldaten um, am 8. September 14 Polizisten. Seitdem eskaliert die Stimmung auch auf den Straßen.

Angriffe auf die HDP

Die HDP hat eine lange Liste einzelner Vorfälle veröffentlicht, darin zählt sie allein vom 6. bis 8. September 105 Angriffe auf Büros, Geschäftsstellen, einzelne Abgeordnete sowie kurdische Zivilpersonen. Seit Juli sind mehr als 128 Büros der HDP attackiert worden. Allen Angriffen war gemeinsam, dass sie durch größere organisierte Gruppen von Anhängern faschistischer Organisationen erfolgten. An den Geschäftsstellen wurden HDP-Fahnen durch die türkische Flagge ersetzt. In vielen Fällen wurden Fensterscheiben zerstört und die Inneneinrichtung zertrümmert, Dokumente entwendet und verbrannt, in einigen Fällen wurde sogar das Gebäude in Brand gesteckt und brannte teilweise völlig nieder (z. B. in Antalya und Alanya). Personen, die sich beim Angriff noch in den Gebäuden befanden, retteten nur knapp ihr Leben. In wenigen Fällen konnte die Polizei Schlimmeres verhindern, meist ließ sie die Angreifer ungehindert agieren. Jeden Tag kommen weitere Angriffe hinzu. Am Sonntag (13.9.) wurde in Diyarbakir die HDP-Abgeordnete Çağlar Demirel vom Militär angeschossen. In Istanbul wurde der HDP-Abgeordnete Saruhan Oluç auf einer Friedensdemonstration von der Polizei verletzt und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Menschenrechtssituation – die Lage in Cizre

Seit dem Attentat in Suruç hat die türkische Regierung eine so genannte Anti-Terror-Kampagne gestartet und mehr als 1 000 Menschen festgenommen, mehrheitlich HDP-Aktivistinnen und Vertreter von NGOs. Dutzende Webseiten und Twitter Accounts wurden gesperrt, türkische und ausländische Journalisten wurden verhaftet. Es gab zwei Angriffe auf die Büros der Tageszeitung Hürriyet, weil sie in einem Tweed angeblich ein Erdogan-Zitat in den falschen Zusammenhang gesetzt hatte. Diese Angriffe wurden direkt von einem AKP-Abgeordneten propagiert. Aktuell steht die Türkei auf Platz 149 von 180 des World Press Freedom Index.

Aus kurdischen Städten werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen berichtet wie außergerichtliche Tötungen, Verhinderung des Zugangs zu Trinkwasser und Gesundheitsversorgung. Spezialeinheiten des Militärs und Scharfschützen – offiziell im Kampf gegen die PKK eingesetzt – nehmen gezielt Zivilisten ins Visier. Vor allem in Cizre ist die Lage sehr angespannt. Seit dem 4. September befindet sich die Stadt unter Ausgangssperre.

HDP-Abgeordnete und der Kovorsitzende Demirtaş haben sich mit einer großen Delegation von Demonstranten auf den Weg nach Cizre gemacht, aber ihnen wurde zunächst der Zugang in die Stadt verwehrt. Alle öffentlichen Institutionen haben ihre Tätigkeit eingestellt, Strom, Wasser, Internet und Telefon sind abgeschaltet, selbst Apotheken und Bäckereien wurden geschlossen. Die medizinische Notfallversorgung kann kaum noch gewährleistet werden. Die Bürgermeisterin Leyla Imret wurde ihres Amtes enthoben. In Folge der gewaltsamen Auseinandersetzungen sind bereits mehrere Häuser zerstört. Ähnliche Erfahrungen machen die Menschen derzeit auch in den Provinzen Lice, Silvan, Silopi und Yukeskova. Die Ausgangssperre in Cizre wurde am 13. September für 12 Stunden aufgehoben, damit die Einwohner ihre Toten beerdigen konnten. Seit dem 14. September gilt sie wieder. Aktueller Stand der zivilen Opfer in Cizre liegt



bei 21, nach Angaben der Regierung sollen bisher 32 kurdische Kämpfer in Cizre getötet worden sein.

Aufruf der HDP

Die Türkei driftet immer schneller in Richtung Bürgerkrieg. Die Angriffe auf HDP-Büros und Anhänger nehmen zu. Die Polizei unternimmt wenig bis nichts, die Angreifer zurück zu halten. Die HDP betont in ihrem Aufruf, dass sie immer wieder die PKK und die türkische Regierung aufgerufen habe, die Waffen niederzulegen. Doch die AKP eskaliert die Lage immer weiter.

„Angesichts der aktuellen Entwicklungen bitten wir die gesamte internationale Gemeinschaft, zivilgesellschaftliche Institutionen und internationale Medien um Solidarität und Unterstützung für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensgesprächen. Wir fordern dringende Maßnahmen gegen zunehmende staatliche Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, anti-demokratische Praktiken in kurdischen Städten, wie auch in Städten in westlichen Teilen des Landes. Wir brauchen jetzt mehr denn je die Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit, um einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten, der Türkei und Kurdistan zu ermöglichen.“

Die Lage in Deutschland

Am 12./13. September fanden mehrere Demonstrationen und Kundgebungen kurdischer Organisationen gegen die Gewalt in der Türkei statt. Mehrere Kundgebungen sind von den Grauen Wölfen angegriffen worden, ein kurdischer Demonstrant wurde schwer verletzt. In Berlin wurde ein Wahlinfostand der HDP von einem faschistischen Mob angegriffen. Die Lage kann auch hier weiter eskalieren.

Eine strategische Wende im Nahen Osten?

Von Issam Haddad, Publizist, Berlin

Von 1950 bis 1953 putschten syrische Generale drei Mal hintereinander. Vordergründig ging es um Verlegungsrechte für Erdölleitungen aus dem Irak und Saudi Arabien zum Mittelmeer nach dem Wegfall der Verladestation in Haifa/Palästina im Gefolge der Gründung des Staates Israel.

Im Iran putschte die Armee 1953 gegen die demokratisch gewählte Regierung von Mohamed Mosadeq. Diese hatte kurz vorher die Erdölindustrie im Lande verstaatlicht. Daraufhin wurde Iran zum Hauptkettenglied des von der westlichen Militärallianz neu geschmiedeten Bagdadpakts. Dieser sollte dem Einfluss der damaligen Sowjetunion auf die antikoloniale Bewegung im Nahen Osten entgegenwirken. Im Bagdadpakt verbündeten sich die Türkei, das Königreich Irak und der Iran. Ägypten unter Führung von Nasser und Syrien hielten dagegen. In Jordanien und Libanon vereitelten Volksaufstände die Eingliederung in diesen Pakt. Mit der Revolution vom Juli 1958 im Irak brach der Bagdadpakt zusammen. Nach der verheerenden Niederlage im Juni-Krieg 1967, dem Tod Nassers 1970, der darauf folgenden Ausweisung der sowjetischen Berater aus Ägypten 1972 durch Präsident Sadat und dem Oktoberkrieg von 1973 wurde das Mittelmeer mit seinem Reichtum an Öl und Gas zu einem Herr-

schaftsgebiet der USA und ihrer Ölkonzerne. Zu Recht verwies vor kurzem Rainer Rupp (der berühmte DDR-Spion „Topas“ im Hauptquartier der Nato in Brüssel) auf das aktuelle Gerangel um Verlegungsrechte für Erdgasleitungen durch syrisches Gebiet zum Mittelmeer zwischen dem Iran einerseits sowie Saudi Arabien und Katar andererseits (siehe ND, 19.9.2015). Zu den Absagen der syrischen Regierung an das Ersuchen der Saudis und der Kataris muss allerdings auch auf die Vergabe der Rechte für die Erkundung und Förderung von Öl und Gas in syrischen Mittelmeergewässern ausschließlich an russische Firmen hingewiesen werden. Damit ergab sich ein Grund mehr, um ein „regime change“ in Damaskus auch mit Gewalt zu erzwingen. Hierfür wurde eine breitgefächerte Allianz auf regionaler und internationaler Ebene zusammengezimmert. Diese Allianz benutzt für ihre Zwecke die Erhebungen demokratischer Kräfte in der Region, die eine Demokratisierung der politischen Systeme erreichen wollen.

Das Scheitern einer illusionären Option

Seit seinem Besuch in Kairo im Jahr 2009 und seiner Rede in der Al-Azhar Universität warb Präsident Obama dafür, im arabischen Raum mehr Demokratie und Achtung der Menschenrechte zu wagen. Als Hauptträger und Garant hierfür sah er die Machtübernahme der Bewegung der Muslimbrüder in den arabischen Ländern an. Die Erfahrungen der Türkei in den letzten Jahren schienen Obama und vielen anderen übertragbar zu sein. Diese Option scheiterte ein Jahr nach der Übernahme der Macht durch die Muslimbruderschaft in ihrem Stammland Ägypten. Damit verschob sich das Gleichgewicht zu Gunsten der Kräfte auf internationaler Ebene, die sich für ein Ende des blutigen Gemetzels und Zermürbungskrieges in Syrien eingesetzt haben, allen voran Russland. Am 15. Juni 2013 erklärte der damalige ägyptische Präsident Mohamed Mursi den Abbruch der offiziellen Beziehungen zu Syrien. Unter den jubelnden Anhängern, die das Sportstadion von Kairo füllten, breitete sich Euphorie über einen baldigen Sieg der Muslimbruderschaft in Syrien aus. Man war bereit, eine Armee von Freiwilligen nach Syrien in Marsch zu setzen, um der „Tyrannei der Alawiten gegen die Mehrheit der Sunniten in Syrien ein Ende zu bereiten“.

Aus dieser verhängnisvollen Mobilisierung wurde jedoch nichts. Denn genau zwei Wochen später, am 30. Juni 2013, wurde aus der Erhebung der breiten politisch heterogenen Koalition in Ägypten gegen die Muslimbruderschaft eine Massendemonstration von nie gekanntem Ausmaß. Geschützt von den Organen des ägyptischen Staates, insbesondere der Armee, gipfelten diese Aktionen am 3. Juli 2013 im Sturz der Muslimbruderschaft in Ägypten. Seitdem führt sie einen heiligen Krieg gegen den ägyptischen Staat und wird dabei von all den bewaffneten Formationen operativ unterstützt, die sich während ihrer achtzigjährigen Entwicklung aus ihren Reihen heraus gebildet haben. Diese operieren heute unter verschiedenen Namen und Bezeichnungen in der gesamten Region von den unwegsamen Bergen Pakistans im Osten bis zu den Wäldern der Boko-Haram in Nigeria im Westen.

Die politische Wende

Die neue politische Führung in Kairo setzte sich von Anfang an konsequent für eine politische Lösung des Konfliktes in Syrien ein, um zu verhindern, dass den syrischen Staat das



Schicksal Libyens ereilt. Denn für die neue ägyptische Führung galt es, erstens, Staat und Ordnung in Ägypten vor dem Zusammenbruch unter dem Druck der gegensätzlichen Interessen der verschiedenen Blöcke der herrschenden bürgerlichen Klasse zu bewahren und, zweitens, das weitere Anschwellen der sozialen Krise bis zur Explosion zu verhindern.

Mit dieser Entwicklung wuchsen die Spannungen zwischen dem Weißen Haus in den USA und den neuen Machthabern in Ägypten. Sie erreichten ihren Höhepunkt mit der Wahl von Abdelfatah Al-Sisi zum neuen ägyptischen Staatspräsidenten. Damit wurde nämlich die erwähnte politisch-strategische Option Präsident Obamas bis auf weiteres zurückgedrängt. Jetzt konzentrierte sich die amerikanische Reaktion darauf, jegliche materielle Hilfe an Ägypten zu blockieren, die internationale Anerkennung des neuen Regimes zu verhindern und dessen Versuche zu vereiteln, auf regionaler Ebene – sei es in Libyen oder Syrien – Einfluss zu nehmen. Zu diesem Zweck wurde die Menschenrechtslage in den Vordergrund der Auseinandersetzung gerückt.

Die neue ägyptische Führung richtete ihren Blick nach Osten in Richtung Russland und China. Im Bereich der militärischen Ausrüstungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit baute sie sich wichtige Alternativen im eurasischen Raum auf. Die später freigegebene Militärhilfe der USA konnte an dieser Entwicklung nichts mehr ändern. Das Nuklearabkommen zwischen dem Iran und der „5+1“ hat die Veränderungen der regionalen Kräfteverhältnisse zugunsten einer politischen Wende im syrisch-irakischen Raum, gestützt auf gewichtige Interessen von Indien über China bis nach Russland, weiter verstärkt.

So kehren nach fast einem halben Jahrhundert Russland und Ägypten gemeinsam auf die politische Bühne des Nahen Ostens zurück. Sie nutzen ihr Zusammenwirken vor allem dafür, dem Blutvergießen in Syrien ein Ende zu setzen. Diese einmalige politische und militärische Kooperation von Russland, Ägypten, Iran und Irak in Syrien, dazu ihr Gesamtgewicht in der internationalen Energieindustrie wird dem Frieden in Syrien bessere Chancen geben und setzt alle Urheber der Raubkriege aus den USA und der EU zum ersten Mal seit dreißig Jahren unter enormen Druck. Die Entwicklung in Ägypten bildete den Wendepunkt, denn nur Ägypten mit der Institution der Al-Azhar-Moschee in Kairo kann dem religiösen Spaltpilz in der islamischen Welt insgesamt und besonders im Nahen Osten erfolgreich entgegenwirken. Sowohl die Türkei als auch Saudi-Arabien werden durch diese Entwicklung in ihrem Einfluss zurückgedrängt. Über kurz oder lang werden sie die Ergebnisse der Zusammenarbeit der neuen Allianz im Vorderen Orient akzeptieren müssen. Die Türkei hat alles verloren, was sie sich in den letzten zehn Jahren im arabischen Raum aufgebaut hat, und die saudiarabische Führung drängt ihr Land in eine Zerstörungsgorgie gegen das jemenitische Volk. Beide Kräfte müssen sich der neuen Entwicklung im Zentrum des Nahen Osten anpassen und die Auseinandersetzungen mit ihren Nachbarn mit friedlicheren Mitteln austragen.

In Bagdad, Kairo und Beirut bahnt sich eine wachsende Massenbewegung für politische, friedliche Lösungen der inneren sozialen und ökonomischen Konflikte an. Die daraus entstehenden neuen demokratischen Organisationsformen verdienen jede regionale und internationale Solidarität.

Das ganz normale China

Von Felix Lee, aus: Freitag, 6. Mai 2015

Li Jun zeigt auf einen Betonbau, der unmittelbar vor seiner Wohnung emporragt. Die Kräne und die Baugerüste sind abmontiert. Dabei ist das eiförmige Hochhaus noch nicht fertiggestellt. Etwa auf halber Höhe ist die Glasfassade abrupt unterbrochen. Leitungen hängen herab. Die unteren Etagen sind mit Planen verdeckt.

Doch der 61-Jährige findet den Blick auf das halbfertige Gebäude von seinem Küchenfenster aus nicht schlimm. Im Gegenteil: Mit anderen Nachbarn hat er einen Teil der Baustelle abgedeckt und nutzt den Platz nun als Gemüsebeet. „Das stört momentan niemanden“, sagt er. Die ehemaligen Investoren seien pleitegegangen, neue Käufer gebe es noch nicht. Und überhaupt: In den vergangenen Jahren seien in seinem Viertel hier in Peking so viele alte Häuser abgerissen und durch moderne Bauten ersetzt worden, sagt er. „Es tut gut, wenn wir mal Zeit zum Durchatmen haben.“

Mehr als 20 Jahre mit fast durchgehend zweistelligen Wachstumsraten haben China einen Entwicklungsschub beschert, den es in der Menschheitsgeschichte in diesem Ausmaß noch nie gegeben hat. Der kommunistischen Führung ist es in diesem Zeitraum gelungen, fast eine Milliarde Menschen aus der Armut zu holen. Die im Jahre 2000 formulierten Millenniumsziele der Vereinten Nationen, bis 2015 die weltweite Armut zu halbieren, werden in diesem Jahr nur wegen China erreicht.

Im ganzen Land sind die Resultate zu sehen. Zehntausende von Wolkenkratzern, das längste Netz für Hochgeschwindigkeitszüge weltweit, moderne Autobahnen selbst durch Wüsten, abgelegene Provinzkäffer und auf dem tibetischen Plateau, die größten Häfen und Flughäfen der Erde; China zählt weltweit die meisten Internet- und Smartphone-Nutzer und ist der größte Absatzmarkt für Autos. Die Peking umkreisende Provinz Hebei produziert allein so viel Stahl wie die USA und Europa zusammen. Das noch in den 1980er Jahren so rückständige Land ist zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen. Ganze Kontinente sind von der Wirtschaftsentwicklung Chinas abhängig. Auch Deutschland hat einen erheblichen Teil seines derzeitigen Wohlstands den Chinesen zu verdanken.

Doch nun scheint sich diese Entwicklung zu verlangsamen. Nachdem die chinesische Volkswirtschaft bereits im vergangenen Jahr mit 7,4 Prozent so langsam gewachsen ist wie seit fast einem Vierteljahrhundert nicht, hat die chinesische Führung die Prognosen für dieses Jahr noch weiter gesenkt. Um nur noch „etwa sieben Prozent“ werde Chinas Wirtschaft 2015 wachsen, verkündete Premierminister Li Keqiang Anfang März in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Nationalen Volkskongress, Chinas einmal im Jahr tagenden Parlament, dem der chinesische Premier rechenschaftspflichtig ist. Der Weltwirtschaft fehle der Schwung, es gebe mehr Unsicherheiten und in China selbst müsse die Wirtschaft einen schmerzhaften Strukturwandel durchlaufen, begründete Li das für chinesische Verhältnisse niedrige Wachstumsziel.

Düstere Zeiten

Kommentatoren im In- und Ausland sehen bereits wirtschaftlich düstere Zeiten auf China zukommen. Von „harter



Landung“ ist die Rede und dem „Ende des Wirtschaftswunders“, von einem Strukturwandel, der sehr schmerzhaft zu werden droht. Einige Ökonomen sprechen von der sogenannten Falle des mittleren Einkommens, der middle income trap. Den Volkswirten zufolge ist der Aufstieg von einem armen Land zu einem Schwellenland vergleichsweise einfach. Dazu bedarf es stabiler Verhältnisse und eines Heers an Arbeitskräften, das bereit ist, wenig anspruchsvolle Produkte zu geringen Löhnen herzustellen. Hat ein Land jedoch ein bestimmtes Entwicklungsniveau erst einmal erreicht, kommt es darauf an, ob es gelingt, neue Wachstumsimpulse zu schaffen: Die Menschen müssen neue Ideen hervorbringen, die mit Produkten der Industrieländer konkurrieren können. Dieser Schritt ist aber sehr viel schwieriger.

Wie einer Reihe von anderen Schwellenländern wird es China einigen westlichen Ökonomen zufolge nicht gelingen, diese Stufe zu einem Industrieland zu erreichen, das mit Innovationen und stabilen sozialen Verhältnissen nachhaltigen Wohlstand seiner Bevölkerung sichert. Manche Beobachter sehen gar den Zusammenbruch Chinas unmittelbar bevorstehen.

Doch was ist dran an diesen Hiobsbotschaften? Wie ist es um das Land bestellt, wenn seine Wirtschaft nur noch halb so stark wächst wie im Jahr 2007, als das Wachstum 14 Prozent erreicht hatte? Galten acht Prozent nicht vor kurzem noch als Minimum, um den Arbeitsmarkt stabil zu halten? Was heißt es, wenn Chinas Wirtschaft demnächst noch weniger als um die von der Regierung prognostizierten sieben Prozent wächst? Und was bedeutet das für die Weltwirtschaft?

Eine Antwort auf diese Fragen hat Danny Quah, Ökonom an der London School of Economics. Er hat Chinas Wachstumszahlen der vergangenen Jahre verglichen und kommt zu einem mathematisch simplen, unter westlichen Beobachtern dennoch unzureichend beachteten Ergebnis. Mit einer Wachstumsrate von 7,4 Prozent im vergangenen Jahr hat die chinesische Wirtschaft sogar einen höheren Zuwachs erzielt als vor neun Jahren, als der Anstieg bei zwölf Prozent lag, behauptet Quah.

Seine Erklärung: Er betrachtet das tatsächlich erzielte Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die absolute Veränderung. So lag 2005 das BIP bei 2,3 Billionen US-Dollar; das Plus von zwölf Prozent entsprach 274 Milliarden Dollar. Damals jubelte die ganze Welt über das sensationelle Wachstum. China galt als Boomland.

Viele Ökonomen haben die Gewohnheit entwickelt, Wachstum als prozentuale Veränderung darzustellen. Chinas prozentuale Steigerung mag sehr viel geringer ausfallen als in früheren Jahren. Die absoluten Zahlen haben aber weiter zugenommen. So lag Chinas Wirtschaftsleistung 2009 bei etwa fünf Billionen Dollar, 2010 bei sechs Billionen, 2012 schon bei über acht Billionen Dollar – eine atemberaubende und zugleich sehr gleichmäßige Steigerung. Behält Premier Li mit seiner Prognose von plus sieben Prozent Recht, dann wird die Volksrepublik in diesem Jahr eine um 790 Milliarden Dollar höhere Wirtschaftsleistung erbringen als im Vorjahr. In absoluten Zahlen wird Chinas Wirtschaft 2015 also fast dreimal so stark anschwellen wie 2005. Trotzdem ist nun von einer drohenden Krise oder gar einem Crash die Rede. Zwar sind auch Chinas Probleme größer und vor allem kostspieliger geworden. Viele davon gehen mit der gestiegenen Wirtschaftsleistung einher: China betreibt sehr viel mehr

Fabriken, benötigt mehr Kraftwerke, und die Konsum- und Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung haben sich drastisch verändert. All das verursacht gewaltige Folgekosten. Vor allem die Umwelt leidet unter dieser rasanten Wirtschaftsentwicklung. Angesichts des verheerenden Smogs, der sich fast täglich über weite Teile Chinas legt, hat die chinesische Führung die Bekämpfung der Luftverschmutzung zur Staatsdoktrin erklärt – und gibt dafür inzwischen jährlich Hunderte von Milliarden Dollar aus. Und sicherlich lässt sich das Geld auch für den so dringend benötigten Aufbau eines Gesundheitssystems in China mit Wachstumsraten von acht Prozent sehr viel leichter abzwiegen, als wenn die Wirtschaft nur um sieben Prozent wächst.

Wie die Bundesrepublik

Tatsächlich aber vollzieht die Volksrepublik gar keine ungewöhnliche Entwicklung. Auch in Deutschland erfolgte der absolute Zuwachs der Wirtschaftsleistung über die Jahrzehnte ziemlich stetig, während die Prozentzahlen deutlich gefallen sind. 1955 lag das Wachstum der Bundesrepublik bei zwölf Prozent, 1999 bei zwei Prozent. Heutzutage freut sich Deutschland über eine Eins vor dem Komma.

„Der Rest der Welt sollte froh sein, dass die chinesische Regierung die Abflachung akzeptiert und nicht noch weiter auf zweistellige Wachstumsraten setzt“, sagt der in China lebende US-Ökonom Michael Pettis, Professor an der Pekinger Universität. Er gilt als prominentester Wachstumskritiker Chinas, weil er schon vor Jahren warnend auf die verheerenden Auswirkungen einer weiter rasant wachsenden Wirtschaft hingewiesen hatte: Umweltschäden, wachsende soziale Ungleichheit, Überhitzungen wie die auf dem Immobilienmarkt.

Pettis ist froh, dass die chinesische Führung nun umgeschwenkt ist, die geringeren Wachstumsprognosen als „neue Normalität“ bezeichnet und zumindest die gewaltigen staatlichen Investitionen der vergangenen Jahre deutlich gedrosselt hat. „Nicht auszumalen, wenn Chinas Wirtschaft bei ihrer heutigen Größe auch in diesem Jahr noch mit zwölf Prozent wachsen würde“, sagt er. Denn solch eine Entwicklung ist eigentlich unmöglich: Die Rohstoffe würden weltweit genauso wenig ausreichen wie die Nachfrage nach Waren „made in China“.

Nach Ansicht des Harvard-Ökonomen Martin Feldstein bleibt stärkeres Wachstum trotzdem wichtig. China sei „immer noch ein relativ einkommensschwaches Land, in dem erhebliche Armut herrscht“, schreibt Feldstein auf der Debatteplattform Projekt Syndicate. Obwohl Chinas gesamtes Real-BIP nur von dem der USA übertroffen werde und in Kaufkraft gemessen sogar höher sein könnte, liege das Pro-Kopf-Einkommen bei lediglich 7.000 US-Dollar. Das entspreche nicht einmal einem Siebtel des US-Wertes. Um das Ziel der chinesischen Führung zu erreichen, eine „moderne, wohlhabende Gesellschaft“ zu werden, müsse das Land noch viel tun, urteilt Feldstein. An einen Zusammenbruch der Volkswirtschaft glaubt er aber nicht.

Die meisten Chinesen interessiert vor allem eine Frage: Wird es der KP-Führung gelingen, auch weiter ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen? Knapp die Hälfte der Chinesen sind nach wie vor arme Bauern auf dem Land. Sie müssen sich aus den Erträgen des Ackers versorgen, den ihnen der Staat einst zugeteilt hat. Damit auch sie zu Wohlstand kommen, will die Regierung ihnen zu wesentlich produktiveren



Jobs in den Städten verhelfen. Dafür muss sie jedoch jedes Jahr zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Dieses Ziel scheint mit den Wachstumsprognosen des Premierministers zumindest rechnerisch ungefährdet: Bei sieben Prozent Wachstum kommen auch in diesem Jahr zehn Millionen Jobs hinzu. Die Mechanismen funktionieren also noch.

Burundi in tiefer Krise: Kann ein neuer Bürgerkrieg verhindert werden?

*Von Stefan Liebich, Obmann der Fraktion DIE LINKE im
Auswärtigen Ausschuss des Bundestages*

Seit Monaten gibt es Proteste in Burundi. Der Präsident des kleinen Landes in Zentralafrika, Pierre Nkurunziza, hatte sich von seiner Partei im Frühling dieses Jahres ein drittes Mal als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen. Das Problem dabei: Die Verfassung des Landes sieht eine solche dritte Amtszeit nicht vor.

Das Verfassungsgericht hatte dementsprechend geurteilt. Die Mehrheit der sieben vorsitzenden Richter entschied, die erneute Kandidatur sei verfassungswidrig, dann schwenkten drei von ihnen kurzfristig um. Der letzte verbliebene Widersacher des Präsidenten in dem Gremium, Sylvere Nimpagaritse, floh Stunden zuvor ins Ausland. Drei weitere Richter hatten das Land bereits verlassen. Auf seine Kollegen und ihn sei enormer politischer Druck ausgeübt worden, sagte er. Sogar Morddrohungen habe es gegeben.

Nachdem die Regierungspartei Nkurunziza am 25. April erneut nominiert hatte, demonstrierten fast täglich Tausende gegen den Präsidenten. Mindestens 100 Menschen sind seither dabei ums Leben gekommen. Ein junger Mann, der einer regierungsnahen Miliz, den Imbonerakure, angehören soll, wurde bei lebendigem Leibe verbrannt. Gegen Angehörige dieser Miliz, die beschuldigt wird, insbesondere Tutsi unter Druck gesetzt und bedroht zu haben, gab es mehrere Lynchangriffe. Hunderte Demonstranten wurden verletzt, ein Regierungssprecher gab bekannt, dass mindestens 600 Regierungsgegner verhaftet worden seien.

Die Wahl fand am 29. Juni statt – trotz des Boykotts der Opposition und des Drängens der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen, man möge sie doch verschieben. So wurde, wenig überraschend, Pierre Nkurunziza mit 69 Prozent erneut zum Präsidenten des Landes gewählt.

Die meisten Oppositionsparteien sowie die Arusha-Protestbewegung haben erklärt, Nkurunziza nicht als Präsidenten anzuerkennen. In der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba haben sie eine Koalition gegründet, um sich gegen Nkurunziza zusammenzuschließen.

Nur der selbsternannte Oppositionsführer Agathon Rwasa gratulierte Nkurunziza. Er hatte bei den Präsidentenwahlen den zweiten Platz belegt und wurde zum Vize-Sprecher des Parlaments ernannt – ein enorm wichtiger Posten. Rwasa gilt als machtbesessener Stratege, der Nkurunzizas Nachfolger werden will. Sein Plan, Neuwahlen schon im kommenden, spätestens aber im Jahr darauf, stattfinden zu lassen, läuft darauf hinaus, dann Nkurunziza als Staatspräsident zu beerben.

Flammt ein alter Konflikt auf?

Die 2000 in Arusha vereinbarte Machtbalance ist aber nicht erst seit diesem Jahr nicht mehr intakt, sondern schon seit der Wahl 2010. Auch diese war schon umstritten und wurde ebenfalls von der Opposition boykottiert. Seitdem ist Burundi faktisch ein Einparteienstaat. Die Regierung Nkurunziza schränkte Freiheiten systematisch ein. Die Kontrolle der Regierungspartei über sämtliche Institutionen hat die Vereinbarung von Arusha über eine Teilung der Macht ad absurdum geführt. Die Regierungspartei instrumentalisierte den Sicherheitsapparat zu ihren Gunsten und bereitete hinter geschlossenen Türen Verfassungsänderungen vor.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind inzwischen mehr als 170 000 Menschen aus dem Land geflüchtet. Die Mehrheit von ihnen floh in die Nachbarländer, nach Ruanda, aber auch in die Demokratische Republik Kongo und nach Tansania. Nach UN-Angaben zählt Tansania rund 80 000 burundische Flüchtlinge. Ruanda – das im Vorfeld der Wahlen täglich rund 200 Neuankömmlinge registrierte – beherbergt etwa 68 000, die DR Kongo circa 13 000 und Uganda ungefähr 11 000. Inzwischen rechnen die UN-Planer mit bis zu einer halben Million Flüchtlinge. Sie alle befürchten ein erneutes Aufflammen des Bürgerkrieges, der erst 2000 mit dem Frieden von Arusha beigelegt wurde. Wie auch in Ruanda entspann sich der Konflikt zwischen den ethnischen Gruppen der Tutsi und Hutu. 300 000 Menschen fielen seinerzeit allein in Burundi dem Krieg zum Opfer. Derzeit trägt der Konflikt noch rein politischen Charakter. Beobachter befürchten aber, dass die gegenwärtigen Spannungen wieder in einen ethnischen Konflikt münden könnten. Viele der Demonstranten sind Tutsi, während Nkurunziza ein Hutu ist. Auf Grund der fragilen Lage hat die Afrikanische Union inzwischen Militärbeobachter in das kleine Land entsandt.

Und dennoch: In Teilen der Hauptstadt, besonders in den Vierteln, die den Sturz des Präsidenten befürworteten, geht es inzwischen zu wie in einem Bürgerkrieg. Immer mehr Bewohner gründen Bürgerwehren zur Selbstverteidigung, Polizei und Geheimdienst werden zu Feinden erklärt. Irgendwo zwischen diesen Fronten bewegt sich auch das Militär: Das Feuergefecht, das in der Nacht vor den Wahlen am 21. Juli in Musaga, einem der schwierigen Viertel der Hauptstadt, zu hören war, hatte sich laut Diplomatenquellen zwischen Militär und Polizei zugetragen. Die Soldaten in der Kaserne am Eingang des Viertels wollten verhindern, dass Polizisten eindringen. Aber auch die Armee ist tief gespalten. Viele derjenigen Soldaten, die den Putsch im Mai unterstützten, gingen ins Exil, einige in den Untergrund.

Der Präsident traut seiner Armee seit dem Putschversuch auch nicht mehr – er lässt sich lieber von den Milizen der Jugendorganisation seiner Partei und der Polizei schützen.

Armeechef Prime Niyongabo entging Mitte September nur knapp einem Attentat. Bis dato galt er als einer der engsten Vertrauten von Präsident Pierre Nkurunziza. Beobachter gehen davon aus, dass Niyongabo entscheidend dazu beitrug, den Putschversuch einer Gruppe von Offizieren im Mai niederzuschlagen. Damals stellte er sich hinter den Präsidenten – nach dem Anschlag jetzt ist seine Position allerdings unklar.

Erst im August wurde Geheimdienstchef Adolphe Nshimirimana Opfer eines Attentats, wenige Tage nach ihm traf es den ehemaligen Generalstabschef Jean Bikomagu. Schon da-



mals gab es Gerüchte, wonach Präsident Nkurunziza selbst hinter den Anschlägen stecken könnte. Diese Gerüchte werden noch dadurch angeheizt, dass die Regierung augenscheinlich kein Interesse an der Aufklärung der Morde hat. Zwar gab es im Zusammenhang mit dem Mord am Geheimdienstchef einige Festnahmen, eine unabhängige Kommission zur Aufklärung dieser brisanten Morde lässt aber noch immer auf sich warten.

Woher kann Hilfe kommen?

Aus den Nachbarländern Burundis ist bisher leider keine Kritik am Vorgehen Nkurunzizas zu hören. Ugandas Präsident Yoweri Museveni hat seine Verfassung schon zu seinen Gunsten verbogen und regiert bereits in der dritten Amtszeit. Er wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auch noch ein viertes Mal kandidieren. Kongos Präsident Josef Kabila hat in diesem Jahr gerade Proteste niedergeschlagen, die sich gegen seine dritte Amtszeit richteten. Einzig Ruandas Präsident Kagame meldete sich via Twitter zu Wort. Wenn seine eigenen Bürger sagen würden, sie wollten nicht, dass er sie weiter führe, dann könne er doch nicht gegen ihren Willen bleiben, schrieb er sinngemäß.

Aus dem fernen Ausland kam stärkere Kritik. Der UN-Sicherheitsrat, die Generalsekretärin der Afrikanischen Union, Nkosazana Dlamini-Zuma, fordern einhellig, den Friedensvertrag zu respektieren. Und auch Frank-Walter Steinmeier hatte sich im Frühjahr deutlich zu Wort gemeldet und schließt sich den Forderungen nach Achtung des Friedensvertrages an. In einem Brief schrieb er, dass die „Einhaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ebenso wie die Beachtung der Menschenrechte entscheidende Kriterien für die Zusammenarbeit“ seien. Sie blieben „weiterhin Maßstab für eventuelle zukünftige Verhandlungen“. Bereits im Juni hatte die deutsche Regierung ihre regierungsnahen Entwicklungszusammenarbeit eingestellt, ebenso Frankreich, Belgien, die Niederlande, die USA und die Europäische Union. Sie alle wollten damit ein klares Zeichen setzen, dass sie die dritte Kandidatur Pierre Nkurunzizas nicht unterstützen. Bei der erneuten Vereidigung Nkurunzizas waren keine europäischen Botschafter anwesend, auch die Botschafterin der Vereinigten Staaten von Amerika nahm nicht teil. Dafür saßen die Botschafter Ägyptens, Russlands, Chinas, Kenias und Südafrikas in der ersten Reihe.

Dass bei dem im Jahre 2000 begonnenen Friedensprozess vor allem Wert auf Stabilität und weniger auf Demokratie gelegt wurde, zahlte sich nicht aus. Bei kommenden Vereinbarungen muss gelten: Stabilität setzt eine gefestigte Demokratie voraus. Für Burundi bedeutet dies, dass die internationale Gemeinschaft das kleine Land und die Situation dort auf keinen Fall ignorieren darf. Sowohl auf Seiten der EU, als auch bei der Afrikanischen Union und der UNO müssen deutliche Worte an die Regierung um Präsident Nkurunziza gerichtet werden, alles zu unterlassen, was den Demokratieverfahren weiter schwächt und damit den Frieden gefährdet. Wenn die Weltgemeinschaft ihrer Verantwortung zur Vermeidung von gewaltsamen Konflikten (Responsibility to prevent) hier nicht nachkommt, wird es über kurz oder lang wieder den Ruf nach Militärinterventionen geben. Das sollte durch kluges Handeln vermieden werden.

Analyse

Wenn Linke Außenpolitik machen

Von Erhard Crome, Referent für Friedens-, Sicherheits- und Europapolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Als im November 2002 das Europäische Sozialforum in Florenz stattfand, war Partito della Rifondazione Comunista (PRC), die italienische „Partei der Kommunistischen Wiedergründung“, die wahrscheinlich attraktivste neue Linkspartei in Europa. Ihre Mitglieder und Anhänger standen gleichsam im Hintergrund des spektakulären Erfolgs dieses ersten Sozialforums in Europa. Sie war in den sozialen Bewegungen Italiens gut vernetzt. Den Gedanken, diese dominieren oder paternalisieren zu wollen, hatte sie aufgegeben; sie verstand sich als Teil der Bewegungen und war bestrebt, Positionen der Globalisierungskritik, des Feminismus, des Anti-Rassismus, der Ökologie und der Friedensbewegung politisch aufzunehmen, ohne den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aus dem Blick zu verlieren. Nach Florenz demonstrierten viele linke Jugendliche in verschiedenen Ländern mit der Fahne der PRC, weil ihnen oft die Linken des eigenen Landes nicht attraktiv genug erschienen.

Die PRC war 1991 aus dem linken Flügel der traditionsreichen Italienischen Kommunistischen Partei hervorgegangen, der nach dem Scheitern des osteuropäischen Parteikommunismus den Schwenk der Mehrheit zur erklärten Sozialdemokratisierung der Partei nicht mitmachen wollte. Bei der Parlamentswahl 1996 erhielt die PRC 8,6 Prozent der Stimmen. Sie unterstützte das Mitte-Links-Wahlbündnis „Olivenbaum“, dessen Kandidat, der parteilose frühere Christdemokrat Romano Prodi, auf diese Weise Ministerpräsident werden und den Rechtspopulisten Silvio Berlusconi ablösen konnte, trat aber nicht in die Regierung ein. Prodi verfolgte jedoch einen strikten neoliberalen Kürzungskurs, um den Beitritt Italiens zur EU-Währungsunion zu gewährleisten. Die politische Führung der Partei beschloss deshalb die Aufkündigung der Unterstützung der Regierung Prodi. Dieser trat zurück, die Olivenbaum-Koalition konnte noch bis zur nächsten Wahl 2001 weiter regieren; dann wurde Berlusconi erneut Ministerpräsident.

Zur nächsten Wahl 2006 trat das Mitte-Links-Bündnis wieder mit Romano Prodi gegen Berlusconi an, unterstützt von der PRC. In diese zweite Regierung Prodi trat die PRC ein, stellte den „Minister für Soziale Solidarität“ und bekam den Posten einer Vizeministerin für Auswärtige Angelegenheiten. Als Hauptproblem der Regierung erwies sich jedoch bald die Außenpolitik: Prodis Kurs – Abzug der italienischen Truppen aus dem Irak, aber Verbleib in Afghanistan – fiel im Parlament zunächst durch; erreichte nach einigem Hin und Her jedoch am Ende eine Mehrheit. Zeitgleich spitzte sich die Auseinandersetzung um den US-amerikanischen Stützpunkt nahe der norditalienischen Stadt Vicenza zu. Linke, Gewerkschaften und Friedensbewegung riefen zur Demonstration auf, die sich gegen die Erweiterung des Stützpunktes, vor allem aber gegen die fortgesetzte Teilnahme italienischer



Soldaten am Afghanistankrieg richtete. An der Demonstration hatten nach Angaben der Organisatoren 150 000 bis 200 000, nach denen der Polizei 40 000 bis 80 000 Menschen teilgenommen. Nachdem die Vizeministerin und einige Unterstaatssekretäre von PRC und den Grünen angekündigt hatten, sich an der Demonstration zu beteiligen, untersagte ihnen Prodi dies mit der Begründung, die Regierung hätte die Erweiterung des Stützpunktes beschlossen, und die Regierung könne nicht gegen sich selbst demonstrieren. (www.nzz.ch, 17.2.2007; <http://derstandard.at>, 17.2.2007)

Da der PRC der Makel anhaftete, letztlich für das Scheitern der ersten Prodi-Regierung und damit für die erneute Regierungsübernahme von Berlusconi 2001 verantwortlich gewesen zu sein, lenkten die Regierungsangehörigen ein. Es war die erste Großdemonstration gegen eine Regierung, der auch die PRC angehörte. Das Tisch Tuch zwischen den Bewegungen und der Partei war zerschnitten.

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2008 erreichte das Bündnis von Rifondazione nur noch drei Prozent der Wählerstimmen, und die PRC konnte in beide Häuser des Parlaments nicht wieder einziehen. Es war in Italien das erste Mal seit 1945, dass die Linke – im Sinne der Kräfte „links von der Sozialdemokratie“ – nicht im Parlament vertreten war. Seither ist die italienische Linke zerfallen, zerstritten, zersplittert und spielt in der Politik keine Rolle mehr.

Die Regierungsfrage

Das italienische Beispiel ist außerordentlich wichtig, weil es deutlich macht, dass eine gut organisierte politische Linke, die mit der gesellschaftlichen Linken gut vernetzt ist, dennoch scheitern kann, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit auf einem zentralen Feld nicht nur ihrer Programmatik und Politik, sondern ihrer Identität aufs Spiel setzt. Das ist für eine linke Partei nicht nur die soziale Frage, sondern auch die Friedensfrage, oder breiter: die Positionierung in der Außenpolitik.

Zieht man die Politikwissenschaft zu Rate, so gilt: Bildet sich ein neues Parteiensystem heraus – das war in Italien nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall des alten Parteiensystems Anfang der 1990er Jahre der Fall –, so suchen neue politische Eliten – das waren PRC und Prodi ebenso wie Berlusconi – bei möglichst breiten Wählerschichten Unterstützung, um so unter der Voraussetzung der Demokratie Einfluss auf die Gestaltung der Politik zu nehmen. Karl Rohe betonte: „Politische Eliten sind ... so etwas wie politische Unternehmer mit Eigeninteressen, die – aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken auch immer – um politische Macht und Einfluss kämpfen und dafür um politische Unterstützung in der Gesellschaft nachsuchen.“ Wahlen dienen der Bekräftigung solcher Unterstützung oder dem Bekunden einer Ablehnung. Daher gilt: „Parteiensysteme und damit die Beziehungen zwischen Wählern und politischen Eliten bedürfen der ständigen Pflege und symbolischen Erneuerung, wenn sie nicht erodieren sollen. Umgekehrt heißt das: Der Wandel von Parteiensystemen kann seine Ursache nicht nur darin haben, dass ihre gesellschaftliche Basis gleichsam ‚weggerutscht‘ ist, sondern auch darin, dass politische Eliten es bewusst oder unbewusst versäumt haben, die ‚politische Koalition‘ mit bestimmten Wählersegmenten stets aufs Neue symbolisch zu erneuern.“¹

Rifondazione ist 2008 nicht einfach die Basis abhanden gekommen, sondern sie hat ihren Anhängern und Wählern

nicht mehr vermitteln können, wofür sie in einer zentralen Frage, der Friedensfrage, steht, auch wenn sie sich in Bereichen der Sozialpolitik redlich mühte. Auch gilt, dass die Politikfelder nicht gegeneinander aufgerechnet werden können. Frei nach dem Motto: Wir machen eine schöne Renten- oder Bildungspolitik, und dafür schlucken wir die Kröte einer Kriegsbeteiligung (oder umgekehrt), um in der Regierung zu sein oder zu bleiben und um ersteres weiterhin machen zu können.

Allerdings darf der Platz programmatischer Bekundungen nicht überbewertet werden. Nochmals Rohe: „Wähler müssen sich in den Signalen und Zeichen, die eine Partei aussendet, mit ihren Interessen ‚wiederfinden‘ können. Das ist nicht einfach eine Frage von Parteiprogrammen, die ohnehin mehr der Integration der Mitglieder als der Wähler dienen, sondern eine Frage des wahrgenommenen Parteicharakters, der eine komplexe Größe darstellt und aus einer Vielzahl von realen und symbolischen ‚Politiken‘ gebildet wird. Dafür ist freilich nicht unterschiedslos jede konkrete Politik, die eine Partei aufgreift, in gleicher Weise bedeutsam. Wichtig sind vor allem jene ‚Politiken‘ und ‚issues‘, die den Nexus berühren, um derentwillen die ‚politische Koalition‘ einst eingegangen wurde, und das sind, bezogen auf die Stammwählerschaft, stets Politikinhalt mit einer kulturellen Dimension. Entscheidend ist deshalb die vor allem durch Führungspersonal und Politiker vermittelte Fähigkeit einer Partei, ihrer Kernklientel wenigstens von Zeit zu Zeit deutlich zu machen, wofür sie grundsätzlich steht.“²

Es bedarf einer konsistenten Politik. Und die muss zu unterscheiden wissen zwischen grundsätzlichen, langfristigen programmatischen Zielen, Wahlprogrammen, die zur Mobilisierung der Wähler dienen, und der praktischen Politik auf den verschiedenen Politikfeldern und innerhalb einer Wahlperiode, die stets ihre historischen und sachlichen Eigenheiten hat.

Aus der geschilderten italienischen Entwicklung wiederum abzuleiten, gar nicht regieren zu wollen, gleichsam auf „revolutionäres Zuwarten“ zu setzen, bis denn die Stunde der Entscheidung kommt und die Geschichte ruft, ist ebenfalls völlig verfehlt. Wer die Berufung nicht hat, wartet auf den Ruf vergebens. Vielmehr geht es darum, Wahlen, den politischen Prozess und die politische Auseinandersetzung so zu nutzen, dass das jeweils Bestmögliche für die arbeitenden Menschen und die sozial Schwachen erreicht wird. Und bereits unter den gegebenen Bedingungen Gesellschaft für alle gestalten zu wollen. Das gilt auch für die Außenpolitik, so schwierig das erscheinen mag.

Der globale Kontext

Die erste Frage ist, ob unter den Voraussetzungen der Existenz des kapitalistischen Weltsystems sowie der EU-Verträge und der NATO ein Neuanfang gesellschaftlichen Fortschritts möglich ist oder möglich gemacht werden kann. In der derzeitigen gesellschaftlichen Debatte der Linken ist das mit dem Begriff der „Transformation“ verbunden, und zwar mit einer, die in der Endkonsequenz auf einen Systembruch hinausläuft.

Im Grunde ist eine solche Transformation – die Auseinandersetzungen um Griechenland und die „Schulden“ nach dem ersten Wahlsieg von SYRIZA am 25. Januar 2015 haben das deutlich gezeigt – kaum oder eher nicht in einem Lande denkbar, heute noch weniger als zu Beginn des 20. Jahrhun-



derts. Das gilt zumindest für die eng untereinander verflochtenen Länder des reichen Nordens bzw. Westens, auf die alten Zentren des weltkapitalistischen Systems in Westeuropa und Nordamerika. Die stalinsche Idee des „Sozialismus in einem Land“ – selbst in einem von der Größe Russlands – muss nach 1989 als historisch widerlegt angesehen werden. Und die von Trotzki antizipierte „proletarische Weltrevolution“ ist ausgefallen.

Zugleich ist zu erinnern, dass im Grunde alle Revolutionen in der Weltgeschichte nicht planvoll von revolutions-orientierten Eliten gemacht wurden, wie diese – so die Revolution zu ihrer Machtübernahme führte – oft hinterher darzustellen bestrebt waren, sondern im Gefolge gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ausbrachen, die wiederum auf Hungersnöte, verlorene Kriege bzw. soziale, politische oder konstitutionelle Krisen folgten. Insofern ist die allgemeine Abkündigung, das „Zeitalter der Revolutionen“ sei vorüber, gewiss zu früh und zumindest nicht sachlich begründet. Jähe Wendungen sind möglich.

Umgekehrt aber lässt sich nicht selbstgewiss darauf bauen, dass „die Revolution“ notwendig und zeitnah vor der Tür stehe. Sie kommt nicht aus der Himmelsmechanik historischer Gesetzmäßigkeiten, sondern dann, wenn die Herrschenden nebst ihren Regierenden und Ideologen die gesellschaftlichen Widersprüche nicht mehr zu beherrschen vermögen, und die bisher Herrschaftsunterworfenen die Dinge satt haben. Der Kapitalismus reproduziert sich und die von ihm geschaffenen Verhältnisse noch immer selbst und kommt nicht im Selbstlauf zu seinem Ende. Doch Geschichte ist auch künftighin offen. Sie muss gestaltet werden.

Zur Transformationsperspektive

Der Rahmen für gesellschaftliche Veränderungen ist nach wie vor durch die Verfasstheit der staatlich organisierten Gemeinschaften gesetzt. Der Staat und die Nation, die jeweilige Verfassungs- oder Rechtsordnung bieten den Rahmen für gesellschaftliche Entwicklung oder Veränderung. Umgekehrt gilt: Da es den „Weltstaat“ oder die „Welt-Sowjetrepublik“ nicht gibt und in absehbarer Zeit nicht geben wird, ist der einzelne (nationale oder national-staatlich verfasste) Staat auch der Baustein der internationalen Beziehungen. Diese Staaten sind die Subjekte der internationalen Beziehungen.

Als solche sind sie zugleich Träger von Interessen. Nur indem sie Interessen haben und diese artikulieren, nehmen sie an den internationalen Beziehungen teil; indem sie an den internationalen Beziehungen teilnehmen, die noch immer zuerst Staatenbeziehungen sind, artikulieren sie ihre Interessen. Die Nation und der ihr zugehörige Staat sind in Europa und darüber hinaus als historisch gewachsene Organisations- oder Lebensformen menschlicher Gesellschaft real existent und agierend. Die ihnen im 19. Jahrhundert zugeschriebene Potenz haben sie gewiss nicht, oder nicht mehr; sie werden von der Weltgesellschaft und der Weltwirtschaft einerseits und dem wachsenden Gewicht der Regionen andererseits schrittweise relativiert. Dennoch behalten sie ihren Platz und ihr Gewicht in der Geschichte. Insofern muss eine Linke, die innen- und außenpolitisch agieren will, sich auf diese realen Verhältnisse einlassen. Ohne ein solches Sich-Einlassen, gibt es auch nicht die Chance zu einer Veränderung dieser Verhältnisse. Wer den Staat nicht will, kann ihn nicht nutzen, um positive Veränderungen herbeizuführen.

Das hat Folgen für jegliche Vorstellung von einem Transformationsprozess. Er ist nicht denkbar ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Hegemonie; dann aber auch nicht ohne Veränderung der Verfassungs- und Rechtsordnung, die jeweils ihren staats- und verfassungsrechtlichen Bezug hat, und ihres normativen Selbstverständnisses. Verfassungen sind stets der geronnene Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Insofern ist die Veränderung in einem je innerstaatlichen Rahmen zu denken, der zugleich ein internationales und globales Umfeld hat, das im weitesten Sinne das Weltsystem ist. So ist Transformation stets in ihren regionalen (EU) und globalen Kontexten bzw. Voraussetzungen zu fassen.

Daraus ergeben sich insbesondere vier Problemkomplexe:

1. Was ist das internationale Umfeld für einen (national-staatlichen oder regionalen) Transformationsprozess mit sozialistischer oder zumindest partizipativer Ausrichtung? Wie kann ein möglichst günstiges internationales Umfeld für einen solchen Prozess geschaffen werden? Hier wird ein gesellschaftlicher Transformationsprozess als einer unterstellt, der auch die Macht des Staates zur gesellschaftlichen Veränderung benötigt und nutzt und zu diesem Zwecke Regierungsverantwortung anstrebt. – Nicht im Sinne der Staatsfixiertheit der Sozialdemokraten und Kommunisten vergangener Zeiten, aber doch ausgehend davon, dass eine Transformation oder Gesellschaftsveränderung in nur staatsfernen, zivilgesellschaftlichen Strukturen keinen Bestand haben wird. Deshalb muss die politische Linke des 21. Jahrhunderts auch die Staatsfrage neu stellen.

In diesem Prozess spielt auch eine politische Partei oder spielen politische Parteien eine wichtige Rolle; ebenfalls nicht im Sinne des früheren Avantgarde-Verständnisses einer „Partei der Arbeiterklasse“, aber als Akteur im politischen Raum, der den Transformationsprozess vorantreibt. Eigentlich im Sinne dessen, was Rifondazione Comunista in Italien war, bevor die Partei in die Falle einer Regierungsbeteiligung geriet, die inhaltlich nicht wirklich vorbereitet war und unter einer „Alternativlosigkeit“ litt, die durch den erneut drohenden Berlusconi konstituiert war. Durch das Scheitern der PRC an diesem Dilemma kam jener jedoch erst recht zum Zuge.

Das bedeutet, dass jede relevante Transformationspartei, so sie sich anschickt, die staatliche Macht für ihre Zwecke zu nutzen, ein eigenständiges außenpolitisches Konzept benötigt. Dies darf weder eine Nachbildung der außenpolitischen Linien anderer politischer Kräfte sein, die ihrem Wesen nach nicht für die Ingangsetzung eines Transformationsprozesses stehen, auch wenn sie sich als zeitweilige Koalitionspartner erweisen, noch reduziert es sich auf das Schwenken roter Fahnen und das laute Rufen internationalistischer Losungen, deren Konsequenz auf das „revolutionäre Zuwarten“ hinausläuft, das recht eigentlich nur das Nichtstun unter der Voraussetzung der Selbstberuhigung ist.

Gerade weil mit einer Ungleichzeitigkeit und damit mit einem Umfeld zu rechnen ist, das sich nicht auf einen gleichartigen Transformationspfad begeben hat, braucht es klare Konzepte zur Außenpolitik. Aus deutscher Sicht sind dabei Fragen von der Art zu beantworten, wie in der UNO zu agieren und mit den NATO- und EU-Verträgen, den Positionen in Weltbank, IWF und WTO, den globalen Handelsbeziehungen der überkommenen „geoökonomischen Macht mit globalen Interessen“³ umzugehen ist, als die dieses Deutschland 25



Jahre nach der deutschen Neu-Vereinigung angesehen werden muss, und wie die Beziehungen zu den Nachbarn weiter auszugestalten sind. Und dies unter der Voraussetzung, dass auch eine Transformationsregierung, die in Folgewahlen der Bestätigung ihrer Wählerinnen und Wähler bedarf, zuerst den Bürgerinnen und Bürgern des Landes verpflichtet ist und erst danach der Idee der globalisierten Weltveränderung. Die Regierung eines Landes ist stets die Regierung des ganzen Landes und muss sich auf die Erwartungen, Wünsche und Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung einlassen, diese vertreten. Die Gewissheiten kleiner Sekten, deren Reinheit der Gedanken und Konzepte als Moment der Gesellschaftskritik durchaus wichtig sein kann, sind zum Regieren ungeeignet.

Im Kern geht es darum, die internationalen Voraussetzungen für Frieden und Wohlfahrt der „eigenen“ Bevölkerung zu gewährleisten, ohne der sozialdemokratischen Illusion zu verfallen, wonach bei einer weiteren Stärkung der Hegemonialposition Deutschlands in EU-Europa und seiner Stellung im kapitalistischen Weltsystem nach der Logik sozial-imperialistischer Machtentfaltung auch für die abhängig Beschäftigten ein paar Brosamen abfallen. Ein eigenständiges außenpolitisches Konzept sollte, wenn die Schicksalsstunde der Übernahme politischer Verantwortung geschlagen hat, zumindest im Grundriss vorliegen; wer da erst zu debattieren beginnt, hat bereits verloren.

2. Mit dem Beginn gesellschaftlicher Veränderung und Transformation stellt sich sofort die Frage der Gegenkräfte. Sowohl im Verlaufe der französischen Revolution von 1789 ff. als auch der russischen Revolution von 1917 ff. bildete sich recht frühzeitig ein anti-revolutionäres Bündnis der Kräfte des Ancien Régime im Inneren in Verbindung mit den Kräften und Mächten der Gegenrevolution von außen. Insofern stellt sich auch für einen Transformationsprozess das Problem der sich relativ rasch formierenden Gegenkräfte und ihres Agierens. Der Militärputsch gegen die Allende-Regierung in Chile 1973, die jahrzehntelange Embargo-Politik der USA gegen Kuba und das anhaltende Intrigieren des Westens gegen das chavistische Venezuela zeigen, dass dies keine akademische, sondern politisch eine sehr praktische Frage ist. Der Druck der Kapitaleseite gegen die Reformmaßnahmen der ersten sozialistisch-kommunistischen Regierung unter Präsident Mitterrand in Frankreich (1981 – 1984), bis diese praktisch aufgegeben wurden, machte deutlich, dass dies nicht nur Länder des Südens, sondern auch vergleichsweise große und entwickelte Länder trifft, sobald sie die Kapitaldominanz zu reduzieren oder gar aus ihr ausbrechen versuchen sollten. Dies unterstreicht die Notwendigkeit eines tragfähigen und zugleich realistischen außenpolitischen Konzeptes.

3. Das verbindet sich unmittelbar mit der Frage nach der Unumkehrbarkeit von gesellschaftsverändernden Entwicklungen, die den oligarchischen Interessen der herrschenden Eliten zuwiderlaufen, auch dann, wenn sie weit davon entfernt sind, den Rahmen des Neoliberalismus verlassen zu wollen. Selbst auf dem Feld der Schuldenreduktion in den USA z. B. – wo es in keiner Weise um Gesellschaftsveränderung ging, sondern lediglich um schlichte Sanierung des Staatshaushaltes – wurden die Ergebnisse der Konsolidierungsbemühungen der Clinton-Administration (1993 – 2001) durch die Politik der Steuersenkung für die Reichen und der exzessiven Hochrüstung im Zuge des „War on Terror“ von

Bush II rasch wieder rückgängig gemacht und der neoliberale Schuldenstaat wieder hergestellt.

4. In der Konsequenz stellt sich unweigerlich die Gewaltfrage in der jeweiligen Gesellschaft und in ihrem Verhältnis zu anderen Gesellschaften bzw. Staaten. Wie können friedliche Bedingungen eines Transformationsprozesses gesichert werden? Der Sturz der Allende-Regierung durch den blutigen Pinochet-Putsch 1973 hat gezeigt, dass die alten herrschenden Kräfte auch auf einen friedlichen Wandlungsprozess mit Blutvergießen und direkter militärischer Gewalt antworten, wenn sie dies für angezeigt halten.

Am Ende geht es maßgeblich um den Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik im eigentlichen Sinne. Diese kann nicht als Transformationsthema wie Wirtschafts-, Sozial- oder Gesundheitspolitik bearbeitet werden. Die Kräfte, die den Transformationsprozess in einem Land unter den in ihm obwaltenden Bedingungen tragen, können nicht als selbstverständlich voraussetzen, dass ein gleichartiger Prozess auch in anderen, umliegenden Ländern möglich wird. Die ihn politisch tragenden Kräfte können nicht versuchen, analoge Prozesse in den Nachbarländern zu initiieren, wenn solche dort nicht ihrerseits gewachsen sind. Dass die politischen Entwicklungen in politisch, wirtschaftlich und kulturell einander nahestehenden Ländern sich gegenseitig beeinflussen, ist als gegeben vorauszusetzen. Jeglicher „Export der Revolution“ oder ein „Anpeitschen der Revolution“ – hier: eines entsprechenden Transformationsprozesses – bleibt auch im 21. Jahrhundert ausgeschlossen. Zugleich kann ein einmal begonnener politischer Transformationsprozess nicht warten, bis es auch in anderen Ländern so weit ist, ohne Gefahr zu laufen, die Chance der Veränderung der Verhältnisse im eigenen Land zu verspielen. Für die Außenpolitik eines Landes, in dem ein Prozess der Transformation begonnen wurde, steht damit die Aufgabe, die günstigsten äußeren Bedingungen für einen solchen Prozess zu schaffen.

Die Gegenkräfte jedoch lassen, wie das griechische Beispiel im Jahre 2015 gezeigt hat, nichts unversucht, „das Kind in der Wiege zu erwürgen“. Auch wenn es im EU-Europa klandestine Druckmittel waren und Bomben auf den Präsidentenpalast wie in Chile 1973 nicht zur Debatte standen.

Bei alledem stellen sich die Fragen der friedlichen Koexistenz, die im 20. Jahrhundert unter unterschiedlichen Bedingungen vielfach diskutiert worden sind, und die des Völkerrechts auf neue Weise. Es bedarf einer alternativen Außenpolitik, die auf Frieden, Abrüstung, friedliche Konfliktlösung und Konfliktvorbeugung, Durchsetzung und Weiterentwicklung des Völkerrechts sowie eine gerechte Weltwirtschaftsordnung gerichtet ist. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Schaffung eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit in Europa, die Stärkung der UNO und des Völkerrechts besondere Bedeutung. Die Berufung auf die UNO-Charta, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates – hier des in der Transformation befindlichen, des Gewaltverbots usw. bilden eine wesentliche Grundlage, um ein friedliches Umfeld für die Transformation im eigenen Land zu schaffen, und dies auch unter der Voraussetzung, dass die fraglichen anderen Länder dem (noch) nicht folgen.

Zur Alltagsperspektive

Die nächste Frage, gerade auch vor dem Hintergrund der Rifondazione-Erfahrung ist, ob ein Eintritt in eine Regierung auf nationaler bzw. in Deutschland auf Bundesebene nur



dann möglich ist, wenn es eine tatsächliche Transformationsperspektive gibt, oder ob unter Umständen auch dann Positives für die Mehrheit der Bevölkerung erreicht werden kann, wenn die grundsätzlich gesellschaftsverändernde Möglichkeit nicht (oder noch nicht) offen ist. Es muss eine Grundstimmung in der Bevölkerung für einen Richtungswechsel geben, heißt es immer wieder. Was aber, wenn der nur eine andere Politik unter ansonsten gleichbleibenden gesellschaftlichen Verhältnissen meint? Das soll jetzt die „Alltagsperspektive“ genannt werden; gleichsam die Mühen der Ebene unter der Voraussetzung des real existierenden Kapitalismus.

Anfang Februar 2014 hatte in München wieder die „Sicherheitskonferenz“ getagt, die als „Wehrkunde-Tagung“ vor über fünfzig Jahren gegründet wurde. Sie war bereits im Kalten Krieg einer der Orte, an denen die alte BRD sich wehrmäßig wieder aufrichten sollte. Heute, da „wir“ wieder wer sind, sagt Außenminister Steinmeier, sie sei „das Forum“ – nicht ein Forum, sondern eben „das“ –, „das jährlich den weltweit verfügbaren Sachverstand in München zusammenbringt, um Krisen und Konflikte, Auswege daraus, neue Bedrohungen und vor allem unterschiedliche Perzeptionen zu diskutieren“.

Die deutsche Tonhöhe hatte schon Bundespräsident Joachim Gauck vorgegeben: Deutschland solle „mehr Verantwortung“ übernehmen; auch wenn dann Worte wie Normen, Zukunft, Zusammenarbeit vorkamen, am Ende ging es um den vermehrten „Einsatz von Soldaten“. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen argumentierte dortselbst zunächst geopolitisch und mit der abnehmenden Rolle der USA: „Wenn wir Europäer ein ernsthafter sicherheitspolitischer Akteur bleiben wollen, müssen wir gemeinsam planen und handeln. Die europäischen Staaten sollten sich darauf einstellen, einen angemessenen Anteil der transatlantischen Lasten zu übernehmen“. Dann setzte sie hinzu: „Als eine bedeutende Volkswirtschaft und als ein Land von erheblicher Größe haben wir ein verstärktes Interesse an internationalem Frieden und Stabilität.“ Wenn man den Satz pur nehmen könnte, wäre er nicht völlig falsch. Rein logisch wäre nur zu fragen, weshalb kleine Länder weniger Interesse an Frieden und Stabilität haben sollten als größere. Aber dieser Satz ist ja nur die Vorbereitung der nun folgenden: „Wir sind bereit, unseren Beitrag in Mali zu verstärken. Und wir sind bereit, den bevorstehenden Einsatz der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik zu unterstützen.“ Das heißt, ein verstärktes Interesse an „Frieden und Sicherheit“ äußert sich vor allem in mehr Militäreinsatz und mehr Krieg. Und das ist Ausdruck neuer deutscher Stärke: „Deutschland ist stark in Europa, aber vor allem ist Deutschland stark durch Europa und durch die NATO.“ Was heißt: wenn „wir“ wieder wer sind, reicht es nicht, einfach mitzuschießen, sondern dann heißt es, dabei vorneweg zu marschieren. Wenn man Hegemonialmacht in Europa sein will, dann soll das nicht nur wirtschaftlich sein, dann muss das auch eine militärische Grundierung haben.

Außenminister Steinmeier brachte sich mit entsprechender Tonlage in diesen Chor ein: Deutschland solle „sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller“ einbringen und „Impulsgeber sein für eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Auch er beteuerte zwar, der „Einsatz von Militär“ sei nur „äußerstes Mittel“, meinte dann aber ebenfalls

vor allem dieses. Im Originalton klang das so: „Allerdings darf eine Kultur der Zurückhaltung für Deutschland nicht zu einer Kultur des Heraushaltens werden.“ Damit waren wir wieder bei einer impliziten Kritik an Steinmeiers Vorgänger Westerwelle, dem der jetzige Außenminister noch immer vorwirft, dass jener gegen das unselige Mitschießen im libyschen Krieg des Westens war.

Rolf Mützenich, der für Außen- und Verteidigungspolitik zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, lobte denn auch, wie Gauck, Steinmeier und von der Leyen in München „eine Debatte über Deutschlands Rolle in der Welt angestoßen“ hätten (www.ipg-journal.de, 10.2.2014), beschimpfte dann aber alle, die „Zurückhaltung mit Frieden und Verantwortung mit Krieg“ gleichsetzen. Er richtete die Spitze ganz offen gegen Westerwelle und machte sich zugleich über das Konzept der Zurückhaltung lustig: Deutschland habe „trotz seiner vermeintlichen ‚Kultur der Zurückhaltung‘ seit 1990 unter anderem Truppen nach Kambodscha, Somalia, Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Afghanistan, ans Horn von Afrika, nach Kongo, in den Libanon, nach Mali und in die Türkei entsendet.“ Ja, eben, muss aus friedenspolitischer Sicht eingewandt werden, auch diese Einsätze waren fehl am Platze und alles mögliche, nur nicht Ausdruck von „Zurückhaltung“. Allerdings, das, was dann unter Zurückhaltung firmierte, etwa die Nichtteilnahme am Libyen-Krieg, würde nach Mützenich nun auch wegfallen. Und dies sei die Botschaft von München.

Am Ende räsonierte Mützenich, sicherheitspolitische Tagungen reichten nicht, auf denen sich immer dieselben Leute treffen und „sich darüber beklagen, dass es in diesem Land keine sicherheitspolitische Debatte gebe. Denn die dort beklagte Passivität der vergangenen Jahre und der Wunsch, sich möglichst aus allem herauszuhalten, werden von großen Teilen der Bevölkerung mitgetragen. Das weiß auch die Linke, die diese pazifistische Grundeinstellung gerne bedient, sich als die wahre ‚Friedenspartei‘ geriert. ... Dabei bleibt die größte Herausforderung ..., Europa als außenpolitischen Akteur handlungs- und gestaltungsfähig zu machen.“ – Was wieder meinte, das sei dieses EU-Europa nur, wenn es richtig kriegsführungsfähig wird.

Aber sicherheitspolitische Debatten sind nicht nur solche, deren Pointe das Herbeireden von Militäreinsätzen ist. Die Bevölkerung hatte dieses Spiel frühzeitig durchschaut. Laut ARD-Deutschland-Trend vom 6. Februar 2014, also unmittelbar nach der Münchner Tagung, waren 52 Prozent der Befragten für „ein stärkeres Engagement der Bundesrepublik bei internationalen Konflikten“. Dies mit diplomatischen und politischen Mitteln zu tun, bejahten 84 Prozent, Militäreinsätze dagegen nur 22 Prozent, während 75 Prozent dagegen waren. Das heißt, nicht einmal alle SPD-Wähler unterstützten eine solche Politik. Da wäre die Konsequenz, im Sinne eines alten Wortes von Brecht: Da soll doch der Mützenich das Volk auflösen und sich ein neues suchen!

Eine alternative Außenpolitik bedeutete hier: Ja, wir nehmen das Wort von der Verantwortung Deutschlands in Europa und in der Welt ernst. Sie bedeutet aber nicht, mehr für den Krieg, sondern mehr für den Frieden zu tun. Weniger NATO, keine Sanktionen gegen Russland, ein aktiver Beitrag zum Frieden im Nahen Osten.

Wenn zwar etwa 70 Prozent der Deutschen stets gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan waren, aber 70 Prozent für den Verbleib Deutschlands in der NATO sind,

kann eine 10-Prozent-Partei den NATO-Austritt nicht dekretieren. Zumal ein Koalitionsvertrag dies unter solchen Mehrheitsverhältnissen auch nicht hergeben würde. Aber es könnte ja vereinbart werden, die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückzurufen, weitere nicht zu beschließen, die Waffenexporte in alle Nicht-NATO-Länder sofort einzustellen. Zugleich wäre zu fordern, dass die USA alle Kernwaffen aus Deutschland abziehen und von deutschem Boden keine Kriege mehr in anderen Teilen der Welt führen.

In einem nächsten Schritt könnte der Umbau der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ rückgängig gemacht werden. Es würden zuerst die Kapazitäten – logistisch, die Waffensysteme, die Transportmittel – zurückgebaut, die den Planungen weltweiter Einsätze geschuldet sind, und die Bundeswehr hätte nur noch den Auftrag, die Territorialverteidigung des Landes zu sichern. Dann könnte die Forderung gestellt werden, dass Deutschland aus der Militärorganisation der NATO austritt. Die USA hätten dann auch alle Militärstützpunkte in Deutschland aufzugeben. Und wenn dann die Bevölkerung sieht, dass das gut so ist, könnte der Austritt aus der NATO folgen.

Dann wäre dieses Deutschland aber immer noch ein großes kapitalistisches Land in einer kapitalistischen EU. So wird deutlich, dass auch im Bereich der Außenpolitik weitreichende Schritte einer Veränderung möglich sind, die nur gegangen werden können, wenn eine aktive Linke Regierungsverantwortung übernimmt, ohne dass bereits die Perspektive einer Transformation über den Kapitalismus hinaus besteht. Das hat zur Voraussetzung, „Verantwortung“ und „Interessen“ Deutschlands alternativ, von links zu definieren. Und dann in Politik umzusetzen.

Anmerkungen

- 1 Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1992, S. 25/26.
- 2 Ebenda, S. 27.
- 3 Vgl. Erhard Crome: Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonie, in: Erhard Crome/ Raimund Krämer (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert, Potsdam: Verlag WeltTrends 2013, S. 165 ff.

Die zwei großen Gefahren

*Sektierertum und das Aufgehen im demokratischen Lager.
Ein Gespräch mit Gáspár Miklós Tamás*

Aus: Junge Welt, 8. Juni 2015, Interview: Gerold Wallner

Tamás ist ein Querdenker. Seit Mitte der 1990er Jahre tritt der 66jährige ungarische Philosoph mit einer unorthodoxen marxistischen Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse an die Öffentlichkeit. Keinem Leser wird alles passen, aber vieles ist scharf beobachtet und aufgrund seiner großen politischen Erfahrung in sein strategisches Denken eingeflossen. Im Wiener Mandelbaum-Verlag ist sein Buch „Kommunismus nach 1989. Beiträge zu Klassentheorie, Realsozialismus und Osteuropa“ erschienen. Es ist eine Aufsatzsammlung von bisher im englischen Sprachraum erschienenen Beiträgen. Wir publizieren daraus eine Passage eines Interviews, das der Herausgeber und Übersetzer der Texte, Gerold Wallner, mit Tamás geführt hat. Er und Wallner sind miteinander bekannt, man duzt sich. (jW)

● Worin siehst du im Westen die Gründe für das Verschwinden des Bildungsbürgertums und auch der politischen Eliten?

Kapitalismus wird immer abstrakter. Heute ist die Macht des Kapitals wirklich unpersönlich und nicht mehr an das altmodische Privateigentum gebunden, wie es früher mit riesigen oder kleinen Familienfirmen der Fall war. Da haben die Bürger ihre Betriebe persönlich geführt. Heute werden sie von Managern, von Angestellten geführt, und die Reichen haben alle Vorteile der Ungleichheit, ohne die altmodische Klassenherrschaft auszuüben. Das haben sie vernachlässigt und verloren. Heute sind es Techniker der politischen Macht und Techniker der ökonomischen Macht, die die Betriebe und die Institutionen führen, und die Eigentümer sind nicht mehr an der Spitze der politischen und ökonomischen Macht. Da gibt es eine Trennung.

Zum ersten Mal in der Geschichte ist der Kapitalismus der einzige Spieler im Theater. Es gibt kein Publikum, es gibt keine Mitspieler, es gibt nur einen Monolog des Kapitals in einem leeren Theater. Es gibt keine Politik mehr – Politik im alten Sinne, also zwischen bürgerlichen Kräften und den Herausforderern, zwischen Kapitalismus und Proletariat. Es gibt einen Schauspieler, der einen Monolog für ein Video spricht, aber es gibt kein Publikum mehr. Das ist sehr selten.

Daniel Bell, der große konservative Essayist, hat in seinem sehr, sehr wichtigen Werk „Die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus“, geschrieben in den 70er Jahren, die Kultur des Kapitalismus als eine Gesellschaft mit einer kapitalistischen bürgerlichen Leitkultur und mit einer Gegenkultur der proletarischen Herausforderer, des Sozialismus definiert. Das ist ein Buch, das mir so veraltet erscheint wie Tocqueville. Es war alles wahr, als er es geschrieben hatte, da damals diese Herausforderer noch existierten. Es gab also diese Adversory culture (Gegenkultur), das ist sein Fachbegriff, und das Charakteristische an kapitalistischer Politik in seiner Sicht war diese Duplizität, dieser Doppelsinn moderner Politik, wo der Geist links, im wesentlichen antikapitalistisch war. Das hat ein prokapitalistischer Konservativer anerkannt. Das war natürlich die Epoche von Sartre, Marcu-



se und so weiter. Das waren damals die Lichtgestalten der zeitgenössischen Kultur, und die konservativen Verteidiger des Kapitalismus waren eine kleine Minderheit. Und das war auch, sagte dieser Konservative, die Garantie der bürgerlichen Freiheit, dass der Geist der Opposition angehörte, der Fundamentalopposition. Der Kapitalismus war sozial und wirtschaftlich und politisch sehr stark, aber Geist und Elan der modernen Gesellschaft war dagegen. Und in dieser Dialektik formierte sich die bürgerliche Freiheit dank ihrer Feinde.

● **Quasi die Argumentation Negris, aber vom bürgerlichen Standpunkt aus.**

Ja, aber Negri hat nicht mehr recht, denn diese Situation existiert nicht mehr. Das war aber früher die soziale Wirklichkeit, und deren beste Beschreibung kommt interessanterweise von einem Konservativen, einem der ersten Neokonservativen in den USA: Er war natürlich ein altmodischer Konservativer und hat seinen Marx gründlich gelesen, seine zweite Sprache war Deutsch; das war in den guten alten Zeiten, als diese Kultur noch existierte. Und damals lieferte dieses Buch eine gute Beschreibung der alten bürgerlichen Gesellschaft, als sie noch existierte, mit Herausforderern und Gegenkultur und der Spannung zwischen den zwei weltgeschichtlichen Blöcken Sozialismus und Kapitalismus; das war damals noch eine Wirklichkeit. Das ist zu einem Ende gekommen, und das einzige Spektakel ist der Kapitalismus. Das heißt auch, dass man keine kritische Kultur zur Korrektur mehr braucht, kein Bildungsbürgertum, aber auch keinen Klassenkompromiss. Der Klassenkompromiss ist in den neuen Verfassungssystemen verkörpert, wofür aber noch immer die Arbeiterklasse der Garant ist. Ich weiß nicht, wie lange das noch andauern wird. Vielleicht können wir noch einige Jahre die Resultate dieses Klassenkompromisses genießen, die Wohlstandsgesellschaft und was davon noch bleibt. Aber zum ersten Mal in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft gibt es – oder gab es für einige Jahrzehnte – keinen Widerstand.

Der neue Widerstand, den wir nun sehen, ist nicht mehr klassengebunden, denn die Arbeiterklasse ist kein politisches Subjekt mehr. Natürlich gibt es strukturell noch ein Proletariat. Das gibt es noch immer und hat seine Grundlage in der unbezahlten Arbeit, da hat sich nichts verändert. Aber eine unabhängige Kultur des Proletariats gibt es nicht mehr, wie es von der Frankfurter Schule vorhergesagt wurde. Es gibt nun eine Massenkultur mit Fernsehen und Hollywood und Popmusik und Sport, das spielt eine große Rolle und ist die gegenwärtige demotische (volkstümliche) Kultur, natürlich digitalisiert und über das Internet vermittelt. Aber die Klassenkultur, die kulturelle Klassenidentität, herausgebildet in den Klassenkämpfen und in den rationalistischen Schulungen in den Institutionen der alten Sozialdemokratie und des alten Bolschewismus, das ist vorbei, das ist vergangen. Man könnte die heutigen Proletarier nicht als Puritaner und opferbereite Kämpfer charakterisieren. Ich habe in meiner Kindheit noch die alten Arbeiter dieser Generation kennengelernt, das war ein Typus Mensch, der heute nicht mehr existiert.

● **Wenn, wie du gesagt hast, radikale Opposition nicht mehr klassengebunden sein kann ...**

... nicht sein kann – das weiß ich nicht. Aber jetzt ist sie es nicht.

● **Also nicht klassengebunden ist. Aber wird das in der radikalen Linken, mit der du Kontakt hast, in der du wirkst, thematisiert und aufgenommen? Wird versucht herauszukristallisieren, welche programmatischen Vorstellungen gegen das jetzige Regime entwickelt werden können? Oder beschränkt man sich auf die Verteidigung des demokratischen Zustands?**

Oder auf die Kritik des Kapitalismus. Ich möchte die heutige intellektuelle Linke nicht unterschätzen. Da gibt es wertvolle Arbeiten. Aber linke Intellektuelle waren Bestandteil einer kulturellen Welt, die von der Arbeiterklasse geschaffen worden war. Und sie haben sich auch nicht an ein allgemeines Publikum gewandt, sondern an die Weltkirche, die Gläubigen, wenn Du so willst, an die Weltkirche des internationalen Sozialismus mit ihrer philosophischen Fachsprache, ihren Gesängen, ihrem Jargon. Heute aber schreiben wir linken Intellektuellen für ein allgemeines Publikum, für den generellen Leser, der seine Bücher im Buchladen kauft. Wir sind auf dem Markt. Wir sind nicht mehr adressierbar. Das war ein Begriff, den ich früher verwendet habe: Die Kultur der Arbeiterklasse war eine adressierte Kultur. Sie hatte ganz präzise Adressaten. Das waren die klassenbewussten Proletarier und die engagierten Intellektuellen. Der Lukács und der Korsch haben nicht für die Feuilletons der deutschen Bourgeoisie geschrieben. Sie haben im ganz allgemeinen Sinn für die Partei geschrieben, auch der Otto Bauer oder der Kautsky; nicht nur die Kommunisten, auch die Sozialdemokraten. Darum finden auch heutige Leser, dass das eine schwierige Lektüre ist.

Das war ja eine ganz eigene Attitude, diese Autorenattitude. Da war nichts Kommerzielles, und sie wollten und mussten auch von wichtigen Sätzen ihre Leser nicht erst überzeugen, denn diese Grundprinzipien wurden von Leser und Autor geteilt. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Und zum ersten Mal in der Geschichte der Linken gibt es eine marxistische Intelligenz ohne eine marxistische Bewegung. Das ist etwas ganz Neues. Es ist unüblich, seltsam und in einem gewissen Sinn grotesk. Man muss also sehr vorsichtig sein, man darf nicht phantasieren und glauben, dass wir eine radikale Fachliteratur oder philosophische oder soziologische Literatur hervorbringen können, die das Korrelat zu einer existierenden Bewegung ist. Nein, die Bewegung existiert nicht, und wir schreiben für keine Bewegung. Unsere Arbeit sind dann auch programmatische Initiativen.

Dabei gibt es die wohlbekannten Gefahren, zum Beispiel Avantgardismus. Man spricht im Namen eines passiven Proletariats, das davon nichts weiß und diese Werte nicht teilt und dem wir vorschreiben, was es fühlen und denken und tun soll. Das wäre natürlich ein falscher Weg. Das ist die Gefahr, der sich kleine Gruppen aussetzen, und die bleiben dann aber auch solch kleine linksradikale Gruppierungen. Die wären dann noch kleiner als die Sekten, die in den 1980er und 1990er Jahren existierten. Das wäre dann noch schlimmer, als es in den guten alten Zeiten des Trotzismus, Syndikalismus, Bordigismus und so weiter war. Die andere Gefahr ist, dass die radikale Linke mit einer allgemeinen demokratischen, antifaschistischen und egalitären Bewegung verschmilzt, wo das Besondere der marxistischen Kritik verschwindet.

Man kann sehr bequem ein ehrlicher bürgerlicher Demokrat und Liberaler sein und antifaschistisch und antirassistisch; warum nicht? Und das geschieht auch. Aber es wäre



ein großer Fehler, wenn wir glauben, dass in diesen Freiheitsbewegungen, an denen wir teilnehmen, etwas im Sinne einer wirklichen antikapitalistischen Initiative geschieht. Das ist falsch. Man muss sich die Perspektive dieser Bewegungen genau ansehen. Ich glaube, dass Marxisten und Kommunisten und Anarchisten einen Beitrag zu einer gerechteren und erträglicheren Welt leisten können. Ja, Podemos und SYRIZA werden eine neue linke demokratische Initiative werden, und ich gratuliere ihnen dazu, das ist eine schöne Sache, und man muss auch wirklich etwas gegen Neoliberalismus tun. Aber gegen Neoliberalismus kämpfen heißt nicht gegen den Kapitalismus kämpfen.

Man kann sich sehr gut einen gerechten demokratischen Kapitalismus vorstellen; das ist möglich, das ist die Linie der Sozialdemokratie. Die seit der Niederlage gegen den Faschismus nicht mehr revolutionäre Sozialdemokratie hat das manchmal erfolgreich getan. Warum sollte man das in der aktuellen neuen Lage nicht nachahmen? Aber das ist nicht das, was wir denken. Und man sollte nicht demokratische Illusionen mit einer radikalen Veränderung verwechseln. Das sind also die zwei großen Gefahren: Sektierertum und das Aufgehen im demokratischen Lager. Beides geschieht heute, manchmal sogar gleichzeitig. In SYRIZA beispielsweise gibt es radikale kommunistische Gruppen und Altmaoisten und Alttrotzkisten, die jetzt in einer fortschrittlichen bürgerlichen Partei kämpfen. Das war früher die Bezeichnung für solch eine Partei. Das ist natürlich besser als Konservatismus oder Neoliberalismus oder Faschismus, aber wir müssen ehrlich sein und dürfen uns keinen Illusionen hingeben.

Programme für eine nicht mehr existierende Bewegung zu schreiben wäre absurd. Ich glaube, dass von den verschiedenen Richtungen der deutschsprachigen Linken, von der Neuen-Marx-Lektüre bis zur Wertkritik und ihren Varianten, etwa 95 Prozent ihrer Anstrengungen der Kritik gewidmet sind, weil die Abwesenheit der Bedingungen für Aktion für alle klar sein muss. Das bedeutet nicht, dass diese Leute unpolitisch sind, das nicht, aber eine radikale linke Politik, getragen von Bewegungen, existiert nicht. Die Bewegungen, die sich als kommunistisch erachten wie die Kommunistische Partei Indiens, die führen einen demokratischen Kampf gegen Privilegien und Korruption und Repression durch einen reaktionären Staat und gegen Fundamentalismus – in Indien gibt es auch eine extreme Rechte. Die Kommunisten kämpfen dagegen zusammen mit demokratischen Sozialisten und bürgerlichen Liberalen. Sie haben natürlich radikale Gebärden und rote Fahnen und Hammer und Sichel, aber das ist nur symbolisch, und das Wesen des Kampfes ist demokratisch und egalitär.

● **Wie lange, glaubst du, hält der von dir beschriebene Zustand noch an? Gibt es Anzeichen für eine Änderung, oder lässt sich das überhaupt nicht abschätzen?**

Ich glaube, dass sich die Lage ändert, zwar nicht im Sinne einer zweiten Auflage der alten Arbeiterbewegung. Aber strukturell existiert das Proletariat noch, wenn auch nicht politisch. Und wie autark auch der Kapitalismus geworden ist, es ist nicht ausgeschlossen, dass eine Gegenkultur die atomisierte Multitude – nennen wir es einmal so, ich bin mit diesem Begriff nicht so zufrieden – mobilisieren kann und eine Gegenmacht wieder errichtet werden kann, aber auf anderen Grundlagen als dem alten Arbeiterstand. Und ich unterstreiche hier Arbeiterstand, nicht Arbeiterklasse. Eines der Geheimnisse des Erfolgs der alten Arbeiterbewegung

war, dass das industrielle Proletariat in den europäischen und teilweise in den asiatischen und US-amerikanischen Großstädten seine eigene urbane Kultur mit separaten Siedlungen hatte. Die alten Volksviertel der mittelalterlichen Städte waren die räumliche Grundlage dafür, und die Proletarier mit ihrer egalitären Kultur hatten keine Ambitionen, Herrschende zu werden. Sie hatten ihren eigenen Stolz, darum waren die alten Plebejer so lieb, nicht wahr? Dieser plebejische Stolz war sehr wertvoll in der Arbeiterbewegung. Das waren korporative und kulturelle Eigenschaften der alten Arbeiterklasse. Und das ist verschwunden, teilweise auch als Resultat der Siege der Arbeiterbewegung.

Mehr Gleichheit und mehr Wohlstand haben dazu geführt, dass diese Arbeiterviertel mit ihrem Klassenstolz und ihrer edlen Armut verschwunden sind. Das waren Eigenschaften einer frühen modernen Gesellschaft. Das hat sich schon im 20. Jahrhundert abgeschwächt, auch je nach nationalen Verschiedenheiten, in manchen Ländern stärker, in anderen schwächer ausgeprägt. Die alten Arbeiterviertel, beispielsweise in Wien, hatten in den 1950er und 1960er Jahren noch eine eigene Kultur und Stimmung und politische Identität. Das ist jetzt nicht mehr der Fall, und das kommt nie wieder zurück; obwohl ich mit dieser Vergangenheit sympathisiere. Ich habe eine warme Liebe für die alte Arbeiterbewegung in mir. Ich kannte diese Typen. Meine Eltern zum Beispiel und ihre Freunde und Genossen, das waren prachtvolle Leute, die ich sehr lieb gehabt hatte, aber das ist die Vergangenheit, und diese kulturellen und korporativen Eigenschaften sind nicht mehr präsent.

Ich glaube, die kulturellen und geistigen und politischen Formen der neuen antikapitalistischen Bewegung müssen sich notwendigerweise neu bilden. Diese neuen Identitäten werden jetzt nicht im Prekariat entstehen, aber in den Massen, die durch die Ausbildungsstätten gehen. Es gibt eine immer radikalere Jugendkultur, und es gibt eine immer größere Affinität für radikale Attitüden und manchmal auch Theorien, und das ist nicht mehr eine kleine Studentenschaft wie in alten Zeiten. Das ist eine riesige Masse und ich weiß natürlich nicht, wie sich das gestalten wird. Aber ich glaube, dass man einen Hunger nach Alternativen spüren kann. Dieser Hunger ist oft sehr vage und hat keine präzisen Konturen, aber sie haben den Kapitalismus satt. Und die unzufriedenen Leute, die jetzt atomisiert sind, und die Theorien, die müssen zusammenkommen. Die müssen sich finden und erkennen. Das kann auch geschehen. Wer weiß? Die antikapitalistischen Gefühle und Einstellungen und Energien sind da.

Das unterscheidet sich auch stark von der Vergangenheit, dass nicht in erster Linie die Ausgebeuteten diese neue Identität schaffen, sondern die unzufriedenen und destruktiven Rebellen. Man spürt in verschiedenen Milieus, im Westen wie auch im Osten, dass die Leute nicht mehr willens sind, nur noch individuelle Auswege zu suchen. Es ist ja in den letzten 20 Jahren doch klar geworden, dass diese sogenannten individuellen Auswege nur Sackgassen sind. Sind wir also glücklich? Nein! Diese unendlich reichere und freiere Jugend von heute – im empirischen Sinne, verglichen mit der Vergangenheit; also Reisen, kulturelle Vielfalt, eine gewisse soziale Sicherheit in den westlichen Ländern. Die kulturellen Resultate der vollkommenen Kapitalisierung, der kapitalistischen Modernisierung nach dem Fall der sowjetischen Systeme, haben keine heitere und glückliche Volks-



kultur hervorgebracht. Und die Aufständischen, die Leute mit den Molotowcocktails, diese ganze plebejische Jugend, das sind Leute, die sich in der ganzen verzweifelten pessimistischen Milieukultur wiedererkennen.

Natürlich gibt es auch den Islam für einige Minderheiten, die auch mit der Konsumkultur des Kapitalismus brechen, in einer dunklen und reaktionären Weise. Obwohl ich für die Gleichberechtigung der muslimischen Minderheiten bin, kann ich keine emanzipatorischen Hoffnungen im „Islamischen Staat“ entdecken. Das sind gefährliche und reaktionäre Tendenzen, die man aber sehr leicht verstehen kann. Das sind Phänomene der Verzweiflung. Das sind Phänomene der Tragödie einer Generation, die sich mit der heutigen Gesellschaft nicht identifizieren kann. Die Leute genießen die sogenannten Vorteile der heutigen Gesellschaft und hassen sie gleichzeitig.

Die wirklich traditionellen konservativen Kleinbürger, die waren immer die Stützen der Gesellschaft, die den Kaiser und Hindenburg und so weiter bewunderten. Die sind weg, die gibt es nicht mehr. Nicht nur die Arbeiterbewegung ist nicht mehr da, auch die altmodischen Kleinbürger nicht. Die sind jetzt Zyniker, die sind nicht mehr Gefolgschaft der großen bürgerlichen Kräfte, der Kirche, des Militärs, der Regierung. Sie sind Zyniker, vielleicht von den Massenmedien manipuliert und nicht rebellisch, aber auch nicht devot gegenüber den nationalen Symbolen. Auch der alte Nationalismus ist tot. Das ist natürlich eine positive Seite. Identifizierung mit Staat, Armee, Staatskirche, das war einmal. Man bewunderte den Krupp oder den Ludendorff oder die Kaiser Wilhelm oder Franz Joseph, aber diese Figuren gibt es nicht mehr. Und wer bewundert Obama oder Cameron oder Werner Faymann? Lächerlich! Die respektvolle Attitude des alten Kleinbürgers gibt es nicht mehr. Alle sind unglücklich und zynisch, alle, Rebellen und gute Bürger zugleich. Nicht sehr ruhmreich.

Der Geheime Krieg der USA und Deutschland

Von Bernd Biedermann, Oberst a.D.

Wer immer noch glaubt, Deutschland sei ein souveränes Land, der irrt. Die verbliebene Besatzungsmacht USA nimmt nach wie vor alte Rechte in Anspruch. Sie darf es auf der Grundlage noch geltender Verträge und Vereinbarungen tun. So hat der Geheime Staatsvertrag vom 21.5.1949 in wesentlichen Punkten noch immer Gültigkeit. Darin ist u. a. die Medienhoheit der alliierten Mächte über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099 festgeschrieben. Außerdem ist darin festgelegt, dass jeder Bundeskanzler vor Ablegung des Amtseides die sogenannte „Kanzlerakte“ zu unterschreiben hat, über deren Inhalt nur Mutmaßungen existieren, und dass die Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten gepfändet werden können.

Der am 12. September 1990 in Moskau von der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, Großbritannien, Frankreich, den USA und der UdSSR unterzeichnete Zwei-plus-Vier-Vertrag wird gewöhnlich als Souveränitätsvertrag bezeichnet. In einem streng geheimen Zusatzabkommen zum Vertrag wurde aber für den Fall des

Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten zu einem Staat festgeschrieben:

- Die in Deutschland verbleibenden zivilen und militärischen Dienststellen (der Siegermächte) wie Kasernen, Flugplätze, Funkstellen und weitere Liegenschaften, sind weiter deren Hoheitsgebiete. (Nach dem vollständigen Abzug der russischen Truppen handelt es sich nunmehr hauptsächlich um US-Einrichtungen – B. B.)
- Deutsche Behörden, Justiz- und Ermittlungsorgane dürfen in diesen Hoheitsgebieten nicht tätig werden.
- Die Siegermächte behalten sich das Recht vor, auf deutschem Territorium jederzeit weitere zeitlich begrenzte Hoheitsgebiete einzurichten und zu unterhalten, wenn sie es zum Schutze eigener Interessen für erforderlich halten, z. B. Plätze für den Start von Flugzeugen, Raketen, Aufklärungsflugkörpern u. ä.
- Vorbehaltsrechte bestehen weiterhin auf folgenden Gebieten: elektronische und Printmedien, Filme, Kultur (Theater, Musik), Erziehungs- und Bildungswesen (Lehrpläne).

Dies gilt ungeachtet der Festlegungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages, wonach Frankreich, die UdSSR, Großbritannien und die USA ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes beenden und die damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken nicht mehr gelten sowie alle Einrichtungen der vier Mächte aufzulösen sind. Während Russland nach dem Rückzug der Westgruppe seiner Truppen tatsächlich vollständig auf seine ehemaligen Rechte als Siegermacht verzichtet hat, nehmen Großbritannien und insbesondere die USA die im geheimen Zusatzabkommen fixierten Rechte nach wie vor in Anspruch. Auf dieser Basis haben die USA das Territorium der Bundesrepublik zu einer Basis ihrer weltweiten Operationen im geheimen Drohnenkrieg gemacht.

Es stellt sich die Frage: „Ist der gegenwärtige Zustand unserer eingeschränkten Souveränität überhaupt noch länger hinnehmbar?“

Von welchen US-Einrichtungen in Deutschland werden weltweite Operationen im Geheimen Krieg geführt?

In Stuttgart befindet sich seit 2007 das AFRICA COMMAND (AFRICOM) der USA. Von dort werden die Befehle für den Einsatz von Kampfdrohnen in Afrika gegeben.

Überwacht und realisiert werden sie mit den Kommunikationslinien des AIR OPERATION CENTER in Ramstein.

Weitere Einrichtungen sind direkt oder indirekt in solche Operationen eingebunden. So z. B. die Logistik-Zentrale der CIA in Frankfurt am Main, die sich auf dem Gelände eines US-amerikanischen Konsulats befindet.

Eine wesentliche Rolle spielt die deutsche Zentrale des amerikanischen Beratungs- und Dienstleistungsunternehmens Computer Sciences Corporation (CSC) mit Sitz in Wiesbaden. Die CSC, die an der New Yorker Börse notiert ist und der eine große Nähe zur NSA und CIA nachgesagt wird, hat weltweit über 5000 fest angestellte Mitarbeiter und ist ständig auf der Suche nach qualifizierten Fachleuten. Sie ist u. a. darauf spezialisiert, Terrorverdächtige zu entführen und sie den Geheimdiensten zuzuführen. Ihr Jahresumsatz bewegt sich im zweistelligen Milliarden-Bereich. CSC arbeitet seit Jahren auch für deutsche Ministerien und das Bundeskriminalamt. Für ihre Dienste hat sie ein Auftragsvolumen von über 25 Mio. Euro erhalten.



Auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr in der Oberpfalz gibt es ein spezielles US-Trainingszentrum, in dem Lagebilder aus virtuellen Einsatzländern dargestellt werden, um die Flüge von Drohnen zu simulieren und Drohnenpiloten auszubilden. Grafenwöhr ist das größte Ausbildungszentrum dieser Art außerhalb der USA.

Eine nicht unwesentliche Rolle bei den Operationen der USA spielt die sogenannte Hauptstelle für Befragungswesen, eine Einrichtung des BND. Ihre Zentrale befindet sich in Berlin. Die Geheimdienstler befragen nahezu jeden Ausländer, der in Deutschland um Asyl nachsucht. Alle relevanten Informationen gehen an die US-Partner. Für sie ist jede Information potenziell interessant, weil sie meistens zu weiteren Informationen führt. Die Bundesregierung wiegelt ab. Es würden nur Informationen an US-Dienste weitergeleitet, mit denen keine Drohnenangriffe geplant werden können.

Was wurde bisher über Operationen der USA im Geheimen Krieg publik?

Die Panorama-Reporter John Goetz, Christian Fuchs und Niklas Schenk haben nach zwei Jahren sorgfältiger Recherchen in Afrika, den USA, der Türkei, in Deutschland und bei Edward Snowden in Moskau überzeugende Beweise für die Tätigkeit der US-Dienste auf deutschem Territorium zusammengetragen. Der Beitrag wurde in einer Sendung am 20.2.2014 von Phoenix ausgestrahlt. Geschildert wurde u. a. die Geschichte von vier Somaliern, von denen einer in Deutschland angerufen hatte, um von der Tötung seines Vaters durch eine Drohne zu berichten. Nachdem die vier zu einem Treffen nach Istanbul gekommen waren, standen sie John Goetz Rede und Antwort. Sie berichteten, dass ihr Vater bei seiner Arbeit als Bauer durch die Rakete einer Drohne getötet wurde. Es sei nahezu unmöglich, sich gegen solche Angriffe zu schützen, da man die Drohnen nur hören, aber nicht sehen kann.

Nach einem Bericht der Berliner Zeitung vom 9./10.2.2013 klagte eine UN-Expertengruppe schon im Juli 2012, die Drohnen flögen inzwischen in einer derartigen Dichte über Somalia, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis es zu Unfällen käme. Bis Februar 2013 sollen allein in Somalia 50 unschuldige Menschen ums Leben gekommen sein. Dem US-Magazin „Wire“ zufolge waren unbemannte Fluggeräte seit 2008 mehr als 25 000 Stunden über Somalia in der Luft. Dabei handelte es sich zunächst um Aufklärungsdrohnen vom Typ „Raven“ (Rabe), ab 2011 kamen dann von den US-Stützpunkten in Dschibuti, Äthiopien und den Seychellen die Kampfdrohnen „Predator“ (Raubtier), „Raptor“ (Raubvogel) und „Reaper“ (Sensenmann) zum Einsatz.

Die Panorama-Reporter sprachen auch ausführlich mit einem ehemaligen Gouverneur aus Somalia, der jetzt als Asylbewerber in München lebt. Nach seiner Ankunft in Deutschland wurde er über mehrere Wochen immer wieder tagelang durch den BND befragt. Dabei war offensichtlich jede Information wichtig, die zu Terrorverdächtigen führen könnte.

Nahezu unfassbar war die Aussage von Daniella Balderson, einer ehemaligen Drohnenpilotin, die nunmehr in Las Vegas als Model arbeitet. Sie war nach über sechs Jahren Tätigkeit beim Geheimdienst Drohnenpilotin geworden. Im Verlauf von einigen Jahren wurde sie ein „Ass“, d. h. sie konnte mit den Hellfire-Raketen der von ihr gesteuerten Drohnen fünf erfolgreiche Abschüsse aufweisen. „Danach kommst Du nach Hause und vergisst die Arbeit.“ Sie recht-

fertigte sich damit, dass „diese Leute“ für die Sicherheit der USA gestorben seien.

Die Botschaft der USA in Berlin widersprach den Rechercheergebnissen der Panorama-Reporter. Es handle sich um „Halbwahrheiten, Spekulationen und Unterstellungen“, sowie um „ungeheuerliche Behauptungen“.

In einem Beitrag der Berliner Zeitung vom 7.2.2013 hatte Damir Fras beschrieben, wie die CIA von einem unbekanntem Standort auf der arabischen Halbinsel einen Drohnenkrieg führt. Laut New York Times wurde die seit zwei Jahren bestehende Basis erstmals im September 2011 genutzt, um den mutmaßlichen Al-Qaida-Anführer Anwar al-Awlaki, der sich im Jemen aufhielt, per Drohne zu töten. Mehrere US-Zeitungen hatten wohl Kenntnis von dem Stützpunkt, berichteten aber auf Bitten der Regierung nicht darüber. Die Tötung Awlakis, der die Staatsbürgerschaft der USA besaß, hatte zu einer Kontroverse im Senat geführt. Die Regierung verteidigte den Einsatz. Obamas Sprecher Jay Carney sagte. „Diese Angriffe sind legal, sie sind ethisch korrekt, und sie sind klug.“

In der Talkshow „Beckmann“ der ARD am 28.11.2013 zum Thema „Geheimer Krieg“, an der der Journalist John Goetz, Prof. Dr. Thilo Maruhn, Oberstleutnant a. D. Ulrich Scholz, Prof. Werner Weidenfeld, Imke Dießen von Amnesty International und Brandon Bryant, ein ehemaliger Drohnenpilot der USA, teilnahmen, kamen weitere Details zu den Operationen der US-Dienste zur Sprache. Bryant, der nach sechs Jahren Dienst als Drohnenpilot psychisch so erschöpft war, dass er ausschied, schilderte, wie seine Tätigkeit ablief. „Du sitzt in einer Box, bist nicht direkt vor Ort, siehst aber was da geschieht. Du beobachtest, wie die Leute sich bewegen, ihren Kindern beim Spielen zuschauen, wie Autos ankommen und Personen sich treffen. Die Infrarotkameras liefern oft nur schlechte Bilder. Die Entscheidung darüber, was zu geschehen hat, trifft ein anderer, der die gleichen Bilder sieht wie du. Man hat uns gesagt ‚Euer Job ist es, Leute zu töten oder Ziele zu vernichten‘. Es war quasi mein Arbeitsplatz.“

Es darf deshalb nicht verwundern, wenn in den betroffenen Ländern mit überwiegend muslimischer Bevölkerung allein wegen der Drohnenangriffe der Hass auf die Supermacht USA immer stärker wird. Damit werden den Islamisten noch mehr Sympathisanten in die Arme getrieben.

Seit dem 30.10.2013 prüft Generalbundesanwalt Harald Runge ein mögliches Ermittlungsverfahren gegen die USA. Dabei geht man davon aus, dass US-Soldaten von Stuttgart und Ramstein aus durch Drohnenangriffe maßgeblich in gezielte Tötungen von Verdächtigen in Afrika eingebunden waren. Seitdem gibt es keinerlei Informationen zum Fortgang der Ermittlungen.

Laut einer Internet-Meldung vom 4.11.2013 hat die CIA seit 2004 mit unbemannten Fluggeräten mindestens 2 500 Menschen getötet, davon über 400 Zivilisten. Der Friedensnobelpreisträger Barack Obama genehmigte bis zu diesem Zeitpunkt allein 326 Drohnenangriffe in Pakistan, und das Morden geht immer weiter. Am 2.11.2013 wurde der Taliban-Führer Hakimullah Mehsud in Pakistan von einer US-Drohne getötet.

Inzwischen hat sich die Dynamik der gezielten Tötungen mittels Drohnen noch verstärkt. Dafür sprechen zwei Vorfälle aus jüngster Zeit. Im Juni 2015 berichteten US-Medien über eine „erfolgreiche Drohnenattacke der CIA“, bei der auf der arabischen Halbinsel ein Anführer von Al-Qaida getötet



wurde. Später stellte sich heraus, dass er rein zufällig getroffen wurde. Er befand sich ohne Wissen des Geheimdienstes unter den Attackierten.

Im April 2015 gestand Obama ein, dass bei einem Drohnenangriff im Januar 2015 auch zwei westliche Geiseln getötet wurden, die seit 2011/2012 im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet festgehalten wurden.

Die Einschätzung, was in nicht-internationalen bewaffneten Konflikten völkerrechtlich zulässig ist, gestaltet sich komplex und schwierig. Die USA bemühen sich darum, den Begriff des nicht-internationalen bewaffneten Konflikts auszuweiten. Die Aktivitäten solcher Gruppen wie Al-Qaida werden als kriegerische Angriffe gegen den Staat USA bewertet, die nach US-Auffassung Teil eines sogenannten asymmetrischen bewaffneten Konflikts sind. Daraus leiten sie ein präemptives oder sogar präventives Selbstverteidigungsrecht ab.

Es bleibt festzustellen: Nach dem vollständigen Abzug der russischen Truppen aus Deutschland hat Russland als einzige Siegermacht die Bestimmungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages umgesetzt. Während die ehemaligen sowjetischen Liegenschaften heute wieder uneingeschränkt den jeweiligen Bundesländern gehören, sind noch immer große und wertvolle Gebiete und Objekte Deutschlands in der Hand unserer amerikanischen Freunde. In Fällen, in denen neue US-Einrichtungen entstanden sind, soll die Bundesrepublik im Laufe der letzten 10 Jahre über 600 Mio. Euro dazugezahlt haben. Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde.

Den Unterschied herausstellen

Analyse der portugiesischen Parlamentswahl vom 4. Oktober 2015; von Dominic Heilig, Politikwissenschaftler, Berlin (Erstellt am 5. Oktober 2015, 2.30 Uhr, gekürzt)

Vorbemerkung

Die vorliegende Wahlanalyse der Parlamentswahl in Portugal am 4. Oktober 2015 kann nur einen ersten Überblick geben. Sie umfasst eine Vorstellung der Parteien der radikalen Linken, ihre zentralen Wahlkampfthemen und ihre Wahlergebnisse. Einen umfassenden Überblick über die konservativen Parteien (PaF) und die Sozialistische Partei (PS) liefert sie nicht. Es wurden portugiesische Quellen, aber auch Beiträge und Artikel des Autoren z. B. für die sozialistische Tageszeitung „neues deutschland“ und die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) genutzt.

Das Austeritätsslager PaF

1. Das konservative Wahlbündnis „Portugal à Frente“ (PaF), gebildet aus der aktuellen Koalitionsregierung zwischen konservativer PSD und rechtspopulistischer CDS-PP, gewinnt zwar die Wahlen mit über 36,8 Prozent der Stimmen (2011: PSD: 38,66 %/CDS-PP: 11,71 %), verliert aber im Vergleich zu 2011 über 14 Prozent und damit die absolute Mehrheit im Parlament.

2. Stärkste Kraft im Land wird damit trotzdem ein Parteienbündnis, das zum „Austeritätsslager“ gezählt werden muss, das als verlässlicher Partner in Brüssel zur Umsetzung der Troikadiktate galt und damit Wahlkampf betrieb.

3. Auf der einen Seite hat das „Austeritätsslager“ massiv Stimmen eingebüsst, auf der anderen aber seine Spitzenposition behalten.

4. Ministerpräsident Pedro Passos Coelho (PSD) und sein Koalitionspartner Paulo Portas (CDS-PP) sind nun auf einen Koalitionspartner angewiesen, wollen sie weiter regieren. Zu erwarten ist, dass sie auf die Sozialisten (PS) zugehen werden.

5. Die Entscheidung, mit einer gemeinsamen Liste anzutreten, hat nicht den gewünschten positiven Effekt gebracht.

6. Insbesondere die Partei von Paulo Portas (CDS-PP) ist die Leidtragende der frühen Entscheidung, sich an die gemeinsame Liste mit der PSD von Ministerpräsident Pedro Passos Coelho zu binden, da sie jetzt nur schwer als künftiger Koalitionspartner für die Sozialistische Partei (PS) zur Verfügung steht. Es bleibt abzuwarten, ob das Wahlbündnis PaF über den Wahlabend hinaus Bestand haben wird.

Die unsichtbare Oppositionspartei PS

1. Für die Sozialistische Partei (PS) unter Spitzenkandidat António Costa ist das Ergebnis niederschmetternd. Sie hat ihr Ziel weit verfehlt, stärkste Partei zu werden und eine eigene Mehrheit zu erreichen. Zwar konnte im Vergleich zur letzten Parlamentswahl 2011 (28,05 Prozent) ein Zuwachs von knapp vier Prozent erkämpft werden, aber sie erreichte schließlich nur knapp 32,4 Prozent der Stimmen.

2. Der PS ist es im Wahlkampf nicht gelungen, sich inhaltlich deutlich von der Regierungskoalition zu unterscheiden, da auch sie (mit Abstrichen) zu den Austeritätsparteien zu zählen ist. Ihr ist es zudem nicht gelungen, auf besonders von der radikalen Linken gesetzte Themen wie Korruptionsbekämpfung Antworten zu geben und das Image der „Oligarchenpartei“ loszuwerden. Die Verhaftung des ehemaligen Ministerpräsidenten José Sócrates (PS) wegen Korruptionsverdachts Ende des vergangenen Jahres hat dies beinahe unmöglich gemacht.

3. Die PS hat deshalb bereits in den letzten Tagen des Wahlkampfes die Parteien der radikalen Linken aufgefordert, eine gemeinsame Front gegen die Konservativen zu bilden und damit eine Koalitionsaufforderung in Richtung CDU (Kommunisten und Grüne) und BE (Linksblock) ausgesprochen. Will die PS künftig den Regierungschef stellen, ist sie auf die Stimmen der radikalen Linken angewiesen. Dieses Szenario erscheint aber nur dann realistisch, wenn es innerhalb der PS zu einer Art programmatischer Revolution kommt.

4. Einige Veränderungen in der PS deuten sich an. Die Partei teilte noch am Wahlabend mit, dass sie, nach der Wahl eines neuen Staatspräsidenten (Januar 2016) im März einen Sonderparteitag durchführen wird. Eine Neuaufstellung der Spitze wird erwartet.

5. Auf der anderen Seite ist auch möglich, dass die PS als Juniorpartner mit dem konservativen Wahlbündnis PaF eine sogenannte Große Koalition bildet.

Der Bloco de Esquerda (Linksblock) – die neue dritte Kraft

1. Der Bloco de Esquerda (BE) ist allen Abspaltungen zum Trotz (Juntos Podemos, Agir, MAS, Tempo de Avançar, Livre) aus seinem Tal heraus und wird zur dritten Kraft im portugiesischen Parlament gewählt. Mit 10,2 Prozent der Stim-



men erzielt die Partei ihr bestes Ergebnis in ihrer 16-jährigen Parteigeschichte.

2. Dieses Resultat war trotz aller Umfragen kaum vorherzusehen, erst recht nicht zu Beginn des Jahres 2015, als die Partei bei knapp drei Prozent gehandelt wurde. Der Bloco kann damit sein desaströses Ergebnis vor vier Jahren (2011: 5,1%) verdoppeln und erreicht ein Ergebnis, das mit dem von vor acht Jahren vergleichbar ist (2009: 9,8%). Die Partei steigert ihre absoluten Wählerstimmen von 288 923 auf über 545 000.

3. Damit wird der Bloco zum zweiten Mal (nach 2009) stärker als die traditionell starke und stabile Kommunistische Partei PCP im Bündnis (CDU) mit den Grünen PEV. Die Parteisprecher/-innen des Bloco nennen dies nicht zu Unrecht ein historisches Ergebnis.

4. Der Bloco de Esquerda kann mit Recht als der einzige Wahlgewinner des Abends bezeichnet werden. Von allen Parteien ist es der Partei am besten gelungen, den Unterschied zu den politischen Konkurrenten herauszustellen. („Faz a Diferença“)

5. Entgegen allen Befürchtungen haben die Neuwahl in Griechenland und die Politik der Schwesterpartei SYRIZA dem Bloco nicht geschadet. Vor allem darauf zielten besonders die Konservativen in ihrer Anti-Links-Kampagne ab.

6. Das Ergebnis des Bloco ist zum einen auf den engagierten und zugespitzten Wahlkampf gegen die Austeritätsparteien PSD-CDS/PP-PS zurückzuführen („eine Regierung, die deutscher ist, als die deutsche“). Zum anderen ist das Ergebnis auch Ausdruck dessen, dass die Wähler/-innen des Bloco einer Hinwendung zur PS eher skeptisch gegenüberstehen (so wie es Livre/TdA) gefordert hatten. Offen bleibt dennoch, ob es nicht trotzdem zu einer Koalitionsbildung zwischen PS und BE bei Tolerierung durch die Kommunistische Partei (PCP) kommen könnte. In ersten Stellungnahmen der BE-Führung wurde zum Ausdruck gebracht, dass die aktuelle Koalitionsregierung, die ihre absolute Mehrheit verloren habe, auch die Regierungsgewalt verlieren müsse.

7. Das Wahlergebnis ist trotz aller Freude für die EL-Mitgliedspartei nicht ganz ungefährlich, könnten doch an der Frage nach dem Eintritt in eine Regierung mit der PS alte Konfliktlinien, die während des Wahlkampfes beiseitegeschoben wurden, aber zuvor den BE an den Rand des Abgrunds geführt haben, wieder deutlicher zutage treten.

CDU – der zweite Wahlverlierer

1. Das traditionelle Wahlbündnis (CDU) aus Kommunisten (PCP) und Grüner Partei (PEV) kann sein Ergebnis im Vergleich zu 2011 (7,9%) leicht steigern und erreicht 8,2 Prozent der Stimmen. In absoluten Zahlen verharrt das Wahlbündnis CDU jedoch wie 2009 (441 147) bei rund 441 800 Stimmen. Das Ergebnis der Kommunisten überrascht, haben doch die Umfragen die Partei stabil vor der zweiten Linkspartei Bloco de Esquerda und teilweise sogar bei über zehn Prozent gesehen. Dennoch zeigt das Resultat, dass das Bündnis nach wie vor über ein stabiles Wählerreservoir verfügt.

2. Noch am Wahlabend blieb die PCP bei ihrer fundamentalen Oppositionshaltung, teilte aber gleichzeitig mit, dass die PS in der Situation sei, eine Regierung zu stellen. Diese Aussage kann als Tolerierungsangebot verstanden werden.

Linke Spaltprodukte ohne Relevanz

1. Die Abspaltungen vom Bloco de Esquerda haben entgegen den Vorhersagen zu Beginn des Jahres 2015 keine negativen Auswirkungen auf die parlamentarische Repräsentanz des Linksblocks gehabt.

2. Alle Spaltprodukte blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Agir erhielt knapp 0,4 Prozent der Stimmen, Livre/TdA 0,7 Prozent. Keine der Links-Abspaltungen wird im Parlament vertreten sein. Keine konnte glaubhaft die Vertretung der Empörtenbewegung in Portugal geltend machen. Keine steht damit in der Tradition von SYRIZA oder der spanischen PODEMOS, worum sie neun Monate lang miteinander konkurrierten.

Wahlbeteiligung – Teilung des Landes

1. Die Wahlenthaltung 2015 lag mit rund 43,1 Prozent zwar immer noch recht hoch, fiel aber kaum niedriger aus als 2011 (42 Prozent). Das Land hat 2015 zweigeteilt gewählt. Im Norden lagen die Konservativen (PaF) vorn, während der Süden von der PS und den Parteien der radikalen Linken dominiert wurde. Die Azoren wählten ebenfalls mehrheitlich „links“, während auf Madeira die Konservativen siegten.

2. Landesweit haben sich, bezogen auf die parlamentarische Vertretung, rund 50,7 Prozent der Wähler/-innen für Mitte-Links-Parteien ausgesprochen. Dies ist nur ein hauchdünner Vorsprung gegenüber dem Mitte-Rechts-Lager und kann ob der ambivalenten Haltung der Sozialistischen Partei (PS) zu den Troikamaßnahmen nicht als mehrheitliche Absage der Wähler an die Austeritätspolitik in Portugal gesehen werden.

3. Zur Wahlbeteiligung nach sozialen Gruppen lagen bei Erstellung dieser ersten Analyse noch keine Zahlen vor.

Von Griechenland nach Portugal

In der Athener Wahlnacht am 25. Januar 2015, dem Tag des ersten Wahlerfolges der griechischen Linkspartei SYRIZA skandierten Tausende gemeinsam mit Alexis Tsipras und dem spanischen Linkspolitiker Pablo Iglesias (PODEMOS): „Zuerst gewinnen wir Athen, dann Madrid“. Von Lissabon, der Hauptstadt des ebenfalls unter den Troika-Diktaten ächzenden Portugals, war keine Rede. Das hatte Gründe. Lange sah es nicht so aus, als könnte Portugals Linke von dem Wahlsieg ihrer griechischen Genoss/-innen profitieren. Auch wenn der Enthusiasmus auf der gesamten iberischen Halbinsel wie unter den Linken ganz Europas Anfang des Jahres ungebrochen war: Die Linke in Portugal, traditionell fragmentiert, zerfaserte bereits zu diesem Zeitpunkt so stark, dass ein Erfolg wie in Athen für die Wahlen im Oktober ausgeschlossen schien. Alle Parteien in Portugal, die im weitesten Sinne der radikalen Linken in Europa zuzurechnen sind, traten also mit dem Mut der Verzweiflung in den Wahlkampf ein. Zumindest in Bezug auf die bereits im Parlament von Lissabon vertretenen Linksparteien PCP und BE geriet der Wahlkampf am Ende zu einem Erfolg. Beide zogen erneut ins Parlament ein, auch wenn es für einen wirklich deutlichen Politikwechsel wie in Athen bei weitem nicht reichte.

Die Schwäche der portugiesischen Linken besteht vor allem in ihrer Spaltung, die oft abseits inhaltlicher Differenzen und stattdessen entlang wahlarithmetischer Rechnungen und strategischer Koalitionsdebatten vollzogen wurde. Ein



zweiter Grund für die Differenzen und Spaltungen der Linken in Portugal ist gerade im Zuge des Wahlerfolges von SYRIZA und den Anfang des Jahres starken Umfragewerten der spanischen PODEMOS in einer Art „Erbe-Debatte“ zu finden. Die Linke stritt in den vergangenen zwölf Monaten vor allem um die Frage, wer die legitime Nachfolge der portugiesischen Empörtenbewegung von 2011 beanspruchen dürfe. Diese Polemik beförderte die Gründung neuer Linksparteien, unter ihnen „Juntos Podemos“ und „Agir“.

Die Linke Portugals vor den Wahlen

„Juntos Podemos“ – Erbe der portugiesischen Empörtenbewegung? Kurz vor dem Wahlkrimi von Athen vom 25. Januar 2015 zeigte sich auch Joana Amaral Dias begeistert: „Ein Sieg von SYRIZA würde unserer Bewegung viele Impulse geben“, sagte sie der dpa. „Juntos Podemos“ (Gemeinsam können wir) nannte sich diese in Portugal, und die 40-jährige Psychologin gehörte zu ihren Gründer/-innen. Der Name lehnte sich bewusst an den des größeren und lange Zeit erfolgreichen Nachbarn „PODEMOS“ in Spanien an. Nur wenige erinnern sich, dass es einst die portugiesische „Empörtenbewegung“ war, die im März 2011, also zwei Monate vor dem ersten großen Auftritt der spanischen „15M“-Bewegung, 300 000 Portugiesen gegen den Sozialabbau auf die Straße gebracht hatte.

Alles begann 2011 mit einem kleinen Aufruf über das soziale Netzwerk „facebook“, den unter anderem Paula Gil und Joao Labrincha initiiert hatten. Die „Geração à rasca“ (Verlorene Generation) protestierte gegen die Sparpolitik der Sozialistischen Minderheitsregierung von Premier José Sócrates (PS). Ihr schlossen sich linke Parteien und Gewerkschaften an, und die Regierung erhielt für ihre Kürzungsprogramme im Parlament keine Mehrheit mehr. Die Minderheitsregierung stürzte, und am 5. Juni 2011 fanden vorgezogene Neuwahlen statt. Die Bewegung „Movimento 12 Marco“ (M12M) erreichte in Portugal also etwas, das der 15M-Bewegung in Spanien nicht gelungen ist: den Sturz der amtierenden Regierung.

Dennoch gerieten die vorgezogenen Neuwahlen im Juni 2011 für die linken Parteien zum Desaster. Konservative (PSD) und Rechtspopulisten (CDS-PP) übernahmen mit absoluter Mehrheit die Regierung. Sie führten das Land unter die Troika-Spardiktate und in einen beispiellosen Sozialabbau.

Der für die Linke ernüchternde Wahlausgang hat auch – trotz folgender Generalstreiks – die Protestbewegung im Land nachhaltig getroffen und ihre Mobilisierungsfähigkeit sinken lassen. Hinzu kamen die sich durch die Kürzungsprogramme der Troika zunehmend auflösenden sozialen Bindungen. Jedes Jahr verließen rund 120 000 vor allem junge Menschen das Land, um in anderen (europäischen) Staaten Arbeit zu suchen. Bis heute haben rund 500 000 Bürger Portugals ihrem Land den Rücken gekehrt. Erst mit dem erfolgreichen Auftreten von PODEMOS in Spanien und dem guten Wahlergebnis von SYRIZA bereits bei den vorgezogenen Neuwahlen vom Juni 2012 in Griechenland (26 Prozent), schöpfte auch die „Empörtenbewegung“ in Portugal wieder Mut.

Ende 2014 gründeten schließlich Teile dieser Bewegung „Juntos Podemos“. Auch Paula Gil, Joao Labrincha und Joana Amaral Dias waren daran beteiligt. Die Bewegung trat im Dezember 2014 zu einer ersten größeren Versammlung vor allem mit drei Slogans an die Öffentlichkeit: „Mit Korruption

gibt es keine Demokratie“, „Wir haben das Recht, das Wirtschaftsmodell, unter dem wir leben, selbst zu wählen“ und „Demokratie muss für alle Menschen gelten“.

Amaral Dias aber, Ex-Abgeordnete des Linksblocks und landesweit bekannt durch Zeitungskolumnen und zahlreiche TV-Auftritte, war bereits einen Tag nach dem SYRIZA-Erfolg am 26. Januar 2015 nicht mehr „das Gesicht ihrer Bewegung“. Eine Trennung beider Seiten stand bevor. Zunehmend wurde das Parteiprojekt der portugiesischen Empörtenbewegung von Teilen der trotzkistischen „Alternativen Bewegung zum Sozialismus“ (MAS – deutsch „Aber“) dominiert. Auch diese besteht zu Teilen aus Aderlässen des Linksblocks.

Klar war bereits von Beginn an, dass „Juntos Podemos“, ob nun als Bewegung oder Partei, längst nicht die gesamte Breite der ehemaligen „Empörtenbewegung“ abbildete oder repräsentierte.

Agir – Von Spaltung zu Spaltung

Nach den Auseinandersetzungen innerhalb von „Juntos Podemos“ gründete Joana Amaral Dias im März 2015 gemeinsam mit weiteren 14 ehemaligen Vorstandsmitgliedern die neue Partei „Agir“ (Handeln). Diese präsentiert sich zwar auf der politischen Linken, an ihr sind die Portugiesische Arbeiterpartei (PTP) sowie die MAS maßgeblich beteiligt. Sie hat aber auch viele rechtspopulistische Politiker/-innen sowie katholische Abtreibungsgegner/-innen, Monarchisten und Ultraliberale in ihren Reihen. Die Partei polemisiert vor allem gegen die Korruption in den staatlichen Institutionen und innerhalb der Europäischen Union. Sie streitet für eine Demokratisierung des Landes und eine umfassende Transparenz des staatlichen und wirtschaftlichen Handelns. Die Partei lag jedoch in allen Umfragen vor der Wahl am 4. Oktober unterhalb der Wahrnehmungsgrenze.

Der Bloco de Esquerda (BE) – Eine Partei überwindet ihre Krise

Der bereits im portugiesischen Parlament vertretene Linksblock, ebenfalls Teil der „Empörten“, wurde über Monate in den vergangenen beiden Jahren von innerparteilichen Kontroversen heimgesucht. Als Alternative zwischen sozialistischer PS und Kommunistischer Partei (PCP) gegründet, litt der Linksblock Monate lang unter den Austritten vieler namhafter Mitglieder. Im Kern ging es um die Streitfrage: Sollte die Linke nach den Wahlen vom 4. Oktober 2015 mit der bis dahin oppositionellen Sozialistischen Partei (PS) kooperieren, um eine große Koalition mit den regierenden Konservativen (PSD) zu verhindern, oder allein auf Opposition setzen? Die aktuelle Bloco-Führung unter Catarina Martins schloss während des Wahlkampfes – auch wegen der Erfahrungen von 2011 – eine Kooperation mit der PS aus. Damals hatte der Bloco für ein breites linkes Bündnis im Parlament einschließlich des linken Flügels der PS gewonnen.

Sowohl Sozialisten, als auch Kommunisten ließen – mit unterschiedlichen Vorzeichen – den Bloco damals abblitzen. Dieser wurde obendrein für seine Kooperationsbereitschaft von den Wähler/-innen abgestraft und büßte über vier Prozent an Zustimmung ein. Der folgende Strategiewechsel der Parteiführung hatte aber nicht alle in der Partei zufriedengestellt und löste Parteineugründungen wie „Tempo de Avançar“ oder „Livre“ aus.



Der Linksblock versuchte trotz aller internen Probleme den Schwung SYRIZAs aus Griechenland für sich in die Herbstwahlen hinüberzuretten. Der Bloco gehört wie seine griechische Schwester zu den Gründungsmitgliedern der Partei der Europäischen Linken (EL) und stellt mit Marisa Matias (MdEP) neben Alexis Tsipras ebenfalls eine stellvertretende Vorsitzende der europäischen Parteienfamilie. Erstaunlicherweise gelang es dem Bloco unter Führung von Catarina Martins, sich aus seinem zwischenzeitlichen Tief von drei Prozent Anfang des Jahres herauszuarbeiten. In der letzten Woche vor dem Urnengang wurden ihm sieben bis acht Prozent der Stimmen vorausgesagt.

Tempo de Avançar – regierungsbereit

Im Sommer 2014 kehrte nach weiteren Verlusten des Bloco bei den Europawahlen (-4,6 Prozent), auch die Abgeordnete Ana Drago ihrer Partei den Rücken und baute ihrerseits an einem weiteren alternativen linken Wahlbündnis. Gemeinsam mit ihrem Fórum Manifesto etablierte sie im Herbst 2014 die politische Plattform „Tempo de Avançar“. Dieser gehören neben dem Fórum auch die Gruppe „Movimento 3D“ – „Pela Dignidade, pela Democracia e pelo Desenvolvimento: Defender Portugal“ („Für Würde, Demokratie und Entwicklung – Portugal verteidigen“), die Reformkommunisten des „Refundação Comunista“ und unabhängige Linke an.

Vertreter dieser Organisationen trafen sich am 31. Januar 2015 in Lissabon mit der Partei „Livre“ (Frei) des ehemaligen Europaabgeordneten Rui Tavares, um über eine gemeinsame Kandidatur, eine sogenannte „Candidatura Cidadã“ (Bürgerkandidatur) zu sprechen. Tavares war 2009 über die Liste des Linksblocks ins Europaparlament eingezogen, gründete dann aber 2013 seine eigene linksliberal-ökologische Partei. Diese basiert auf vier zentralen politischen Säulen, die Rui Tavares in einem Interview konkretisierte: „An erster Stelle kommt die Freiheit, die unseren Wurzeln in der libertären Linken entstammt. Wir wollen deren Ideen insbesondere im Hinblick auf den Bereich der digitalen Freiheiten anpassen. Die zweite Säule ist die Gleichheit, die klassische linke Themen wie soziale Gerechtigkeit umfasst. Eine weitere Säule ist die Demokratie. Wir wollen die portugiesische Demokratie stärken und mehr Partizipation ermöglichen, aber auch die europäische Demokratie ausgestalten. ... Die letzte Säule ist schließlich die Ökologie.“

Tavares und Drago wollten gemeinsam verhindern, dass Portugal nach dem 4. Oktober 2015 eine Regierung „Hollande“ bekommt. Ziel war es, die in Wahlkämpfen traditionell links blinkenden Sozialisten danach nicht den Rechtschwenk mit konservativer PSD vollziehen zu lassen, sie stattdessen in eine Mitte-Linkskoalition zu drängen. Vor diesem Hintergrund arbeiteten die beteiligten Organisationen um „Livre“ an einem Regierungsprogramm und formulierten sogenannte rote Haltelinien.

Die neue linke Bewegung „Tempo de Avançar“ wollte sich über neue Formen direkter demokratischer Mitbestimmung ebenfalls als Resultante der „Empörtenbewegung“ etablieren. Aufgrund des portugiesischen Wahlrechts haben Vertreter der beteiligten Gruppen auf den Listen der bereits zugelassenen Partei „Livre“ zu den Parlamentswahlen kandidiert. Das neue Bündnis plädierte wie SYRIZA für eine europäische Schuldenkonferenz. Zwar hatte Portugal im Mai 2014 den „europäischen Rettungsschirm“ wieder verlassen (dürfen). Doch die Troika ist damit nicht aus dem Land, und die Spar-

diktate haben nach wie vor verheerende Auswirkungen. Vor allem Tavares war Garant dafür, dass das Bündnis mit einer pro-europäischen Positionierung in den Wahlkampf ging. Für einen Euroaustritt des Landes warb die Partei demnach nicht. Nach Auffassung von Tavares solle nicht jedes Land in Europa für sich allein seine Schuldenprobleme lösen, sondern Europa als Ganzes.

Mit Themen wie „Demokratisierung, Korruptionsbekämpfung, Schuldenkonferenz, Pro-Europa“ versuchten sich „Livre“ und „Tempo de Avançar“ programmatisch nah bei SYRIZA zu positionieren. Dahinter stand die Strategie, sich als die „SYRIZA-Partei“ Portugals zu präsentieren und so möglichst viele Engagierte aus der „Empörtenbewegung“ von 2011 und darüber hinaus hinter sich zu versammeln. Dies, so zeigten auch die Umfragen für die Herbstwahl, ist dem Bündnis aber nicht gelungen. Im Gegensatz zu SYRIZA, und dies mag Wählerinnen und Wähler in Portugal abschrecken haben, zielte die Strategie von „Livre“ & Co. darauf ab, ob der Unmöglichkeit, Wahlergebnisse wie in Athen zu erzielen, in ein (Regierungs) Bündnis mit der Sozialistischen Partei (PS) einzutreten.

Tsipras aber hatte ein solches Bündnis mit dem griechischen PS-Pendant, PASOK, schon bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 20. September 2015 kategorisch ausgeschlossen. SYRIZA wollte als Kraft der Erneuerung, der Korruptionsbekämpfung und des Kampfes gegen die alte (politische) Oligarchie wahrgenommen werden. Diese Haltung wäre auch in Portugal angebracht gewesen, da auch dort die Sozialisten sich seit vier Jahrzehnten das Land mit den Konservativen untereinander aufgeteilt haben. Die Korruption trieb wilde Blüten. So saß beispielsweise der ehemalige sozialistische Ministerpräsident José Sócrates (2005 – 2011) seit Ende November 2014 unter dem Vorwurf des Steuerbetrugs in Untersuchungshaft und wurde erst kurz vor den Wahlen 2015 in den Hausarrest überstellt. Im Sommer 2014 wurde zudem der Direktor der „Banco Espírito Santo“ (BES), Ricardo Salgado (Volksmund: „Der Besitzer von allem hier“) wegen Geldwäsche u.a. festgesetzt. Rangohe Beamte der Ausländerbehörde verhaftete man wegen des Vorwurfs, ausländischen Investoren gegen Schmiergeldzahlungen erleichtert Visa ausgestellt zu haben. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Die Kommunistische Partei (PCP) – Linke Parallelwelt

Neben all den linken Gruppierungen und Parteien, die sich zum einen um das Erbe der „Empörtenbewegung“ und zum anderen um die wahre Nähe zu SYRIZA auseinandersetzen, konnte die Kommunistische Partei Portugals (PCP) in den letzten Umfragen wieder deutlich zulegen. Als Ergebnis ihres Widerstandskampfes gegen das Salazar/Caetano-Regime und ihrer Rolle in der Nelkenrevolution 1974 gehört die PCP als fester Bestandteil zum politischen Establishment, obwohl sie seit Jahrzehnten einen Eintritt in jede Regierung unter kapitalistischen Vorzeichen ablehnt. Vergleichbar dogmatisch mit der Griechischen Kommunistischen Partei (KKE) trat die PCP auch im Wahlkampf auf, wenngleich sie in einigen Themenfeldern (Gleichstellung) wesentlich progressive Töne anschlug, als ihre „Schwester“ in Athen. Zwar propagiert auch sie ein „souveränes und freies Portugal“, tritt aber nicht derart nationalistisch auf wie die KKE. Kernforderung der PCP im Wahlkampf war jedoch – ähnlich der KKE –



der Austritt des Landes aus der Euro-Gemeinschaft und der Europäischen Union (EU).

Auch die PCP hat während der zahlreichen Streiks und Proteste in den letzten Jahren im Land zur Mobilisierung der Portugiesen ihren Teil beigetragen, vor allem über die Gewerkschaften (CGTP), in denen sie einen hohen Einfluss geltend machen kann. Dennoch schickte sie sich nicht an, die Vertretung der gesamten „Empörtenbewegung“ Portugals für sich zu reklamieren. Im Gegenteil. Die PCP bezeichnete diese Bewegung gar als in großen Teilen „nicht links“ und konzentrierte sich auf ihre traditionellen Milieus in der Landbevölkerung und unter der Arbeiterklasse.

Stets im Parlament vertreten, war jedoch auch sie Anfang des Jahres 2015 Zustimmungsschwankungen unterworfen. Umfragen kurz vor der Abstimmung am 4. Oktober taxierten die Partei aber wieder nahe, manchmal sogar über der Zehnprozentmarke. Auch in diesem Wahlkampf trat sie, traditionell im Bündnis mit den Grünen (PEV) unter dem Namen „Coligação Democrática Unitária“ (CDU – Vereinte Demokratische Koalition) auf.

Themen des Wahlkampfes und Stimmungswerte vor dem Wahlsonntag

Nur wenig wurde in diesem Wahlkampf über die Zukunft Portugals zwischen den Parteien gestritten. Noch immer dominiert die Wirtschafts- und Finanzkrise trotz der Tatsache, dass das Land den europäischen „Rettungsschirm“ verlassen hat. Portugal hat ein Defizit von 280 Milliarden Euro (134 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) aufzuweisen und eine weiterhin steigende Arbeitslosigkeit, eine sinkende Geburtenrate und anhaltende Abwanderung besonders junger Portugies/-innen. Weitere gesellschaftliche Themen abseits der Fragen von „Konsolidierungen“ oder besser Sozialkürzungen und der Umsetzung der Troikadiktate – wie Außen-, Bildungs- und Kulturpolitik – spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle.

Und obwohl in Portugal wie in Griechenland die Korruption weiterhin wuchert, ein Bankenskandal den nächsten jagt und die Eliten des Landes in Oligarchenmanier die Macht im Land unter sich aufteilen, gibt es in Portugal keine mit SYRIZA vergleichbare Kraft. Im Unterschied zu Griechenland profitieren von dieser Situation aber auch keine Kräfte der extremen Rechten.

Überraschend war dennoch die Ankündigung der beiden Koalitionsparteien PSD und CDS-PP mit einer gemeinsamen Wahlliste „Portugal à Frente“ (PaF) anzutreten. Dies ist eine absolute Neuerung in der portugiesischen Parteigeschichte seit der Revolution 1974.

Dass die neue konservative Listenverbindung vor allem in den letzten Wochen vor dem Wahlsonntag ihren Vorsprung ausbauen konnte, lag nicht nur an der gespaltenen Linken, sondern auch an der größten, gleichsam unsichtbaren Oppositionspartei, den Sozialisten (PS). Diese waren als Oppositionskraft und Alternative in den vergangenen vier Jahren nicht kenntlich und setzten ihrerseits keine Akzente gegen die Kürzungspolitik der Regierungskoalition. Auch ihr Wahlprogramm unterschied sich nur marginal von dem der PaF. Beide gehören zum sogenannten „Troika-Lager“ bzw. „Austeritätslager“ und verschrieben sich der Umsetzung der Bedingungen aus Brüssel. Die Auseinandersetzung zwischen PaF und PS im Wahlkampf beschränkte sich vor allem auf die Interpretation von Zahlen, also zum Beispiel, ob die

Wachstumsprognosen für dieses und das kommende Jahr (2015: 1,7 Prozent) zu halten seien oder nicht

Auch die radikale Linke ließ sich in ihrem Wahlkampf vor allem auf das Thema „Austerität“ ein und thematisierte daneben maximal noch Themen wie „Demokratisierung“ und „Korruption“. Die Spaltungslinien der Linken in Portugal traten dann auch noch einmal kurz vor dem Wahltag öffentlich zu Tage. Rui Tavares und Ana Drago (Livre/TdA) forderten – auch ob der eigenen Schwäche und der Wahrscheinlichkeit, selbst nicht ins Parlament einzuziehen – PCP und Bloco de Esquerda auf, die Linke zu einen und die PS in ein Bündnis gegen die Konservativen zu zwingen. „Die Umfragen zeigen: Der Mehrheitswille der Menschen in Portugal wird zur Minderheit im Parlament, wenn die linken Parteien sich nach den Wahlen gegen die konservative Regierungskoalition zusammenschließen“, so Rui Tavares kurz vor der Abstimmung. Aus Sicht der beiden im Parlament vertretenen Linksparteien aber ignorierte Tavares dabei die Tatsache, dass die „PS wie die PaF zu den Austeritätsparteien gehört und deshalb eine Zusammenarbeit ausgeschlossen erscheint“, so Catarina Martins, Sprecherin des BE.

Die britische Unterhauswahl 2015: ihre Auswirkungen auf die Labour Party und die Kräfte links von ihr

Von Keith Barlow, Leipzig

Der Ausgang der Unterhauswahl am 7. Mai 2015 war unerwartet. Es wurde nicht damit gerechnet, dass eine Partei die absolute Mehrheit erringt, obwohl dies normalerweise der Fall ist.¹ Die Konservativen gewannen zum ersten Mal seit 1992 wieder die Mehrheit. Der andere Sieger war, wie erwartet, die Schottische Nationalpartei (SNP). Von 59 Wahlkreisen Schottlands setzte sich die SNP in 56 durch (siehe Tabelle).

Bei dieser Wahl gab es drei Verlierer. Der erste sind die Liberaldemokraten (Lib Dems), der Juniorpartner der Koalition mit den Konservativen seit 2010.² Von damals 57 Mandaten blieben jetzt nur acht übrig: das schlechteste Ergebnis seit 1970.

Der zweite Verlierer ist Labour mit einem Nettoverlust von 24 Mandaten (siehe Tabelle). Mit nur 232 Abgeordneten in der neuen Unterhausfraktion (Parliamentary Labour Party – PLP) ist dies ihr schwächstes Ergebnis seit 1987.

Der dritte und größte Verlierer sind die Millionen armer Menschen, die für ihre Existenzsicherung soziale Leistungen benötigen. Weitere Einschnitte in diesem Bereich sind jetzt zu erwarten.

Die beiden Wahlsieger profitierten von drei Tatsachen:

Erstens, das Wahlsystem. Anhand der Tabellen kann man sehen, dass die Sitzverteilung im neuen Unterhaus nicht den Stimmergebnissen der verschiedenen Parteien entspricht.³ Die Konservativen gewannen mit nur 36,9% der Stimmen die absolute Mehrheit der Sitze. In Schottland erhielt die SNP ihre 56 Sitze mit 50 Prozent der Stimmen. Gleichzeitig machte fast jeder sechste Wähler sein Kreuz bei Kandidaten



Die Ergebnisse der Unterhauswahl 2015 im Vergleich zu 2010

Partei	Stimmenanteil der Parteien (%)	Vergleich mit 2010 (%)	Zahl der gewonnenen Mandate	Vergleich mit 2010
Konservative	36,9	+ 0,8	331	+ 24
Labour	30,4	+ 1,5	232	- 26
UKIP ²⁰	12,6	+ 9,5	1	1
Lib Dems	7,9	- 15,2	8	- 49
SNP	4,7	+ 3,1	56	+ 50
Plaid Cymru	0,6	-	3	-
Grüne	3,8	+ 2,8	1	-
Nordirland ²¹ (siehe unten)			18	
Gesamt			650	

Wahlbeteiligung: 66.1%

Die Ergebnisse der Unterhauswahl in England 2015 im Vergleich zu 2010

Partei	Stimmenanteil der Parteien (%)	Vergleich mit 2010 (%)	Zahl der gewonnenen Mandate	Vergleich mit 2010
Konservative	41,0	+ 1,4	319	+ 21
Labour	31,6	+ 3,6	206	+ 15
UKIP	14,1	+ 10,7	1	1
Lib Dems	8,2	- 15,0	6	- 37
Grüne	3,8	+ 2,8	1	-
Gesamt			533	

von UKIP⁴ und den Grünen. Sie sind jedoch nur mit je einem Mandat im Unterhaus vertreten.

Zweitens, die Politik der Lib Dems in der Regierung. Viele Wählerinnen und Wähler, die in dieser Partei, u. a. wegen ihrer Kritik am Irak-Krieg, zeitweilig eine fortschrittlichere Kraft als Labour sahen, gaben ihr bei den Wahlen 2005 und 2010 ihre Stimme. Sie waren aber von der Koalition enttäuscht und kehrten den Lib Dems wieder den Rücken zu, während es Camerons Tories gelang, die Unterstützung zu behalten, die sie schon 2010 erreicht hatten. Die Lib Dems verloren Stimmen hauptsächlich wegen der unsozialen Politik der Koalition, die die soziale Lage von Millionen einfacher Menschen verschlechterte, z. B. durch die sogenannte Schlafzimmer-Steuer⁵ und die Null-Stunden-Verträge.⁶

Drittens, die Schwächen von Labour im Wahlkampf. Worin diese genau bestanden, ist in der Partei und der ganzen Labour-Bewegung umstritten. Da Ed Miliband als Folge dieser Niederlage den Parteivorsitz abgab, war die Wahl eines Nachfolgers erforderlich.

Dabei findet eine Auseinandersetzung hauptsächlich zwischen zwei Denkrichtungen statt: derjenigen, die der neo-

liberalen Politik von New Labour nahesteht, die eng mit dem Namen des ehemaligen Premiers und Parteivorsitzenden Tony Blair verbunden ist, und derjenigen, die diese Politik in Teilen oder generell sehr kritisch sieht und eine Rückbesinnung auf Labours traditionelle Werte sowie eine engere Verbindung zu den Gewerkschaften anstrebt, die die Labour Partei 1906 ursprünglich gegründet haben.

Da der künftige Parteichef und sein Stellvertreter zum ersten Mal in einer Urabstimmung der Parteimitglieder und Sympathisanten gewählt wurden,⁷ gab es die Chance auf eine breite Debatte in der ganzen Labour-Bewegung über die Ursachen der Niederlage und den Ausweg aus dieser Krise. Diese Chance stieg deutlich dadurch, dass der langjährige linke Labour-Unterhausabgeordnete Jeremy Corbyn die notwendige Unterstützung aus der PLP gewann. Damit bestand die Möglichkeit, jemanden zu wählen, der sich niemals mit der Agenda von New Labour identifiziert hatte. Corbyns Kampf um den Parteivorsitz entwickelte sich zu einer Massenbewegung, die die herrschenden Kreise Großbritanniens und seiner engsten Verbündeten alarmierte. Bei zahlreichen großen Kundgebungen in Städten überall in Großbritannien



wurde deutlich, dass er und seine Politik die Masse der Parteimitglieder und Sympathisanten, vor allem die Gewerkschafter, begeisterten.

Die Botschaft von Corbyns Sieg ist eindeutig. Das Projekt New Labour ist diskreditiert. Labour muss sich von diesem Erbe trennen. Da die PLP eine einflussreiche Institution innerhalb der Labour Party ist, braucht Corbyn eine Massenbewegung unter allen Mitgliedern und Anhängern der Partei, um zu sichern, dass die PLP hinter ihm steht.

Corbyns Stellvertreter ist der Anwalt Tom Watson. Er sitzt seit 2001 im Unterhaus und gewann die Unterstützung vieler Menschen, die Corbyn wählten.

Merkmal der Politik von New Labour ist das Bekenntnis zu einer neo-liberalen Wirtschaftsordnung, einer offenen Marktwirtschaft auf streng monetaristischer Grundlage. Damit stärkte New Labour den grundsätzlichen Kurs der heutigen EU, obwohl die Labour Party in der Vergangenheit dieser Politik kritisch gegenüberstand. New Labour trennte sich von dem Prinzip, dass Schlüsselzweige der Wirtschaft Eigentum der öffentlichen Hand sein sollten, um den Interessen der Allgemeinheit zu dienen. Doch New Labour identifizierte sich mit der politischen Agenda von Margaret Thatcher und

stellt diese nicht prinzipiell in Frage, sondern wollte daran nur ein paar „Korrekturen“ vornehmen. Industriezweige, die unter Margaret Thatcher (1979 – 1990) und John Major (1990 – 1997) privatisiert wurden, sollen nicht wieder verstaatlicht werden, obwohl Labour sich früher verpflichtet hatte, dies zu tun. Nach der Wahlniederlage von 1983 ging Labour mit dem neuen Vorsitzenden Neil Kinnock Schritt für Schritt zu dieser Verpflichtung und anderen linken Zielen auf Distanz, um sich wählbar zu machen.⁸ Diese Strategie scheiterte in den Wahlniederlagen von 1987 und 1992. Nach dem Rücktritt Kinnocks 1992 und dem plötzlichen Tod seines Nachfolgers John Smith 1994 übernahm Tony Blair den Parteivorsitz. Damit wurde der Weg frei, um den Prozess des Abgehens von linker Labour-Politik formell abzuschließen.

So forcierte Blair 1995 die faktische Streichung des wichtigsten Teils des Parteistatuts (Klausel IV, Teil 4) aus dem Jahr 1918.⁹ Dieses Statut enthielt als Ziel der Partei, für die Errichtung einer gerechten, einer sozialistischen Gesellschaft, zu kämpfen. Wie man die Geschichte von Labour in Regierungsverantwortung auch bewerten mag, so fühlten sich die Massen der Parteimitglieder dieser Vision tief verbunden, auch wenn prominente Parteiführer anders dach-

Die Ergebnisse der Unterhauswahl in Schottland 2015 im Vergleich zu 2010

Partei	Stimmenanteil der Parteien (%)	Vergleich mit 2010 (%)	Zahl der gewonnenen Mandate	Vergleich mit 2010
SNP	50,0	+ 30,0	56	+ 50
Labour	24,3	- 17,7	1	- 40
Konservative	14,9	- 1,8	1	-
Lib Dems	7,5	- 11,3	1	- 10
UKIP	1,6	+ 0,9	-	-
Grüne	1,3	+ 0,7	-	-
Gesamt			59	

Wahlbeteiligung: 71,1%

Die Ergebnisse der Unterhauswahl in Wales 2015 im Vergleich zu 2010

Partei	Stimmenanteil der Parteien (%)	Vergleich mit 2010 (%)	Zahl der gewonnenen Mandate	Vergleich mit 2010
Labour	36,9	+ 0,6	25	- 1
Konservative	27,2	+ 1,1	11	+ 3
Plaid Cymru	12,1	+ 0,9	3	-
Lib Dems	6,5	- 13,6	1	- 2
UKIP	13,6	+ 11,2	-	-
Grüne	2,6	+ 2,1	-	-
Gesamt			40	

Wahlbeteiligung: 65,6%



Die Ergebnisse der Unterhauswahl in Nordirland 2015 im Vergleich zu 2010

Partei	Stimmenanteil der Parteien (%)	Vergleich mit 2010 (%)	Zahl der gewonnenen Mandate	Vergleich mit 2010
Democratic Unionist Party (DUP)	25,7	+ 0,7	8	-
Sinn Fein ²²	24,5	- 1,0	4	- 1
Social Democratic Labour Party (SDLP)	13,9	- 2,6	3	-
Ulster Unionist Party (UUP)	16,0	+ 0,8	2	2
Unabhängige	3,6	- 3,5	1	1
Gesamt			18	

Wahlbeteiligung: 58,1%

Quelle: Election 2015-BBC, www.bbc.com/news/election/2015/results

ten. (Ein Versuch des Parteivorsitzenden und Oppositionsführers Hugh Gaitskell, im Jahre 1959 diesen Teil des Statuts zu ändern, war durch den Widerstand der angehörigsten Gewerkschaften, einzelnen CLPs und innerhalb der PLP verhindert worden.¹⁰) Daher wurde die Streichung dieses Teils des Statuts von der Parteikonferenz mit großem Vorbehalt verabschiedet, ausschließlich mit dem Ziel, den neuen Vorsitzenden bei den kommenden Unterhauswahlen zu stärken. Ausgehend vom politischen Klima wären dieser Beschluss und der Abschied von linker Politik völlig überflüssig gewesen, da die Regierung Major so stark diskreditiert war, dass ein Labour-Sieg bei diesen Wahlen nahezu feststand.

Für den linken Bergarbeiterführer Arthur Scargill war die Streichung dieses Teils des Parteistatuts der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Er trat aus der Partei aus und gründete eine neue Partei, die Socialist Labour Party (SLP).

Thatcher war entschlossen, den Einfluss der Gewerkschaften zu brechen. Nicht ohne Grund sah sie gewerkschaftlich organisierte Arbeiter als die Kraft, die Widerstand gegen ihre Wirtschafts- und Industriepolitik leisten würde, wenn ihr Lebensunterhalt bedroht war. Deshalb setzte sie Schritt für Schritt drastische gesetzliche Einschränkungen der über Jahrzehnte hart erworbenen Grundrechte lohnabhängig Beschäftigter und ihrer Gewerkschaften, insbesondere bei Arbeitskämpfen durch, ohne die Fehler des diskreditierten Industrial Relations Act zu wiederholen.¹¹ Durch Thatchers Gesetze sanken die Grundrechte der Lohnabhängigen auf Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, die sie sich auf der Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), der Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR)¹² sowie der Europäischen Sozialcharta erworben hatten, auf das niedrigste Niveau in Westeuropa. Unter New Labour wurde der harte Kern dieser Thatcher-Gesetze erhalten, wie auch in der Amtszeit von Blair

(1997 – 2007) und seinem Nachfolge Gordon Brown (2007 – 2010). Auf diesen Positionen stehen auch drei der vier Kandidaten für den gegenwärtigen Parteivorsitz: Andy Burnham, Yvette Cooper und Liz Kendall. Zwar verpflichteten sich alle vier, die neuen Antigewerkschaftsgesetze Camerons aufzuheben, aber nur Corbyn ist bereit, weiterzugehen und die Aufhebung aller Antigewerkschaftsgesetze seit der Machtübernahme Thatchers zu fordern.¹³

Für New Labour ist es ein eherner Grundsatz der Außenpolitik, wie bei früheren Regierungen in der Nachkriegsgeschichte Großbritanniens engster Verbündeter der USA zu bleiben. Unter Blair gab es wesentliche Beispiele dieser Politik, die zu Zerreißen innerhalb der Partei führten: die Angriffskriege gegen Jugoslawien 1999 und Irak 2003. So stark war die Ablehnung des Irak-Krieges innerhalb und außerhalb der Partei, dass sich selbst die Lib Dems und die SNP auf die Seite der Kriegsgegner schlugen. Die Unterstützung des Irak-Krieges brachte den schlimmsten Aspekt von New Labour zum Ausdruck: das enge Verhältnis zwischen den Regierungen Blair und George W. Bush. In den Augen vieler Sympathisanten warfen diese Ereignisse einen Schatten auf die Amtszeit von Blair, der in Erinnerung blieb.

Der Irak-Krieg führte zu einer neuen Konstellation. Parteien, die eigentlich rechts von Labour stehen, konnten sich links von der Partei profilieren. Das kostete Labour Stimmen bei den nachfolgenden Wahlen. Zunächst konnten die Lib Dems zulegen. Obwohl sie bei der Wahl von 2005 mit 62 Mandaten die höchste Mandatszahl ihrer Nachkriegsgeschichte erreichten, profitierten vom Wahlsystem in den meisten Fällen die Konservativen. Dies half ihnen nach den herben Niederlagen der Jahre 1997 und 2001 wieder aus der Krise zu kommen und 2010 erneut Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Labour ignorierte diese Bedrohung. Nicht nur in der Frage von Krieg und Frieden geriet die Partei unter Druck, sondern



auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Da sie es versäumte, sich klar gegen die rigorose Austeritätspolitik unter Cameron zu positionieren, und stattdessen im Wahlkampf nur darauf orientierte, „das Haushaltsdefizit zu reduzieren“, erweckte sie nicht den Eindruck, dass sie die soziale Lage Millionen einfacher Menschen ernsthaft kümmerte. Dies kostete die Partei vor allem in hart umstrittenen Wahlkreisen (marginal seats or constituencies) Stimmen.

Die Rolle als engster Verbündeter der USA belastete Labour schwer, besonders in Schottland, wo die Partei für die Modernisierung des US-U-Boot-Kernwaffenabwehrsystems Trident eintrat. Da die prinzipielle Ablehnung von Kernwaffen unter vielen Labour-Anhängern seit langem stark verbreitet ist, versuchte man vergeblich, dieses Thema aus der Öffentlichkeit herauszuhalten. Doch die Trident-Basis liegt in Schottland (in Faslane westlich von Glasgow), weshalb die SNP ihre Ablehnung der Trident-Modernisierung zum Wahlkampfthema machte und Labour damit in die Defensive drängte. Sie propagierte ein „unabhängiges Schottland“, das in der NATO bleiben, aber frei von Kernwaffen sein sollte.

Labour hingegen sah seine traditionelle Stärke in Schottland als eine Selbstverständlichkeit an. Ob nun wegen Trident oder den Kürzungen im sozialen Bereich – die Unzufriedenheit mit Labour wuchs zum Vorteil der SNP.

Obwohl Labour das schottische Parlament ursprünglich eingesetzt hatte, übernahm 2007 die SNP die schottische Regierung. 2011 gewann sie die absolute Mehrheit. Als ein Volksentscheid zur Frage der Unabhängigkeit näherrückte und die Neigung zum Ja anstieg, entschied die Labourführung ohne Absprache mit ihren Abgeordneten, Gewerkschaften und der Parteibasis, gemeinsam mit den Konservativen, die die Partei in Schottland seit über 30 Jahren erfolgreich bekämpft hatte, in die Kampagne Better Together einzusteigen. Doch angesichts der Politik des sozialen Kahlschlags unter Cameron wurde ein solches Bündnis als Affront gegen die traditionellen Anhänger Labours aufgenommen. Beim Volksentscheid stimmte eine Mehrheit der Schotten zwar mit Nein zur Unabhängigkeit, aber die SNP siegte in den traditionellen Labour-Wahlkreisen einschließlich der Hauptstadt Glasgow. Labour war in Schottland diskreditiert.¹⁴

Bei ihrem Ja gewann die SNP die Unterstützung vieler Gewerkschafter und der Parteien links von Labour außer der Communist Party of Britain (CPB). Labour büßte in Schottland die Verbindung zu ihren traditionellen Anhängern ein. Labours katastrophale Niederlage am 7. Mai 2015 stand also von vornherein fest.

Laut einer Analyse führte der Verlust linker Labour-Stimmen gegenüber 2010 an die Grünen zu dem Sieg der Konservativen in bis zu elf Wahlkreisen und damit zu deren Mehrheit im Unterhaus. In acht weiteren Wahlkreisen war die Gesamtzahl der Stimmen für die Grünen, Plaid Cymru (die walisische nationale Partei) und Trade Union Socialist Campaign (TUSC), die gegen Austerität kämpften, höher als die Zahl der Stimmen, die Labour fehlten, um Mandate zu sichern. Dieselbe Analyse zeigt auch, dass Labour bei einem Anhalten dieser Wählerwanderungen bei den nächsten Unterhauswahlen (2020) weitere neun Wahlkreise verlieren würde – sieben an die Konservativen, einen an die Grünen und ihren letzten verbliebenen Wahlkreis in Schottland an die SNP.¹⁵ Die Analyse ist eindeutig: Labour verlor Stimmen, weil die Partei nicht links genug war. Die Analyse widerspricht der Auffassung, dass sie verlor, weil es ihr an „wirt-

schaftlicher Kompetenz“ gefehlt habe und sie „zu links“ aufgetreten sei.

Jedoch Liz Kendall, die die Politik von New Labour vertritt und für den Parteivorsitz kandidierte, plädierte in einem Fernsehinterview am 7. Juni 2015 mit der BBC für noch mehr Sozialkürzungen, eine Erhöhung des Militärbudgets und weitere Sanktionen gegen Russland wegen der Ukraine-Krise. Hier ist ein Unterschied zur Politik von Cameron kaum noch zu erkennen.¹⁶ Die Wahl des neuen Parteichefs war deshalb eindeutig eine Richtungswahl.

Als Reaktion auf die steigende Zustimmung der Wähler für UKIP, die u. a. für den Austritt des UK aus der EU plädiert, und die Gefahr, EU-kritische Stimmen Konservativer an UKIP zu verlieren, versprach Cameron, Verhandlungen mit der EU aufzunehmen und bis Ende 2017 einen Volksentscheid über den Verbleib Großbritanniens in der EU durchzuführen. Labour kämpfte dagegen.

Die Politik Camerons als engster Verbündeter der USA wird entscheiden, wie er den versprochenen Volksentscheid zur Frage des Verbleibs in der EU behandeln wird. Kurz vor seiner Europa-Rede am 23. Januar 2013, in der er einen solchen Volksentscheid versprach, erklärte der US-Staatssekretär für Europäische und Eurasische Angelegenheiten, Philip Gordon, in einer Pressekonferenz über britische Innenpolitik, dass die USA „eine starke Stimme Großbritanniens in der Europäischen Union schätzen. Es ist ein besonderer Partner der Vereinigten Staaten, der unsere Werte und Interessen teilt und große Möglichkeiten hat, sie auf den Tisch zu bringen ... Seine Stimme innerhalb der EU ist den Vereinigten Staaten besonders wichtig“.¹⁷

Durch den einheitlichen europäischen Binnenmarkt kontrolliert die City of London über zwei Drittel der finanziellen Dienstleistungen innerhalb der EU. Zwar sind die meisten Banken dort US-Unternehmen, aber ihre Tätigkeit ist auch für das britische Finanzwesen von großer Bedeutung.¹⁸ Allein auf dieser Basis kann man davon ausgehen, dass Cameron genau wie Thatcher bei dem Volksentscheid zur selben Frage 1975, für den Verbleib des Landes in der EU kämpfen wird. Diesmal ist mit Unterstützung von Labour¹⁹ und SNP zu rechnen. Die Lib Dems werden auf alle Fälle für den Verbleib in der EU kämpfen. Aber wegen der neoliberalen Grundsätze der EU-Politik ist von Kräften links von Labour wenig Unterstützung für eine weitere EU-Mitgliedschaft zu erwarten. Innerhalb der Labour Party selbst, ebenso in der PLP gibt es auch kritische Stimmen zur Frage des Verbleibs in der EU.

Für die Kräfte links von Labour gilt es, Folgendes zu beachten: Es ist fraglich, inwieweit es positive Ergebnisse bringt, en masse gegen Labour zu kandidieren. Sollte das Ziel sein, die Stimmung im Land nach links zu rücken und die Chancen für Kräfte rechts von Labour zu erschweren, könnte das sinnvoll sein. Aber am 7. Mai ist dies nicht passiert, eher das Gegenteil.

Die CPB (und die ihr nahstehende Tageszeitung Morning Star) kämpfte für einen Labour-Sieg, weil für sie die Partei die einzige wählbare Alternative zur Koalition unter Cameron war und sie in Labours Wahlprogramm positive Punkte, z. B. die Abschaffung der bedroom tax und der Null-Stunden-Verträge, sah. Die CPB kandidierte in neun Wahlkreisen. Wo sie kandidierte, ist sie vor Ort verankert, in verschiedenen Kämpfen aktiv und versuchte im Laufe des Wahlkampfes die politische Stimmung auf ein höheres Niveau als das der



Massenmedien zu bringen. Die CPB sicherte, dass ihre Stimmen in diesen Wahlkreisen die Chance eines Labour-Sieges nicht verminderten. In den anderen Wahlkreisen Englands, Schottlands und Wales unterstützte sie die Kandidaten der Labour Party.

In Großbritannien bestehen bei Wahlen zum Unterhaus nur selten und nur in besonderen Situationen Chancen auf einen Sieg für Kandidaten links von Labour. Das letzte Beispiel war der ehemalige langjährige Labour-Abgeordnete George Galloway. Er kandidierte 2005 erfolgreich in einem Wahlkreis im Ostteil von London für die neue Partei Respect wegen deren konsequenter Ablehnung des Irak-Krieges. 2010 wurde er nicht wiedergewählt. Danach gewann er eine Nachwahl in Bradford, verlor aber am 7. Mai.

Der Ausgang der Unterhauswahl 2015 hat Labour in eine tiefe Krise gestürzt, deren Ursache im Erbe von New Labour liegt. Die Wahl von Jeremy Corbyn zum Vorsitzenden gibt der Partei neue Hoffnung, auch in Schottland. Die kommenden Monate werden im Kampf gegen die Politik der Regierung Cameron entscheidend sein. Wichtige Prüfungen sind Anfang Mai 2016 die Wahlen zu den Parlamenten von Schottland und Wales, zum Oberbürgermeister von Groß-London und zum Groß-Londoner Parlament sowie eine Reihe von Kommunalwahlen in anderen Teilen Großbritanniens. Diese Wahlen werden zeigen, inwieweit Corbyns Positionen die Zustimmung der Labour-Wähler finden. Das bedeutet aber auch, dass die Bewegung, die die Wahl Corbyns ermöglichte, bis zur nächsten Unterhauswahl anhalten muss.

Anmerkungen

- 1 Bei Wahlen zum Unterhaus (House of Commons) des Vereinigten Königreichs (UK) seit dem Ende des II. Weltkrieges gewann der Sieger meistens auch die absolute Mehrheit der Mandate. Ausnahmen waren Februar 1974 und 2010. Nach den Wahlen vom Februar 1974 kam eine Minderheitsregierung der Labour Party ins Amt. Da sie Schwierigkeiten hatte, Gesetze durchzubringen, gab es im Oktober desselben Jahres Neuwahlen. Labour gewann dann knapp die absolute Mehrheit. Der Ausgang der Wahlen im Juni 2010 führte zum ersten Mal seit Kriegsende zur Gründung einer Koalitionsregierung. Dabei waren die Konservativen in der Mehrheit.
- 2 Die Lib Dems kamen Ende der 80er Jahren durch eine Fusion der Liberalen Partei und der Sozialdemokratischen Partei (SDP) zustande. Wegen eines Linksrucks in der Labour Party nach der Wahlniederlage 1979 war eine Gruppe prominenter Labourpolitiker des rechten Flügels der Partei ausgetreten und hatte die SDP gegründet. Zunächst ging diese ein Wahlbündnis mit den Liberalen ein, später kam die Fusion.
- 3 Bei britischen Parlamentswahlen gilt das Mehrheitsprinzip. Jeder Wahlkreis entspricht einem Mandat. Gewählt ist der/die Kandidat/-in mit der höchsten Stimmenzahl. Also: The winner takes it all.
- 4 UKIP ist die rechtspopulistische United Kingdom Independence Party, die man mit der deutschen AfD vergleichen kann.
- 5 Die sogenannte bedroom tax hat das Ziel, das Wohngeld zu kürzen, um den Umzug von Menschen in kleinere Wohnungen zu erzwingen, obwohl es an Sozialwohnungen fehlt.
- 6 Die Null-Stunden-Verträge (zero hours contracts) sind Erwerbslosen aufgezwungene Arbeitsverträge, nach denen sie den Arbeitgebern rund um die Uhr zur Verfügung stehen müssen, aber nur für die Stunden bezahlt werden, die sie arbeiten.
- 7 Bis 1979 wurden der Parteivorsitzende und sein Stellvertreter nur von der PLP gewählt. Ab 1980 wurden sie von einem Wahlkollegium aus Mitgliedern der PLP, Delegierten der Partei aus den Unterhauswahlkreisen (Constituency Labour Parties – CLPs) und Delegierten aus den zu Labour gehörenden Gewerkschaften gewählt. Von jetzt an werden die beiden Führungspersonen in einer Urabstimmung der Parteimitglieder und registrierten Sympathisanten gewählt. Da es zugleich auch um das Amt des Oppositionsführers geht, dürfen sich nur Mitglieder der PLP zur Wahl stellen. Dafür brauchen sie die Unterstützung von mindestens 35 Mitgliedern der PLP. Die Wahl wird anhand einer Beliebtheitskala von 1 bis 4 durchgeführt.
- 8 Siehe Keith Barlow, *The Labour Movement in Britain from Thatcher*

to Blair, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main, 2008, S. 202 und 222 – 225.

- 9 Klausel IV, Teil 4 des Parteistatuts (1918–1995): „... den körperlich und geistig arbeitenden Produzenten (sind) die vollen Ergebnisse ihres Fleißes sowie deren möglichst gerechte Verteilung auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums an den Produktionsmitteln sowie des bestmöglichen Systems der Verwaltung und Kontrolle aller Industrien und öffentlichen Dienste durch das Volk zu sichern.“, in: Siegfried Bünger und Hella Kaeselitz, *Geschichte Großbritanniens von 1918 bis zur Gegenwart*, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1989, S. 15.
- 10 Siehe J. E. (Jim) Mortimer, *A Life on the Left*, The Book Guild Ltd., Lewes (Sussex, England), 1998, S. 459.
- 11 1970–1974 war Margaret Thatcher Minister in der Regierung Edward Heath. Diese Regierung erlitt 1972 und 1974 Niederlagen gegen die Bergarbeiter. Der Bergarbeiterstreik 1973/1974 führte zu Heath' Abwahl bei der vorgezogenen Unterhauswahl vom Februar 1974. Durch gewerkschaftlichen Widerstand wurde der Industrial Relations Act von 1971 undurchführbar und deshalb diskreditiert. Es gelang den Gewerkschaften, die Aufhebung dieses Gesetzes zu erzwingen. Dies geschah 1974 durch die Labour-Minderheitsregierung.
- 12 Der EGMR ist nicht mit dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu verwechseln. Der EGMR wurde auf der Grundlage der EMRK von 1950 gebildet. Der EuGH ist das höchste Gericht der EU. Siehe Keith Barlow, *Widersprüchliche Urteile von zwei „europäischen“ Gerichten: ungeklärte Frage der sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen*, in: *DIE LINKE international*, Nr. 2/2012 (48), S. 75–79.
- 13 Siehe Luke James, Corbyn, Burnham, Cooper and Kendall say: „We'll all scrap Tory Strike Law“, in: *Morning Star*, 1.7.2015.
- 14 Siehe den Artikel „My article of what Labour should do now“ von Neil Findlay (Abgeordneter der Labour Party im schottischen Parlament) bei Facebook.
- 15 Siehe Luke James, „Tory majority caused by Labour losing to its left“; siehe auch Jack Kiffin, „Did Plaid, SNP and Greens' vote cost Labour a victory?“ in: *Morning Star*, 20.5.2015, S. 2 und 8f. TUSC wird von der trotzkistischen Socialist Party geführt und hat die Unterstützung vieler Gewerkschafter. Sie wurde ursprünglich von Anhängern des Militant Tendency gegründet. Diese war früher in der Labour Party organisiert. Unter Kinnock wurde sie ausgeschlossen. Die TUSC kandidierte in 135 Wahlkreisen und gewann insgesamt 36.368 Stimmen (0,1% des Gesamtgebnisses). Siehe *Election 2015-BBC*, www.bbc.com/news/election/2015/results.
- 16 Siehe Ian King, „Labour sucht einen neuen Chef“, in: *Neues Deutschland*, 11.6.2015.
- 17 John Foster, „Why Cameron, the US and the City love the Single Market“, in: *Morning Star*, 28.2.2013.
- 18 Siehe ebenda.
- 19 Großbritannien ist seit 1973 Mitglied der EU. Vor dem Beitritt lehnte Tory-Premier Edward Heath einen Volksentscheid ab, obwohl dies bei neuen Mitgliedstaaten üblich ist. 1974 versprach Labour die Bedingungen für Mitgliedschaft neu zu verhandeln und danach einen Volksentscheid zur Frage des Verbleibs durchzuführen. Dieser fand am 5. Juni 1975 statt. Das Ergebnis war ein Ja. Nach ihren Verhandlungen hatte die Labour-Regierung keine eigene Mehrheit in der PLP für den Verbleib. Sie war von der Opposition unter Margaret Thatcher abhängig. Die Labour-Partei selbst und der Gewerkschaftsdachverband TUC waren für den Austritt. Diesmal ist damit zu rechnen, dass sie für den Verbleib in der EU plädieren werden.
- 20 2010 gewann UKIP keine Mandate. Die Partei siegte in einer Nachwahl, weil der damalige konservative Abgeordnete im englischen Clacton aus seiner Partei austrat, gleichzeitig sein Mandat niederlegte und dann erfolgreich in der Nachwahl für UKIP kandidierte. Er wurde am 7. Mai wiedergewählt. Am 7. Mai holte UKIP 3,5 Millionen Stimmen, gewann aber nur in Clacton ein Mandat. In 118 Wahlkreisen wurde sie zweitstärkste Kraft.
- 21 In der Regel haben Parteien, die in England, Wales und Schottland organisiert sind, keine Strukturen in Nordirland. Bei insgesamt 650 Mandaten im Unterhaus genügen 325 zur Sicherung der Regierungsmehrheit. Bei einem Patt in einer Abstimmung entscheidet traditionell der Parlamentspräsident (Speaker) zu Gunsten der Regierung. Da Sinn Fein ihre Mandate in London nicht annimmt (siehe Fußnote 24) genügen 323 Mandate für die Mehrheit. Käme Cameron in Schwierigkeiten – z.B. durch Niederlagen bei Nachwahlen –, womit kaum zu rechnen ist, gäbe es noch eine stille Reserve von bis zu zehn Abgeordneten von DUP und UUP aus Nordirland, die ihn in bestimmten Situationen stützen könnten.
- 22 Kandidaten von Sinn Fein, die bei britischen Unterhauswahlen Siege erringen, nehmen ihre Mandate nicht an, da Sinn Fein die Wiedervereinigung Irlands anstrebt. Irland wurde durch den britisch diktierten



Government of Ireland Act von 1920 gespalten mit der Folge, dass die sechs Grafschaften Nordirlands beim Vereinigten Königreich verblieben und die anderen 26 die heutige Republik Irland bilden. Daher besitzt für Sinn Fein das House of Commons keine Legitimation, Gesetze für die Einwohner Nordirlands zu beschließen. Die kommunistische Bewegung hat die Spaltung Irlands nie anerkannt.

Ist eine andere Labour Party möglich?

Die Wahl von Jeremy Corbyn zum Labour-Vorsitzenden: Einschätzung nach dem Labour-Parteitag in Brighton Von Thomas Kachel, Referent der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Vorläufige Konsolidierung

Der Wahlerfolg Jeremy Corbyns zum Vorsitzenden der Labour Party (und der Fraktion der Labour Party im Unterhaus) am 12. September übertraf in seiner Klarheit sogar das Votum der Partei für Tony Blair von 1994 (Blair 1997 57 Prozent, Corbyn 2015 59,5 Prozent). Corbyn gewann in allen drei Gruppen der Wahlberechtigten eine absolute Mehrheit, die geäußerten Zweifel an der Legitimität seines Mandats sind damit nicht mehr aufrechtzuerhalten.¹ Auf dem Labour-Parteitag (27. – 30. September) wurde Corbyns Position fürs Erste gesichert und gestärkt – Versuche, ihn zu stürzen, oder andere größere Störmanöver der Parteirechten blieben aus. Die Frage ist jetzt, wie Corbyn die kommenden zwölf Monate nutzen kann, um seine linken Politikansätze weiter zu konkretisieren, plausibler zu gestalten und seine Vorstellungen einer inklusiven politischen Arbeit mit der Parteibasis umzusetzen, um das Momentum einer demokratischen Neuausrichtung der Labour Party aufrechtzuerhalten.

Corbyns Wahlerfolg

Es ist klar, dass Corbyn weit über seine politische Heimat, die kleine Labourlinke, hinaus, Stimmen von Links-interessierten sammeln konnte.² Für Corbyns Erfolg sind vor allem fünf Gründe maßgeblich:

Erstens, der Stil der Wahl-Kampagne: Mit seinem Motto „Klare Worte – ehrliche Politik“ machte Corbyn die Distanz zwischen sich und dem New Labour-Flügel der Partei klar. Er setzte auf Sachlichkeit und vermied persönliche Angriffe gegen seine Mitbewerber. Stattdessen war die Anti-Austeritäts-Botschaft der Fokus der Auftritte Corbyns. Dieser kulturell klar unterscheidbare Gestus bescherte ihm nach Überzeugung vieler Beobachter³ das Ohr der Basis und massiven Zulauf von linken Aktivisten, die Corbyn unterstützten, ohne dass sie unbedingt vorher mit der Labour Party verbunden waren. Seit der Wahlniederlage Labours im Mai traten 150 000 Menschen der Labour Party bei (die Masse davon seit dem Zeitpunkt von Corbyns Kandidatur), knapp 50 000 nochmals seit der Wahl Corbyns zum Parteivorsitzenden. Damit hat die Partei innerhalb von vier Monaten ihre Mitgliedschaft fast verdoppelt. Aus dem Lager der neuen Unterstützer wählten am 12. September nur 15 Prozent einen anderen Kandidaten. Politische Blogs, die der Labour Party oder der Linken generell nahestehen, zeigten einen enormen Zuwachs an Besuchen.

Zweitens, das gesellschaftliche Umfeld der Kampagne: Diese konnte in bisher ungekanntem Maße Ressourcen der

außerparlamentarischen Linken für die Labour Party nutzbar machen. Viele Organisatoren der Corbyn-Wahlkampagne brachten neue Aktive aus den Mobilisierungserfolgen der Anti-Austeritätsdemonstrationen (die letzte in London am 20. Juni mit über 250 000 Teilnehmern) und aus den Studentenprotesten des letzten Herbsts mit. Auch kulturell gelang hier eine Verknüpfung unterschiedlicher kultureller Milieus zu einem effektiven Arbeitszusammenhang. Für den Erfolg entscheidend war ebenso die materielle Unterstützung der Gewerkschaften.⁴ Elf Gewerkschaften empfahlen ihren Mitgliedern, Jeremy Corbyn zu wählen. Insbesondere die linke Gewerkschaftsführung von Unite (der größten Gewerkschaft Großbritanniens) unterstützte ihn auch durch öffentliche Statements. In einem langwierigen Kampf in den Gremien gelang es dann, auch die Führungen der anderen großen Gewerkschaften zur Unterstützung Jeremy Corbyns zu bewegen. Die Gewerkschaften haben sich damit wieder als finanziell schlagkräftiger politischer Akteur innerhalb Labours zurückgemeldet.

Drittens, Corbyns Wahlplattform: Diese ist das erste Grundsatzdokument Labours seit 30 Jahren, das keynesianische wirtschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen für die britische Ökonomie vorsieht: ein gerechteres Steuersystem, die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und -dienstleistungen, eine Offensive im sozialen Wohnungsbau und Infrastrukturinvestitionen, die durch eine Investmentbank ermöglicht werden sollen. Damit wurde eine konzeptionelle Unterscheidbarkeit von den Konservativen wiederhergestellt, die durchaus der Logik des Zweiparteiensystems entspricht. Die Vorschläge in dem Papier werden bis in die politische Mitte hinein als moderat sozialdemokratisch charakterisiert (Guardian und Telegraph beschäftigten sich im August über Wochen mit den Grundaussagen von „Corbynomics“). Insbesondere die Vorschläge für eine Neufassung der Steuerbemessungsgrundlage von Richard Murphy, und auch „People’s quantitative easing“, eine kreditfinanzierte Investitionsoffensive, wurden und werden als innovative Gedanken debattiert.⁵

Viertens, die Schwäche der Konkurrenten: Die Blair am nächsten stehende Kandidatin für den Vorsitz, Liz Kendall, erhielt gerade 4,5 Prozent aller Erstpräferenzen (Andy Burnham und Yvette Cooper 19 und 17 Prozent). Allen haftete das Stigma der New Labour-Ära an, ihr Unwillen, sich inhaltlich festzulegen (z. B. in der Frage einer alternativen Strategie im Umgang mit dem Defizit im britischen Staatshaushalt), außerdem eine auf Unverbindlichkeit und Fokusgruppen zielende politische Sprache. Corbyn konnte so die Verdrossenheit der Basis mit dem gesamten New Labour-Stil – eine Stimmung, die offensichtlich nicht nur explizit linke Parteimitglieder tragen – für sich nutzen.

Fünftens, die Demokratisierung der Partei: Unter Ed Miliband wurden verschiedene Schritte begonnen, um Abläufe in der Labour Party, darunter auch die Wahl des Vorsitzenden, weniger hierarchisch und mehr mitgliederfreundlich zu gestalten. Der Collins Report von 2011 empfahl als Grundlage dieser Wahl „OMOV“ (One member one vote), und ermutigte die Partei, Sympathisanten bei der Wahl eine Stimme zu geben. Daraufhin schaffte die Partei die „electoral colleges“, d. h., die unterschiedliche Gewichtung von Stimmen (nach Seniorität in der Partei) ab und öffnete die Wahl für sogenannte „supporters“. Diese Änderungen werden auch in Zukunft eher der Linken in der Partei helfen.



Nach dem Labour-Parteitag in Brighton – die politischen Strukturen im Burgfrieden

Im Moment wird der Kampf darum geführt zu verhindern, dass die Infrastruktur von Partei und Fraktion sich gegenseitig blockieren. Die gelungene personelle Balance bei der Aufstellung des Schattenkabinetts und die gute Annahme Corbyns und McDonells auf dem Parteitag der Labour Party (27. – 30. September) zeigen, dass der neoliberale Parteiflügel mit der Strategie eines Boykotts vorerst keinen Erfolg hatte. Trotz klarer politischer Differenzen erklärten sich auch prominente Vertreter der Parteimitte, z. B. Andy Burnham (Innen), Hilary Benn (Außen) und die Eagle-Schwester (Wirtschaft und Verteidigung) bereit, im Schattenkabinett mitzuarbeiten. Auf dem Parteitag wurde deutlich: Die Parteirechte hat vorerst akzeptiert, dass das Wahlergebnis für Corbyn eine politische Richtungsentscheidung war. Sie stellt Corbyns Parteiführerschaft momentan nicht in Frage.

Die beiden Kräftezentren sind die Unterhausfraktion und die erneuerte, aktivistisch „aufgefrischte“ Parteibasis. Die derzeitige Eintrittswelle, die noch immer andauert, hat schon jetzt ihre Konsequenzen für die innerparteilichen Kräfteverhältnisse: Ein Drittel der Delegierten beim Labour-Parteitag waren Neumitglieder, die überwiegend Corbyn gewählt haben und von ihrem Politikverständnis her recht weit links stehen. Die erfolgten Nachwahlen zu zwei Sitzen im National Executive Committee, dem Parteivorstand, geben den Corbyn-Anhängern dort jetzt eine knappe Mehrheit – weitere Wahlen im Herbst lassen für die nächsten zwei Jahre eine Sicherung der Position Corbyns im Parteivorstand erwarten.

In der Fraktion sind solche Kräfteverschiebungen unwahrscheinlich. Von 232 Abgeordneten hatten nur 36 Abgeordnete Corbyns Nominierung für die Wahl zum Parteivorsitzenden unterstützt. Außerhalb dieser Gruppe hat Corbyn keine Aussicht auf Unterstützung. Eine ganze Reihe prominenter Labour-Politiker, allen voran Chukka Ummuna, Tristram Hunt oder Yvette Cooper sind dem Aufruf der „Progress“-Gruppe der Blair-Anhänger gefolgt, nicht im Schattenkabinett von Jeremy Corbyn mitzuarbeiten.⁶ Auch der Appell an Abgeordnete, aus Parteidisziplin loyal zur neuen Führung zu stehen, wird verhallen – war Corbyn selbst doch jahrzehntelang ein Rebell auf den Hinterbänken. Ein Lichtblick für Corbyn sind die ins Parlament aufgerückten Neu-Abgeordneten, da sie mehrheitlich aus einem gewerkschaftsnahen Umfeld kommen.

Bei diesem Kräfteverhältnis wird den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zufallen. Mit dem Entwurf eines neuen Gewerkschaftsgesetzes steht ihnen in den nächsten Monaten ein grundlegender Angriff auf alle ihre politischen Betätigungsrechte ins Haus. Es ist wahrscheinlich, dass diese Bedrohung die Gewerkschaften noch enger an eine linke Labour-Führung rücken wird. Wie das Agieren der Gewerkschaften auf dem Parteitag in Brighton zeigt, muss das nicht heißen, dass die Gewerkschaften z. B. alle außenpolitischen Grundsätze Corbyns unterstützen werden. Es ist durchaus möglich, dass sie diese als politische Verhandlungsmasse ansehen.

Angesichts der tiefen Spaltung in der Partei ist Corbyns Betonung eines „inklusiven, konsensualen Politikstils“ nicht nur Ausdruck eines neuen Vorgehens in der Frage des politischen Prozesses, sondern auch Pragmatik. In Interviews betont er die kollektive Verantwortung der Partei für die Erar-

beitung von politischen Konzepten durch Diskussion und Kompromiss. Auch durch den Hinweis auf die Möglichkeit der Differenz setzt er sich weiter vom autoritären Führungsstil New Labours ab. Gleichzeitig soll dies den Waffenstillstand zwischen den Flügeln stärken und lässt die Möglichkeit offen, dass relevante Teile der Partei (vor allem der Fraktion) später wieder aktiv in der Parteiführung mitarbeiten.

Das Problem dabei ist, dass wichtige linke politische Inhalte nicht zu Parteipolitik werden. Auf dem Parteitag ließ die Parteiführung auf Drängen mehrerer Gewerkschaften eine Debatte zur Modernisierung des britischen Trident-Arsenals nicht zu, weil dies zur Darstellung unversöhnlicher Positionen geführt hätte.⁷ Daraufhin konnte die verteidigungspolitische Schattenministerin Maria Eagle unwidersprochen behaupten, eine Beibehaltung des britischen Atomwaffenarsenals sei „geltende Parteipolitik“ und Corbyns Positionierung gegen die Erneuerung britischer Atomwaffen sei „nicht hilfreich“.

Das Risiko dieser Strategie für Corbyn besteht darin, dass er seine neuen Unterstützer mit Kompromissen enttäuscht, „die der Mehrheit der (blairistischen) Abgeordneten eh nicht genügen werden“, wie es ein BBC-Fernsehjournalist formuliert hat. Die dahinter liegende strategische Frage ist, ob die Parteiführung unter Corbyn den Enthusiasmus der Neumitglieder – z. B. mittels eines Neumitgliederprogramms – nutzen und in ein nachhaltiges politisches Projekt zur demokratischen Umgestaltung der Partei überführen kann. Nur die Verstetigung der Unterstützung durch die Mehrheit der Parteibasis bietet die Aussicht darauf, dass Corbyn und die Parteiführung dem Druck von innerhalb und außerhalb der Partei standhalten können. In diesem Sinne ist es verständlich, dass prominente Labour-Linke wie Owen Jones beginnen, die Sinnhaftigkeit des Ansatzes von „consensual politics“ zu hinterfragen.⁸

Die kommenden Konflikte zum Inhalt der Politik

Nach übereinstimmender Aussage vieler Kommentatoren ist schon jetzt klar, dass sich die Parteilinke in der Grundsatzentscheidung für Anti-Austerität durchgesetzt hat und der Blair-Flügel zumindest bis zu den Wahlen 2020 nicht in der Lage sein wird, diese politische Ausrichtung wieder zu korrigieren, selbst wenn Corbyn stürzen sollte. Dies stellt eine wichtige Bresche in der Front der neoliberalisierten europäischen Sozialdemokratie dar. Die Frage ist jetzt, in welchem Maße sich auch explizit keynesianische Ansätze als Alternative durchsetzen können. Der Kampf wird also um das „wie“ oder „wieviel“ geführt werden, nicht um das „ob“.

Dagegen muss eingeschätzt werden, dass der Gegensatz zwischen der Mehrheit der Fraktion und Corbyn (sowie seinen Anhängern in der Partei) in Fragen der Außenpolitik fundamental bleiben wird. Zur Ablösung des Trident-Systems von nuklearen ballistischen Raketen durch neue atomar bestückte U-Boote, die nächstes Jahr starten soll, wird im Frühjahr eine parlamentarische Vorlage erwartet. Mit Corbyns öffentlicher Antwort auf Maria Eagles Wortmeldung hat die Debatte in der Partei bereits begonnen. Die große Mehrheit der Fraktion wird Corbyn bei seiner Ablehnung nicht folgen. Hier wird wahrscheinlich die Abstimmung freigegeben, so dass sich Abgeordnete nicht an die Fraktionsdisziplin halten müssen. In der Frage der NATO-Mitgliedschaft deutet sich an, dass Corbyn diese Problematik momentan nicht thematisieren will.⁹ In beiden Fragen wird es



zu einer großen innerparteilichen Auseinandersetzung kommen, die Corbyn als Parteiführer angelastet werden.

Noch unklar ist die Position, die die Partei unter seiner Führung zur Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU formuliert. Über diese Frage wird in Großbritannien im kommenden Jahr ein Referendum abgehalten. Während der neue Schatten-Außenminister Hilary Benn verlautbarte, Labour werde „unter keinen Umständen“ für einen Austritt aus der EU werben, relativierte das Corbyn kurze Zeit später mit der Aussage, man dürfe Cameron in der EU-Frage „keinen Blanko-Scheck ausstellen“. Vor dem Hintergrund der einheitlichen Kritik der Linken in Deutschland an der Austeritätspolitik der EU-Institutionen hat die Kritik Corbyns jedoch keine insulare Stoßrichtung mehr (wie noch die Anti-EG-Positionen innerhalb „Old Labours“ in den 70ern) sondern fügt sich in die gesamteuropäische Kritik der Linken an der Neoliberalisierung der Europäischen Union ein.¹⁰ Eine pauschale Anti-EU-Kampagne ist von einer Labour Party unter Corbyn jedoch nicht zu erwarten.

Innenpolitisch werden besonders drei Problemkomplexe Corbyns nächste zwölf Monate beherrschen:

Erstens werden die Wahlen in London, Wales und Schottland als ein erster Test seiner Führerschaft gesehen. Insbesondere in Schottland stellt Corbyn sich die Aufgabe, an die schottischen Nationalisten verlorengegangene Wähler zurückzugewinnen, indem man auch die SNP als Partei der Austerität kennzeichnet.¹¹

Ein zweiter wichtiger Themenpunkt wird die Problematik Immigration werden, bei der Corbyn bislang eine sehr klare Haltung zeigt, Immigration als „große Chance für unser Land“ begrüßt und sich nicht auf Zahlenspiele einlässt.

Drittens geht es um die persönliche Haltung Corbyns zu konstitutionellen Fragen und gegenüber nationalistisch geprägten patriotischen Symbolen und Ritualen. Dieses Detail hat in den letzten Wochen durchaus auch Corbyns Image in der britischen Öffentlichkeit geprägt. Ob ein bekennender Linker die britische Nationalhymne mitsingt oder nicht, ob an Armistice Day zum Gedenken an die britischen Soldaten der beiden Weltkriege eine rote Kokarde tragen soll, sind in der britischen Gesellschaft sehr symbolisch aufgeladene und damit sehr wichtige Ausweise, die einen politischen Repräsentanten schnell definieren können. Distanz kann als Verachtung und Respektlosigkeit ausgelegt werden. Hier hat Corbyn den Medien leider in den letzten Wochen mehrere Anlässe gegeben, ihn in solcher Weise zu beschreiben. Dies macht es reaktionären Kräften leicht, die „patriotische“ Karte zu spielen und ihrerseits die Verletzung von Demokratie und Verfassung zu entschuldigen, wie es skandalöserweise schon jetzt aus Armeekreisen für den Fall der Wahl Corbyns zum Premierminister zu hören ist.¹² Die grundsätzliche Frage, wie mit den Institutionen des Staates umzugehen ist, in dem man Veränderungen erreichen will, steht klar zur Entscheidung an.

Ausblick

Die Wahl Jeremy Corbyns ist ein Hoffnungszeichen für die Erneuerung der Linken und der Sozialdemokratie in Großbritannien. Über dieses Spektrum hinaus hält aber die Dominanz liberal-konservativer Ansichten weiter an. Erste Meinungsumfragen nach Jeremy Corbyns Wahl bestätigen das.¹³ Punkte, die für Corbyn sprechen, sind sein neues Image eines bescheidenen Anti-Politikers, das in vielen Milieus gut

wirken kann, und seine Verankerung in einer jungen kampagnenfähigen Sympathisant/-innenschaft. Inwieweit seine eher akademische Persona aber in der traditionell weißen Labour-Wählerschaft im Norden Englands ankommt, ist abzuwarten.

Mit Camerons Tweet, der Corbyn als „Gefahr für die nationale Sicherheit“ bezeichnete, begann die öffentliche Verteufelung des neugewählten Labourvorsitzenden gleich am ersten Tag seines Amtes. Gegen ihn steht fast der gesamte ideologische Apparat der Konzernpresse, führend hier die Daily Mail. Dazu alle Murdoch-Zeitungen und zunehmend auch die links-liberalen Blätter wie der Guardian und der Independent. Eine Schonzeit von 100 Tagen hat es für Corbyn nicht gegeben. Im Guardian gibt es mit Seamus Milne und Owen Jones noch zwei wirklich ausgesprochene Befürworter des neuen Labourvorsitzenden. Die liberale Linke (von Toynbee bis Freedman) hat ihn als Gefahr für die eigene Beliebtheit identifiziert und bekämpft ihn in ihren Zeitungsspalten.

Corbyn scheint gewillt, seinen konzilianten Kurs des Kompromisses und der Debatte in der Partei vorerst fortzusetzen. Überlegt werden könnte zum Beispiel, die Personalunion zwischen Fraktionsvorsitz und Parteivorsitz später aufzulösen, was dem Parteivorsitzenden mehr politischen Spielraum und weniger Druck der Fraktion einbringen würde. Wenn sich langfristig jedoch der gesamtgesellschaftliche Trend der Dämonisierung der Labourlinken (in der Person Jeremy Corbyns) weiter vertieft, werden die konfrontativen Kräfte in der Mitte und auf der Rechten der Partei weiter an Einfluss gewinnen. Wenn diese Dynamik fortbesteht, ist die Spaltung der Partei bis hin zur organisatorischen Trennung (wie im Jahr 1981 durch die Rechts-Abspaltung der Social Democratic Party) eine langfristig durchaus realistische Möglichkeit. Ob diesen Tendenzen entgegengewirkt werden und die demokratische Umgestaltung der Partei weg vom neoliberalen Charakter und hin zu den linken Inhalten der Mehrheit ihrer Mitglieder gelingen kann, darüber wird vor allem das Engagement der Masse der neuen Mitglieder entscheiden.

Anmerkungen

- 1 Corbyn errang bei den Unterstützern (Sympathisanten) 83,7 Prozent, unter den affilierten Mitgliedern (Gewerkschaftsmitglieder) 57,6 Prozent und bei der zahlenden Mitgliedschaft 49,6 Prozent aller Erstpräferenzen. Siehe <http://www.theguardian.com/politics/2015/sep/12/jeremy-corbyn-wins-labour-party-leadership-election>
- 2 Jeremy Corbyns persönlicher politischer Hintergrund ist die Labour Campaign Group, eine links-traditionelle Strömung in der Unterhausfraktion. Seit der Niederlage Tony Benns in der Auseinandersetzung um die Parteiführung im Jahre 1981 war die Gruppe das Auffangbecken für die politische und gewerkschaftliche Linke in der Partei. Sie hat seither an Einfluss verloren und ist geschrumpft, aber es rückten immer auch neue Abgeordnete nach, wie Corbyn 1983. Die Gruppe bildete die entschiedenste parlamentarische Opposition zu Thatcher und später zu New Labour.
- 3 Unter denen, die dies ausdrücklich hervorheben, sind auch politische Gegner wie der New Labour-Blogger Luke Akehurst oder auch Corbyns Konkurrent um den Labour-Vorsitz Andy Burnham.
- 4 Insgesamt soll Corbyn 150 000 Pfund Wahlkampfhilfe erhalten haben, den größten Anteil von Unite. Siehe <http://www.standard.co.uk/news/politics/unions-pumped-150000-into-jeremy-corbyn-s-labour-leadership-campaign-a2946801.html>.
- 5 Für solche positiven Einschätzungen aus der bürgerlichen Mitte, vgl. z. B. Robert Skidelski, „Taking Corbynomics seriously“, www.project-syndicate.org, 19. August 2015, oder Zoe Williams „Can Corbynomics guru Richard Murphy fix Britain“, *Guardian*, 22.9.2015. Für eine kurze Zusammenfassung aus linker Sicht, vgl. Axel Troost, „Corbynomics“, ND, 30.8.2015.
- 6 Mit der Besetzung des Schatten-Schatzkanzlerpostens mit seinem



Vertrauten John McDonnell hat Corbyn eine Chance vertan, der moderaten Linken in der Fraktion eine Teilhaberschaft am Corbynismus anzutragen. Dem Vernehmen nach wäre die jetzige Schattenministerin für Wirtschaft, Angela Eagle, dazu bereit gewesen, die zweitwichtigste Funktion im Schattenkabinett zu übernehmen. McDonnell konnte allerdings auf dem Parteitag mit einer überzeugenden Rede seine Kompetenz demonstrieren.

- 7 Gleiches geschah mit dem Antrag auf eine Debatte über die Syrien-Krise.
- 8 Siehe <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/sep/29/labour-corbyn-membership-momentum-movement-voters>
- 9 Siehe http://www.telegraph.co.uk/news/politics/Jeremy_Corbyn/11829048/Jeremy-Corbyn-backtracks-on-calls-for-Britain-to-leave-Nato.html
- 10 Das Ergebnis dürfte nachhaltige Konsequenzen für die Beziehungen zwischen Labour und SPD haben. Bekanntlich hatte die SPD bereits Schwierigkeiten damit, angemessen zu gratulieren – es gab bis jetzt noch kein offizielles Glückwunschschreiben der Partei, die medialen Stellungnahmen von Ralf Stegner und Michael Roth ließen die Schwierigkeit zur Positionierung klar erkennen. Erst vor zwei Jahren hatte man auf dem Fundament (scheinbar) unverbrüchlicher ideologischer Einheit eine Konkurrenz-Organisation zur Sozialistischen Internationale, die Progressive Alliance, gegründet. Längerfristig könnte das Ergebnis der Wahl des Labourchefs jedoch auch Fragen an die Parteienfamilie der Europäischen Linken stellen.
- 11 Dies war der Zweck des jüngsten Corbyn-Besuchs in Schottland. Siehe <http://www.scotsman.com/news/politics/top-stories/jeremy-corbyn-leads-attack-on-snp-government-record-1-3899697>
- 12 Die Sunday Times lancierte am 20. September, ein britischer General habe im Zusammenhang mit Corbyns Plänen zum Austritt Großbritanniens aus der NATO im Falle seiner Wahl mit einem Aufstand gedroht. Siehe. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/british-army-could-stage-mutiny-under-corbyn-says-senior-serving-general-10509742.html>
- 13 Siehe <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/jeremy-corbyn-loses-a-fifth-of-labour-voters-with-critics-already-plotting-to-oust-left-winger-10508584.html>

Türkei: Auf die Wahl fixiert

Von Cem Sey, Journalist und Publizist, Berlin

Ganze drei Sommermonate haben genügt, um die Türkei wieder an den Punkt zurückzuwerfen, wo sie vor 13 Jahren stand. Das Land ist tief gespalten zwischen Islamisten und Laizisten, der Krieg zwischen den Kurden und der türkischen Armee ist erneut aufgeflammt und die Wirtschaft befindet sich in einem kritischen Zustand. 2002 befand sich das Land vor einem Aufbruch, an dessen Ende die Vollmitgliedschaft in der EU stehen sollte. Doch heute erscheinen diese EU-Ambitionen vollkommen absurd.

Noch Anfang Juni sah alles recht gut aus. Am 7. Juni wählten die türkischen Staatsbürger ein neues Parlament. Da die meisten Wähler den dominanten, allgegenwärtigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan satt hatten, bestrafte sie seine Partei. Die Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) erlebte nach mehr als einem Jahrzehnt Alleinherrschaft ihre erste Niederlage und verlor die absolute Mehrheit im Parlament. Der Weg war geebnet für den Abgang einer islamistischen Regierung auf friedliche Weise – so wie sie einst an die Macht kam. Es hätte eine erneute Demonstration der Reife der türkischen Demokratie werden können. Aber es kam anders.

Die Stimmenanteile der zumindest auf dem Papier sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei (CHP) und der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) änderten sich bei dieser Wahl kaum. Auch sie zogen wieder ins Parlament ein.

Der große Wahlgewinner war die linke Demokratische Partei der Völker (HDP). Sie besteht zum größten Teil aus kurdischen Aktivisten, schließt aber auch mehrere kleine türkische sozialistische Gruppen ein. Sie stellt den für türkische Verhältnisse einmaligen politischen Versuch dar, die linken Kräfte im Land zusammenzubringen. Am 7. Juni belohnten die Wähler diese Initiative und machten deutlich: Die Linken haben in der Türkei ein nicht zu unterschätzendes Potenzial. Die HDP erhielt mehr als 13 Prozent der Stimmen, überwand die hohe Wahlhürde von zehn Prozent und zog mit Fraktionsstärke ins türkische Parlament ein.

Der eigentliche Erfolg der HDP war aber ein anderer. Vor der Wahl hatte Parteichef Selahattin Demirtas das Ziel der Partei klar formuliert: „Wir werden Erdogans Präsidentschaft verhindern.“ Damit wandte sich die HDP offen gegen den Plan Erdogans, in der Türkei ein Präsidialsystem einzuführen und sich selbst zum Präsidenten küren zu lassen. Ohne die HDP im Parlament wäre es kaum möglich gewesen, dieses Vorhaben zu stoppen. Denn obwohl die AKP längst keine verfassungsgebende Zweidrittel-Mehrheit mehr besaß, gestattet die türkische Gesetzgebung Verfassungsänderungen durch Referenden, die mit einfacher Mehrheit – quasi durch die Hintertür – angesetzt werden können. Darauf zielten Erdogan und die AKP, und das hat die HDP mit ihrem Einzug ins Parlament vorläufig verhindert.

In den ersten Tagen nach der Wahl wehte in der Türkei ein laues Lüftchen des Optimismus. Die HDP feierte ihren Sieg. Auch die Anhänger von CHP und MHP verspürten ein langersehntes Glücksgefühl. Denn vor allem diese Wähler hatten seit Jahren den Eindruck, mit dem Rücken an der Wand zu stehen. Dass Erdogan in eine Art Schockstarre verfallen war, entzückte die Mehrheit der Menschen. Es vergingen Tage, bis der Präsident sich wieder in der Öffentlichkeit zeigte. Doch dann bewies er, dass seine Gegner sich zu früh gefreut hatten.

Neue Strategie, neuer Versuch

Das Stehaufmännchen Erdogan passte sich und seine Strategie rasch den neuen politischen Realitäten an. Aus seiner Sicht ging es jetzt darum, die Wähler daran zu erinnern, wie schwer es in der Vergangenheit gewesen war, Koalitionen zu schmieden und dauerhaft zu machen. Sie sollten begreifen, dass sie schwerwiegende Folgen erwarteten, sollten sie Erdogan die Macht verweigern, die er für sich beansprucht. Damit das auch jeder versteht, prägte er – mehrere Wochen, mehrere Gewalttaten und Dutzende Tote später – den berühmten Satz: „Wenn ihr mir die notwendigen 400 Abgeordneten gegeben hättet, wäre das alles nicht passiert!“

Zunächst galt es aber den Schein zu wahren und die üblichen Prozeduren einer Demokratie auszuschöpfen.

Die naheliegende Koalition war eine aus AKP und CHP. Sie hätte eine satte Mehrheit, die Unterstützung der Wirtschaft sowie der Verbündeten im Ausland gehabt und wäre in der Lage gewesen, die in den letzten Jahren in der Gesellschaft entstandene gefährliche Kluft zwischen Islamisten und Laizisten zu überwinden. Selbst die HDP zeigte sich offen für eine solche Konstellation, denn diese bot die reale Chance, den Friedensprozess zwischen Türken und Kurden voranzutreiben.

Doch nach wochenlangen Verhandlungen erklärte der amtierende Ministerpräsident und AKP-Chef Ahmet Davutoglu diesen Versuch für gescheitert – zur Überraschung der



CHP-Vertreter, die offensichtlich dachten, sie stünden kurz vor einer Einigung.

Auch der kurze Versuch, eine AKP-MHP-Koalition zu bilden, misslang sehr schnell – diesmal vor allem an hartnäckigem Widerstand in der MHP.

Was viele in diesen Junitagen ahnten und heute im Grunde genommen wissen: Alle diese Koalitionsgespräche waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Denn Erdogan hatte offenbar bereits in den Tagen, da er in seinem pompösen Palast in Ankara verschwunden war, seine Entscheidung getroffen: Es durfte keine Einigung geben. Am 1. November sollte eine Neuwahl stattfinden, die er spitzfindig „erneute Wahl“ nennt, um die Wähler daran zu erinnern, dass sie ihre erste Chance, „das Richtige zu tun“ verpasst haben.

Erdogan hatte nicht nur beschlossen, die Wahl zu wiederholen, sondern auch bei der Wahlstrategie der AKP zu bleiben, obwohl er als gewählter Staatspräsident laut Gesetz zu den Parteien Distanz halten muss. Aber Gesetze interessieren Erdogan seit Jahren nicht mehr – vor allem dann, wenn sie ihm im Wege stehen.

Erdogans neue Wahlstrategie war die alte, nämlich die HDP wieder unter die Zehn-Prozent-Hürde zu drücken, und sich so die notwendige Abgeordnetenzahl zu sichern, um das Präsidentsystem einführen zu können. Da diese Strategie aber schon einmal gescheitert war, mussten die Bedingungen im Land vor der Wahl grundsätzlich verändert werden. Dazu diente ein grausiger Anschlag in einer kleinen Stadt an der Grenze zu Syrien.

Gewalt – eine Wahlstrategie?

Gegen Mittag des 20. Juli sammelten sich ca. 300 junge Menschen im Garten eines Vereinsgebäudes in Suruc. Die meisten waren in ihren zwanzigern und gehörten der Jugendorganisation einer kleinen und wenig bekannten sozialistischen Gruppierung, der Sozialistischen Partei der Unterdrückten (ESP) an. Sie trafen sich in Suruc mit kurdischen Jugendlichen. Anschließend wollten sie zusammen die Grenze nach Syrien überschreiten, um in Kobane, das im Widerstand gegen die IS fast gänzlich zerstört worden war, einen Kindergarten und einen Kinderspielplatz zu bauen.

Der 20jährige Student Seyh Abdurrahman Karagöz war Islamist und hatte Kontakte zum IS in Syrien. Er mischte sich unter die Sozialisten und sprengte sich und 31 weitere Jugendliche in die Luft – eine bislang unbekannte Form des Anschlages in der an politische Gewalttaten gewöhnten Türkei.

Die Bluttat löste in der türkischen Gesellschaft große Empörung aus. Wenn man seit dem Militärputsch von 1980 sozialistische Ideen und Gruppen hier auch mit Vorsicht betrachtet, ließ dieser Massenmord an so jungen Menschen doch kaum einen kalt. Aber damit hörte die Gewalt nicht auf.

Zwei Tage später wurden zwei junge Polizisten in ihrer WG in Ceylanpinar, ebenfalls einer Grenzstadt zu Syrien, in den frühen Morgenstunden im Schlaf überrascht und regelrecht hingerichtet. Am gleichen Tag, diesmal in Istanbul, wurde ein Mann auf der Straße erschossen. Er war ein Sympathisant des IS, der dies auch in den sozialen Medien kundgetan hatte. Drei Tage später folgte in der Nähe der kurdischen Stadt Lice ein Anschlag auf einen Militärkonvoi, bei dem zwei Wehrpflichtige ums Leben kamen.

Organisationen, die der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahestehen, übernahmen die Verantwortung für diese Taten.

Diese wurden von der PKK-Führung einige Tage später zwar als „Eigeninitiative lokaler Kämpfer“ abgetan, aber die Regierung in Ankara war ohnehin fest davon überzeugt, dass die PKK nach langer einseitiger Feuerpause ihren Krieg gegen den Staat wieder aufgenommen habe. Das bestritt die PKK auch nicht. Im Gegenteil, es folgten Erklärungen der Organisation, warum dies nun notwendig sei.

Die türkische Armee antwortete mit Bombenangriffen auf PKK-Stellungen in der Türkei und im Irak. Die Regierung erklärte zwar, dass sie auch gegen den IS mit aller Härte vorgehen werde, beschränkte sich aber auf kleine Luftschläge gegen IS-Stellungen unmittelbar an der türkischen Grenze, aus denen hin und wieder auf türkische Grenzsoldaten geschossen wurde. Mittlerweile hat der IS diese Stellungen aufgegeben. Seitdem gibt es auch keine türkischen Militäroperationen gegen den IS mehr.

Die Gewalt zwischen der PKK und den türkischen Sicherheitskräften hingegen schaukelte sich über die Sommermonate hoch. Seit dem Anschlag in Suruc haben auf beiden Seiten bereits mehrere Hundert Menschen ihr Leben verloren, darunter 81 Polizisten oder Soldaten, die übrigen PKK-Kämpfer und Zivilisten.

Die Lage verschärfte sich vor allem, nachdem die PKK-nahe Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) Mitte August in mehreren Orten Kurdistans einseitig die Autonomie erklärte. Parallel zu diesen Erklärungen bereiteten kurdische Aktivisten diese Orte für die Verteidigung gegen Aktionen der türkischen Sicherheitskräfte vor, indem sie auf den Einfallstraßen Barrikaden errichteten. Gleichzeitig nahmen spontane Straßenkontrollen durch PKK-Kämpfer in der Region zu.

Der türkische Staat reagierte, wie jeder andere Staat auf eine solche Entwicklung reagieren würde: mit dem Versuch, seine Autorität wiederherzustellen. Mehrere Gebiete – nicht nur die Ortschaften, die Autonomie erklärten – wurden zu „besonderen Sicherheitszonen“ erklärt, was praktisch einer Ausgangssperre gleichkommt. Jeder, der unerlaubt in diese Zonen eindringt, riskiert erschossen zu werden. Zwar verteidigten die türkischen Behörden diese Maßnahme damit, dass sie verpflichtet seien, die staatliche Hoheit wiederherzustellen, aber es ist ein offenes Geheimnis, dass sie nur auf eine Gelegenheit gewartet haben, die kurdische Bevölkerung wegen ihrer Unterstützung der HDP zu bestrafen,.

Cizre – ein weiterer Ort an der Grenze zu Syrien – wurde in diesen Tagen zum Symbol der blutigen Auseinandersetzungen und des Leidens der Kurden. Über eine Woche dauerte die Belagerung der Stadt durch Spezialeinheiten der Polizei. Augenzeugen berichteten, die Polizisten hätten auf alles geschossen, was sich bewegte. Mehrere Zivilisten kamen durch gezielte Schüsse von Scharfschützen ums Leben. Am Ende der Belagerung war die Bilanz 21 tote Einwohner, darunter mehrere Kinder und alte Menschen.

Parallel zu den Kämpfen gegen die kurdische Guerilla begann die AKP im Westen des Landes eine Kampagne gegen die gesamte Opposition. Vor allem Medien, die sich noch gegen die Regierung stellen, werden seit Wochen für alles, was sie schreiben oder berichten, vor Gericht gezerrt. Der Vorwurf ist fast immer gleich: Unterstützung einer Terrororganisation.



Die HDP in Bedrängnis

Die Gewalt dauert an und kostet täglich mehrere Menschenleben. Wem diese gefährliche Wende am Ende politisch nutzen wird, ist noch nicht klar. Nur eines ist sicher: Die HDP ist zumindest organisatorisch in Bedrängnis.

In den vergangenen turbulenten Wochen wurden über hundert HDP-Büros angegriffen. Einige wurden in Brand gesteckt. An anderen Orten wurden HDP-Mitglieder und Aktivist*innen überfallen. Die Regierung und die ihr nahestehenden Medien hetzen Türken gegen Kurden und die HDP. Die HDP findet auch bei der PKK keine solide Unterstützung. Manche PKK-Führer äußern sich kritisch zu dieser Partei. Sie habe die Lage nach der Wahl völlig falsch eingeschätzt, heißt es oft.

HDP-Abgeordnete geben in persönlichen Gesprächen zu, dass ihnen unter diesen Umständen ein Wahlkampf wie vor dem 7. Juni nicht gelingen wird. Denn vor allem im „türkischen“ Westen des Landes ist die Partei nicht mehr sicher, ob sie Wahlveranstaltungen durchführen kann, ohne dass Blut vergossen wird.

Selbst wenn ihr das gelingen sollte, sind Versuche der Regierung nicht zu übersehen, die HDP oder zumindest ihre führenden Kader juristisch in die Ecke zu treiben. Manche spekulieren sogar, dass der HDP die Teilnahme an der Wahl verweigert wird. Und das nicht ohne Grund.

Erdogans Strategie droht das Scheitern

Mit seiner Strategie der kontrollierten Eskalation beabsichtigt Erdogan die HDP zu vernichten und die Chancen der AKP bei der Wahl am 1. November zu verbessern. Ob er dieses Ziel ohne weiteres erreicht, ist fraglich. Das zeigen alle Umfragen. Verschiedene Wahlforschungen ergeben, dass die Gewaltwelle zwar die Stimmung im Land extrem angeheizt und die Feindschaft zwischen den Menschen vertieft hat. Von einem Umschwung des Politbarometers zugunsten der AKP kann aber keine Rede sein.

Umfragen deuten darauf hin, dass die AKP eventuell einen Prozentpunkt mehr Stimmen bekommen könnte. Doch das ist nicht sicher. Denn erstens scheint die HDP ihre Wähler auch ohne Kampagne im Großen und Ganzen zusammenhalten zu können, und zweitens steigt die Unterstützung anderer Oppositionsparteien ebenfalls an.

Wenn für die AKP alles gut läuft, hat sie eine geringe Chance, die absolute Mehrheit zurückzuerobern. Doch diesmal wäre diese voraussichtlich sehr knapp. Mit einer so unsicheren Mehrheit den Kampf für einen Systemwechsel gegen mittlerweile noch stärker von Hass erfüllte Gegner zu führen wäre sehr riskant. Doch bisher deuten die Umfragen nicht einmal auf einen solchen knappen Erfolg der AKP hin. Wenn die Wahl heute stattfinden würde, wäre das Ergebnis nicht wesentlich anders als am 7. Juni.

Was wird dann passieren?, fragen sich nun viele. Eine berechtigte Frage.

Denn wenn das Wahlergebnis am 7. Juni für Erdogan und die ihm weiterhin sklavisch ergebene AKP nicht akzeptabel war, wird das auch am 1. November so sein. Wird Erdogan dann seine Niederlage eingestehen und sich in seinen Palast zurückziehen? Oder wird er versuchen, die Gesetze und Vorschriften weiterhin frei zu interpretieren, um sich und seine Truppe an der Macht zu halten? Falls er das tut – wie werden andere politische Kräfte darauf reagieren?

Diese Fragen werden heute von allen Beobachtern und politischen Kommentatoren in der Türkei unüberhörbar gestellt. Aber keiner hat eine Antwort darauf.

Es könnte auch schlimmer kommen, befürchten einige. Sie spekulieren, dass die seit mehreren Jahren als „gezähmt“ geltenden Militärs wieder einen Putsch wagen könnten. Doch niemand weiß, ob die Falken in der AKP für diesen Fall vorgesorgt und insgeheim ihre eigenen Milizen in Stellung gebracht haben. Dann könnten in Anatolien syrische Verhältnisse drohen.

Regionale Einflüsse

Die Türkische Republik hält sich seit ihrer Gründung vom Sumpf des Nahen Ostens fern. Viele hohe Vertreter der türkischen Politik sehen in der Region südlich der Türkei eine Art „Abfluss der Geschichte“, in dem jeder, der ihm zu nahe kommt, fortgespült wird.

Die AKP-Regierung versuchte in ihren ersten erfolgreichen Jahren sich im Nahen Osten einzubringen, ohne fortgespült zu werden. Sie spielte eine wichtige Rolle bei den Bemühungen im Irak, die Gegner der US-Truppen zu überzeugen, mit den Amerikanern zu reden. So wurde der Weg zum Abzug der US-Truppen geebnet. Der AKP-Regierung war es anfangs auch gelungen, Syrien und Israel zu Friedensgesprächen zusammenzubringen, bis der Gaza-Krieg die Hoffnung auf Versöhnung wieder einmal zerstörte.

Als dann der arabische Frühling kam, reagierte Ankara zu falsch und die AKP-Außenpolitiker lehnten sich zu weit aus dem Fenster. In der Annahme, der Westen werde notfalls überall militärisch intervenieren, beanspruchten sie die Vorreiterrolle der Demokratiebewegung. Ihr Kalkül war es, dass die Muslimbruderschaft, zu der die AKP gute Beziehungen pflegt, in allen arabischen Ländern die Macht an sich reißen werde. Erdogan und Davutoglu rechneten damit, dass sie zwischen den neuen Herrschern der arabischen Staaten und dem Westen vermitteln und so die Führerschaft in der Region übernehmen könnten.

Spätestens mit Syrien ist diese Strategie gescheitert. Statt eine führende Rolle zu spielen, wurde die Türkei immer mehr Teil einer sunnitischen Koalition, die im Nahen Osten mit Teheran um die Vorherrschaft ringt.

Seit dem Aufstieg des Islamischen Staates in Syrien und Irak weht der Wind stark gegen Ankara. Der Westen hat die Hoffnung verloren, unter den Aufständischen in Syrien „demokratische“ oder zumindest „moderate Muslime“ zu finden. Der Iran hat seinen langjährigen Disput mit dem Westen um die Atomtechnologie beigelegt. Und schließlich stieg Rußland mit seinem ganzen politischen und militärischen Gewicht im Nahen Osten ein.

Das Ergebnis ist für die Türkei verheerend. Das Land hat das Vertrauen seiner westlichen Verbündeten verloren, auch wenn das nicht offen ausgesprochen wird. Ankara findet im Nahen Osten keine Freunde mehr außer den Muslimbrüdern, die sich selber auf dem Rückzug befinden. Weder Iran, noch radikal islamistische Organisationen wie Al Qaida, noch neue Verbündete auf dem Papier, wie Katar oder Saudi Arabien reichen der AKP die Hand. Denn sie alle mussten bis vor kurzem noch mitansehen, wie Ankara sie mit listigen Intrigen zu verdrängen suchte.

Heute ist das Verhältnis umgekehrt: Nicht die innenpolitische Machtbalance entscheidet, was die Türkei in der Region tun wird, sondern die Entwicklungen im Nahen Osten



zwingen türkische Politiker, ihre Innenpolitik den Machtverhältnissen in der Region anzupassen.

Anstatt, wie geplant, den Nahen Osten politisch und wirtschaftlich zu erobern, droht die Türkei im Sumpf des Nahen Ostens unterzugehen. In den letzten Jahren häufen sich Anschläge im Süden des Landes, hinter denen der syrische Geheimdienst vermutet wird. Dafür nutzen die Syrer offenbar zwielichtige linke türkische Organisationen, zu denen sie seit dem Militärputsch von 1980 Kontakt haben.

In den letzten Monaten wird auch befürchtet, der Iran könnte die PKK für seine Zwecke instrumentalisieren. Dass die PKK die aktuelle Gewaltwelle nahezu begeistert mitmacht und damit vor allem die HDP in die Zwickmühle bringt, nährt solche Spekulationen. Denn eine vernünftige Erklärung für diesen Krieg zu einer Zeit, da die kurdische und türkische Linke gemeinsam so erstarkt sind, wie nie zuvor in der Geschichte des Landes, gibt es nicht.

Unsichere Zukunft

Von Krisen in der Region umgeben, mit einer Regierung und einem Präsidenten im Lande, die zu jedem Risiko bereit sind, um sich an der Macht zu halten, steuert die türkische Gesellschaft in eine ungewisse Zukunft. Da Regierung und Präsident in den letzten Jahren nicht nur die Justiz, den Polizeiapparat und die Medien unter enormen politischen Druck setzen, sondern seit Juni auch das letzte Element eines demokratischen Staates, die Wahlen, zu manipulieren suchen, gibt es keine Fixpunkte mehr, um einen Blick in die Zukunft zu wagen.

Deshalb sind die Menschen in der Türkei so auf die kommende Wahl fixiert. Sie hoffen, dass sie Klarheit schafft. Wenn auch diese letzte Hoffnung zerbricht, kann das Land in eine Schiefelage geraten, aus der es nicht leicht wieder herauskommen wird.

Umbrüche in Nahost: Was wird aus der Palästina-Frage? – Die Zwei-Staaten-Option auf dem endgültigen Prüfstand¹

Von Karin Kulow, Mitbegründerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik (FIP) sowie des dazu gehörigen Arbeitskreises „Gerechter Frieden in Nahost“

Eine der Fragen, die sich im Kontext der gegenwärtigen tiefen Umbrüche in der Nah- und Mittelost-Region zuvörderst stellt, ist die nach dem weiteren Schicksal der Palästina-Frage. Dem hiesigen Medien- und allgemeinen öffentlichen Interesse nach zu urteilen, scheint sie gegenwärtig auffällig an den Rand gedrängt. Dabei hängt es auch von ihr wesentlich ab, ob es überhaupt einmal gelingen wird, diese konfliktgeladene Region dauerhaft zu befrieden.

Die Palästina-Frage ist wie das ebenfalls ungelöste Kurdenproblem – ein originäres Produkt der im Ergebnis des Ersten Weltkrieges entstandenen und derzeit in Auflösung befindlichen Regionalordnung. Diese wurde auf den Ruinen des fast sieben Jahrhunderte lang in der Region vorherrschenden Osmanischen Reiches unter dem Diktat der damaligen imperialen Großmächte Großbritannien und Frankreich

gemäß deren ausgekugelmtem Interessenausgleich geformt. Die Palästinenser waren davon unmittelbar und äußerst nachhaltig betroffen, da ihr Siedlungsraum qua Balfour-Deklaration von Großbritannien im Jahre 1917 gleichzeitig der Zionistischen Weltorganisation zur „Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ anheimgestellt wurde. Die Kurden hingegen zwang man durch Zerstückelung ihres ehemals zusammenhängenden Siedlungsgebietes und dessen Aufteilung auf mehrere Länder in die Rolle von Minderheiten in ihnen fremden Staaten. Während sich nun im Zuge der neu entstehenden Regionalordnung für die Kurden, wenn auch teilweise unter hohen Opfern, zumindest partiell die Chance abzeichnet, das ihnen bislang verwehrtete Recht auf Selbstbestimmung wirksamer zur Geltung zu bringen,² sieht es für die Palästinenser hinsichtlich der Verwirklichung ihres Traumes von einer Eigenstaatlichkeit düsterer aus denn je. Vieles spricht nämlich dafür, dass gerade den eingefleischten Gegnern der Zwei-Staaten-Lösung die gegenwärtigen Wirren in der Region sehr zupasse kommen. Solange sich der Fokus von internationaler Politik und Medien auf den IS und dessen Versuch richtet, die mit dem Osmanischen Reich eigentlich untergegangen geglaubte Kalifatsstaatsidee gewaltsam wiederzubeleben, glauben sie bei der Schaffung irreversibler „facts on the ground“ umso weniger behelligt zu werden. Die von den Palästinensern angestrebte Errichtung eines eigenen lebensfähigen Staates an der Seite Israels und entsprechend den völkerrechtlichen Grundlagen verliert damit täglich weiter an realen Erfolgsaussichten. Unter Experten besteht mittlerweile eigentlich nur noch Uneinigkeit darüber, ob die Zwei-Staaten-Option schon als gänzlich obsolet anzusehen ist oder inwieweit noch eine minimale Realisierungschance existiert. Dies liegt auch daran, dass es der internationalen Gemeinschaft über die Jahrzehnte an der notwendigen Entschlossenheit gemangelt hat, ihren einschlägigen Beschlüssen ein entsprechendes Handeln folgen zu lassen. Dadurch wurde es Israel nolens volens gestattet, seine Stärkeposition gegenüber den Palästinensern in vollem Maße auszuspielen; sich immer wieder mit seinem Ansinnen zu behaupten, dass der Konflikt ausschließlich im bilateralen Verhältnis beizulegen sei. Oder, anders gesagt, beim Umgang mit der Palästina-Frage statt des Völkerrechts die an den eigenen spezifischen Interessen ausgerichteten Parameter gelten zu lassen.

Obwohl die Grundlagen dafür ziemlich klar umrissen sind, sollen sie hier kurz in Erinnerung gerufen werden: Den Ausgangspunkt für die Zwei-Staaten-Lösung hat zweifellos der UN-Teilungsplan gebildet, fixiert in der Resolution 181 vom 29. November 1947. Darin war festgelegt, auf dem vorherigen britischen Mandatsgebiet Palästina zwei unabhängige Staaten zu errichten sowie Jerusalem als ein „corpus separatum“ zu verwalten.³ Gemäß den UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 (1967) und 338 (1973) ist Israel unmissverständlich aufgefordert, die von ihm während des 1967er Krieges besetzten palästinensischen Territorien wieder zu räumen. Eine Aufforderung, der es sich bekanntlich bis heute vehement und mit den verschiedensten Winkelzügen widersetzt und damit Völkerrechtsbruch begeht. Auch seine im Zuge dessen immer massiver betriebene Siedlungspolitik widerspricht völkerrechtlichen Regelungen. Sie stellt eine eklatante Verletzung der Vierten Genfer Konvention von 1949 dar, wonach es einer Besatzungsmacht verboten ist, in den von ihr besetzten Gebieten permanente Veränderungen vorzu-



nehmen bzw. eigene Bevölkerungsteile dorthin zu verbringen sowie die indigene Bevölkerung – unter welchen Motiven auch immer – zu vertreiben. Auch ist das unveräußerliche Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Existenz in einem unabhängigen Palästina-Staat in UN-Resolutionen verschiedenster Art immer wieder neu bekräftigt worden. Darunter in den Resolutionen 43/176 vom 15. Dezember 1988 und 66/17 vom 30. November 2011, in denen „die Notwendigkeit des israelischen Rückzugs aus allen 1967 besetzten palästinensischen Territorien, einschließlich Jerusalem, der Realisierung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, zuvörderst das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf einen unabhängigen Staat, einer gerechten Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems in Konformität mit der Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948 sowie die vollständige Beendigung aller israelischen Siedlungsaktivitäten in den besetzten palästinensischen Territorien, einschließlich Jerusalem,“ betont wird. Daher nimmt es nicht wunder, dass die Palästina-Frage auch die mehrheitliche Unterstützung der UN-Vollversammlung erfährt. So bei der Aufnahme als Beobachterstaat und als Mitglied in den verschiedenen UN-Unterorganisationen bis hin zum Internationalen Gerichtshof. Auch ist der Staat Palästina inzwischen bereits von rund drei Vierteln der UN-Mitgliedstaaten anerkannt.

Nicht zufällig wollen verschiedenste Vertreter der politischen Elite Israels heute von diesem UN-Teilungsplan nichts mehr wissen,⁴ weil sie den Palästinensern das Recht auf einen eigenen Staat auf dem Boden des historischen Palästina generell abzuspochen suchen. So resultiere nach Meinung von Ex-Minister Moshe Arens, zugleich heutiger Vorsitzender des Internationalen Büros des Universitätszentrums in Ariel,⁵ „die palästinensische Idee von einem separaten Palästina-Staat neben Jordanien“, ohnehin nur aus jenen nationalistischen Ideologien (gemeint ist wohl der Baathismus – K. K.), die nunmehr gescheitert seien und die Ursache der aktuell ausgelösten Flüchtlingsbewegung aus dem Nahen Osten in Richtung Europa bildeten. Dies sei ein weiterer Beweis für die völlige Destruktivität der Zwei-Staaten-Lösung auf dem Boden des historischen Palästinas, die letztlich nur dem IS zum Überleben ver helfe.⁶ Dies klingt umso befremdlicher, als Israel diesem Teilungsplan seine eigene Staatsgründung verdankt. Dementsprechend vermögen auch die Palästinenser ihr Recht auf Eigenstaatlichkeit davon abzuleiten.

Hier soll nicht ausgeblendet werden, dass auch Palästinenser und Araber bis etwa Mitte der 1970er/Anfang der 1980er Jahre mit diesem UN-Teilungsbeschluss ernsthaft haderten und sich sichtlich schwer damit taten, ihn zu akzeptieren. Sie sahen sich als das Opfer für den von ihnen nicht zu verantwortenden Holocaust, das man zu dem äußerst schmerzhaften Verzicht auf das historische Palästina gezwungen hatte. Dies allein jedoch als Rechtfertigung für das völkerrechtswidrige Vorgehen Israels in der Palästina-Frage gelten zu lassen ist gleichfalls nicht akzeptabel. Nicht nur hat die PLO 1993 ausdrücklich „das Recht des Staates Israel, in Frieden und Sicherheit zu existieren anerkannt“.⁷ Überdies hat die Arabische Liga mit der auf ihrem Gipfeltreffen 2002 in Beirut verabschiedeten und 2007 in Riad erneut bekräftigten „Arabischen Initiative“ Israel deutlich die Hand zum Frieden gereicht,⁸ die allerdings bislang ausgeschlagen worden ist.

Gewieftes israelisches Spiel zur Verhinderung eines Palästina-Staates

Ohne jeden Zweifel ist Israel hauptverantwortlich dafür, dass die Zwei-Staaten-Option als Mechanismus zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts nunmehr auf dem endgültigen Prüfstand steht. Mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Insbesondere seit der Likud 1977 erstmals die Macht übernommen hat, ist der Siedlungsbau zum Zwecke der Verhinderung eines Palästina-Staates westlich des Jordans beharrlich vorangetrieben worden. Das trifft auch auf die Ministerpräsidenten von Benjamin Netanyahu zu, der seinerzeit Jitzhak Rabin wegen der von ihm unterzeichneten Osloer-Vereinbarungen in besonders entwürdigender Weise mit Bezug auf die Nazizeit attackiert hatte. Dass Netanyahu keinen Staat Palästina an der Seite Israels respektieren will, hat er schon mehrfach deutlich gemacht. Auch wenn er seine unmittelbar vor Ende des Wahlkampfes Mitte März 2015 getroffene Aussage, wonach es mit ihm an der Macht keinen Palästina-Staat geben werde, danach als etwas, was besser hätte nicht gesagt werden sollen, zu relativieren versuchte. So ließ er am 20. Mai vor seinem Treffen mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini in Jerusalem verlauten, dass er die Zwei-Staaten-Lösung nach wie vor für gültig und gut heiße. Gemessen an der vor Ort betriebenen Politik ist jedoch jegliches Bekenntnis israelischer Regierungsvertreter zur Zwei-Staaten-Lösung nichts weiter als reine Rhetorik.

Die aus den März-Wahlen 2015 hervorgegangene Netanyahu-Regierung denkt noch weniger als alle vorherigen daran, ihre die Zwei-Staaten-Lösung unterminierende Siedlungspolitik aufzugeben – schon gar nicht in Jerusalem, welches 1980 zur ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels erklärt wurde. Offensichtlich verlässt sie sich unbeirrt darauf,⁹ auch weiterhin deswegen mit keinerlei Sanktionen belegt zu werden, wie es vergleichsweise Russland wegen seiner Krim-Politik widerfahren ist. Gegenwärtig wird mit Hochdruck daran gearbeitet, in Leshem im nordwestlichen Teil der Westbank einen weiteren Siedlungsblock zu errichten – neben den bereits hinter der 1967er Grenzlinie existierenden Siedlungsblöcken, deren Eingliederung in den israelischen Staatsbestand bereits als sakrosankt gilt. Für den linksliberalen Haaretz-Korrespondenten Gideon Levy liegt mit dem Siedlungsblockbau in Leshem klar auf der Hand: „In kurzer Zeit, wenn die Konstruktion in dieser Siedlung abgeschlossen ist und weitere tausende Siedler in die 600 Wohnstätten eingezogen sind, und wenn Ariel sowie dessen umliegende Kommunitäten ebenso als ein ‚Siedlungsblock‘ anerkannt sind – unilateral gemäß dem israelischen Konsens und somit als nicht mehr evakuierbar geltend – wird sich Israel selbst dazu gratulieren können, seinen Job getan zu haben: den Abort des ungeborenen Staates Palästina.“¹⁰

Jegliche Kritik an alledem wird von der israelischen politischen Elite strikt zurückgewiesen, selbst, wenn sie vom Präsidenten jenes Landes geäußert wird, welches der engste Verbündete Israels ist. Davon betroffen ist Obama, vor allem wegen seiner Kairoer Rede 2009 und des ihm darin unterstellten Kurswechsels gegenüber Israel. So seien die israelischen Siedlungen in der Westbank im bilateralen Verhältnis zwar schon oft strittig gewesen; aber Kritik daran stets nur „hinter verschlossenen Türen“ erfolgt. Noch weniger als dies verziehen wird ihm aber, dass er seine Kritik an der Sied-



lungspolitik auch noch auf Jerusalem bezogen und zudem erstmals überhaupt die 1967er-Grenzlinie als Israels künftige Staatsgrenze ins Spiel gebracht hat.¹¹ Das hat zu ziemlich skurrilen Verstimmungen zwischen Tel Aviv und Washington geführt und lässt die israelische politische Elite sehnsüchtig auf das Ende der Obama-Präsidentschaft warten.

Aber es ist durchaus nicht allein der Siedlungsbau – obwohl auf ihm das Schwergewicht ruht, da er die Frage des Staatsterritoriums wie dessen Lebensfähigkeit unmittelbar beeinflusst – worin sich die schleichende Unterwanderung der Zwei-Staaten-Lösung durch das israelische Establishment dokumentiert. Gleichzeitig zu beobachten sind Bestrebungen, die staatspolitische Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die ohnehin nur über knapp ein Fünftel des völkerrechtlich für den Palästina-Staat vorgesehenen Territoriums, der so genannten Zone A, die alleinige Kontrolle ausübt, noch weiter zu beschneiden. Deren Rolle soll auf eine Art Kommunalverwaltung zur Erfüllung entsprechender Versorgungsaufgaben zurechtgestutzt werden. Darin eingeschlossen ist die zielgerichtete Desavouierung des PA-Vorsitzenden Mahmoud Abbas, den maßgebliche israelische Politiker wie Medien trotz seines beharrlichen Eintretens für eine ausschließlich politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts als ungeeigneten Verhandlungspartner hinzustellen suchen.

Die Spaltung der palästinensischen Nationalbewegung versetzt die israelische politische Klasse in die Lage, ein intrigantes Doppelspiel zu treiben: Einerseits fungiert Hamas als geeignetes Feindbild und wird dabei sogar mit IS gleichgesetzt. Jede Einheitsregierung zwischen Fatah und Hamas wird verteufelt und strikt abgelehnt. Andererseits sucht Israel von den Rivalitäten zwischen Hamas und Fatah zu profitieren und beide gegeneinander auszuspielen. So hat insbesondere der unter bewusster Ausschaltung der PA 2005 aus dem Gaza-Streifen erfolgte Rückzug Israels einschließlich der Beseitigung dortiger Siedlungen den Spaltpilz zwischen Fatah und Hamas weiter genährt, bis es 2007 zur politischen wie territorialen Spaltung zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen kam. Seither haben es die Palästinenser im Prinzip mit zwei Regierungen zu tun, weshalb alle bisherigen Versuche zur Aussöhnung bislang gescheitert sind. Auf jeden Fall schwächt die derzeitige Situation die Position der Palästinenser gegenüber Israel noch zusätzlich; denn sie spielt all jenen – auf israelischer wie auf palästinensischer Seite – in die Hände, die, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, die Realisierung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit in den Grenzen von 1967 und mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt unter allen Umständen zu verhindern trachten.

Zudem ist auffällig, dass – in dem Maße, wie sich die „facts on the ground“ immer nachhaltiger zuungunsten der Zwei-Staaten-Lösung entwickeln, darunter die in der Zone C mittlerweile schon um fast ein Fünftel höher liegende Zahl der angesiedelten Kolonisten als die der dort ansässigen palästinensischen Bevölkerung sowie die rapide wachsende Zahl zerstörter palästinensischer Einrichtungen¹² – nun verschiedenste Pläne kursieren, die auf eine mögliche Annexion der Westbank ausgerichtet sind. (Im allgemeinen israelischen Sprachgebrauch wird in Bezug auf die Westbank mittlerweile nahezu durchweg von Judäa und Samaria gesprochen.) Das betrifft beispielsweise den vom früheren Wirtschafts- und jetzigen Bildungsminister Naftali Bennet, dem

Vorsitzenden der Ha Bajit ha Jehudi-Partei, (Das jüdische Haus) vor geraumer Zeit unterbreiteten Vier-Stufen-Plan,¹³ der offenkundig auch innerhalb des Likud viel Sympathie zu genießen scheint und auf die Annexion der bislang unter alleiniger israelischer Kontrolle stehenden Zone C hinausläuft. Es betrifft aber auch solche Pläne, die auf der Idee einer jüdischen Ein-Staat-Lösung basieren – getragen von dem religionsideologischen Ansatz, wonach es sich bei der Westbank um den Juden von Jahve verheißenes Land handele. Deren Realisierung ginge zwangsläufig mit der Umwandlung Israels in einen reinen Apartheid-Staat einher – weit entfernt von dem bisherigen eigenen Anspruch, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein.

Neben dem Mainstream sind in Israel jedoch auch andere Stimmen zu vernehmen, selbst wenn sie sich nur schwer Gehör verschaffen können. Außer der Israelischen KP und dem von ihr geführten Wahlbündnis CHADASCH, welche seit Jahrzehnten für die Zwei-Staaten-Lösung eintreten, sind es vor allem die unermüdlich wirkenden zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen und mutige Bürger, die sich dem gegenwärtigen Trend entgegenstemmen. Dazu gehören die Soldaten von „Breaking the Silence“ oder die Friedensaktivisten vom Schlage eines Uri Avnery, der – gemäß seiner Haaretz-Kolumne vom 11. August 2015 – Israel in einem durch die Okkupation bedingten Selbsterstörungsprozess sieht. Er nennt dies eine Mutation von dem zu israelischen Gründerzeiten angestrebten hebräischen Staat hin zum jüdischen Staat – eine Mutation zu einem neuen, fanatischen und gewaltbereiten Judaismus, der in der Lage ist, den heutigen Staat zu begraben, wie es einst mit dem Zweiten Tempel geschah. Nur, wenn sich das säkulare, nationale Israel besinne, sei der Staat Israel noch zu retten. Ähnlich äußert sich auch der linksgerichtete Medienkommentator und Ex-Meretz-Politiker Yossi Sarid, der die Verweigerung gegenüber einem Palästina-Staat als ein Desaster für Israel geißelt.

PA und PLO vor essentiellen Herausforderungen

Obwohl die Palästinenser das Völkerrecht auf ihrer Seite haben, sie seit Ende 2014 über den Status eines Beobachterstaates der UNO verfügen, der im April 2015 offiziell dem Internationalen Gerichtshof beigetreten und inzwischen von Schweden als einem westlichen Staat sowie vom Vatikan diplomatisch anerkannt ist, hat all dies die von Israel ihnen gegenüber betriebene Politik bislang nicht nachhaltig beeinflussen können. In ähnlicher Weise sind auch die Osloer Vereinbarungen von 1993 in der Sackgasse gelandet. Die von den Palästinensern daran geknüpfte Hoffnung, mit Israel zu einer fairen, auf dem Völkerrecht basierenden Verhandlungslösung zu gelangen und so die Schaffung eines souveränen Staates Palästina in den Grenzen von 1967 zu ermöglichen, wurde bitter enttäuscht. Mehr noch, seitdem suchen immer aggressiver auftretende Siedler sich palästinensischen Bodens zu bemächtigen, deren Credo es ist, von Gottes wegen einen Anspruch darauf zu besitzen.

Zweifellos sehen sich in Anbetracht all dessen PA und PLO an einer wichtigen Wegscheide: Entweder es gelingt zu erreichen, dass westliche Staaten ihr offizielles Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung nicht länger nur wie eine Monstranz vor sich hertragen, oder diese Lösung wird endgültig obsolet – mit allen negativen Folgen auch für den Westen. Es kann also kaum verwundern, dass in PA und PLO die Debat-



te über das „Wie Weiter?“ einschließlich entsprechender personeller Konsequenzen sichtlich an Fahrt gewinnt. Immerhin geht es um solche Schicksalsfragen wie: Welche Zukunft hat die PA? Wie werden sich die künftige Rolle und Verfasstheit der PLO als bislang einzig anerkannte politische Interessenvertreterin der Palästinenser gestalten? Auf welchen Grundlagen kann sich eine tragfähige Aussöhnung zwischen Hamas und Fatah vollziehen, um die politisch-territoriale Spaltung der Palästinenser zu überwinden? Und um die nicht weniger wichtige Frage: Welchen Kurs sollen die Palästinenser einschlagen, wenn sich das Fenster für die Zwei-Staaten-Lösung tatsächlich schließt? So gesehen ist der im Juli 2015 von Mahmoud Abbas erklärte Rücktritt als PLO-Vorsitzender sowohl ein Weckruf an die westliche Politik als auch ein Indiz für die sich verschärfende innerpalästinensische Debatte – nicht zuletzt vor dem Hintergrund arg schwindenden Vertrauens der palästinensischen Bevölkerung in ihre politischen Führungs- und Machtstrukturen.

Anscheinend soll dieser von Abbas erklärte Rücktritt auch dazu dienen, die bisherigen politischen Führungs- und Machtpositionen der Fatah in PA und PLO abzusichern.¹⁴ Offenbar wollte er zugleich die sich verstärkende Kritik daran unterbinden. Eine Kritik, die mittlerweile beginnt, die Rolle der PLO und ihres Exekutivkomitees als legitime Repräsentanten palästinensischer Interessen in Frage zu stellen. Dieser Unmut macht sich seit geraumer Zeit breit. Zum einen wegen der vor allem innerhalb der PA wuchernden Korruption, die von drei Vierteln der Bevölkerung scharf moniert wird. Zum anderen aber auch wegen der völlig verfahrenen Situation im israelisch-palästinensischen Verhältnis, die die Menschen offenkundig zunehmend an den Erfolgsaussichten des von der PLO verfolgten Kurses zweifeln lässt. Laut aktuellen Umfragen verschiedener Institute hat sich die Zustimmung der palästinensischen Bevölkerung zur Zwei-Staaten-Option in den letzten beiden Jahren spürbar reduziert, während die Ein-Staat-Idee oder auch die eines bi-nationalen Staates¹⁵ in den letzten Monaten an Akzeptanz gewonnen hat. So wird zwar bei den einen das Zwei-Staaten-Prinzip ungeachtet aller Zustimmungsverluste nach wie vor noch deutlich favorisiert, bei anderen hingegen votiert bereits eine Mehrheit dagegen.¹⁶

Gleichfalls nicht zu unterschätzen ist die Unzufriedenheit wegen der ausbleibenden Aussöhnung zwischen Hamas und Fatah und der damit auch nicht zu überwindenden Spaltung zwischen Westbank und Gaza-Streifen. Als deutlicher Hinweis auf die Vertrauenskrise im Verhältnis zwischen der palästinensischen Bevölkerung und ihrem politischen Führungspersonal sind die erstaunlich niedrig ausfallenden Sympathiebekundungen zu werten. Das betrifft auch Abbas, der sich nur noch der Unterstützung knapp eines Fünftels der Bevölkerung sicher sein kann. Die höchsten Werte unter den palästinensischen Führungspersonalitäten entfallen erstaunlicherweise auf den zu mehrfach lebenslanger Haft verurteilten und in israelischem Gewahrsam befindlichen Fatah-Vertreter Marwan Barghouti, den viele gern als Nachfolger von Mahmoud Abbas im Präsidentenamt sähen.

Wenn die Palästinenser die vor ihnen stehenden essentiellen Herausforderungen meistern wollen, dann hängt vieles davon ab, ob es ihnen gelingt, sich hinter einer Führungsfigur zu versammeln, die in der Lage ist, die unterschiedlichen Abteilungen und Strömungen der palästinensischen Nationalbewegung auf der Grundlage einer gemeinsamen

Plattform zusammenzuschließen. Sie muss gewährleisten, dass die palästinensische Seite nicht durch neue Machtquellen weiter geschwächt wird. Vor allem muss sie auf die alsbaldige Durchführung der längst überfälligen Präsidentschafts- wie Legislativrats (Parlaments-) Wahlen hinwirken. Einer der Hauptschwerpunkte wird sicherlich die Überwindung der palästinensischen Spaltung sein.

Die Rivalität um den künftigen Gestaltungsanspruch zwischen Fatah und Hamas kann jedoch kaum kurzfristig überwunden werden. Eher ist mit den verschiedensten Versuchen zu rechnen, sie noch weiter zu schüren. Hamas als islamistische Partei geht nicht nur ideologisch von anderen Prämissen aus als die sich säkular verstehende Fatah, sondern folgt offenbar auch politisch einer eigenen Agenda. Als Regierungspartei im Gaza-Streifen hat sie viel von ihrem früheren Nimbus als Kraft des Widerstands und der sozialen Fürsorge verloren. Die Bevölkerung hat es satt, permanent als Spielball der unterschiedlichen Interessengruppen benutzt zu werden. Vor allem aber ist sie sichtlich am Ende ihrer Kraft und nicht mehr in der Lage, die ständig wiederkehrenden kriegerischen Zerstörungen und das damit verbundene menschliche Leid länger zu ertragen.¹⁷ All das kann Hamas natürlich nicht gleichgültig sein. Zudem hat sie mit dem Sturz der Muslimbruderschaft in Ägypten auch noch eine ihrer wichtigsten Stützen in der Nachbarschaft verloren, wodurch sich die Auswirkungen der israelischen Blockade für die Gazaer erneut enorm verschärft haben. Ein „Weiter so!“ wird es auch für sie nicht geben können, wenn ihr Einfluss als Führungskraft nicht noch mehr geschwächt werden soll.

Nicht zufällig treten gegenwärtig die Differenzen zwischen der moderaten Richtung und dem radikal-militanten Flügel der Hamas wieder deutlicher hervor, da moderate Vertreter das Heft des Handelns entschiedener in die Hand zu nehmen suchen. Doch auch sie sind im Moment wohl weniger an einer Aussöhnung mit der Fatah interessiert, denn an der Konsolidierung ihrer Machtpositionen und mithin der Eigenständigkeit des Gaza-Streifens. Derartiges deuten seit etwa Mai 2015 aus verschiedenen Quellen verlautende unbestätigte Meldungen über indirekte Verhandlungen zwischen Hamas und Israel an. Danach soll Israel als Gegenleistung für einen längerfristigen Waffenstillstand bereit sein, die seit 2007 über den Gaza-Streifen verhängte totale Blockade zu lockern. Während von israelischer Seite wie auch von Vertretern des militanten Hamas-Flügels nach wie vor Dementis zu hören sind, spricht der dem moderaten Flügel zuzurechnende Politbürochef Khaled Mashal bereits öffentlich von einem positiven Verhandlungsverlauf. Interessanterweise sollen zwei Drittel der Bevölkerung indirekte Verhandlungen zwischen Hamas und Israel auf der genannten Basis befürworten. Die Mehrheit glaubt sogar, dass dies sich nicht negativ auf die Versöhnung zwischen Hamas und Fatah auswirken würde.¹⁸

Das scheint allerdings eine trügerische Vorstellung zu sein. Denn derartige Verhandlungen an der PA vorbei wären lediglich eine Wiederholung des auf analoger Grundlage 2005 vollzogenen israelischen Rückzugs, die erfahrungsgemäß die Spaltung auf palästinensischer Ebene eher noch vertiefen und eine Zwei-Staaten-Lösung weiter unterminieren könnte.



Fazit

Wer will angesichts eines derartigen Entwicklungsverlaufs vor allem in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten – darunter eines seit reichlich 20 Jahren laufenden und immer wieder in der Sackgasse endenden Verhandlungsprozesses – noch ernsthaft erwarten wollen, dass der Zwei-Staaten-Option allein auf bilateraler Ebene tatsächlich eine tragfähige Realisierungschance innewohnt? Dass es lediglich darum gehen soll, wie von US-Außenminister John Kerry erst jüngst erneut gefordert, beide Seiten wieder an den Verhandlungstisch zurückzubringen?

Die Crux der Zwei-Staaten-Option besteht darin, dass sie ohne entsprechenden internationalen Druck zu einem reinen Postulat gerät. Solange dieser weiterhin ausbleibt, muss sich westliche Politik vorhalten lassen – um noch einmal das Bild von Gideon Levy zu bemühen – zum „Abort des ungeborenen Palästina-Staates“ beigetragen zu haben. Ebenso erwiesen ist, dass ein Verhandlungsprozess unter ausschließlich US-amerikanischer Mediation keinen belastbaren Erfolg garantiert, da die USA weder fähig noch willens sind, die Rolle eines unparteiischen Vermittlers zu übernehmen.

Umso mehr sind deshalb jene Verschiebungen zu begründen, die sich in letzter Zeit auf EU-Ebene abzuzeichnen begonnen haben. So hat nicht nur Schweden die Anerkennung eines Palästina-Staates beschlossen. Auch die Parlamente Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens haben sich für eine solche ausgesprochen. Das Europäische Parlament hat in dieser Sache mit großer Mehrheit wichtige Resolutionen verabschiedet. So Mitte Dezember 2014 die Resolution, mit der die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Palästinas in den Grenzen von 1967 und mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten unterstützt wird. Mit der von ihm am 10. September 2015 angenommenen Resolution wird nun auf einen neuen Anlauf im israelisch-palästinensischen Konflikt orientiert. Dabei ist die EU aufgefordert, ihrer Verantwortung als einflussreicher Player gerecht zu werden und eine mutige, umfassende Friedensinitiative für die Region zu starten. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und der EU-Sondergesandte Fernando Gentilini sollten noch besseren Gebrauch von der politischen und institutionellen Expertise der EU-Mitgliedstaaten über die Region machen, um eine genuine politische Rolle in diesem Friedensprozess zu spielen. Nur gewaltlose Mittel sowie die Achtung der Menschenrechte und der humanitären Regeln können zu einem gerechten, dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern führen.¹⁹ Während für erstgenannte Resolution ein Abstimmungsergebnis von 498 Ja-Stimmen bei 88 Gegenstimmen und 111 Enthaltungen erreicht wurde, votierten bei der letztgenannten Abstimmung 525 Abgeordnete dafür, 70 dagegen und 31 enthielten sich.

So hoffnungsvoll dieser Trend einerseits ist – vor allem auch deshalb, weil mit dieser Resolution ein gesamtregionaler Ansatz für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts verfolgt zu werden scheint –, sollten andererseits die Erwartungen realistisch bleiben. Dies schon allein deswegen, weil die EU mit dem Management der sie gegenwärtig belastenden Krisen alle Hände voll zu tun hat und dabei von ihrem Anspruch weit entfernt ist, ein einflussreicher Player zu sein. Sie spricht eben nicht mit einer Stimme. Das trifft auch auf den israelisch-palästinensischen Konflikt zu. So haben erst 17 der 28 EU-Mitgliedstaaten für die Auf-

nahme Palästinas als UN-Beobachterstaat votiert und auch ein Brief an Federica Mogherini vom 13. April 2015 zur beschleunigten Realisierung der vom Europäischen Rat 2012 eingegangenen und 2014 erneuerten Verpflichtung zur Kennzeichnung der in den palästinensischen Gebieten erzeugten Güter trägt nur die Unterschrift von 16 Staatenvertretern. Entscheidend wird letztlich die Haltung Deutschlands sein, ob und inwieweit die angestrebte Initiativrolle zur Wirkung gelangen kann. Erst am praktischen Handeln wird abzulesen sein, ob sich die internationale Kräftekonstellation zugunsten der Zwei-Staaten-Lösung gestaltet, ehe es dafür endgültig zu spät ist.

Besonders die Partei DIE LINKE sollte alles daran setzen, dass diese Resolution zur Grundlage für ein entschlossenes Handeln der EU und ihrer Mitgliedstaaten wird. Hier ist Deutschland gefordert. Denn vor dem Hintergrund der antisemitischen deutschen Vergangenheit stellte die Zwei-Staaten-Lösung jene Option zur Regelung des Konflikts dar, die am ehesten den legitimen nationalen Interessen beider Seiten entspricht. Zudem ist sie die einzige, die den existierenden völkerrechtlichen Grundlagen Rechnung trägt.

Im Falle eines tatsächlichen Scheiterns der Zwei-Staaten-Option wäre weder von der Selbstverständlichkeit einer Ein-Staat-Option auszugehen, noch davon, dass damit die Gewaltvirulenz des israelisch-palästinensischen Konflikts endgültig aus der Welt zu schaffen wäre. Dieser würde nur auf eine andere Ebene transponiert; der Wechsel von scheinbarer Ruhe und gewaltsamer Zuspitzung hielte weiter an. Im letzteren Falle hätte auch die deutsche Gesellschaft immer wieder mit Polarisierungen bis hin zu antisemitischen Ausschreitungen zu rechnen.

Bereits heute ist zu erkennen, dass sich der palästinensische Widerstand in einem Ansteigen individueller Protestaktionen entlädt, die schwer vorhersehbar sind. Ebenso liegt es im Bereich des Möglichen, dass die aktuell auf dem Tempelberg in Jerusalem wieder bedrohlich ansteigenden Spannungen in einer möglichen dritten Intifada münden, die auch eine weitere interpalästinensische Konfrontation einschließen kann.

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu auch das von Karin Kulow und Werner Ruf verfasste und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebene Standpunkte-Papier Nr. 11/2015.
- 2 Entweder in Form eines demokratischen Selbstverwaltungsprojekts, wie von Kurden in Syrien mehrheitlich angestrebt und vom türkischen Präsidenten vor allem wegen dessen Beispielwirkung für sein eigenes Land gefürchtet, oder in Gestalt eines eigenen Staates, wie von den Kurden in Irak zumeist präferiert.
- 3 Dieser Teilungsplan sah vor, auf dem vorherigen britischen Mandatsgebiet Palästina die Unabhängigkeit von zwei Staaten, einem arabischen und einem jüdischen Staat, zu gewährleisten sowie für den Stadtbezirk von Jerusalem ein internationales Sonderregime zu errichten. Während sich darauf basierend im Mai 1948 Israel als der jüdische Staat ausrief, blieb die Bildung des entsprechenden arabisch-palästinensischen Staates bis heute aus. Wenngleich sich das Palästina-Problem zumindest territorial insofern neu stellte, als damalige palästinensische und arabische Eliten den neu gegründeten Staat Israel sofort militärisch angriffen und die daraufhin 1949 vereinbarten Waffenstillstandslinien – heute als 1967er Grenzzlinien oder oft auch als „grüne Linien“ bezeichnet – von den ursprünglich 43 Prozent lediglich noch 22 Prozent übrig ließen. Diese wurde von Israel während des von ihm angezettelten Sechs-Tage-Krieges 1967 okkupiert.
- 4 Wie überhaupt die UNO, einschließlich aller ihrer Unterorganisationen, seitens Israels zumindest in eigener Sache schon über die Jahrzehnte hinweg geschmäht wird. Lediglich den UN-Sicherheitsrat lässt es insofern noch gelten, als es sich hier stets auf das US-Veto verlassen konnte. Wenn es jedoch um andere Staaten wie Iran oder Syrien geht,



- so werden durchaus Forderungen nach entsprechenden Sanktionen an die UNO laut.
- 5 Was diese Funktion noch um so bezeichnender macht, ist der Tatbestand, dass es sich bei Ariel um eine Siedlung im Norden der Westbank und in fast 20 Kilometer Entfernung von der 1967er-Grenzlinie – somit wie ein bohrender Finger weit in palästinisches Territorium hineinreichend – handelt, die gemäß Völkerrecht illegal ist, der jedoch auch schon Stadtrecht verliehen wurde und die sich selbst als Hauptstadt von Samaria bezeichnet. Ex-Premier Ehud Olmert hat schon 2006 behauptet, Ariel sei israelisch und bleibe unter allen Umständen und in jedweder Situation untrennbarer Bestandteil von Israel.
 - 6 Siehe Moshe Arens, „Welcome to the new Middle East“, in: Haaretz, 17.9.2015. Abzurufen wie alle nachfolgend angeführten Haaretz-Quellen unter www.haaretz.com
 - 7 Siehe Brief Jassir Arafats vom 9. September 1993 an den damaligen israelischen Premier Yitzhak Rabin, mit dem zugleich die Bereitschaft erklärt wurde, alle den Endstatus betreffenden offenen Fragen auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Außerdem wurde noch über die Streichung aller das Existenzrecht Israels negierenden Passagen in der PLO-Gründungscharta informiert.
 - 8 Wenn Israel sich zur Anerkennung eines Palästina-Staates auf völkerrechtlichen Grundlagen – also in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt – sowie zur Lösung der palästinensischen Flüchtlingsfrage im Sinne der UN-Resolution 194 (III) von 1948 bereit zeigte, so würde es im Gegenzug von den Staaten der Arabischen Liga voll diplomatisch anerkannt werden.
 - 9 Wie sich Israel überhaupt sicher sein konnte, dass in der Palästinafrage stets nur das durchging, was den von ihm vorgegebenen Prioritäten und „roten Linien“ entsprach. Obwohl die „Road Map“ von 2003, fixiert im UN-Sicherheitsratsbeschluss 1515, die Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung innerhalb von zwei Jahren zum Ziel gesetzt hatte, wurde dort bewusst auf die Fixierung der Grenzen verzichtet. Aber selbst das genügte der damaligen Regierung unter Ariel Sharon noch nicht. Sie brachte weitere 14 Vorbehalte dagegen ein. Auch das eigens zur Realisierung dieser „Road Map“ formierte „Diplomatische Quartett“, bestehend aus USA, UNO, EU und Russland, blieb bislang erfolglos.
 - 10 Gideon Levy, „This huge settlement will turn Palestinian villages into a prison“, in: Haaretz, 5.6.2015.
 - 11 Vgl. dazu Moshe Arens, „When Obama gives orders to Israel“, in: Haaretz, 21.6.2015.
 - 12 Betroffen davon sind Einrichtungen verschiedenster Art – angefangen von Wohnhäusern, öffentlichen Gebäuden bis hin zu Solarstationen und Zisternen zur Sammlung von Regenwasser. Erfolgt im Zeitraum 1988 – 1995 nur etwa 49 derartige Abrisse pro Jahr, so stieg diese Zahl im Zeitraum 2010 – 2014 immerhin auf 966 an. Siehe dazu Amira Hass, „Record number of Palestinian structures slated for demolition in West Bank“, in: Haaretz, 7.9.2015.
 - 13 Dieser von Bennet am 5. November 2014 in der „New York Times“ vorgestellte Plan basiert auf dem Ansatz, wonach die Zwei-Staaten-Option für Israel keine Lösung sei. Wegen seiner Sicherheit könne sich Israel nicht noch von mehr Territorium zurückziehen und auch nicht die Gründung eines Palästina-Staates in der Westbank erlauben, weil dann das Jordantal potentiell geöffnet werden würde für den Islamischen Staat und andere Extremisten. Stattdessen solle den Palästinensern gestattet werden, die PA als eine Art Staat aufzuwerten – jedoch ohne Kontrolle über seine Grenzen und ohne Militär – und auf nicht einmal der Hälfte des völkerrechtlich vorgesehen Territoriums (also auf weniger als 11 Prozent). Allerdings bei Lockerung des Straßenblockaden- und Checkpoint-Systems innerhalb der Westbank zur Gewährleistung der Bewegungsfreiheit für alle Bewohner, Palästinenser und Israelis, sowie der Errichtung neuer Industriegebiete. In der von Israel kontrollierten Zone C hingegen sollte israelisches Recht zur Anwendung gebracht und dortigen palästinensischen Bewohnern die volle israelische Staatsbürgerschaft angeboten werden. Wie für Netanjahu, so steht auch für Bennet Jerusalem außerhalb jeglichen Verhandlungsgegenstandes. Eine Teilung Jerusalems würde niemals Frieden bringen. Die Stadt sei vor rund 3000 Jahren als Hauptstadt der Juden gegründet worden und deshalb sei Israel ohne Jerusalem seelenlos.
 - 14 Immerhin hat Abbas vor seinem Rücktritt noch in Bezug auf drei Personen, alle verschiedentlich als Abbas-Nachfolger gehandelt, deutliche Entmachtungen verordnet: erstens den Rücktritt des Nicht-Fatah-Mitglieds Yassir Abed Rabbo, eines langjährigen Vertrauten von Yassir Arafat und Ex-Ministers, als Generalsekretär der PLO sowie die nachfolgende Schließung der von ihm mitbegründeten und als NGO fungierenden „Palestinian Peace Coalition“. Zweitens das Einfrieren der Vermögenswerte der von Salam Fayyad, gleichfalls Nicht-Fatah-Mitglied, dem früheren Finanzminister und Premier, ins Leben gerufenen Stiftung „Zukunft für Palästina“. Drittens die völlige Ausbootung von Mohamed Dahlan, dem früheren Sicherheitschef im Gaza-Streifen und einst engen Vertrauten von Abbas, der bereits 2011 wegen grundsätzlicher Differenzen aus der Fatah ausgeschlossen worden war.
 - 15 Diese unter den Palästinensern sichtlich an Boden gewinnende sowie auch von einigen Israelis durchaus präferierte Idee wird zumeist als Modell zur Realisierung gleicher Rechte für gleiche Bürger interpretiert. Sie unterscheidet sich grundsätzlich von dem jüdischen Ein-Staat-Modell, das auf dem Apartheid-Prinzip beruht und für die jüdischen Bevölkerungsteile eine Exklusivstellung in der Gesellschaft vorsieht.
 - 16 So sprechen sich laut der vom Jerusalemer Medien- und Kommunikationszentrum (JMCC) in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Zeitraum 19.–23. August 2015 in Westbank und Gazastreifen durchgeführten Umfrage noch 44 Prozent für die Zwei-Staaten-Option aus, während dieser Wert 2013 noch bei 52,4 Prozent gelegen hatte. Die Zustimmung zu einem bi-nationalen Staat hingegen hatte im März 2015 noch 16,3 Prozent betragen, bis dann im nachfolgenden August 21,3 Prozent dafür gemessen worden sind. Nach der vom Palästinensischen Zentrum für Politische Studien und Umfragen (PSR) in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung im Zeitraum 17.–19. September 2015 durchgeführten Umfrage äußerten sich bereits mehr als die Hälfte ablehnend zu einer Zwei-Staaten-Lösung. Hier liegen zur Ein-Staat-Lösung allerdings keine Zahlen vor.
 - 17 Keine einzige der während des letzten israelischen 51-Tage-Krieges zerstörten Wohnstätten ist bislang wieder bewohnbar. Nur etwa 6,5 Prozent des für den Wiederaufbau der während dieses letzten israelischen Gaza-Krieges zerstörten Wohnhäuser benötigten Baumaterials ist bislang dort angekommen. Die Arbeitslosenquote belief sich Mitte 2015 auf über 40 Prozent. Das Bruttosozialprodukt beträgt nur noch knapp drei Viertel dessen von vor 20 Jahren, als die PA die Kontrolle über das Gebiet übernahm.
 - 18 Siehe dazu die bereits zitierte Umfrage von PSR und Konrad-Adenauer-Stiftung.
 - 19 Pressemitteilung über die Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 10.9.2015.



Eine Strömung in Bewegung

Zum Stand und zur Zukunft der europäischen Sozialdemokratie.

Von Martin Schirdewan, Leiter des Europabüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel und Athen, aus: Neues Deutschland, 24./25. Oktober 2015

Erst die griechische, nun die Flüchtlingskrise – der europäische Politikbetrieb scheint gefangen im bloßen Reagieren auf Schlagzeilen. Doch bei längerem Hinsehen ist nicht zu verkennen, dass sich auch in den Parteienfamilien so einiges ereignet. Ein Blick lohnt insbesondere auf die Sozialdemokratie. Denn wenn sich die Linke zurecht über die bestehenden Verhältnisse in der Europäischen Union beschwert, sollte sie umso genauer beobachten, ob sich Risse innerhalb des Machtblocks auftun und sich die sogar vertiefen ließen. Kann das aber mit der europäischen Sozialdemokratie geschehen? Die Zweifler haben viele ausgezeichnete Argumente auf ihrer Seite. Zugegeben. Doch die Strömung ist in Bewegung, woraus sich mehrere mögliche Zukunftsszenarien ableiten lassen.

Für den griechischen Arbeitsminister Giorgos Katrougalos ist die Sache klar: In einem Gespräch kurz vor den Neuwahlen vom 20. September vertrat er die These, dass die politische Existenzberechtigung der europäischen sozialdemokratischen Parteien verloren geht, wenn sie sich nicht gegen die Austeritätspolitik stellen.

Die Verhandlungen über das dritte Memorandum zwischen Griechenland und der Eurogruppe haben nicht nur die alte Debatte innerhalb der europäischen Linken wiederbelebt, inwieweit die EU reformierbar und damit politisch gestaltbar sei, wie die europäische Integration voranzuschreiten habe und ob überhaupt. Fast unbemerkt haben die Verhandlungen auch einen Riss in der Sozialdemokratie hervorgerufen. Insbesondere der französische Präsident François Hollande und der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi vertraten laut Katrougalos moderate Positionen, die sich deutlich von denen der Konservativen, aber auch von denen ihrer sozialdemokratischen Kollegen aus Spanien, Osteuropa und Skandinavien unterschieden. Sie plädierten offensiv für eine weniger strikte Austerität und eine Politik, die Wachstumsimpulse für die griechische Wirtschaft vor allem durch Investitionen setzt. Warum? Katrougalos erklärt das mit der Angst vor dem PASOK-Effekt. Setzt die Sozialdemokratie die brutale Austeritätspolitik gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit und ihrer Wählerinnen und Wähler durch, dann verschwindet sie quasi von der politischen Bühne: Auch nach der Neuwahl sind die griechischen Sozialdemokraten der PASOK weit davon entfernt, wieder die stärkste und prägende Kraft des politischen Systems von Hellas zu werden. Zumal SYRIZA die durch den Niedergang von PASOK gerissene Lücke im griechischen Parteiensystem als eine linkssozialistische Partei auszufüllen scheint.

Jenseits des Ärmelkanals feiert mit Jeremy Corbyn ein Linker und bekennender Sozialist seine politische Auferstehung als neuer Vorsitzender der Labour-Partei. Seine ersten

Amtshandlungen: Er spricht auf einer Großdemonstration für eine andere, humane Flüchtlingspolitik in Großbritannien und der Europäischen Union, und kündigt wenige Tage später an, das privatisierte Eisenbahnnetz wieder in die öffentliche Hand überführen zu wollen. Eine regelrechte Corbynmania, ein Hype, dass Labour endlich wieder erkennbar und politisch von den Tories unterscheidbar sei, hat dem 66-Jährigen das Amt beschert. Gratulationen von links kamen aus ganz Europa. Die europäische Sozialdemokratie reagierte jedoch eher verschnupft darauf, dass eine ihrer großen Parteien aus dem Konzert der Austeritätsverteidiger ausbrechen und die Entwicklung bei Labour sogar noch Ansteckungsgefahr bergen könnte. Eine linke europäische Sozialdemokratie? Davor scheinen sich derzeit vor allem die Sozialdemokraten selbst zu fürchten. Nicht zuletzt deshalb halten sich hartnäckige Gerüchte, dass der Blair-Flügel der Labour Party über eine Abspaltung nachdenke.

Im österreichischen Burgenland koalieren hingegen die Sozialdemokraten mit der FPÖ. Österreich – da war doch was? Dort hatte das Modell der konservativ geführten Koalition mit den damals noch von Jörg Haider angeführten Rechtspopulisten seinen Ursprung. Laut war der Aufschrei, Österreich dränge aus der demokratischen Familie der alten EU 15. Sanktionen der übrigen EU-Staaten wurden im Januar 2000 erwogen. Und heute? Jetzt koalieren viele Konservative munter mit Rechtspopulisten und Rechten der jeweiligen nationalen Parteiensysteme. Die Rechten sind den Konservativen ein geeignetes Mittel der Machtsicherung geworden. Vom Ende der Demokratie wird natürlich nicht mehr gesprochen – man vergleiche den Umgang mit der demokratisch legitimierten Regierung Griechenlands. Jetzt debattiert die österreichische Sozialdemokratie, wie sie sich Machtoptionen eröffnen kann, jenseits der dauerhaften Zwangsehe mit der Volkspartei. Den Weg zur Macht soll auf Landesebene auch die FPÖ bereiten. Man teile schließlich einige sozialpolitische Ansichten. Im Bund scheint eine Zusammenarbeit dagegen (noch) ausgeschlossen.

Welchen Weg also wird die europäische Sozialdemokratie einschlagen? Anhand der oben dargestellten Beispiele sind drei Szenarien denkbar. Szenario eins: Der Rechtsschwenk. Das Modell einer sozialdemokratisch-rechtspopulistischen Regierung wird zum zweiten österreichischen Polit-Exportschlager und hält Einzug in andere Mitgliedsstaaten der EU. Die Sozialdemokratie bleibt – in Übereinstimmung mit ihren potenziell neuen Politikumpels – bei einem marktradikalliberalen Profil und schwingt sich zum Preis der Aufgabe internationalistischer Positionen das Mäntelchen des nationalstaatlichen und ausschließlich an den hehren Interessen der Volksgemeinschaft orientierten Wohltäters über. Eine Sozialdemokratie von Volk und Nation quasi. Aber: not very likely. Da werden sich angesichts aktueller Entwicklungen im Bereich der Industrie 4.0 und längst international organisierter Wertschöpfungsketten die traditionell noch immer stark mit der Sozialdemokratie verbundenen Gewerkschaften zu wehren wissen, wollen sie nicht endgültig dem Treiben der transnational arbeitenden Unternehmen und des wildgewordenen Finanzmarktes hilflos ausgeliefert werden. Dennoch üben auch die zahlreichen erfolgreichen Rechtsparteien in der EU Druck auf die Sozialdemokratie aus, sich programmatisch im Sinne einer Zusammenarbeit zu erneuern.

Szenario zwei: Der radikale Linksschwenk. Das Modell Corbyn wirkt sich erfolgreich auf die Schwesterparteien aus.

Diese schwören der Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur, dem Abbau des Sozialstaates sowie der Umverteilung von unten nach oben ab und nehmen per Gesetzgebung Finanzmärkte wie Konzerne an die kurze Leine. Dazu: Investitionen statt Austerität. Dafür werden sie Koalitionspartner brauchen, die sie auf der Seite der Linken in Europa finden. Die nächste Nagelprobe für dieses Szenario werden die spanischen Parlamentswahlen Ende des Jahres sein, nachdem sich bereits in Portugal eine sozialdemokratisch-linkssozialistische Regierungsbildung anbahnt. Durch den ebenso überraschenden wie überwältigenden Erfolg Jeremy Corbyns nimmt der Druck auf die sozialdemokratischen Schwesterparteien zu, sich ihren politischen Wurzeln wieder anzunähern. Den alten Führern der Parteien und den durchgestylten Apparaten, die auf die technokratische Umsetzung von Politik getrimmt sind, dürfte es jedoch schwer fallen, sich so grundlegend neu zu erfinden. Neue Formen der Beteiligung und Mitbestimmung der Parteimitglieder im Sinne einer Stärkung von Basisdemokratie, wie sie einige europäische Linksparteien bereits umsetzen und wie sie Corbyns New Labour jetzt auch erprobt, sind für den Kurswechsel nötig.

Szenario drei: Die Kurskorrektur. Das Modell Corbyn greift nicht, aber der Druck von links bleibt auch nicht wirkungslos. Die Linksparteien etwa in Portugal und Spanien erstarben. Die SYRIZA-geführte, bislang einzige Linksregierung in Europa zeigt durch ihre Vertreter in den entsprechenden Gremien auf EU-Ebene alternative Positionen zu Neoliberalismus, Nationalismus und Austerität auf. Sie verstärken die Widersprüche innerhalb der europäischen Sozialdemokratie und bewirken so deutliche Positionsveränderungen. Ein halbwegs funktionstüchtiger Sozialstaat, Arbeitnehmerrechte, Umverteilung durch kluge Steuerpolitik sind dann wieder en vogue. Der konservativ-sozialdemokratisch-neoliberale Machtblock wird teilweise aufgelöst und durch eine sozialdemokratisch-linkssozialistische und/oder grüne und/oder liberale Machtvariante ersetzt – ohne die kapitalistische Gesellschaftsformation wirklich herauszufordern. Dies ist die derzeit wahrscheinlichste Variante.

Was bedeutet das für die von links erhoffte Veränderung der Machtverhältnisse in der EU? Im Modell des Rechtschwenks der europäischen Sozialdemokratie käme es zu einer weiteren Verfestigung der neoliberalen Politik bei gleichzeitiger Renationalisierung der innereuropäischen Beziehungen, wobei gewisse soziale Wohltaten auf nationaler Ebene mit einer xenophoben Politik gekoppelt werden. Die Linke in und außerhalb der Parlamente ist darauf beschränkt, hin und wieder an das schlechte Gewissen der Sozialdemokratie zu appellieren.

Das Corbyn-Modell und der radikale Linksschwenk sind eher ein Wunschtraum in Bezug auf die europäische Sozialdemokratie. Dennoch werden die bestehenden Differenzen vertieft werden. Corbyn ist ein Geschenk für die europäische Linke, wenn sie ihrerseits klug genug ist, es auch anzunehmen. Hier wird Druck erzeugt, den die Linke selbst bislang nicht entfalten konnte. Darauf sollte man sich politisch vorbereiten und um Corbyn werben. Kooperationen in praktischen Fragen wie linker Industriepolitik, der Rekommunalisierung bzw. Rückführung wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand, eine gemeinsame Debatte um einen post-neoliberalen europäischen Sozialstaat, die Bändigung der Finanzmarktakteure, der gemeinsame Kampf

gegen TTIP sind hier mögliche Schritte. Die Linke sollte sich nicht scheuen, diese zu gehen.

Anzunehmen ist jedoch, dass sich das Modell der Kurskorrekturen innerhalb des bestehenden politischen Mainstreams durchsetzt. Die Sozialdemokraten werden sich durch die sozialen Folgen der Austeritätspolitik einerseits und des Handelsbilanzdefizits in der EU andererseits gezwungen sehen, auf ein keynesianisches Politik- und Entwicklungsmodell umzuschwenken. Die Bewegung und ihre Reichweite wird maßgeblich von der nationalen sozial-ökonomischen Situation beeinflusst sein. Sie würde den schwarz-roten neoliberalen Machtblock (siehe Deutschland, Italien, Österreich) in Frage stellen und den Sozialdemokraten viele Koalitionsmöglichkeiten offen lassen, je nach Stärke im jeweiligen nationalen Parteiensystem. Hier bestünde die Rolle der Linken darin, die Sozialdemokraten in entsprechende Koalitionen zu zwingen, um selbst einen Teil ihres politischen Kanons von Anti-Austerität und sozialer Gerechtigkeit umzusetzen. Es ist die wahrscheinlich anspruchsvollste Aufgabe unter den möglichen, angesichts der manchmal wechselseitig vorhandenen herzlichen inneren Abneigungen. Aber Politik ist eben Politik.

Gefährlicher Rechtsruck

Von Holger Politt, Warschau

Das lange Wahljahr in Polen ist Geschichte. Nach dem überraschenden Sieg des PiS-Kandidaten Andrzej Duda bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr, der den haushohen Favoriten und Amtsinhaber Bronisław Komorowski aus dem Felde schlug, errangen Polens Nationalkonservative am 25. Oktober 2015 auch die Mehrheit der Abgeordnetensitze im Sejm. Das Ergebnis ist ernüchternd für alle, die noch hofften, der überraschende Ausgang der Präsidentschaftswahlen im Frühjahr sei lediglich ein Warnsignal, kein Zeichen eines sich anbahnenden grundlegenden politischen Wechsels gewesen.

Erstmals seit 1989 wird eine Einparteienregierung auf Mehrheitsbasis das Geschick des Landes in ihre Hände nehmen. Den Nationalkonservativen gelang dieses Kunststück mit lediglich 37,6 Prozent der Wählerstimmen, weil 16 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen auf drei Wahllisten entfielen, die mehr oder weniger knapp an den Prozenthürden scheiterten. Zweitstärkste Formation ist die wirtschaftsliberale Bürgerplattform (PO), die seit 2007 regierte, und jetzt auf 24,1 Prozent der abgegebenen Stimmen kam. Daneben zogen die rechtspopulistische Liste von Pawel Kukiz mit 8,8 Prozent, die ausgesprochene Wirtschaftspartei von Ryszard Petru (Die Moderne) mit 7,6 Prozent und die moderate Bauernpartei PSL mit 5,1 Prozent der abgegebenen Stimmen in den neuen Sejm ein.

Knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte die rechtsliberale Liste von Janusz Korwin-Mikke. Die kleine linke Initiative „Razem“ (Zusammen) kam auf 3,6 Prozent der abgegebenen Stimmen, was weithin als großer Achtungserfolg gewertet wird, auch wenn keine Sejm-Mandate erobert werden konnten. Immerhin gibt es aber künftig gesetzlich geregelte Zuschüsse aus dem Steuertopf, mit denen der Parteaufbau der jungen Struktur vorangetrieben werden könnte.



Größter Verlierer ist das linksliberal ausgerichtete Wahlbündnis der Vereinigten Linken, das mit 7,6 Prozent an der für Wahlbündnisse mehrerer Parteien obligatorischen Achtprozenthürde scheiterte. Erstmals seit 1989 werden also linksgerichtete Stimmen auf der Parlamentsbühne fehlen. Die Wahlbeteiligung lag bei 51,6 Prozent.

Wichtigste Kraft in der Vereinigten Linken waren die Linksdemokraten der SLD, deren Zukunft nun völlig offensteht. Zahlreiche Beobachter, so Aleksander Kwasniewski, gehen von einem schnellen Wandlungsprozess aus, in dem die alten, verbrauchten Konturen zurückgelassen werden. Womöglich läutet das Wahldebakel nun das vorschnelle Ende der SLD ein. Auch Janusz Palikot, der vor vier Jahren als Alternative zur SLD noch zehn Prozent der Wählerstimmen auf das linksliberale Feld zog, sprach sich bereits deutlich für Neugründung und Neuausrichtung der linksliberalen Initiative aus. Das wäre dann eine weitere schwere Bewährungsprobe für Barbara Nowacka, die als Spitzenkandidatin der Vereinigten Linken in den Wahlkampf gezogen war.

Welche Rolle unter den linksgerichteten Kräften die Partei „Razem“ spielen kann, bleibt abzuwarten. Der erreichte Zuspruch, den vor zwei Wochen kaum jemand für möglich gehalten hatte, beweist, dass auch in Polen mit eher westeuropäisch zugeschnittenen linksgerichteten Positionen, die selbst vor der heiligen Kuh der Nato-Mitgliedschaft keinen Halt machen, in einem bestimmten Spektrum augenblicklich beträchtliche Stimmen zu gewinnen sind.

Als dramatisch ist der eindeutige Rechtstrend bei jüngeren Wählerschichten zu bezeichnen, deren größte Nutznießer neben PiS vor allem die wild zusammengewürfelten Leute auf der Liste von Kukiz sind. Meistens werden diese

Wählerschichten bei den Wahleinschätzungen unter Protestwählern verbucht, die in erster Linie gegen die etablierte politische Ordnung votiert hätten. Während aber vor vier Jahren Janusz Palikot mit der Forderung, Geist und Buchstaben der geltenden Verfassung müssten auch in der Wirklichkeit umgesetzt werden, noch hunderttausende junge Wähler gewann oder von der PO wegzog, hat sich jetzt eine solche Größenordnung hinter Männern versammelt, die offen gegen die gesamte Verfassung von 1997 auftreten. Besorgniserregend ist außerdem, dass auf der Kukiz-Liste zwölf bekennende militante Nationalisten in den Sejm einziehen, womit von der Parlamentstribüne erstmals offen gegen die EU-Mitgliedschaft gewettert werden wird. Auf schlimme Ausfälle gegen verschiedene Minderheitengruppen braucht nicht lange gewartet zu werden, denn das sind Leute, die es ganz ernst meinen mit ihrer Prophezeiung, eine Revolution durchziehen zu müssen im nationalen Interesse – was immer das dann auch bedeuten mag.

Ob Polen angesichts neuer, kommender Herausforderungen mit der neuen Mehrheitsregierung eine gute Wahl getroffen hat, wird sich schnell herausstellen. Das Regierungsruder geht von liberal-konservativen in nationalkonservative Hände über. Anderswo wäre das ein Wechsel, von dem niemand viel Aufhebens machen würde. Hier indes prallen bereits Welten aufeinander – in fast jeder Frage. Sollte Jarosław Kaczyński nun meinen, der Wahlsieg am 25. Oktober gebe ihm das Mandat, mit denen gründlich aufzuräumen, die er für die Gegner seiner Art von Polentum hält, würde er einen Weg einschlagen, der von der geltenden liberalen Verfassung wegführt. Er könnte sich als Weg zu einem neuen Budapest erweisen.



Impressum

DIE LINKE International wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger (V. i. S. d. P. Andreas Günther)

Telefon: (030) 24 009 300, Fax: 24 009 425

E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 6. Oktober 2015

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Hilde Ettinger und Uta Wegner.

Gestaltung: MediaService

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

